

Schlachtfeld »Neue Technologien«, S. 34

Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 256, 11. 3. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E





Enttäuschung, Wut und Tränen der Bergarbeiter nach der Entscheidung über den Streikabbruch

Was für ein Kampf!

Was für eine Niederlage!

Eine Schlacht verloren, der Kampf geht weiter

Das ist der Tenor der Äußerungen führender NUM-Vertreter zum Ende dieses beispiellosen Streiks. Arthur Scargill erklärte nach dem Streikabbruch-Beschluß:

„... mit den denkbar knappsten Ergebnis mit nur ein paar Stimmen Unterschied entschied die Konferenz, daß die NUM die Rückkehr zur Arbeit am Dienstag organisieren wird, daß die Auseinandersetzung in dieser Industrie weitergehen wird, bis die Ziele vollständig erreicht sind, insbesondere eine Amnestie für diejenigen, die während dieser Auseinandersetzung entlassen worden sind ... Wir werden weiterhin Zechenschließungen und Arbeitsplatzvernichtung bekämpfen. Und man sollte nicht den Fehler begehen, die Fähigkeit dieser Gewerkschaft zu unterschätzen, gegen Zechenschließungen und Arbeitsplatzvernichtung Widerstand zu leisten; diese Gewerkschaft, die hervorragenden Frauenunterstützungskomitees, die ganze Gemeinschaft werden weiterkämpfen. Und das bedeutet, daß wir weiterhin Aktionen in Erwägung zu ziehen haben ... Ich mache hier unmißständlich klar, daß die Auffassungen der drei führenden Funktionäre unverändert geblieben sind während der Dauer dieser Auseinandersetzung. Wir betrachten die letzten zwölf Monate als eine ungeheure Leistung. Nicht nur ist die Drohung der Kohlebehörde, fünf Gruben zu schließen, zumindest zeitweilig zurückgezogen worden, sondern auch der Plan der Kohlebehörde für 1984/85 konnte nicht durchgeführt werden. Weiterhin: Diese Gewerkschaft hat alle Kräfte unserer Gewerkschaft, die wunderbaren Frauenunterstützungskomitees, große Teile der Arbeiterklasse in einem nie zuvor dagewesenen Ausmaß mobilisiert. Und die Stimmung in der heutigen Konferenz ist eindeutig: Wir gehen am Dienstag zur Arbeit zurück, wir gehen gemeinsam zurück, und was uns betrifft, können wir sagen: diese Gewerkschaft wird weiterkämpfen zur Verteidigung von Zechen, Arbeitsplätzen und Gemeinden. Ich möchte diejenigen Kenner der Geschichte, die über die Auseinandersetzungen der Vergangenheit sprechen (1926, d. Red.) daran erinnern, daß bei solchen Anlässen diese Gewerkschaft zuallererst ausgesperrt wurde und zurückgehen mußte unter schlechteren Bedingungen als sie den Streik angefangen hatte oder ausgesperrt worden war. Heute sehen wir, daß das Programm (der Kohlebehörde) wenigstens für 1984/85 neu überdacht wird. Wir sehen, daß die akute Bedrohung der fünf Zechen zurückgenommen werden mußte, ... aber vor allem sehen wir kämpfende Arbeiter, die dem Rest der Arbeiterklasse beweisen, daß, wenn sie vorbereitet sind, Widerstand zu leisten, sie erfolgreich die Vernichtung von ganzen Industrien und ihrer Lebensgrundlage aufhalten können." (Aus: Wuppertaler Info, 9.3.85)

Fortsetzung auf S. 22

Kommentar

Wem nutzt die Bombe im Kaufhaus?

Nach dem im Namen einer angeblichen „Aktion Christian Klar" verübten Bombenanschlag im Dortmunder Kaufhaus Hertie am 7.3., bei dem 8 Menschen verletzt wurden, zwei davon schwer, gaben die Staatsschutzbehörden von Bundesanwaltschaft (BAW), Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesinnenministerium (BMI) das Stichwort von den „Neuen Dimensionen des Terrorismus" aus. Er richte sich offenbar nicht mehr nur gegen „Symbolfiguren" des Systems, sondern blindlings gegen die Bevölkerung und überlasse es dem Zufall, wen es treffe.

Wider ausdrückliche Zweifel und sogar ausgesprochenes Wissen, daß Ziel und Stil des Anschlags nicht der „RAF-Ideologie" entsprechen, sorgten die Staatsschutzbehörden mit Hinweis auf die Anschlagswelle der letzten Monate und auf die Benennung der Attentäter als „Aktion Christian Klar" für eine sofortige Zuordnung des Anschlags zur RAF.

Die rechte Presse schürte die Massenangst. Aus der „BILD" troff das im Blut. Das „Hamburger Abendblatt" schrieb: *„Die Zeiten, in denen Terroristen bei uns Skrupel haben, sind vorbei. Jetzt wird im Kaufhaus gebombt."* Die „BILD" vom Tag darauf liest sich wie Kriegsberichterstattung: *„Terror am ganzen Tag — Bombendrohungen auch in Kaufhäusern in Bielefeld, Kamen, Dinslaken, Lengerich und Mühlheim — die große Angst: welcher Kunde sieht komisch aus? — Was tun, wenn's kracht? Polizei-Hauptkommissar Peter Zeyn (Hamburg) hat kein Patentrezept, empfiehlt nur ..."* Unter der Fragestellung: ‚Wer sind die neuen Terroristen' wird die RAF für die „blutige Spur" verantwortlich gemacht. *„RAF rief bei BILD an"*, hieß es in der „BILD". Dem „Hamburger Abendblatt" war zu entnehmen, daß die RAF „sich bekannte".

Schon am Tag nach dem Anschlag war klar, wer für die Entwicklung verantwortlich gemacht werden soll: *„Es beginnt mit gewalttätigen Demonstrationen"*, schrieb die „Neue Rheinische Zeitung". *„Das politische Umfeld, z.B. die alternative und grüne Szene, wird verharmlost"*. Die „BILD" zitierte zum Beweis der Komplicenschaft zwischen RAF und GRÜNEN einen noch während des Hungerstreiks von den GRÜNEN-Abgeordneten Christa Nickels und Antje Vollmer an einige Gefangene geschriebenen Brief, in dem die beiden diesen Gefangenen ein Gesprächsangebot gemacht hatten.

Die etablierten Parteien stimmten ein, vor allem die CDU/CSU: Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Worms warf den GRÜNEN „geistige Mitverantwortung" vor. A. Dregger verlangte in der

Fortsetzung auf Seite 15

Auch das noch:

Wahl mit liberal-la-la

Die SPD hat nun endgültig ihren Junior-Star, die grünen Bäume wachsen nicht in den Himmel, und in Westberlin bleibt wie in Frankfurt das Bündnis aus Bourgeoisie und sattem Spießbürgertum mehrheitsfähig. Daß aber die FDP an der Saar runde 11% und an der Spree 8% macht, ist die Überraschung der Wahlen vom 10. März.

Einen eindeutigen Trend scheint es für niemanden zu geben. Für die SPD steht Lafontaines absoluter Mehrheit Apels Pleite gegenüber. Für die CDU wird Zeyers Absturz durch Diepgens beachtliches Abschneiden gemildert, und auch Wallmann behält ja trotz der Verluste eine absolute Mehrheit. Das

Fortsetzung auf S. 2

4. Mai, Bonn: Friedensdemonstration

Dieser Gipfel ist der Gipfel

Vom 2. bis 4. Mai gefällt es den Führern des Westens, in Bonn Hof zu halten. Neben Margret Thatcher und Gastgeber Kohl, die um den Titel buhlen, fanatischster Fan des Ronald Reagan zu sein, schart der US-Präsident die Regierungschefs von Japan, Kanada, Frankreich und Italien um sich. Die Grusel-Runde, die auf ihren letzten sog. Wirtschaftsgipfeln in Prunk und Protz schwelgte, trifft sich, um den Weltherrschaftsanspruch des Imperialismus zu demonstrieren. Daß dieses Ereignis fast genau 40 Jahre nach der Niederwerfung des Faschismus absichtsvoll auf westdeutschem Boden stattfindet, hat nichts Gutes zu bedeuten.

Gewiß — man wird sich von den Nazis abgrenzen. Aber doch nur um deutlich zu machen, daß es auch heute ein „Reich des Bösen" gibt, zufälligerweise dasselbe Land, welches auch Hitlers Hauptfeind war. Man wird den „Sieg der Demokratie" feiern, aber doch nur um laut und heftig das Schicksal Osteuropas zu beklagen, dem man sich ungebetenerweise als Retter anbietet. Man wird der Schrecken des Krieges gedenken, aber doch nur um das gigantischste Rüstungsprogramm seit Menschengedenken abzusegnen. Man wird schließlich der BRD einen Superextraluxus-Persilschein ausstellen: Bei der Untersuchung ihrer schwarzen Weste konnten keine braunen Flecken gesichtet werden ... Der Bundeskanzler wird darob sehr glücklich sein, aber auch ein bißchen traurig, weil unsere Brüder und Schwestern nicht dabeisein können. Dafür wird der Gipfel peinlichst vermeiden, das nationale Ehrgefühl der Deutschen zu kränken. Von Kriegsniederlage wird nicht die Rede sein — warum auch, wo doch Stärke und Siegeszuversicht gefragt sind.

Fortsetzung auf S. 3

Trotzki und Stalin: Das Paar des Jahres?

So ändern sich die Zeiten: Vor ein paar Jahren noch schienen der KPD/ML Eispickel und Salzbergwerk die besten Argumente gegenüber dem Trotzkismus. Heute, Anfang 1985 — die KPD/ML nennt sich inzwischen KPD — verhändelt man klammheimlich mit der trotzkistischen GIM über die Vereinigung beider Organisationen. Ein Witz, eine satirische Erfindung? Aber nicht doch: Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde, die sich bisher weder im „Roten Morgen" noch in der „Was tun" lesen lassen. Grund: die Materie ist reichlich heikel und verlangt eine diskrete Behandlung. Daß L e n i n sich mehrfach für die Abschaffung der Geheimdiplomatie ausgesprochen hat, kann man vergessen: Sowohl Stalin, als auch Trotzki waren da anderer Meinung.

Fortsetzung auf S. 47

Erklärung des Kommandos "Oliver Hardy" Zum Tortenanschlag auf Josef "Jo" Leinen

Wir haben uns soeben von unserem langjährigen Allesvertreter Jo Leinen "symbolisch" mit einer Torte verabschiedet. Diese Geste kam zustande aus zunehmender Sorge um seine politische wie charakterliche Entwicklung: Abwiegelei bis hin zum Verrat, politische Mauscheleien, die sozialdemokratische Aushöhlung des BBU und eine stattliche Profilneurose. Doch unsere Verärgerung macht heute einer tiefen Freude Platz, denn endlich spielt JL nicht mehr die Rolle eines sozialdemokratischen Experten für die Befriedung der außerparlamentarischen Friedens- und Umweltbewegung, sondern kann die ihm angemessene Funktion eines Abgeordneten und möglicherweise auch Ministers erfüllen.



Vom Abwiegler (Brokdorf, 28.2.81) ...

"Bürgerprotest ... wird von uns als notwendiges demokratisches Element in unserer Gesellschaftsordnung verstanden und unterstützt."
(SPD-Saar, Regierungsprogramm 1985)

"Aber bitte mit Sahne!"
(Kommando "Oliver Hardy")

Ihr Kandidat
Jo Leinen

SPD Saar

... zum Abgeordneten: Ein Allesvertreter schleimt sich hoch

HEY JO !

Wer hätte das gedacht?! An Deinem großen Tag, an dem Du umjubelt wirst von Deinen Genossen und begehrt vom TV, widerfährt Dir so eine Gemeinheit! Da bekommst Du freundloser Mensch seit Kindertagen das erste Mal eine Torte geschenkt, und plötzlich verwandelt sich diese nette Geste in ein heimtückisches "Attentat". Und das auch noch symbolisch-gewaltfrei — so ganz nach Deinem Geschmack.

Laß Dich trotzdem beglückwünschen: Du darfst Dir nämlich die Auszeichnung anheften, soeben Ziel des ersten bundesdeutschen "PIEING" (sprich: pai-ing, von engl. "pie": spez. Backwerk) geworden zu sein. Und Du weißt es doch zu schätzen, der Primus zu sein.

Verdient hast Du es allemal: In unserer Hitliste der Profilneurotiker Deiner Politikergeneration haben wir Dich nämlich gleich hinter Möllemann und knapp vor Kelly, Vogt und Fischer eingereiht. Wurde Zeit, daß wir uns einen alten Wunsch erfüllten. Es war überfällig!

Seit Brokdorf beispielsweise, wo Du — wie immer — rechtzeitig zur Stelle warst, um dem Fernsehpublikum das Ziel der Demonstration am 28.2.81 zu erläutern. Es waren zwar andere, die die Demo angeschoben hatten (anfangs sogar gegen Deinen Willen), aber man muß eben den richtigen Riecher haben, um den Erfolg von 100.000 Menschen persönlich einzuheimsen. Darin hast Du ja mittlerweile Übung.

Seit Brokdorf beispielsweise, wo Du — wie immer — rechtzeitig zur Stelle warst, um dem Fernsehpublikum das Ziel der Demonstration am 28.2.81 zu erläutern. Es waren zwar andere, die die Demo angeschoben hatten (anfangs sogar gegen Deinen Willen), aber man muß eben den richtigen Riecher haben, um den Erfolg von 100.000 Menschen persönlich einzuheimsen. Darin hast Du ja mittlerweile Übung.

SPD Saar

... zum Abgeordneten: Ein Allesvertreter schleimt sich hoch

Noch nachträglich auf dem Magen liegt uns auch jene Szene auf dem Container, wo Du Dich "in der Pose des Anführers" (SPIEGEL 49/83) zum Sprecher eines Polizeikonzeptes machtest, möglichst wenig AKW-Gegner-innen (und diese vor allem möglichst langsam) zum Bauplatz kommen zu lassen. Im BBU-Pressedienst las sich das anschließend natürlich ganz anders:

"Durch den mutigen Einsatz von BBU-Vorstandsmitgliedern (Leinen und Vogt, Anm.) war es überraschenderweise gelungen, zwischen der Polizeieinsatzleitung der Straßensperre in Dammfleth und den Demonstranten eine Vereinbarung für den Weitermarsch zum Bauplatz auszuhandeln."

Gaaanz mutig standest Du schon wieder vor den Fernsehkameras, als einige hundert Menschen, die Du angehalten hattest, ihre Selbstschutzausrüstung an der Polizeisperre abzuliefern, unter die Knüppel gerieten.

"Zu neunzig Prozent richtig ..."

Stimmt der Verdacht der Grünen und Autonomen also doch, der umtriebige "Alternativfunktionär" führe im Schilde, wie es sein Kontrahent Alexander Schubart auf den Punkt bringt, "die Öko- und Friedensbewegung an eine herrschende Partei in diesem Staate anzubinden"?

"Im Sinne der Dialektik", einer Wechselwirkung und Wechselbeziehung, sieht Josef Leinen sich "zu neunzig Prozent richtig verdächtigt". Ja, so sei das, setzt er fast fröhlich hinzu, und er wisse auch gar nicht, "was so schlimm daran wäre".
(aus: *SPIEGEL 49/83*)

Oder ein Jahr später, als die erste Runde der "Deeskalationsgespräche" zwischen Polizei und "dialogbereiten" Abwieglern der Friedens- und Umweltbewegung anlief. Da hieltest Du Dich diskret aus den direkten Zusammenkünften zurück, schicktest aber stattdessen den naiven (von Dir in den BBU-Vorstand gemauschelten) Wolfgang Sternstein an einen Tisch mit Stümper und Konsorten. Als die Geschichte dann vorzeitig aufflog, konntest Du ihn für die "unautorisierten" Formulierungen des unterschriftsreifen "Staatsvertrages" verantwortlich machen. Doch diese Gespräche waren beileibe keine Panne: Sie deckten sich genau mit Deiner Haltung gegenüber den Kräften der Inneren Sicherheit. Denn bereits 1982 war es anläßlich der Bonner Friedensdemonstration per telefonischer Standleitung zu Denunziationen seitens des Friedens-KOA an die Polizei gekommen: Ein paar von der Route abweichende "Autonome" ließen damals Deine Freunde zum Telefonhörer greifen. Eine Mißbilligung dieses Vorgangs haben wir Deinerseits nie vernommen. Stattdessen warst Du es 1983 persönlich, der den festgenommenen Demonstranten der Polizeifalle von Krefeld hinterrief: "Wer A sagt, muß auch B sagen!" In Deinen eigenen Prozessen hast Du die umfassende Solidarität der Anti-AKW-Bewegung immer gern mitgenommen, gegenüber den nichtgewaltfreien Kräften der Friedensbewegung hingegen hast Du die Distanzierungswut bereitwillig vorangetrieben.

Man nehme:

Warum eigentlich immer nur Eier, Tomaten, Steine oder Bierdosen? Warum nicht einmal Backwerk, so, wie in den USA seit Jahren bei Yippies und anderen Querköpfen gegen Politiker und andere Charaktermasken im Einsatz?! Also Negerküsse, Windbeutel oder auch ganze Torten.

Es empfiehlt sich, Biskuitböden zu nehmen und nur Sahne aus der Spraydose zu verwenden, von wegen der Festigkeit. Der Boden sollte mit einigen Lagen Gelantine oder einem Bogen Pergamentpapier belegt werden, damit die Sahne nicht vorher durchsapscht. Verzierung nach freier Wahl, ballistische Übungen sind für Anfänger unerläßlich. Wurfbewegungen fordern beim Opfer Abwehrbewegungen heraus, also heißt es, schnell zu sein.

Eine Torte sagt mehr als tausend Worte!

Wir hätten Dir schon bei den "Loccumer Gesprächen" zeigen sollen, was 'ne Torte ist!

Daß Wahlmanipulation und -absprachen zugunsten einer sozialdemokratischen Unterwanderung der BBU-Vorstandsgremien zu Deinem Verständnis von Basisdemokratie zählen, hat uns nicht mehr verwundert. Und daß Deine SPD-Seilschaft im BBU-Vorstand die verbandskritische Mitgliederzeitschrift "UMWELT-MAGAZIN" austrocknen wollte, fiel schon kaum noch in's Gewicht. Aber wir haben uns nicht vorzustellen gewagt, daß vor Deinem Abgang nach Saarbrücken schnell noch die Umwandlung des BBU in einen Spendensammelverein mbH erfolgen sollte. Und dieser Akt war wirklich vom Leinsten: Erst werden ein paar windige Geschäftsleute angeheuert, es folgen verdeckte Gespräche außerhalb des BBU-Vorstandes, dann wird die Ablehnung des Konzepts durch eine heimliche Vereinsgründung umgangen (Versammlungsleiter, Vortragender und prompt gewählter 1. Vorsitzender des "Fördervereins": Jo Leinen), um schließlich der BBU-Mitgliederversammlung vollendete Tatsachen zu präsentieren.

Deine SPD-Genossen haben Dir den rechtzeitigen Absprung vor'm endgültigen Zusammenbruch des BBU ermöglicht: mit einem Landtagsmandat und der Aussicht auf den Chefsessel im Umweltministerium. Das läßt unsere Verbitterung über Dich und Deine Politik in verhaltene Freude umschlagen: Endlich bist Du dort angekommen, wo sich Deine Rolle mit der ihr entsprechenden Funktion deckt. Ja, das ist gelebtes Zen: Sich einer Aufgabe stellen, seinen Weg gehen, einen Wunsch Wirklichkeit werden lassen — ganz im Hier und Jetzt. Uns jedenfalls bleibst Du in Zukunft erspart.
— Wir freuen uns schon auf den Augenblick, da auch Deine neue Umgebung bemerkt, was für einen Karrieristen sie sich da eingehandelt hat. Behaupte lieber nicht, Du hättest "zu keinem Zeitpunkt" daran gedacht, Deine "Nabelschnur zur SPD" durchzuschneiden (SPIEGEL 49/83). Das Angebot der GRÜNEN, Dir ein Bundestagsmandat zuzuschustern, wär bloß nicht attraktiv genug.
Statt Dir eine Torte hinterherzuwerfen, hätten wir Dir vielleicht doch besser ein Denkmal setzen sollen — aus Schleim.

Saarbrücken, 10. März 1985

Westdeutsche Büßer- und Abwieglerbewegung, (der 5. Schlag), Kommando "Oliver Hardy"

Diese Aktion unterstützen: WABS — Widerstand als Breitensport; Bundesverband ökologischer Klinkenputzer (BöK); Verband der deutschen Schmierfettindustrie; BI "Campari trinken für den Frieden"; Notgemeinschaft "Von Fettnapf zu Fettnapf"; Kleingärtnerverein Bockenheim; Aktionsgruppe "MAG — Makaber aber geschmacklos"; BI Küche im Widerstand; 3 arbeitssuchende Hausfrauen und 5 arbeitslose Psychologen aus Nürnberg-Fürth sowie eine ganze Menge Deiner alten Bekannten.

Aber bitte mit Sahne ...

Saarbrücken, 9.3.85: Die Torte kam von links. Gerade hatte der Kandidat Leinen die Treppen zum Landtagsgebäude erklommen und sonnte sich in den Augen der zahlreichen Journalisten, als ihm der Mund abrupt gestopft wurde: Mitglieder eines „Kommandos Oliver Hardy" hatten sich mit Blumen und Backwerk herangemacht. Mitten in die Fernsehübertragung und in sein Strahlegesicht platzte ihre Torte.
Zwei Festgenommenen wurde von einer Vernehmungsbeamtin eröffnet, daß vermutet würde, Jo Leinen habe den Anschlag aus Publizitätsgründen selbst organisiert. „Und damit bin ich nicht allein", drückte sie eine auch im Saarland verbreitete Meinung über den Aufsteiger aus dem BBU aus.

Auch das noch:
Wahl mit liberal-la-la

Fortsetzung von Seite 1

satte zweistellige Ergebnis der AL in Westberlin scheint zu den mickrigen grünen 2,5% im Saarland nicht zu passen, aber die FDP brachte es in Frankfurt auch nur auf 2,6%.

Nimmt man die widersprüchlichen Ergebnisse zusammen, so hätte man sich jedenfalls vorstellen können, daß Wählerunmut gegen die Bonner Regierungsparteien, wie er häufig zur Hälfte der Legislaturperiode registriert wird, deutlicher sichtbar wird. Ob es der FDP nun tatsächlich gelingt, Verluste der CDU aufzufangen, oder nicht: Eine Quittung gegen die Wendepolitik war das nicht. Allenfalls liesse sich sagen, daß die krampfhafte Optimismus-Kampagne der Rechten nicht so glatt verfängt, wie es sich ihre Initiatoren wohl erhofften. Die Wähler machen halt, was sie wollen. Aber wissen sie, was sie wollen?

Trotz des regionalen Auf und Ab verharrt die politische Landschaft der BRD in eigentümlicher Lähmung. Wahlkämpfe finden bestenfalls müdes Interesse. Mittelmäßige Programme, mittelmäßige Kontroversen, mittelmäßige Figuren, abgedroschene Phrasen wandern über die Bildschirme, während die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam wächst, die sozialen Probleme sich drohend aufeinander türmen und die Rüstungsprogramme expandieren.

Oskar Lafontaine sprach in einer ersten Reaktion von „harter Regierungsarbeit", und daß der Jubel schnell verflogen sein werde. Er präsentierte sich als Verwaltungsfachmann und konnte sich besonders darüber freuen, die Grünen klein gehalten zu haben. Der „Hoffnungsträger" warnt vor überzogenen Erwartungen. Wenn frischgebackene Wahlsieger so vor die Kameras treten, sieht das immer sehr professionell aus. Man liegt aber auch selten falsch, wenn man solche Gesten so versteht, daß damit die Linken an die Zügel genommen werden.

Für die Grünen ist das Ergebnis von der Saar ein herber Einschnitt, der auch durch Gewinne in Westberlin und in hessischen Kommunen nicht wettgemacht wird, zumal man dort zu recht unrealistischen Prognosen neigte. Gegenüber dem Gespann Lafontaine/Leinen haben sie hilflos agiert. Zu erwarten ist jetzt, daß sich Realpolitiker und Fundamentalisten im inner-grünen Dauerbrenner gegenseitig als Sündenböcke ausmachen. Doch das Potpourri von Ergebnissen scheint für solche vergröbernden Schuldzuweisungen wenig Anhaltspunkte zu liefern. Weder ist die AL eine Fundi-Hochburg, noch gehören die Saar-Grünen zur Realo-Seilschaft, und umgekehrt stimmt es auch nicht. In Kassel (Realos) erzielten die Grünen das gleiche Prozentergebnis wie in Frankfurt (bisher Fundis, jetzt gemischt).

Nur die Frage - woher kommen die Stimmen der Grünen? - läßt sich so eindeutig beantworten, wie man davon ausgehen kann, daß diese Tatsache von der Mehrzahl der Strategen weiter ignoriert wird. Da gibt es einfach überhaupt keine Stimmen von rechts, ob die Partei nun die wertkonservative Flagge hißt oder nicht. Wenn also ein Rudolf Bahro oder ein Thomas Schmid sich bemüßigt fühlen, wieder und wieder ihre Präferenz für den „CDU-Menschentyp" zu bekennen, so mag das zwar eine Handvoll altlinke Frustrierte mit neurechten Heimatgefühlen zu Begeisterungsstürmen hinreißen, findet aber in der breiten Anhängerschaft der Grünen geradezu Null Entsprechung. Daß uns das freut, ist bekannt; daß es die grünen Mitglieder aber nicht die Bohne zu ärgern scheint, wenn solche Idiotien in Wahlkämpfen verkündet werden — das ist mit Engelsgeduld schon nicht mehr zu erklären, sondern nur noch mit bornierter Ignoranz. Man darf gespannt sein, wie lange die Grünen ihre Anhänger noch damit ärgern wollen, nicht rechts, nicht links, nicht Fisch, nicht Fleisch usw. sein zu wollen. Den Glauben, daß sie's ungestraft tun könnten, müßte ihnen ein Lafontaine eigentlich genommen haben.

de.

Grüner KV Ostberlin gegründet

Grüner KV Ostberlin gegründet

de es als Herausforderung empfinden,

wickelt werden muß.

Interview mit Petra Kelly

SPIEGEL: Und wenn Sie dann den Bundestag 1987 verlassen – wollen Sie 1991 wieder ins Parlament zurück?

KELLY: **Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich würde gerne Aktionsforschung im Bereich der Sozialen Verteidigung machen, denn das Einüben von nichtmilitärischen Verteidigungsmöglichkeiten hat bei mir politische Priorität. Ich möchte mich auch intensiver mit der Friedensarbeit in Osteuropa beschäftigen. Vielleicht ziehe ich nach Ost-Berlin. Da habe ich eine Art Kreisverband.**

SPIEGEL: Und Ehrenmitglied ist Erich Honecker?

KELLY: **Ich glaube nicht, daß er der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR angehört. Aber es grünt dort schon aus allen Ritzen.**

SPIEGEL: Die DDR-Behörden werden sich das verbitten.

KELLY: **Trotzdem möchte ich gerne so was wie einen zweiten Wohnsitz in Ost-Berlin haben. Ich möchte ausprobieren, ob das möglich ist. So eine Art alternative grüne Botschaft in Osteuropa leiten wäre auch nicht schlecht. Ich würde es als Herausforderung empfinden, auszuloten, wie groß da der Spielraum für ökologische Politik ist.**

SPIEGEL: Eine Anti-Botschafter-Botschafterin?

KELLY: **Ja, so ähnlich. Ich finde, daß die diplomatische Arbeit anders abgewickelt werden muß.**

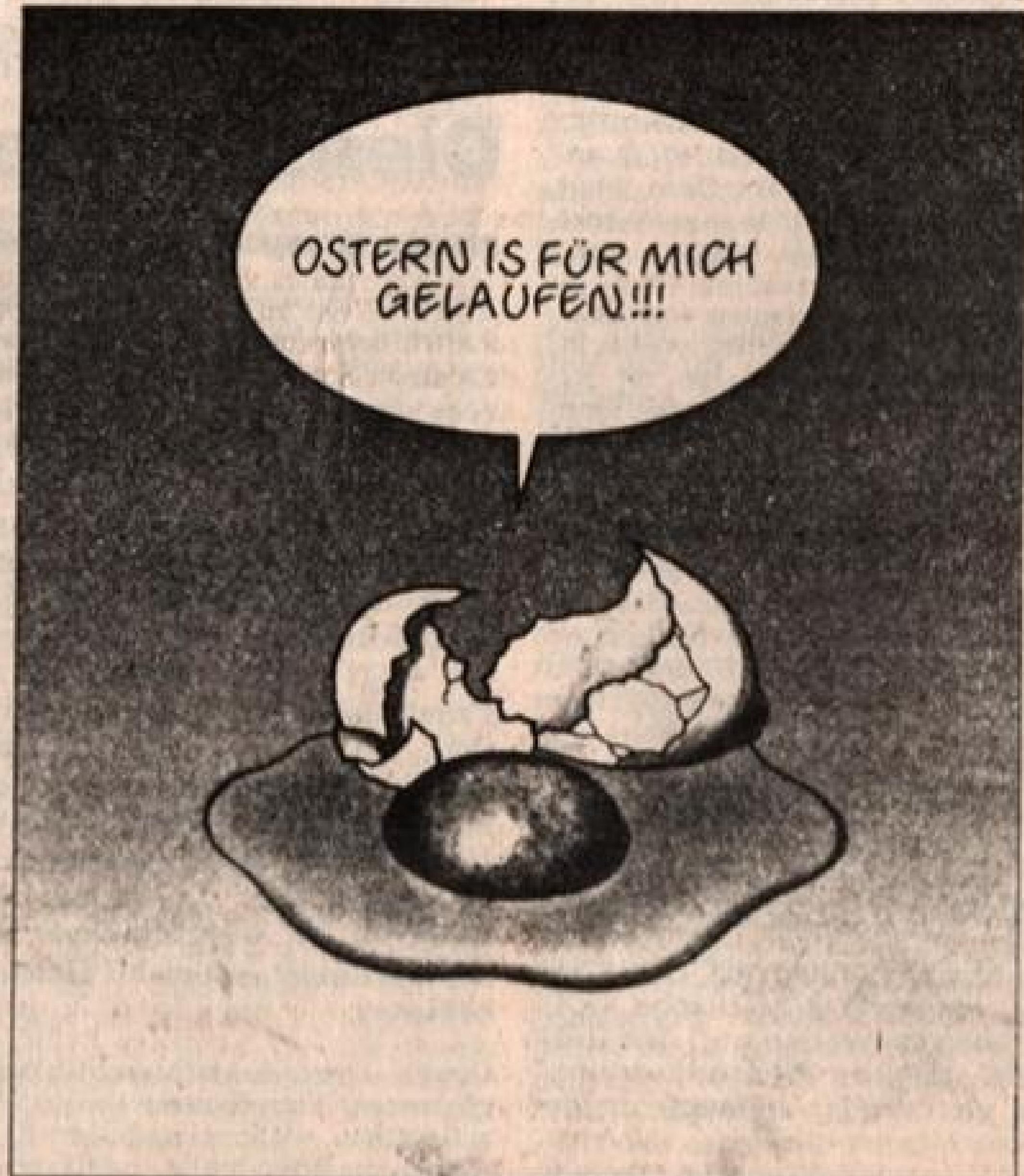
SPIEGEL: Sie stehen nicht gerade im Ruf einer Diplomatin.

KELLY: Gott sei Dank!

Aus: SPIEGEL-Interview vom 11.3.85



Grüne Gründungssitzung in Ostberlin. Die Rolle des Mannes links im Bild ist unklar.



Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4. Mai, Bonn: Friedensdemonstration

Dieser Gipfel ist der Gipfel

Fortsetzung von Seite 1



Als Reagan vor drei Jahren nach Bonn (damals noch zu Helmut Schmidt) kam, war er der Mann, der neue amerikanische Mittelstrecken-Raketen, Pershing II und Cruise Missiles bedeutete. Eine Demonstration der Friedensbewegung am 10.6.82 mit 400.000 Teilnehmern war die Antwort. Diesmal kommt Reagan mit noch gefährlicherem Gepäck. Seine als „defensiv" bezeichnete Weltraumwaffen-Initiative — was getrost als d i e Orwellsche Wortschöpfung von 1984 angesehen werden darf — verfolgt das Ziel, den großen Krieg „führbar" zu machen, genauer gesagt: den Völkern des Westens die „Führbarkeit" desselben zu verkaufen. Nachdem Thatcher und Kohl bereits ihre Einwilligung dazu gegeben haben, ist zu befürchten, daß sich der Gipfel insgesamt das „SDI"-Weltraumprogramm zu eigen macht. Dann wird mit imperialistischer Geschmackssicherheit feierlich die „Überwindung der atomaren Abschreckung" proklamiert werden, wo es doch in Wahrheit darum geht, den lästigen S e l b s t abschreckungs-Aspekt eines annähernden militärischen Gleichgewichts loszuwerden, indem man nach immer mehr Überlegenheit trachtet.

„SDI" müßte freilich als bloße Spitze des Eisbergs bezeichnet werden, wenn dieses Bild nicht vollkommen überholt wäre. Denn fern von jedem Schamgefühl gibt sich die US-Administration nicht die geringste Mühe, den Umfang der gewaltigen Rüstungslawine zu verbergen, die sie losgetreten hat. Die neue Interkontinental-Rakete MX wird durch den Kongreß gepeitscht wie zum Hohn für alle Dummköpfe, die vielleicht tatsächlich daran glauben, „SDI" könne Atomraketen überflüssig machen. Und Nicaragua erlebt aktuell ein Trommelfeuer von Kriegsdrohungen und Beschimpfungen, das einem den Atem verschlagen kann — so wild hat man sich ja kaum Vietnam gegenüber gebärdet. Beinahe überflüssig zu erwähnen, daß Washington solchen Aushängeschil-

fungen, das einem den Atem verschlagen kann — so wild hat man sich ja kaum Vietnam gegenüber gebärdet. Beinahe überflüssig zu erwähnen, daß Washington solchen Aushängeschil-

dern des Westens wie Chile oder Südafrika eifrig Honig ums Maul schmiert (was den wieder modernen Putsch-Drohungen gegen Griechenland beträchtliche Glaubwürdigkeit verleiht), aber eines wollen wir noch ausdrücklich festhalten: Während 20 Millionen vergessene US-Bürger Hunger leiden, ist das Kapital weltweit derart begeistert von dieser Politik, daß es nichts Köstlicheres kennt als das Papier, welches von dieser Administration bedruckt wird — der Dollar steigt und steigt.

Im Mai 1985 wird es jede Menge falsches Pathos geben. Von denen da oben sowieso, aber man sage nicht, daß es weiter unten überhaupt nicht verfängt. Heuer ist die Rede von Nachkriegs-Strukturen, die lasten und bluten, von Grenz-Schmerz und Teilungs-Wehweh in Deutschland, da gibt es Friedensvertrags-Rheuma und blockübergreifendes Zipperlein und hier kneift's in der protestantischen Seele und dort piekt's im katholischen Po. Schließlich sträubt sich auch der taktisch geschulte Verstand aufstrebender Politfunktionäre gegen eine Großaktion im Höhepunkt der NRW-Landtagswahl. Ja wo leben wir denn, Freunde? Hieß es nicht, die Mehrheit der Bevölkerung lehne das Wettrüsten und die Kriegsvorbereitungen ab?

Am 4. Mai wird in Bonn demonstriert, massenhaft und beherzt, und jede(r) sollte gut überlegen, ob mensch sich den Luxus leisten kann, zuhause zu bleiben, um nach zweifelhaftem historischen Vorbild die Faust in der Tasche zu ballen. Es geht um ein Stück Vergangenheitsbewältigung — um aktiven, lernenden, handelnden Antifaschismus — und um ein Stück Zukunfts-Eroberung zugleich: Daß wir deutlich machen, wie wir ohne Hunger, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg leben wollen.

Endlich Aktion beschlossen!

Fast vier Monate hatte das Tauziehen gedauert, bis es am 2.3. in Bonn auf einem von den unabhängigen Friedensinitiativen (BUF) einberufenen Treffen endlich zu Ergebnissen kam: Es wird zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 4. Mai aufgerufen. Demonstrationsziel ist das Regierungsviertel in Bonn. Unbeschadet von etwaigen behördlichen Verboten soll an einer Demonstration in der Bonner Innenstadt, linksrheinisch, zum Ort des Geschehens festgehalten werden. Eine Anmeldung soll möglichst bald erfolgen; ggf. soll auch gerichtlich dafür gestritten werden.

Am Freitag und Sonnabend soll ebenfalls in Bonn ein Gegentribunal durchgeführt werden. Zu den Themen Weltwirtschaftsordnung, NATO--Kriegs, Imperialismus und Widerstand, Patriarchat und zum Thema Niederwerfung des Faschismus (8. Mai) sollen dort zunächst Arbeits- und Diskussionsgruppen organisiert werden, um dann vor versammelter Runde Betroffene und Ankläger zu Wort kommen zu lassen. Offen ist noch, ob das Tribunal am Sonnabend im Saal oder unter freiem Himmel, als Abschluß der Demonstration stattfinden soll. Für die Aktionen wurde ein gemeinsamer Trägerkreis gebildet, in welchem das Spektrum der Friedensbewegung vertreten ist, das grob gesagt von den Grünen bis zu den Autonomen reicht: Grüne, BUF, BUKO (Bun-

meinsamer Trägerkreis gebildet, in welchem das Spektrum der Friedensbewegung vertreten ist, das grob gesagt von den Grünen bis zu den Autonomen reicht: Grüne, BUF, BUKO (Bun-

deskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), Koordination der Mittelamerika-Komitees, ESG, IKVU (Initiative Kirche von unten), Göttinger AK gegen Atomenergie und ein Vertreter des sog. „Münsteraner Treffens" (welches einen Tag später, am 3.3., stattfand, um ebenfalls über Aktionen gegen den Wirtschaftsgipfel zu beraten). Plätze für die Bonner örtlichen Kräfte und die Frauenbewegung wurden freigehalten. Der Trägerkreis ist für Erweiterungen offen und soll sich um einheitlich gefaßte Beschlüsse bemühen. In Streitfällen grundsätzlicher Art sollen weitere Beratungstreffen anberaumt werden.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß die SPD-nahen Kräfte sowie die DKP nicht mitziehen wollen. Schon vor dem Reagan-Besuch 1982 hatte es ähnliche Schwierigkeiten gegeben, am Ende aber eine Demonstration, die von den Friedensbündnissen geschlossen getragen wurde. Dazu wird es in dieser Form nicht mehr kommen. Allerdings ist durchaus zu erwarten, daß Teile des SPD/DKP-Spektrums noch nach Bonn aufrufen, weil es doch recht starke Widersprüche dieses Lagers in dieser Frage gibt. Derzeit allerdings basteln Jusos, DKP und BBU am Projekt eines eigenen Konkurrenz- oder Spalter-Tribunals am 2.5. in Bonn.

DKP bzw. VVN hatten eine Zeitlang erwogen, die von ihnen am 4.5. in Köln geplante Demonstration (zur Befreiung vom Faschismus) nach Bonn umzuverlegen — allerdings nur, wenn die SPD-Kräfte in den Friedensbündnissen mitziehen würden. Unter dieser Voraussetzung hätte auch der BBU teilgenommen. Doch die Sozialdemokraten taten ihnen den Gefallen nicht. Die Jusos legten sich schon frühzeitig per Vorstandsbeschluß definitiv darauf fest, in keinem Fall eine Demonstration in Bonn zu unterstützen. Jusos wie DKP wollten dann bei einem Tribunal mitmachen, stellten aber die strikte Bedingung, daß dieses nichts mit einer Demonstration zu tun haben dürfe. Grüne und BUF lehnten diesen Preis ab — unter diesen Vorzeichen war eine Einigung nicht möglich.

Die große Mutter SPD, gelegentlich schon zum Bündnispartner der Friedensbewegung hochstilisiert, nun aber wieder in der traditionellen Abwiegler-Rolle, sieht sich in einer mißlichen Situation. Einerseits will sie keineswegs als oppositionelle Kraft, sondern als „Partei der Mitte" zu den NRW-Wahlen erscheinen. Innenminister Schnoor hat also in Bonn zu beweisen, daß er Demonstrationen ebenso „fest im Griff" hat wie die CDU. Andererseits drohen dann im Lager der Friedensbewegung Stimmenverluste zugunsten der Grünen. Insofern fühlen sich Sozialdemokraten aus Friedensbündnissen bemüßigt, ihrer Partei ein solches Dilemma zu ersparen — am besten gar keine Demonstration! Später dürfen sie dann wieder auf Seminaren gemeinsam mit christlichen Veranstaltern ihren Glaubwürdigkeitsverlust bei der Jugend analysieren.

Man darf von der SPD, im Wechselspiel mit Behörden und Polizei (und von den regierenden Christliberalen natürlich sowieso), weitere Versuche erwarten, den Kreis der Demonstranten möglichst einzugrenzen. Verbotsversuche, Horrorgeschichten über zu befürchtende Gewalt und ähnliches mehr sind ja nicht unbekannt. Vielleicht kommen aus den Reihen der Friedensbündnisse selbst noch Versuche, die Sache zu diskreditieren. Nur

befürchtende Gewalt und ähnliches mehr sind ja nicht unbekannt. Vielleicht kommen aus den Reihen der Friedensbündnisse selbst noch Versuche, die Sache zu diskreditieren. Nur

weil die SPD die Friedensbewegung momentan als schwach einschätzt, geht sie so weit, eine direkte Spaltung zu provozieren. Diese Einschätzung kann sich jedoch auch als falsch herausstellen. Es besteht eine gute Chance, die Aktion sehr breit zu verankern, wenn die Linke geschlossen handelt, wofür die Beschlüsse vom 2.3. der überfällige Schritt waren. Es wäre nicht das erste Mal, daß sich der Widerstand angesichts solcher Hindernisse erst recht mit Elan entwickelt. Der Anlaß jedenfalls ist wichtig genug.

Die DKP, die den größten organisatorischen Einfluß in der Friedensbewegung besitzt, verdammt sich leider immer wieder zum Nachtrab hinter der SPD-Politik. Auch ihr gegenüber zeigt sich deshalb, wie wichtig die selbständige Handlungsfähigkeit des linken Flügels der Bewegung ist. Daß DKP/VVN bemüht sind, zum Thema 8. Mai etwas auf die Beine zu stellen, wird ihnen im KB sicher niemand verübeln. Doch anstatt sich auf einen alten Konsens der Friedensbewegung zu beziehen, zu diesem Anlaß eine zentrale Aktion durchzuführen (daß der Weltwirtschaftsgipfel ebenfalls im Mai stattfinden würde, wurde erst nach der Aktionskonferenz bekannt, auf der über den 8. Mai diskutiert worden war), zog man es vor, sich auf diplomatische Weise an SPD und Gewerkschaften heranzutasten. Als klar wurde, daß die Sozialdemokraten nur kleine eigene dezentrale Kundgebungen wünschten, brachte die VVN im Alleingang einen Aufruf heraus, in dem drei regionale Demonstrationen am 4.5. in Frankfurt, Hamburg und Köln angekündigt sind. Einmal mehr hatte man „vergessen", öffentlich zur Vorbereitung solcher Aktivitäten einzuladen oder gar Grüne und Linke zum Bündnis aufzufordern. Auch wenn im gewerkschaftlichen Bereich ein erstaunlicher Unterstützerkreis gewonnen werden konnte, bietet dieses Vorgehen die sichere Garantie dafür, im engen traditionellen Rahmen unter sich zu bleiben.

Als dann die Planungen der Linken zum Protest gegen den Imperialisten-Gipfel anliefen, erwogen DKP und VVN immerhin trotz der nicht ganz von der Hand zu weisenden Befürchtung, das Thema 8. Mai könne bei einigen Linken untergebuttert werden, eine Beteiligung. Der Hamburger Ratschlag appellierte am 10.2. für eine Demo-Beteiligung der VVN in Bonn, ähnliche Beschlüsse faßten auch das Kölner und das Bonner Friedensplenum. Ganz ins Schleudern kam die DKP, als zwischenzeitlich gezielt das Gerücht verbreitet wurde, nun wolle der DGB seine Aachener Hauptveranstaltung vom 8. auf den 4. Mai vorverlegen und dort auch eine Demonstration veranstalten, wozu es hieß, daß die nordrhein-westfälischen Jusos bereits „durchmobilisiert" seien (was freilich kein großer Akt sein dürfte). Dies stellte sich allerdings als Ente heraus.

Ende Februar war dann alles festgeklopft — es bleibt bei den drei regionalen Demonstrationen. Zu diesem Verlauf mag es Druck von sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher Seite auf die Unterzeichner des VVN-Aufrufes gegeben haben. Den Rückzug hat aber offensichtlich die DKP selbst angetreten. Viele aus der Friedensbewegung, die eng mit der Partei zusammenarbeiten oder ihr sogar angehören, sind über diesen Gang der Dinge keineswegs glücklich, im Gegenteil. So bot z.B. eine Vertreterin der NRW-Friedensliste auf dem Bonner Treffen an, im Trägerkreis mitzuarbeiten (ohne freilich schon einen Beschluß dieser Gruppierung dafür zu haben). Die DKP hat zwar in letzter Zeit ihr Dogma, Bündnisse nur mit Gruppen rechts von ihr zu suchen und nach links die Abgrenzung zu pflegen, flexibler gehandhabt. Nichtsdestotrotz ist die alte Linie hier wieder zum Tragen gekommen. Das Dumme für die Partei ist bloß, daß ihr von der heißumworbenen SPD regelmäßig die Tür gewiesen wird, wenn sie ihr allein gegenübersteht.

Ein Lichtblick ist dagegen das Verhalten der Grünen. Nach anfänglichem Zögern hat sich sowohl im Bundesvorstand wie auch bei der Bonner Fraktion die Auffassung durchgesetzt, die Aktionen unabhängig von SPD und DKP mitzutragen und sich durch Knüppel aus dieser Richtung nicht mehr behindern zu lassen. So hatte der Bundesvorstand darauf beharrt, daß für das Tribunal nur der gleiche Trägerkreis wie für die Demonstration infrage käme. Denjenigen, die bei den Grünen dafür verantwortlich sind, ist erfreulicherweise klar, daß sie den vollen Einsatz ihrer Kräfte und Mittel mitbringen müssen, um die Aktion zu einem Erfolg zu machen. Zwar fürchten nun manche, daß daraus eine allzu grüne Sache wird. Wenn man aber bedenkt, wie die Partei in der Vergangenheit ihr Ansehen in Ost/West- oder gar „gesamtdeutschen" Themen verschlissen hat, dann können wir nur wünschen, daß sie in dieser höchst einseitigen Demonstration Profil gewinnt.

hh., de.

Planungen zum Reagan-Besuch in Hambach

Einen Tag nach seiner Bonn-Visite (also am 5.5.) kommt Reagan auch auf das Schloß Hambach (hinter Ludwigshafen in der Pfalz), um dort eine „Rede an die deutsche Jugend" zu halten.

Dies wollen die Grünen Baden-Württemberg zum Anlaß nehmen, um zu einer Demonstration in Neustadt (unterhalb des Hambacher Schlosses) aufzurufen. So jedenfalls ein Beschluß des Landesausschusses („Kleiner Parteitag") vom 2.3.85.

Der Beschluß kam zustande gegen das Votum von Heilbronner Friedensgruppen, die an diesem Tage gerne nochmal am Raketenstützpunkt Waldheide demonstriert hätten.

Überhaupt nicht thematisiert wurde auf dem Landesausschuß, daß eine süddeutsche Großaktion in Hambach am 5.5. in Konkurrenz treten könnte

heide demonstriert hätten.
Überhaupt nicht thematisiert wurde auf dem Landesausschuß, daß eine süddeutsche Großaktion in Hambach am 5.5. in Konkurrenz treten könnte

zur geplanten Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn am 4.5.

Mit unterstützen will die Hambacher Aktion das „Süddeutsche Friedensforum", die vom Kofaz-Spektrum abgespaltene Friedenskoordination im „Ländle" (Hauptträger: Grüne, Jusos, Kirchen). Der Beschluß kam allerdings nur unter massivem Drängen der Grünen zustande. Alle anderen Organisationen hatten mehr oder minder große Bedenken (Pax Christi z.B. hat am 5.5. schon eine eigene Veranstaltung). Der Juso-Vertreter argumentierte sogar eher für eine Unterstützung der Demo zum WWG (wobei unklar bleibt, ob das nur ein besonders geschickter Schachzug ist, um gar nix tun zu müssen ...). Im Friedensforum war mehrheitlich klar, daß von den Inhalten her eigentlich der Weltwirtschaftsgipfel gepuscht werden müßte. Gegen eine Mobilisierung dorthin wurde letztenendes angeführt, daß man nicht wisse, ob die Sache „zieht". Das näher liegende Hambach biete zudem als kulturgeschichtliches Denkmal für die südwestdeutsche demokratische Bewegung (s.u.) gute Anknüpfungspunkte für eine emotionale Agitation gegen Reagan, außerdem sei der Weg nach Hambach nicht so weit wie nach Bonn ...

Neben diesen überlegenswerten Argumenten wurden allerdings auch Gründe für Hambach genannt, die aufhorchen lassen — im negativen Sinne:

— Der grüne Landesgeschäftsführer Faller meinte, Hambach sei u.a. deswegen gut, weil dort keine Prügeleien mit der Polizei zu befürchten seien, da diese die Zufahrt zum Schloß leicht abriegeln könne ... Dem Vertreter der „Katholischen Jungen Gemeinde", der bezüglich Hambach für ein Verhinderungskonzept mit Blockaden plädierte, wurde entgegnet, das sei mit den Grünen BaWü nicht zu machen.

— Hambach war 1832 der Ort eines Freiheitsfestes, auf dem nicht nur die Aufhebung von Unterdrückungsmaßnahmen, sondern auch die Deutsche Einheit gefordert worden war. Bei den Baden-Württembergischen Grünen gibt es eine starke Tendenz, für ein „wiedervereinigtes Deutschland" einzutreten, um sich so aus der Blockkonfrontation herauswinden zu können. Wäre es nicht ein „netter Gedanke", dieses Ziel im symbolträchtigen Hambach zu vertreten??? Es besteht zumindest die Gefahr, daß in dem schmalen Spektrum, das bisher die Hambacher Aktion favorisiert, ein solcher Schmarrn auf Gegenliebe stößt.

Bislang ist allerdings noch nicht mal klar, ob aus Hambach überhaupt etwas wird. Ohne weitere Unterstützung aus Südhessen und Reinland-Pfalz wollen nicht einmal die Grünen die Sache wagen. Im letzten Jahr nämlich, als vom selben Spektrum mehrere Wochen full power nach Mutlangen zum Pfingstcamp mobilisiert wurde, geriet die Sache zum Desaster: es kamen nicht mal 10.000 Leute, die Schulden der Aktion rissen ein tiefes Loch.

Jürgen/Stuttgart — 4.3.85

Unterdrückung, Hunger, Krieg

Regierungsvorbereitungen auf den 8. Mai: Trauer über ein Mißgeschick



KZ Dachau waren schon frühzeitig ebenso dementiert worden wie Spekulatioen über ein Treffen mit Tscher-
de — war (...) die Grundentscheidung für die Freiheit; für die politische Frei-
Überhaupt geht die SPD derzeit vorsichtig auf Distanz zur Bundesregie-
Mai stattfindenden Landtagswahlen in NRW zu tun hat. NRW-Minister-
„Vernachlässigung der Schattenseiten deutscher Geschichte'' und machte

In AK 254 vom 14. Januar veröffentlichten wir einen ersten Überblick über regierungsamtliche wie oppositionelle Aktivitäten zum 8. Mai. In den vergangenen Wochen hat nun — nach einigem Gezerre vor allem um die Modalitäten des Reagan-Besuches — eine Einigung auf ein offizielles Programm stattgefunden. Das vom Kanzler Kohl propagierte Motto, den 8. Mai in „Trauer und Selbstbesinnung'' zu begehen, gleichzeitig aber auch stolz auf die 40 Nachkriegsjahre und die „und die unwiderrufliche Entscheidung für die Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratie'' (Neujaheransprache) zurückzublicken, ist dabei verbindliche Richtschnur. Wesentliche Programmbestandteile sind eine Sondersitzung des Bundstages mit Ansprache des Bundespräsidenten und ein ökumenischer Gottesdienst im Kölner Dom,

Deutsch-Amerikanische Freundschaft mit Mißverständnissen

„Nach wochenlangen Wirren um Reagans Besuchsprogramm'' („FAZ'', 16.2.), die nicht auf politische Meinungsverschiedenheiten, sondern — da stimmt die Regierungspropaganda — allein auf „mangelhafte Abstimmung'' im deutsch-amerikanischen Freundschaftsverhältnis zurückgehen, wurde am 15.2. „Erleichterung in Bonn'' gemeldet: nach seiner Teilnahme am Weltwirtschaftsgipfel in Bonn vom 2. bis 4. Mai bleibt Reagan zu einem nur zweitägigen Staatsbesuch, reist dann am 7. nach Spanien und hält am 8. seine Rede nicht im Bonner Bundestag, sondern im Straßburger Europaparlament.

Schon vor der Festlegung dieses Ablaufs hatte Reagan „klargemacht: Sein Hauptziel ist es, den Deutschen bei dieser Gelegenheit Peinlichkeiten zu ersparen'' („FAZ'', 30.1.). Berichte über einen Auftritt des Präsidenten im KZ Dachau waren schon frühzeitig ebenso dementiert worden wie Spekulationen über ein Treffen mit Tschernenko in Wien oder gar — welch ein Gedanke! — „Solidaritätsbekundungen mit der Sowjetunion an der Elbe'' („FAZ''). Strittig war aber zeitweise gewesen, ob er — zum zweiten Mal nach seiner Rede im Bundestag vor drei Jahren — dort in der offiziellen Feierstunde eine Ansprache halten sollte. Das soll nun stattdessen in Straßburg geschehen. Regierungsprecher Boenisch kann sich für Reagans Auftritt „keinen geeigneteren Rahmen als das Straßburger Parlament vorstellen.'' Schließlich habe Reagan klargemacht, „der Jahrestag der Kapitulation solle kein Freudenfest wegen des damaligen Sieges und keine Erinnerung an den Haß werden, sondern müsse die Freundschaft zwischen ehemaligen Feinden bestätigen, die sich gemeinsam der Demokratie, der Freiheit und dem Frieden verpflichtet wüßten. Es sei Reagans Wunsch und Ziel, diese Haltung und das 'vitale Interesse' der Vereinigten Staaten an Westeuropa auszudrücken, sagte Boenisch'' („FAZ'', 16.2.)

Zusätzlich vereinbart wurde für den 6. Mai eine Reagan-Rede „an die deutsche Jugend'' in Hambach, dem Ort des Hambacher Festes von 1832, wo die bürgerlich-demokratische Bewegung in Deutschland einen ihrer Ausgangspunkte hatte. Gegen diesen „Hohn auf die demokratische Tradition'' haben die Grünen bereits protestiert.

„Ein Signal nach vorn geben..."

Die Regierungsparteien gehen mit ihrer Kampagne mehrgleisig vor. Einerseits wird das Dregger-Wort „Katastrophen kann man nicht feiern'' variiert und weiterentwickelt. Am weitesten vorgewagt hat sich dabei ein weiteres Mal Heiner Geißler: der 8. Mai 1945 habe auch den „Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus'' bedeutet. Besser wäre es gewesen — so Geißler auf dem Landesparteitag der hessischen CDU — „wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären'' („FR'', 4.2.). Kohl drückt den gleichen Gedanken etwas veschwommener aus: Zwar sei der 8. Mai auch „Tag der Befreiung''. „Aber Freiheit brachte er nicht allen. Er war ein Tag, der Chancen und Risiken gleich verteilt in die Waagschale der Geschichte legte. Nirgendwo wird das so deutlich wie in der Entwicklung der beiden deutschen Staaten in Deutschland. (...) Ursache und Bedingung für den erfolgreichen Wiederaufbau in der Bundesrepublik Deutschland — für das, was fälschlicherweise ein 'Wirtschaftswunder' genannt wurde — war (...) die Grundentscheidung für die Freiheit; für die politische Freiheit auf der Seite und im Schutz der Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien; und für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit, die der Initiative des Einzelnen und der Ordnungskraft des Marktes mehr vertraut als der Bevormundung der Bürger durch den Staat.'' Zusammengefaßte Lehre der 40 Nachkriegsjahre: „Westbindung und soziale Marktwirtschaft waren und sind das unverzichtbare Fundament deutscher Politik in der Nachkriegszeit'' („Die Welt''. 1.2.)

Damit ist die Generallinie auch für das aus Regierungssicht bedeutsamste Ereignis am diesjährigen 8. Mai, die Sondersitzung des Bundstages, vorgegeben. „Eine Gedenkstunde in bescheidener, nicht in pompöser Form'' soll laut Bundestagspräsident Jenninger stattfinden, „ein ernster und nachdenklicher Rückblick auf das, was geschehen ist. Aber es besteht auch Anlaß, die vergangenen 40 Jahre nach dem Krieg zu würdigen. (...) Es muß in der Welt später heißen: Die Deutschen haben nicht nur Rückschau gehalten, sondern ein Signal nach vorn gegeben'' („Welt am Sonntag'', 13.1.). Das sei auch mit Bundespräsident Weizsäcker, der die Gedenk- bzw. Festrede hält, so abgesprochen. So wird am 40. Jahrestag der „Katastrophe'' weltöffentlich „aus dem Schatten Hitlers (ge)treten'' (Dregger).

Kaum zu glauben, aber wahr, daß die Grünen ihre Entscheidung, an diesem Spektakel nicht teilzunehmen, ausgerechnet wegen des angeblich vielversprechenden Inhalts der Weizsäcker-Rede noch einmal neu diskutiert haben (und weiter diskutieren?).

Sozialdemokratisches Kontrastprogramm

Die SPD hat ihr 8. Mai-Programm schon seit längerem unter Dach und Fach. Zentrale Veranstaltung wird das Nürnberger „Friedensgespräch '85'' am 7.5. sein, wo ein „Nürnberger Manifest'' verabschiedet werden soll. Zu der Kundgebung sind auch Repräsentanten im Zweiten Weltkrieg besonders zerstörter Städte wie Dresden, Coventry, Minsk, Köln und Warschau eingeladen. Als Regierungssprecher Boenisch die Veranstaltung als „SPD-SED-Projekt'' bezeichnete, drohte Bundesgeschäftsführer Glotz mit Aufkündigung der „Gemeinsamkeit der Demokraten'': „Sowohl die Sozialdemokratie wie die Bundesregierung haben sich bisher bemüht, für den 8. Mai 1985 einen gemeinsamen Weg zu finden. Solange die Äußerungen von Peter Boenisch nicht korrigiert sind, ist eine solche Gemeinsamkeit unmöglich.''

Überhaupt geht die SPD derzeit vorsichtig auf Distanz zur Bundesregierung. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß das hauptsächlich mit den am 12. Mai stattfindenden Landtagswahlen in NRW zu tun hat. NRW-Ministerpräsident und Spitzenkandidat Johannes Rau warnte öffentlich vor der „Vernachlässigung der Schattenseiten deutscher Geschichte'' und machte

Fortsetzung nächste Seite

Dokumentation

Der 8. Mai brachte die Freiheit vom Faschismus

Gemeinsame Erklärung von Aktion Sühnezeichen DDR und BRD zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Aktion Sühnezeichen in der DDR und Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der Bundesrepublik haben sich mit einer gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai an die Öffentlichkeit gewandt. Wir veröffentlichen nachfolgend Wortlautauszüge aus der Erklärung:

...Wir sind von außen befreit worden. Und Befreiung von außen vollzieht sich durch Besetzung mit all ihren leidvollen Begleitumständen. Viele Deutsche haben daher den 8. Mai 1945 nicht als den Tag der Befreiung annehmen können. Für sie war das Datum bestimmt von den Erfahrungen des eigenen Leides: Gefangenschaft, Verlust der Heimat, zerstörte Städte und vielfältige Not. Aber das darf uns nicht hindern, die Ereignisse in ihrem Zusammenhang und ihrer Reihenfolge zu sehen. Das große Leiden begann nicht 1945, sondern 1933, und fand eine Fortsetzung 1938 (Judenpogrom), 1939 (Einmarsch in Polen), 1941 (Überfall auf die Sowjetunion). In diesen Jahren griffen Deutsche nach Haus und Hof, Land und Leben anderer Völker...

Unser Volk wurde schuldig, und nur ein Teil des von uns verursachten Leides ist auf uns zurückgefallen. So halten wir mit den Gründern der Aktion Sühnezeichen daran fest: der 8. Mai 1945 ist der Tag, der auch unserm Volk die Freiheit vom Faschismus brachte, und erklären:

— Wir wurden befreit von der Fortsetzung des Krieges. Der geplante Endsieg hätte auch das Ende aller menschlichen Werte gebracht.

— Wir wurden befreit von einem politischen System, das durch Lüge und staatlichen Terror Würde und Freiheit des Menschen mit Füßen trat.

— Wir wurden befreit von faschistischer Herrenmenschenideologie und der Abwertung anderer Völker. Nicht nur die Ehe mit sogenannten „völkisch Minderwertigen'' war verboten, auch die Tisch- und Gottesdienstgemeinschaft mit Russen, Polen oder Franzosen. Freundschaft, Nächstenliebe, Solidarität standen unter Strafe.

— Wir wurden befreit vom faschistischen Rassenwahn. Die Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma und Sinti und Menschen anderer Völker war Frevel an Gott und den Menschen.

— Wir wurden befreit von der Ausrottung behinderter Menschen als „lebensunwertes Leben".

— Wir wurden befreit von einer geplanten Christenverfolgung, die nach einem Sieg der Nationalsozialisten alle betroffen hätte, die sich um das Kreuz und das Wort des Juden Jesus versammeln.

Daraus ergeben sich für die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der BRD, Sitz Berlin/West, gemeinsame Aufgaben, die der jeweiligen gesellschaftlichen und kirchlichen Situation entsprechend konkretisiert werden müssen:

— Die Erkenntnis, daß vor 40 Jahren auch Schweigen zur Schuld geführt hat, verpflichtet uns, wo auch immer, öffentlich und mit Zivilcourage gegen Unrecht und Lüge aufzutreten, für erkannte Wahrheit einzustehen und uns an die Seite derer zu stellen, die verleumdet, verachtet und benachteiligt werden.

— Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte die Möglichkeit zu neuer Völkerfreundschaft in Freiheit. Weil in den Jahren des Kalten Krieges diese Chance weitgehend vertan wurde und die Folgen bis heute spürbar sind, treten wir für einen Dialog zwischen Ost und West auf allen Ebenen ein. Wir wollen uns bemühen, stärker als bisher durch persönliche Kontakte zu Menschen in West- und Osteuropa der Völkerverständigung zu dienen.

— Vierzig Jahre nach Auschwitz stehen wir in Theologie und Kirche erst am Anfang der Erkenntnis eigener Schuld. Die meisten Christen haben die Nachkriegszeit in der Kontinuität ihrer Kirche unberührter durchlebt als die Überlebenden der Judenverfolgung. Die wirkliche Begegnung mit dem Judentum haben wir noch vor uns.

Vor vierzig Jahren haben die Soldaten der Roten Armee und der US-Armee die Tore von Auschwitz und Dachau geöffnet. Der Schwur der Befreiung „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" ist zur Hoffnung von Millionen geworden. Dieser Schwur bleibt gültig und verpflichtend.

Wir würdigen die Opfer der Anti-Hitler-Koalition, die für die Befreiung der Völker Europas gebracht worden sind. Zugleich bitten wir die Verbündeten von einst, heute alles zu tun, um das Wettrüsten nicht auf den Weltraum auszudehnen, sondern auf Erden zu überwinden.

Die Alliierten von damals sollten trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme eine neue Allianz eingehen. Damals einte sie ein gemeinsamer Gegner, heute könnte es eine gemeinsame Aufgabe sein: Die Beseitigung des Hungers durch eine weltweite Antihungerkoalition!

Wir halten die Absichtserklärung, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgehen dürfe, für beide deutsche Staaten als verbindlich. Darum regen wir an, den deutschen Boden, auf dem so Schreckliches geschehen und von dem so Leidvolles ausgegangen ist, zu einem von Massenvernichtungswaffen freien Boden zu machen, um nach diesem Schritt auch die Potentiale konventioneller Offensivwaffen abzubauen und so einen Beitrag zur friedlichen Koexistenz, Fortführung der Entspannungspolitik und einer Politik der Sicherheitspartnerschaft zu leisten.

Wir schlagen daher unseren Regierungen vor, in diesem Jahr das Gespräch über eine deutsche Abrüstungsinitiative aufzunehmen. Wir halten es für möglich, daß die beiden deutschen Staaten eingedenk ihrer besonderen Verpflichtungen für den Frieden in Absprache mit ihren Bündnispartnern eine angemessene Reduzierung ihrer Rüstungshaushalte vereinbaren. Die eingesparten Mittel könnten einem Entwicklungsprogramm für die Völker der sogenannten Dritten Welt zugute kommen.

Damit würde 40 Jahre nach dem ende des Zweiten Weltkrieges von beiden deutschen Staaten ein gemeinsames Zeichen des Freidens und der Versöhnung gegeben werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

verklausulierte Anspielungen auf die Tradition ,,mancher Konservativer'': ,,Es müsse gesagt werden, daß die nationalsozialistische Machtergreifung ermöglicht worden sei durch ein Bündnis zwischen der faschistischen Bewegung und Teilen der traditionellen, auf die konservativen gesellschaftlichen Kräfte gestützten Eliten'' (,,FR'', 2.3.)

Auch im sozialdemokratischen Rahmenprogramm zum 8. Mai ist der Hauptdarsteller immer wieder Johannes Rau. Geplant sind u.a.: Empfang einer jüdischen Delegation gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und mit den beiden christlichen Kirchen; Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten auf dem Friedhof Arlington in Washington und auf einem deutschen Soldatenfriedhof in der Sowjetunion; Auftritt auf der zentralen DGB-Kundgebung in Aachen; Fernsehansprache am Abend des 8. Mai (Angaben nach ,,Spiegel'' vom 11.2., dessen Redaktion bei dieser allzu offensichtlichen Wahlkampfshow auch nicht ganz wohl ist).

Der 8. Mai im westlichen Ausland

Für Springers ,,Welt'' ist klar: ,,Es gibt für kein Land der Welt eine Notwendigkeit, den 8. Mai zu feiern, bestenfalls ein Bedürfnis. Wo ein derartiges Bedürfnis vorhanden ist, kann es sein Motiv in der politischen und propagandistischen Vermarktung dieses Ereignisses haben, wie in der Sowjetunion, oder es sagt etwas über das angeschlagene Selbstbewußtsein oder den Mangel an Erfolgserlebnissen einer Nation aus, wie beispielsweise in Großbritannien.''

Beide Motive existieren — natürlich — in den **USA** nicht: Siegesfeiern im eigenen Lande sind nicht geplant, Reagan ist am 8. ohnehin in Europa.

Anders in **Großbritannien**, der ehemaligen Weltmacht mit dem ,,angeschlagenen Selbstbewußtsein''. Nachdem Maggie Thatcher zunächst die Durchführung ,,bestenfalls nostalgischer, schlimmstenfalls deutschfeindlicher'' Gedenkfeiern abgelehnt hatte, setzte Entrüstung von allen Seiten — stramm konservativer Kriegsveteranen und Labour-Linken — ein. Nun wird ein Gedenkgottesdienst in Westminster stattfinden, der eine ,,deutsche und eine russische Dimension'' (der Dekan von Westminster) haben soll: ,,Es wird ein Gottesdienst des Dankes werden, für die Befreiung der Menschen von der Tyrannei. Aber es war unverkennbar eine Befreiung für die Deutschen als auch für die Juden und den Rest Europas, weil die Deutschen nicht in der Lage waren, aus eigener Kraft das unerträgliche Regime abzuwerfen. Die russische Dimension ist die, daß wir Alliierte waren, und der Krieg ohne die Russen eventuell anders verlaufen wäre. Sie brachten ein größeres Opfer als sonst jemand.'' (,,Die Welt'', 28.1.). Das sind schon andere Töne als die Lobpreisung von ,,Westbindung und sozialer Marktwirtschaft'', die hierzulande stattfinden soll. Den meisten Anlaß zum Jubel dürften dennoch auch in Großbritannien die Rechten haben, die — wie der ,,Daily Telegraph'' — im 8. Mai die ,,letzte Gelegenheit'' feiern wollen, ,,— mit der möglichen Ausnahme des Falklandkrieges —, bei der die Nation herausragte, und vielleicht das letzte Mal, das sie herausragen wird'' (zitiert nach ,,FAZ'', 14.1.).

In **Frankreich** soll der 8. Mai unter dem Motto ,,Frieden und Versöhnung'' stehen. Gedenkveranstaltungen sollen vor allem an die ,,Rückkehr Zehntausender von Kriegsgefangenen und Deportierten in die Freiheit'' erinnern. Alles deute darauf hin, ,,daß man unter sich bleiben, sich mit niemandem anlegen, kein ,Politikum' aus der Sache machen will'' (,,die Welt'', 28.1.).

Noch zurückhaltender gibt sich der **italienische** Regierungschef Craxi: ,,Die Kultur des Krieges, die wir überwinden wollen, kann heute nicht mehr mit einer alten nazistischen Uniform identifiziert werden ... Laßt uns vielmehr den Keim der Gewalt in dem suchen, was wir selbst Tag für Tag tun, in unserer Sprache, in unserem Denken'' (,,Die Welt'', 28.1.). Staatspräsident und Partisanenveteran Pertini, sonst ausdrücklich um Versöhnung und Verständigung bemüht, kritisiert dagegen unverhohlen den Reagan-Auftritt vor dem Europa-Parlament: ,,Er wolle nicht (...) der ,Subdiakon', sprich Stallknecht, des amerikanischen Präsidenten Reagan sein, und denke nicht daran, Anfang Mai nach Straßburg zum Europaparlament zu fahren. Die deutschen Christlichen Demokraten hätten nach Angaben Pertinis etwas dagegen gehabt, daß er dort die Gedenkrede zum Ende des Zweiten Weltkriegs halte. ,Ich werde nach Straßburg gehen', schloß Pertini energisch, ,aber dann, wenn ich reden soll' '' (,,FAZ'', 19.2.).

Gremliza zum „Tanz in den 8. Mai"

Wie gewohnt, hart an der Grenze zum Zynismus kommentiert ,,konkret''Herausgeber Hermann Gremliza die Vorbereitungen der Bundesbürger auf den 8. Mai. Er sieht dabei eine ganz falsche Rollenverteilung. ,,Ich fürchte, die einen werden bei der falschen Hochzeit und die anderen bei der falschen Beerdigung aufkreuzen.'' Für die Bourgeoisie bestünde zur Trauer kein Anlaß:

,,Anstatt sich nun aber miteinander zu freuen, wie weit ihre Klasse es gebracht hat, wie sicher sie das Land im Griff hält und wie kraftlos die Gegner ihrer Ordnung dahinkümmern, greinen sie den paar Verlusten nach, die das gekostet hat: Mauer, Stacheldraht, Flüchtlinge (Todesschuß hat er vergessen).
Das ist nun wirklich undankbar (...) Kriegt diese deutsche Bourgeoisie den Hals eigentlich niemals voll?
Wäre sie auch nur ein bißchen bescheiden, müßte sie ihre neue Hauptstadt zum Tanz in den 8. Mai mit Girlanden schmücken ...
(...)
Zu trauern aber hätten die am 8. Mai, die trotzig nach einer Feier rufen. Und zwar erstens darüber, daß es in dem Bereich, der später Bundesrepublik wurde, wohl ein Ende des faschistischen Zwischenspiels gegeben hat, nicht aber eine Entmachtung seiner Autoren, die den Namen »Befreiung« verdiente; und zweitens, erst recht, darüber, daß sie auf die falschen Tränen der Kriegsverlust-Gewinnler hereinfallen: Die Bourgeoisie erinnert sich klagend ihrer wunderbaren Rettung und wird von den Linken auch noch entnazifiziert.
Eine »Befreiung vom Faschismus« können allenfalls die feiern, die am und um den 8. Mai 1945 aus den Konzentrationslagern und Gestapo-Kellern geholt wurden — und von diesen vor allem die Juden; andere Opfer, Kommunisten, Sinti, Homosexuelle hatten nicht eben *die Freiheit* vor sich, viele fanden sich zehn Jahre später wieder im Knast, angeklagt von denselben Staatsanwälten, verurteilt von denselben Richtern, bewacht von denselben Wärtern. Diesmal gewiß ohne Angst vorm Genickschuß und der Gaskammer: aber rechtfertigt dies Stückchen zivilisatorischen Fortschritts wirklich das große Wort Befreiung?''

(aus ,,konkret'' 2/85)

SPD doch „lernfähig"?

Keine Überstunden
Sondersitzung zum 8. Mai abgelehnt

Der Bundestag hat den Antrag der Grünen, am 8. Mai eine Sondersitzung zum Jahrestag der faschistischen Herrschaft abzuhalten, wie erwartet abgelehnt. Für die Grünen hatte der Abgeordnete Jürgen Reents den Antrag begründet: Auch dieses Parlament verdanke seine Existenz der Tatsache, daß am 8. Mai 1945 der Faschismus zu Ende gegangen ist. Jürgen Reents kritisierte, daß der Bundestag eine Sondersitzung zum 17. Juni plane und eine Sitzung zum Reagan-Besuch abgehalten habe, ,,der hier ein Land besucht, das auf den Karten seiner Militärplaner schon längst als Atomwüste verzeichnet ist'', während das Ende des Faschismus für weniger wichtig angesehen würde. In Erinnerung an eine Äußerung des Bremer CDU-Fraktionschefs Neumann, der empfohlen hatte, Bücher von Erich Fried zu verbrennen, forderte Jürgen Reents eine Diskussion darüber, ,,inwieweit der Faschismus in diesem Lande tatsächlich verarbeitet ist''. Der SPD-Abgeordnete Hauff antwortete Reents mit dem Hinweis, seine Partei beschäftige sich sehr wohl mit dem Faschismus. Zu Überstunden am 8. Mai gebe es indes keinen Anlaß. (aus ,,taz'' vom 6.5.83)



„Ich sage Ihnen voraus, daß das Symbol der Fahne wieder begriffen wird von den Jüngeren. Wir werden auch wieder vom Vaterland reden", sagte der Bundeskanzler im „großen Interview" mit der „Bunten". Am 23.2. sammelten sich in Frankfurt bis zu 150 derer mit dem ungebrochenen Verhältnis zur Fahne. Der von den Neonazis (ANS/FAP) geplante „Marsch gegen Ausländerkriminalität" mußte wegen starker antifaschistischer Präsenz (500) entfallen, war aber auch verboten worden. Dafür traf man sich auf der anderen Seite des Mains heimlich im Saal, um übers Vaterland zu reden.



Ob Wallmanns Stammhalter oder Kohls Buben dabei waren, wissen wir nicht. Aber auch so wurden sie von der Polizei mit Samthandschuhen angefaßt. Trotzdem: Nach weniger als einer halben Stunde die Konstablerwache räumen zu müssen, war für die Neonazis frustrierend. Da kommt man nach Frankfurt, wo der Oberbürgermeister persönlich dazu aufruft, das „Ausländerproblem" in die eigene Hand zu nehmen, und zum Dank erwartet einen der linke Pöbel.

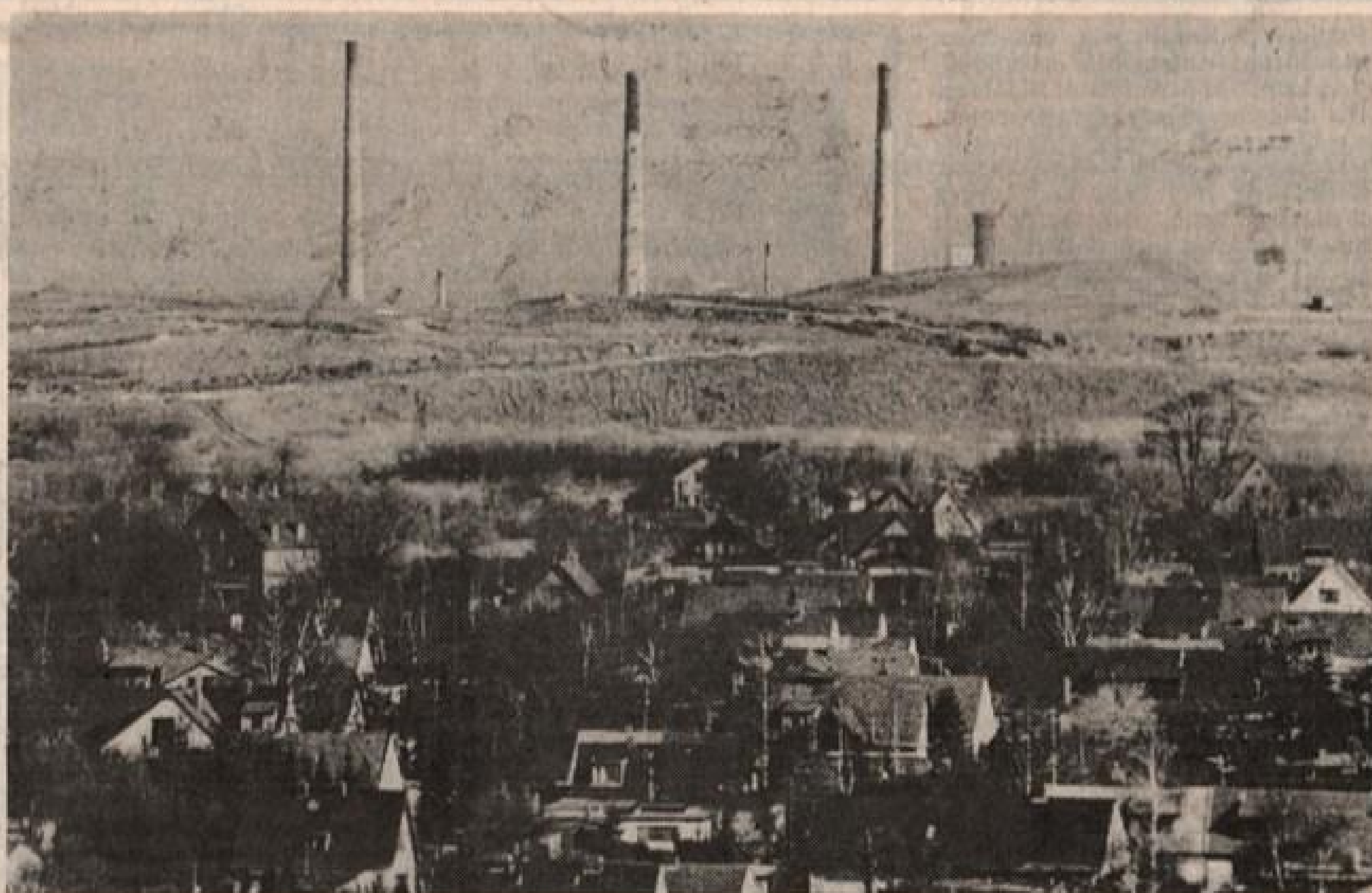


Ohne ANS und FAP gestaltete sich der Vormittag in der Frankfurter Innenstadt lebensfroh und alles in allem unterhaltsam. Hier rangiert sich ein Wasserwerfer fest, aber ganz woanders formiert sich ein antifaschistischer Demonstrationszug — wie bei der Startbahn. Kamerad Frust gesellte sich nun zur Polizei. Am Ende nahm sie, ohne Anlaß, Vorwarnung und Rücksicht, mit Tränengas und Knüppeln eine Kundgebung von Autobahngegenern auseinander, scheuchte unbeteiligte Bürger vor sich her, trieb die Menschen in die Kaufhäuser, durchnäßte einen Wahlstand der SPD, aber auch einen von der CDU. Wenn schon nicht „Heil", dann wenigstens „Waldmanns Heil"??

(Fotos AK)

12. Februar 1985 in der Hamburger Bürgerschaft: Der GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Heinz Oestmann, als Elbfischer selber leidgeprüftes Opfer der Umweltverschmutzung, sprach zum Thema Arsenvergiftung durch die Kupferhütte Norddeutsche Affinerie. Unruhe kommt in der Ehrenloge des Senats auf, die Gästen der Hamburger Landesregierung reserviert ist. Unter dem Ruf ,,Arbeitsplatz-Vernichtungsliste'' schleuderte ein Mann zwei rohe Eier in Richtung des GAL-Abgeordneten und verfehlt ihn. Täter: Benno Oldach, Betriebsratsvorsitzender der mit 3.200 Beschäftigten größten Kupferhütte Westeuropas, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und Beiratsmitglied beim Bezirksvorstand der IG Chemie Nordmark. Grund für die Aktion: Die Forderung der 6,8%-Partei GAL nach unverzüglicher, vorübergehender Schließung der Giftproduktion der Hütte.

Flankiert wird diese außerparlamentarische Aktion des Chemie-Gewerkschafters von einer scharfen parlamentarischen Rede seines Parteifreundes, Bürgermeister Dohnanyi (SPD), der die GAL ,,Zerstörerin unseres Industriesystems und unseres Vaterlandes'' nennt.



Leben und Arbeiten in der Großstadt Hamburg: Im Vordergrund Wohnhäuser in Hamburg-Georgswerder, in der Mitte der Müllberg (dioxinverseucht), im Hintergrund die Schornsteine der Norddeutschen Affinerie

Eier für Arbeitsplätze

Zum Konflikt zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen

Arbeiter gegen die GAL/Umweltschützer

Etwa 50 Affi-Arbeiter, darunter einige Betriebsräte, statteten am 28. Februar einer GAL-Veranstaltung zur Arsen-Vergiftung im Stadtteil Rothenburgsort einen Besuch ab. In aufgeheizter Stimmung wurden GAL-Plakate abgerissen, die Veranstaltung gestört und jede Gefährdung durch die Affi als Panikmache angegriffen.

Bahnt sich hier eine neue Art Arbeiterprotest an? Erst Mitte Dezember 1984 hatten 150 SPD-Betriebsräte aus dem Bergbau und Mitglieder der Gewerkschaft Bergbau und Enerie vor der Landesversammlung der Grünen NRW gegen deren Forderungen zum Braunkohlebergbau demonstriert. Es ist kein Zufall, daß solche Demonstrationen aus den Gewerkschafen IG Chemie und IG Bergbau kommen. Diese Gewerkschaften stehen an der Spitze antigrüner Kampagnen der letzten Zeit, die der IG Chemie-Vorstand Hermann Rappe mit der Forderung verband, ,,*die Gewerkschaften müssen das härteste Bollwerk gegen die Grünen werden*''. Damit reagieren diese Sozialdemokraten auf eine Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, die zunehmend Arbeitsplätze gefährdet. Es häufen sich die Fälle, in denen die Folge des hemmungslosen Umgangs mit Giftstoffen oder Produktionsabfällen sichtbar werden. Zumeist in Form von verseuchten Mülldeponien, auf denen jahrelang wild und unkontrolliert Industrieabfälle gelagert wurden. Zunehmend auch auf dem Gelände bestehender Betriebsanlagen oder von Firmen, die in Konkurs gegangen sind. Darüberhinaus überschreiten die Schadstoffemissionen in Boden, Luft und Wasser mit steigender Tendenz die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte oder in den vielen Fällen, wo es solche Grenzwerte nicht gibt, die von Wissenschaftlern für tragbar gehaltenen Werte.

In der GAL hat der Eierwurf als Ausdruck von der Sozialdemokratie betriebener und mitverantworteter Mobilisierung ihrer stärksten Bastion, der Arbeiter, gegen die Grünen erhebliche Verunsicherung geschaffen. Zeitweise kamen Zweifel auf, ob die eigene Forderung nach sofortigem Produktionsstillstand bei vollem Lohnausgleich für die Beschäftigten, bis die fortschrittlichste Umweltschutz-Technologie installiert ist, so richtig ist.

Die Zweifel gründen sich zum einen in der Arbeitsplatzdimension, möglicherweise 3.200 Arbeitslose auf einen Schlag. Zum zweiten in der Annahme, daß man sich nicht generell gegen das Produkt Kupfer stellen könnte. Und zum dritten darin, daß die Verwirklichung beider Element der Forderung, der Schließung wie auch der sozialen Absicherung für unrealistisch gehalten wird.

Die Affi dichtmachen?

Die Schließung der Hamburger Chemie-Fabrik Boehringer im Juni 1984 wird allgemein als Erfolg des über die GAL transportierten öffentlichen Drucks angesehen. Letzendlich hat sie zu erstaunlich wenigen Emotionen gegen die GAL geführt. Offensichtlich wurde in diesem Fall aufgrund der Kenntnisse über das hergestellte Produkt (Pflanzenschutzmittel Lindan, das hierzulande verboten ist, für den Export) und die Gefährlichkeit der Verseuchung durch Dioxin (Seveso ist vielen noch in Erinnerung) dieser Schritt der Hamburger Behörden als gerechtfertigt angesehen. Auch wenn 250 Arbeiter dabei ihren Arbeitsplatz verloren.

Im Fall der Affi verhält es sich um einiges problematischer. Hier wird der Gebrauchswert von Kupfer nicht bezweifelt, sieht man mal von denen ab, die weder Telefon benutzen, noch das Licht einschalten. Zweifelhaft ist beim Kupfer daher weniger das Produkt, als das Produktionsverfahren. Zwar gibt es Überlegungen, ob nicht mit weniger Kupfer der Zweck auch erfüllt werden könnte. Da ist insoweit was dran, als daß die Affi Kupfer ja nicht nur für den Bedarf im eigenen Lande herstellt. Mit der Überlegung wäre man allerdings schon bei einer grundsätzlich anderen, bedarfsorientierten Produktionsweise, die im aktuellen Konflikt vermutlich eher aufs falsche Gleis führt. Und auch die Überlegung, den Einsatz von Kupfer zu überprüfen und nach Substituten (Ersatzstoffen) zu forschen (wie etwa beim Asbest), entbehrt meines Wissens bislang jeder Grundlage, wäre also erst einmal nicht mehr als eine zukünftige Aufgabe für weitere Überlegungen, als daß sie im konkreten Konflikt weiterhilft. Bleibt also, das Produktionsverfahren anzugreifen. Der einfachste Weg wäre der, die Möglichkeit des weitestgehenden Filtereinsatzes in Richtung Nullemission zu behaupten. Nur weiß niemand, ob das geht und Zweifel dürften angesichts der Kompliziertheit des Produktionsverfahrens und der vielfältigen chemischen Prozesse in der Hütte angebracht sein. Zwar kann man theoretisch behaupten, daß es dem Betrieb ja schließlich auch gelingt, 99,9% reines Kupfer herzustellen, warum sollte es dann nicht auch möglich sein, die Emissionen zu 99,9% zu verhindern? Fragt sich nur, ob eine dafür notwendige Riesenanlage dann überhaupt lohnt (dies Problem verringert sich auch nicht durch Dezentralisierung des Betriebes, etwa entlang der verschiedenen Produktionsstufen).

Doch die Affi-Problematik ist noch eine andere, als nur die, die Emissionen zu senken. Ungewollt hat Bürgermeister Dohnanyi in seiner Rede am 13. Februar die Schweinerei der Affi-Produktion sehr drastisch vorgeführt. In der ersten Hälfte der 60er Jahre hätten die Arsenemissionen noch bei 70 Tonnen pro Jahr gelegen. Ende der 60er Jahre noch bei 35 Tonnen, noch 1978 über 20 Tonnen, 1980 noch 9 Tonnen, 1981 6,5 und 1983 4 Tonnen. Möglich seien, behauptet er, 2 Tonnen, bei einem neuen Werk 1,5 Tonnen pro Jahr. Zum einen müssen solche Erkenntnisse bezweifelt werden, da bekannt ist, daß beispielsweise bei den bisherigen Angaben der gasförmige Ausstoß ,,vergessen'' wurde. Zum anderen wird über Blei und Cadmium gar nichts ausgesagt. Tatsache ist, daß Dohnayis Tonnen-Kette, die den Zweck haben soll, den Fortschritt bei der Emissionsminderung zu verdeutlichen und den Schaden zu verharmlosen, Auskunft darüber gibt, daß von diesem Betrieb, der mitten in einer Großstadt angesiedelt ist, über Jahrzehnte (seit 1914) eine solche Menge Dreck angehäuft worden ist, daß auch verringerte Emissionen anders bewertet werden müssen, als wenn es sich um einen neuen Betrieb in einer weitgehend unbelasteten Umgebung handeln würde. Da sind eben 2 oder nur 1 1/2 Tonnen Arsen viel zu viel und nicht zu verantworten. Zumal ein sich Einlassen auf neue Grenzwerte nicht verhindert, daß weiterhin Emissionsquellen vertuscht werden, daß weiterhin Behörden und Kapitalisten ein falsches Spiel mit den Betroffenen betreiben. Vor diesem Hintergrund scheint mir die GAL-Forderung nach Betriebsschließung nur zu berechtigt. Es geht ja nicht nur um Emissionsminderungen, sondern auch um eine gründliche Sanierung, deren Ausmaß noch gar nicht vollständig zu übersehen ist.

In ihrer neuen Zeitung spricht die GAL dieses Problem auch an und schreibt dazu angesichts der Fakten: ,,*Ein Unternehmen mit einer derart hohen Umweltvergiftung muß in dieser Größenordnung und an diesem Standort an der Weiterproduktion gehindert werden.*''

...und was passiert mit den Arbeitern?

Die folgenden Überlegungen gehen nicht davon aus, daß unmittelbar eine Betriebsschließung bei der Affi realistisch ist. Dazu steht für Kapital und regierende Sozialdemokraten mit ihren ambitionierten Plänen vom ,,Unternehmen Hamburg'' viel zu viel auf dem Spiel, als daß dies beim jetzigen Stand anstünde. Dennoch ist eine Auseinandersetzung mit dieser Möglichkeit vonnöten, da einerseits diese menschenzerstörende kapitalistische Produktion angegriffen werden muß, andererseits die betroffenen Arbeiter der Affi durchaus Sorge um ihren Arbeitsplatz und ihre Existenz haben, weil sie eines genau wissen: kommt es zur Schließung, gehören sie zu den hauptsächlich Angeschissenen.

,,*Das ist doch Utopie*'',konterte Affibetriebsrat Oldach in einem Interview die GAL-Forderung nach Weiterbezahlung des Lohns. Auch wenn sich dieser Gewerkschaftler ohne Zweifel als ,Stimme seiner Herren' aufführt, dürfte er unter seinen Kollegen realistischerweise Zustimmung finden mit der Behauptung, daß dies letztlich auf eine vollständige Betriebsschließung hinauslaufen würde. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand ließe sich, alle anderen Probleme mal ausgeklammert, ein Umbau der Produktion nicht in kurzer Zeit bewerkstelligen. Die neuen Umweltanlagen müßten bestellt, gebaut und eingebaut werden, da dürften, ohne daß dies zur Zeit jemand genau weiß, einige Monate (oder mehr) ins Land gehen. In dieser Zeit soll der volle Lohn weitergezahlt werden, werden keine neuen Werte geschaffen, verliert der Betrieb Aufträge an die Konkurrenz. Da kann sich jeder Arbeiter ausrechnen, daß der Betrieb das nicht mitmachen kann (ökonomisch) und da nützt auch der Hinweis auf den gesunden Betrieb (Wertschöpfung im letzten Jahr 260 Millionen DM) wenig, weiß man doch bei aller Sozialpartnerschaft sehr wohl um den Zweck des Produzierens. Zu recht verbindet sich auch mit der modifizierten Forderung der GAL die Furcht um den Verlust des Arbeitsplatzes.

Man sollte daher auch mit aller Konsequenz zu seiner Forderung stehen (was die GAL bislang auch tut), und sich nicht an einer Stelle zwanghaft um reformerische Zwischenschritte, Grenzwerte oder einfach nur Problemverharmlosungen bemühen (was auch passiert), wo man tatsächlich gezwungen ist zu erklären, daß es sich hier um einen Konflikt handelt, der systemimmanent nur lösbar ist, wenn alle Kröten dieser zerstörerischen Produktion mitgeschluckt werden.

Damit taucht ein neues Problem auf: Wie begegnet man den aus dieser Konsequenz resultierenden sozialen Problemen von Entlassung und Arbeitslosigkeit mit allen menschlichen und finanziellen Folgen. Die GAL schreibt dazu: ,,*Wäre es da nicht sinnvoll, wenn Grüne, Gewerkschaften und Arbeitervertreter gemeinsam dafür kämpfen, das Arbeitslosengeld so drastisch zu erhöhen, daß die schreckliche Alternative zwischen einer gesundheits- und umweltzerstörerischen Produktion und sozialem Elend nicht mehr bestünde?*'' Auch dieses ist angesichts der realen sozialpolitischen Entwicklung sehr utopisch. Andererseits muß den sozialen Folgen der Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses in der Politik mehr als bisher Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dem ökologischen Radikalismus geht die Forderung nach Betriebsschließung relativ leicht von den Lippen (den Anhängern des Ausstiegs aus der Industriegesellschaft sogar pro-

Fortsetzung nächste Seite



Eier flogen auf Fischer Oestmann

Den Affi-Arbeiter im hellen Pullover riß es von seinem Sitz in der Senatsloge. „Vernichtungsliste!" schrie er in Richtung GAL, warf zwei rohe Eier auf den GAL-Abgeordneten Heinz Oestmann am Rednerpult. Die Eier zerplatzten hinter dem GAL-Fischer auf dem Boden. Ratsdiener Wolfgang Drector fegte die Scherben zusammen.

Fotos: Ambor/Fotopress

BILD-Zeitung, 14.2.85

Damals & Heute

Fortsetzung von vorheriger Seite

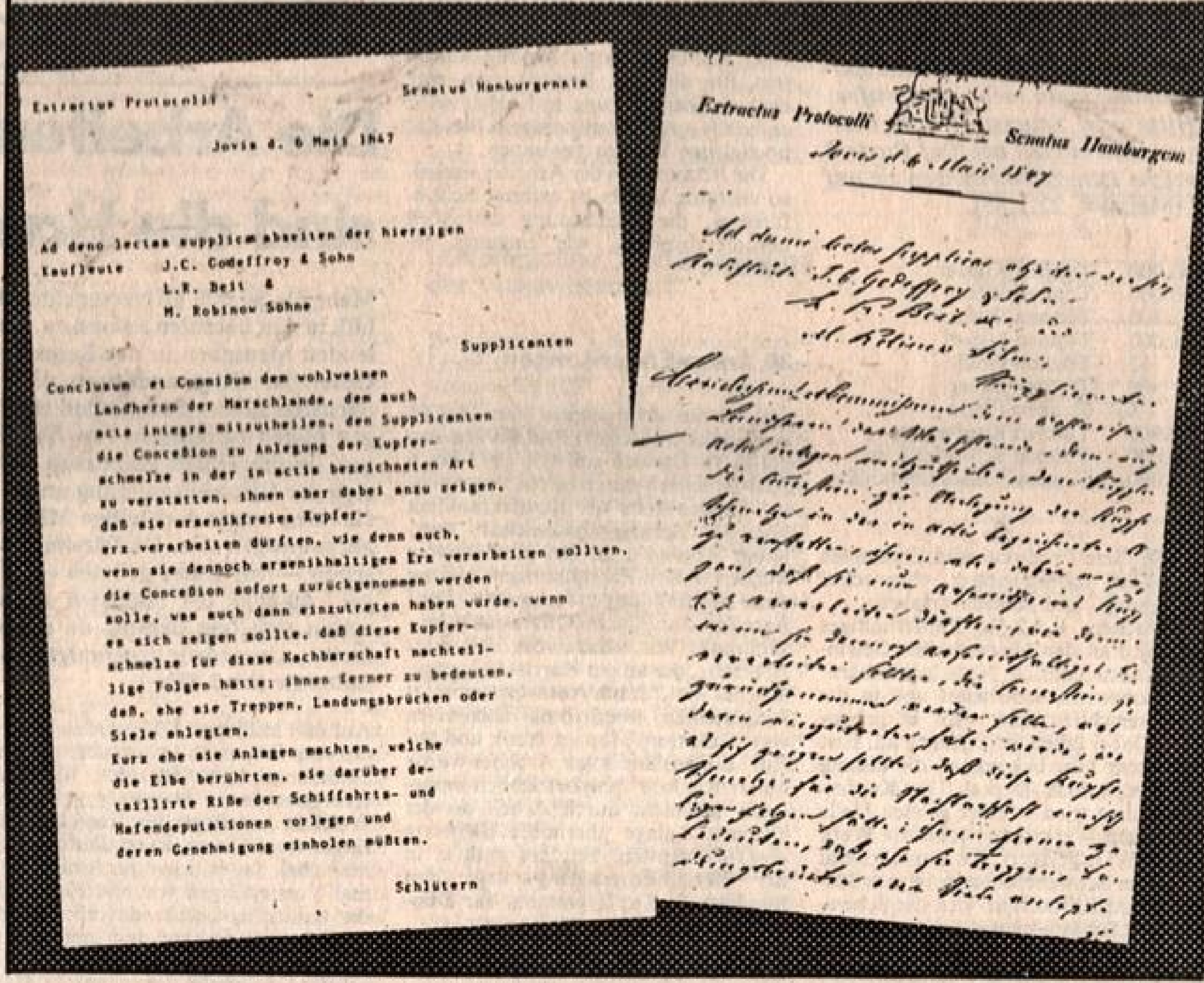
blemlos). Es liegt durchaus auch nahe, bewegen sich solche Forderungen angesichts des derzeitigen Umwelt-Bewußtseins und seiner parlamentarisch ausgeformten Bewegung mit aufstrebender Tendenz ja nicht im isolierten, sektiererischen Eckchen, wie wir Anfang der siebziger Jahre mit unserem Betriebsradikalismus nach sofortiger Änderung der Eigentumsverhältnisse.

Ungleich anders stellt sich aber die soziale Problematik dar. Trotz hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender Sozialhilfe gibt es kein entsprechendes Bewußtsein hierüber und keine soziale Bewegung gegen diese Entwicklung, die sich auch nur ansatzweise mit der Umweltbewegung vergleichen ließe. Entsprechend fehlt auch die politische und parlamentarische Unterstützung hierfür. Für den antikapitalistischen Kampf, auch für einen so verstandenen Umweltschutz ist dies aber eine nicht zu vernachlässigende Aufgabe, und wenn sie heute zunächst überwiegend nur propagiert werden muß. Erst das Aufnehmen dieser Frage, die Behandlung der abhängig Beschäftigten als Opfer dieser Produktion (die sie ja auch dann sind, wenn sie es nicht einsehen, siehe Boehringer) und nicht als Störenfriede beim Umweltschutz, macht den radikalen Antikapitalismus aus. Im Konkreten greift die GAL-Forderung da zu kurz, weil sie das Problem allein auf eine notwendige Kampagne zur Besserstellung der Arbeitslosen über die Bundesanstalt für Arbeit konzentriert. Im Fall der Affi als Verursacher muß allerdings auch der Betrieb über einen Sozialplan für die Beschäftigten aufkommen.

Schließlich fehlt in den Überlegungen der GAL die politische Forderung, den Betrieb am Abgang ins Ausland (Dritte Welt) zu hindern. Einmal ist diese Überlegung dann nicht absurd, wenn die Affi tatsächlich mit erheblichen Forderungen konfrontiert wird, zum anderen gehört dies zu den Affiüblichen Druckmitteln. Im Falle zu hoher Umwelt-Auflagen hat sie bereits mit Auslandsverlagerungen genauso gedroht, wie sie dies 1977 tat, als sie einen niedrigeren Strompreis erzwingen wollte (mit Erfolg). Immerhin hat sich angesichts öffentlichen Drucks der staatliche Spielraum für Zugeständnisse an die Affi nicht gerade erweitert. Und es muß auch daraufhingewiesen werden, daß die Affi heute schon in der 3. Welt hemmungslos ausbeutet. Einen großen Teil der Erze bezieht sie von der Insel Bougainville in Papua-Neuguinea. Unter extremen Bedingungen arbeiten dort 4000 Beschäftigte (darunter 80% einheimische Papuas) im Tagebau in der Kupfermine, an der

gen arbeiten dort 4000 Beschäftigte (darunter 80% einheimische Papuas) im Tagebau in der Kupfermine, an der

die Affi beteiligt ist. In Südafrika arbeiten in der Transvaal Ltd. (zu 100% im Besitz der Affi) Eingeborene unter extremen Bedingungen in der hochgiftigen Vanadiumproduktion. Kürzlich wurde bekannt, daß die dortige Unternehmensleitung an die Vorarbeiter die Anweisung gab, die Leute mit der Peitsche zur Arbeit zu treiben. Spätestens nach dem Giftunfall in Bhopal (Indien) muß und kann diese Dimension ver-



Extractus Protocolli
Senatus Hamburgensis

Jovis d. 6 Maii 1847

Ad deno lectam supplicam abseiten der hiesigen
Kaufleute J.C. Godeffroy & Sohn
L.R. Beit &
M. Robinow Söhne

Supplicanten

Conclusum et Commißum dem wohlweisen
Landherrn der Marschlande, dem auch
acta integra mitzutheilen, den Supplicanten
die Conceßion zu Anlegung der Kupfer-
schmelze in der in actis bezeichneten Art
zu verstatten, ihnen aber dabei anzuzeigen,
daß sie arsenikfreies Kupfer-
erz verarbeiten dürften, wie denn auch,
wenn sie dennoch arsenikhaltiges Erz verarbeiten sollten,
die Conceßion sofort zurückgenommen werden
solle, was auch dann einzutreten haben würde, wenn
es sich zeigen sollte, daß diese Kupfer-
schmelze für diese Nachbarschaft nachtheil-
lige Folgen hätte; ihnen ferner zu bedeuten,
daß, ehe sie Treppen, Landungsbrücken oder
Siele anlegten,
kurz ehe sie Anlagen machten, welche
die Elbe berührten, sie darüber de-
taillirte Riße der Schiffahrts- und
Hafendeputationen vorlegen und
deren Genehmigung einholen müßten.

Schlütern

Dokument aus dem Jahre 1947 von den Auflagen für die Ansiedlung der Elbkupferhütte, des historischen Vorläufers der Norddeutschen Affinerie (aus: GAL-Zeitung „Arsen & Spitzhacke")

stärkt in die Debatte geworfen werden, weil niemand sich über eine geschlossene Giftschleuder in Hamburg freuen kann, die mit ihrem Kapital in der 3. Welt noch stärkeren Raubbau an den Menschen betreibt.

Gerade hier versagen Gewerkschaften und erweisen sich als restlos der imperialistischen Expansionspolitik unterworfen. Die IG Chemie allemal. Zu Bhopal fiel ihr nichts weiter ein, als beschwörend darauf hinzuweisen, *„daß ein Unglück wie in Indien bei uns nicht möglich ist"* („Gewerkschaftspost", 1/85).

Grüne gegen Arbeiter?

Grüne gegen Arbeiter?

Handelt es sich bei den Affi-Arbeitern, so wie sie der GAL begegnet sind, nun um eine ganz besondere Spezies Arbeiter? Man könnte es fast meinen, wenn man die Bewertung der IG Metall-Umfrage *„Wie gesund ist mein Arbeitsplatz?"* (Metall, 22.2.85) liest. Dort wird ein hohes Bewußtsein von Gefährdungen am Arbeitsplatz ermittelt. 96,2% der Befragten gaben an, lieber ein paar Mark weniger zu verdienen, als mit Schadstoffen zu arbeiten. 90,7% waren der Meinung, Umweltschutz gefährde keine Arbeitsplätze und 86,2% glauben, Umweltschutz schaffe Arbeitsplätze.

Anknüpfen kann man an diesem gestiegenen Umweltbewußtsein in den Betrieben sicherlich. Nur sagt auch diese Umfrage über das Arbeiterverhalten in existentiellen Konfliktsituationen wenig aus. Um eine solche handelt es sich bei der Affi im Bewußtsein vieler Arbeiter aber. Sicher, die dort Arbeitenden unterliegen einer rechten Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik, die sich um einiges von der IGM-Politik unterscheidet. Dennoch sei hier die These gewagt, daß die Affi-

Politik unterscheidet. Dennoch sei hier die These gewagt, daß die Affi-

Arbeiter (präziser muß man sagen: vor allem ihre Funktionäre, die sind nämlich die Anheizer), nicht grundlegend anders handeln, als es in vergleichbaren Situationen der Fall in anderen Betrieben ist. Dies zu hinterfragen, ist deshalb nicht bedeutungslos, weil man genauso, wie man dem verhetzten Arbeiterbewußtsein gegenarbeiten muß, verhindern muß, daß Grüne und Umweltschützer aus solchen Erfahrungen einfach die Konsequenz ziehen, mit diesen Arbeitern ist partout nichts anzufangen, die reden wie ihre Chefs und im Gefolge das Bemühen aufgegeben wird, gegenüber den Produzenten und ihren Gewerkschaften Politik zu machen und sie in die Auseinandersetzung hineinzuziehen.

Betriebsschließungen aus Gründen der Umweltverschmutzung gehören zu den seltenen Ausnahmen, nehmen aber in letzter Zeit zu. Noch öfter wird von Umweltschutzgruppen und den Grünen nach Stillegung der Betriebe, die in für irreparabel gehaltener Weise die Umwelt verdrecken, verlangt. Und es ist absehbar, daß sich diese Entwicklung zwangsläufig verstärken muß. Damit wird aber auch die Frontstellung Umweltschützer gegen Arbeiter zunehmen, da auf seiten der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften eine Vorstellung von Arbeit und Arbeitsplatz dominiert, die auf der einen Seite auf Gedeih und Verderb den Arbeitsplatz an das profitable Wohl des Unternehmens (und seiner Besitzer) kettet, auf der anderen Seite es versäumt, das was produziert wird, auf seine Nützlichkeit bzw. Schädlichkeit hin zu untersuchen. Wird eines von beiden oder gar beides angegriffen, faßt die große Mehrheit der Arbeitenden heute dies als Angriff auf die eigene Existenz auf. Diese Erfahrungen haben in der BRD Kommunisten, die die kapitalistische Profitwirtschaft in der Vergangenheit einfach abschaffen wollten, machen müssen. Und diese Erfahrung machen die Grünen, wenn sie unter dem Stichwort *„sinnvoll arbeiten, solidarisch leben"* mit ganz konkreten Arbeitsplatzproblemen umzugehen haben. Eine *„gebrauchswertorientierte Produktion"* systemimmanent zu fordern, stößt im Kapitalismus dort an seine Grenzen, wo sich das entsprechende Produkt nicht in ausreichender Weise in seinem Tauschwert realisieren läßt.

Mit Alternativen zur derzeitigen Produktion läßt sich so lange trefflich arbeiten, wie eine solche gebrauchswertorientierte Alternative sich im bestehenden Machtverhältnis Kapitalist/Arbeiter profitabel umsetzen läßt. Das gilt auch noch, wenn tatsächlich einmal aufgrund einer politischen Entscheidung ein bestimmtes Produkt verboten worden ist. Die Realisierung des Profits ist in diesem System der Zweck des Produzierens und davon hängt der Arbeitsplatz ab. Oder es läßt sich so lange trefflich damit argumentieren.

Arbeitsplatz ab. Oder es läßt sich so lange trefflich damit argumentieren,

wie es nicht zur Nagelprobe kommt. Arbeitskreise „Alternative Produktion" in der Rüstungsindustrie stoßen dort an die Grenzen, wo spürbar wird, daß das Herstellen von Rüstungsgütern den Erhalt des Arbeitsplatzes bedeutet. Vor die Alternative gestellt, eine Fregatte zu bauen oder ein anderes Produkt zu fordern, entscheidet sich die Mehrheit der Arbeiter beim derzeitigen Bewußtsein immer für die Fregatte.

Als bei HDW in Hamburg Massenentlassungen wegen betrieblicher Umstrukturierungen und rückgängigem Schiffbau anstanden, konnte der Vorschlag nach alternativer (Umweltschutz-)Produktion deshalb Zustimmung in der Belegschaft finden, weil von Unternehmensseite nur die Entscheidung Entlassungen stand und nicht die, zwischen schädlicher und sinnvoller Produktion zu wählen. Die HDW-Arbeiter griffen nach dem Strohhalm alternative Produkte, weil sie sich davon den Erhalt ihres Arbeitsplatzes erhofften. Als nur ein halbes Jahr später im Betrieb die Entscheidung für Arbeit am extrem mit Asbest versehenen Luxus-Dampfer „United States" zur Entscheidung stand, stimmten Belegschaft und ihre Vertreter für die hochgefährliche Arbeit am Asbestschiff, weil diese zumindest für einige Monate den Erhalt ihrer Arbeitsplätze sichert. Der von grün-alternativer Seite vorher erhoffte Einbruch in das Arbeiterbewußtsein erwies sich als nicht mehr, als ein kurzzeitiger, situationsbedingter kleiner Schritt nach vorn ohne nachhaltige Veränderungen im Verhalten der Betroffenen. Prinzipiell dürfte es mit dem gerne zitierten Beispiel der Bremer Vulkan-Werft nicht anders stehen. Dort hatte der Betriebsrat, präventiv und mit der Rückendeckung langjähriger Vorarbeit auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, die Arbeit auf dem Asbestschiff „United States" abgelehnt, ohne daß dies auf Proteste in der Belegschaft stieß. Dazu gehörte viel Mut und die Vulkan-Betriebsräte hatten ausgesprochen gut und gründlich argumentativ vorgearbeitet. Relativiert werden muß dieses Beispiel aber insofern, als es nie zum Schwur, Annahme dieses Auftrages oder Entlassungen, gekommen ist.

So lange das heute vorherrschende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewußtsein nach wie vor das Arbeiterwohl an das Unternehmerwohl kettet, wird es immer wieder zu solchen Frontstellungen wie bei der Affi kommen müssen. *„Gebrauchswertorientierte Produktion"* kann als Agitation und Propaganda zur Veränderung des Arbeiterbewußtseins nützlich sein. Sie hat aber auch die oben beschriebenen Grenzen. Der Schritt darüber hinaus wäre das Stellen der Eigentumsfrage und das Ansteuern einer anderen Gesellschaft. Wer will behaupten, daß die Zeit dafür reif wäre? Andererseits muß das derzeitige Arbeiterverhalten sowohl aus seinem derzeitigen Bewußtseinsstand und seiner Bindung an die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften oder gar an die Christdemokratie erklärt werden, als auch aus der fehlenden Alternative. Sozialisten sollten sich nicht an radikal-ökologischer Produktions-

ternative. Sozialisten sollten sich nicht an radikal-ökologischer Produktions-

stillegungseuphorie zur Schwächung des Kapitalismus berauschen, sondern als notwendigen Schritt hin zu einer Strategie der Einbeziehung der Produzenten in die Gesellschaftsveränderung deren soziale und existentiellen Sorgen in ihre Politik aufnehmen, damit es nicht zu einer in der Zielsetzung bedingten Frontstellung Umweltschützer gegen Arbeiter kommt. Da gibt es unbestritten politische Defizite.

Hr., Hamburg

Kein Anlaß zur Besorgnis

„Nicht nur im Osten, sondern über ganz Hamburg verteilt sind die Böden arsenverseucht. Und nicht nur durch Arsen, sondern durch die ganze Schwermetallpalette: von Blei über Cadmium bis Kupfer, Quecksilber und Zink. Gemüse aus den Vier- und Marschlanden kann schon gesundheitsschädlich sein, wenn davon pro Tag mehr als 150 bzw. 250 Gramm gegessen wird. Arsen und andere Schwermetalle vergiften tonnenweise die Elbe und sind in überhöhten Dosen in praktisch allen Gewässern Hamburgs nachweisbar. Die Gefahr einer Grund- und Trinkwasservergiftung ist nicht unerheblich. Vom Gelände der Affinerie, wo in Gipsschlammabfällen etwa 900 Tonnen reines Arsen lagern, scheint es unterirdisch in Richtung Wasserwerke zu wandern. Kühe, die in der Abluftfahne der Affi in der Nähe des Wasserwerkes Kaltehofe weiden würden, würden den Genuß dieses Grases nicht lange überleben. Nicht vier Tonnen Arsen pro Jahr sind es, die die Norddeutsche Affinerie emittiert, wie Firmenleitung und Senat behaupten, sondern die zig-fache Menge — denn die bisher unsaniert gebliebene Tonnenmenge an gasförmigem Arsen ist bisher weder von den Behörden gemessen noch dazugerechnet worden."

So resümiert die GAL Hamburg in einem Extrablatt vier Wochen nach Bekanntwerden des Arsen-Skandals die Situation. *„Wir sind sicher"*, heißt es weiter, *„die Enthüllungen über die Dimension der Vergiftung Hamburgs durch die Affi werden noch eine ganze Weile weitergehen"*.

Dem SPD-Senat gelingt die beabsichtigte Beruhigung der Hamburger Bevölkerung nicht. Zwar versprach der Hamburger Bürgermeister in seiner Rede am 13.2., daß *„zu keiner unmittelbaren Besorgnis Anlaß sei"*, Luft und Wasser, Obst und Gemüse seien nicht gefährdet, die heutigen Schwermetallemissionen der Affi würden den Boden nur vergleichsweise gering belasten, einzig einige Altlasten auf *„hochbelasteten Flächen"* ließen den Schluß zu, daß *„Gefahren unwahrscheinlich, aber nicht völlig auszuschließen"* sind. *„An eine Schließung der Norddeutschen Affinerie ist nicht gedacht"*. Als unmittelbare Maßnahmen zur *„Abwendung von möglichen Gefahren"* soll auf Spielplätzen mit gefährdetem Boden ein Bodenaustausch vorgenommen werden. Zwar sieht der Senat keine Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung, will aber *„besorgten Bürgern die Möglichkeit anbieten, sich auf Schwermetallbelastungen untersuchen zu lassen"*. Nach nur 10 Tagen ließ die Gesundheitsbehörde weitere Aufnahmen für diese Untersuchungen stoppen, da bis dahin 2.000 Hamburger sich angemeldet hatten.



Innerbetriebliche AgitProp eines Affi-Künstlers gegen die GAL und ihre (ehemalige) Bürgerschaftsabgeordnete Thea Bock

Die Gefahren für die Arbeiter der Affi

Im Vorwort ihrer Untersuchung „Wie gesund ist mein Arbeitsplatz" schreibt die IG Metall: „Gefährliche Stoffe sind das Umweltproblem Nummer eins". „Über 60.000 Chemikalien werden in der Bundesrepublik auf den Markt gebracht — kein Chemiker kann mehr nachprüfen, wie sie miteinander oder wie sie auf Hitze oder Sauerstoff oder beim Verarbeiten reagieren". „Andererseits ist nicht einmal bei fünf Prozent der Chemikalien untersucht worden, welche Langzeitwirkungen sie auf den menschlichen Organismus haben" (Metall 4, 22.1.85).

Die mit diesen Stoffen arbeiten, sind in aller Regel der Fülle dieser Stoffe und ihrer Reaktionen weitgehend schutzlos ausgeliefert, obwohl gerade sie den stärksten Belastungen ausgesetzt sind. Obwohl bekannt ist, daß nur etwa 30-40 % aller Arbeitnehmer gesund das Rentenalter erreichen, ist dennoch bei weitem noch nicht anerkannt, daß hier ein Zusammenhang mit der Belastung in Betrieben und am Arbeitsplatz besteht. Nur in ganz offensichtlichen Fällen erkennen Berufsgenossenschaften eine Schädigung im Arbeitsprozeß als Berufskrankheit an. Bei Krebserkrankungen ist diese verweigerte Erkenntnis am offensichtlichsten. Obwohl allein im Jahre 1980 schätzungsweise 155.000 Menschen an Krebs starben, hat es in vierzehn Jahren, von 1966-1980, nicht mehr als ca. 600-900 berufsbedingte Krebserkrankungen gegeben, die von den Berufsgenossenschaften anerkannt wurden (nach: Öko-Almanach 84/85). Als der jüngste Arsen-Skandal der Affi in Hamburg ruchbar wurde, ließ der Unternehmensvorstand erklären, daß die letzten Krebserkrankungen auf der Affi 30 Jahre zurückliegen. Dermaßen geschönte Meldungen werden vom Betriebsrat und der IG Chemie gestützt. Schon 1975 schrieb der Betriebsrat in einem Leserbrief, daß ca. 65 % der *„Betriebsangehörigen und Pensionäre"* in der Umgebung der Hütte wohnten und *„sich bester Gesundheit erfreuen"*. Nach der Schließung Boehringers erklärte der Betriebsratsvorsitzende Oldach auf einer Betriebsversammlung, bei Affi sei alles anders und lobte *„nicht zuletzt die verbesserte medizinische Untersuchung gefährdeter Mitarbeiter"* (Affi-Werkszeitung 53/84). Der Hamburger IG Chemie-Vorsitzende Schmoldt erklärte aktuell, *„in einem sei das Werk vorbildlich: Der Gesundheitsschutz für die 3.200 Mitarbeiter sei gründlicher, als die Berufsgenossenschaft verlange"*. (Hamburger Morgenpost, 9.2.85).

Angesichts so viel gewerkschaftlicher Ignoranz gegenüber der Gesundheit der eigenen Klientel lohnt ein Blick auf das, was man heute an akuten Gesundheitsgefährdungen auf der Affi erkennen kann.

Enormes Gefährdungspotential

Enormes Gefährdungspotential

Um die ganze Fahrlässigkeit einer solchen Aussage zu erfassen, ein kurzer Blick auf das Produktionsverfahren der Kuperhütte.

Kupfer ist das Hauptprodukt des Betriebes, aber längst nicht das einzige. Laut Affi-internem Bericht wurden 1981 produziert:

700.000	Tonnen Kupfer
50.000	Tonnen Blei
700	Tonnen Wismut
1.000	Tonnen Nickel
12	Tonnen Gold
900	Tonnen Silber
0,1	Tonnen Platin
7.000	Tonnen Kupfersalze
600.000	Tonnen Schwefelsäure
400.000	Tonnen Schlackenprodukte

Alle diese Produkte sind Ergebnisse zum Teil komplizierter chemischer Trennungs- und Scheideverfahren.

Zwischen 0,5-2 % kupferhaltiges Erz wird an den überseeischen Gewinnungsstätten auf ca. 30 % kupferhaltiges Konzentrat bearbeitet und in die Affi verschifft. Hier wird es gebunkert. Dabei fallen erste Stäube an. Erst in diesem Jahr bekommen die bislang offenen Bunker Deckel. Das Kupferkonzentrat wird in einer großen Halle des neuen Werksteils (Rohhütte Werk Ost, RWO) gelagert und anschließend in einem Schwebeschmelzofen verflüssigt. Über Luftzufuhr wird der Schwefel als Schwefelsäure herausgezogen (SO_2), das zu Schwefelsäure weiterverarbeitet wird. Dabei entstehen Gase, die trotz Absaugvorrichtungen auch in die Halle gelangen, und denen, die dort Arbeitenden ausgesetzt sind. Anschließend wird der Schmelze in oben offenen Konvertern durch Sauerstoffzufuhr der Rest Schwefel entzogen. Die anfallende Schlacke wird zu einem Teil verkauft, zu anderen Teilen wegen enthaltener Metallbestandteile wiederverwendet, der Rest wird auf Deponien gefahren.

In einem Anodenofen wird das mittlerweile 98 %ige Kupfer zu Platten gegossen, die in das alte Werk der Affi in die Kupferelektrolyse wandern, wo sie in ca. 2.400 Bädern, die ca. 4 m lang, 1 m breit und 2 m tief und mit Blei ausgeschlagen sind, in Schwefelsäure von 60 Grad auf 99,9 % gereinigt werden. Die hier tätigen Arbeiter arbeiten ohne besonderen Schutz in den Dämpfen. Der in den Bädern anfallende Schlamm wird in Handarbeit rausgeschaufelt (die Anlage ist über 30 Jahre alt). In der Schwefelsäure sind Metallsalze enthalten, die in der chemischen Anlage u.a. als Nickelsulfat und Kupfervitriol gewonnen werden.

Der Rest ist Abfallsäure, die in der Neutralisation als Gipsschlamm gebunden (mit einem früheren angegebenen Arsengehalt von 1,5 %) und per LKW in die DDR auf die Sondermüll-

gewonnen werden.
Der Rest ist Abfallsäure, die in der Neutralisation als Gipsschlamm gebunden (mit einem früheren angegebenen Arsengehalt von 1,5 %) und per LKW in die DDR auf die Sondermüll-

deponie Schönberg geschafft wird.

Der Schlamm aus den Bädern wird in der Treib- und Edelhütte der Affi weiterbearbeitet, wobei Silber, Gold und Platin geschieden wird.

Am Schachtofen werden im Altmetall-Konverter unter erheblichen Belastungen Legierungsschrotte verarbeitet.

Außerdem wird in einer sogenannten Harris-Anlage Blei raffiniert. Trotz einer neu-installierten Absaug-Anlage tritt für die hier Beschäftigten eine enorme Bleibelastung auf. Hier wird ebenfalls aus wismut-haltigem Blei das hochgiftige Wismut gewonnen.

Die Belastungen der Arbeiter sind also so vielfältig und es ist extreme Schönfärberei, die Gefährdung dermaßen herunterzuspielen, wie eingangs geschildert.

30 Arsen-Erkrankungen

meldete die „Morgenpost" am 15.2.85 aus behördeninternen Protokollen von der Affi. Danach soll seit 1973 bei 6 Affi-Arbeitern durch Arsen verursachter Lungenkrebs als Berufskrankheit von der Berufsgenossenschaft anerkannt worden sein. Bei 24 Arbeitern wurden Arsen-Erkrankungen bislang ohne Krebsbildungen festgestellt. Fünf Arbeiter sind durch Quarzstaub lungenkrank. Wir wissen vom Fall eines Arbeiters, der an der Harris-Anlage gearbeitet hat. Nach vom Betriebsarzt festgestellten überhöhten Bleiwerten war er mehrere Monate krank und auf Kur. Ein ausländischer Arbeiter wurde im letzten Jahr innerbetrieblich umgesetzt, nachdem durch Arbeit an der gleichen Anlage überhöhte Bleiwerte ermittelt wurden. Seitdem muß er in der Bodenverbesserungsanlage mit Staubmaske Kupfergranulat für Düngemittel herstellen.

Aus der Vergangenheit ist bekannt, daß bei überhöhten Werten solche Umsetzungen häufiger vorkamen, zum Teil wurden sie zeitlich begrenzt. War die akute Vergiftung gesunken, konnte der Betroffene am alten Platz weiterarbeiten. Nicht selten war dies mit Lohneinbußen verbunden.

Ein Werksarzt und mehrere Sanitäter stehen für die 3.200 Beschäftigten zur Verfügung. Einmal im Jahr müssen sich alle Arbeiter, die in den entsprechenden als belastet geltenden Abteilungen arbeiten, untersuchen lassen. Dabei wird nach Arsen, Blei, Cadmium, Nickel und Zink gesucht. Untersuchungsergebnisse werden nur auf Wunsch mitgeteilt. In der Regel gibt es keine Erklärungen zu den Ergebnissen. Wie mangelhaft die Untersuchungen sind, zeigten die Arsen-Tests. Die übliche Blut- und Urin-Untersuchung ist zwar geeignet, akute Vergiftungen zu erkennen, nicht aber chronische. Dazu müßten Gewebe, Nägel und Haare analysiert werden. Dies gehört aber nicht zum werksärztlichen Untersuchungsprogramm und wird von der Berufsgenossenschaft auch nicht verlangt.

Es gäbe für den Schutz der Beschäftigten ein breites Aufgabenfeld gewerkschaftlicher Politik bei der Affi. Stattdessen wird verantwortungslos in Schönwetter gemacht und darauf ver-

langt.
Es gäbe für den Schutz der Beschäftigten ein breites Aufgabenfeld gewerkschaftlicher Politik bei der Affi. Stattdessen wird verantwortungslos in Schönwetter gemacht und darauf ver-

wiesen, daß früher alles viel schlimmer war (was zweifelsohne stimmt, wenngleich auch die Belastungen gestiegen sind). Als wären die Arbeiter von der Gifthütte nicht Betroffene.

Übrigens: Arbeitnehmervertreter in der Berufsgenossenschaft ist für die Affi der Betriebsratsvorsitzende, Eierwerfer Benno Oldach ...

Betriebsschließungen und Sanierung

Die Arbeitenden sind die Hauptopfer

Mehr als 50.000 giftverseuchte Müllkippen werden in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren zu sanieren sein. Die arbeitenden, steuerzahlenden Menschen in der Bundesrepublik sind nicht nur gesundheitliche Opfer der Giftproduktion, sie werden damit rechnen müssen, in den nächsten Jahren zunehmend auch soziale Opfer für die Produktionsfolgen tragen zu müssen, zum Teil als Arbeitslose nach Betriebsschließungen. Wohlweislich hütet man sich bislang, mit der finanziellen Dimension der Giftmüllsanierung an die Öffentlichkeit zu treten. Zwei-, einige fürchten sogar dreistellige Milliardenbeträge werden für die Sanierung aufzubringen sein. Und dreimal darf geraten werden, wer dafür — heute schon — zur Kasse gebeten wird! Die Chemieindustrie, der laut „Spiegel" 60-80% der Altlasten auf den Deponien zugeschrieben werden, wähnt sich fein heraus, da die meisten Ablagerungen von staatlichen Stellen „irgendwie genehmigt" wurden, so der Verband der Chemischen Industrie (11.2.85).

Auf 300 Millionen DM werden derzeit die vom Steuerzahler aufzubringenden Sanierungskosten für den **Müllberg Georgswerder in Hamburg** geschätzt. Welchen Anteil an den Kosten **Boehringer** tragen wird, ist vorläufig völlig im Nebel. Ja, es liegen noch nicht einmal Vorstellungen vor, die Firma für die Sanierungskosten des ehemaligen Betriebsgeländes (auf dem gerade letzte Woche neue, alarmierende Meßergebnisse festgestellt wurden) in Haftung zu nehmen. Nachdem im Juni 1984 die 250 Beschäftigten bei Boehringer aufgrund der behördlich veranlaßten Werksschließung gehen mußten, sind eine ganze Reihe in den Hamburger Jurid-Werken untergekommen, ein Teil kam vom Regen in die Traufe und fand bei der Affi eine Anstellung, andere wiederum wurden bei der Arbeitsplatzsuche mit Hinweis auf ihre gesundheitliche Vorbelastung abgewiesen. Und nachdem wieder und wieder von Werksleitung und gewerkschaftlichen Betriebsräten darauf hingewiesen wurde, daß es keine besonderen gesundheitlichen Belastungen gibt, wurden dann im Oktober 1984 drei neue, schwere Fälle von Chlorakne-Erkrankungen ehemaliger Boehringer-Arbeiter bekannt. Noch im Mai 1984 sperrte sich die IG Chemie gegen die Notwendigkeit der Schließung des Dioxin-Produzenten, da angeblich kein Dioxin in der Produktion anfalle: *„Das sagt jedenfalls die Firmenleitung. Für gegenteilige Behauptungen gibt es keine Beweise." „Wir haben den Gesundheitsschutz vorangetrieben"*, wird der Betriebsratsvorsitzende und IG Chemie-Vorstandsmitglied Jürgen Döbbecke zitiert. Sein Vorstandskollege Kotzbacher hielt *„eine Schließung*

Beweise." „Wir haben den Gesundheitsschutz vorangetrieben", wird der Betriebsratsvorsitzende und IG Chemie-Vorstandsmitglied Jürgen Döbbecke zitiert. Sein Vorstandskollege Kotzbacher hielt „eine Schließung

des Werks nicht für gerechtfertigt, solange die gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Auflagen erfüllt werden und die Gesundheit der Mitarbeiter nicht in Gefahr ist" („Gewerkschaftspost", 5/84). Zwei Monate später wird der gleiche Kotzbacher mit der anklagenden Bemerkung zitiert, *„die eigentlichen Schuldigen für den Verlust der Arbeitsplätze sitzen da vorne"*, die er auf den Boehringer-Vorstand münzte („Gewerkschaftspost", 7/84). Dieser Vorgang ist symptomatisch für das gewerkschaftliche Versagen insbesondere der IG Chemie beim gesundheitlichen und sozialen Schutz der Beschäftigten. Die „Erkenntnis" kam diesem Gewerkschaftsführer, als es zu spät war. Bis dahin hatte gerade seine Gewerkschaft sich gegen alle vorliegenden Erkenntnisse und Vernunft für die bisherige Art des Produzierens eingesetzt und damit die Unternehmenspolitik unterstützt.

Konkurs, Entlassungen, Sanierung auf Staatskosten

Pintsch Altölraffinerie in Hanau: Ende März 1984 wurde gerichtlich die Schließung des Betriebs erzwungen. Bei Messungen wurde in bis zu 8 Meter Tiefe auf dem Boden des Firmengeländes PCB (Polychlorbiphenyl) entdeckt, bei dessen Verbrennung Dioxin entsteht. Im Mai 1984 meldete die Firma Konkurs an und entließ die 32 Beschäfigten. Im Januar 1985 wurden die staatlich zu bezahlenden Sanierungskosten mit 20 Millionen DM angegeben.

Pintsch Envirotec GmbH in Neukölln, Westberlin: Auch hier wurde PCB im Grundwasser gefunden.Anfang 1984 meldete die Firma Konkurs an und entließ die 20 Beschäftigten. Bekanntgewordene Sanierungskosten: 25 Millionen DM.

Kommentar der IG Chemie zu beiden Vorgängen: *„Gerade durch Mißachtung des Umweltschutzes hat man die Arbeitsplätze hier in Gefahr gebracht. Die Gesundheit der Beschäftig-*

wordene Sanierungskosten: 25 Millionen DM.
Kommentar der IG Chemie zu beiden Vorgängen: „Gerade durch Mißachtung des Umweltschutzes hat man die Arbeitsplätze hier in Gefahr gebracht. Die Gesundheit der Beschäftig-

ten, die Einhaltung von Umweltauflagen und der Erhalt von Arbeitsplätzen sind für uns eine Einheit und schließen sich nicht gegenseitig aus." („Gewerkschaftspost", 2/85)

Dynamit-Nobel in Rheinfelden (nahe der Schweizer Grenze): Schon lange ist bekannt, daß bei der Herstellung von PCP (Pentachlorphenol) das Seveso-Gift Dioxin anfällt. Als neue Messungen, veranlaßt vom Freiburger Öko-Institut, das 180-fache Überschreiten der zulässigen Grenzwerte ergaben und Produktionsverbot verlangt wurde, sahen sich auch die staatlichen Stellen zum Handeln veranlaßt. Dem Betrieb wurde die Stillegung der PCP-Produktion angedroht, falls keine Entsorgung nachgewiesen wird. Per Gericht erzwang der Betrieb die Lagerung seiner Giftmüll-Abfälle auf der hessischen Deponie Herfa-Neurode und darf damit weiter PCP bis 1986 produzieren (dann will er freiwillig die Produktion einstellen). 80 der 780 Beschäftigten sind mit der PCP-Herstellung befaßt. Kommentar der IG Chemie, die sich bislang nicht gegen die PCP-Produktion ausspricht: Sie fordere *„zur Sicherung der Arbeitsplätze die schnellstmögliche Umstellung auf nicht gesundheitsgefährdende Produkte"* („Gewerkschaftspost", 1/85)

Vor zwei Jahren machte die **Akkumulatorenfabrik Hagen in Köln-Kalk** pleite. Jetzt wurden im Boden der Firma Bleiwerte bis in zwei Meter Bodentiefe festgestellt, die 165-fach über den Grenzwerten liegen. Ähnlich verseucht sieht es auf dem Gelände der 1982 pleitegegangenen **Firma Faust-Batterien** im benachbarten **Brühl** aus. Träger der Sanierungskosten: Der Steuerzahler aus dem Staatssäckel.

Fortsetzung nächste Seite

Hoechst AG verklagt die GRÜNEN

Die Hoechst AG hat gegen die Stadtverordnetenfraktion der Grünen im Frankfurter Römer Anzeige wegen Verleumdung und Beleidigung gestellt. Hintergrund dieses Vorgangs sind Etatanträge der Grünen vom November 1984. Durch das Material, das überhaupt erst durch die Strafanzeige des Konzerns einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, sieht sich Hoechst beleidigt und verleumdet.

Wenn es auch nur annähernd stimmt, was die Grünen über bestimmte Produkte, Produktionsverfahren usw. und im Zusammenhang damit stehende Krebserkrankungen schreiben, dann handelt es sich hierbei um einen handfesten Skandal. Kern der Vorwürfe ist die Produktion und Verarbeitung „aromatischer Amine" bei Hoechst. Diese Stoffe werden für die Herstellung von Farben, Pigmenten, als Härter in der Gummiindustrie, als Grundstoff für Plastikfolien u. a. m. gebraucht. Nun gibt es offensichtlich hunderte von Verbindungen, die unter dem Begriff „aromatische Amine" zusammengefaßt werden. *„Die Hoechst AG weist in ihrem Verkaufskatalog 1982 165 aromatische Amine und in ihrem Entwicklungsproduktekatalog weitere 16 aromatische Amine aus, von denen bei einigen krebserzeugende Wirkung bekannt ist, bei anderen vermutet wird, bei wenigen wahrscheinlich nicht vorhanden ist"* („Grüne Römerpost", 1/1985).

Als Beleg für die krebserzeugende Wirkung dieser Stoffe führen die Grünen Untersuchungen des „Arbeitskreises Arbeitsmedizin des Frankfurter Gesundheitsladens" sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an. Die DFG-Studie, die sich auf den Zeitraum zwischen 1952 und 1968 bezieht, verzeichnet ein besonders starkes Ansteigen von Krebserkrankungen der ableitenden Harnwege. An diesem Blasenkrebs (der mit den aromatischen Aminen in Verbindung gebracht wird) starben demnach 114 % mehr Menschen bei Hoechst als im Bevölkerungsdurchschnitt. Diese Zahlungen werden durch die Studie „Blasenkrebs durch Arbeit in der Chemie" des Frankfurter Gesundheitsladens aktualisiert und untermauert.

Fazit der Grünen: *„Wenn man es schafft, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, stellt man fest: Die Hoechst AG tötet — direkt und indirekt"* („Grüne Römerpost", 1/1985).

Daß der mächtige Konzern die Grünen wegen derartiger Vorwürfe verklagt, ist an sich kaum verwunderlich. Makaber ist allerdings, daß der Gesamt-Betriebsrat (GBR) die Anzeige mitunterschrieben hat. Die Vorwürfe der Grünen richten sich zwar ausschließlich gegen die Verantwortlichen für Produktion, Verarbeitung usw. — vom Betriebsrat ist gar nicht die Rede. Aber sowohl die IG-Chemie-Vertreter als auch die leitenden Angestellten im Betriebsrat sind offenbar ganz die Stimme ihrer Herren. Das hat im Betriebsrat von Hoechst Tradition. Ende 1981 kündigte der Konzern dem Betriebsratsmitglied Hans-Werner Krauss, der der alternativen Liste der „Kollegen für durchschaubare Betriebsratsarbeit" angehört. Der Grund: Krauss hatte auf einer Veranstaltung gesagt: *„Ich bin Beschäftigter und Betriebsrat eines Unternehmens, das schon jahrelang in der Lage ist, mit dem Arbeitsplatzargument auf die hessische Landesregierung Druck auszuüben — einige nennen das auch erpressen — um die Produktion mit der Folge lebensbedrohender Umweltverseuchung durchzusetzen"* (Info der „Durchschaubaren", Jan. 1982). Der Betriebsrat stimmte der Kündigung zu und das IG-Chemie-Hauptvorstandsmitglied, Betriebsrats- und GBR-Vorsitzender Rolf Brand (SPDler ebenso wie Krauss!) verteidigte vehement den Rausschmiß.

Was die Anzeige gegen die Grünen betrifft, so ist nicht auszuschließen, daß der Tip dazu direkt aus dem Betriebsrat kam. Schließlich findet gerade Kommunalwahlkampf statt und Leute wie der stramm-rechte SPDler Brand haben sicher großes Interesse daran, den Grünen mit dem Vorwurf der Arbeitsplatzvernichtung eins reinzuwürgen.

KB/Gruppe Frankfurt

Umweltschutz und Arbeitsplätze

Hoffen auf neue Märkte

„Integrierter Umweltschutz", so die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, sei erstens „*,Reparatur' bereits entstandender Schäden mit Hilfe technischer Methoden"* („Entsorgungsindustrie") und zweitens *„Vermeidung der Schäden von Anfang an"* durch Integration umweltfreundlichster Technik in neue Produktionsanlagen (iwd, 6.12.84). Um den Unternehmen dies schmackhaft zu machen, hat die Bundesregierung im November 1984 im Rahmen des Paragraphen 7 d des Einkommenssteuergesetzes die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen verbessert, die Umweltschäden *„wesentlich vermindern und keine zusätzlichen oder andere Umweltbelastungen bewirken"*. Solche Investitionen müssen zu 70 % einen Beitrag zur Umweltschutzverbesserung leisten. Sie können dann im ersten Jahr zu 60 % und in den folgenden Jahren jeweils bis zu 10 % der Kosten steuerlich abgeschrieben werden.

Man kann sich das ruhig einmal auf der Zunge zergehen lassen: Einmal erhalten die Verursacher der Verschmutzung steuerliche Anreize, zum anderen werde Teile der Industrie gelockt, eine Umweltproduktion aufzubauen, wobei mit Recht auf steigende Nachfrage im In- wie im Ausland verwiesen wird. Daß ein neuer Markt für Umweltschutz sich herauszubilden beginnt, zeigt der Anstieg der Umweltschutzinvestitionen (von 1971 bis 1977: jährlich 5,3 % Anteil an den Gesamtinvestitionen, von 1978 bis 1980: 6,4 % bei weiter ansteigender Tendenz). Für die BRD wird dabei ein Nachholbedarf gegenüber Mitkonkurrenten festgestellt. Der Anteil der Umweltschutzaufwendungen am Bruttosozialprodukt lag in den letzten Jahren in der BRD bei 1,5 % (in Japan und in den USA bei 3 %). Bislang ist es noch so, daß zwei Drittel der Umweltschutzaufträge vom Staat, ein Drittel von der Industrie vergeben werden.

Von der Regierung erwartet die Industrie aber, ihr den Rücken von bürokratischen Umweltregulierungen freizuhalten. *„Notwendig ist u. a. ein breiter Konsens über die Grundlagen des Umweltschutzes in der modernen Industriegesellschaft, der die Wirtschaft verstärkt als Partner begreift und damit die dynamischen Kräfte unserer marktwirtschaftlichen Ordnung in den Dienst dieser wichtigen Aufgabe stellt"*, schreibt der Bundesverband der deutschen Industrie in seiner Broschüre *„Industrie und Ökologie"* (Köln, Nov. 1984). Notwendig sei daher: *„1. Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Techniken statt Technikfeindlichkeit, 2. berechenbare, an Prioritäten ausgerichtete Vorsorge statt tagespolitischem Aktionismus, 3. technische und wirtschaftliche Spielräume für mehr Eigenverantwortung statt bürokratischer Detail-Regulierung."* So sei *„eine Symbiose"* von *„Ökologie und Ökonomie"* möglich.

Gegenüber der Tendenz, mehr Umweltschutz in der Produktion über erhöhte Abgabenregelungen zu erzwingen, setzen die Marktwirtschaftler im Umweltschutz darauf, *„den Entscheidungsspielraum der Wirtschaft nicht durch ein engmaschiges Netz bürokratischer Vorschriften weiter einzuengen"*. Stattdessen soll der Staat *„Rahmenbedingungen des Wirtschaftens (schaffen), so daß es ökonomisch attraktiv wird, mehr Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen"* (Prof. Bonus in „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.2.85). Statt der *„Preislösung"* (Verteuerung umweltschädigender Produkte über Abgaben) empfiehlt Bonus die *„Mengenlösung"*. Regional sollen Obergrenzen für den Schadstoffausstoß festgelegt werden. Wer Dreck ausstoßen will, kann Emissionszertifikate kaufen, deren Vorrat durch die regionale Obergrenze limitiert ist. *„Diese werden dann nicht anders behandelt als andere Produktionsfaktoren auch: Wo sie zu teuer sind, werden sie ,wegrationalisiert', indem der Schadstoffausstoß gedrosselt wird."* Anders als bei der „Preislösung" *„bleibt das Geld bei dieser Lösung in der Wirtschaft, da jede Ausgabe für Zertifikate Einnahmen beim Verkäufer gegenüberstehen"*.

„Ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft"

Demgegenüber steht das sozialdemokratische Konzept des *„Aufbaus einer leistungsfähigen Umweltschutzindustrie"* und der *„ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft"*. Die SPD fordert ein *„Sondervermögen Arbeit und Umwelt"*, das bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau eingerichtet werden soll (Erstfinanzierung: aus dem Nichtzurückzahlen der Investitionsabgabe bei Einkommen über 100.000 DM und über eine Energiesparsteuer). Aus diesem „Sondermögen" sollen *„zinsgünstige Kredite für Umweltschutzinvestitionen und verlorene Zuschüsse für Umweltinvestitionen von herausragender Bedeutung zur Verfügung"* gestellt werden. Sozialdemokratische Komponente dieses Modells: *„ökologische Notwendigkeiten mit beschäftigungspolitischen Möglichkeiten zu verknüpfen"*.

Wesentlich konkreter ausformuliert hat der DGB diese Vorstellungen in seinem Grundsatzpapier *„Umweltschutz und qualitatives Wachstum"*. Er fordert eine beschäftigungsschaffende *„Investitionsoffensive"* von 50 Milliarden DM bis 1989, die er in einem Schwerpunktprogramm in 55 Maßnahmen erläutert. Auch der DGB spricht vom *„integrierten Umweltschutz"*, unterscheidet sich vom „marktwirtschaftlichen Modell" aber darin, daß er eine dosierte Anwendung des *„Verursacherprinzips"* und erhöhte Abgaben für umweltschädliche Produktionen fordert. Doch auch beim Verursacherprinzip mutet der DGB der Wirtschaft nicht zuviel zu. Der Staat soll die Beseitigung von Umweltschäden dort finanzieren, wo *„Altlasten saniert, unzumutbare Belastungen einzelner Regionen abgebaut, akute Umweltnotlagen abgewendet oder Pilotprojekte eingeführt werden sollen"*, aber auch, wenn die Kosten für Unternehmen *„aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen"* als nicht tragbar angesehen werden („Frankfurter Rundschau", 7.3.85).

Im Kern sind die DGB-Vorstellungen eine Neuauflage (ökologisch auffrisiert) alter staatlicher Beschäftigungsprogramme. Die Vorschläge gehen von der Überlegung aus, daß **„die Entwicklung modernster und preiswerter Umweltschutztechnologien neue Märkte und Wettbewerbsvorteile erschließen und sichern kann. Diese Märkte sind als die Märkte der Zukunft anzusehen. Denn auch der Welthandel wird immer stärker nach umweltfreundlichen Produkten verlangen, da die Umweltbelastungen weltweit steigen"** (Werner Schneider in der DGB-Funktionärszeitschrift „Quelle", 11/84). Energisch fordert der DGB das bundesdeutsche Kapital auf, dafür zu sorgen, daß in der *„Umweltschutztechnologieindustrie" „die technische Entwicklung nicht noch einmal verschlafen wird, wie teilweise bei elektronisch gesteuerten Maschinen schon geschehen"* und warnt davor, daß *„die Japaner uns mittlerweile auch auf diesem Gebiet davongelaufen"* sind (Schneider, ebda). Das neue Umweltbewußtsein des DGB folgt damit getreu der alten Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft, innovativ für die Unternehmensinteressen zu wirken, damit für die Beschäftigten was abfällt. Umweltschutz wird als eine zukunftsträchtige Wachstumsbranche empfohlen, deren Technologien *„auch dann nachgefragt (werden), wenn industrielles Wachstum nicht auf der ganzen Breite stattfindet"* (Schneider, ebda).

Umwelt-Arbeitsplätze: Die Schätzungen

Autoren/Studie/Jahr der Veröffentlichung	Umweltschutz-Beschäftigte pro Jahr	Geltungszeit
Meissner/Hödl (1976)	220000 370000 570000	1970–1974 1975–1979 1980
Herwig/Dipper Battelle-Institut (1977)	230000	1975
Sprenger Ifo-Institut (1979)	200000 250000	1975 1980
Ullmann/Zimmermann IIUG (1981)	126000	1977
Sprenger u.a. Ifo-Institut (1983*)	170000–180000	1980

*) Gesamtschätzung einschließlich Auslandsnachfrage und Bauaufträge



Sprenger 1979: Es wird der Versuch gemacht, negative Beschäftigungswirkungen herauszurechnen, die angegebene Zahl der Arbeitsplätze ist also ein Nettowert.
*) nur laufende Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften für Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie Straßenreinigung;
IIUG: Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, Berlin
Quelle: Ifo-Institut; IW-Zusammenstellung — iwd Institut der deutschen Wirtschaft

Der Arbeitsplatzeffekt beim Umweltschutz ist umstritten. Je nach politischem Standort wird argumentiert und untersucht. Die Wirtschaft beruft sich auf Untersuchungen mit niedrigen Beschäftigtenzahlen unter Verweis auf *„kostspielige, technisch komplizierte Anlagen"*, die *„sehr kapitalintensiv"* sind. Sozialdemokraten und DGB verbinden ihre Vorschläge mit Arbeitsplatzeffekten von mehr als einer Million. Von grüner und alternativer Seite wird stark auf den Beschäftigungseffekt dezentraler Energiegewinnung und dezentraler Umwelttechnik verwiesen. Die Ermittlung genauer Beschäftigungseffekte ist deshalb so schwierig, weil sich die jeweiligen Investitionsentscheidungen nicht immer so eindeutig klassifizieren lassen. Die abgebildete Grafik aus dem „Informationsdienst der deutschen Wirtschaft" (iwd, 6.12.84) stellt Untersuchungen und Schätzungen verschiedener Studien vor. Die Zahl der Beschäftigten ist nicht nach neugeschaffenen und erhaltenen Arbeitsplätzen aufgrund von Umweltschutzmaßnahmen getrennt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

In **Holzminden** wurde laut „Gewerkschaftspost" der IG Chemie (Februar 1985) die dortige **Papierfabrik** mit 40 Beschäftigten gerichtlich zur Schließung gezwungen da sie sich wiederholt weigerte, die in die Weser abgeleiteten Fabrikabwässer zu sanieren. Welche Schadstoffe dabei anfielen, ist der Meldung nicht zu entnehmen.

In Hamburg-Wandsbek scheiterte im Februar 1985 der Antrag der GAL auf Schließung der **Chemiefirma Abshagen** in der Beziksversammlung an der Ablehnung von CDU und SPD. Nach schweren Unfällen 1973 und 1981 (wo es behördlich erzwungen eine Teilstillegung gab), brach Anfang Januar ein Brand in einem Kessel mit 7000 Litern Kunstharzöl aus. Ätzende Dämpfe zogen durch die anliegenden Wohngebiete, die Behörde gab Giftalarm. Unter Hinweis auf die besonders gefährlichen Stoffe Phenol und Formaldehyd hatte die GAL beantragt, *„den Betrieb sofort stillzulegen, bis der Betreiber den Nachweis erbracht hat, daß von diesem Betrieb keine gesundheitsschädlichen Emissio-*
bracht hat, daß von diesem Betrieb keine gesundheitsschädlichen Emissio-
nen mehr ausgehen. Die Firma Abshagen wird aufgefordert, die Belegschaft weiter zu beschäftigen und z.B. für die Umbaumaßnahmen einzusetzen." Ein SPD-Antrag auf Stillegung zweier älterer Kessel bis zur umweltschonenden Umrüstung wurde mehrheitlich angenommen.

Bleiregen bei Sonnenschein

Die Akumulatorenfirma aus dem Familienbesitz des Postministers Schwartz-Schilling macht in Westberlin und Büdingen in Mittelhessen von sich reden. Blei und Schwefelsäure verseuchen in Westberlin (235 Beschäftigte) Boden, Luft und Wasser. Bleiwerte wurden um bis zu 1675fach überschritten. In Büdingen (850 Beschäftigte) wurden überhöhte Bleiwerte im Boden gefunden. Insbesondere auf dem Firmengelände gelagerter Klärschlamm bedroht das Grundwasser. Die AL und die SPD in Tempelhof haben die Schließung des Westberliner Werkes gefordert. CDU, SPD, FDP und DGB sowie mit einiger Verzögerung auch die zuständige Gewerkschaft IGM haben die Schließung abgelehnt. Der CDU-Senat will Sonnenschein mit 1,8 Millionen Subventionen aus dem Umweltinvestitionsprogramm die Sanierung versüßen. Die AL schrieb im Dezember:

„Alle Mitarbeiter, die durch die Schließung ihren Arbeitsplatz verlieren, müssen ihren Lohn weitererhalten, bis ein gleichwertiger Arbeitsplatz gefunden ist" („Stachel, Dez. 84). Im Januar hieß es dann:

„Keine Subventionen für Sonnenschein sondern sofortiger Entzug der Betriebsgenehmigung ... Mit den so eingesparten Mitteln sollen neue Arbeitsplätze für die 220 Beschäftigten geschaffen werden. Arbeitsplätze, die helfen die Umweltsituation in Berlin zu verbessern" (Stachel", 1/85). Besagte 1,8 Millionen reichen aber nach unserer Rechnung gerade zwei Monate, um den Lohn für die Beschäftigten zu zahlen ...

Steter Tropfen höhlt den Stein

Schon bald Sonntagsarbeit in Bayern?

Flexibel ist er schon im Vertreten der Kapitalinteressen, der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Schien es im Vorfeld der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche noch angeraten, von Regierungsseite mit der Vorruhestandsregelung (Rentenbeginn ab 58. Lebensjahr) zu locken und eine generelle Tages- und Wochenarbeitszeitverkürzung zu verhindern, so wird dieses Konzept einfach fallengelassen. Nicht einmal ein dreiviertel Jahr nach Verabschiedung des Vorruhestandsgesetzes erörtern Blüm und sein Minister-Kollege Stoltenberg unter Hinweis auf die sich leerende Rentenkasse ganz offen, daß dieser Mohr seine Schuldigkeit bis zum Ende dieses Jahrzehnts getan haben soll. In den neunziger Jahren soll dann sogar eine Verlängerung der derzeitigen Altersgrenze über das 65. Lebensjahr hinaus möglich sein. Verwundert sein kann über solche Pläne allerdings nur der nicht eingeweihte Beobachter. Die Empörung einiger Gewerkschafter ist mehr als scheinheilig. Es war der NGG-Vorsitzende Günter Döding vom ganz rechten DGB-Flügel, der schon vor drei Jahren für eine reversible (rückholbare) „Tarifrente" (dem Vorläufer des heute gesetzlich geregelten Vorruhestands) geworben hat, und zwar unter Hinweis auf die demographische Entwicklung ab 1990 (drastischer Rückgang der Zahl der Berufsanfänger). Döding gehört wie auch die IG Chemie zu den entschiedenen Gegnern der 35-Stunden-Woche. Ihre Willfährigkeit gegenüber den Kapitalinteressen wird derzeit aber wenig gelohnt. So muß man denn auch die bitterböse Klage der IG Chemie beim Chemie-Unternehmerverband über die widerwillig zugestandene und schlecht honorierte Prioritätensetzung der Gewerkschaft auf Vorruhestand in der Tarifpolitik als das verstehen, was es gewerkschaftspolitisch gewesen ist: Die Verräter fühlen sich verraten (siehe dazu die lesenswerte Enthüllung über die IG Chemie in der „taz" vom 6.3.85).

Noch bevorf sich die Vorruheständler im DGB mit den Erfolgsfedern schmücken können, wendet sich das Kapital einer schon längst eingeleiteten neuen Arbeitszeitstrategie zu, der Flexibilisierung der Arbeitszeit auf allen Ebenen, heute verkürzen wir, morgen verlängern wir die Lebensarbeitszeit. Die heutigen gewerkschaftlichen Sozialpartner scheinen das Tempo dieser Entwicklung zu verschlafen.

Blüm flexibilisiert derweil weiter. Steter Tropfen höhlt den Stein: „Leber-Modell" in der Arbeitszeitfrage, „Beschäftigungsförderungsgesetz", neue Arbeitszeitordnung, veränderter Jugendarbeitsschutz, längere Lebensarbeitszeit und jetzt auch: Samstagsarbeit, dafür freie Tage unter der Woche. *„Es wird auf Dauer zu teuer, die modernen Roboter-Maschinen in den Firmen das ganze Wochenende stehen zu lassen"* formuliert er das Kapitalinteresse nach freier Verfügbarkeit der Arbeitskraft in „BILD".

Doch der Mann hat auch Herz für den „kleinen Mann". Hat er doch in seiner Jugend mal bei Opel hospitiert und wird deswegen auch nicht aus der IG Metall gefeuert. Welch Unsinn, so Blüm, *„wenn alles sich samstags und sonntags (!) im Auto über verstopfte Straßen quälen und in überfüllten Bädern plantschen, die in der Woche fast leer sind"*. Samstags und sonntags!! Eins nach dem anderen, noch witzelt er: *„Sonntag gehört Papi der Familie"*, sonst trifft sich die *„am Ende nur noch an der Straßenbahnhaltestelle"*. Der weniger sensible neue Dicke in der Bundesregierung, Bangemann (der war auch nie in der Gewerkschaft), wird da deutlicher: Ich bin, so erzählt er „BILD" eine Woche nach Blüm, für eine Änderung der Arbeitszeitordnung, *„damit mehr samstags — und — wenn nötig — auch sonntags gearbeitet werden kann"*. Der Mann spinnt zwar viel, liegt mit dieser Äußerung aber im Trend, wie nebenstehendes Dokument aus Bayern zeigt.

Sicher, ein Aufschrei der Empörung ging durch Gewerkschaften und Betriebe. Schließlich ist den meisten Arbeitnehmern das Wochenende heilig. Doch wer sagt, daß das so bleiben wird? Die IG Metall kämpft jetzt schon verzweifelt gegen Betriebsvereinbarungen über Samstagsarbeit (siehe dazu den Artikel in diesem AK) und mit Gewerkschaftsführern wie Döding, Rappe und Adolf Schmidt kann man nicht einmal verhindern, daß irgendwann einmal die Arbeitswoche auf 8 Tage ausgedehnt wird. Und Blüm, der seinen Vorstoß in der Karnevalszeit gemacht hat, weiß auch, nach dem fünften Aufschrei ist alles gegessen. Und dann wird der „Karnevalsscherz" bitter ernstwerden.

Dokumentiert (Auszüge): Bayerischer Landtag — Drucksache 10/5314, 26.11./29.11.84

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Franzke SPD:

Der Vorsitzende des Vorstandes der BMW AG erklärte Ende Juli in einem Interview der Süddeutschen Zeitung, daß im neuen Werk in Regensburg zukünftig auch samstags gearbeitet werden soll ...

Nachdem bisher Tätigkeiten produktionsbedingt an Samstagen ausgeführt werden mußten: Welche Auswirkngen hätte dann eine Produktion am Samstag auf Arbeiten, die dann sonntags verrichtet werden müßten? ...

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr

... Der Staatsregierung sind Absichten verschiedener Unternehmen bekannt, aus Gründen der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und im internationalen Markt und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze Produktionen auch an Wochenenden (Samstag und/oder Sonntag) durchfahren zu lassen. Dabei ist festzustellen, daß die Einführung von Samstagsarbeit ... nicht der staatlichen Genehmigung bedarf ...

Ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung der Sonntagsarbeit vorliegen, wird von den zuständigen Genehmigungsbehörden (Gewerbeaufsichtsämter bzw. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung) jeweils im Einzelfall nach sorgfältiger Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen unter Einbeziehung der Auswirkungen auf die Mitarbeiter eingehend geprüft ...

(Entnommen aus: „Politische Berichte" des BWK vom 9.3.85).

Die Flexi-Offensive rollt!

Die Umsetzung des Tarifvertrages in der Metallindustrie


Warnstreik gegen die Einführung der Samstagsarbeit

„Unser Tarifkampf war erfolgreich", titelt die IGM-Funktionärszeitung „Der Gewerkschafter" die Schlußfolgerungen, die der IGM-Vorstand auf zwei Klausurtagungen gezogen hat. Indes: „Der Ball ist rund", wußte schon der alte Sepp Herberger, und: „das Spiel dauert neunzig Minuten". Der Tarifkampf aber befindet sich gerade in der heißen Phase der zweiten — betrieblichen — Halbzeit, Abpfiff ist erst am 31. März. Gegenwärtig deutet vieles darauf hin, daß die Kapitalisten in dieser zweiten Halbzeit wichtige, vielleicht entscheidende Punkte machen, so daß es geraten scheint, die Frage von Erfolg und Mißerfolg, von Sieg oder Niederlage erst nach Ende der Auseinandersetzung zu beantworten.

Bekanntlich hatte der Tarifabschluß zwei Seiten: Zum einen die Herabsetzung der individuellen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden pro Woche, zum anderen die sogenannte Flexibilisierungskomponente. Glaubt man der IG Metall, geht's *„Überall zügig voran"* (Überschrift aus „metall", 8.2.). In der Ausgabe vom 22. März kann „metall" stolz berichten, daß schon *„für weit über 100 Betriebe die 38,5 Std.-Woche unter Dach und Fach"* ist. Als Erfolg verbucht die IG Metall, daß e i n e g a n z b e s t i m m t e F o r m von Flexibilisierung der Arbeitszeit bisher einigermaßen in Grenzen gehalten worden ist, nämlich die im Tarifvertrag als Möglichkeit angelegte Differenzierung zwischen Gruppen, die 37 Stunden arbeiten (mit stufenweisem Abbau des Lohnausgleichs) und solchen, die 40 Stunden arbeiten. Leider ist diese Erfolgsbilanz nicht realistisch, da in ihr ausgeblendet ist, daß die Kapitalisten, angetreten unter dem Motto „laßt 1000 Flexibilisierungsblumen blühen", mit den unterschiedlichsten Modellen die Betriebsräte drangsalieren. Da geht es um die Einführung neuer Schichten, um Mehrarbeit und Abbummeln entsprechend den saisonalen Auftragsschwankungen, um Einführung von Samstagsarbeit, um das Durcharbeiten von Pausen, um das Zusammenfassen der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung zu Freischichten, die dann möglichst in auftragsarme Zeiten gelegt werden sollen. Bei all diesen Flexibilisierungsmodellen geht es darum, die Arbeitskraft möglichst den betrieblichen Bedürfnissen, dem schwankenden Arbeitsanfall anzupassen. *„Dort, wo flexibilisiert werden soll, geht es in erster Linie gerade darum, Neueinstellungen und damit zusätzliche Personalkosten zu vermeiden."* (Frankfurter Rundschau, 9.2.) Das Zauberwort im Arbeitgeberlager ist gegenwärtig die *„Entkoppelung von betrieblicher Produktions- und persönlicher Arbeitszeit"*. Gemeint ist damit, daß die immer teureren Maschinen durch verkürzte Arbeitszeiten nicht in ihrer Nutzungsdauer eingeschränkt, sondern unter Umständen sogar länger betrieben werden. Zuhilfe kommt dieser Strategie der Metallunternehmer der vielleicht entscheidende Südenfall der IG Metall beim Tarifabschluß: der Verzicht auf die Ausgestaltung der erreichten Arbeitszeitverkürzung; diese wurde den
ständen sogar länger betrieben werden. Zuhilfe kommt dieser Strategie der Metallunternehmer der vielleicht entscheidende Südenfall der IG Metall beim Tarifabschluß: der Verzicht auf die Ausgestaltung der erreichten Arbeitszeitverkürzung; diese wurde den
Betriebsräten vor Ort und ihren Geschäftsleitungen überlassen .— ein schwerwiegender Verlust an Durchsetzungskraft, der, so muß man befürchten, Dämme eingerissen hat. Daß sich die Flexibilisierungsflut bislang noch einigermaßen in Grenzen hält, liegt in erster Linie daran, daß vielen Unternehmern der Flexi-Spielraum noch als zu gering erscheint, als daß sich seine volle Ausschöpfung betriebswirtschaftlich lohnen würde. Zu eng ist ihnen die Schwankungsbreite zwischen 37 und 40 Stunden, zu eng ist ihnen oft auch die Zeit von zwei Monaten, innerhalb derer ein Ausgleich erfolgen muß. Dementsprechend klagten bis vor kurzem noch die Verbandsfunktionäre der Arbeitgeber, daß zu wenig Mitgliedsfirmen die ausgehandelten Möglichkeiten ausschöpften. Inzwischen klingen die von dort kommenden Töne deutlich zufriedener. Und in der Tat zeigt ein Überblick über die bisher abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen, daß das unermüdliche Werben der Funktionäre für die Ziele ihres Verbandes deutlich Früchte getragen hat. In kaum einer Vereinbarung — soweit sie bisher bekannt geworden sind, — fehlt die Flexibilisierungskomponente. Die IG Metall steht dem mit Zweckoptimismus, ansonsten aber ohne Konzept gegenüber. Es sieht so aus, als würde das, was quantitativ (weniger Wochenstunden) erreicht wurde, qualitatv weitgehend wieder preisgegeben — mit der Tendenz zum Schlechteren für die Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie.

Betriebsvereinbarungen in der Metallindustrie

Mit dem folgenden Überblick schließen wir an die Berichte in AK 255 an.

Angemerkt werden muß an dieser Stelle, daß die Bewertung der erreichten Betriebsvereinbarungen häufig dadurch schwierig wird, daß oftmals „der Teufel im Detail" steckt. So kann die IG Metall zwar stolz verkünden, daß die Umsetzung der 38,5 Stunden-Woche flott vorangeht; in der Tat findet sich in fast allen Vereinbarungen der Satz: „Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 38,5 Stunden". An anderer Stelle, sozusagen unter „ferner liefen", als Ausnahme-Regelungen oder in Form von Zusatzvereinbarungen kommen dann die Flexi-Hämmer.

MBB Bremen. Ein besonders plastisches Beispiel ist der Abschluß bei diesem Zweigwerk des Luft- und Raumfahrt-Konzerns. Dort wurde vereinbart: Die Arbeitszeit beträgt ab 1. April 1985 7 Stunden und 42 Minuten für alle. Dies entspricht zwar nicht dem Ziel der Belegschaft und des IGM-Vertrauensleute-Körpers, die sich eine Verkürzung freitags um eineinhalb Stunden gewünscht hatten. Aber immerhin ein Schritt zur 35-Stunden-Woche, der niemanden benachteiligt und alle gleich behandelt. Oder...? Bei MBB gibt es Gleitzeit. Die Zeiten, zu denen man frühestens Feierabend machen kann, sind aber nicht vorverlegt worden. Wer was von der Arbeitszeitverkürzung haben will, muß also morgens länger schlafen. Der eigentliche Flexi-Pferdefuß steckt aber in drei Zusatz-Regelungen, die gleichzeitig abgeschlossen wurden.

1. Gleitzeit. Nach betrieblicher Notwendigkeit kann die Geschäftsleitung die Kollegen in zwei Gleitzeitmodelle einteilen (Frühzeit und Spätzeit), so daß die Betriebszeit nicht nur erhalten, sondern erheblich ausgeweitet werden kann, auf 13 Stunden. Dies soll insbesondere beim computergestützten Konstruieren und anderen kapitalintensiven Anlagen geschehen.
2. Bei Termindruck kann nunmehr die Gleitzeit-Spanne um eine Stunde und die Mindestanwesenheitszeit um eine halbe Stunde ausgedehnt werden. Es können bis zu vierzig Stunden angesammelt werden, die natürlich nicht als Überstunden gelten und auch erst nach Beendigung der Maßnahme entnommen werden können.
3. Überstunden. Sollte auch dies nicht ausreichen, tritt die Überstundenregelung in Kraft. Der Tarifvertrag sieht vor, daß für alle Überstunden, die über die Grenze von 20 hinausgehen, eine Betriebsvereinbarung geschlossen werden muß. Nicht so bei MBB! Hier gilt: Alle Überstunden, auch über 20 Stunden hinaus, die vom Arbeitgeber und Betriebsrat unterschrieben werden, gel-
vor, daß für alle Überstunden, die über die Grenze von 20 hinausgehen, eine Betriebsvereinbarung geschlossen werden muß. Nicht so bei MBB! Hier gilt: Alle Überstunden, auch über 20 Stunden hinaus, die vom Arbeitgeber und Betriebsrat unterschrieben werden, gel-
ten als Betriebsvereinbarungen im Sinne des Tarifvertrags.

(nach: Informationen aus Betrieb und Gewerkschaft des betrieblich-alternativen Bündnis, Bremen, 12.2.)

Daimler-Benz. Mit besonderem Interesse wurden allseits die Vereinbarungen in den großen Automobil-Werken erwartet. Bei VW hatte man sich im Rahmen des Haustarifs bereits geeinigt (siehe AK 255). Bei Daimler-Benz wurde zunächst eine Vereinbarung im Werk Mannheim (14.000 Beschäftigte) unterzeichnet, die mit geringen Abweichungen inzwischen für weitere Werke (Sindelfingen, Untertürkheim, Düsseldorf, Gaggenau, Westberlin, Bad Homburg, Wörth) übernommen wurde und mittlerweile für ca. 100.000 der 157.000 Beschäftigten des Konzerns gilt. Die verkürzte Arbeitszeit von 38,5 Stunden gilt für 90 bis 93,5 Prozent der Beschäftigten (leicht unterschiedlich in den einzelnen Werken). Der Rest arbeitet 40 oder 37 Stunden. Stellvertretend die Mannheimer Vereinbarung: 40 Stunden arbeiten weiter alle Führungskräfte bis zum Meister und Gruppenmeister sowie bestimmte Facharbeiter, insgesamt 800 Beschäftigte. 37 Stunden arbeiten alle Auslerner sowie Kollegen, die dies freiwillig tun, insgesamt ebenfalls 800. Die Werksleitung konnte sich mit ihrem Vorhaben, insbesondere untere Lohngruppen zwangsweise in diese Gruppen zu pressen, zunächst nicht voll durchsetzen. Sie konnte aber erreichen, daß bei Neueinstellungen 37-Stunden-Verträge (lt. Tarifvertrag ohne Lohnausgleich!) künftig möglich sind. Auch für die betroffenen bisherigen Beschäftigten, die nur 37 Stunden arbeiten, gilt natürlich der tarifliche schrittweise Abbau des Lohnausgleichs. Für die übrigen Beschäftigten gilt die 38,5 Stunden-Woche in Form eines rotierenden Systems von Freischichten. Damit hat das von der IGM gefürchtete „Drei-Klassen-System" in der Arbeitszeit und der Bezahlung bei Daimler Einzug gehalten. Dies trifft vor allem die geringer qualifizierten Beschäftigten in den unteren Lohngruppen. Ausgenommen von der Vereinbarung sind die Kollegen im Drei-Schicht-Betrieb (dazu siehe unten).

BMW. Kurz nach den Daimler-Abschlüssen meldete auch BMW Vollzug, in ähnlicher Richtung. Rund 90 Prozent der Beschäftigten arbeiten künftig 38,5 Stunden. Die Verkürzung wird in Form von Freischichten gewährt, die in der Regel individuell gewählt, aber auch gruppenweise festgelegt werden können. Etwa 1.100 Beschäftigte, vor allem aus dem Entwicklungsbereich, arbeiten weiter 40 Stunden. Weitere 1.350 über 55 Jahre arbeiten 38 Stunden, ca. 650 Kollegen über 58 Jahre arbeiten 37 Stunden. Vorstands-Sprecher v. Kuenheim äußerte sich sehr zufrieden: die Möglichkeiten des Leber-Plans seien voll ausgeschöpft worden, es sei im ersten Schritt ein Optimum erreicht worden. Vor allem bleibe die Tür für künftige Gestaltungsmöglichkeiten offen. Für die Zukunft erhofft sich BMW eine noch weitergehende Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeit. Dies, so darf man vermuten, zielt vor allem auf das im Bau befindliche neue Werk in Regensburg, wo der BMW-Vorstand die 6-Tage-Woche, also regelmäßige Samstagsarbeit erreichen möchte.
Betriebs- und Arbeitszeit. Dies, so darf man vermuten, zielt vor allem auf das im Bau befindliche neue Werk in Regensburg, wo der BMW-Vorstand die 6-Tage-Woche, also regelmäßige Samstagsarbeit erreichen möchte.

Opel. Die Verhandlungen für die Werke Rüsselsheim, Kaiserslautern und Bochum sind gescheitert. Bei den zentral geführten Verhandlungen waren zwei Probleme aufgetreten: Zum einen konnten sich die Betriebsräte der drei Werke auf keine gemeinsame Forderung einigen; während in Rüsselsheim und Kaiserslautern Freischichten angestrebt werden, favorisieren die Bochumer eine tägliche Arbeitszeitverkürzung. Zweitens stellte sich im Laufe der Verhandlungen heraus, daß die Firmenleitung die Arbeitszeitverkürzung zur Durchsetzung elektronischer Zeiterfassungsgeräte nutzen wollte. Dies stieß auf heftigen Widerstand vor allem der Bochumer, in deren Werk die Stechuhren schon vor Jahren abgeschafft worden waren und die jahrelang gegen die Einführung von Personalinformationssystemen (PAISY) gekämpft haben. — An der PAISY-Front konnte die IG Metall an anderer Stelle einen Teilerfolg erzielen: Im

Braunschweiger MAN-Werk hatte die Geschäftsleitung nach eineinhalbjährigen ergebnislosen Verhandlungen um eine einvernehmliche Regelung ohne Zustimmung des Betriebsrats am 1. Januar einseitig PAISY in Betrieb genommen. Der Betriebsrat erwirkte dagegen eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht, die der Firma verbot, das System vor Abschluß einer Betriebsvereinbarung zu benutzen. Eine Einigungsstelle wurde hierfür eingesetzt. Dem Betriebsrat wurde außerdem die Beiziehung eines außerbetrieblichen Sachverständigen zugebilligt, was MAN bisher abgelehnt hatte. Die IG Metall hat in diesem Zusammenhang davor gewarnt, daß in einer Reihe von Betrieben im Zuge der Arbeitszeitverkürzung Versuche unternommen werden, den Belegschaften elektronische Zugangs- und Anwesenheits-Kontrollsysteme unterzuschieben und die Schuld daran auch noch der Gewerkschaft zuzuweisen.

Mannesmann-Demag Ihre bisher härteste Niederlage mußten IG Metall, Betriebsräte und Belegschaft im Zweigwerk Schwaig hinnehmen. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt hatte die Arbeitgeber-Seite die Einigungsstelle angerufen und in Person des Landesarbeitsamtsdirektors Martin Heß den passenden „unparteiischen" Vorsitzenden gefunden. Gegen die Stimme der Gewerkschaftsseite paukte er die Unternehmerwünsche ohne Abstriche durch. Dort arbeiten künftig 37 Prozent der Belegschaft 37 Stunden (vor allem weibliche Angestellte und Hilfsarbeiter), 36 Prozent arbeiten 40 Stunden (Meister etc.) und nur 27 Prozent arbeiten 38,5 Stunden. Ähnliches steht auch anderen Mannesmann-Betrieben ins Haus, etwa in Frankfurt und Duisburg.

Verantwortlich für dieses knallharte Vorgehen ist Werner Stumpfe, seinerzeit gegen den Widerstand der Belegschaftsvertreter zum „Arbeitsdirektor" des Konzerns berufen. Im Sommer wird er ein neues Amt antreten: er ist zum neuen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall gewählt worden. Die IG Metall hat angekündigt, den Spruch der Einigungsstelle gerichtlich anzufechten.
Bosch. Zu Warnstreiks kam es Anfang
tall gewählt worden. Die IG Metall hat angekündigt, den Spruch der Einigungsstelle gerichtlich anzufechten.

Bosch. Zu Warnstreiks kam es Anfang Februar in zwei Werken des Bosch-Konzerns (insgesamt ca. 75.000 Beschäftigte). Im Werk für Elektrowerkzeug Leinfelden bei Stuttgart streikte die gesamte Frühschicht mit 400 Arbeitern und im Verpackungswerk Waiblingen beteiligten sich ebenfalls 400 Kollegen, darunter auch Angestellte. Sie protestierten damit gegen Pläne, eine Nachtschicht zusätzlich als dritte Schicht einzuführen (Leinfelden) und gegen die Einführung der zweiten Schicht (Waiblingen). Für das Stammwerk in Stuttgart-Feuerbach (10.000 Beschäftigte) ist mittlerweile eine Vereinbarung abgeschlossen. Danach gilt für 8.000 Arbeiter und Tarifangestellte eine Arbeitszeit von 38,5 Stunden. Ca. 250 AT-Angestellte und ca. 450 Beschäftigte in der Entwicklung und im Vertrieb arbeiten 40 Stunden, 700 57-jährige arbeiten 37 Stunden. Die Verkürzung erfolgt in Form von Freischichten. Die Betriebsnutzungszeit von 8 Stunden pro Schicht bleibt damit erhalten.

Samstagsarbeit

Die Einführung des Samstags als Regelarbeitstag — man bleibt dafür einen anderen Tag der Woche zuhause — erfreut sich bei einer Reihe von Kapitalisten besonderer Beliebtheit. So legten einige Firmen derartige Vorstellungen ihren Betriebsräten auf den Tisch, beispielsweise **ILO**(Fahrzeugbau) in Pinneberg bei Hamburg. Ganz anders gesehen wird dieses Thema allerdings offenbar von den Belegschaften. Bei **Elring**(Autozulieferer, Kreis Reutlingen), einem der Streikbetriebe des letzten Jahres, besuchten die Kollegen zunächst abteilungsweise den Betriebsrat. Doch erst eine Arbeitsniederlegung nach der Mittagspause brachte die Samstagspläne vom Tisch. Über eine inzwischen erzielte Vereinbarung ist uns nichts bekannt. Zu einem Warnstreik von mehr als 1.000 Kollegen kam es auch bei der **Krupp Widia GmbH**. Auch hier ging es gegen regelmäßige Samstagsarbeit.

Nachdem der gleiche Anlaß schon bei der Hamburger Werft Blohm & Voss zu einer Arbeitsniederlegung geführt hatte, folgten nun auch die Kollegen der Nachbarwerft HDW. 1.000 Kollegen streikten gegen ein vom Vorstand vorgelegtes knallhartes Konzept, das außer Samstagarbeit noch weitere „Hämmer" enthält: Verlängerung der Frühstückspause, die dann nicht mehr bezahlt wird — das sei die Arbeitszeitverkürzung! Dadurch aber späterer Feierabend; Aufsplitterung der Arbeitszeit in 37,5 sowie 38,5 und 40 Stunden; Einführung eines zwangsweisen Drei-Schicht-Systems im Maschinenbau; 20 Prozent der Belegschaft soll zwangsweise auf Nachtschicht; ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit, so daß z.B. mehrere Wochen 50 Stunden gearbeitet werden muß, was dann in Zeiten von Auftragslöchern abzubummeln ist.

Bei **Blohm + Voss** steht eine Einigung wahrscheinlich kurz bevor. Mit einer Erklärungsfrist von einer Woche haben sich die Parteien auf folgendes geeinigt: Arbeitszeitverkürzung in Form von sieben Freischichten (1985) und neun Freischichten (1986), jeweils drei Freischichten sind innerhalb eines Zeitraums von dreieinhalb Monaten zu nehmen; Samstag als Regelarbeitszeit ist vom Tisch, dafür gab es Zugeständnisse in der Überstunden-Frage: pauschal 10 pro Mann und Monat, im Abteilungsschnitt, auf „freiwilliger" Basis; darüberhinausgehende Überstunden bedürfen der Zustimmung des Betriebsrates und müssen abgebummelt werden. Die Firma verpflichtet sich, in 1985 alle Auslerner (ca.100) zu übernehmen, ebenso diejenigen, die bis dato nur mit Zeitverträgen übernommen worden sind; keine Massenentlassungen in 1985 (bisher waren 170 Angestellten-Entlassungen geplant).

In einem **Münchener** Werk der **Siemens AG** müssen ab 1. April 100 Kollegen der mechanischen Fertigung auch an Samstagen arbeiten. Das entschied die tarifliche Einigungsstelle auf Antrag der Arbeitgeberseite, nachdem sich der Betriebsrat grundsätzlich gegen ein derartiges Modell ausgesprochen hatte. Besonders beunruhigen muß dabei, daß, so die Arbeitgeber-Seite, dem Spruch die Ansicht zugrunde liege, daß das Modell unter Einbeziehung des Samtags für das Werk die einzige Möglichkeit sei, die dringend erforderliche Kapazitätsausweitung auf 136 Wochenstunden in der Vorfertigung zu erreichen. Es sei unabdingbar, eine bessere Auslastung der kapitalintensiven Anlagen zu erreichen. Die IG Metall hat angekündigt, den Spruch gerichtlich anzufechten, da in einzelnen Wochen durch die Samstagsarbeit eine Arbeitszeit von 48 Stunden erreicht wird, der Tarifvertrag aber nur
bar, eine bessere Auslastung der kapitalintensiven Anlagen zu erreichen. Die IG Metall hat angekündigt, den Spruch gerichtlich anzufechten, da in einzelnen Wochen durch die Samstagsarbeit eine Arbeitszeit von 48 Stunden erreicht wird, der Tarifvertrag aber nur
eine Zeit zwischen 37 und 40 Stunden zulasse.

Streit um Schichtarbeiter

Zu einem heftigen Streit ist es zwischen der IG Metall und den Arbeitgebern über die Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter im Drei-Schichtbetrieb gekommen. Verschiedene Firmen wollen die Verkürzung auf die bezahlte 30-minütige Essenspause anrechnen, die in jeder 8-Stunden-Schicht enthalten ist. Wegen dieses Streits, der bislang vor allem in Baden-Württemberg ausgetragen wird, sind die betroffenen Arbeiter (allein in Baden-Württemberg ca. 90.000) aus den bisher abgeschlossenen Vereinbarungen ausgeklammert, so z.B. auch bei Daimler-Benz. Die IG Metall hat zu diesem Problem ein Flugblatt mit einer Auflage von 430 000 Exemplaren verteilt und will das Thema in ihrer Großen Tarifkommission behandeln. Den Arbeitgebern werden „üble Tricks" vorgeworfen, mit denen ausgerechnet denjenigen die Verkürzung der Arbeitszeit vorenthalten werden soll, *„die ständig gegen die biologische Uhr"* arbeiten und *„unmenschliche Nachtarbeit"* verrichten müßten. Der Streit hat auch für andere Tarifgebiete Bedeutung. Die Arbeitgeber haben zu dieser Frage die tarifliche Schiedsstelle angerufen. Allerdings konnte die IG Metall schon eine positive Vorentscheidung für sich verbuchen: Bei SEL in Esslingen, wo 1.200 Kollegen im Drei-Schicht-Rhythmus arbeiten, entschied die betriebliche Einigungsstelle, daß eine Anrechnung der Verkürzung auf die Pause nicht zulässig ist.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

40.000 WAA-Gegner in Schwandorf

Der Widerstand erobert die Heimatverbundenen

Die Teilnehmerzahl von 40.000 Demonstranten/innen auf der Großdemo in Schwandorf am 16.2.85, zwei Wochen nach der WAA-Standortentscheidung für Wackersdorf/Bayern hat alle Erwartungen bei weitem übertroffen.

Sie ist ein großer Erfolg der WAA-Gegner gegen die bayerische Staatsregierung und führt die von Strauß und DWK so viel gepriesene Akzeptanz der oberpfälzischen Bevölkerung ad absurdum. — Selbst die Polizei mußte eingestehen, daß nur ca. 10 % der Teilnehmer aus dem restlichen Bundesgebiet kamen, der Großteil hingegen aus der Oberpfalz — und dies, obwohl Tage zuvor noch mit einem starken Polizeiaufgebot gedroht wurde, und der Regensburger Bischof seine Schäfchen dazu aufgerufen hatte, von der Demo fern zu bleiben.

Keine vergleichbare Großdemo im Wendland Jedoch: Spezialitäten des Bayernprotestes

Trotz des vielzitierten Gorleben-Mythos gab es dort vor Ort nie eine

Trotz des vielzitierten Gorleben-Mythos gab es dort vor Ort nie eine

solche Massenmobilisierung in der ansässigen Bevölkerung wie jetzt in Schwandorf.

Allerdings ist stattdessen in Bayern zur Zeit nur schwierig vorstellbar, wie sich der Bürgerunmut über die bis jetzt beschrittenen Demonstrations- und Gerichtswege hinaus weiterentwickeln kann. Der Großteil des Widerstandsspektrums in Bayern ist sehr legalistisch, staatsloyal und konservativ-katholisch. Bis vor wenigen Monaten noch war die Landeskonferenz der bayerischen ANTI-AKW-BIs im wesentlichen die einzige übergreifende Kraft. In ihr sind zum Teil noch alte Erfahrungen und Positionen der ANTI-AKW-Bewegung vorhanden. Entsprechend gab es auch permanente Auseinandersetzungen in der LAKO (Landeskoordination) mit dem Vorstand der BI-Schwandorf (SAD) z.B. über ihre Distanzierungen von Sprühaktionen u.ä. (nicht jedoch mit anderen Oberpfälzer BIs).

SPD und Bund Naturschutz an der Spitze der Anti-WAA-Bewegung

Inzwischen scheint sich die SPD und der BN (Bund für Naturschutz) an die Spitze der ANTI-WAA-Bewegung zu setzen — und entsprechend uninteressanter scheint die LAKO für die BI-SAD zu werden. Bestes Beispiel: Die seit einem halben Jahr gemeinsam geplante Demo nach Standortentscheidung wurde 1 1/2 Wochen vor der Demo von den Schwandorfern kurzfristig mit dem Hinweis vom Bauplatz weg in die Stadt verlegt, daß SPD und BN nicht bereit seien, zum Bauplatz zu

nicht bereit seien, zum Bauplatz zu

mobilisieren.

Dieses Gewicht von SPD und BN, das sich immer mehr abzeichnet, dürfte in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung in diesem Ausmaß bisher einmalig sein.

WAA-Volksheld Landrat Schuierer, SPD

Verstärkt wird dies zusätzlich noch durch den Schwandorfer Landrat Schuierer, SPD, der inzwischen zu einem richtigen Volkshelden für die Oberpfälzer WAA-Gegner geworden ist, nachdem er u.a die Auslegung des Bebauungsplans einige Wochen hinausgezögert hatte und so zum zentralen Angriffspunkt von Strauß und Konsorten wurde.

So wird die Hoffnung geschürt, daß die Ängste der Bevölkerung bei ihm gut aufgehoben seien.

Gleichzeitig bedeutet dies, daß eine Weiterentwicklung des Widerstandes erschwert wird, da er den Widerstand auf Legalität und Staatsloyalität festlegt (übersehen darf man dabei natürlich nicht, daß mit ihm eine sehr große Bevölkerungsschicht sich leichter zur WAA-Gegnerschaft entwickeln kann).

Darüberhinaus hat er auch immer deutlich gemacht, gegenüber seinem Dienstherrn und der DWK, daß es ihm nie darum ging und gehen werde, Anweisungen von oben nicht auszuführen. Seine Aufgaben als Landrat seien ihm bewußt. D.h. er wird letztendlich alle nötigen Ausführungen erledigen, die er als Landrat zur Errichtung der WAA leisten muß.

Zu allem Überfluß ist Schuierer jetzt auch noch Mitglied der BI geworden: So können bereits die kleinsten Regelungen eines nicht gesetzeskonformen Widerstandes in der BI mit dem Hinweis auf einen möglichen Austritt von Schuierer unterdrückt werden.

WAA-Widerstand: auch rechts von SPD und BN

Die Grünen, als möglicher Gegenpol, haben kaum ein Gewicht in der Oberpfalz und sind entsprechend selten in Stadt- und Gemeinderäten vertreten. Stattdessen gibt es einen starken rechts von der SPD liegenden Gegenpol: Da sind zum einen die Freien Wählergemeinschaften (FWG), die je nach Opportunität, von Gemeinderat zu Gemeinderat entweder für oder gegen die WAA sind (überwiegend gegen WAA). Die nächststärkere Kraft ist die ÖDP (Gruhl-Partei), die auch relativ häufig in Gemeinderäten vertreten ist und sich gegen die WAA ausspricht.

Eine noch kleinere Gruppe ist die Bayernpartei. Beiden ist gemeinsam, daß sie mit Ausnahme der WAA-Gegnerschaft der CSU recht nahestehen und hoffen, bei den nächsten Landtagswahlen von der CSU die WAA-Gegner übernehmen zu können.

Bis jetzt gibt es noch keinen Grund, anzunehmen, daß diese Rechnung nicht aufgehen könnte.

Wie weit rechts das Spektrum angesiedelt ist, macht auch die Person des Kundgebungsredners der BI-SAD klar: Er war bis vor wenigen Wochen Kreisvorsitzender der „Union der Vertriebenen" — eine der ältesten Arbeitsgemeinschaften der CSU.

Es wird nicht leicht sein, diesen konservativen Widerstand mit dem linken Bewußtsein der traditionellen Anti-AKW-Bewegung zu vereinigen.

„Selbsteintrittsrecht" ein reines WAA-Anti Demokratie-Gesetz

Jetzt ist das neue „Selbsteintrittsrecht" durch. Es sieht vor, daß die staatliche Aufsichtsbehörde anstelle des direkt vom Volk gewählten Landrats handeln kann, wenn dieser einer schriftlichen Weisung der Regierung nicht fristgerecht nachkommt.

Vor wenigen Monaten noch führte dies zu einem Aufschrei unter den Landräten (80 % CSUler). Jetzt fand man einen billigen Kompromiß: Das Selbsteintrittsrecht soll nur dann anwendbar sein, wenn der fachlich zuständige Minister *„ein sofortiges Handeln aus wichtigen Gründen des öffentlichen Wohls, insbesondere in Fällen von überörtlicher oder landesweiter Bedeutung, im Einzelfall"* für erforderlich hält. Mit einer einzigen Gegenstimme haben Bayerns 71 Landräte dem jetzt zugestimmt. Ein kleines Bayern-Ermächtigungsgesetz zur Durchsetzung der WAA.

Bei Rodung Widerstandsaktionen geplant

Die LAKO hat beschlossen, bei Rodungsbeginn, der frühestens in einigen Wochen, laut DWK jedoch im Juni sein soll, zu konkreten Widerstandsaktionen vor Ort aufzurufen.

Am 1. Samstag danach soll darüber hinaus zu einem massenhaften „Waldspaziergang" aufgerufen werden. Vorausgehen soll dazu eine „Hainburg"-Kampagne in der Oberpfalz. Hier sollen mit Dias, Videos und Hainburg-Besetzern die Erfahrungen aus der Hainburg-Besetzung an die Oberpfälzer weitergegeben werden.

Für den Fall des Baubeginns, der sich allerdings noch ein Jahr hinziehen kann, wird über eine Platzbesetzung diskutiert.

Noch am selben Tag der LAKO-Pressekonferenz sah sich der bayerische Justizminister Lang genötigt, einige deftige Worte dazu abzulassen. Er bezeichnete die angekündigte Besetzung des WAA-Baugeländes als „provozierende Behinderungen der bevorstehenden Baumaßnahmen". Gegen gewalttätige Demonstranten und Hausfriedenesbrecher müßte die Polizei vorgehen.

Doch Lang geht noch einen Schritt weiter: Jeder Beamte solle sich gründlich überlegen, ob er Streikaufrufe und Aufrufe zum zivilen Ungehorsam nachkommen wolle oder nicht. *„Unbenommen ist es jedem Beamten, aus dem öffentlichen Dienst auszuscheiden und zum Berufsdemonstranten zu werden"*. Wer diesen Weg vorziehe, eröffne jungen Beamtenanwärtern, Lehrern, Juristen und Ingenieuren sofort einen Arbeitsplatz. (MZ, 21.3.85)

Eine ganz neue Variante der Arbeitsplatz-Argumentation: Leute, die zu zivilem Ungehorsam bereit sind, haben kein Anrecht auf eine Arbeitsstelle — es sind schließlich Berufsdemonstranten, was in diesem unserem deutschen Lande eines der schlimmsten Verbrechen ist.

Die bayerische Obrigkeit scheint in ihrer Fantasie keine Grenzen zu kennen, zumindest, wenn es um die Einschüchterung und Diffamierung potentieller Widerständler geht.

Wes Geistes Kind der bayerische Justizminister Lang ist, und wie es um sein Verhältnis zu demokratischen Rechten und sein Verhältnis zu den Ängsten der Oberpfälzer Bevölkerung bestellt ist, macht wohl auch seine Äußerung zur Großdemo deutlich: Es störe ihn nicht, ob in Wackersdorf 10.000 oder 20.000 oder 40.000 Menschen demonstrierten: am Rosenmontag seien ja im Rheinland 2,5 Mio. Menschen auf die Straße gegangen .....

A./KB Nürnberg

Vom Ungehorsam zur kriminellen Vereinigung



In den letzten zwei Jahren konnte sich im Wendland relativ ungestört von der Staatsgewalt vielfältiger und radikaler Widerstand entwickeln, mit Vorbildcharakter für Aktionen, wie die Manöverbehinderung und entgegen dem gewaltfreien Trend der Friedensbewegung. Lüchow-Dannenberg dürfte die einzige Region der BRD sein, in der große Teile der Bevölkerung Sympathie für Anschläge vom Kaliber der Revolutionären Zellen (RZ) haben.

Nachdem der Staat zur Durchsetzung seiner Atompläne den „ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag, der ... einen gewissen Grad an Ehrlichkeit derer ‚da oben' gegen die ‚da unten' voraussetzt zu oft und zu offensichtlich gebrochen hat" (taz), steht dieser Staat heute in Lüchow-Dannenberg vor einer allgemeinen Ungehorsamsbewegung. Die Autorität der Obrigkeit mußte wiederhergestellt werden. In den letzten Wochen ging die Staatsgewalt in die Offensive bis hin zur Diffamierung des gesamten wendländischen Widerstandes als „kriminelle Vereinigung".

Seit Herbst 83 führte die Radikalisierung des Widerstandes im Wendland zu einer deutlichen Zunahme von Brandanschlägen und Sabotageakten gegen am Bau der Atomanlagen beteiligte Firmen und Institutionen; allein im letzten Jahr und den ersten Monaten dieses Jahres entstanden Sachschäden in Höhe von 4 Mio. DM. Mit Beginn des Jahres 84, als die Atommülltransporte angekündigt waren, richteten sich diese Widerstandsaktionen verstärkt gegen die Transportstrecken des Atommülls. Die Staatsgewalt wollte die Atommülleinlagerung nicht von dieser Seite zum Fiasko werden lassen und als im März 84 die Gruppe „Jim Knopf und die wilde 13" mit Sabotageaktionen die vorübergehende Stillegung der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg erzwang, wurde in kürzester Zeit die inzwischen berüchtigte 40-köpfige Sonderkommission (SOKO) des LKA Hannover eingerichtet, die seitdem im Verbund mit dem BKA alle Verfahren bearbeitet. Im Juni machte sich die „Blechbüchsenbrigade Oblang Fitz Oblang", technisch gut ausgerüstet mit Schneidbrennern, an den Schienen zu schaffen. Die Schäden der Anschläge auf Firmen überschritten derweil die Millionengrenze.

Doch die Anschläge führten nicht wie anderswo zur Isolierung dieses Widerstandes. Im März 84 kamen 15.000 Menschen zur Menschenkette in den Landkreis, Ende April kamen trotz Versammlungsverbot 5.000 Menschen zur Wendlandblockade, die erstmals als Massenaktion direkte, gegen Gesetze verstoßende Widerstandsaktionen durchsetzte, mit denen die Staatsgewalt ausgetrickst wurde und trotzdem ein autonomes bis bürgerliches Spektrum anzogen.

Für die Staatsgewalt entstand eine brisante Situation. Sabotageakte und Anschläge mit weitreichenden Folgen für Firmen und Infrastruktur wurden von einem breiten zu Gesetzesverstößen bereitem Widerstand getragen — die üblichen Mittel der Spaltung und Diffamierung zogen hier nicht, für die Atommülleinlagerung zeichneten sich schlechte Bedingungen ab.

Die Erklärung des „Belagerungszustandes" durch die Polizei mit Dauerobservation des Widerstandes und Überwachung der Transportstrecken brachte nicht den gewünschten Erfolg, die Mobilisierung für Tag X lief trotzdem an, wiederum mit einem Bündnis von Autonomen, Grünen bis zum BBU, auf Hochtouren. Doch eine zweite Wendlandblockade sollte auf jeden Fall verhindert werden. Deshalb wurde von Anfang an auf mehreren Ebenen vorgegangen. — Die Durchsuchung der Büros der Lüchow-Dannenberger BI und der Grünen in Lüneburg sowie diverser Alternativ-Läden, in denen Flugblätter auslagen, sollte einschüchtern und die Mobilisierung in der Region verhindern und diskreditieren.

— Das bürgerliche Solidaritätsumfeld, das der Aktion z.B. als Verbreitungsadresse des Flugblattes „Vorschub" leistete, sollte abgeschnitten werden, indem exemplarisch gegen den BBU und zwei Landtagsabgeordnete der Grünen Niedersachsen nach § 111 (Aufforderung zu Straftaten durch Verbreiten von Schriften) ermittelt wurde.

— Mit den Ermittlungen nach § 111 gegen die für die bundesweite Auseinandersetzung bedeutsame Atommüllzeitung wurde ein faktisches Diskussions- und Publikationsverbot zu den Widerstandsaktionen erlassen.

— Nach dem Auffinden von allgemein in BI-Kreisen kursierenden „Sabotagekonzepten zum Tag X" anläßlich einer

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hausdurchsuchung, wurden die Redakteure/innen der AZ gleichzeitig als die eigentlichen Hintermänner/-frauen und Vordenker/innen eines zentral organisierten Widerstandes präsentiert. Im Gegensatz zu den Sabotageaktionen z.B. seinerzeit bei den Brokdorf-Demonstrationen, die von kleinen, abgegrenzten Gruppen durchgeführt wurden, entwickelte sich in Lüchow-Dannenberg eine breite, quasi öffentliche Diskussion um Art und Durchführung von Aktionen, die ,,Gewalt'' wurde auf ein breiteres Fundament gestellt und damit ,,salonfähig'' gemacht — eine Entwicklung, die der Staat nicht dulden konnte. Daß diese Diskussionen auf Treffen mit mehreren hundert Leuten stattfänden, war sicherlich auch der Grund, daß diese Vorbereitungen nicht ebenfalls nach § 111 verfolgt wurden.

Nach dem Tag X, der in Zusammenarbeit von Auswärtigen und Einheimischen unzählige Materialblockaden u.ä. zustande brachte, begann der Versuch, den direkte Aktionen durchführenden Widerstand mit einer Welle von Hausdurchsuchungen und Ermittlungen wegen ,,gefährlichen Eingriffs in den Straßen- und Schienenverkehr'' zu zerschlagen. Seit August 84 wurden fast 20 Hausdurchsuchungen im Landkreis durchgeführt. Das Ergebnis war nicht überzeugend, außer Flaschen, Werkzeug und bereits bekannten Papieren wurde nicht viel gefunden. Am 12.11.84 erfolgte dann die erste Durchsuchung nach § 129 (Unterstützung, Werbung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung).

Der § 129 bietet im Gegensatz zu den übrigen Paragraphen des StGB den Vorteil der totalen Kontrolle und Erfassung. Jeder aus dem Widerstand, bei dem die Teilnahme an ,,kriminellen Handlungen'' vermutet wird, kann in die Ermittlungen einbezogen werden, die Möglichkeit der Durchsuchung von Wohnungen ist vereinfacht, die Infrastruktur ist aufzudecken. Da alle Verfahren nach 129 in ähnlicher Sache miteinander verbunden werden können, fliegen die Verteidiger aus den bisherigen Verfahren raus, da sie nur einen Mandanten verteidigen dürfen. Akteneinsicht wird mit der Begründung abgebügelt, daß damit das Ermittlungsergebnis gefährdet würde und festzustellen wäre, gegen wieviele Personen ermittelt werde. Und das ist derzeit auch nur schwer abzusehen. Bekannt sind Ermittlungsverfahren gegen 4 Personen. Ein Versuch der Staatsanwaltschaft, den 129 auch auf die § 111er Ermittlungen, in diesem Fall gegen die Landtagsabgeordneten der Grünen auszudehnen, wurde zwischenzeitlich fallengelassen.

Wenn es der Staatsgewalt insgesamt gelingt, diese Linie durchzusetzen, steht mehr als die Fortsetzung der Sabotageakte auf dem Spiel. Aufgrund der speziellen Struktur des Lüchow-Dannenberger Widerstandes würde eine breite Einschüchterung folgen und die Diskussion um Machbarkeit von radikalem, nicht gewaltfreiem Widerstand wieder auf die Tagesordnung setzen. Lüchow-Dannenberg als Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung wäre stark gefährdet und die Atommüllzeitung als ein bundesweites Informations- und Diskussionsorgan dieser Bewegung könnte einpacken. Deshalb gilt es jetzt, diesem Vorgehen der Staatsgewalt entschieden entgegenzutreten.

Frauen-KB-Gruppe Lüneburg

Anschläge und Sabotageakte im Wendland

Im Rahmen des Sommercamps:
26.6.
Die **Starkstromleitungen** zum Endlager werden an 11 Stellen **durchtrennt.**
3.7.
Überfall von 30 AKW-Gegnern auf eine **WAA-Bohrstelle.** Ein LKW-Kipper mit Greifer, 2 Stromaggregate und 3 Bauwagen bleiben mit zerstochenen Reifen, eingedrückten Motorhauben, durchgekniffenen Dieselleitungen und Druckluftschläuchen zurück.
16.7.
12 **Strommasten** werden **angesägt,** Schaden mind. 10.000 DM. Die Polizei muß insgesamt 60 neue Reifen für ihre Fahrzeuge erwerben.
29.9.
Mehrere **Baumaschinen,** ein LKW und ein Bauwagen an der im Bau befindlichen Castor-Straße Dannenberg-Gorleben **stehen in Flammen.** Schaden 350.000 DM
10.10.
Brandanschlag auf einen **Radlader.**
26.10.
Mißglückter **Brandanschlag** auf eine am **Zwischenlagerbau** beteiligte Firma in Hitzacker.
20.11.
Fehlgeschlagener **Sprengstoffanschlag** auf die **Stromleitung** Celler Brunnenbau (bei den Bohrungen für die Atomanlagen federführend).
29.11.
Ein LKW an einer Castor-Straßenbaustelle wird ein Raub der Flammen.
4.12.
Mehrere **Büros** der Baufirma Hoppe und Stolt werden durch **Brandsätze** zerstört.
Brandanschlag auf das **Bürogebäude** der ,,Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern''
2.1.84
Eine Kiefer stürzt bei Pudripp auf die für den Castor-Transport vorgesehene Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg
2.4.
Brandanschlag auf ein **Baufahrzeug** der am Zwischenlagerbau beteiligten Firma Licht. Schaden 300.000 DM.
19.5.
Bei einer am Bau des Endlagers beteiligten Firma gehen 17 Baumaschinen, ein Betriebsgebäude und ein Reifenlager durch Brandsätze **in Flammen** auf.
5.7.
Reifen und Schläuche werden bei mehreren Baumaschinen **zerstochen.**
15.7.
In Pudripp **brennen** zwei **Baumaschinen** aus, auf einer Straßenbaustelle ein Bagger des gleichen Unternehmens. Schaden 500.000 DM
27.8.
Brandanschlag auf das Trafo-Häuschen am Zwischenlager
Sept.:
Brandanschlag auf ein am Endlagerbau beteiligtes Asphaltmischwerk; eine Garage, ein Radlader und die elektrische Steuerungsanlage sowie Teile der Lagerhalle überstehen dies nicht. Die Lieferung von 800 Tonnen Asphalt für das Endlager muß ausfallen.
An acht Stellen auf der **Bahnstrecke** Ue-Dan werden **Bäume** und Telefonmasten auf die **Schienen gelegt** sowie der Schotter entfernt. Die gleiche Strecke wird auf 6 m vom Schotter unter den Schwellen befreit.
Die **B 216 wird durch drei große Bäume blockiert.**
3 **Bagger** an der Straßenbaustelle Dannenberg-Gorleben werden Opfer eines **Brandanschlages,** bei 2 LKW's werden die Scheiben zerstört.
Nächtliche **Brandsätze** zerstören 2 Bagger und einen LKW.
15.1.85
Großbrand durch mehrere Brandsätze in einem Kies- und Betonwerk.
Anmerkung: Sämtliche hier aufgezählten Anschläge richteten sich gegen am Atomanlagenbau beteiligte Firmen.



Erklärung zur Anklageerhebung gegen die Atommüllzeitung

In dieser Woche wurde drei Mitarbeitern der „Atommüllzeitung" die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lüneburg zugestellt. Als presserechtlich Verantwortliche für die „Atommüllzeitung" Nr. 27 (Titel: „Atommüll ins Wendland? Sie kommen nicht durch!") sol-
len sie zu Straßenblockaden und zu
len sie zu Straßenblockaden und zu Störungen öffentlicher Betriebe (Schienenverkehr) (§ 111, öffentliche Aufforderung zu Straftaten, in Verbindung mit § 240 und § 316 StGB) aufgerufen haben.

In der 7-seitigen Anklageschrift wird auf den nachgedruckten „Tag X"-Aufruf der Atommüllkonferenz und auf drei Diskussionsbeiträge in der Zeitung verwiesen, die von ihren Autoren, AKW-Gegnern/innen aus Lüchow-Dannenberg, Göttingen und Lüneburg, mit Kürzeln unterzeichnet worden sind. Alle Beiträge beschäftigen sich mit Schlußfolgerungen aus der Wendlandblockade für die Vorbereitung auf den Tag der ersten Atommülltransporte ins Wendland (Tag X).

Daß die Presseverantwortlichen „die relevanten Inhalte der Beiträge verbreiten" und damit zu Straftaten aufrufen wollten, soll sich — so die Staatsanwaltschaft Lüneburg — aus den zahlreichen Papieren ergeben, die bei zwei Hausdurchsuchungen — drei Wochen vor dem Tag X — bei den Mitarbeitern der Atommüllzeitung gefunden wurden. Damals waren alle möglichen Bekennerschreiben und Widerstandspapiere, wie sie der „Atommüllzeitung" seit ihrem Bestehen zugeschickt werden, beschlagnahmt und in reißerischen Presseveröffentlichungen ausgeschlachtet nach dem Motto: „Sabotagekonzept für den Tag X entdeckt!"

Wir gehen davon aus, daß dieses Verfahren gegen die „Atommüllzeitung" von der ganzen Anti-AKW-Bewegung und anderen oppositionellen Bewegungen und Gruppen ernst genommen werden muß. Zum einen ist der § 111 StGB, der seit 1871 der politischen Disziplinierung dient, ein typischer Hintermänner/frauen-Paragraph, d.h. der/die Angeklagte braucht bei „Straftaten" nirgendwo dabeigewesen zu sein. Dieser Paragraph geht von der perversen Annahme aus, daß es bei oppositionellen Aktionen hier die Drahtzieher und Anstifter und dort die kopflose und „instinktiv" folgende Masse gibt.

Dabei macht der Wendland-Widerstand bisher gerade wegen seiner örtlichen Verankerung, seiner Vielfältigkeit und seiner Unberechenbarkeit den Ermittlungsbehörden große Schwierigkeiten. Bis heute konnte z.B. für unzählige Sabotage-Aktionen gegen Atomfirmen und -infrastruktur, die einen Schaden von über 4 Mio. DM hinterließen, kein „harter Kern" ausgemacht werden. Ihre Hilflosigkeit hat die Staatsanwaltschaft allerdings mit einer geradezu blindwütigen Jagd auf die „Tag X"-Aufrufe und -Plakate (ebenfalls wegen § 111 StGB) sowie ihre Weiterverbreiter wettzumachen versucht! Die Anklage gegen
die „Atommüllzeitung" zielt nun dar-
die „Atommüllzeitung" zielt nun darauf ab, als mögliche „geistige Urheber" zumindest die zu fassen, die (per Impressum) namentlich festzumachen sind.

Zum anderen geht es bei dem § 111 StGB darum, die öffentliche Diskussion über Widerstand, zivilen Ungehorsam etc. — in welcher Form auch immer — zu kriminalisieren. Während es die Staatsanwaltschaft bisher bevorzugte, mit dem schweren Geschütz der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (siehe § 129 StGB-Verfahren gegen „Atomexpress") herumzufuchteln, wird bei der Anklage gegen die „Atommüllzeitung" schon die Diskussion über Blockaden etc. für kriminell erklärt. Mit der Anklage gegen die „Atommüllzeitung" wird zudem versucht, einen Teil der Infrastruktur dieses ziemlich einzigartigen wendländischen Widerstands zu zerschlagen. Per Gerichtsurteil soll die vor einigen Monaten begonnene und im Wendland zunehmend salonfähige öffentliche Debatte über effektive Widerstandsmöglichkeiten gegen Atomanlagen und Atomtransporte abgewürgt werden.

Die „Atommüllzeitung" hat sich seit Herbst 1984 mit dem „Atomexpress" zu einer gemeinsamen Zeitung, der „atom" zusammengetan. In dieser Zeitung soll und muß es auch in Zukunft möglich sein, eine unzensierte Debatte über notwendig erscheinende Widerstandsformen, über längerfristige Strategien etc. zu führen. Ob dies auch weiterhin möglich sein wird, wird von der öffentlichen Begleitmusik zum angelaufenen Verfahren gegen die „Atommüllzeitung" mit abhängen. Ein Präzedenzurteil gegen die „Atommüllzeitung" könnte weitreichende Folgen auch für die Diskussionsfreiheit innerhalb anderer Bewegungen haben. Es darf der Lüneburger Staatsanwaltschaft nicht gelingen, zugunsten der Atomindustrie, eine Bresche in die noch verbliebene Presse- und Meinungsfreiheit zu schlagen!

Fordert mit uns die Einstellung aller § 111 — und sonstigen Verfahren gegen AKW-Gegner/innen!
Lüneburg, den 2.3.1985
Die Betroffenen und ihre Anwälte

Kontakt:Sabine Vogt
2127 Lüdersburg 6
Tel.: 04153/68530

SPD will »Direkte Endlagerung«

MdB Catenhusen, SPD-,,Linker'' und Atomenergiekritiker im Januar 1985 vor dem Bundestag: ,,Die direkte Endlagerung ist für uns ein verantwortbarer und kostengünstiger Weg zur Entsorgung von Kernbrennstoffen.'' Das Engagement der SPD für die direkte Endlagerung wird sich in Zukunft voraussichtlich verstärken. Zum einen spricht sie damit dem Teil der Industrie aus dem Herzen, der der WAA aus Rentabilitätsgründen skeptisch gegenübersteht und erweist sich zugleich als verantwortungsbewußter Unterstützer des BRD-Atomprogamms. Zum anderen fischt sie mit ihrer ,,Entsorgungsalternative'' bei der großen Masse der WAA-Gegener im Trüben, die Wackersdorf verhindern wollen. Schon jetzt rücken Gruppen wie das Darmstädter ,,Ökoinstitut'' vom Einmaleins der Anti-AKW-Bewegung (,,Entsorgung ungelöst'') ab, um sich für das ,,Kleinere Übel'' zu engagieren. (Vgl. FR, 1.3.85) Im Folgenden das Wichtigste über die direkte Endlagerung im Telegrammstil:

Bei der direkten Endlagerung werden die abgebrannten Brennelemente in eine Konditionierungsanlage (vermutlicher Standort: Dragahn) gebracht und aus ihren Transportbehältern geholt. Wegen der hohen Strahlung lassen sich alle weiteren Arbeiten nur fernbedient in heißen Zellen ausführen: Je drei Brennelemente werden in eine ,,Trockenlagerbüchse'' gasdicht eingeschweißt. Diese muß dann in den eigentlichen Endlagerbehälter eingebracht werden (bestehend aus einem Grundbehälter und einem Korrosionsschutz). Dieser Behälter soll schließlich von einer massiven Gußeisen-Umhüllung eingeschlossen werden. (Endlagergebinde) Das 6 m hohe Ungetüm von 53 Tonnen Gewicht (davon 1,6 Tonnen Brennelemente) und einer radioaktiven Strahlung von 200 mrem/h an der Außenwand soll dann mit einer (bisher noch nicht erfundenen) Spezialvorrichtung tief in den Gorlebener Salzstock abgelassen werden.

Bei der direkten Endlagerung wird auf die Plutoniumabtrennung verzichtet, was zumindest kurzfristig die Option auf eine Atombewaffnung verbaut.

Direkte Endlagerung als Beruhigungspille

1979, als der Anti-WAA-Widerstand in Niedersachsen seinen Höhepunkt erreicht hatte, schlug erstmals der DGB, später aber auch E. Albrecht vor, neben der WAA die direkte Endlagerung untersuchen zu lassen. Dies hätte ohnehin angestanden, da seit Ende der 70er Jahre bekannt war, daß für bestimmte Brennelemente (z.B. aus Hochtemperaturreaktoren) ausschließlich die direkte Endlagerung in Frage kommt. Nach außen hin wurde jedoch so getan, als sei die WAA bis zum Abschluß der 4-jährigen Forschungsarbeiten über die direkte Endlagerung ernsthaft in Frage gestellt. In erster Linie ging es der Bundesregierung bei diesem ,,parallelen Ansatz'' allerdings um die Förderung der Akzeptanz mit dem Ziel, die Atomenergienutzung langfristig zu stabilisieren. So wurden auf der anderen Seite anfangs erklärte AKW-Gegner in den mit der direkten Endlagerung befaßten Sachverständigenkreis,,andere Entsorgungstechniken'' integriert, in der Hoffnung, hier einen breiten Konsens unter Einbeziehung derjenigen herstellen zu können, die eine WAA massiv bekämpfen. (Zu diesen AKW-Gegnern gehörte der ehemalige Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg, Jörg Janning, vgl. ,,Gorleben Aktuell'' Nr. 15, April 1981) Auf der anderen Seite wurden lediglich symbolische Beträge in Erforschung der direkten Endlagerung investiert. Obwohl 20.000 Wissenschenschafler seit 1957 an der Erforschung der WAA-Technologie arbeiteten, während die direkte Endlagerung völliges Neuland war, steckte das Bundesforschungsministerium allein 1980 257 Mio. DM in die WAA-Forschung, während das auf vier Jahre terminierte Forschungsprogramm ,,Andere Entsorgungstechniken'' mit insgesamt 60 Mio. DM auskommen mußte.

Der ,,parallele Ansatz'' wurde endgültig beerdigt, als Innenminister Zimmermann schon sechs Monate vor Abschluß der ,,Forschungsarbeiten'' im Mai 84 bekanntgab, daß nicht damit gerechnet werden könne, *,,daß eine direkte Endlagerung den Vorrang vor der Wiederaufarbeitung erhalten wird.''* (vgl. ,,Atom'' v. März 85).

Heute betrachtet die Bundesregierung die direkte Endlagerung als Ergänzung zur WAA-Vorrangpolitik, während die SPD diesen Entsorgungsweg als Alternatvie zur WAA verkaufen will. Abgesehen davon, daß auch mit diesem neuen ,,alternativen'' Schlagwort die Entsorgung kein Stück weiter ist, muß bei der SPD befürchtet werden, daß sie am Ende ebenfalls die direkte Endlagerung u n d die WAA haben möchte. Das zeigt nicht nur der von allen SPD-regierten Ländern (bis auf Bremen) mitgetragene Beschluß des Länderausschusses für Atomenergie vom 3. April 1984, wonach allein die WAA als Entsorungsnachweis in Betracht kommt. So wird von der SPD auch in keiner Weise die in Karlsruhe existierende WAA in Frage gestellt. Im Bundestag erklärten die SPD-Sprecher im Januar 1985 gar, man lehne *,,den Einstieg in die kommerzielle Nutzung der WAA zu diesem Zeitpunkt ab''* (PlPr v. 24.1.85, S. 8698) und bezeichneten die Behauptungen der CDU/CSU als *,,durchaus dreist, zu sagen, die SPD sei ja sowieso aus der Wiederaufbereitung ausgeschieden.''* (a.a.O., S. 8626)

Sei es wie es sei. Die Atomenergie jedenfalls bleibt unaktzeptabel und die Entsorgung ungelöst — ob mit oder ohne direkte Endlagerung. Die relativen Unterschiede zwischen den Entsorgungspfaden sind weniger bedeutsam als die Tatsache, daß beide Varianten eine unermeßliche Gefährdung darsellen und die offiziellen Angaben in beiden Fällen beschönigend sind. Im Gegensatz zu den Kreisen im Dunstfeld der SPD wir sich die Anti-AKW-Bewegung wohl auch zukünfig mit ,,besseren Vorschlägen'' in die Entsorgungsdiskussion erst dann einbringen, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind.

Ma., KB Gruppe Lüneburg

Wendland
Aktionstage gegen Atommülltransporte und Kriminalisierung

Daß mit 2.000 Leuten mehr zu machen ist als eine kaum beachtete Demo, bewiesen die Aktionstage im Wendland vom 22.-24.2. . Auf der Bahnstrecke und der Straße, wo demnächst die Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll erwartet werden, war von der Republik Freies Wendland für den 23.2. ,,Unruhe'' angesagt worden — letzte Warnung an die Betreiber und Erfahrungen sammeln für den ,,Ernstfall''.

Die Polizei hatte sich, anders als bei der Wendlandblockade, auf den Tag gut vorbereitet und die Technik der flächendeckenden Überwachung mit Patrouillen im Wald und auf allen Zufahrtswegen, auf Sichtweite stehenden Mannschaftswagen und Kameraüberwachung durch Hubschrauber angewandt. Trotzdem glitt ihr im Laufe des Tages die Situation vollkommen aus der Hand. Neben Waldspaziergängern mit Kind und Kegel, Bauern, die sich an Glühweinständen gütlich taten agierten entlang der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg Kleingruppen, die eine ansehnliche Bilanz zustande brachten. Insgesamt 170 Gleismuttern wurden gelockert und z.T. entfernt, 18 Telefonmasten auf die Schienen gelegt, von 8 weiteren mußte vorzeitig abgelassen werden, an 17 Stellen wurde das Schotterbett unterhöhlt, woanders entstand ein ebenso lästiger Schotterberg, die Schienen wurden mit Schnellbeton behandelt, ein riesiger Eisenträger angeschraubt, ein Weichengestänge durchgesägt, 2 Vorsignale außer Funktion gesetzt, dazu kamen unzählige Kleinblockaden. Mehr als klammheimliche Freude kam auf, als der NDR meldete, die Polizei hätte die Schienen gesprengt. Im Laufe der Nacht war auf den Gleisen eine Bombenattrappe mit Schnellbeton eingegossen worden — die Polizei sah sich nicht in der Lage, sie zu entschärfen und sprengte sie an Ort und Stelle, eine Meldung, die später in der Presse schamhaft verschwiegen wurde.

Am frühen Nachmittag kam es zu Ausschreitungen durch wütende Polizisten: an den Bahngleisen parkenden Wagen wurden die Fensterscheiben eingeschlagen, Ventile herausgeschraubt, und, um die Aktion aufzulösen, wurde zum mittlerweile im Wendland bewährten Mittel der ,,Masseningewahrsamnahme mit anschließender Aussetzung in der Einöde'' gegriffen, auf diese Weise wurden 300 Personen vom Ort des Geschehens entfernt, 105 weitere vorläufig festgenommen. Bei den Straßenblockaden zwischen Dannenberg und dem Zwischenlager schlugen aufgebrachte Staatsdiener mit ihren Knüppeln in die Autos.

Das von bestimmten Kreisen als Universalmethode betrachtete Kleingruppenkonzept führte teilweise zur Handlungsunfähigkeit und löste anfänglich zustande gekommene Autoblockaden der Demonstranten auf. Erst als es aus dieser Erkenntnis heraus wieder zur ,,Sammlungsbewegung'' und damit zu Massenblockaden kam, konnte den Räumversuchen der Polizei ernsthaft etwas entgegengesetzt werden. Trotzdem herrschte bis zum Abend Chaos auf der Straße, nicht zuletzt durch die Polizei, die durch entgegengesetzte Befehle und mangelnden Durchblick die Auflösung von Blockaden verzögerte.

Das allgemeine Durcheinander am Nachmittag nutzten 30 Gorleben-Frauen zu einem Besuch bei der Polizei. Die üblicherweise bei Hausdurchsuchungen mitgenommenen ,,Beweisstücke'' wie Flaschen, Schuhe, Papierstapel wurden hier gleich übergeben. 70 BI-Mitglieder verschönerten auf einer Bahnfahrt den Zug mit Plakaten und stoppten ihn schließlich mit der Notbremse.

Alles in allem ist dieser Tag positiv zu bewerten, Erfahrungen für die Blockade des hochradioaktiven Atommülls wurden gesammelt. Die Presse stellte fest, daß das *,,vorher verhängte Versammlungsverbot nicht durchgesetzt werden konnte.''*

Am Sonntag sollte nach einer Sightseeing-Tour zu den Atomfirmen und Politikern im Landkreis als gemeinsame Abschlußaktion eine Bahnbegehung mit symbolischem Abdecken der Schienen als Protest gegen die Atommülltransporte stattfinden. Ausdrückliches Ziel dieser symbolischen Aktion war die Einbeziehung des bürgerlichen Spektrums an diesem Tag; durch Ort und Objekt der Aktion (Schiene) sollte massenhaft Solidarität mit den wegen den Bahnanschlägen Kriminalisierten bewiesen werden. Dieser Anspruch konnte jedoch nicht eingelöst werden.

Gleich zu Beginn der Aktion, vor Ankunft der ca. 700 Sightseeing-Teilnehmer, nahm die Polizei zur Durchsetzung des Versammlungsverbotes die ca. 180 vor dem Dannenberger Bahnhof Wartenden in Gewahrsam und fuhr sie zwei Stunden durch den Landkreis, ehe sie ausgesetzt wurden. Diese Maßnahme bewirkte die von der Polizei erhoffte Einschüchterung. Die Auftaktkundgebung, die ungeschickterweise auch nicht angemeldet war, kam gar nicht erst zustande.

Der größte Teil des versammelten Spektrums, an spontane Aktionen außer Sichtweite der Polizei gewöhnt, kapitulierte vor der geballten Demonstration staatlicher Macht und zog zum Katz- und Mausspiel nach Dannenberg. Lediglich eine größere Gruppe von Lüchow-Dannenbergern traute sich an die außerhalb des Bahnhofes unbewachten Schienen.

Um diese Aktion hatte es im Vorfeld heftige Diskussionen gegeben. Der Großteil der städtischen BIs und Autonomen lehnte das Konzept als ,,zu schlapp'' ab bzw. befürchtete, dort nicht unbehelligt agieren zu können; die wendländische Vorbereitungsgruppe setzte angesichts der zu erwartenden Polizeipräsenz auf einen Marsch nach Dannenberg statt auf die Begehung der Schienen.

Bedeutende Ursache des Fiaskos dürfte der Rückzug der BI Lüchow-Dannenberg aus der organisatorischen Vorbereitung derartiger Aktionen seit der Wendlandblockade sein, sie beschränkt sich derzeit auf das ,,Absegnen'' der Aktivitäten. Zum einen litt daher die Vorbereitung unter mangelnder Kontinuität und Erfahrung, zum anderen wurde der Bündnisansatz nicht mehr verfolgt, der gerade bei den Grünen auf Zuspruch gestoßen wäre und der der Aktion insgesamt größeres Gewicht verliehen hätte. Bemühungen um eine gesonderte Ansprache bürgerlicher Kräfte gab es nicht. Das zu den Aktionstagen versammelte Spektrum war zwar recht bunt, doch die Chance, das über die Grünen hinausgehende bürgerliche Spektrum der Wendlandblockade wieder zu versammeln, damit den Widerstand zu verbreitern sowie Kriminalisierung, Isolierung und Resignation abzuwehren, wurde vertan.

Frauengruppe KB/Lüneburg

Kinderhaus contra HEW
Strompreis auf der Anklagebank

Einem Strom-Monopolisten, wie der Hamburger HEW, kann man nicht ans Fell, wird jeder AK-Leser denken, denn immerhin konnte die HEW auch an Kloses Bürgermeisterstuhl erfolgreich sägen. Mit Gerichten kann man demnach der HEW schon gar nicht kommen, sind diese doch vielmehr ein Instrument, um Strompreise einzutreiben, wie es auch die Strobo-Initiativen erfahren mußten (wo 10% des Preises für den Atomstromanteil einbehalten worden waren). Inzwischen haben zwei Klägerinitiativen gegen die HEW schon überall in der Hamburger Presse viel Staub aufgewirbelt. Sie wollen nicht nur Licht in die HEW-Strompolitik bringen, sondern sie versuchen's einmal andersherum: die HEW-Politik auf die Anklagebank vor Gericht zu setzen. Diese Initiativen könnten durchaus in der Lage sein, der HEW öffentlich und auch vor Gericht — und auch bei Teilerfolgen — große Schwierigkeiten zu bereiten. Die Klagen setzen direkt an der Tarifordnung an. Diese ist zwar dem ,,Gleichbehandlungsgrundsatz'' unterworfen, trotzdem schwanken die Strompreise in Hamburg zwischen 2,8 Pfg und ca. 60 Pfg/Kilowattstunde (kWh), wobei die einen noch gleich für die anderen mitbezahlen. Weiterhin setzten die Verfahren daran an, daß rund die Hälfte der HEW-Kapazitäten (vor allem die neuen AKWs) nicht allein gefährlich, sondern auch vollkommen überflüssig waren und sind. Der Strompreis könnte also um die Hälfte gesenkt werden.

Anfang 1984 schrieb das Kinderhaus in der Heinrichstraße in Hamburg an den Aufsichtsratsvorsitzenden der HEW, Kuhbier, seines Zeichens gleichzeitig Energiesenator: man habe ,,den Strompreis verglichen mit den Preisen, die die HEW von anderen Kunden verlangt.'' Man halte es nicht für begründbar oder vertretbar, ,,daß die HEW gemeinnützigen Einrichtungen ... höhere Strompreise berechnet als profitwirtschaftlichen Unternehmen, bzw. öffentlichen oder staatsnahen Unternehmen.'' Man sei ,,selbstverständlich bereit, den von der HEW bezogenen Strom zu zahlen ... ein solcher Preis scheint bei 2,8 Pfg pro kWh gegeben zu sein.'' Damit geht das Kinderhaus jetzt von jährlichen Stromzahlungen von 765,- statt bisher 12.000,- DM (und 40 Pfg/kWh) aus. Der Rest des Geldes geht seither auf ein Sperrkonto.

Die HEW bestätigte in ihrer Antwort zwar, daß sie ihren Kunden unterschiedliche Preise berechne, verwies aber darauf, daß Industriekunden Strom aus dem Hochspannungsnetz bezögen und Lieferungen aus dem Niedrigspannungsnetz kostspieliger seien. Dem Kinderhaus wurde jedoch der Abschluß einer Sondervereinbarung angeboten. Zugleich drohte die HEW: ,,Falls die fälligen Restbeträge nicht unverzüglich'' gezahlt würden, ,,sehen wir uns gezwungen, am 2. November 1984 die Stromversorgung für ihre Anlage einzustellen.'' Das Kinderhaus forderte die HEW auf mitzuteilen, wo es denn dann für die 73 Kinder den Strom herbekommen könnte. Immerhin bekam die HEW bei solcher Hartnäckigkeit doch ,,kalte Füße'' und zog mit Hinweis auf das Sperrkonto ihre Drohung zurück: Es ,,besteht zur Zeit für uns keine Veranlassung mehr, die Stromlieferung einzustellen''. Allerdings verklagte die HEW das Kinderhaus auf Rückzahlung der Differenzbeträge in Höhe von 4.384,90 DM. Das Kinderhaus seinerseits verklagte die HEW auf tarifliche Gleichstellung mit den Hamburger Aluminiumwerken (2,8 Pfg/kWh) bzw. ersatzweise Gleichstellung mit anderen Unternehmen der Industrie (die Arsenvergifterin Affi oder die Hamburger Stahlwerke zahlen 9 Pfg.) oder mit anderen staatlichen Stellen (die Hamburger Verkehrsbetriebe zahlen 14,2 Pfg, die Schleswag sogar nur 8,6 Pfg/kWh, staatliche Kindertagesstätten zahlen 12,7 Pfg/kWh). Das Kinderhaus sei sogar als gemeinnütziger Verein und Träger der Freien Jugendhilfe gesetzlich verpflichet, sachgerecht und wirtschaftlich zu verfahren und könne nicht die Mißwirtschaft profitorientierter Monopolbetriebe mitfinanzieren.

Inzwischen hat sich eine ,,Hamburger Initiative gegen Strompreise'' gebildet, auf deren Sitzungen sich auch regelmäßig — als ,,Kundendienst einmal anders'' — ein Vertreter der HEW einfindet (ohne zur Sache etwas zu sagen). In den betroffenen Initiativen — Jugendzentren, Abenteuerspielplätze, Kinderinitiativen, Heiminitiativen, Frauenhäuser, Sozialtherapeutische Einrichtungen, Stadtkulturzentren usw. schwanken die HEW-Preise zwischen 20 und 60 Pfg/kWh.

Fünfzig gemeinnützige Vereine haben sich gemeinsam in dieser Angelegenheit mit einem ,,Offenen Brief'' an den Senator Kuhbier gewandt, elf davon haben gemeinsam mit dem Kinderhaus ihre Tarife reduziert und die Differenz auf ein Sperrkonto überwiesen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der HEW läßt als Senator von seiner Preisprüfungsbehörde Anträge der HEW auf höhere Preise prüfen und genehmigen (sofern die Bürgerschaft nicht Einspruch erhebt und wie z.B. 1984 die Erhöhung von 11% auf 6,5% zurückschraubt), in diese Angelegenheit möchte er aber nicht einbezogen werden: ,,Es ist weder meine Aufgabe noch bin ich bereit, in diese privatrechtliche Auseinandersetzung einzugreifen.''

Eine zweite Klage gegen die HEW hat die Diplom-Physikerin Rosemarie Rübsamen aus der Gruppe ,,Hamburger Energie-Wende'' (H.E.W.) angestrengt. Ihre Klage wendet sich gegen eine mißbräuchliche Ausnutzung der Monopolstellung der HEW, die in ihre Preisgestaltung eigene Fehlinvestitionen wie Vergünstigungen für die Industrie einbezieht. Eine solche Preispolitik ist natürlich nur aufgrund der Monopolstellung der HEW möglich: Kein Unternehmen, dessen ,,Produktionsanlagen'' zur Hälfte nicht genutzt werden können, könnte diese Kosten für Überkapazitäten über seine Verkaufspreise abwälzen, wenn entsprechende Konkurrenz vorhanden ist. R. Rübsamen kommt auf einen Preis von 11 Pfg/kWh statt bisher 20,3 Pfg.

1973 betrug die Höchstlast für die HEW 2.174 MW (Niedriglast 750 MW). Tatsächlich besaß die HEW aber 4.168 MW, d.h. fast 2.000 zuviel. Dieser Anteil ist in den 70er Jahren durch den Aufbau von Atomkraftwerken rund um Hamburg zustandegekommen (Stade, Brunsbüttel, Krümmel und demnächst noch Brokdorf). Unter der Industrieansiedlungspolitik der SPD (Senator Kern) in den 70er Jahren ging man von einem gigantisch zunehmenden Bedarf aus: ,,Wir rechnen damit, daß der Stromverbrauch der Hamburgischen Industrie sich innerhalb der nächsten fünf Jahre etwa verdoppelt.'' Deshalb seien nun 1.000 MW in Bau, die bis 1974 ans Netz gehen sollten. ,,Für die Erweiterung unserer Stromerzeugerkapazität steht zur Zeit die Kernenergie im Vordergrund.'' (Geschäftsbericht der HEW, 1969). Nach den AKW Stade (1972) Brunsbüttel (1974) und dem Erdgaskraftwerk Moorburg (1974) folgten dann Krümmel (1243 MW) und Brokdorf (das in der Berechnung der Überkapazität noch gar nicht berücksichtigt ist).

Nach heutiger Rechnung hätte die HEW auf Krümmel, Brunsbüttel und natürlich Brokdorf verzichten können.

Einige Tarife	**Preis Pf/kWh**
Tarifkunden (Haushalt und Kleingewerbe)	23,7
Nachtspeicherheizung	9,1
Verkehrsbetriebe (U- und S-Bahn)	14,2
Industrie und Großgewerbe	16,1
Vereinigung Städtischer Kindertagesstätten (zuzügl. 360 DM Grundgebühr)	12,7
Kinderhaus Heinrichstraße	40,7
Norddeutsche Affinerie	9,0
Hamburger Stahlwerke	9,0
Hamburger Aluminiumwerke	2,8

Wer den Strom bezahlt und **wer** den Strom verbraucht





Allein bei Krümmel entstanden 3,5 Mrd DM Baukosten und sind 270 Mio. DM Kreditabzahlung pro Jahr (8% Zinsen) zu leisten. Die laufenden kosten für die beiden Kraftwerke machen noch einmal 102,9 Mio DM jährlich aus. Bei Brokdorf wären noch einmal 137 Mio. DM jährlich zu sparen, das macht zusammen 509,9 Mio DM Überkapazitätskosten pro Jahr. Die Großkunden bezahlen davon keinen Pfennig. Würden **alle** Stromabnehmer — auch die Sonderkunden — die Überkapazitäten mitbezahlen, ergäbe das für den Normalverbraucher eine Senkung des Strompreises um 7,18 Pfg pro kWh. Stattdessen müssen die Normalverbraucher jedoch noch für die Sonderkunden zuzahlen: Um den Strom an den Mann zu bringen, wird der Industrie billig geliefert, das bekannteste Beispiel ist Reynolds, das mit einem Vertrag von 2 Pfg/kWh für 20 Jahre nach Hamburg gelockt wurde. Ein Gutachten belegt, daß ohne Stade und ohne Reynolds- und Hamburger Stahlwerke-Vertrag, der Strom 1982 um 2,3 oder 1983 um 2,47 Pfg hätte billiger sein können. Mit dieser Rechnung kommt die Klage von R. Rübsamen schließlich auf eine Verbilligung von 9,3 Pfg bzw. schließlich verbleibenden 11 Pfg/kWh.

Immerhin wird heute bei Brokdorf, das Hamburg an Schleswig-Holstein abtreten wird, die Fehlinvestition auch offiziell zugegeben (nachdem Klose darüber noch gestürzt war: ,,Mindestens die Hälfte unseres Brokdorf-Anteiles ist überflüssig'', meinte Bürgermeister Dohnanyi (,,Stern'' 48/1984). ,,Die Entscheidung, Brokdorf zu bauen, (war) falsch'', sagte ohne Wenn und Aber Energiesenator Kuhbier, denn ,,erstens ist die Entscheidung, Brokdorf zu bauen, von falschen Strombedarfsprognosen ausgegangen, die sich heute als unrealistisch darstellen ...'' und zweitens sei ,,selbst bei günstigen Zuwachsraten ... die Kernkraftwerkskapazität, die sich die HEW für den Grundlastbereich geschaffen haben, viel zu groß'' und drittens ,,war voraussehbar, daß die HEW spätestens 1995 ... ihr Absatzgebiet in Schleswig-Holstein ... verlieren würde'' (aus einer Bürgerschaftsrede). Aber 850.000 Hamburger Tarifkunden der HEW und hunderte von Initiativen müssen diese Fehlinvestitionen heute bezahlen. Daran wollen die Klageinitiativen rütteln. Was der HEW nun gar nicht schmeckt. In der Klageerwiderung gegen R. Rübsamen stellt sie als Punkt 1 fest, die Klage gegen die HEW solle offenbar auch Publizitätswirkung haben (die HEW zufolge offenbar ausschließlich) und man solle erst einmal feststellen lassen durch einen Eid, daß R. Rübsamen auf jeden Fall selbst die Prozeßkosten tragen würde und nicht von Dritten und ,,hinter ihr stehenden Gruppen'' der Kernkraftgegner unterstützt werde. Unterstützung und tatkräftige Hilfe haben diese Initiativen in der Tat verdient. Anfang März machen sie erst einmal eine ,,Strom-aus-Fete'', inzwischen wird auch ein Tribunal für Ende des Jahres erwogen.

Genossen aus Hamburg

Anmerkungen:
(1) Die Informationen sind (soweit nicht gesondert gekennzeichnet) der Pressemappe der ,,Hamburger Initiative gegen Strompreise'' und den Prozeßunterlagen der Gruppe ,,Hamburger Energie-Wende (H.E.W.)'' entnommen.
(2)Seit 1976 gab es folgende Tariferhöhungen der HEW: (1976 = 100%)

ab 1.7.1980	+ 7,0%	= 107,0%
ab 1.1.1981	+ 9,8%	= 117,5%
ab 1.1.1982	+ 5,8%	= 124,3%
ab 1.6.1983	+ 6,0%	= 131,8%
ab 1.4.1984	+ 6,5%	= 140,4%

(3) Wie man zu billigen Strompreisen kommen kann, führte 1984 die fingierte Unternehmensberatungsfirma ,,S/S&M'' in Hamburg vor, die an die Wirtschaftsbehörde mir dem (fingierten) Wunsch herantrat, ein US-Unternehmen hier anzusiedeln. Nicht nur chlorierte Kohlenwasserstoffe waren kein Problem, auch der Strompreis sollte bei 9,5 bis 12,5 Pfg liegen und später noch darunter. (s. Das Millionending, Pahl-Rugenstein-Verlag)

Adressen:
Arbeitsgruppe ,,Hamburger Energie-Wende'', g. Heubel, Isestr. 9, 2000 Hamburg 20
Arbeitsgruppe ,,Wende in der HEW-Preispolitik'', Heinrichstr. 14 a, 2 Hamburg 50
Konto:
,,Wende in der HEW-Preispolitik'' Vereins- und Westbank Hamburg Konto 33/74303, BLZ 200 300 00

Nach dem Hungerstreik

Die RAF versucht sich zu erklären

In einer Kurzerklärung begründete die RAF den Abbruch des Hungerstreiks vor vier Wochen mit der erreichten „Mobilisierung" und erklärte: „*Der Sprung zur Einheit der Guerilla und die Realisierung einer neuen Qualität von Angriffsstrukturen der Front in der BRD ist jetzt möglich.*" Jetzt liegt mit dem nebenstehenden Text eine längere Abbrucherklärung vor. Die ohnehin RAF-übliche Verhunzung der Sprache zu einem quasi Kriegsberichterstatter-Jargon erreicht darin die Schmerzgrenze sowie auch die Grenze der Verständlichkeit. Für die bürgerliche Journaille eröffnet das eine Fundgrube an Demagogien über „eiskalte Killer-Mentalität" u.ä. Selbst die „taz" bleibt in ihrem Kommentar zu der Erklärung auf der Ebene des „Selbstverrats der Sprache" stehen. Auch für politisch Interessierte, sofern sie nicht dem „inner circle" der einschlägigen Szene angehören, verstellt die verquaste Sprache den Zugang zur Beschäftigung mit dem Text, ganz zu schweigen von einem Verständnis. Daß Hans und Liese auf der Straße oder im Betrieb eine solche Erklärung weder lesen noch verstehen, ergibt sich daraus folgerichtig.

Dies alles wirft ein bezeichnendes Licht auf die Politikunfähigkeit der RAF, die sich offensichtlich nur einer eingeweihten Szene verständlich machen kann. Wegen der Brisanz, die das Thema „Terrorismus" hierzulande in den zurückliegenden Jahren hatte und wieder bekommen könnte, halte ich dennoch eine genauere Beschäftigung mit dieser Erklärung für notwendig.

Also zunächst mal der Versuch einer Kurzübersetzung: was will die RAF-Erklärung uns sagen? Vorweg: Die Erklärung wendet sich nicht an die Öffentlichkeit, sondern über den Weg der Öffentlichkeit lediglich an die eigenen Leute und an die, „die unsere Forderungen zu ihrer Sache gemacht haben". Ihnen soll erklärt werden, warum der Hungerstreik abgebrochen wurde, um daraus für die Fortführung des Kampfes zu lernen.

Erstens: Nach dem tödlichen Attentat auf den MTU-Manager E. Zimmermann fürchteten die Gefangenen um ihr Leben. Es sei klar gewesen, daß die Bundesregierung nicht nachgeben würde. Bei Fortführung des Streiks hätte es mit Sicherheit Tote gegeben, ohne daß sich an der materiellen Situation der Gefangenen irgendetwas verbessert hätte. Dafür zu sterben wäre ein ‚Verlust' für die ‚westeuropäische Guerilla' und außerhalb der Knäste „nur sehr schwer nachvollziehbar" gewesen, im Gegenteil hätten ‚tote Gefangene' bedeutet, den politischen Sieg des Streiks, d.h. die „starke Solidarität",

Gegenteil hätten ‚tote Gefangene' bedeutet, den politischen Sieg des Streiks, d.h. die „starke Solidarität",

die Mobilisierung für die Entwicklung einer westeuropäischen „Metropolenguerilla" in eine Niederlage zu verwandeln. Auch wenn dieses Mal die materiellen Forderungen des Kampfes um verbesserte Haftbedingungen (Zusammenlegung, Genfer Konvention u.ä.) nicht durchsetzbar gewesen seien, so werde der Kampf darum doch in Zukunft geführt werden — dann allerdings „auf neuer Grundlage".

Unklar bleibt, für wen ein evtl. Tod von Gefangenen „schwer nachvollziehbar" gewesen wäre. Ich vermute mal, daß es noch viel schwerer gewesen wäre, ihn zu „vollziehen", und daß dies eigentlich ausgesagt werden soll, was ich nicht nur verständlich, sondern auch vernünftig finde. Aber — wie gesagt — das bleibt unklar und mein Gedanke nur eine Vermutung.

Zweitens: Trotz Niederlage in der Frage der Haftbedingungen habe der Hungerstreik zu einem politischen Sieg geführt: dem „Durchbruch" der „Metropolenguerilla" in die „westeuropäische Dimension", um den seit 5 Jahren gekämpft worden sei. Aus einem anfänglichen „Kampf von Gefangenen um ihre Lebensbedingungen" sei in einem „qualitativen Sprung der revolutionären Kämpfe" in den NATO-Staaten eine neue Phase des „internationalen Klassenkriegs" geworden. Gemeint ist die Kooperation bei Durchführung der Attentate, gemeint ist die „starke Solidarität" im nationalen und im internationalen Rahmen, gemeint ist die schon in der Kurz-Erklärung vor vier Wochen benannte „Mobilisierung". Dadurch seien Bedingungen entstanden für den Hungerstreik, die bei dessen Beginn nicht gegeben gewesen seien.

Wer die Hungerstreikerklärung von Anfang Dezember kennt (siehe AK 253), die oder der weiß, was gemeint ist: Über die Mobilisierung der „Solidarität als Waffe" aus der defensiven Situation des Hungerstreiks in die Offensive einer „revolutionären" und „antiimperialistischen" „Front".

Drittens: Der Imperialismus sehe sich angesichts des „strategischen Durchbruchs" der „Metropolenguerilla" zu einer einheitlichen „Reaktion" und zum stärkeren Zusammenschluß genötigt. Zu den schon bestehenden Zentren des revolutionären Kampfes trete zu seinem Schaden nun auch noch Westeuropa als weiteres hinzu, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo „ihr militärisches Europaprojekt Fuß fassen soll". Aus der „substantiellen Schwäche" des „imperialistischen Systems in der Krise" und aus der „Dialektik der Kämpfe" folge der „Zwang" sich offen zu machen: „Die Machtstruktur, mit der wir es zu tun haben, tritt auf den Plan." Es zeige sich das „Gesamtsystem", vertreten durch die NATO. Anders gesagt, in der Vorstellung der RAF zwingt die Guerilla den Imperialismus durch ihre aktuellen Angriffe, seinen eigentlichen Gewaltcharakter zu offenbaren. Das gelte insbesondere für die BRD, „weil hier das Scharnier ist, in dem sich das ganze internationale Kräfteverhältnis bewegen kann".

Viertens: Ergebnis sei die Konfrontation: „Westeuropäische Guerilla — Gesamtimperialistische Räson". Für den Imperialismus heiße die Kampflinie: Vergeltung und Prävention. Dabei seien die Gefangenen das erste Angriffsziel, „weil sie uns haben". Die Nichterfüllung der Forderungen der Gefangenen bekomme in dieser Situation „für die imperialistischen Staaten eine Bedeutung, wie sie auf einer anderen Ebene die Stationierung der Raketen hatte: sie mußten her, gegen den

tion „für die imperialistischen Staaten eine Bedeutung, wie sie auf einer anderen Ebene die Stationierung der Raketen hatte: sie mußten her, gegen den

Willen der Mehrheit der Bevölkerung, ob es zur Massenrebellion kommt oder nicht ..." Der hierin liegenden Einschätzung der RAF entspricht die ebenso bemerkenswerte Feststellung, daß die Kontaktsperre während des Hungerstreiks deswegen nicht praktiziert werden konnte, weil „es ein Bewußtsein über den Krieg des Staates gegen die Gefangenen gibt, das sich nicht mehr plattwalzen läßt", und die Herrschenden „das Risiko einer noch breiteren Mobilisierung und eine Diskussion, die sie nicht mehr loswerden" vermeiden wollten. Mit anderen Worten: Nicht nur ist die „Metropolenguerilla" Westeuropas die revolutionäre Front des „internationalen Klassenkriegs", sondern innerhalb der Front sind die Gefangenen nach wie vor die Spitze — trotz „qualitativem Sprung", „Durchbruch" und „politischem Sieg" der „westeuropäischen Dimension".

Soweit könnte es so scheinen, als sei die ganze Erklärung nichts weiter als eine politisch aufgepumpte Sprechblase, mit der nicht mehr und nicht weniger gerechtfertigt werden soll als die verständliche Tatsache, daß die Gefangenen Angst hatten um ihr Leben und nicht offenen Auges in den Tod gehen wollten, — zumal sie in der Frage der Haftbedingungen knallhart an der Wand standen. So kommentierte die „taz" denn auch die Erklärung höhnisch als „Wegreden der Niederlage", was zu den „traurigsten Traditionen der Geschichte des revolutionären Kampfes" gehöre. Sachlich mag da etwas dran sein, aber es trifft dennoch doch nur die halbe, und damit eben nicht die Wahrheit.

Bei aller Verworrenheit drückt der Text der Erklärung doch auch das gestärkte Selbstvertrauen in den Beginn einer neuen, offensiven Phase der „Metropolenguerilla" aus sowie die Genugtuung als Gefangene, trotz Niederlage in der konkreten Frage der Haftbedingungen, durch den Hungerstreik dazu beigetragen zu haben, bzw. diese Offensive mit dem Hungerstreik eingeleitet zu haben. In dieser Situation der erreichten Mobilisierung einer aktiven Szene einerseits und der knallharten Zuspitzung der Haftsituation andererseits verrät die Entscheidung zum Abbruch sogar einen bisher RAF-untypischen Realismus, den mensch sowohl unter persönlichen als auch politischen Gesichtspunkten nur begrüßen kann. Für die propagierte Offensive, auch wenn die dem zugrundeliegende politische Einschätzung kritikwürdig sein mag, ist es ja in der Regel allemal effektiver, zu leben als dafür zu sterben.

Klarheit über den zukünftigen Weg der RAF bringt die Erklärung allerdings nicht. Wer verstehen will, was über die Rechtfertigung hinaus gemeint ist, muß andere Texte aus der aktuellen oder auch weniger aktuellen Vergangenheit der RAF zu Rate ziehen.

Immerhin hat die neue „Offensive" der „antiimperialistischen Front in Westeuropa" der westdeutschen Linken seit Januar '85 eine illegal erscheinende neue Zeitung mit dem Namen „*Zusammen kämpfen — Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa*" beschert. Ihr erklärtes Ziel ist „Kommunikation über die Tatsache und Bestimmung revolutionärer Politik in der Metropole Westeuropa", weil sie „die Voraussetzung für alle sind, zu lernen". Es gehe um die Entwicklung einer „kommunistischen Perspektive" durch „revolutionäre antagonistische Praxis".

Die erste Nummer der neuen Zeitung erschien im Dezember '84 u.a. mit der Erklärung zum Hungerstreik, Erklärungen der „action directe" u.a.m. Im Januar '85 erschien als Sonderausgabe die „*Gemeinsame Erklärung von*

Fortsetzung nächste Seite



Auf der Anklagebank G. Ensslin, A. Baader, H. Söhnlein, T. Proll
April '68.

Auf der Anklagebank G. Ensslin, A. Baader, H. Söhnlein, T. Proll
April '68.

Hungerstreikabbruchserklärung der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand

wir wenden uns an die, die mit uns im hungerstreik gekämpft haben, die unsere forderung zu ihrer sache gemacht haben.
wir wollen euch sagen, wie wir zu unserer entscheidung, jetzt abzubrechen, gekommen sind, weil es darum geht, uns das, was der grund für diese entscheidung war, zusammen als neuen ausgangspunkt für den kampf weiter anzueignen.
wir haben unseren hungerstreik am 1.2. abgebrochen, weil die entwicklung inzwischen über die ebene eines kampfs von gefangenen um ihre lebensbedingungen raus war:
der qualitative sprung der revolutionären kämpfe in den natostaaten in die westeuropäische dimension hat den streik überholt.
die politik der metropolenguerilla hat jetzt einen durchbruch erreicht, um den der kampf die letzten fünf jahre ging. das hat für uns im hs bedingungen gebracht, wie sie nicht existiert haben, als wir angefangen haben.
der durchbruch zur westeuropäischen dimension revolutionärer praxis löst notwendig eine einheitliche, zwischen den imperialistischen staaten festgelegte ‚strategische' reaktion der gesamten kette aus. das hat ihnen zu mittelamerika, dem nahen osten und gerade jetzt, wo ihr militärisches europaprojekt fuß fassen soll, noch gefehlt.
die tatsache dieser einheitlichen absprache ist unmittelbar nach der aktion des kommando elisabeth von dyck sichtbar geworden mit der intervention des us-außenministeriums bei den natoregierungen. danach stand ihr vorgehen:
auf der linie von shultz — ‚prävention und vergeltung'.
für uns hat ab da der prozeß begonnen, aus der veränderten situation zu einer neuen einschätzung und entscheidung über die fortsetzung unseres streiks zu kommen. es war klar: auf dieser linie der gesamtimperialistischen reaktion nehmen sie sich jetzt als erstes angriffsziel die gefangenen, weil sie uns haben, und die forderung, weil sie die politik enthält. nach der aktion des kommando patsy o'hara haben wir uns entschieden, den streik abzubrechen und ihnen ihr ziel: tote gefangene gegen den politischen sprung, in der alten und neuen geisellogik, aus der hand zu nehmen. das war zu dem zeitpunkt — drei gefangene auf der kippe — auch eine frage von stunden.
in diesem moment des strategischen durchbruchs kommt das schärfste mittel von gefangenen — wenn es sein muß zu sterben, um zu siegen — nicht mehr an den maßstab heran, in dem die zusammenlegungsforderung plötzlich steht:
westeuropäische guerilla — gesamtimperialistische räson.
das heißt:
die forderung nach zusammenlegung nicht zu erfüllen, bekommt für die imperialistischen staaten eine bedeutung, wie sie auf einer anderen ebene die stationierung der raketen hatte: sie mußten her, gegen den willen der mehrheit der bevölkerung, ob es zur massenrebellion kommt oder nicht, um eine schwelle zu setzen, unter der kein natostaat mehr bleiben soll.
das imperialistische system in der krise muß die fragen, die ihnen überall — aber besonders in der brd, weil hier das scharnier ist, in dem sich das ganze internationale kräfteverhältnis bewegen kann — an den kern der macht gehen, zur gemeinsamen staatsräson erheben,
ausdruck ihrer substantiellen schwäche und, aus der dialektik der kämpfe, der zwang sich offen zu machen: die machtstruktur, mit der wir es zu tun haben, tritt auf den plan.
shultz' rede von den drei zentren des revolutionären kampfs in den nächsten jahren: westeuropa, nahost, lateinamerika; mitterand: ‚ein internationaler strategischer kampf', soares, spadolini usw.; die erklärung der nato-botschafter — da ist es in aktion: gesamtsystem.
unser streik wäre zum gegenstand, zum beispiel ihres herrschaftswillens geworden. in dem moment können wir, die gefangen, nicht siegen. die westeuropäische guerilla, für die der streik in dieser konfrontation dann steht und die sie treffen wollen, kann aber an uns politisch nur verlieren, wenn keines unserer materiellen ziele jetzt mit diesem mittel erreicht werden kann, wenn mehrere von uns sterben und der einsatz des lebens in dieser objektiven situation nur schwer nachvollziehbar ist.
wir sagen: jetzt aufzuhören, hat den politischen sieg festgehalten, ein sieg in der einheit guerilla, widerstand, gefangene.
daß der streik die politische wand um die gefangenen so schnell durchstoßen hat, die starke solidarität hier und international, unsere reale situation, an der ihre counterlinien abgeprallt sind — das alles hat ihn lange offengehalten, weil sie gegen politische evidenz nur blanke macht setzen können.
wie ihr problem mit der kontaktsperre: sie wollten sie, aber sie wollen nicht an ihr das risiko einer noch breiteren mobilisierung und eine diskussion, die sie nicht mehr loswerden. die spd-bluthunde sind mit ihrem vorstoß genau daran aufgelaufen; daß es ein bewußtsein über den krieg des staats gegen die gefangenen gibt, das sich nicht mehr plattwalzen läßt.
nach dem schnitt, der natoentscheidung, war der politische preis nach innen und außen nicht mehr die frage. kinkel am 27.1. zu den anwälten: ‚die bundesregierung wird die konsequenzen tragen.'
durch die zweite wand, die materielle, sind wir mit diesem streik, in der konkreten politischen situation, nicht durchgekommen.
an unserer forderung nach zusammenlegung ändert sich nichts. sie ist für uns existentiell.
wir werden weiter darum kämpfen — jetzt auf neuer grundlage:
der einheit des widerstands als praktische und politische erfahrung, die wir zusammen erobert haben,
und des internationalismus, so wie wir, die gefangenen, auf dieser ebene kämpfen können: um den begriff des internationalen klassenkriegs, dessen teil wir sind, und materiell niederschlag im haftstatut, wie er bei diesem kräfteverhältnis möglich ist.

für die gefangenen aus der raf und dem widerstand
mitte februar 1985

Fortsetzung von vorheriger Seite

RAF und ACTION DIRECTE — für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa''. Die Herausgabe dieser — und einiger anderer — Materialien setzt sich von der Sprachlosigkeit der Szene in den letzten Jahren durchaus bewußt ab. Wie lange das vorhält, wird mensch sehen. Für's erste liegt auch hierin ein neues, offensichtlich aus der Zusammenarbeit mit der französischen ,,action directe'' und den eine eigene Zeitung herausgebenden belgischen ,,Zellen kommunistischer Kämpfer'' (CCC) stammendes Element.

Aus diesen Materialien, allen voran der ,,gemeinsamen Erklärung'' von ,,action directe'' und RAF, geht etwa folgende zukünftige Linie der aufzubauenden ,,antiimperialistischen Front'' hervor:

,,Wir sagen, es ist jetzt notwendig und möglich eine neue phase für die entwicklung revolutionärer strategie in den imperialistischen Zentren zu eröffnen und als eine Bedingung für diesen qualitativen sprung die internationale organisation des proletarischen kampfes in den metropolen, ihren politisch-militärischen Kern: westeuropäische guerilla zu schaffen.''

Zur Begründung wird zum einen als ,,*objektive Lage*'' die ,,*Zentralität Westeuropas für die imperialistische Rekonstruktion nach dem Einbruch des internationalen Kräfteverhältnisses durch die Befreiungskämpfe im Süden und dem Zusammenstoß zwischen wachsenden Produktivkräften und den Grenzen des Weltmarkts*'' angegeben, die zur ,,*globalen politisch-ökonomisch-militärischen Krise der imperialistischen Staatenketten geführt*'' habe und das ganze imperialistische System erfasse.

Die Begründung erfolgt zum zweiten ,,*aus den Erfahrungen der letzten Jahre, in denen sich revolutionäre bewaffnete Politik in den Metropolen festgesetzt hat und sich an verschiedenen Brennpunkten der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung neue Kämpfe entwickelt haben. Erfahrungen, aus denen sich die bewußte gemeinsame Auseinandersetzung um revolutionäre Strategie und Taktik in den Metropolen herausgebildet hat, und sich die Frage nach ihrer Durchsetzung für die kommunistische Perspektive in Westeuropa für uns heute zwingend stellt.*''

,,Zentrales Projekt'' zur ,,Wiederaufrichtung'' des Imperialismus in der ,,aktuellen Phase'' sei der Versuch, die westeuropäischen Staaten zu einer ,,homogenn Struktur zusammenzuschweißen'', Stichwort: NATO.

Das bedeute die ,,*Totalisierung des Krieges als Lösung für ihre umfassende Krise ... nach außen als Fähigkeit zum Blitzkrieg ... Offensivstrategie der NATO ... Reaktivierung der WEU ... Rüstungskooperation der westeuropäischen NATO-Staaten ... Nach innen als Reaktion auf den Antagonismus und als Prävention gegen die Möglichkeit der revolutionären Front in den Zentren, die eine wirkliche Friktion in ihrer Strategie sein kann.*'' Ökonomisch bedeute die Entwicklung ,,*absolute(r) Dominanz des US-Kapitals — Kriegsökonomie als ein Mittel zur Krisenbewältigung*''.

Daß dies ,,*für die Menschen hier nur noch mehr Ausbeutung, Elend und Massenmanipulation*'' bringe, sei ohnehin klar. Vor dem Hintergrund einer solchen Globaleinschätzung kommen ,,action directe'' und RAF dann zu folgender bemerkenswerter Lageskizze der aktuellen Herrschaftsstrukturen im Imperialismus:

,,Die imperialistischen Staaten können aus ihrer substantiellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust ihrer Legitimität nur noch ihre Potenz zu Herrschen demonstrieren. Sie sind heute mit der Tatsache konfrontiert, daß sie für keine einzige ihrer Maßnahmen einen passiven Konsens haben.''

Dies ist übrigens der einzige, aber auch entscheidende Punkt, an dem sich die Einschätzung der ,,Antiimperialistischen Front in Westeuropa'' von der der RAF 1972 unterscheidet.

Wie die ,,antiimperialistische Front'' heute, ging die RAF damals vor dem Hintergrund der ,,globalen Krise'' davon aus, daß der Imperialismus, soweit das ihrer Meinung nach nicht schon geschehen war, seine Herrschaft nur mit faschistischen Methoden aufrechterhalten könne. Die SPD-Regierung der BRD wurde von der RAF nur für eine besonders geschickte Maske des Fachismus gehalten (siehe dazu ,,Der bewaffnete Kampf in Westeuropa''). In ,,Das Konzept Stadtguerilla'', der populärsten, vermutlich von U. Meinhof verfaßten programmatischen Schrift der frühen RAF, hieß es u.a.:

,,Das Konzept Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und in Westberlin.''

Die Kontinuität dieser Einschätzung wird auch aus C. Klars ,,Erklärung zu '77'' mehr als deutlich, wo er den in der BRD nach seiner Ansicht herrschenden ,,institutionellen Faschismus'' wie folgt charakterisiert: ,,*Der Faschismus, der keine Massenmobilisierung, keine ideologisierten Faschisten mehr braucht, sondern nur noch Funktionäre und Demokraten im Dienst des imperialistischen Staates.*'' (Seite 6)

Wesentliche Entwicklungen scheint es da auf staatlicher Seite nicht gegeben zu haben, allerdings offenbar entscheidende Siege auf Seiten der Guerilla. Ebenfalls in der ,,Erklärung zu '77'' wird von Brigitte Mohnhaupt behauptet: ,,*Mit der ersten Aktion der RAF war allerdings das Konzept der SPD in Gefahr ... Die Konfrontation mit revolutionärer Politik hat die Integration und Entpolitisierung, die ihr mit der 68er Linken geglückt war, irrelevant gemacht. Durch sie ist aufgerissen, was die institutionelle Strategie der SPD ist: Krieg in der Metropole in entsprechender Form. Nicht das Modell Deutschland als fortgeschrittenstes Produkt imperialistischer Herrschaft ist schließlich von der SPD exportiert worden, sondern der harte Staatsschutzstaat.*''

1972 bestätigten wir der RAF, ohne ihre Schlußfolgerung zu teilen, einem im Gegensatz zu anderen damals handelsüblichen superoptimistischen Einschätzungen unter der Parole ,,Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution'' relativ realistischen Ansatz in der Analyse. Sowohl angesichts der damaligen als auch besonders der heutigen Realität der BRD möchte ich jedoch arg in Zweifel ziehen, daß die Politik der RAF die Integrationslinie der SPD ,,irrelevant'' gemacht haben soll. Im Gegenteil: Die Ideologie des Anti-Terrorismus war ein wesentliches Vehikel zu der geglückten ideologischen Stabilisierung des Systems. Auch Schlagworte wie ,,Totalisierung des Krieges'' und allgemeine ,,Institutionalisierung des Faschismus'' bringen die Realität auf keinen Punkt. Hier müßte wohl auch die ,,antiimperialistische Front'' davon wegkommen, Analysen durch liebgewordene Schlagworte zu ersetzen.

So wie die ,,antiimperialistische Front'' heute behauptet, es sei ,,jetzt notwendig'' in eine ,,neue Phase'' des bewaffneten Kampfes einzutreten, so machte es vor nunmehr gut 15 Jahren auch die RAF, die behauptete ,,hier und heute'' sei die Entwicklung des bewaffneten Kampfes möglich und nötig. Es ist nicht uninteressant, dazu aus einem der ,,Klassiker'' der RAF zu zitieren, nämlich aus ,,Der bewaffnete Kampf in Westeuropa''. Dort hieß es u.a.:

,,Die Partisaneneinheit entsteht aus dem Nichts. Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten. Einige dutzend Kämpfer, die wirklich beginnen und nicht nur endlos diskutieren, können die politische Szene grundlegend verändern, eine Lawine auslösen.'' Die Aktionen der Guerilla seien in den Metropolen, hieß es damals, auch ohne Unterstützung seitens der Bevölkerung möglich. Ja mehr noch, die Aktionen seien als ,,bewaffnete Propaganda'' sogar ausdrücklich erst dazu da, das Bewußtsein des Proletariats erst ,,aufzubrechen''. Dazu hieß es: ,,*Wir müssen also einen Angriff unternehmen, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen zu wecken ... Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen.*''

Daß die heutige ,,antiimperialistische Front'' noch dasselbe Verständnis hat, wird weniger aus ihren schriftlichen Äußerungen als aus dem Charakter ihrer Aktionen deutlich. Sie verzichten weitgehend auf politische Vermittlung zu stattfindenden Kämpfen und überlassen — abgesehen von ihren allgemeinen Erklärungen oder abstrus formulierten Bekennerbriefen — die Herstellung politischer Zusammenhänge im öffentlichen Bewußtsein weitgehend der übrigen Linken, der sie ansonsten wie C. Klar das ,,strategische Gewicht'' absprechen.

Mehr noch, ihre einzige sich von den alten RAF-Einschätzungen unterscheidende Behauptung, daß die imperialistischen Staaten heute ,,für keine einzige ihrer Maßnahmen einen positiven Konsens'' hätten, verführt die ,,antiimperialistische Front'' offenbar auch in der Gestaltung der Aktionen selbst in Zuspitzung der RAF-Tradition zu militärischen statt politischem Vorgehen: So beispielsweise die knallharten ,,Hinrichtungen'' des Generals Audran wie des MTU-Chefs Zimmermann, als ob die Aktionen in den Augen der Bevölkerung für sich sprächen. Der hartnäckige Kampf der RAF-Gefangenen um Anerkennung als Kriegsgefangene nach den Bedingungen der Genfer Konvention spiegelt ebenfalls diese Militarisierung des Politikverständnisses wider.

In der politischen Strategie der ,,antiimperialistischen Front'' drückt sich diese Haltung unmittelbar aus. Propagiert wird die ,,*offensive proletarische Macht*'', als ,,*offener, am gemeinsamen Angriff orientierter Prozeß, der das Ziel hat, die imperialistische Strategie in den Zentren selbst zu brechen...*'' Die ,,*Angriffe gegen die multinationalen Strukturen der NATO*'' seien ,,*die erste große Mobilisierung für die Strategiebildung proletarischer Politik in Westeuropa unter veränderten politischen Bedingungen*'' gewesen.

Und dann kommt es ganz markig: ,,*Gegen alle ideologischen Debatten*

änderten politischen Bedingungen'' gewesen.
Und dann kommt es ganz markig: ,,*Gegen alle ideologischen Debatten*

und abstrakten Programme ,über den Imperialismus' sagen wir: die Strategie der westeuropäischen Guerilla ist — aus ihrer Bestimmung: Abschnitt und Funktion des internationalen Klassenkriegs und aus ihrer Praxis: politische Einheit der Kommunisten in Westeuropa, Organisierung des Angriffs gegen die Totalität des imperialistischen Systems — die materielle Umsetzung des proletarischen Internationalismus, den die Situation verlangt.''

Damals war es die ,,Rote Armee Fraktion'' als Teil des kämpfenden internationalen Proletariats, heute ist es ,,Abschnitt und Funktion des internationalen Klassenkriegs'' der ,,proletarischen Macht''. Im Prinzip hat sich da wenig geändert. Im Konkreten allerdings sieht die ,,antiimperialistische Front'' sich heute offensichtlich in einer neuen Etappe: verstand sich die RAF noch als Unterstützung für die Kämpfe in der ,,3. Welt'', die den Imperialismus von dort aus ins Wanken bringen würden, so geht es jetzt um den ,,Angriff'' auf die ,,Zentren'' selbst, nachdem die Offensive der Befreiungsbewegungen abgeschlagen sei und der Imperialismus sich in der Phase seiner Restauration befinde.

Inwiefern nun aber, in Marxens und aller anderen sozialistischen Vorväter und -mütter Namen, die ,,Offensive'' der ,,antiimperialistischen Front'' heute nun just eine ,,proletarische'' und die zu erstrebende Einheit gar die von ,,Kommunisten'' sein soll, ist mir ebenso ein Rätsel wie es für mich schon bei der RAF seligen Angedenkens war. In den vorliegenden Erklärungen von RAF und ,,action directe'' u.a. findet sich dafür keine Begründung, im Gegensatz zur alten RAF, die das immerhin noch versuchte ,,abzuleiten''. Ebensowenig finden sich solche Hinweise wohl kaum in den Aktionen, bei denen wie eh und je nach alter Manier die ,,Bomben in das Bewußtsein der Massen'' geschmissen werden.

1972 nach der Verhaftung des ,,harten Kerns'' der ersten Generation der RAF schrieben wir in einem ,,Arbeiterkampf''-Artikel zur ,,Bilanz der RAF'' u.a.:

,,Alle historische Erfahrung unterstreicht, daß der bewaffnete Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn er einem aktuellen Bedürfnis der bewußtesten Teile des Proletariats entspricht.

Es stimmt, daß die Kommunisten den Terror gegen Kapitalisten und Funktionäre des kapitalistischen Staatsapparats als e i n e Kampfform noch nie grundsätzlich abgelehnt haben. Der Klassenkampf nimmt diejenigen Formen an, die ihm die Bourgeoisie durch ihren erbitterten Widerstand gegen gesellschaftliche Veränderungen aufzwingt. Das schließt den bewaffneten Kampf, und als eine besondere Form dieses Kampfes, den Terror, mit ein.''

Zur Verdeutlichung zitierten wir Lenin, auf den sich die RAF in ihrem ,,bewaffneten Kampf in Westeuropa'' zur Rechtfertigung ihrer Politik berufen hatte. ,,*Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann.*

Doch das Wesen der Sache besteht darin, daß gegenwärtig der Terror keineswegs als eine mit dem ganzen Kampfsystem verbundene und koordinierte Operation der kämpfenden Armee vorgeschlagen wird, sondern als selbstständiges und von jeder Armee unabhängiges Mittel des Einzelangriffs. Bei dem Fehlen einer zentralen Organisation und bei der Schwäche der örtlichen Organisationen kann ja der Terror auch nichts anderes sein ... Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächlichstes Kampfmittel zu betrachten.'' (Womit beginnen?, Mai 1901)

Was Lenin hier ausführte, mag seine historische Einschränkung darin finden, daß er es für die vorrevolutionäre Zeit des zaristischen Rußlands sagte. Wesentliches der Aussage gilt aber auch für die heutigeSituation. Mehr noch: die mögliche Attraktivität einer ,,antiimperialistischen Front'' steht und fällt aktuell geradezu mit der Organisationsmüdigkeit und Desorganisiertheit des Proletariats in Westeuropa. Entscheidend für die weitere Entwicklung der ,,antiimperialistischen Front'' wird jedoch ganz im Gegenteil sein, ob es ihr gelingt, aus der Stagnation der Klassenkämpfe in Europa, speziell in der BRD und dem Überdruß an ,,ideologischen Programmen und abstrakten Programmen'' einer weithin ratlosen Linken mit ihrer Parole

speziell in der BRD und dem Überdruß an ,,ideologischen Programmen und abstrakten Programmen'' einer weithin ratlosen Linken mit ihrer Parole

,,Klassenkrieg'' jetzt diejenigen weiter zu mobilisieren, die angesichts der von ihnen erwarteten baldigen Zuspitzung der globalen Krise nicht mehr auf die Entwicklung von massenhaften Klassenkämpfen warten wollen oder können. In dieser Logik war die Mobilisierung von über 50, z.T. schweren Anschlägen während des Hungerstreiks, die begonnene Kooperation zwischen RAF, ,,action directe'' und ,,CCC'', die Rekrutierung von neuen Mitkämpfer/inne/n für die RAF selbstverständlich ein Erfolg, sogar ein unerwartet großer Erfolg des Hungerstreiks. Gegenüber der Niederlage von 1977 mit den Toten von Stammheim/Stadelheim und Mogadishu, gegenüber der Niederlage im Hungerstreik 1981 mit dem toten Sigurd Debus ist die RAF mit diesem Hungerstreik im Sinne ihrer Politik tatsächlich in die Offensive gekommen. Ein/e tote/r Gefangene/r wäre unter diesen Umständen ein schwerer Rückschlag gewesen.

Spekulationen über die zukünftige Entwicklung der ,,Front'' muß mensch sich m.E. verkneifen. Da ist sicher einiges möglich, zumal angesichts des gegenwärtigen Legalismus der ausklingenden Friedensbewegung und dem Integrationssog einer inzwischen nicht mehr außerparlamentarischen, sondern parlamentarischen Bewegung. Sicher wird es in nächster Zeit auch einige Maßnahmen gegen den ,,Euroterrorismus'' von staatlicher Seite geben, evtl. wird es sogar zu gewissen erneuten Verschärfungen des innenpolitischen Klimas in der BRD kommen.

Um aber Mißverständnisse zu vermeiden: von einer ,,Reaktion'' wird mensch dabei wohl kaum reden wollen. Eher schon von Prävention. Noch ist der Imperialismus in der Offensive. Und ob und wann das Proletariat in die Offensive kommt, wird nach Lage der Dinge am wenigsten von ,,Angriffen'' der ,,antiimperialistischen Front'' abhängen, auch wenn sie als Nadelstiche den Imperialismus zweifellos ärgern.

F.

Fortsetzung von Seite 1

Wem nutzt die Bombe im Kaufhaus?

Fortsetzung von Seite 1

Wem nutzt die Bombe im Kaufhaus?

„BILD" von den GRÜNEN-Abgeordneten, die er der „*geistigen Kumpanei*" mit dem „heimtückischen Mordanschlag" bezichtigte, „*sich für ihren beschämenden Auftritt bei den Verletzten von Dortmund und allen anderen Terroropfern öffentlich zu entschuldigen.*"

Selbst die „taz" konnte sich offenbar der Wirkung dieser Kampagne nicht völlig entziehen: Unter der Überschrift „Die Frage ist gestellt" fordert Klaus Hartung in einem Kommentar Ch. Klar auf, zu erklären, „*ob ein solches Attentat in seinem Namen verübt werden kann oder nicht.*" Unseres Erachtens ist die Frage so — mit dem darin liegenden Unterton, daß es möglicherweise doch die RAF gewesen sein kann, nicht zu stellen. Die Tatsachen sprechen eindeutig gegen eine Urheberschaft der RAF:

Erstens: es gab keine Warnung. Zweitens: Unternehmen der RAF heißen nicht „Aktion", sondern „Kommando". Drittens: Kommandos der RAF wurden bisher immer nach toten Mitstreitern benannt, die in der Auseinandersetzung mit den Staatsschutzbehörden ums Leben gebracht worden waren. Viertens: es wurden weitere Bomben angekündigt. Das hat die RAF bisher nie getan. Fünftens: das Objekt des Anschlags liegt völlig außerhalb der RAF-Linie, die gegenwärtig auf NATO-Einrichtungen sowie die materielle und personelle Infrastruktur der „Westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft" (WEU) konzentriert ist. Pressehinweise auf die Kaufhaus-Brandanschläge von 1968, mit denen die Geschichte der RAF angefangen habe, unterschlagen die Tatsache, daß diese Anschläge zu mitternächtlicher Stunde unternommen wurden, sodaß dabei keine Menschen zu Schaden kommen sollten und auch nicht kamen. Sechstens: es ist absolutes und erklärtes RAF-Prinzip, daß Anschläge sich gegen das System und seine Vertreter, nicht aber gegen die Bevölkerung zu richten haben, und daß die Zielrichtung der Anschläge gegen die Herrschenden klar erkennbar sein müsse. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Brief „ehemaliger politischer Gefangener", die in einer Stellungnahme zu dem Dortmunder Anschlag u.a. schreiben: „*Als erste Reaktion wollen wir hiermit in aller Deutlichkeit klarstellen, daß Aktionen dieser oder ähnlicher Art (z.B. Trinkwasserverseuchung) niemals Aktionen der RAF oder ihr nahestehender Gruppen sind. Die Aktionen der Stadtguerilla richten sich nie gegen das Volk, sie sind immer Aktionen gegen den imperialistichen Staat.*"

Diese Tatsachen sind auch alle von den Staatsschutzbehörden schon mehr oder weniger versteckt benannt worden. Überdies nannte die Bundesanwaltschaft noch eine interessante Begründung, die gleichfalls gegen die Urheberschaft der RAF für den Dortmunder Anschlag spricht, nämlich:

„*... die RAF wird kaum so blöd sein, sich durch so einen Anschlag ihres Umfelds zu berauben.*"

Wahr gesprochen: Und das gilt natürlich besonders, nachdem dieses Umfeld durch den gerade abgebrochenen Hungerstreik der RAF in deren Verständnis erfolgreich mobilisiert wurde.

Kurz: der Anschlag ist nicht nur RAF-untypisch. Er kann der RAF nur schaden. Das gilt übrigens nicht nur, wenn die RAF so ein Massaker veranstalten würde, sondern das gilt auch jetzt — allein schon deshalb, weil die RAF, die übrige Linke und die radikaldemokratische Szene damit in Rechtfertigungsdruck gebracht werden können.

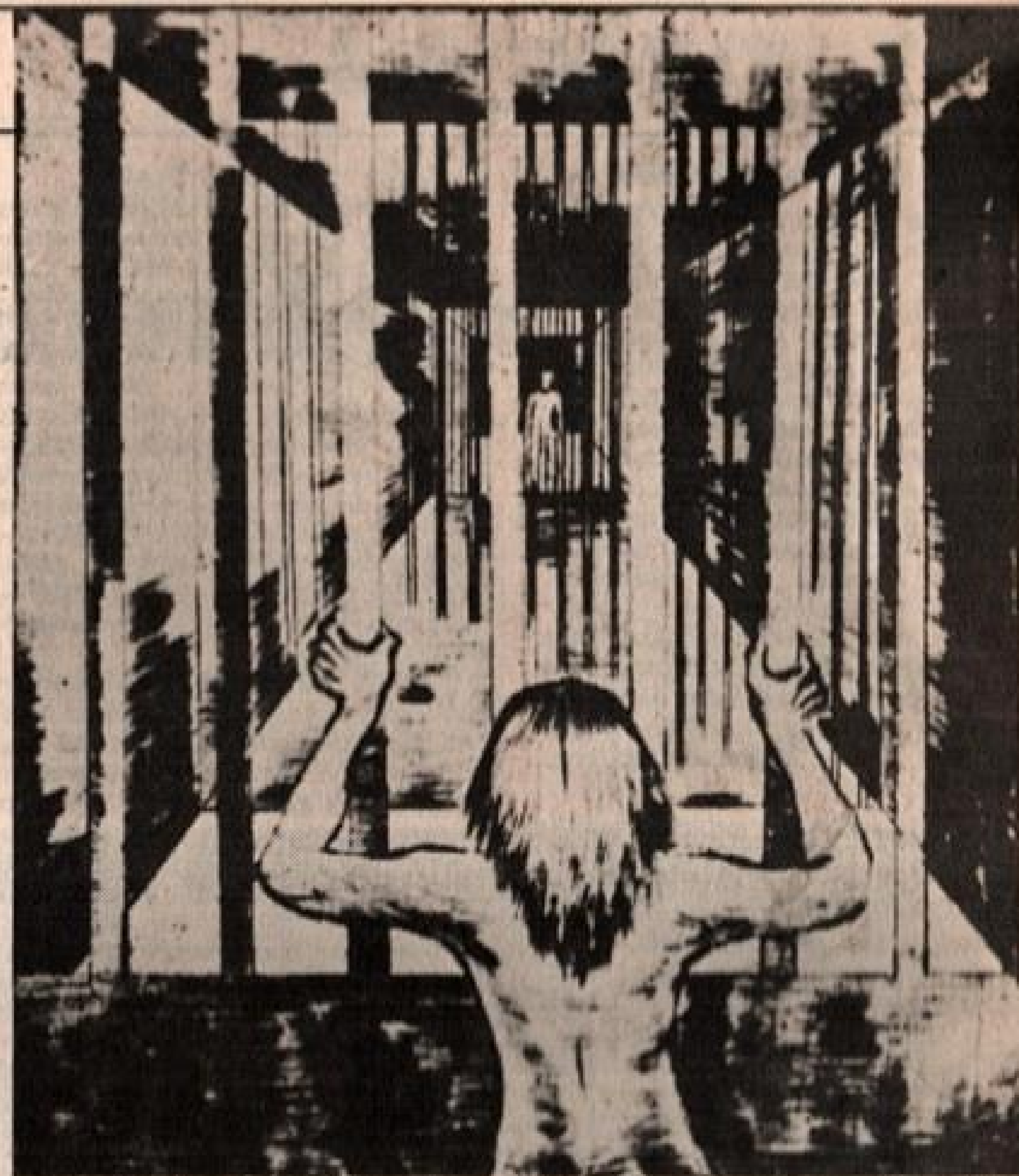
Sicher dürfte es trotz dieser Tatsachen schon im eigenen Interesse der RAF liegen, öffentlich und gegenüber ihren Mitstreitern klarzustellen, daß solche Attentate in ihrem Namen nicht durchgeführt werden dürfen und auch nicht durchgeführt werden, wenn ihr daran liegt, daß ihre Politik zukünftig auch nur auf ein Minimum an Verständnis in der Bevölkerung stößt. Im übrigen kann aber unter diesen Umständen nicht die Aufforderung an die RAF, sich von den Anschlägen zu distanzieren, im Vordergrund stehen, sondern die Frage: wer ist dazu fähig?

Der Nutzen einer entsprechenden Hetze gegen die GRÜNEN wenige Tage vor den Wahlen in West-Berlin, Hessen und dem Saarland liegt auf der Hand. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an den inzwischen vielleicht von vielen vergessenen Fall einer als Wahlkampfhilfe 1971 von dem Rechtsradikalen B. Rubin inszenierten Selbstentführung. Sie sollte in einem Schleswig-Holsteiner Landtagswahlkampf Stimmen für die Rechten bringen. Zu erinnern ist auch an das Bombenattentat auf das Münchener Oktoberfest 1980, als dem Wunschkandidaten der Rechten, F.J. Strauß, Stimmen zugetrieben werden sollten. Es wird sich hoffentlich bals zeigen, ob im Fall der Dortmunder Bombe eine ähnliche Motivation vorliegt, oder ob die Täter vielleicht eher unter den professionellen „Mitarbeitern" des bundesdeutschen Geheimdienstuntergrunds zu suchen sind. Auch dies wäre ja nicht der erste Fall dieser Art. Die Aufklärung dieser Frage kann eigentlich nur die Polizei verhindern.

F.

Klassenjustiz

Revision der »Anti-Terrorismus-Gesetze«?



Etwa zehn Jahre ist es her, daß in der Bundesrepublik mit einer Welle von ,,Anti-Terror''-Gesetzen und exzessiver Verschärfung von Haftbedingungen begonnen wurde, die Justiz gegen die neue Erscheinung eines bewaffneten Widerstands in der BRD zu rüsten. Heute sind etwa hundert politische Gefangene in den Knästen dieses unseres Landes. Die meisten sitzen seit Jahren in Isolation, viele sind zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Acht von ihnen sind in den letzten zehn Jahren im Gefängnis umgekommen. Trotz mehrerer Hungerstreiks hat sich an der Situation nichts geändert. Inzwischen ist das weitgehend zum Alltag geworden. Auch der größte Teil der Linken hat die Haftsituation unserer Genossinnen und Genossen — sei es mangels politischer Moral, sei es aufgrund der (scheinbaren) Aussichtslosigkeit der Lage — ins Vergessen abgedrängt.

Im zweiten Teil unserer Serie (wider dies Vergessen) über die Lage der politischen Gefangenen befassen wir uns mit dem Kernstück der in den 70er Jahren geschaffenen ,,Anti-Terrorismus-Gesetze'', dem Straftatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung, § 129a. An ihn knüpfen zahlreiche Vorschriften über Haftbedingungen und Verteidigerausschlüsse an; er ist in RAF-Prozessen das Vehikel, um auch ohne konkreten Schuldnachweis die jeweiligen Angeklagten wegen aller möglichen der RAF zugerechneten Taten zu verurteilen. Die Grünen haben jetzt einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der §§ 129, 129a eingebracht; sie SPD will mit ihrem Entwurf eine Einschränkung des § 129a erreichen.

,,...die inzwischen eingetretene Distanz zu den bestürzenden und sich überstürzenden innenpolitischen Ereignissen der 70er Jahre ... sind der Anlaß für die Forderung, die ,Anti-Terrorismus-Gesetze' zu revidieren. ... Als erster Schritt sollten der § 129 StGB (,kriminelle Vereinigung') und der 1976 geschaffene § 129a StGB (,terroristische Vereinigung') gestrichen werden.'' So begründet Sebastian Cobler, Publizist und selbst Verteidiger in § 129a-Verfahren, für die Grüne-Fraktion im Bundestag ihren Gesetzentwurf zur Abschaffung der §§ 129, 129a (zit. nach Kritische Justiz, 4/1984).

So begrüßenswert diese Initiative ist, so bleibt es andererseits gerade angesichts dieses Begründungszusammenhangs bedauerlich, daß die Bundes-Grünen erst jetzt mit dieser Initiative kommen, obwohl innerhalb der Grünen Partei die Diskussion darum längst abgeschlossen ist und von den Basisgremien immer wieder entsprechende Aktivitäten von der Bundestagsfraktion gefordert worden sind. Bereits im Sommer letzten Jahres haben sich schließlich die Fraktionen der Hamburger GAL und der Westberliner AL entschlossen, nicht länger auf Bonn zu warten und haben einen eigenen Entwurf zur Abschaffung der §§ 129, 129a in ihren Landesparlamenten eingebracht. Da die Gesetzgebungskompetenz für Strafgesetze aber beim Bund liegt, konnte in den Ländern die Forderung nur auf dem Umweg gestellt werden, daß im Bundesrat eine entsprechende Initiative gestartet werden soll.

Bedauerlich ist diese zeitliche Plazierung deswegen, weil die Gesetzentwürfe nun zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt erörtert worden sind und die Grünen sich damit einer bösen Polemik ausgeliefert haben. Denn ausgerechnet wenige Stunden nach der Beerdigung des von einem RAF-Kommando erschossenen Ernst Zimmermann standen im Bundestag die Entwürfe von Grünen und SPD zur Debatte. Der Versuch, die Diskussion zu verschieben, scheiterte und so schlugen die Wellen hoch. Ein Abgeordneter der Regierungskoalition warf den Grünen vor, daß sie mit ihrer Initiative weitere Terroranschläge und Morde ermöglichen wollten. Beide Gesetzentwürfe *,,passen nicht in die Landschaft''*, hieß es von der CDU. Die Grünen verließen *,,bewußt den Boden unserer Rechtsordnung''* (TAZ v. 9.2.).

Der Gesetzentwurf der Grünen

Daß die angeblich *,,eingetretene Distanz''* zu dem Phänomen des Terrorismus Anlaß für die Novellierungsforderung gewesen ist, hätte in der Begründung allerdings auch getrost weggelassen werden können. Im übrigen argumentieren die Grünen nämlich sehr fundiert mit den *,,mittlerweile langjährigen Erfahrungen''* mit diesem und anderen ,,Anti-Terror-Paragraphen'' und kritisieren — daß die §§ 129, 129a StGB mit *,,rechtsstaatlichen Grundsätzen''* nicht zu vereinbaren und im geltenden Rechtssystem *,,überdies entbehrlich''* sind. Zunächst bringt Cobler die Entwicklung des politischen Strafrechts in den 70er Jahren in Erinnerung, die *,,im Windschatten der Anschläge der RAF und ähnlicher Gruppen''* zu einer *,,Verrechtlichung der Entrechtung''* geführt habe. Diese Entwicklung sei in den 70er Jahren *,,auf keinen nennenswerten Widerstand''* gestoßen. *,,Das Vehikel ,Terrorismusbekämpfung' war damals noch gängig und populär.''*

Aus einer rechtsstaatlich-demokratischen Perspektive wird dargelegt, daß die Sondertatbestände der §§ 129, 129a

,,auf keinen nennenswerten Widerstand'' gestoßen. *,,Das Vehikel ,Terrorismusbekämpfung' war damals noch gängig und populär.''*
Aus einer rechtsstaatlich-demokratischen Perspektive wird dargelegt, daß die Sondertatbestände der §§ 129, 129a

verfassungswidrig sind. Daß es sich bei diesen — in der Fachliteratur so genannten — ,,Organisationsdelikten'' um atypische Tatbestände handelt, die in der Weite des von ihnen erfaßten strafbaren Verhaltens mit keinen anderen Strafgesetzen vergleichbar sind, wird sogar von der herrschenden Rechtswissenschaft zugegeben (u.a. auch vom Bundesverfassungsgericht, BVerfGE 56, 22). Diese *,,uferlose Anwendungsbreite''* habe sich in einer *,,unwägbaren Rechtsprechung''* niedergeschlagen. Weil die *,,tatsächliche Begehung eines Delikts ... keine Voraussetzung der Strafbarkeit''* sei, könne *,,mit dem Verzicht auf einen individuellen Schuldnachweis zugunsten einer kollektiven Haftung''* ein Gesinnungsstrafrecht praktiziert werden. Tatsächlich war und ist diese *,,Beweisvereinfachungstechnik''* der Zweck dieser Sondertatbestände.

An der Geschichte des § 129 StGB, der bereits — mit gewissen Abwandlungen — seit jeher im Reichsstrafgesetzbuch und später im StGB steht, zeigt Cobler auf, daß diese Vorschrift schon immer zur Verfolgung der politischen Opposition eingesetzt worden ist. Seine erste extensive Auslegung erfuhr dieser Paragraph zur Zeit der Sozialistengesetze durch das Reichsgericht. In der Weimarer Zeit diente der Paragraph vor allem der Verfolgung der KPD. In den 50er Jahren knüpfte die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) in den KPD-Prozessen bruchlos an die Interpretationen des Reichsgerichts an. Schließlich konnte bei der Anwendung des ,,Anti-Terrorismus-Paragraphen'' 129a auf diese nach wie vor verbindliche Auslegung zurückgegriffen werden.

Während früher nur die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung strafbar war, wurde im Zuge der Restauration des politischen Strafrechts 1951 auch die ,,Unterstützung'' und 1964 sogar das ,,Werben'' für eine kriminelle Vereinigung unter Strafe gestellt. In dem 1976 geschaffenen § 129a sind alle drei Begehungsformen übernommen worden.

Besonders bei dem letztgenannten Tatbestandamerkmal ,,Werben'' habe sich die *,,Berechenbarkeit der Vorschrift'' ,,vollends verflüchtigt''*. Nach BGH-Rechtsprechung zählt dazu auch die sog. ,,Sympathiewerbung'' (ausdrücklich BGH v. 25.7.1984, Strafverteidiger 1984, 420). Es kommt also nicht darauf an, ob *,,der Organisation nachweisbar ein durch den Täter verursachter meßbarer Nutzen in bezug auf ihr politisches Ziel oder ihre Tätigkeit entstanden''* ist (BGHSt 20, 89, zit. nach Cobler). Daß diese weitgefaßte Auslegung zur Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie im Grundgesetz garantiert ist, führt, hat nicht zuletzt das Strafverfahren gegen die ,,radikal''-Herausgeber Benni Härlin und Michael Klöckner gezeigt: Beide sind wegen der Dokumentation von Texten der Revolutionären Zellen nach § 129a bestraft worden.

Mit der Abschaffung der §§ 129, 129a sollten auch — so Cobler abschließend — die an den § 129a geknüpften strafprozessualen Folgen (z.B. Haftbedingungen, Trennscheibe, Verteidigerausschlüsse) revidiert werden — eine Forderung, die in den Entwürfen der GAL Hamburg und der AL Westberlin ebenfalls erhoben und dort konkret ausgeführt wird.

Der SPD-Entwurf

den — eine Forderung, die in den Entwürfen der GAL Hamburg und der AL Westberlin ebenfalls erhoben und dort konkret ausgeführt wird.

Der SPD-Entwurf

Bereits im August 1984 brachte die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 129a ein (BT-Drs. 10/1883). Das Tatbestandsmerkmal des ,,Werbens'' soll gestrichen werden, weil durch die *,,extensive Auslegung''* durch die Rechtsprechung *,,dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht mehr ausreichend Rechnung getragen wird''*. Selbst für eine *,,schwache Vorbereitungshandlung''* greifen derzeit der verschärfte Strafrahmen des § 129a und v.a. die *,,einscheidenden Regelungen''* aus dem Verfahrensrecht ein. All dies habe *,,der Gesetzgeber''* — sprich: die SPD-FDP-Koalition — nicht gewollt. Nach seinem *,,erkennbaren Willen''* sollte nur die Mitgliederwerbung, nicht auch die Sympathiewerbung erfaßt werden.

In der Bundestagsdebatte vom 8. Februar erklärte ein SPD-Sprecher, daß ansonsten der § 129a beibehalten werden müsse. *,,Die Sozialdemokraten wollen die Terrorismus-Gesetze nicht aushöhlen, sondern nur staatliche Überreaktionen vermieden wissen, die der Terroristen-Szene neue Sympathisanten zutreiben''* (TAZ v. 9.2.).

Anlaß zur Hoffnung?

Der Entwurf der Grünen hat in erster Linie die Bedeutung, eine konsequente Forderung mit einer seriösen juristischen und politischen Argumentation in die öffentliche Diskussion gebracht zu haben; reale Durchsetzungschancen hat er nicht — egal wie mensch das Argument von der angeblich *,,eingetretenen Distanz''* zum Phänomen des Terrorismus beurteilt.

Konsequenterweise müßte aus der Forderung nach Abschaffung der §§ 129, 129a auch die Forderung nach einer Amnestierung aller nach diesen Paragraphen Verurteilten folgen. Davon wäre praktisch allerdings kaum ein/e RAF-Gefangene/r betroffen, da ihnen nicht bloß Mitgliedschaft vorgeworfen wurde/wird, sondern fast immer auch eine Beteiligung an konkreten Taten. Eine Entkriminalisierung würde sich daher v.a. in dem Bereich des ,,Sympathisanten''-Umfeldes auswirken. Diese Strafverfahren beruhen aber wiederrum ganz überwiegend auf dem Anklagevorwurf der ,,Werbung'' für eine terroristische Vereinigung: Bei den bis zur Anklage gebrachten Ermittlungsverfahren wegen § 129a sind im Jahr 1980 in 10 Fällen ,,Werbung'' und in weiteren sechs Fällen ,,Mitgliedschaft'' bzw. ,,Unterstützung'' angelagt worden, im Jahr 1981 in 21 Fällen ,,Werbung'' und in weiteren vier Fällen ,,Mitgliedschaft'' bzw. ,,Unterstützung''. (BT-Drs. 9/1745). Bei den insgesamt betriebenen Ermittlungsverfahren dürfte das Verhältnis noch gravierender sein, weil von den Verfahren wegen ,,Werbung'' ein großer Teil wieder eingestellt wird. So sind im Jahr 1980 167 Verfahren und im Jahr 1981 419 Verfahren allein wegen des Verdachts der ,,Werbung'' für eine terroristische Vereinigung eingeleitet worden (a.a.O.). Die hohe Zahl für 1981 geht in erster Linie auf die Parolen-Sprüh-Aktionen zurück, die den 81er Hungerstreik der RAF-Gefangenen begleitet haben.

Genau dieser Bereich des ,,Sympathisanten''-Umfeldes ist es, für den die SPD eine Entkriminalisierung erreichen will. In **dieser** Hinsicht würde der Grünen-Entwurf also kaum über den von der SPD angestrebten Zustand hinausgehen. Die wichtigere Konsequenz der Abschaffungs-Forderung liegt daher zum einen darin, daß für al-

pathisanten''-Umfeldes ist es, für den die SPD eine Entkriminalisierung erreichen will. In **dieser** Hinsicht würde der Grünen-Entwurf also kaum über den von der SPD angestrebten Zustand hinausgehen. Die wichtigere Konsequenz der Abschaffungs-Forderung liegt daher zum einen darin, daß für al-

le nach § 129a Beschuldigten die bereits erwähnten strafprozessualen Folgen entfallen würden: angefangen bei den erleichterten Voraussetzungen für die Inhaftierung (§ 112 Abs. 3 StPO) und für den Verteidigerausschluß (§ 138a Abs. 2 StPO, vgl. AK 254) bis hin zu der stereotypen ,,Beweisaufnahme'' in RAF-Prozessen, wo die Feststellung der ,,Mitgliedschaft'' bereits als Nachweis der Beteiligung an der vorgeworfenen Tat betrachtet wird. Zum anderen — und dieser Aspekt wird in Coblers Begründung leider nicht erwähnt, wohl aber in den Anträgen der GAL Hamburg und der AL Westberlin — werden die §§ 129, 129a nicht nur auf RAF-Mitglieder angewendet, sondern sie haben schon zu Ermittlungsverfahren gegen Gruppen aus der Friedensbewegung, Blockadegruppen und Hausbesetzer geführt. Gerade der § 129, den die SPD völlig unangetastet lassen will — obwohl auch er das ,,Werben'' unter Strafe stellt —, bietet für die Justiz eine jederzeit verfügbare Handhabe zur Kriminalisierung politischer Bewegungen. Der Umfang, in dem dieser Paragraph zum Einsatz kommt, hängt allein von politischen Opportunitätserwägungen ab, denn das Gesetz selbst legt keine Grenzen fest.

Bleibt noch zu erwähnen, daß der SPD-Antrag mit seiner **Zielrichtung** — nämlich Vermeidung staatlicher *,,Überreaktionen''* gegenüber harmlosen Leuten, die dadurch erst in *,,die Arme des Terrorismus''* getrieben werden — voll auf der Linie von Rebmann und dem BGH liegt. Rebmann und der BGH halten zwar nach wie vor daran fest, daß auch ,,Sympathiewerbung'' zum Tatbestand des § 129a gehören soll, sprechen sich aber diesbezüglich für eine *,,einschränkende Auslegung''* aus. Rebmann hat bereits in einem Aufsatz aus dem Jahr 1981 (NStZ 1981, 459), als gerade massenhaft gegen Parolensprüher §129a-Verfahren eingeleitet worden sind, dafür plädiert, das bloße Parolensprühen normalerweise nicht als ,,Werbung'' zu qualifizieren. Mit solchen Kleinigkeiten will Rebmann seine Behörde, die automatisch für alle § 129a-Verfahren zuständig ist, nicht belastet wissen. Der BGH tat ihm den Gefallen und bestätigte am 25.7.1984, daß die Parolensprüher, die beim Hungerstreik 1981 an der Autobahn ,,Zusammenlegung der RAF'' u.a. gesprüht hatten, nicht wegen § 129a bestraft werden können.

E., Antirepressions-Kommission Hamburg

Nachtrag

zu „Fünf Wochen ohne Verteidiger im Knast" (AK 254, S. 7)

der Fürsorge (...) haben den Gesetzgeber ersichtlich nicht geleitet'' (aus: ,,... im Zweifel für den Staatsanwalt'', Broschüre des RAV). Trotzdem wird auch bei der jetzt vorgeschlagenen

Nachtrag

zu „Fünf Wochen ohne Verteidiger im Knast" (AK 254, S. 7)

Wie man's macht, man macht es falsch.

Die AK-Leserschaft stöhnt, häufig zu Recht, über die Länge der Artikel. Die AK-Planer bewegen sich zwischen Magengeschwür und Herzinfarkt, weil die Artikel nicht selten (erheblich) länger sind als angemeldet. Länger als angemeldet war denn auch der oben genannte Artikel, was mich — um „ein Zeichen zu setzen'' — veranlaßte, ihn mittels Schere auf die geplante Länge zurückzustutzen. Im Prinzip schon richtig, aber im Konkreten falsch, enthielt der weggeschnittene Teil doch gerade die Informationen zum aktuellen Stand der Dinge. Daher hier — und garantiert ungekürzt — der echte Artikel-Abschluß. **K.**

Änderung des Strafprozeßrechts eine Hoffnung?

Aber gibt es nicht doch eine Hoffnung, daß dieser Trend, auf Biegen und Brechen zu einer Anwendung des § 146 zu kommen, aufgehalten wird? In dem schon lange vorliegenden Entwurf zur Änderung des Strafprozeßrechts, der wegen seiner allgemeinen Tendenz vom Republikanischen Anwaltsverein nur als ,,Horrorliste'' tituliert wird, ist auch eine Einschränkung des jetzigen § 146 vorgesehen. Und zwar soll danach nur noch die **gleichzeitige** Verteidigung mehrerer Beschuldigter unzulässig sein. Wenn ein/e Verteidiger/in also ein früheres Mandat abgibt, könnte er/sie wieder eine/n andere/n RAF-Beschuldigte/n vertreten. Das wäre zwar schon eine Verbesserung gegenüber dem derzeitigen Rechtszustand, setzt der freien Verteidigerwahl aber immer noch enge Grenzen.

Von den Strafverteidigervereinigungen und auch von maßgeblichen Kommentatoren, die keineswegs als fortschrittlich gelten, wird schon seit langem die Rückkehr zu dem früheren, vor dem 1.1.1975 geltenden Gesetz gefordert. Damals war eine gemeinschaftliche Verteidung nur verboten, wenn sich in dem **konkreten Fall** ,,Interessenkollisionen'' nachweisen ließen. Das pauschale Verbot sei — so die Vereinigung hessischer Strafverteidiger — damals nur deshalb *,,durchgepeitscht''* worden, um *,,einem einzigen Gericht für eine einzige damals bevorstehende Hauptverhandlung handliche Bedingungen zurechtzuschneidern — notgedrungen in Form eines allgemeinen Gesetzes. Allgemeine Erwägungen der Fürsorge (...) haben den Gesetzgeber ersichtlich nicht geleitet''* (aus: ,,... im Zweifel für den Staatsanwalt'', Broschüre des RAV). Trotzdem wird auch bei der jetzt vorgeschlagenen Neufassung an dem pauschalen Verbot festgehalten.

Überhaupt ist der Änderungsvorschlag auch gar nicht durch das Eingeständnis motiviert, daß der bisherige § 146 und seine praktische Anwendung zu weit geführt haben. Es soll vielmehr *,,im Interesse einer Entlastung der Strafjustiz''* dafür gesorgt werden, daß *,,das Verbot der Mehrfachverteidigung auf den Umfang beschränkt wird, der aus Sachgründen unerläßlich''* ist (aus: Materialheft zum 7. Strafverteidigertag). In der Praxis habe nämlich besonders die Feststellung, ob ein/e Verteidiger/in früher schon mal ein Mandat in einem anderen Verfahren aus demselben Sachzusammenhang gehabt hat, die Justiz belastet, so wird behauptet. Ein Zugeständnis an die Kritiker der bisherigen Praxis stellt der Gesetzentwurf also keineswegs dar.

Außerdem würde auch die Neufassung der Justiz noch Spielräume lassen, neue Wege der extensiven Anwendung zu beschreiten. Welche Wege das sein könnten, läßt die Handhabung des Gesetzes in dem bereits genannten Fall der Rechtsanwältin Brandt erahnen. Sie ist in dem § 129a-Verfahren gegen Christa Eckes zurückgewiesen worden, obwohl sie für den RAF-Gefangenen Rolf Heißler nur ein sogenanntes Haftmandat hat und ihn erst einmal im Knast besucht hatte. Auch wenn in dem Beschluß noch so getan wird, als ob das Mandat doch nicht bloß auf Strafvollzugsangelegenheiten beschränkt ist (was aus dem Zusatz *,,etc.''* in der Vollmacht geschlußfolgert wird!) wird der Ansatzpunkt bereits sichtbar: So wie bisher das Wort ,,gemeinschaftlich'' immer weiter ausgedehnt worden ist, kommt in Zukunft vielleicht der Begriff ,,Verteidigung'' dran. Gerade die politischen Gefangenen brauchen natürlich auch dann, wenn sie rechtskräftig verurteilt sind und ihre Strafe absitzen, unbedingt anwaltliche Betreuung, allein schon, um sich gegen die vielen Schikanen und Beschränkungen im Vollzug auch mit rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen zu können. Wenn auch diese Betreuung als ,,Verteidigung'' im Sinne des § 146 verstanden werden würde, könnten die betreffenden Anwälte/innen nach wie vor keine anderen § 129a-Mandate übernehmen. Eines Tages stünden sie dann vielleicht vor der verheerenden Alternative, ein Haftmandat aufzugeben, um eine ,,echte'' Verteidigung, für die niemand zu finden war, zu übernehmen.

Heimlich, still und leise:

Polzei bastelt an Schnüffelermächtigung

...tten die Bundesverfassungsrichter in ihrem Urteil zur Volkszählung ... Dezember 1983 das Recht der Bürger dieser Republik auf „in... ...ionelle Selbstbestimmung" kreiert, da sah die Polizei nicht nur ...herheit und Ordnung", sondern gar ihren Verfassungsauftrag in ...fahr. Die vorläufige Absetzung der Volkszählung, die Verschiebung ...er Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises, Auflagen für die Durchführung eines Mikrozensus oder gar einer großen Volkszählung, die Verhinderung der höchstministerlichen Einführung einer erneuten „Amtshilfe" zwischen BGS und Zoll durch den obersten Polizisten der BRD, Zimmermann. Allseits verblüffende aufmüpfige Berichte von Bundes- und Länderdatenschutzbeauftragten bestimmten das Bild in der Öffentlichkeit.

Aber die Polizei blieb nicht faul: Sie wühlte im gesetzgeberischen Untergrund, um die bestehenden Schnüffelpraktiken und entsprechenden Gesetze mit den Anforderungen des Volkszählungsurteils zu „harmonisieren". Vorläufiges Ergebnis ist nunmehr die Vorlage eines „Entwurfs zur Änderung des Musterentwurfs eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder" durch den „Arbeitskreis II" der Innenministerkonferenz, der — sollte er verabschiedet werden — nichts anderes wäre als eine Legalisierung der jetzigen Schnüffelpraktiken und eine Generalermächtigung der Polizei zur Umgehung des soeben so lauthals proklamierten Rechts auf „informationelle Selbstbestimmung."

Unumwunden heißt es in der Begründung zu dem Entwurf nach ein paar einleitenden Floskeln über die Notwendigkeit der Prüfung der gegebenen gesetzlichen Regelungen: *„Der Entwurf stellt darauf ab, daß die Datenerhebung und -verarbeitung der Polizei, die bislang von wenigen gesetzlichen Bestimmungen und einer Vielzahl von Verwaltungsvorschriften geregelt war, im bisherigen Umfang zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben erforderlich ist und deshalb auch in Zukunft in diesem Ausmaß zulässig sein muß. Alle vorgesehenen Regelungen laufen daher im Prinzip auf eine gesetzliche Fixierung des 'Ist-Zustandes' hinaus."*

Und ebenso unumwunden wird ein zweites Ziel genannt, nämlich: *„Der vorliegende Entwurf soll dazu dienen, die polizeiliche Datenerhebung und -verarbeitung im präventiven Bereich auf eine ausreichende gesetzliche Grundlage zu stellen."* Die dabei entstehenden „besonderen" Schwierigkeiten", die dies mit den durch das Volkszählungsurteil benannten Erfordernissen des Datenschutzes, z. B. der Zweckgebundenheit von Datenerhebungen und -sammlungen, in Übereinstimmung zu bringen, wird mit der Feststellung erledig: *„aber die klassischen Begriffe wie 'konkrete Gefahr' und 'Störer' sind hierauf* (auf die „vorbeugende Bekämpfung von Straftaten" nämlich — d. V.) *kaum anwendbar."*

Das bedeutet: die Polizei will sich nicht nur den jetzigen Zustand legalisieren lassen, sondern die Gelegenheit beim Schopfe packen, ihre Kompetenzen im Bereich der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" dahingehend zu erweitern, daß sie unabhängig von „konkreter Gefahr" und einem konkreten „Störer" eine Generalermächtigung zur Vorbeugung auch im Datenbereich per Gesetz bestätigt bekommt.

Schauen wir uns einige der Änderungsvorstellungen im einzelnen an:

Vorbeugung, § 1a

soll in Zukunft lauten: *„Die Polizei wird außer bei der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten tätig, soweit die Abwehr der Gefahr durch eine andere Behörde nicht oder nicht rechtzeitig möglich erscheint. Sie unterrichtet die anderen Behörden unverzüglich von allen Vorgängen, die deren Eingreifen erfordert."*

Die Begründung: Die Polizei habe *„wegen ihrer Aufgabenstellung im repressiven Bereich ... im Vergleich zu den Ordnungsbehörden regelmäßig die bessere Sachkunde für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten. Angesichts dieser Tatsache sollte ein bestehender Dauerzustand, der sich augenblicklich auf eine letztlich unbefriedigende Subsidiaritätsregelung stützt, eine klare und sachgerechte Zuständigkeitsregelung erhalten."*

Eine solche Neuregelung würde bedeuten, daß die Polizei in Zukunft nicht nur faktisch, sondern auch per gesetzlichem Auftrag zuständig für ei-

keitsregelung erhalten."
Eine solche Neuregelung würde bedeuten, daß die Polizei in Zukunft nicht nur faktisch, sondern auch per gesetzlichem Auftrag zuständig für ei-

ne Straftaten-Erforschung und Vorbeugung in anderen „Ordnungsbehörden" (das geht bekanntlich vom Jugendschutz über das Einwohnermeldewesen usw. bis zum Umweltschutz) wäre. — Na danke: Spinne läßt grüßen!

Datenerhebung, § 8a:

Die Polizei soll personenbezogene Daten erheben dürfen, wenn dies
„1. zur Feststellung oder Abwehr einer Gefahr,
2. aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung,
3. bei Einzelmaßnahmen ... erforderlich ist."

Sie sollen *„grundsätzlich beim Betroffenen"* erhoben werden, außer *„wenn die Erhebung beim Betroffenen nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist oder von der Erhebung beim Betroffenen nach der Art der Aufgabe ... abgesehen werden muß."*

Der Betroffene soll *„auf Verlangen"* u. a. auf die *„Freiwilligkeit seiner Auskunft sowie auf die vorgesehene Verwendung der Daten"* hingewiesen werden — außer *„wenn der Hinweis die Erfüllung der polizeilichen Aufgabe gefährden würde"* oder *„schutzwürdige Belange dritter beeinträchtigt würden."*

Die hierfür gegebene Begründung will ich nicht übergehen: *„Die Datenerhebung ... muß ... auch bei Personen möglich sein, die weder Störer noch Nicht-Störer sind ... Zu präventiven Zwecken kann die Polizei in einer Vielzahl von Fällen die Daten beim Betroffenen erheben und damit 'offen' vorgehen."*

Tatsächlich — offener geht's nicht.

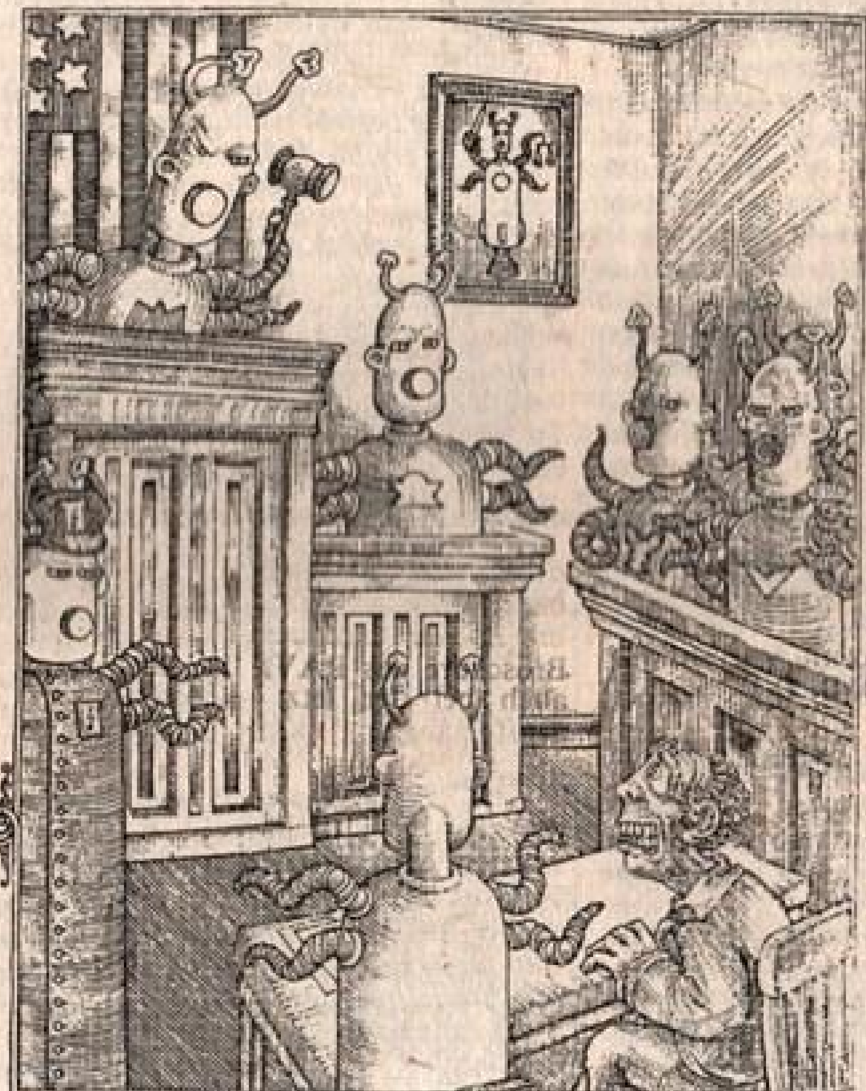
Observation, § 8c:

Observation *„auch über einen längeren Zeitraum"* soll möglich sein:
1. wenn dies zur Abwehr einer erheblichen Gefahr erforderlich ist,
2. wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß (nur) durch eine Observation der Person die erforderlichen Erkenntnisse für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten, die gewohnheits-, gewerbs- oder bandenmäßig begangen werden, zu erlangen sind. Das schließt den Einsatz technischer Hilfsmittel ... ein."

„Nach Abschluß ... der Maßnahmen ist der Betroffene hierüber zu unterrichten, sobald die Unterrichtung den Zweck der Maßnahme nicht vereiteln oder erheblich gefährden würde."

Aus der Begründung: *„Es handelt sich um eine Standardermächtigung für Maßnahmen im Vorfeld einer konkreten Gefahr."*

Besser könnte ich es auch nicht sagen...



aus: „Schnell im Biss", Westberliner Comix und Karikaturen.

Datenspeicherung, -veränderung und -nutzung, § 10a:

Datenspeicherung, -veränderung und -nutzung, § 10a:

Unter „Speicherung im Sinne des Gesetzes" möchte die Polizei in Zukunft verstehen: *„Erfassen, Aufnehmen oder Aufbewahren von Daten auf einem Datenträger in einer Datei zum Zwecke ihrer weiteren Verwendung."* Auf Grundlage dieser Definition soll die Polizei in Zukunft *„Daten speichern, verändern und nutzen dürfen",*
— *„soweit und solange dies zur Abwehr der Gefahr erforderlich ist",*
— die sie im Zuge ihrer alltäglichen *„vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung"* (§ 8a, 1,2) oder im Zuge der Observation *„für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten die gewohnheits-, gewerbs- oder bandenmäßig begangen werden" „erhoben hat oder hätte erheben können,"*
— *„die sie aus Strafermittlungsakten über Beschuldigte oder Tatverdächtige gewonnen hat",*
— *„die sie im Rahmen einer erkennungsdienstlichen Behandlung ... erhoben hat."*

Daten aus der *„vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung"*, d. h. aus dem alltäglichen Polizeibetrieb, sollen zwei Jahre gespeichert werden dürfen. *„Für die weitere Speicherung ist die Entscheidung des Behördenleiters (Leiter der Dienststelle) erforderlich."* Zur *„vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten nach den §§ 129 und 129a"* soll eine unbegrenzte Speicherung zulässig sein.

Selbstverständlich sind die betroffenen Personen über die Speicherung zu unterrichten, *„sobald die Dauer der Speicherung ein Jahr überschritten hat."* — Aber: *„Die Unterrichtung ist entbehrlich, wenn die Tatsache der Speicherung dem Betroffenen bereits zu einem früheren Zeitpunkt mitgeteilt worden ist oder aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte davon ausgegangen werden kann, daß ihm die Speicherung bekannt ist. Die Unterrichtung kann zurückgestellt werden, solange durch sie der mit der Speicherung verfolgte Zweck gefährdet würde."*

Die Begründung bringt es wieder auf den Punkt: Es werde klargestellt, heißt es, *„daß die Polizei unter den Voraussetzungen des Satzes 1* (die eigene Speicher-Definition — d. V.) *alle ihr bekanntgewordenen Daten speichern kann, soweit und solange das zur Abwehr einer konkreten Gefahr im Einzelfall erforderlich ist, also auch die Daten, die sie nicht selbst erhoben hat, sondern die ihr durch andere Behörden oder Anzeigenerstatter mitgeteilt worden sind."*

Das alles bedeutet, daß die Polizei alle ihr bekanntgewordenen Daten speichern, verändern und nutzen kann, soweit sie es für notwendig erklärt, sei es zur Bekämpfung einer konkreten oder auch — im Rahmen ihres „Vorbeugunsauftrags" — einer zukünftigen Gefahr. Dabei werden Daten, die bei der Polizei selbst oder in anderen „Ordnungsbehörden" für konkrete oder bestimmte Zwecke gewonnen wurden, für andere und unbestimmte Zwecke verändert und benutzt. Es liegt auf der Hand, daß dies dem vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen des Volkszählungsurteils formulierten Zweckbindungsgebot ins Gesicht schlägt. Hinzu kommt, daß die polizeiliche Definition des „Speicherns" jede Differenzierung nach Art der Speicherung, Verwertung und Eingriffsintensität von jeweiligen Speicherungen und damit verbundener Gefahren für die

Differenzierung nach Art der Speicherung, Verwertung und Eingriffsintensität von jeweiligen Speicherungen und damit verbundener Gefahren für die

Betroffenen vermissen läßt. Diese Vagheit resultiert selbstverständlich nicht aus der Unfähigkeit der Polizeirechtler, zwischen manuellen Karteien und verschiedensten Stufen automatisierter Vorgangs-, Dokumentations- und Personenkarteien bis hin zum Problem der automatisierten Aktenerschließung zu unterscheiden, sondern ist System. Auch diese Vagheit steht konträr zu den Anforderungen aus dem Volkszählungsurteil. Bleibt schließlich anzumerken, daß die Zurückstellungen der Auskunft sich nach den Formulierungen des Entwurfs eher als Regel denn als Ausnahme darstellen. Insbesondere die Ausnahmeregelung im Zusammenhang mit § 129 und 129a kommt einer Generalermächtigung zur heimlichen Speicherung und Auskunftsverweigerung gleich.

Datenübermittlung, § 10b:

Ihren so gewonnenen Datenbestand soll die Polizei übermitteln dürfen:
— an andere Polizeibehörden, *„wenn dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Stelle oder des Empfängers liegenden Aufgabe erforderlich ist,"*
— an *„andere Behörden oder öffentliche Stellen für die Gefahrenabwehr",* wenn sie *„zuständig"* sind und *„deren Eingreifen notwendig erscheint",*
— an *„öffentliche Stellen und nichtöffentliche Stellen", „wenn dies zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Stelle liegenden Aufgabe erforderlich ist."*

Na bitte — hier wird nicht etwa noch danach gefragt, ob die daten-empfangende polizeiliche, behördliche oder private Stelle die Daten selbst hätte erheben dürfen, sondern es zählt nur die „Zuständigkeit" und die vermeint-

Volkszählungsurteil

Mit Wirkung vom 15.12.84 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Volkszählungsgesetz vom 25.3.82 und die auf dieser Grundlage von der Bundesregierung geplante Durchführung einer zwangsweisen statistischen Totalerhebung für verfassungswidrig. Verfassungswidrig war nach Ansicht des BVG allerdings nicht generell die Totalerhebung, sondern bestimmte Formen der konkreten Volkszählung 1983, insbesondere:
— die Kombination der Volkszählung mit dem Melderegisterabgleich;
— die Übermittlung von personenbezogenen Einzelangaben an oberste Bundes- und Landesbehörden;
— die Absicht, die erhobenen personenbezogenen Daten auch dem kommunalen Bereich für Verwaltungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Auf Grundlage dieser Einwände (und einer Reihe weiterer Details) wurde die Volkszählung erst auf '85, inzwischen auf '86 verschoben.

(und einer Reihe weiterer Details) wurde die Volkszählung erst auf '85, inzwischen auf '86 verschoben.

Dies war ein wichtiges Ergebnis des Urteils. Sein Schwerpunkt aber liegt in den grundsätzlichen Ausführungen des BVG zum Datenschutz.

Kernpunkt der Erwägungen des BVG war die Postulierung eines aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Grundgesetzes folgenden Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung", das im besonderen Maße schutzbedürftig und dessen Einschränkung nur unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zulässig sei. Als dessen wesentliche Bestandteile sollen nach Ausführungen des BVG gelten:
— das **Informationsrecht** der einzelnen, wer was, wann und bei welcher Gelegenheit über sie oder ihn weiß. Hierhin gehört auch die Verpflichtung „des Gesetzgebers", Aufklärungs-, Auskunfts- und Löschungspflichten gesetzlich zu verankern und sicherzustellen, daß eine „effektive Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten" möglich sei;
— die **Zweckgebundenheit** der Datenerhebung, -speicherung und -verwendung, d.h. die Verwendung personenbezogener Daten soll auf den Zweck begrenzt werden, zu dem sie erhoben wurden. Es sei „ein — amtshilfefester — Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe und Verwertungsverbote erforderlich." Zur Sicherstellung der Zweckgebundenheit soll „der Gesetzgeber" vor Erhebung und Speicherung von Daten deren Verwendungszwecke eindeutig festlegen;
— die **Begrenzung** der Datenerhebung auf ein **Minimum**: die Speicherung personenbezogener Daten **auf Vorrat** sei **unzulässig**. Insbesondere die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen durch Zusammenführen einzelner Lebens- und Personaldaten sei selbst in der statistischen Anonymität unzulässig.
— schutzbedürftige Daten im Sinne des Persönlichkeitsrechts seien nicht nur sog. intime Daten. Zur Feststellung der persönlichkeitsrechtlichen Relevanz eines Datums sei die **Kenntnis des Zusammenhangs** notwendig, in dem es verwendet wird. Es gebe keine „belanglosen" Daten mehr; sog. **abweichende Verhaltensweisen** dürfen **nicht** jederzeit notiert und als dauerhafte **Information** gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden. Auch die Grundrechte auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit verbieten nach Ausführungen des BVG, daß etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder an einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird;
— Eine **Einschränkung** des Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung" ist möglich,

hördlich registriert wird;
— Eine Einschränkung des Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung" ist möglich,

bedarf aber einer ausdrücklichen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundlage. Hierbei soll „der Gesetzgeber" beachten:
— den Grundsatz der **Verhältnismäßigkeit**, d.h. Eingriffe nur soweit es zum „Schutz öffentlicher Interessen unerläßlich ist",
— Gebot der **Normenklarheit**, d.h. daß der Gesetzeszweck ersichtlich sein muß,
— **Festlegung der Zwecke**, d.h. daß „der Gesetzgeber" sich Klarheit darüber verschafft, zu welchem Zweck Angaben verlangt werden und welche Verknüpfungs- und Verwendungsmöglichkeiten es gibt.

Wenn diese Rechtsprechung des BVG auch auslegbar und dehnbar ist wie schon die durch das Grundgesetz „garantierten" Grundrechte selbst, so war doch immerhin hier und dort die gerichtliche Eindämmung ungehemmter Datenwucherungen und eine Flut gesetzgeberischer Initiativen die Folge. Insbesondere Innenminister Zimmermann und seine „Ordnungsbehörden", allen voran die Polizei, sahen sich angesichts der neuen Rechtslage offensichtlich genötigt, ihre allseits bekannten Praktiken nunmehr auf „eindeutige gesetzliche Grundlagen" zu stellen. Ob der jetzt vorliegende „Entwurf von bereichsspezifischen Regelunnen für die Datenerhebung und Datenverarbeitung im Bereich der Polizei" in ihrem Sinne dazu taugt, sei dahingestellt. Er zeigt aber die Richtung, in die man zu gehen beabsichtigt.

F.

Fortsetzung von vorheriger Seite

liche Eingriffsnotwendigkeit. Entschieden wird dies selbstverständlich von der Polizei selbst.

Datenausgleich, § 10c:

Dieser Paragraph ist eine einzige Leerformel: Die Polizei kann abgleichen,
— *„wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, daß beim Datenabgleich Erkenntnisse gewonnen werden können, die zur Abwehr von wesentlicher Bedeutung sind.''*
Dasselbe gilt
— *„im Rahmen einer Observation''*,
— für eine *„Rasterfahndung''*,
— für den Abgleich der im Polizeialltag gewonnenen Daten mit *„polizeilichen''* Daten, d. h. mit den vorhandenen Dateien des BKA und der LKAs und anderer „Sicherheitsbehörden'',
— für den Abgleich mit den Fahndungsdateien,
— für den Ableich mit *„erkennungsdienstlichen Dateien''* — das sind zum Beispiel auch Dateien der Kraftfahrzeugämter. Darüber hinaus möchte man sich für die Zukunft sogar noch weitere Möglichkeiten — für alle Fälle — offenhalten: *„Rechtsvorschriften über den Datenabgleich in anderen Fällen bleiben unberührt.''*

Rasterfahndung, § 10 d:

In Zukunft soll es offenbar auch diesbezüglich keine Mißverständnisse mehr geben. Diese Passage des Entwurfs zitiere ich ganz. Sie spricht für sich:

„Die Polizei kann zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit von öffentlichen oder nicht öffentlichen Stellen die Übermittlung von personenbezogenen Daten bestimmter Personengruppen aus Dateien zum Zwecke des Abgleichs mit anderen Datenbeständen verlangen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß dies zur Abwehr der Gefahr erforderlich und geeignet ist.

Das Übermittlungsersuchen kann sich höchstens auf Name, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort sowie auf im einzelnen Falle festzulegende Merkmale erstrecken. Die Aussonderung der von der Polizei verlangten Daten obliegt der ersuchten Stelle. Ist der Zweck der Maßnahme erreicht oder zeigt sich, daß er nicht erreicht werden kann, sind die übermittelten und im Zusammenhang mit der Maßnahme zusätzlich angefallenen Daten auf dem Datenträger zu löschen und die Unterlagen, soweit sie nicht für ein mit dem Sachverhalt zusammenhängendes Verfahren erforderlich sind, zu vernichten. Über die getroffene Maßnahme ist eine Niederschrift anzufertigen. Diese Niederschrift ist gesondert aufzubewahren, durch technische und organisatorische Maßnahmen zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Vernichtung der Unterlagen nach Satz 1 folgt, zu vernichten.''

Da man offenbar über die Brisanz dieses Passus im Klaren war, wurde zur Beruhigung noch der Satz angefügt: *„Die Anordnung der Maßnahme ergeht durch den Behördenleiter (Leiter der Dienststelle). Der Innenminister (Innensenator) und der Bundesbeauftragte (Landesbeauftragte) für den Datenschutz sind zu unterrichten.''* — Kommentar überflüssig.

Auskunft an den Betroffenen, § 10 e:

Hier erweist sich der wahre Bürgersinn unserer Polizei, denn selbstverständlich ist dem Betroffenen Auskunft zu erteilen. Allerdings ...

„Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß die schutzwürdigen Belange des Betroffenen hinter dem öffentlichen Interesse an der Nichtherausgabe der jeweiligen Daten zurücktreten müssen. Dies ist insbesondere der Fall, soweit
1. die Auskunft die rechtmäßige Erfüllung der in der Zuständigkeit der Polizei liegenden Aufgabe gefährden würde,
2. die Auskunft dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,
3. die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen einer dritten Person, geheimgehalten werden müssen,
4. die Auskunft sich auf die Übermittlung personenbezogener Daten an die Behörden für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, den Militärischen Abschirmdienst sowie andere Behörden des Bundesinnenministers für Verteidigung, soweit die Sicherheit des Bundes berührt wird, bezieht.''

Und — mensch glaubt es kaum: nach diesem Passus folgt der lapidare Satz: *„Die Auskunft ist dem Betroffenen unentgeltlich zu erteilen.''*

Satz: „Die Auskunft ist dem Betroffenen unentgeltlich zu erteilen.''

Löschung, § 10 f:

In diesem Zusammenhang ist auch wohl kaum noch verwunderlich, soll aber dennoch erwähnt werden, daß bezüglich *„Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten''* ebenfalls jeglicher Hinweis auf die Notwendigkeit, ganz zu schweigen einer Absicht, die Betroffenen davon in Kenntnis zu setzen, fehlt: Berichtigung, Sperrung und Löschung, selbst heimlich gefertigter Unterlagen und Datensammlungen, sind offenbar allein eine polizeiinterne Angelegenheit.

•

Laut Planung sollte dieses gesetzgeberische Machwerk auf einer Sondersitzung des „AK II'' der Innenministerkonferenz am 22.1. auf der Tagesordnung stehen. Bisher ist von einem evtl. Ergebnis noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Es ist zu vermuten, daß der Entwurf juristisch noch nicht wasserdicht genug ist, sodaß seine endgültige Verabschiedung als gültige Änderung des geltenden „Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz'' noch etwas auf sich warten lassen wird.

Nichtsdestoweniger betreiben auch die Bundesländer bereits Vorbereitungen zu entsprechenden Änderungen der auf den „Musterentwurf'' zurückgehenden Landespolizeigesetze. In Niedersachsen liegt bereits ein eigener Entwurf vor, Hamburg bastelt noch an einer vorzeigbaren Vorlage. Nach ihrer Verabschiedung wird das vom Bundesverfassungsgericht postulierte „Recht auf informationelle Selbstbestimmung'' hinsichtlich seiner Zähmung polizeilicher Schnüffelkompetenzen nicht nur in der Praxis, sondern dann auch wieder per Recht und Gesetz nur noch das Stück Papier wert sein, auf dem es steht — wenn nicht noch ein Wunder geschieht.

F.

Schau, schau der Datenschutz ...

Wenn es nach dem Willen der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern gehen würde, dann müßte jetzt der ganze vorliegende Entwurf vom Tisch.

In einem Schreiben an die Innenministerkonferenz von Mitte Februar formulierten sie Grundsätze für den künftigen Datenschutz im „Sicherheitsbereich'', um damit die anstehenden Beratungen zu beschleunigen. In der

„FR'' war das so zu lesen: „Die vom Bundesverfassungsgericht

„FR'' war das so zu lesen: *„Die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Normen verlangen nach Ansicht der Datenschützer eine gründliche Umformulierung des Polizeirechts, das sich seit rund 100 Jahren vor allem auf Generalklauseln stütze. Die neuen gesetzlichen Regelungen müßten dagegen die polizeilichen Befugnisse klar und rechtsstaatlich beschreiben. Dies bedeute, daß die Zweckbindung der Daten und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten und die Informationsverarbeitung prinzipiell auf Strafverfolgung und Gefahrenabwehr zu beschränken sei.''*

Im Einzelnen verlangen die Datenbeauftragten die grundsätzliche Beschränkung der Erhebung, Speicherung, Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener Informationen auf die polizeilichen Aufgaben der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Daten dürften nur zu dem Zweck genutzt werden, zu dem sie auch gesammelt wurden. Die angestrebten Regelungen müßten klar und deutlich jede Art und jede Form der Verarbeitung sowie der Verwendung schutzwürdiger Angaben umfassen, statt mit Generalklauseln zu arbeiten. Eine über die Abwehr konkret bestehender Gefahren oder die Aufklärung konkreter Straftaten hinausgehende Nutzung von Daten könne nur „in eng begrenzten Fällen'' zugelassen werden. Vollmachten zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten seien ebenfalls gesetzlich, klar und abschließend zu beschreiben.

Bravo, sagen wir. Das wird der Polizei ihren neuesten Vorstoß sicher erschweren. Verhindern wird es ihn kaum, zumal die polizeiliche Praxis ohnehin auf einem anderen Blatt steht als die Gesetze, nach denen sie geregelt sein sollte.



Eine bundesweite Demo gegen den § 218

Hübsch war sie, die Demo der ca. 2.500 Frauen (ein paar Männer waren auch gekommen) am 23.2. in Köln, anläßlich des 10. Jahrestages des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen die Fristenregelung. Es war ein bunter Zug mit phantasievollen Transparenten und Sandwiches, Frauen mit angemalten Gesichtern, ältere Frauen von den Grauen Panthern, lautstarke gute Stimmung, bei genauso gutem Wetter. Alle fünf Rednerinnen sprachen sich für die ersatzlose Streichung des § 218 aus.

Lisa Degener von der Koordination gegen den § 218 ging vor allem auf die ideologische Kampagne zum „Schutz des ungeborenen Lebens'' ein, die in den USA sogar zu Bombenanschlägen auf Abbruchkliniken führte.

Sylvia Heyer vom Pro Familia-Bundesvorstand gab eine Auswertung der Geißlerschen Bundesstiftung „Mutter und Kind''. Regina Michalik von den Grünen machte deutlich, daß der Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 selbst in ihrer Partei geführt werden müsse. Viele Grüne seien gegen Abtreibung; eine eindeutige Aussage konnte bisher im Programm nicht durchgesetzt werden. Ebenfalls über Widersprüche und Auseinandersetzungen in ihrer Organisation berichtete Anni Kaufmann von der ÖTV (Bezirksfrauenausschuß NRW). Der Beschluß auf dem ÖTV-Parteitag, die ersatzlose Streichung des § 218 im Programm zu fordern, hatte zu heftigen Kontroversen und Angriffen geführt. Am Schluß plauderte Alice Schwarzer in ihrer spritzigen Art aus alten Zeiten: von der 70er Bewegung gegen den § 218, von der Radikalität der Frauen, von der uns ein bißchen mehr heute ganz gut tun würde. Sie habe es sich vor 10 Jahren auch nicht träumen lassen, daß sie heute wieder hier stehen würde und immer noch mit denselben Argumenten gegen den § 218 kämpfen müsse. Sie hatte gehofft, wir wären schon weiter, könnten uns anderen Themen zuwenden.

Die gute Stimmung während der Demo kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß für eine bundesweite 218-Demo 2.500 Teilnehmer/innen recht bescheiden sind. Zumal der Aufruferkreis sich sehen lassen konnte. Aber bereits in der Vorbereitung zeichnete sich ab, daß die Unterschrift unter den Aufruf eine Sache ist, sich zu engagieren aber eine andere. So waren es hauptsächlich die § 218-Gruppen, die die Demo vorbereiteten und die Mobilisierungsarbeit machten. Die 218-Aktiven und deren Umfeld machten auch im wesentlichen das Spektrum der Demo aus. Kein grünes Transparent war zu sehen, und nichts von DKP plus Umfeld. Diese hatten sich mit der

plus Umfeld. Diese hatten sich mit der

Demo sehr schwer getan. Weder die DKP noch die ihr nahestehende DFI konnten sich entschließen, den Aufruf bundesweit zu unterschreiben (örtliche Unterstützung gab es hier und da). Die Begründungen der DFI reichten von dem Vorwurf des Alleingangs an die Koordination bis zu „Verständigungsfehler'', und: sie hätten gern mehr Zeit gehabt, für sich zu diskutieren. Im Mitgliederrundbrief der DFI wird zwar intern zur Demo aufgerufen, aber gleichzeitig die Koordination kritisiert, weil sie das gemacht habe, was frau dem Initiatorinnenkreis des Muttertagsbündnisses vor einem Jahr zu unrecht (!) vorgeworfen habe.

Gemeint ist die Tatsache, daß die Koordination die Initiative für die Demo ergriff und einen Aufruf verschickte. Wer, wenn nicht die § 218-Gruppen, sollte eine solche Initiative übernehmen? Die DFI bastelt zur Zeit wieder am „Muttertagsbündnis'', das als „neue Frauenbewegung'' hochstilisiert wird. Da paßt es offensichtlich nicht ins Konzept, wenn Aktionen von Frauen stattfinden, die nicht von diesem Bündnis ausgehen. Die Furcht, die SPD-Frauen könnten ihnen ein „Fremdgehen'' übelnehmen, mag die DFI darüberhinaus von solchen Aktionen wie der 218-Demo fernhalten. Denn die ASF der SPD hatte den Aufruf auch nicht unterschrieben. Die inoffizielle Begründung: in der ASF würden so viele Frauen noch die Fristenregelung fordern. Auch das Verhalten der TAZ soll hier kurz gewürdigt werden. Während die Frauenredaktion es nicht für nötig hielt, vor der Demo auch nur einen Artikel zu schreiben (der 10-Zeiler, 2 Tage vor der Demo, und der Abdruck nur der Vorderseite des Aufrufflugblattes waren wirklich mickrig), obwohl sie Presseerklärung, Flugblatt und Infos geschickt bekamen, erschien stattdessen am Montag nach der Demo ein hämischer Artikel über die halbleeren Busse, das „traurige Jubiläum'' und die „Jubiläumsfor-



derung'', womit die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und der Streichung des § 218 gemeint sind. Würden diese Frauen das Thema etwas ernster nehmen, könnten sie möglicherweise einen nützlichen Beitrag leisten gegen die derzeitige Verschärfung der Abbruchsituation.

... und eine Gegendemo

Die Abtreibungsgegner lassen es sich nicht nehmen. Bei jeder größer angekündigten 218-Demo der letzten Jahre waren sie präsent. Diesmal in Köln mit 300 Leuten. Aufgerufen hatten ,,Aktion Lebensrecht für alle'', ,,Jugendarbeitsgemeinschaft für das Leben'' und ,,Pro vita''. Gekommen waren viele sehr junge Leute, unter ihnen eine Frauengruppe, deutlich sichtbar mit Frauenabzeichen. Auch die Jugendlichen trugen Plaketten, auf denen winzige Embryofüße zwischen Fingern zu sehen sind. Daß es sich hier nicht nur um unverbesserliche Spinner handelt, deutet die in einer Presseerklärung angekündigte Prominenz an: reden sollte ein Herr Hofacker, seines Zeichens Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Familie, Jugend und Gesundheit. Der Herr sagte allerdings ab, aus zeitlichen Gründen; dafür redete Dr. [illegible]opvic, Geschäftsführer der Bundesärztekammer, und der RCDS-Bundesvorstand schickte eine Grußadresse. Na immerhin.

Während der Kundgebund der Frauen gegen den § 218 ließen die Abtreibungsgegner ein Flugzeug kreisen mit dem Transparent ,,Gott rächt die Ungeborenen''.

Eine Genossin aus Bremen.



Gewaltfrei und alternativ
für die Beibehaltung des § 218

Im AK 255 wurden verschiedene Strömungen zum alten/neuen Thema § 218 dargestellt. Beachtung fanden in dem [illegible] und Ökologiebewegung, die sich aus ökologischen bzw. pazifistischen Gründen für die Beibehaltung oder gar Verschärfung des § 218 aussprechen. An einigen konkreten Beispielen soll die Bedeutung dieser neuen Entwicklung für die Auseinandersetzung um den § 218 diskutiert werden.

Vom Atomgegner zum Abtreibungsgegner

,,Frieden ist nicht , wenn in der reichen Bundesrepublik jährlich etwa 70.000 Babies aus angeblich sozialen Gründen im Mutterleib getötet werden.'' Dieser Satz von Franz Alt wurde auf dem Ostermarsch 1983 mit einem minutenlangen Pfeifkonzert quittiert. Viele Teilnehmer, so Franz Alt, hätten sich jedoch auch bei ihm dafür bedankt. Frau muß es wohl leider glauben. — Franz Alt ist alles andere als ein Progressiver. Trotzdem ein paar Worte zu seiner Argumentation, da sie in Friedens- und Ökologiekreisen immer wieder auftaucht, wenn es um den § 218 geht, und er außerdem mit seiner Report-Sendung zum Leben des Ungeborenen für einige Aufregung auch in diesen Kreisen gesorgt hat. Ihn erinnere, so Franz Alt, die Argumentation der Abtreibungsbefürworter stark an die Nachrüstungsbefürworter. Beide betonten, sie täten es nicht mit Freude, aber die Umstände zwängen sie: *,,Des einen soziale Notlage sind des anderen Sowjets.''* Und: *,,Wer abrüsten will, muß abrüsten, und wer für Gewaltlosigkeit ist, ann nicht für gewaltsamen Schwangerschaftsabbruch sein; er sollte vielmehr alternative gewaltfreie Schwangerschaftskonfliktlösungen finden ...''* Wie wär's mal erst, verehrter Franz Alt, mit wirklich konsequent alternativen gewaltlosen Friedenskonfliktlösungen, ohne NATO, Bundeswehr und so?

Grüner Redner auf der Abtreibungsgegnerdemo

Auf der Kundgebung der Abtreibungsgegner, die am 23.2. dieses Jahres eine Gegendemonstration zur § 218-Demo in Köln veranstalteten, sprach auch, wie die Organisatoren stolz mitteilten, ein Grüner: Bernhard Friedrich, aktiver Funktionär der rechtslastigen JAL (Jugendarbeitsgemeinschaft für das Leben, 1979 bekannt geworden durch ihre Aktionen gegen das damals geplante Schwangerschaftskonfliktzentrum Essen) und passives Mitglied des Kreisverbands Heidelberg der Grünen. Friedrich äußerte, daß *,,der gewaltlose [illegible] welt und für das ungeborene Leben eine gemeinsame Wurzel''* hätten (zit. nach ,,Kölner Stadtanzeiger'', 25.2.85). Nun ist Bernhard Friedrich offensichtlich nur eine Karteileiche und von daher seine Ankündigung als Vertreter der Grünen nicht der Wahrheit entsprechend.

Dennoch bleibt dieser Auftritt symptomatisch (und bedürfte zumindest einer eindeutigen Distanzierung von Seiten der Grünen).

,,Gewaltfreie für das Leben''

Wir konnten schon seit geraumer Zeit beobachten, daß Abtreibungsgegner sich in ihrer Propaganda nach dem Trend der Zeit richten. War es vor einigen Jahren ,,in'', Abtreibung mit Auschwitz zu vergleichen (damals wurde der Film ,,Holocaust'' ausgestrahlt), wird heute Abtreibung gerne als ,,nukleare Katastrophe'' bezeichnet. ,,Für Abrüstung — gegen Abtreibung'' hieß eine Parole, die ,,Lebensrechtler'' uns auf der § 218-Demo in Karlsruhe vor zwei Jahren entgegenhielten. In Heidelberg gibt es seit einiger Zeit eine Gruppe ,,Gewaltfreie für das Leben'', die innerhalb eines Teils der Friedensbewegung ausschließlich gegen Abtreibung arbeitet und dies als antimilitaristische Arbeit verkaufen will. Als sie zum Kirchentag 1983 gemeinsam mit der ,,Insel für das Leben'' und anderen berüchtigten Antiabtreibungsgruppen Stände machte und Flugblätter verteilte und dies über die ,,taz'' publik wurde, entflammte in der ,,Graswurzelrevolution'', der Zeitung der Gewaltfreien, eine erregte Debatte, eingeleitet durch eine eindeutige Distanzierung der Redaktion von der Gruppe und dem Beschluß, sie von der Kontaktseite der Zeitung zu streichen. Dieser Beschluß wurde später zurückgenommen, die Gruppe arbeitet weiter im friedenspolitischen Umfeld. So veranstaltete sie im letzten Sommer im Heidelberger Friedensladen ein Seminar zum Thema ,,Abtreibung und Gewaltfreiheit''. Auch das führte zu einer engagierten Auseinandersetzung inner- und außerhalb des Friedensladens, u. a. mit der örtlichen § 218-Gruppe, letztendlich aber zu keiner eindeutigen Trennung von der Gruppe.

Die Argumentation der Gruppe ist nicht ungeschickt: Sie gibt sich redliche Mühe, ihre Nähe zur ,,Lebensrechtler''-Bewegung zu vertuschen, die sich u. a. in der Mitarbeit einiger Mitglieder in der JAL und in der ALfA (Aktion Lebensrecht für Alle) ausdrückt. Stattdessen befleißigen sie sich eines von Frauen- und Friedensbewegung geprägten Vokabulars. [illegible] Abtreibung habe verschiedene Ursachen: *,,... patriarchalische Verhältnisse ..., die Prägung unseres Denkens durch den Charakter dieses technisierten, allein auf Leistung und Profit ausgerichteten Systems ..., repressive frauenfeindliche Sexualität ...''.* Daher seien sie auch nicht für eine Bestrafung von Frauen, die abtreiben; *,,... andererseits halten wir es aber für fragwürdig, bei der Abschaffung des Paragraphen zuerst die schwächsten Glieder der Gesellschaft vom Schutz auszuschließen.''* Und: *,,Bei der Abtreibung geschieht genau das, was wir als Gewaltfreie vermeiden wollen: die Tötung bzw. Verletzung eines Menschen.''*

Von den verschiedenen Friedensgruppen aus dem Umfeld der ,,Graswurzelrevolution'' wird in der Auseinandersetzung um die ,,Gewaltfreien für das Leben'' zwar eingeräumt, daß es in ihren Kreisen etliche gäbe, die gerade aufgrund ihrer gewaltfreien Ideologie Bedenken gegen Abtreibung hätten. Diese Bedenken seien aber akzeptiert worden, ,,solange die Beteiligten mit einem linken Bewußtsein sich der politischen und ideologischen Dimension bewußt waren'', wozu auch gehöre, daß die Forderung der Frauenbewegung nach Abschaffung des § 218 nicht ,,in Abrede gestellt'' würde. Tatsächlich wird jedoch von den ,,Gewaltfreien für das Leben'' eine eindeutige Positionsbestimmung zum § 218 — soll er bleiben, abgeschafft oder verschärft werden — vermieden. Lieber wird darauf verwiesen, daß berühmte Friedenskämpfer ebenfalls Abtreibungsgegner waren bzw. sind: Franz Alt, die Brüder Berrigan und Mahatma Ghandi z. B.

Die derzeitigen Angriffe auf abtreibende Frauen werden mit keinem Wort erwähnt, eine Diskussion darüber abgeblockt mit dem Hinweis, jetzt gehe es ums Grundsätzliche und um Utopien. ,,Alternative, gewaltfreie Schwangerschaftskonfliktlösungen'' sind auch hier gefragt. Gemeint sein kann mit diesem merkwürdigen Begriff ja wohl nur das erzwungene Austragen einer ungewollten Schwangerschaft — das jedoch ist und bleibt ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und ein Angriff auf die Würde der Frau. Das ist und bleibt (staatlich verordnete) Gewalt gegen Frauen!

Die ,,Lebenspartei'' und der § 218

Seit einigen Wochen hat der Landesverband der GRÜNEN NRW, ein Verband übrigens, der als einer der ersten in der GRÜNEN Partei in sein Programm die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 aufgenommen hat, einen neuen Vorstandssprecher, der sich für die Beibehaltung des bestehenden Abtreibungsparagraphen ausspricht. Nicht nur, daß Hartmut Regenstein diese Position als explizit grüne ausgibt — er streitet seit einiger Zeit auch in seinem Kreis- und Landesverband mit missionarischem Eifer für den ,,Schutz des ungeborenen Lebens''.

Als Ende 1983 Frauen bei den GRÜNEN angesichts der sich verstärkenden Angriffe von Rechts gegen den § 218 auch in NRW eine neue Diskussion um die Notwendigkeit der ersatzlosen Streichung und die Dringlichkeit einer grünen § 218-Politik initiierten, engagierte sich u.a. Hartmut Regenstein mit Erfolg dafür, daß die dann verabschiedete Resolution der Landesdelegiertenversammlung die Forderung nach ersatzloser Streichung nicht enthielt. Stattdessen werden verschiedene familienpolitische Maßnahmen gefordert, die ,,ungeborenes Leben schützen'' sollen.

In einem Papier zu dieser LDV stellt Regenstein an die Grünen gar die Geißler-Frage: *,,Ihr regt euch über jedes Robbenbaby auf, das getötet wird — wo bleibt euer Protest gegen die Tötung ungeborenen Lebens?''* Die Forderung nach ersatzloser Streichung stehe im Gegensatz zu dem Anspruch der GRÜNEN, *,,eine Lebensbewegung''* zu sein. *,,Geld und Wohlstand statt Zeit und Liebe für Kinder — das ist der Trend der Zeit. Fast ein Dritel der Kinder kommen mit Verhaltensstörungen in die Schule.''* Eigentlich ein Grund, nicht noch mehr ungewollte Kinder herbeizureden, für Regenstein hingegen kann die Freigabe der Abtreibungsparagraphen *,,bedeuten, daß sich*

gen kann die Freigabe der Abtreibungsparagraphen *,,bedeuten, daß sich*

Brutalisierungsprozesse gerade an den Schwächsten der Schwachen, den Kindern und dem ungeborenen Leben entwickeln.'' Die brutalen Frauen und die süßen kleinen Ungeborenen... Regenstein betont, kein Rechter zu sein, sondern aus dem links-alternativen Spektrum zu den GRÜNEN gekommen zu sein: *,,Ich bin 1977 ... auch bei Demonstrationen gegen den § 218 mitgelaufen mit dem Pappschild ,Ob Kinder oder keine — entscheiden wir alleine'. Es waren dann im wesentlichen Frauen, die mir klargemacht haben, daß es um beides geht: ,Schutz des geborenen und ungeborenen Lebens'.''* Schon wieder die Frauen ... Und außerdem, links hin, rechts her, ,, ... *geht es zentral um eine Wertediskussion, und die darf meiner Meinung nach nicht den Konservativen überlassen werden.''*

Um diese Diskussion offensiver zu führen, plant Regenstein mit einigen anderen aus dem Landesverband (u.a. Christa Nickels) eine Broschüre zum Thema ,,Wie kann ungeborenes Leben besser geschützt werden?'', die sich als ,,Gegeninformation zur Broschüre der Landesfrauen-AG versteht''.

Regenstein macht sich auch seine Gedanken über grüne Familienpolitik: *,,Verhütung, Abtreibung, Kinder ... gehen Mann und Frau gleichermaßen an.''* Deshalb dürfe es *,,Diskussions- und Entscheidungsmonopole''* in dieser Frage *,,nicht geben''.* Aber wenn es dann um die Aufzucht der Kinder geht, ist doch wieder nur gefragt: *,,Schaffung von Möglichkeiten, daß die Mutter die ersten zwei Jahre bei dem Kind bleiben kann (im Ausnahmefall der Vater)'',* was eine Abtreibung überflüssig machen soll.

Für den engagierten Über-Lebenskämpfer Franz Alt hat Regenstein viel Sympathie. Und überhaupt: nicht soviel Abgrenzung von CDU und Kirche wünscht er sich, denn: *,,Man muß gegenüber den Bischöfen und CDU-Politikern anders argumentieren. Gerade weil sie für den Schutz des ungeborenen Lebens sind, deshalb müssen sie auch für Abrüstung sein.''*

Daß jetzt einer der drei Vorstandssprecher des Landesverbands NRW der GRÜNEN eine deutliche Abtreibungsgegnerposition vertritt, heißt natürlich noch lange nicht, daß die NRW-Forderung nach ersatzloser Streichung damit aktuell zur Disposition steht. Aber es ist auch nicht zu unterschätzen, daß mit dieser Wahl das ohnehin schwache Engagement der GRÜNEN im Kampf gegen den § 218 alles andere als gesärkt wird. Außerdem: andere Mehrheitsverhältnisse können bei den GRÜNEN schnell entstehen ...

Wichtiger jedoch ist das Exemplarische dieses ,,Falles'': die ,,Lebensschützer''-Argumentation faßt Fuß vor allem dort, wo allzuoft die Moral über den politischen Verstand gestellt wird — und das ist sowohl bei Friedens- und Ökologiebewegung der Fall. Erschwerend kommt hinzu, daß diese Bewegungen sich zwar in der Regel — wenn auch mehr oder weniger diffus — auf die Frauenbewegung und

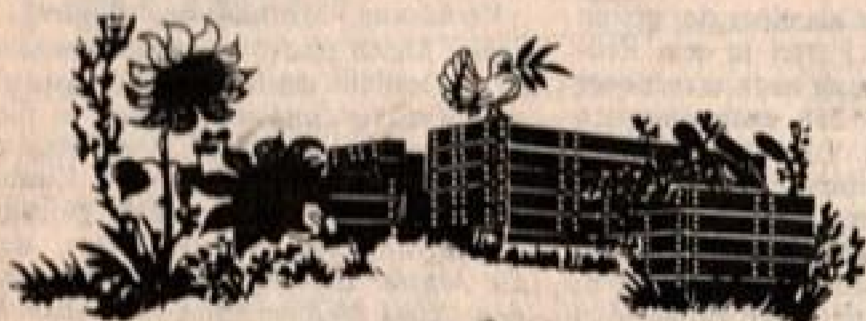
gel — wenn auch mehr oder weniger diffus — auf die Frauenbewegung und

deren Forderungen beziehen, eine politische Auseinandersetzung jedoch (auch mangels Engagement frauenbewegter Frauen) in den seltensten Fällen geführt wird. Hartmut Regenstein z.B. bekam erst Zoff, als Dortmunder §218-Frauen ihn in seinem Kreisverband zur Rede stellten. Wesentlich ist auch, daß diese Art von Diskussion die Auseinandersetzung um den § 218 entpolitisiert und das Entscheidende des Abtreibungsparagraphen gar nicht mehr behandelt: Die Fremdbestimmung der Frau, die Demütigung und Erniedrigung, die Frauen bei Abtreibungen immer noch erleben müssen.

Genossinnen aus NRW

Zitiert wurde, wenn nicht angegeben, aus folgenden Quellen:

— Franz Alt: Wir haben zu wenig Ehrfurcht vor dem Leben, 1984
— Graswurzelrevolution, 77 f.
— Rundbrief des Heidelberger Friedensladens, September 5/1984
— verschiedene Papiere des LV NRW und des Kreisverbandes Dortmund der Grünen



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

DIE GRUNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn
Bundeshaus
Fernruf 16-......7583......
Telex 885589 gruen d

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Zum Skandalthema der vergangenen Wochen, der Fußball-Europameisterschaft ohne Berücksichtigung Westberlins, erklären die Grünen im Bundestag — *„ohne die Funktionärskaste um Hermann Neuberger und die hierarchischen Strukturen des DFB verteidigen zu wollen":*

> „Auch ist ein Hermann Neuberger nicht in der Lage, das zu leisten, was diejenigen, die ihn angreifen, seit Jahrzehnten versäumen: nämlich konstruktive Bewegung in der Deutschland- und Berlinpolitik. Die BRD hat sich fest ins westliche Lager begeben und sich damit für Blockpolitik entschieden. Sie hat damit dazu beigetragen, daß Westberlin zunächst einmal Zankapfel und Spielball zwischen den Blöcken bleibt. Nun bei einem Randphänomen wie einer Fußballmeisterschaft darüber lautstark zu lamentieren, zeugt von Hilflosigkeit und Heuchelei zugleich.
> In Zeiten gesteigerter Konfrontation weisen die Grünen im Bundestag den Versuch der Regierungsparteien zurück, den Sport und andere gesellschaftliche Bereiche zum Instrument einer im Ansatz bereits verfehlten Deutschland- und Berlinpolitik zu mißbrauchen." (21.2.)

Dem Parlamentarischen Staatssekretär

Dem Parlamentarischen Staatssekretär im „innerdeutschen Ministerium", Hennig, für den Ostpreußen immer noch zu Deutschland gehört, ruft Fraktionssprecherin Antje Vollmer zu:

> „Die Zeit der Narren ist vorbei, Herr Hennig! Man kommt sich bald vor wie im Narrenhaus. Kaum zwei Wochen ist es her, daß die Debatte um das unselige Motto des Schlesiertreffens abgeebbt schien, da eröffnet ein parlamentarischer Staatssekretär aufs Neue die Grenzdiskussion, diesmal über die Staatszugehörigkeit und Zukunft Ostpreußens. Ob dieser Instinktlosigkeit, mit der die soeben mühsam gekittete außenpolitische Fassade der Bundesregierung wiederum durch einen Koalitionsvertreter leichterhand eingerissen wird, muß sich jeder an den Kopf fassen, wozu dieses Innerdeutsche Ministerium noch alles gut ist." (22.2.)

Staatssekretär Hennigs Auftritt beweise, wie dringlich die von den Grünen geforderte Auflösung des „Innerdeutschen Ministeriums" sei.

Zu der Bemerkung des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler, er sehe keinen Anlaß, den 8. Mai als „Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus zu feiern" und es wäre besser gewesen, „wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären", erklärt Waltraud Schoppe, Fraktionssprecherin der GRÜNEN IM BUNDESTAG:

> „Diese Bemerkung zeigt, daß in manchen Köpfen der Krieg offenbar noch nicht beendet ist. Voraussetzung für Entspannungspolitik ist nicht nur die Anerkennung bestehender Grenzen, sondern auch das Akzeptieren der Staatsform, die sich sozialistisch nennt, mag man auch noch so viel Kritik an ihr haben.
> Im Vorfeld des 8. Mai kriechen die kalten Krieger wieder aus allen Löchern. Erschreckend nicht nur für die osteuropäischen Staaten, sondern auch für alle hierzulande, die ein waffenfreies Europa wollen."

Einen „Eklat im Rechtsausschuß" des Bundestages hat es am 28.2. gegeben. Anlaß: das „Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge". Die CDU/CSU-Fraktion beantragte auf dieser Sitzung eine Ergänzung des Gesetzestextes um eine Klausel, die „unter einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft gegen Deutsche begangene Handlungen" einbezieht. Dazu erklärt die grüne Abgeordnete Christa Reetz:

> „Das Leugnen und die Verharmlosung der während Vertreibung an Deutschen begangenen Verbrechen wird damit den Verbrechen in den Konzentrationslagern gleichgesetzt.
> Die GRÜNEN IM BUNDESTAG haben den Gesetzentwurf abgelehnt. Sie argumentieren, daß sich der Gesetzentwurf nicht ausschließlich gegen den Neonazismus richtet, sondern sehr wohl auch entgegen seiner ursprünglichen Intention angewendet werden kann. Der Entwurf komplettiert ihrer Ansicht nach lediglich das staatliche Repressionsinstrumentarium unter gesellschaftlichen Bedingungen, in denen Teile der Bevölkerung mit Hilfe der vorherrschenden Ideologie nicht mehr integrierbar sind.
> In einer Zeit der Berufsverbote, „Anti-Terror"-Gesetze, der Pläne zur Einschränkung des Demonstrationsrechts, neuer Formen staatlicher Überwachung und Kontrolle, nicht zuletzt auch der Schaffung neuer staatlicher Gewaltformationen wie MEK-Sondertruppen und „Under-cover"-Agenten trägt es deshalb dazu bei, die Politik eines „autoritären Legalismus", autoritärer Herrschaft überhaupt zu fördern." (28.2.)

Mineralölsteuer erhöhen!

Die Einführung des Tempolimits 100 auf den Autobahnen der Schweiz begrüßt der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Dieter Drabiniok. Gleichzeitig weist er darauf hin, daß ein Tempolimit nur eine Sofortmaßnahme ge-

zeitig weist er darauf hin, daß ein Tempolimit nur eine Sofortmaßnahme ge-

gen das Waldsterben ist. Darüberhinaus sei es

> „unumgänglich, durch eine stärkere Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen. Der sofortige Ausbau des ÖPNV auf ein optimales Angebot — auch im ländlichen Raum und in Abend- und Nachtstunden — sowie die Senkung der Fahrpreise sind die Voraussetzungen, den Benutzungszwang des Autos abzubauen. Der Autoverkehr verursacht Kosten in Höhe von 65 Milliarden DM, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen, weil die Kosten nicht durch Mineralösteuer, Kfz-Steuer und Kfz-Versicherung gedeckt sind.
> Wenn das Verursacherprinzip im Straßenverkehr abgewendet werden soll, wie es die Bundesregierung in anderen Bereichen fordert, müßte die Mineralölsteuer um 1,- DM je Liter erhöht werden. Diese Erhöhung fordern wir in einem Stufenplan für die nächsten sechs Jahre bei parallel laufendem optimalen Ausbau des ÖPNV." (8.2.)

Grüne fordern Abbruch der Bauarbeiten am Schnellen Brüter in Kalkar

Zu seiner Großen Anfrage „Der Schnelle Nicht-Brüter in Kalkar (SNR 300) — ein Prototyp am Ende" erklärt der grüne Abgeordnete Eckhard Stratmann:

> „— Die vom Betreiber des SNR 300 beantragte Änderung des Reaktorkerns,
> — die weitere Steigerung der Baukosten,
> — ein erheblicher Natriumbrand auf der Reaktorbaustelle und die Abkehr der Betreibergesellschaft für den SNR 300 von der Technologie dieses angeblichen Prototyps
> machen eine erneute Beratung und Entscheidung des Deutschen Bundestages über den Kalkar-Reaktor erforderlich.
> 1. Mit der beantragten Kernänderung (Mark IA) wird das Schadenspotential der Anlage um das 3-fache gesteigert.
> 2. Neue notwendig gewordene Untersuchungen und Gutachten zur beantragten Kernänderung werden Überschreitungen der angestrebten Terminplanung zur Folge haben: keine 1. Teilbetriebsgenehmigung vor März/April 86. Dies wird möglicherweise zu einer weiteren erheblichen Verteuerung des SNR 300 führen.
> 3. Mit der beantragten Veränderung wird der SNR 300 offenkundig zum Schnellen Nicht-Brüter. Damit entfällt ein wesentlicher Teil seines Prototypcharakters, nämlich Brennstoff zu erzeugen.
> 4. Die Schnelle-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH (SBK) orientiert sich in ihren Planungen für den SNR 2 an der französischen Baulinie. Damit geht die Prototypfunktion vom Kalkar-Reaktor auf den französischen Phenix-Reaktor über. Es entfällt endgültig jeder Schein einer öffentlichen Förderungswürdigkeit für den SNR 300.
> 5. Der Schnelle Nicht-Brüter hat zugegebenermaßen keinen Sinn für eine billige Stromversorgung. Er macht nur noch Sinn als nukleare Sprengstoffabrik für hochwaffenfähiges Plutonium.
> 6. Der Natriumbrand auf dem Kalkar-Reaktor als auch neueste Vorkommnisse im Natriumkreislauf beim Super-Phenix erweisen die Unsicherheit der Natrium-Technologie. Sie machen darüberhinaus die Beteiligung des Bundes am Betriebsrisiko zu einem unkalkulierbaren finanziellen Abenteuer." (26.2.)

Gezählt wird nicht!

Für „rechtswidrig und überflüssig" halten die Grünen die „kleine Volkszählung", den Mikrozensus:

> „In der zwangsweisen Erhebung durch den Mikrozensus sehen die Grünen im Bundestag vor allem eine obrigkeitsstaatliche Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Volkszählung auch rechtswidrig ist. Darauf haben einige Experten ebenso hingewiesen wie auf die Gefahr einer Verfälschung des Erhebungsergebnisses, wenn nur geringe Prozentanteile der Bevölkerung aus Protest falsche Angaben machen würden. Die Bürgerinnen und Bürger sind eben keine willfährigen Informationsobjekte und -lieferanten mehr." (25.2.)

Gegen Teilnahme am „Notparlament"

> „Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat auf ihrer heutigen (26.2.) Fraktionssitzung beschlossen, daß kein Vertreter der grünen Fraktion an der im Rahmen der Wintex-Cimex-Übung geplanten Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses nach Paragraph 33 a (Notparlament) teilnehmen wird. Der Abgeordnete Schily erklärte nach dieser Entscheidung, daß damit keine Grundlage mehr für seine weitere Mitarbeit in dem Gemeinsamen Ausschuß bestehe. Er legte seine Mitgliedschaft in dem Gemeinsamen Ausschuß nieder. Die Entscheidung der Fraktion gilt zunächst nur für die diesjährige Wintex-Cimex-Stabsübung. Eine generelle Entscheidung über die Besetzung des ihnen zustehenden Sitzes im Gemeinsamen Ausschuß und die Teilnahme an weiteren, ähnlich gearteten Operationen will die Fraktion der Grünen in einer gesonderten Sitzung entscheiden.
> Strittig in der Debatte war, inwieweit eine Absage an die Stabsübung den Vertreter der Grünen in der Gemeinsamen Kommission von wesentlichen Informationen abschneiden würde. Nach mehrheitlicher Auffassung der Grünen würde jedoch eine Beteiligung an den Kriegsspielen des Gemeinsamen Ausschusses lediglich zu Illusionen darüber führen, daß im Falle eines Krieges das Überleben und der Schutz der Bevölkerung sicherzustellen seien. An der Pflege solcher Illusionen werden sich die Grünen nicht beteiligen."

Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts!

In den am 1.3. von den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Westberlin in den Bundesrat eingebrachten Entwürfen zur Änderung des Asylverfahrens sehen die Grünen im Bundestag eine „unerträgliche Verengung und schrittweise Aushöhlung des Asylrechts":

> „1. Die Zwei-Wochen-Frist zur Stellung eines Asylantrags steht im Widerspruch zur Rechtsauffassung des Bundesverwaltungsgerichts. Dieses hat zuletzt im Juli 1984 darauf hingewiesen, daß Flüchtlingen eine angemessene Zeit zur Orientierung im Zufluchtsland zugestanden werden muß. Selbst die notwendigste Orientierung im Dickicht der Bürokratie ist in einem derart kurzen Zeitraum nicht möglich.
> 2. Die in den Gesetzesinitiativen ausgedrückte Forderung, daß die Gewährung des Asylstatus alle zwei Jahre von neuem geprüft werden soll, verhindert jegliche Form von Lebensplanung der anerkannten Flüchtlinge. Die Angst, daß dieses „Asyl auf Zeit" widerrufen werden könnte, verunsichert die Flüchtlinge in ihrer sozialen und rechtlichen Stellung in menschenunwürdiger Weise. Auch den Landesregierungen von Berlin, Bayern und Baden-Württemberg sollte bekannt sein, daß politische Flüchtlinge in der Regel nicht länger unbedingt erforderlich in der Bundesrepublik bleiben.
> 3. Die Verschärfung des Asylrechtsverfahrens wird schließlich u.a. damit begründet, daß die Anzahl der Asylbewerber in letzter Zeit enorm angestiegen sei. Tatsache aber ist, daß die Anzahl der Asylbewerber gegnüber 1980 von 108.000 auf 35.000 im letzten Jahr gesunken ist, nachdem sie vorübergehend 1983 sogar den Tiefstand von 20.000 erreicht hatte. Zudem bietet die Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerung immer noch weit weniger politischen Flüchtlingen Asyl als viele vergleichbare europäische Länder."

Grüne reisen in die DDR und »überdenken« ihre Deutschlandpolitik

Sieben grüne Frauen, angeführt von Waltraud Schoppe, sind Ende Januar auf Einladung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands in die DDR gereist. Zweck der Reise war von grüner Seite ein „reger Informations- und Meinungsaustausch, vor allem in frauenpolitischen Fragen" (Pressemitteilung vom 16.1.). Der „offizielle" Reisebericht von Birgit Arkenstette (Grünes Bulletin Februar/März 85) kommt zu einem geteilten Resümee. „Eindrucksvoll" findet die Berichterstatterin die Sozialpolitik der DDR — *„breites Angebot an Krippen und Kindergärten oder die weitreichende Versorgung der Menschen in Kantinen oder Großküchen"* — die es 93 % aller erwerbsfähigen Frauen ermögliche, zu lernen, zu studieren oder zu arbeiten. Andererseits hatten die grünen Frauen den *„Eindruck, daß Frauenpolitik in der DDR der Politik der Entfaltung der Produktion untergeordnet wird und daß auch in der DDR die Arbeitsteilung nach Geschlecht stattfindet". — „Und wenn uns zum Thema der drastischen Unterrepräsentanz von Frauen in führenden Funktionen gesagt wurde, es seien Männer an der Macht, die auch gut für Frauen sorgen, standen uns die Haare zu Berge."*

Immerhin hielten die grünen Frauen es für lohnend, die DDR-Kontakte weiterzuentwickeln, und luden den DFD zu einem Gegenbesuch ein.

Auf die in den Gesprächen mit Vertretern des DFD, des SED-Politbüros und des FDGB deutlich gewordenen Differenzen in der Frage von Frieden und Abrüstung geht der Bericht nicht ein. Namentlich die Delegationsleiterin Waltraud Schoppe hat auf einer Pressekonferenz in Berlin/DDR scharfe Angriffe gegen ihre Gastgeber gerichtet: Dort *„verurteilte sie die ‚Schießbefehle an der Grenze' und die Tatsache, daß den ‚autonomen Friedensgruppen in der DDR kein Raum' gegeben werde. Die Antworten der DDR-Vertreter (...) hätten sie ‚ein bißchen traurig gestimmt'"* („FR", 26.1.). Weiter sprach sie vom *„‚aggressiven Anspruch der UdSSR', die eine Rüstung betreibe, die nicht nur nach Gleichgewicht strebe, sondern auch einen Angriffskrieg möglich mache"*. (ebd.).

Die DKP-Zeitung „UZ", die dem Besuch u.a. einen Artikel auf ihrer Titelseite (26.1.) widmete, hat die meisten dieser „Unhöflichkeiten" taktvoll verschwiegen. Für sie ist entscheidend, daß die Grünen „in manchen Punkten der SED näher als Kohl" seien (Überschrift, die auf einer Interviewäußerung von Waltraud Schoppe beruht). Selbstverständlichkeiten wie das Eintreten der Grünen „für die Anerkennung der DDR, für den Grenzverlauf in der Mitte der Elbe und für die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften" werden in der „UZ" fettgedruckt.

„Über die Schwierigkeiten mit dem Dialog"

Der demnächst aus der Bundestagsfraktion hinausrotierende deutschlandpolitische Sprecher der Grünen, Dirk Schneider, hat aus Anlaß (und vor Beginn) der DDR-Reise der sieben Frauen noch eimmal die grundlegende Problematik grüner Ostkontakte zusammengefaßt. In der monatelangen Vorbereitung dieser Delegation habe sich *„bei einigen mit dem Thema Befaßten die Erkenntnis durch(gesetzt), daß die im Spätherbst 83 gegen Mitglieder und Mandatsträger der Grünen von der DDR praktizierte unerklärte Einreisesperre mit Fehlern einiger Grüner im Umgang mit der DDR zusammenhängen müsse, die nach dem Gespräch einer grünen Delegation mit Honecker (31.10.84) in bezug auf die Durchführung einer Aktion am 4.11. in Berlin (DDR) gemacht worden waren. Damals hatte vornehmlich Lukas (Beckmann; Anm. AK) abweichend von den Absprachen der Kirchenleute und der Friedensbewegten in der DDR die geplante Petitionsübergabe an der USA- und der UdSSR-Botschaft via West-Medien zu einer öffentlichen Demonstration hochgespielt, die die DDR natürlich prompt als Einmischung in ihre Angelegenheiten unterdrückte."* Die Diskussion um die Bewertung dieser Vorgänge sei von den Grünen nie zu Ende geführt worden. Es hätten lediglich „bittere Hickhacks" stattgefunden, in deren Verlauf er selbst als „Russenknecht" und „Ständiger Vertreter der DDR in der Fraktion" beschimpft worden sei.

In der Reise der grünen Frauendelegation sieht Dirk Schneider einen Fortschritt. *„Neben den grundsätzlichen Motiven hat die Fahrt auch den taktischen Nebengedanken, DDR-Stellen deutlich zu machen, daß wir durchaus daran interessiert sind, mit gesellschaftlichen Institionen Kontakte zu pflegen."* Gleichzeitig weiß er, daß diese Kontakte in grünen Kreisen — Ost wie West — nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen: *„Dies wird von manchen Grünen und einigen Freunden in der DDR als Anbiederung an die staatliche Seite mißdeutet oder gar als Verrat an grünen Prinzipien."* Insbesonders scheint das für die Sympathisanten der Grünen in der DDR zu gelten, bei denen — so vermutet Dirk Schneider — derzeit Überlegungen angestellt werden, *„in der DDR eine eigene grüne Partei zu gründen oder vielleicht auch eine ‚Filiale' der Bundespartei ‚Die Grünen'."* Dirk Schneider warnt vor einem „direkten Politikexport in die DDR" und deutet an, welche Positionen zur deutschen Frage unter den DDR-„Grünen" dominieren: *„Die Gruppe in Ostberlin hat nach meinem Eindruck klar die Zukunftsvorstellungen der ‚Berlin AG' der AL favorisiert, die sich um die Stichpunkte Konföderation, Friedensvertrag, Paktfreiheit drehen"* und die er *„wegen ihrer nationalistischen Tendenzen, Überbetonung juristischer und staatspolitischer Argumentation und des idealisierten Möchtegern-Wiedervereinigungsbildes, das den Zielhintergrund bildet"* kritisiert.

Das Hineinwirken der mit dem „Betroffenen"-Bonus ausgestatteten DDR-„Grünen" in die grüne Bundespartei hat Dirk Schneiders schon immer umstrittene Position als deutschlandpolitischer Sprecher weiter geschwächt und seinen eher „gesamtdeutsch" orientierten Widersachern neuen Auftrieb gegeben: *„Die Gruppe aus Ostberlin hat in einem Brief an die Bundespartei, von dem einige Auszüge einigen Leuten bekannt gemacht wurden, mich kritisiert, Petra* (Kelly; Anm. AK) *verlangt ein Überdenken der grünen Deutschlandpolitik und auch Lukas* (Beckmann; Anm. AK) *fordert die verstärkte Beschäftigung mit dem Thema. Ich hoffe, wir machen das gemeinsam und nicht wieder gegeneinander oder aneinander vorbei."*

Aus dem sachlich-konstruktiven Miteinander wird wohl nichts werden. Zu den Überdenkern grüner Deutschland-Politik hat sich auch Joschka Fischer gesellt, der sich — so die „taz" (4.3.) — nach der Rotation „vor allem ins Konzeptionelle der Außenpolitik stürzen" wolle. Fischer: *„Zur Deutschland- und Ostpolitik habe ich einen Kopf voller Ideen, die ich dann in Ruhe ausarbeiten will."* Zu diesen noch auszuarbeitenden Ideen gehört auch die, *„daß noch jedes Volk, jeder Staat, jede Generation ohne Traditionen, ohne Ehre, nationale Zwecke und eine, meinetwegen, ihr zugeordnete Spiritualität nicht auskommt"* (Joschka Fischer, „Von grüner Kraft und Herrlichkeit", S. 49).

Friedhelm Tielesch

Alternatives Staatsprogramm für den Frieden

Die Friedenspolitik der AL Westberlin

Im Unterschied etwa zum Bereich Berlin- und Deutschlandpolitik lag der Mitgliedervollversammlung (MVV) der AL für die Programmdiskussion zur Wahl nur ein Entwurf für das Wahlprogramm vor, der von den verschiedenen Strömungen quasi ausgemauschelt worden war. ,,Ausgemauschelt'' deshalb, weil er von vorneherein unter dem Aspekt eines A-priori-(Muß-) Konsenses konzipiert wurde. Diese Art der Konsensbildung, die nicht Resultat eines argumentativen Streits ist, scheint zumindest im Friedensbereich ebenso ein elementarer Bestandteil der politischen Kultur zu sein wie die Scheu der Gesamt-AL vor politischen Kampfabstimmungen. Dementsprechend trägt der Formelkompromiß eine Art Warenkorbcharakter, aus dem sich jede Strömung ihre ,,Rosinen'' herauspicken kann und ist letztlich auch für Widersinnigkeiten im Programm verantwortlich.

Die MVV fügte dem Entwurf gegen den Widerstand von Kräften eher sozialdemokratischen Politikverständnisses die Forderung ,,Raus aus der NATO'' zu; eine Verschärfung der Airland-Battle-Passage erhielt ebenso die Mehrheit wie die Streichung der Forderung nach einer alternativen (konkret: sozialen) Landesverteidigung.

Die Einschätzung der Friedensbewegung

Im verabschiedeten Programm bestätigt die AL sich und der Friedensbewegung, eine Veränderung der politischen Landschaft bewirkt zu haben. Zwar habe der Beschluß zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Millionen von Menschen enttäuscht und tief beunruhigt. *,,Aber weil die Bedrohung weiter wächst, wird auch der Widerstand gegen diese Bedrohung weitergehen und größer werden.''* (Alle Zitate, soweit nicht anders vermerkt, aus dem Wahlprogramm '85). Zumindest der letzte Teil des Satzes ist falsch, doch geht das Feiern vermeintlicher und falscher Erfolge weiter.

,,Der wohl größte Erfolg der Friedensbewegung besteht darin, den sicherheitspolitischen Konsens der BRD und Westberlins grundlegend infrage gestellt und das Monopol des Staatsapparates und der etablierten Parteien in Fragen der Außen- und Militärpolitik durchbrochen zu haben.''

Zweierlei ist an dieser Erfolgsmeldung bemerkenswert. Zum einen die völlige Blindheit gegenüber der Kehrseite der Erfolgsmedaille: dem Nationalismus großer Teile innerhalb der Friedensbewegung, der in alternativen Verteidigungskonzepten und Appellen Heilbronner Art seinen stärksten Ausdruck findet. Es ist erlaubt, darüber zu spekulieren, ob sich diese Blindheit nicht dem Umstand verdankt, daß große Teile der AL sich selbst als die besseren Sachwalter ,,nationaler Interessen'' verstehen!

Allemal interessanter ist allerdings das Politikverständnis, das sich (nicht nur) in obiger Passage dokumentiert.

Dieses fixiert sich weitgehend auf die staatliche Ebene oder anders formuliert: auf die Ebene parlamentarisch-demokratischer Herrschaftsausübung. Man will wesentliche Fragen nicht Staat und Etablierten, *,,die Verantwortung* (!) *nicht den Regierenden überlassen''*; dabei ist der Kampf *,,natürlich* (!) *darauf ausgerichtet, die Politik der Regierenden zu verändern.''* Entsprechend werden Verhandlungen, Abkommen etc. verlangt, die sich an ,,die staatliche Ost-West-Politik'' richten.

Und diese Fixierung auf die staatliche und zwischenstaatliche Ebene erfolgt nicht trotz der Orientierung auf außerparlamentarische Bewegung, sondern wegen deren eigentümlicher Art: Ohne den Wert von Parlamentsarbeit und zwischenstaatlichen Verhandlungen und Abkommen bestreiten zu wollen — im Bemühen um konstruktives Mitmachen wird in der Pose des alternativen Staatsmannes die Friedensbewegung auf die (fiktive) Position staatstragender Verantwortung eingeschworen: Was würden wir an Stelle des Regierungschefs, des Verteidigungsministers tun?

Konsequenterweise orientiert man die außerparlamentarische Bewegung nicht dahin, die Loyalität gegenüber Staat und Politik (und nicht nur gegenüber ,,den jeweiligen Regierungen''!) aufzukündigen und den verantwortlichen Politikern die ökonomischen Mittel für die Kriegsvorbereitungen zu entziehen; vielmehr wird das außerparlamentarische Standbein der parlamentarischen Durchsetzbarkeit von Forderungen untergeordnet.

Die friedenspolitische Alternative der AL

Der zentrale Gedankengang der friedenspolitischen Konzeption besteht darin, das ,,System der Abschreckung'' und die Blockkonfrontation zu überwinden. Träger des Überwindungsprozesses seien die blockübergreifenden Friedensbewegungen in Ost und West, deren Ziel in der Auflösung der Militärblöcke in einer gesamteuropäischen Friedensordnung bestehe.

Im analytischen Teil, der sich mit den Ursachen der Kriegsgefahr beschäftigt, schlägt sich der Formelkompromiß in drei disparaten Erklärungsmustern nieder. Für jeden etwas.

1. Die Existenz bzw. die Anhäufung von Waffen sei Grund der Kriegsgefahr. *,,Wie immer man die Ursachen des Wettrüstens einschätzt, die immer weiter vorangetriebene konventionelle, atomare und chemische Aufrüstung in beiden Blöcken erhöht die Kriegsgefahr in Europa.''* — Die bloße Anhäufung von Waffen kann nicht der Grund sein. Ohne diejenigen, die die Waffen als Mittel ihrer Zwecke befehlen, stehen diese Waffen in der Gegend herum und verrotten.

2. Das (als Quasi-Subjekt agierende) ,,Abschreckungssystem'' in Gestalt seiner beiden äquivaltenten Protagonisten, des näheren deren ,,Sicherheits''-Doktrinen führten zum Krieg.

,,Die herrschenden ‚Sicherheits'-doktrinen führen zum Krieg. Seit zwanzig Jahren wird die Zustimmung der Bevölkerung mit der Lüge erkauft, daß das Gleichgewicht der nuklearen und konventionellen Abschreckung ‚Sicherheit' garantieren würde. Der grundlegende Widerspruch dieser Militärdoktrin liegt darin, daß sie die Zerstörung dessen vorbereitet, was sie zu sichern vorgibt. (...) Die wichtigste Legitimation für jeden Aufrüstungsschritt der NATO und der WVO ist die Aufrechterhaltung des atomaren (oder konventionellen) Gleichgewichts. Das ‚Gleichgewicht des Schreckens' zwischen USA und SU bedeutet die Fähigkeit der gegenseitigen totalen Zerstörung. Aus diesem ‚atomaren Patt' auszubrechen, steht im Mittelpunkt der US-Politik. Die Androhung des gemeinsamen Untergangs ist den USA zu unglaubwürdig; sie wollen sich aus dieser Zwangsjacke der ‚lähmenden Selbstabschreckung' befreien.''

Zunächst springt der Mystizismus ins Auge: Doktrinen werden zu Subjekten der Kriegsgefahr stilisiert, obgleich es die verantwortlichen Politiker sind, die in Verfolgung ihrer Zwecke die Kriegsgefahr heraufbeschwören.

Dabei leistet sich das Programm einen grundlegenden Widerspruch. Die herrschenden Sicherheitsdoktrinen führen zum Krieg, wird behauptet und zugleich dementiert, indem darauf hingewiesen wird, daß der o. g. Widerspruch (Zerstörung des zu Sichernden) zu einer Selbstabschreckung führt, mithin den Krieg verhindert — weshalb die USA diese Doktrin auch aufkündigen.

An dieser Stelle wird — als 3. Erklärungsmuster — endlich Roß und Reiter sowie die Richtung des Rittes genannt. Diese geht auf ,,ein offensives Konzept zur militärischen Zurückdrängung und Erpressung der Sowjetunion und zur erzwungenen Veränderung ihres Gesellschaftssystems.''

Von der Abschreckungslogik ...

Obgleich die USA und der NATO-Partner BRD sehr ,,einseitig'' ihre ,,gebührende Würdigung'' erfahren, besteht die Quintessenz des Programms in der an der Supermachtstheorie orientierten Version der Kritik der Abschreckung.

,,Wir müssen das Denken in den Begriffen der Abschreckung, des militärischen Gleichgewichts und der Konfrontation der Blöcke verlassen. Nur eine Strategie der einseitigen Abrüstung kann eine neue Politik einleiten, die Kriegsgefahr überwinden und zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung führen.''

Die zweiseitig ausgerichtete Kritik des Abschreckungs- und Gleichgewichtsdenkens hebt sich selbst in eine sehr einseitige Richtung auf: Da alleine die SU sich im Rahmen der Abschreckungslogik bewegt — *,,Sie versucht, im Gegensatz* (!) *zu den USA, das atomare Patt aufrechtzuerhalten''* — kann auch nur sie der Adressat dieser Kritik sein.

Mag es auch gutgemeint sein, zuende gedacht zeigt ein solches Konzept Konsequenzen, die dem NATO-Programm gleichen. Der Ausstieg aus dem Abschreckungssystem dürfte zumindest bei der Reagan-Administration Beifall finden. Dern ,,star war''-Programm ist ausdrücklich als ,,Alternative zur Abschreckung'' (C. Weinberger) gedacht und folgt auch einer Strategie einseitiger Abrüstung — des Gegners!

Somit hätte die AL ,,die größte Friedensbewegung der Welt'' (NATO-Selbstverständnis) zum Bündnispartner. In seinem Streben (nicht nur) Europa neu zu ordnen, ist dieser wahrhaft blockübergreifend, schreckt er doch vor keiner Grenze zurück, vor allem wenn sie Richtung Osten liegt.

... mit der Strategie der einseitigen Abrüstung ...

Selbstverständlich will die AL keine NATO-Politik betreiben. Den oben bereits aufgezeigten Widerspruch zwischen Absicht und Folgen des Konzeptes entwickelt das AL-Programm allerdings weiter, wenn es als Einstieg in den Ausstieg aus dem Abschreckungssystem folgende Handlungsperspektive vorschlägt: *,,Die Strategie einseitiger Abrüstung in Ost und West. Die internationalen Friedensbewegungen fordern ihre jeweiligen Regierungen auf, daß im eigenen Land zuerst* (!) *und unwiderruflich Schritte zur Abrüstung getan werden.''*

Eine einseitige und auf jeder Seite zuerst stattfindende Abrüstung ist eine offenkundige Absurdität. Der Beginn einer Abrüstung in Ost und West, soll er einseitig erfolgen, kann nur eine Abrüstung in Ost und West sein.

Die gleiche Forderung (einseitige Abrüstung) produziert, an Ost oder West gerichtet, jeweils ungleiche Effekte: Bezogen auf den Westen käme sie einer Schwächung der auf Zersetzung des gegnerischen Lagers gerichteten NATO-Politik gleich, würde die Kriegsgefahr also verringern; bezogen auf den Osten betriebe sie eben diese Zersetzung. Eine einseitige Abrüstung des Ostens kommt einer Einladung an die NATO gleich, ihre Freiheit nach Osten zu exportieren, wobei weder der ,,friedliche'' noch der kriegerische Export eine angenehme Alternative zum Status Quo darstellt.

,,Bei uns'', auf Seiten der NATO, hat die bedingungslose Abrüstung also zu beginnen. Ohne diesen Zusatz verfehlt die von der AL zum Ei des Kolumbus erklärte ,,Strategie der einseitigen Abrüstung'' ihren Sinn für die Friedensbewegung.

... zur gesamteuropäischen Friedensordnung

Als Ziel geht es dem Programm um die Auflösung von NATO und WVO *,,sowie um eine Neudefinition der außenpolitischen Funktionen der beiden deutschen Staaten in einer gesamteuropäischen Friedensordnung.''*

Und weiter: *,,Da wesentlich unter den gegenwärtigen* (!) *Verhältnissen die Anerkennung des territorialen Status Quo in Europa ist, so streben wir doch eine Zukunft an, in der die Nationalstaaten in einem basisdemokratischen, gewaltfreien und selbstbestimmten Zusammenleben aller Menschen überwunden werden.''*

So schön die basisdemokratische, gewaltfreie und selbstbestimmte Sonne Europas auch scheint, wie weit reichen ihre Strahlen? Wer sind die Europäer bzw. wie weit reicht ,,Gesamteuropa''? Bis zum Bug oder gar bis zum Ural? Soll die Teilung Europas ganz alternativ durch die Teilung der Sowjetunion überwunden werden? Diese kommt bezeichnenderweise hier gar nicht vor.

An diesem Punkt drängt sich förmlich der Vergleich mit einer anderen Sorte von Politik auf, die gleichfalls auf eine Neuordnung Europas zielt. Solange die AL nicht konkretisieren kann, wie eine emanzipatorische Überwindung von Nationalstaaten in Europa vonstatten geht, fehlt die eindeutige Abgrenzung vom imperialistischen Ziel der Neuordnung Europas in Frieden und Freiheit, vom ,,Europa freier Völker''. Und dieses Ziel ist angesichts der real existierenden Sowjetunion ohne Krieg nicht zu haben!

Für alle, die's nachmachen wollen: Man nehme die ideologischen Zutaten aller beteiligten Strömungen, füge einen Schuß Harmoniebedürfnis hinzu, rühre konsensbedacht um und serviere das Ganze auf Staatsmanns-Art: Friedenscocktail à la Frontstadt-Alternative!

Friedhelm Tielesch

Vierter internationaler END-Kongreß

Die vierte ,,Konferenz für Europäische Atomare Abrüstung'' (END-Konvention) findet vom 3.-6. Juli 1985 in Amsterdam statt.

Die vorhergehenden Konferenzen wurden in Brüssel (Juni 82), Westberlin (Mai 83) und Perugia (Juni 84) abgehalten. Amsterdam wurde als Tagungsort vor allem deshalb gewählt, weil die niederländische Regierung im November dieses Jahres endgültig über die Cruise Missiles-Stationierung entscheiden will und die niederländische Friedensbewegung somit der entscheidenden Runde im Kampf gegen die Stationierung entgegen geht.

Organisiert wird die Konferenz wie bisher vom Liaison Komitee, dessen niederländische Mitglieder — die Friedensorganisationen IKV, Pax Christi, Stoppt die Neutronenbombe und Frauen gegen Atomwaffen sowie die politischen Parteien PSP, EVP und PvdA — einen Kreis zur praktischen Vorbereitung zusammengestellt haben.

Als zentrale Themen sind — neben der Frage, wie die Raketenstationierung in den Niederlanden noch verhindert werden kann — vorgesehen: der ,,Dialog mit dem Osten'', das Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA sowie das Nord-Süd-Verhältnis.

Die Zahl der Konferenz-Teilnehmer/innen ist auf 1.200 begrenzt. Der westdeutschen Friedensbewegung sind etwa 150 Plätze zugeteilt worden. Die ,,Eintrittskarten'' wurden unter den Organisationen verteilt, die im Liaison-Komitee vertreten sind. Diese sollen selbst entscheiden, wem sie die ihnen zugeteilten Plätze zur Verfügung stellen.

Die offiziellen Koordinationsinstanzen in der BRD sind:

\+ die Grünen, c/o Lukas Beckmann, Collmantstraße 36, 5300 Bonn 1
\+ Isias, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1
\+ Alternative Liste Westberlin

Niederlande-Kommission

(Alle Informationen laut IKV-Sekretariat, Den Haag)

Türkei auf der Hannovermesse

Kein Folterstaat als Partnerstaat

Vom 17. bis 24. April findet in Hannover die größte Industriemesse der Welt statt. In einer Gemeinschaftsausstellung (in Halle 15) werden sich gut 120 Firmen und Institutionen aus der Türkei als Handelspartner anbieten und ausländische Unternehmen animieren, in das Geschäft mit dem Schwellenland im Vorzimmer der EG einzusteigen.

,,Aber wie die jetzt aufräumen, das ist ja beinahe noch schlimmer, als was die Nazis 1933 gemacht haben'', äußerte der ehemalige Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch nach einer Türkei-Reise im Mai 1984 (zit. n. ,,SZ'', 7.5.84). Innenminister Genscher hingegen qualifiziert die Teilnahme der Türkei an der Hannover-Messe als *,,wichtige(n) Schritt ..., daß eine demokratische Türkei den ihr zustehenden Platz in Europa einnehmen kann''* (zit. n. einer Sonderausgabe der rechten türkischen ,,Hürriyet'' zur Messe). Von Folter, Hinrichtung und Völkermord, von der fortschreitenden Verelendung der Bevölkerung — davon ist allerdings nicht die Rede, wenn es darum geht, die faschistische Militärdiktatur in der Türkei zum ,,demokratischen Partner'' aufzupolieren.



Schließlich geht es bei der Einladung an die Türkei um mehr als alleine die Sicherung unmittelbarer Konzerninteressen: Es geht um die Türkei als Brückenkopf der NATO im Nahen Osten, es geht um Radarstationen und die Ausrüstungsdepots für die ,,Schnelle Eingreifreserve'' der USA, es geht um strategische Positionen an der Grenze zur UdSSR und nicht zuletzt um ,,unser'' Öl. Vor allem deshalb unterstützt der BRD-Staat die faschistische Militärdiktatur Türkei alljährlich mit Militär- und Wirtschaftshilfe in Millionenhöhe.

Der türkische Ministerpräsident, Özal, wird höchstselbst mit einigen Ministern zur Eröffnung der Messe anreisen.

In angemessener Weise gewürdigt werden wird die Präsentation der Türkei auch von den Gegnern der dortigen Militärdiktatur. Neben vielen anderen Aktionen sind geplant:

— 17.4., nachmittags, Begrüßung von Özal vor der Stadthalle Hannover.
— 19.4., 19 Uhr, Raschplatzpavillon, Diskussionsveranstaltung u.a. mit Brigitte Heinrich (Mitglied der Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament), Jürgen Reents (Grünen-MdB), Vertreter der verbotenen Gewerkschaft DISK.
— 20.4., mittags, Großdemonstration; abends deutsch-türkisches Konzert.

KB/Gruppe Hannover

Fortsetzung von Seite 1

Britischer Bergarbeiterstreik:

Was für ein Kampf! Was für eine Niederlage!

Nach fast einem Jahr Streik endete der Kampf der britischen Bergarbeiter gegen die Zechenstillegungen am 3. März mit einer bitteren Niederlage. Doch so beispiellos wie dieser Kampf war auch die Einsicht in die Niederlage: Nicht auf den Knien, sondern hoch erhobenen Hauptes, selbstbewußt und kampfentschlossen ist die große Mehrheit der Streikenden wieder an die Arbeit gegangen. Tausende zogen in geschlossenen Demonstrationen mit ihren Gewerkschaftsbannern vorneweg, mit Musikkapellen und Transparenten in die Zechen und nahmen die Arbeit wieder auf. In Kellingley, der größten Zeche im Bezirk Yorkshire zogen mehr als 1.000 Bergarbeiter auf das Zechengelände und beschlossen dort einen „Ruhetag" einzulegen, um sich vom anstrengenden Streik zu erholen. An den staunenden Zechenmanagern vorbei zogen sie nach Hause und kamen erst am folgenden Tag wieder. „Flying pickets" hielten in Worsborough (Yorkshire) mehrere hundert Arbeiter auf, die mit dem NUM-Präsidenten Scargill an der Spitze an die Arbeit zurückkehren wollten. Da es gegen die Gewerkschaftswürde verstößt, Streikpostenketten zu passieren, wurde an diesem Tag die Arbeit nicht aufgenommen. In Schottland, Yorkshire und Kent wurde der Mehrheitsbeschluß der NUM-Delegiertenkonferenz nicht befolgt und versucht, den Streik weiterzuführen. Allerdings zeigte sich in wenigen Tagen, daß nur eine Minderheit dies als aussichtsreich ansah, so daß

zuführen. Allerdings zeigte sich in wenigen Tagen, daß nur eine Minderheit dies als aussichtsreich ansah, so daß

derzeit nur noch in einigen wenigen Zechen in Yorkshire und Kent gestreikt wird.

Solidarischer Streit in der NUM

Seit Jahresanfang wurde in der Bergarbeitergewerkschaft solidarisch darum gestritten, wie mit dem Streik weiter verfahren werden soll. Dabei gab es, so weit von außen erkennbar, etwa folgende Frontverläufe: Der NUM-Bezirk Süd-Wales, der geschlossenste während der gesamten Streikdauer (nur 2% der Bergarbeiter arbeiteten hier), sah angesichts der Härte von Regierung und Kohlebehörde, deren Bereitschaft auch Milliarden-Verluste für das Brechen des Streiks in Kauf zu nehmen und der Gefahr, daß darüber der Streik abbröckeln könnte, keinerlei Verhandlungschancen mehr. Er forderte deshalb den Rückzug so geschlossen wie möglich anzutreten, keinerlei Vereinbarung zu unterzeichnen, die die Schließung „unwirtschaftlicher" Zechen anerkennt und den Kampf dort wieder aufzunehmen, wo die Kohlebehörde konkret versucht, Zechen zu schließen. Diese Position erhielt am 3.3. eine knappe Mehrheit. Sie ist alles andere, als eine Unterwerfung unter die Ziele von Kohlebehörde und Regierung.

Dagegen stand die vor allem von Arthur Scargill mitvertretene Position, den Streik fortzuführen und unter Einbeziehung der Vermittlung des Gewerkschaftsdachverbandes TUC den Streik auf dem Verhandlungswege zu beenden. Diese Linie hatte mit dem — Scheitern der Vermittlungsgespräche am 20.2.85 keine Perspektive mehr. Zwar beschloß die NUM-Delegiertenkonferenz am 21.2. mit großer Mehrheit, den Streik fortzuführen, die Anerkennung der Behörden-Forderung nach Schließung „unwirtschaftlicher" Zechen abzulehnen, aber trotzdem weiter zu verhandeln. Doch nur kurz danach wurde dem mit der Ankündigung der Regierung, mit dieser Gewerkschaft keinerlei Gespräche mehr zu führen, der Boden entzogen. In den nachfolgenden zwei Wochen gingen hunderte Bergarbeiter resigniert in die Zechen zurück.

Die dritte Position konnte am 21.2. erstmals die Forderung verankern, die Arbeit nicht wiederaufzunehmen, bis alle 726 während des Streiks entlassenen Kollegen wieder eingestellt sind. Diese Position versuchte denn auch noch nach dem Streikabbruch-Beschluß den Kampf mit dieser Zielsetzung weiterzuführen, was von Beginn an wenig aussichtsreich war, da — wie nachfolgende Tabelle zeigt — dies bedeutet hätte, in allen Bezirken (bei einer Ausnahme) weiterzustreiken.

Auf jeden Fall heißt die Entscheidung nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht, daß die NUM damit die Forderung nach Amnestie aufgegeben hat.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Insgesamt 726 Bergleute wurden wegen Kohlediebstahls, Anwendung von Gewalt, Brandstiftung und Verletzung der Grubenbestimmungen entlassen. Die „Times" veröffentlichte am 5.3. die Liste der Entlassenen in den einzelnen Bezirken (nach Angaben der Nationalen Kohlebehörde):

TOTAL DISMISSALS*

Scotland	(14.400)	180
North-East	(24.500)	131
	(26 reinstated)	
N Yorks	(13.500)	24
Doncaster	(13.900)	76
Barnsley	(14.300)	28
S Yorks	(14.700)	40+
N Derbys	(11.100)	123
	(41 reinstated)	
N Notts	(17.000)	
S Notts	(13.700)	22
S Mids	(13.600)	50
Western	(19.100)	10
S Wales	(21.500)	42

*Workforce in brackets

Source: NCB

reinstated = wiedereingestellt

Die Resolution der NUM vom 3.3.85

„Der Bezirk Südwales der National Union of Mineworkers ruft das Nationale Exekutiv-Komitee dazu auf, der Nationalen Delegierten-Konferenz zu empfehlen: angesichts der Tatsache, daß
a) in allen Bezirken Mitglieder an die Arbeit zurückströmen, und
b) daß jetzt deutlich geworden ist, daß die Kohlebehörde keinerlei Absicht hat, irgendwelche Diskussionen mit der Gewerkschaft zu führen, bevor diese nicht das Dokument unterzeichnet, das der TUC der Gewerkschaft am 17. Februar vorgelegt hat, sollte die National Union die Rückkkehr zur Arbeit unserer Mitglieder, die noch im Streik sind, organisieren und einleiten. Dieser Arbeitsbeginn sollte am Dienstag, dem 5. März 1985 **ohne Unterzeichnung irgendeiner Übereinkunft** erfolgen.

Das Nationale Exekutiv-Komitee sollte aufgerufen werden, mit der Kohlebehörde auf nationaler Ebene über eine **Amnestie für die während des Streiks Entlassenen** zu verhandeln."



Kein Ende der Solidarität

Fast 10.000 Bergarbeitern drohen zum Teil schwere Strafen. Über 4.000 wurden im Verlaufe des Streiks verletzt, 4 starben im Zusammenhang mit dem Streik. Die Forderung nach Amnestie für die Entlassenen steht. Und schließlich: Die Überlegungen, die Zechenstillegungen durch gezielte Aktionen zu bekämpfen, haben begonnen.

Es gibt also viele Gründe, den Bergarbeiterstreik und seine Folgen wie auch seine Zukunft weiterhin finanziell zu unterstützen.

Kriminalisierung der Bergarbeiter

Die „Times" veröffentlichte am 5.3.85 die folgende Liste von Straftaten, die Bergarbeitern zur Last gelegt werden: Landfriedensbruch: 4.296 Fälle; Behinderung der Polizei: 1.682; Straßenbehinderung: 640; kriminelle Zerstörung: 1.015; Brandstiftung: 15; Angriffe auf die Polizei: 359; Körperverletzung: 424; schwere Körperverletzung: 39; Diebstahl: 349; Mord: 3; Widerstand gegen Festnahmen: 19; Besetzungen: 275; Einbruchdiebstahl: 31; Handel mit gestohlenen Waren: 1; Besitz von Drogen: 1; Zerstörung (verschiedene Vergehen): 13; Trunkenheit: 62; ungesetzliche Versammlung: 509; Aufruhr: 137; Vergehen gegen Eisenbahnen: 20; Aufhetzen: 1; leichtsinniges Fahren: 16; Verschwörung zur Begehung von Zerstörungen: 13; Sprengstoffanschläge: 3; Androhung zu töten: 5; ungesetzliches Einsperren: 2; andere Vergehen: 326.

BACK THE MINERS

Spendet nur auf die von der NUM autorisierten Konten!

Sammelkonto — eingerichtet vom Koordinationsbüro Wuppertal für die NUM (bei einem Guthaben von jeweils 5000,- DM wird das Geld nach England überwiesen)

Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal
(BLZ 330 101 11)
Kto.-Nr. 2015 123300
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

Miners Solidarity Fund
Co-operative Bank PLC
West Street
Sheffield
Account No. 3 000 000 9
Bank Code No. 08 - 90 - 75

Informationsbüro Britische Bergarbeiter,
c/o GEW, Haarhausstr. 1a, 5600 Wuppertal 1
Tel. 0202 — 30 38 01, MO—FR 10—12.30 und 15—17 Uhr SA 10—12.30 Uhr

2500 Gewerkschafter in Duisburg

Etwa 2.500 Besucher nahmen am 9. März in Duisburg an der Solidaritätskonferenz für die britischen Bergarbeiter teil. Sie solidarisierten sich damit auch bewußt mit der NUM und protestierten gegen die Distanzierungspolitik des DGB.

Peter Heathfield, NUM-Generalsekretär, **Joe Holmes**, NUM-Beauftragter in der BRD und **Ron Todd**, Generalsekretär der Transportarbeitergewerkschaft betonten übereinstimmend die beispielhafte internationale Bedeutung des Streiks für die Arbeiterklasse. *„Wir haben eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren"*, stellte Heathfield fest und kündigte die Einrichtung eines Solidaritätsfonds zur Unterstützung aller im Streik Gefeuerten an, aus dem sie und ihre Familien bis zur Wiedereinstellung finanziert werden sollen.

Joe Holmes, der in den 9 Monaten seines BRD-Aufenthalts viele Freunde und Sympathien gewonnen hat, kritisierte die Haltung des DGB und einzelner Gewerkschaften. Gleichzeitig bedankte er sich für die Solidaritätsarbeit vieler Gewerkschafter und der Unterstützungsgruppen. 439 Veranstaltungen sind über das Wuppertaler Koordinationsbüro organisiert worden und etwa 1,2 Millionen DM konnten gesammelt werden. Dazu kommen 900.000 DM der IG Metall, über deren Verwendung die NUM nichts weiß. 1,76 Millionen Tonnen Streikbrecherkohle sind nach Angaben der britischen Zollbehörden aus der BRD importiert worden, klagte er die Streikbrecherpolitik der Bundesrepublik an.

Janet Phillips von „Women against Pit Closures" betonte, daß es der Thatcher-Regierung trotz aller Brutalität nicht gelingen werde, die Liebe der Bergarbeiter zu ihren Familien, ihrer Gewerkschaft und ihrer Gemeinschaft zu zerstören.

Die bundesdeutschen Vertreter **Karl Grüner** (Bosch, Reutlingen), **Jochen Walbersdorf** (Hoesch, Dortmund) und **Hans Reppel** (Opel, Bochum) von der IGM sowie **Jürgen Söncksen** (Hapag Lloyd) und **Frank Bsierske** (Hauptvorstand) von der ÖTV registrierten übereinstimmend gewachsene Solidarität mit dem britischen Streik und eine positive Wirkung auf die bundesdeutschen Auseinandersetzungen in Betrieben und Gewerkschaften. Walbersdorf äußerte, daß die britischen Bergarbeiter für die europäische Gewerkschaftsbewegung mehr getan hätten, als jeder europäische Gewerkschaftsdachverband. Bsierske sprach vorsichtig den Verdacht aus, daß die Streikbrecherkohle aus der BRD nach den bisherigen Erkenntnissen überwiegend über die Ruhrkohle AG unmittelbar verladen worden sei, nicht aber von ÖTV-Gewerkschaften. Die Streikbrecherkollegen würden demnach in den Reihen der IG Bergbau zu suchen sein.





Peter Heathfield   Joe Holmes

Fundis und Erneuerer
Der 25. Parteitag der KPF

Sechs von den 142 ZK-Mitgliedern enthielten sich, drei von den 95 Gebietsverbänden lehnten gar das Grundsatzpapier des ZKs zum 25. Parteitag der KPF (6.-10.2.85) ab: sowas gilt innerhalb wie außerhalb der Partei als kleine Sensation. Immerhin muß man tatsächlich bis 1970 zurückgehen, um Vergleichbares vorzufinden: Damals, es ging um die Vorbereitung des 19. Parteitags, der in den Nachwehen des Prager Frühlings stattfand, lehnte das ZK-Mitglied Roger Garaudy die Befürwortung des zentralen Thesenpapiers ab. Diesmal verlief die Debatte zwischen sogenannten ,,Reformatoren'' (,,Erneuerern'') und ,,Fundamentalisten''. Von 1981 bis Juli 1984 war die KPF erstmals seit 36 Jahren wieder an einer Regierung beteiligt. Nach den Europa-Parlamentswahlen bildete Mitterrand seine Regierung um; Ministerpräsident wurde Laurent Fabius (anstelle von Pierre Mauroy). Kurz darauf verließ die KPF mit ihren vier Ministern das Kabinett.

Im September 1984 legte Generalsekretär Marchais dar, die KPF habe bereits seit 1982 (das heißt: seit Beginn der Spar- und ,,Modernisierungs''-Politik von Wirtschaftsminister Delors) die Regierungspolitik nicht mehr befürworten können.

,,Die gleichen Gründe, die uns 1981 veranlaßt haben, uns an der Regierung und der Mehrheit zu beteiligen, zwingen uns jetzt dazu, es nicht mehr zu tun'' ... ,,Die öffentlichen Unternehmen, die Banken werden nach den gleichen Kriterien geführt wie in der Vergangenheit und verhalten sich wie multinationale Privatfirmen. Die Rechte der Arbeiterklasse — alte wie neue — werden nicht beachtet oder in Frage gestellt. Ihre Vorschläge werden nicht beachtet. Sie werden vor vollendete Tatsachen gestellt, von Verhandlungen ausgeschlossen'' (,,Humanité'', Zentralorgan der KPF, 20.9.1984). Weiter Marchais: *,,Unser Austritt bedeutet keineswegs einen Rückschritt, einen Verzicht ... Wir halten uns bereit, um jede Maßnahme der Regierung zu unterstützen, die in die richtige Richtung geht.''* Ziel sei nun die Schaffung einer ,,Volksbewegung'', um *,,die kapitalistischen Privilegien und Denkweisen in der Betriebsführung, im Staat und in der gesamten Gesellschaft zu verdrängen''* (ebda.).



Unter anderem Marcel Rigout, früherer Minister für Berufsausbildung, und Pierre Juquin, Partei-Sprecher, der als Wortführer der ,,Erneuerer'' gilt, hatten sich für eine Fortsetzung des Regierungsbündnisses ausgesprochen.

,,Einem immensen historischen Besitzstand und Tausenden zum Kampf entschlossenen Kommunisten stehen 6,2 % Anteil an den eingeschriebenen Wählern gegenüber, der seit sechzig Jahren niedrigste Stand, eine Überalterung der Wähler, ein starker Rückgang der Mitglieder, ein Einsturz der Beitragszahlungen, eine Presse, die Gefahr läuft, immer weniger gelesen zu werden. Die interne Diskussion ist erlahmt, wir haben unsere Identität und unsere Glaubwürdigkeit verloren'', schrieb Juquin (,,Humanité'', 9.1.85). *,,Wie kommt es, daß die Partei seit mehr als 20 Jahren hinter der Entwicklung herhinkt, daß sich die Parteiführung in einem derartigen Ausmaß täuschen konnte? Wer könnte heute noch behaupten, daß sie recht hat?''*

Die Loslösung der KPF von den Ländern des ,,realen Sozialismus'' müsse eindeutig sein, damit stehe und falle die Glaubwürdigkeit der Partei. Das hatte Rigout bereits im letzten Sommer so gefordert. So wie die Partei sich darstelle, könne sie auf die Jugend keine Anziehungskraft ausüben: für die Jugendlichen gelte meistens die Formel: KPF = UdSSR = Gulag. Gerade in dieser Hinsicht sei die italienische Schwesterpartei PCI vorbildlich. Rigout sprach sich für eine ,,Kulturrevolution'' innerhalb der Partei aus und forderte mehr oder weniger nachdrücklich Marchais' Kopf, weil er ,,der Mann der Niederlage'' sei (,,LM'', 1.7.1984). Juquin, der sich eine ,,erneuerte, aber keine aufgelöste'' Partei wünscht (,,Libération'., 9.2.1985), zieht die ,,Selbstverwaltung'' dem ,,demokratischen Zentralismus'' vor. Die Debattenfreudigkeit sei den Kommunisten, was der Sauerstoff den Menschen ist (,,LM'', 10.2.1985).

Letztendlich wurde auf dem Parteitag die Resolution des Zentralkomitees bei 65 Enthaltungen von knapp über 1.600 Delegierten angenommen. Marchais erklärte dort: *,,Wir haben den Fragestellungen des 20. Parteitages der KPdSU eine nur restriktive Interpretation gegeben ... Lange Zeit haben wir weiter den sowjetischen Sozialismus als Modell genommen ... Wir sind lange weiter von der Führungsrolle der KPdSU ausgegangen ... Wir haben uns zu spät mit den spezifischen Fragen des Sozialismus in Frankreich beschäftigt ... Nach der Unterzeichnung des gemeinsamen Regierungsprogramms setzte sich die Illusion durch, ein Wahlsieg der Linken bedeute automatisch eine tiefgreifende Veränderung (...). Das bedeutet, die Vorstellung setzte sich durch, man könne sich den weiteren politischen und ideologischen Kampf ersparen''* (,,LM'', 12.2.1985).

In der angenommenen Resolution heißt es: *,,Das französische politische Leben ist pluralistisch und bleibt es auch in der kommunistischen Konzeption eines französischen Sozialismus. Die neue Volksbewegung steht also nicht zur Linksunion im Widerspruch, die wir nach wie vor entschieden befürworten (...). Wir befürworten nach wie vor eine Zusammenarbeit zwischen unserer Partei und weiteren politischen Formationen, sofern es um den Kampf gegen die Krise und um Lösungen für die Probleme der Menschen und des Landes geht (...). Wir sind nach wie vor bereit, politische Übereinkünfte insbesondere mit der Sozialistischen Partei zu beschließen dort, wo sie möglich sind (...). Allerdings dürfen diese politischen Übereinkünfte nie die Bewegung ersetzen, sie bevormunden oder einengen ... sie dürfen nie die dynamische und schöpferische Kraft der Volksbewegung stören, der wir die absolute Priorität gegen''* (ebda.).

Entgegen den hier und dort geäußerten Prophezeihungen wurden die drei Dissidenten wieder in das Zentralkomitee gewählt (Juquin, Rigout, Damette) — wie es Marchais bereits im November angekündigt hatte: *,,Wir wollten nie jemanden sanktionieren. Bei uns gibt es keine Prozesse. Wir haben es nicht nötig, Föderationen, Sektionen oder Zellen aufzulösen ... Juquin ist nicht sanktioniert und wird es auch nicht werden. Es gab keinen Prozeß, und es wird gegen niemanden einen geben''* (,,LM'', 7.11.1984).

Es gibt nur eine Regel: *,,Die Respektierung der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie die Gesamtpartei demokratisch gefaßt hat. Dieses in Frage zu stellen, bedeute, die Fundamente zu einer Tendenzen-Organisation zu legen. Der Kongreß hat dazu klar gesagt: Nein. Die französische kommunistische Partei hat sich keine sozialdemokratische Politik gegeben, ganz im Gegenteil: die Sozialdemokratisierung der KPF kommt also überhaupt nicht in Frage''* (,,LM'', 12.2.1985).

Frankreich-Kommission

Jean Marie Le Pen:
Algerische Folterverhöre

,,Ich nahm auch an der berüchtigten 'Schlacht um Algier' teil. Die sozialistische Regierung war durch eine große Offensive der Terroristen in Bedrängnis gekommen; Algier wurde von mörderischen Anschlägen erschüttert.

Modell genommen ... Wir sind lange weiter von der Führungsrolle der KPdSU ausgegangen ... Wir haben uns zu spät mit den spezifischen Fragen des Sozialismus in Frankreich beschäftigt ... Nach der Unterzeichnung des gemeinsamen Regierungsprogramms setzte sich die Illusion durch, ein Wahlsieg der Linken bedeute automatisch eine tiefgreifende Veränderung (...). Das bedeutet, die Vorstellung setzte sich durch, man könne sich den weiteren politischen und ideologi-

sie die Gesamtpartei demokratisch gefaßt hat. Dieses in Frage zu stellen, bedeute, die Fundamente zu einer Tendenzen-Organisation zu legen. Der Kongreß hat dazu klar gesagt: Nein. Die französische kommunistische Partei hat sich keine sozialdemokratische Politik gegeben, ganz im Gegenteil: die Sozialdemokratisierung der KPF kommt also überhaupt nicht in Frage'' (,,LM'', 12.2.1985).

Frankreich-Kommission

Jean Marie Le Pen:
Algerische Folterverhöre

,,Ich nahm auch an der berüchtigten 'Schlacht um Algier' teil. Die sozialistische Regierung war durch eine große Offensive der Terroristen in Bedrängnis gekommen; Algier wurde von mörderischen Anschlägen erschüttert. Bomben explodierten in Fußballstadien, Restaurants, Diskotheken und Cafés. Die 10. Fallschirmjägerdivision wurde mit der Zerschlagung der terroristischen Organisationen beauftragt. Ihr Erfolg führte in der gesamten linken Intelligentsia — von der Kommunistischen Partei initiiert — zu einer Diffamierungskampagne und Verleumdungskampagne unter dem Titel 'Folter'. Doch meine Antwort auf diese schmutzige und illoyale Attacke ist eindeutig: Wenn ich vorwerfbare Handlungen begangen hätte, wäre ich angeklagt und verurteilt worden. Doch ganz im Gegenteil wurde ich von General Massu, dem Kommandanten der Division, mit einem Orden ausgezeichnet. Das Ziel dieser Kampagne bestand darin, die Fallschirmjäger zu verunglimpfen und zu behaupten, sie würden im Kampf gegen den Terrorismus Methoden anwenden, die den Menschenrechten widersprechen.'' Der das schrieb, ist der Führer der französischen ,,Front National'', Le Pen, in seinem 1984 erschienenen Buch ,,Les Francais d'abord'' (,,Die Franzosen zuerst'', S. 47/48).



Dessin de PLANTU.

1954 kam der Offiziersschul-Absolvent Le Pen als Fallschirmjäger nach Indochina. Das gefiel ihm so gut, daß er sich zwei Jahre später, als junger poujadistischer Abgeordneter in der Nationalversammlung, freiwillig zum Kriegsdienst nach Algerien meldete.

Während der Schlacht um Algier, im Januar 1957, kam Fallschirmjäger Le Pen zur sogenannten ,,Nachrichten''-Abteilung in die ,,Villa des Roses'', eines der wichtigsten französischen Verhör-Zentren. Er hätte dort einzig und allein ,,ermittelt'', behauptete Le Pen 1974 während eines Prozesses gegen die Zeitung ,,Rouge'' (Organ der französischen Sektion der IV. Internationale), die ihn der Folterpraxis angeschuldigt hatte.

Als die satirische Wochenzeitung ,,Le Canard Enchaîné'' im Juli 1984 entsprechende Dokumente veröffentlichte, behauptete Le Pen abermals ,,alles nur Erfindung''. Jetzt veröffentlichte die Tageszeitung ,,Libération'' fünf Zeugenaussagen in ihrer Ausgabe vom 12. Februar 1985. Auch hiergegen hat Le Pen einen Prozeß wegen Diffamierung angekündigt. Ohnehin ist ,,Libé'' für ihn das Organ des ,,Terrorismus, der Homosexualität und des Verbrechertums'' (,,Le Monde'', 13.2.85).

In früheren Zeiten stand Le Pen eher zu sich selbst: **,,Ich habe nichts zu verbergen. Ich habe gefoltert, weil es nötig war''**, antwortete er 1962 der Zeitung ,,Combat'' (9.11.1962). 1958, anläßlich eines sogenannten Arbeitsessens, erzählte Le Pen: *,,Ich war Nachrichten-Offizier beim 1. Fallschirmjäger-Regiment ... Ich habe selber Leute verhört: Ich habe sie so lange wie nötig verhört. Nicht länger, aber auch nicht kürzer. Ich arbeitete zwanzig Stunden am Tag''* (,,Humanité'', 13.2.1985).

Die fünf Zeugen berichten über die Folter-Sitzungen in der ,,Villa des Roses'': *,,Wir mußten alle aufstehen, dann haben sie Moussa hineingeführt. Er mußte sich hinknien, dann begann das Verhör; er hatte lauter Blut am Brustkorb und am Gesicht. Le Pen sagte ihm: 'Moussa, du hast Bomben gelegt, du hast den Idioten gespielt, du hast deine Genossen bedroht, die nicht die Folter ertrugen'. Le Pen lief vor Moussa auf und ab, nahm seinen Revolver aus dem Halfter, legte ihn an Moussas Schläfe und schoß. Danach sagte mir Le Pen: 'Wenn du jetzt nicht redest, werde ich dich umbringen wie den eben' ''* (,,Libé'', 12.2.85). *,,Le Pen sagte zu uns: 'Ich bin der liebe Gott, wenn mir danach ist, bringe ich jemanden um, wenn ich aber jemanden retten will, weil man ihn noch braucht, dann wird er auch gerettet''* (ebda.).

Bereits 1962 hatte die Zeitschrift ,,Vérité-Leberté'' ähnliche Dokumente zu Le Pens Tätigkeit in Algerien veröffentlicht; damals freilich dementierte er nicht, noch strengte er irgendwelche gerichtlichen Schritte an.

Sein damaliger Chef, General Massu, Befehlshaber der französischen Truppen in Algier, hatte im März 1957 selber folgende Anweisung gegeben: *,,Die conditio sine qua non unserer Aktion in Algerien besteht darin, daß wir, in unserer Seele und in unserem Gewissen, diese Methoden als notwendige und moralisch vertretbare Maßnahmen akzeptieren.''* In seinem Buch ,,La vraie bataille d'Alger'' (1971) schrieb Massu: *,,Wenn man jemanden zum Singen bringen wollte, mußte es etwas härter zugehen, da mußten die Verhörer den Verhafteten physische Schmerzen zufügen, deren Intensität dosiert war, um zum Geständnis zu kommen. Natürlich gab es hierbei Risiken, und es passierten auch Unfälle ... Die am häufigsten angewandte Methode war außer den Schlägen die Elektrizität''.*

Von ,,Libération'' jezt interviewt, beteuert Massu feinsinnig, es gebe ,,Folter und Folter''.

Die von ,,Libération'' aufgetriebenen Zeugen seien ,,nicht besonders stark gefoltert worden, da sie sich 28 Jahre später bester Gesundheit erfreuen'' (,,Libé'', 13.2.1985).

Le Pen selber betont: *,,Ich bin stolz, am Algerien-Krieg teilgenommen zu haben, und ich muß sagen, daß ich anschließend nicht verfolgt wurde, sondern dekoriert. Beim 'Front National' stehen wir an der Seite der französischen Armee, während die dreckigen marxistischen Linken damals die Koffer der Terroristen trugen''* (,,LM'', 13.2.1985). Schützenhilfe erhält er von der rechten Presse, die vom ,,Figaro'' bis zum ,,France-Soir'' zetert, hier werde eine Atmosphäre des Denunziantentums und des Bürgerkriegs geschürt. Verjährt sei verjährt — 1962 hatte de Gaulle eine Generalamnestie für alle französischen Kriegsverbrecher erlassen. Während der berüchtigte General Bigeard meint, *,,man solle nicht in der Scheiße rumwühlen''* (,,LM'', 13.2.85), weist Chiracs RPR darauf hin, das sei nicht ihre Angelegenheit. Denn wer die ,,Front National'' in die Parlamente reinhole, sei die PS selber, dank der Einführung des Verhältniswahlrechts anläßlich der jetzt bevorstehenden Kantonalwahlen.

Frankreich-Kommission



Artikel 31

So nennt sich eine neue französische Zeitschrift, die sich als Ziel Berichterstattung, Untersuchung und Information über Rechtsextreme und ,,neue Rechte'', national und international, gesetzt hat.

Weshalb dieser Name? Die Menschenrechtserklärung umfaßt 30 Artikel. Aber kein einziger Paragraph behandelt das Recht und die Pflicht jedes Menschen auf Widerstand gegenüber denjenigen, die die Freiheiten und die Menschenrechte mit Füßen treten. Deswegen: **,,Artikel 31''**.

,,Denn, in der Tat, wie könnte man sich nicht auflehnen gegen diejenigen, die die Gleichheit der Individuen nicht anerkennen und elitären Theorien anhängen? Wie könnte man sich nicht auflehnen gegen diejenigen, die, in Mißachtung aller Gesetze, Individuen oder Regimes rehabilitieren wollen, welche ihre Barbarei mit Verbrechen gegen die Menschheit unter Beweis gestellt haben? Wie könnte man sich nicht gegen diejenigen auflehnen, die, durch ihre Theorien und durch ihre Aktivitäten, die Idee der Menschenrechte selbst bekämpfen?'' (aus einer Anzeige für ,,Artikel 31''). Fünf Nummern sind bereits erschienen — unter dem Motto: ,,Dagegen zu sein, heißt auch sich informieren'' — mit Berichten über Rechtsextremisten in Griechenland, Belgien, Schweiz, USA, Spanien, einer regelmäßigen Infoseite über die französische ,,Front National'' von Le Pen und mit freien Diskussions-Tribünen von LCR, PSU und anderen.

Für 10 Ausgaben kostet das Abonnement 150 Francs (Förderabo ab 200 F.).

Die Zeitung kann mensch über folgende Adresse beziehen:
J. Grobety,
Article 31 c/o SEP,
1, rue Keller
75011 Paris.

Frankreich-Kommission

Der Untergang der Belgrano
Den Kriegsverbrechern keine Ruhe!



Siegerflagge nach dem Abschuß



In Kriegen spielen häufig sogenannte Zwischenfälle, gezielt herbeigeführte Provokationen, als Auslöser oder Anlaß zur Eskalation eine Rolle: In dem Wintex-Planspiel, das die niederländische Gruppe Onkruit ,,fand'', war es der Abschuß einer Verkehrsmaschine durch die Sowjetunion. (1) Im Schulunterricht beginnt der 1. Weltkrieg aufgrund des Mordes in Sarajewo. Als die USA Nordvietnam ,,in die Steinzeit'' zurückbomben wollten, stand der Tonking-Zwischenfall am Anfang. Tatsächlich war das US-Kriegsschiff jedoch nicht auf freier See beschossen worden, sondern hatte umgekehrt in Küstengewässern nordvietnamesische Küstenschiffe gejagt. (2)

Im Falkland-Krieg spielte die Versenkung des argentinischen Kreuzers ,,General Belegrano'' durch ein britisches Atom-U-Boot eine besondere Rolle. Bei diesem Kriegsverbrechen fanden 368 Menschen am 2.5.82 den Tod. Es beendete alle Friedensbemühungen — angeblich sei ein Abkommen bereits unterschriftsreif gewesen. Noch heute mach die Affäre Schlagzeilen, Dabei spielte ein Staatsbeamter und ein schottischer ,,Querulant'' im Unterhaus eine Rolle...

Nach jahrzehntelangem Streit um den rechtmäßigen Besitz der Malwinen- oder Falkland-Inseln besetzten

Nach jahrzehntelangem Streit um den rechtmäßigen Besitz der Malwinen- oder Falkland-Inseln besetzten

am 1. April 1982 argentinische Truppen kurzerhand die Inseln. Bilanz: ein toter Offizier. (3) Ende April erreichte dann eine britische Armada von Kriegsschiffen, begleitet von einer überbordenden nationalistischen Woge in Großbritannien, die ferne Inselkolonie. Schon vorher, am 23.4.82 (7), hatte die britische Regierung angekündigt, daß jedes Schiff, welches sich auf 200 Seemeilen den Inseln nähere, auf dem Meeresboden landen werde. Am 1. Mai entdeckte das britische Atom-U-Boot ,,Conquerer'' drei große argentinische Kriegsschiffe: die Zerstörer ,,Piedra Buena'' und ,,Hipólito Bouchard'' und den 10.800 Tonnen Kreuzer ,,General Belegrano'', letzterer mit 1000 Mann Besatzung. Die Schiffe fuhren einen Tag lang parallel zum Südrand der Sperrzone (in 65 - 80 km Abstand) in Richtung Osten. (4) Am 2. Mai erhielten sie um 9 Uhr morgens den Befehl vom Flottenkommando, in die Heimathäfen zurückzukehren. Die Belegrano und die beiden anderen Schiffe machten sofort um 180 Grad kehrt und fuhren zurück in Richtung Ushuaia. Elf Stunden bzw. die Hälfte des Rückweges hatten sie zurückgelegt, als es um 16 Uhr zum Zwischenfall kam. Nicht nur die britische ,,Conquerer'' konnte das verfolgen, sondern man ist sich heute auch sicher, daß auf jeden Fall US-amerikanische Stellen den Funkverkehr mithörten und auf diesem Wege die britischen Truppen und Stäbe bestens informiert waren.(5) Der Rückzugsbefehl ist nämlich deshalb gegeben worden, weil argentinische Aufklärungsflugzeuge spitz gekriegt hatten, wie gut den Briten offenbar alle Schiffsbewegungen bekannt waren.(3)

Ohne Not oder Bedrängnis durch die Belegrano, einem Veteran aus dem 1. Weltkrieg (8), hatte die ,,Conquerer'' es dem Kriegskabinett und Planungszentrum in Northwood überlassen, wie zu verfahren sei. Der Befehl zum Abschuß kam von Maggi Thatcher und ihrem Kriegskabinett höchstpersönlich.(4)

Angeblich soll am selben Morgen der peruanische Friedensplan unterschriftsreif auf den Tisch gelegt worden sein, erklärt kein Geringerer als der damalige US-Außenminister Haig, der selbst dabeigewesen ist.

Die Belegrano erhielt vor dem Abschuß keinerlei Vorwarnung. Zu diesem Zeitpunkt galt die Erklärung des britischen Außenministers, daß man lediglich den Schutz der Sperrzone militärisch garantieren wolle. Erst am 7. Mai gab man eine Vorwarnung aus, auch außerhalb der Sperrzone jedes argentinische Kriegsschiff anzugreifen. (5) Um 16 Uhr schoß die ,,Conquerer'' aus 5 km Entfernung zwei Torpedos ab. Das erste traf den Bug der Belegrano und tötete zehn Mann. Das zweite Torpedo traf das Heck, wobei 250 Mann umkamen. Der überwiegende Teil davon war eingeschlossen worden. Die Belegrano bekam sehr schnell Schlagseite und war nach einer Stunde gesunken. Wer sich retten wollte, muße bis zu 100 Meter zu den Rettungsinseln schwimmen. Tatsächlich hätte die ,,Conquerer'' die Belegrano auch manövrierunfähig schießen können, die Zünder moderner sog. ,,Tigerfish''-Torpedos (Mark 24) können so eingestellt werden, daß sie zu diesem Zweck neben dem Schiff explodieren. Stattdessen wurden die alten, aus dem 2. Weltkrieg stammenden (Mark 8) Torpedos mit ihrer verheerenden Wirkung verwendet. Angeblich sind die ,,Tigerfish''-Torpedos zu teuer (2 Mio. DM) und zu unsicher, weil sie in einem Experiment einmal das eigene U-Boot abgeschossen haben (1967). (4)

Dies war der ,,durchschlagende'' Er-

sie in einem Experiment einmal das eigene U-Boot abgeschossen haben (1967). (4)
Dies war der ,,durchschlagende'' Er-

folg, dem die kriegerische Auseinandersetzung um die Inseln folge. Zwei Tage später begann der Angriff argentinischer Flugzeuge auf die britische Flotte. Inzwischen ist auch bekannt, daß der Belegrano-Abschuß bereits der dritte Zwischenfall war. Am 30. April hatte das 6-köpfige Kriegsgremium den Befehl gegeben, den argentinischen Flugzeugträger ,,25. De Mayo'' zu versenken. Die britische ,,Splendid'' — ein weiteres Atom-U-Boot — konnte das Schiff aber nicht mehr erreichen, bevor es im Hafen verschwunden war. Am 1. Mai bombardierten Vulcan-Bomber außerdem den Flugplatz der Inseln, allerdings ohne größeren Erfolg gegen den argentinischen Nachschub aus der Luft zu bewirken.

Zwei Tage vor dem Belegrano-Zwischenfall hatte Kriegsminister Nott verkündet, daß seine Truppen nur ,,minimale Gewalt'' anwenden würden. ,,Großmut im Sieg ist unser Ziel'', hatte schon der britische Trafalgar-Held, Admiral Graf Nelson, verkündet.(6)

Nach dem Abschuß folgte eine Kette von Lügen, die das Kriegsverbrechen rechtfertigen, zumindest aber vertuschen sollten. Am 4. Mai erklärte John Nott vor dem Londoner Unterhaus: ,,*Diese schwerbewaffnete Angriffsflotille befand sich kurz vor der Sperrzone und bedrohte Einheiten unserer Eingreifflotte, die nur noch Stunden entfernt war. Uns war bekannt, daß der Kreuzer über eine beträchtliche Feuerkraft verfügte*'' (es folgt die Erwähnung der französichen Exocet-Raketen, mit denen britische Schiffe später versenkt werden konnten). ,,*Zusammen mit den Begleitzerstörern (...) bildete der Kreuzer eine derartige Bedrohung unserer Eingreifflotte, daß ihr Befehlshaber sie nicht ohne Selbstgefährdung ignorieren konnte*''.

Die Begleitzerstörer wurden von ihm

drohung unserer Eingreifflotte, daß ihr Befehlshaber sie nicht ohne Selbstgefährdung ignorieren konnte''.
Die Begleitzerstörer wurden von ihm

für die Zahl der Toten verantwortlich gemacht, oder wie es dann die ,,Daily Mail'' für ,,das Volk'' formuliert: ,,*Es hätten sicher weniger Menschen sterben müssen, wenn die beiden Zerstörer sich nicht davongemacht und die Besatzung der ‚Belegrano' im Stich gelassen hätten*''. Tatsächlich hatten diese mit Wasserbomben und Sonar das U-Boot zwei Stunden lang in Angst und Schrecken versetzt und verjagt, bevor sie die Schiffbrüchigen aufnahmen (4). John Nott lieferte am 4.5.1982 die Version, die ,,Conquerer'' habe die Belegrano erst ,,um acht Uhr abends Londoner Zeit'' entdeckt und sofort versenkt.

Noch im Mai 1983 behauptete Frau Thatcher vor der BBC, die Belgrano sei ,,nicht von den Falkland-Inseln weggefahren''. Erst ein weiteres Jahr später wurde von ihr zugegeben, daß die ,,Conquerer'' die Schiffe schon einen Tag früher entdeckt hatte.(5) ,,Über 30 Stunden lang'' sei die Verfolgung gewesen, war vom Kommandanten Christopher-Wredford-Brown zu hören.(6) Allerdings ist dessen Logbuch inzwischen nicht mehr auffindbar.(5) Dieser Kommandant brachte auf seiner Rückreise den naßforschen Spruch, daß die Versenkung der Belegrano ,,im Grunde Menschenleben gerettet'' hätte, weil dadurch die argentinische Flotte in die Häfen verscheut worden sei.(4) Inzwischen , in der letzten Unterhausdebatte vom Februar 1985, versucht der konservative Abgeordnete Mates (Mitglied des Verteidigungsausschusses) eine neue Ehrenrettung: Weil die britische Regierung Geheimnisse nicht habe preisgeben wollen, hätte sie verschwiegen, daß die Belegrano ,,vielleicht weniger als 40 Seemeilen'', also in direkter Schußweite, von dem (später zerstörten) Zerstörer ,,Glamorgan'' und zwei weiteren britischen Fregatten entfernt gewesen sei. Somit sei der Abschuß zu rechtfertigen gewesen, da die am 23.4.82 verhängte Schutzzone für jedes einzelne britische Kriegsschiff gegolten habe. (7) (Ging es um die Schutzzone für das abschießende U-Boot?)

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Position des damaligen Außenministers Pym, der inzwischen in Ungnade gefallen ist. Dieser hatte vor aller Welt am 2. Mai aus Anlaß der Friedensverhandlungen verkündet, daß die britische Regierung ,,keine anderen Militäraktionen als solche, die der Sicherheit der Sperrzone dienen'', plane, (5) und hatte dabei offensichtlich gelogen. Tatsächlich hatte er bereits vorher im Kriegsrat gegen die Angriffspläne protestiert. Dem ,,New Statesman'' zufolge habe er einen Abschuß der ,,25. De Mayo'' als Verstoß gegen ,,die Grundsätze der Vereinigten

reits vorher im Kriegsrat gegen die Angriffspläne protestiert. Dem ,,New Statesman'' zufolge habe er einen Abschuß der ,,25. De Mayo'' als Verstoß gegen ,,die Grundsätze der Vereinigten

Nationen und internationales Recht'' (als Kriegsverbrechen) gekennzeichnet.

Hauptankläger war im britischen Unterhaus von Anfang an Tam Dalyell aus Schottland. ,,In fast jeder Fragestunde drangsaliert er die Eiserne Lady mit seinem Hauptthema — der Versenkung des argentinischen Kreuzers ‚Belegrano' ''(6).

Im vergangenen Jahr bekam er erst einmal anonyme Schützenhilfe; nach und nach landeten eine Reihe von geheimen Staatsunterlagen zu dem Fall auf seinem Tisch und gingen von dort aus in die Öffentlichkeit.

Dann wurde auch die Quelle bekannt, aus der die Akten stammten: Clive Pointing (Mitglied der SDP) war mit 38 Jahren als Thatcher-Schützling schwunghaft zum Ministerialdirigenten im Verteidigungsministerium aufgestiegen und hatte durch seine Enthüllungen die Fehler im Weißbuch über den Krieg und die Informationssperre aufheben wollen. Gegen die Zusicherung, nicht verfolgt zu werden, hatte er dann gestanden, seinen Dienst quittiert und weiter die Hälfte des Gehalts bezogen. Angeblich auf Richterbetreiben und während eines Urlaubs von Frau Thatcher und Kriegsminister Heseltime wurden er dann doch unter Anklage wegen Verstosses gegen den ,,Oficial Secret Act'' (von 1911) gestellt. Am 11.2. dieses Jahres passierte dann das Unglaubliche, daß die Geschworenen Pointing bescheinigten, daß es für ihn eine höhere Loyalität gebe als die gegenüber der Regierung — nämlich gegenüber dem Parlament. Sie sprachen ihn frei. Daraufhin kam es zu einer erneuten hitzigen Unterhausdebatte, in der Pointing, der inzwischen wieder volles Gehalt bezieht und weiterbeschäftigt werden muß, von der Regierung mit Schmutz beworfen wurde. Armee-Minister Stanley meinte, Pointing habe überhaupt keine Ahnung, und brachte auf einmal drei Unterseeboote ins Spiel. Intern habe Poiniting sogar auf Verschwiegenheit gedrängt und niemals — wie er behauptet hatte — gegen die eingeschlagene Verschleierungstaktik protestiert. Für die Frankfurter Allgemeine ging damit die Regierung unbefleckt und als ,,Sieger'' aus dieser Debatte hervor.

Zum Schluß der Debatte wurde dieses Kriegsverbrechen mit 352 gegen Null Stimmen als gut und richtig bestätigt. Es sei ,,kriegsnotwendig und legitim'' gewesen; die nationale Sicherheit und der Schutz der Truppe habe Priorität gegenüber dem öffentlichen Informationsbedürfnis, d.h. der Aufdeckung eines solchen Verbrechens. Wie es sich für eine lautstarke, aber doch anständige ,,nationale'' Opposition gehört, hatte sie nur die Informationspflicht gegenüber dem Parlament und dessen Ausschüssen als verletzt angesehen.

HH

Anmerkungen:
1) s. AK Nr. 243 S. 24
2) s. AK Nr. 63 S. 3
3) Marine Rundschau 3/83, S. 122 ff
4) Spiegel, 1.11.82
5) Frankfurter Rundschau, 21.2.85
6) Spiegel, 27.8.84
7) Frankfurter Allgemeine, 19.2.85
8) taz, 24.8.84
9) Welt, 19. und 20.2.85, FAZ, 18. und 20.2.85
10) Spiegel, 45/82
11) weitere Quellen dazu: Welt, 3.11.82, FR, 24./25.8.84, taz, 24.8.84, UZ, 25.2.84
12) Spiegel, 2.8.82
13) Spiegel, 12.3.84
14) FR, 5.3.84

Die US-Hilfe im Krieg: ein Akt der ,,Neutralität''

Im nationalistischen Siegestaumel Großbritanniens wurde der Sieg niemals in Zweifel gestellt. Tatsächlich steht inzwischen unzweifelhaft fest, daß die britische Flotte, die innerhalb der NATO auf Begleitschutz und U-Boot-Bekämpfung, aber nicht mehr auf solche Eroberungsfeldzüge spezialiesiert ist, in den Tagen nach dem Abschuß der Belegrano in eine äußerst heikle Lage geriet und knapp an ihrem Untergang vorbeischlidderte. Fünf Schiffe wurden versenkt und immerhin noch 14 weitere (von insgesamt 23) getroffen. Da die argentinischen Kampfflugzeuge ohne Sicht im Tiefflug in wenigen Minuten ihre Exocet abschießen mußten, haben sie sich mehrfach getäuscht und schon über den vermeintlichen Abschuß der Flugzeugträger gejubelt. Aufgrund der britischen Geheimhaltungspolitik konnten sie häufig nicht feststellen, daß ihre Bomben zwar getroffen hatten, die Zünder aber falsch eingestellt waren.(12)

,,Ohne Caspar Weinberger hätte England den Krieg womöglich verloren'', behauptete der Spiegel (13). ,,Ohne die heimliche militärische Unterstützung... hätten die Briten die Inseln im Südatlantik nicht zurückerobern können'', meinte der Ökonomist (14). Großbritannien hat während des Krieges 60 Mio. Liter Treibstoff von den USA bekommen und kurzfristig Waffen für 162 Mio. DM, obwohl die USA in der Frage des Besitzes der Inseln angeblich ,,neutral'' waren.

98% der Informationen über argentinische Bewegungen wollen US-Kommandeute geliefert haben, ein Spionage-Satellit wurde eigens umdirigiert. Der Funkkontakt auf See (auch der Abschußbefehl) lief über US-Satelliten. Die USA knackten den argentinischen Funk-Code.

Sie lieferten Pläne zur Entschärfung der Blindgänger

Die neuen ,,Sidewinder'' (AIM-9L-Raketen), mit der 24 der 32 Abschüsse von argentinischen Flugzeugen gelangen, stammten aus NATO-Arsenalen. Statt von hinten treffen diese Raketen auch, wenn sie von der Seite abgefeuert werden. Harpoon-, Stinger- und anderer Raketen und Munition wurden geliefert, für den Flugzeugträger ein neues Raketenabwehrsystem. Die britische Zensur erwähnte sie nicht oder strich diese Waffensysteme aus den Berichten heraus.

Angeblich soll diese Hilfe zwischen Reagan und Weinberger unter Ausschaltung von Außenminister Haig mit britischen Admirälen auf der anderen Seite getätigt worden sein; selbst das Kriegskabinett in England galt als zu wackelig,

ter Ausschaltung von Außenminister Haig mit britischen Admirälen auf der anderen Seite getätigt worden sein; selbst das Kriegskabinett in England galt als zu wackelig,

um voll informiert zu werden. Angeblich soll sogar als Ersatz der US-Flugzeugträger Guam bereitgehalten worden sein, um einen brititischen Verlust zu ersetzen. Es sollte nur alles in Lateinamerika nicht so auffallen...

Atomwaffen im Falkland Krieg

Tam Dalyell aus Schottland hat noch ein zweites Spezialthema zum Malwinenkrieg: die Atomwaffen und die Planung eines Atomschlages beim Untergang der britischen Flotte. Von solchen Dingen wurde bereits während des Falklandkrieges öffenlich gemunkelt, der Spiegel brachte am 24.5.82 einen ersten Bericht dazu. Schützenhilfe bekam diese Version durch das britische Magazin ,,New Statesman'', das aus Geheimdepeschen an die britische Botschaft in Washington zitierte, wonach ein britisches Polaris-U-Boot zur Atlantikinsel Ascension in Reichweite Argentiniens verlegt worden war. Unter Berufung auf eine ,,gutplazierte'', aber nicht genannte Quelle behauptet das Blatt, man habe mit einer Nuklear-Attacke drohen wollen, falls die britische Flotte untergehen sollte. **Als Ziel sei die Ein-Millionen-Stadt Córdoba ausgesucht worden.** Die beiden während des Krieges höchsten Admiräle, Lord Lewin und Sir Henry Leach, widersprachen empört. Lewin: ,,Das tauchte niemals auch nur in unseren entferntesten Gedanken auf''.(6) Margaret Thatcher schrieb dazu einen Brief an die ‚Campaign for Nuclear Disarmament' (CND): ,,Es ist undenkbar, daß Großbritannien solche (Atom-) Waffen ... verwenden würde''.(10)

Offenkundig ist aber inzwischen, was die Londoner Zensurbehörden immer energisch bestritten hatten, daß nämlich eine ganze Anzahl von Atomwaffen auf den Schiffen der Flotte vorhanden waren. Schon Ende 82 bestätigten Beamte der Regierung, daß mit ,,hohrer Wahrscheinlichkeit'' nukleare Wasserbomben ,,versehentlich'' mitgenommen worden seien. Solche Wasserbomben von 20 kt TNT (die Hiroshima-Bombe hatte 13 kt) werden von Fregatten aus mit Hubschraubern (Lynx und Wasp) gegen U-Boote eingesetzt. Zumindest die Sheffield und das 23.600 Tonnen große Versorgungsschiff ,,Fort Austin'' sollen Atomwaffen an Bord gehabt haben. Die Austin kam aus der Straße von Hormur. Beide hätten die Waffen bei Gibraltar oder Ascension abgeben können, aber angeblich kam erst nach dem Abschuß der Belegrano der Befehl, daß die Fort Austin die Atomwaffen einsammeln solle. Ein Royal-Navy-Leutmant schrieb nach Hause, dort eine Übungsattrappe an Deck gesehen zu haben. Heute ist unklar, ob die Sheffield Atomwaffen nach ihrer Versenkung auf 2000 Meter Tiefe mitgenommen hat. Die ‚Fort Austin' war dem Treffer i.ü. in nächster Nähe. Immerhin sei noch das glühende Deck inspiziert worden und Bergungsunternehmen waren bei den verschiedenen versenkten Schiffen zugange. Schon 1982 hatte Dalyell gefordert: ,,Britannien solle mit sich selbst ins Reine kommen und der Welt mitteilen, daß auf dem Meeresgrund des Südatlantiks nukleare Waffen liegen''. Dagegen konterte Staatsminister Douglas Hurd: Das Vorhandensein nuklearer Waffen ,,an irgendeinem Platz zu irgeneiner Zeit'' werde grundsätzlich nicht bekanntgegeben...''(11)



Zwischen den Weltkriegen Teil 7

Der 2. Weltkrieg (II)

Wir setzen hier die im AK 255 begonnene Verlaufsdarstellung des 2. Weltkriegs fort. Im AK 255 ging es in erster Linie um den deutschen Angriff auf die Sowjetunion und die Kriegswende 1942/43. Gegenstand dieses II. Teils ist der Weg Japans und der USA in den 2. Weltkrieg sowie der Kriegsverlauf in Südostasien/Pazifik. Im Teil III (voraussichtlich erst in AK 258) soll die letzte Phase des Krieges 1944/45 knapp dargestellt werden; im Wesentlichen wird es dort aber um das Zustandekommen und die inneren Widersprüche der ‚Anti-Hitler-Koalition' gehen. Diese Darstellung des 2. Weltkriegs kann zwangsläufig nicht mehr als Skizzen-Charakter haben. Sie soll einen einigermaßen lesbaren groben Überblick geben, mehr kann sie nicht. Leserinnen und Leser, die sich bereits mit der Sache befaßt haben und an tieferer Detailuntersuchung interessiert wären, werden höchstwahrscheinlich nicht auf ihre Kosten kommen.

Die Verlaufsdarstellung des 2. Weltkriegs ist Teil einer größeren Serie, die schließlich zu einer Untersuchung über aktuelle Kriegsszenarien (,,3. Weltkrieg'') hinführen soll. In dieser Artikel-Serie liegen bisher vor
+ AK 246: ,,Rückblick auf den 3. Weltkrieg''. Ein erster Überblick über moderne Weltkriegs-Szenarien.
+ AK 247: Vorgeschichte des 1. Weltkriegs.
+ AK 249: Vorgeschichte des 2. Weltkriegs.
+ AK 250: Detailstudie zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939-1941.

Die Serie soll nach der Darstellung des 2. Weltkriegs fortgesetzt werden mit einem Überblick zum Beginn des ‚Kalten Krieges' (ca. 1945-50), mit einer exemplarischen Darstellung militärischer Konflikte von 1945 bis heute, sowie schließlich mit einer Untersuchung über Voraussetzungen und Realitätsgehalt moderner Weltkriegs-Szenarien.

USA: Eine neue Art von Neutralität

In den USA war nach dem 1. Welt-

In den USA war nach dem 1. Weltkrieg die Meinung stark verbreitet, mit dem Kriegseintritt (1917) letztlich mehr fremden, konkurrierenden (= britischen) Interessen gedient zu haben als den eigenen. Die Folge waren neutralistische Stimmungen, die in mehreren Neutralitätsgesetzen 1935-37 ihren Ausdruck fanden. In diesem Sinne erklärten die USA sich bei Kriegsbeginn Anfang September 1939 für neutral. Ein zusätzliches Neutralitätsgesetz (3.9.39) verbot die Lieferung von Waffen an a l l e kriegführenden Staaten. Andererseits hatte das Joint Planning Committee der USA schon vor dem Krieg umfassende Studien für militärische ‚Eventualfälle' ausgearbeitet. Ausgangslage dieser Pläne war die Führung eines 2-Fronten-Krieges gegen mehrere Großmächte. Ebenfalls noch vor Kriegsbeginn (am 14.7.39) hatte Präsident Roosevelt im Kongreß eine Änderung der Neutralitätsgesetze beantragt, jedoch erfolglos.

Mit der Begründung, die ,,Westliche Hemisphäre'' (d.h. Nord- und Südamerika) aus dem ,,europäischen Krieg'' h e r a u s h a l t e n zu wollen, fand Ende September/Anfang Oktober 1939 in Panama die erste Pan-Amerikanische Konferenz statt. Beschlossen wurde dort auf Betreiben der USA die Proklamation einer ,,Sicherheitszone'' (300-1200 Seemeilen) beiderseits des amerikanischen Kontinents. Innerhalb dieser Zone sollte jede Kriegshandlung als feindlicher Akt gegen die pan-amerikanische Gemeinschaft behandelt werden. Im Zuge der proklamierten gemeinsamen Verteidigung der Westlichen Hemisphäre sicherten sich die USA auch zahlreiche Abkommen über Stützpunktrechte, Einrichtung von Militärmissionen, Entsendung von Militärberatern etc. mit einzelnen lateinamerikanischen Ländern. Eine 2. Pan-Amerikanische Konferenz, im Juli 1940 in Havanna, diente der Vertiefung der politisch-militärischen Unterordnung der meisten Staaten des Kontinents unter die Linie der US-Regierung.

Am 4.11.39 wurde die Neutralität der USA entscheidend durchlöchert, indem das Verbot der Waffenausfuhr an Kriegführende (nach dem Neutralitätsgesetz von 1937) abgelöst wurde durch die ,,Cash and Carry''-Bestimmung. Danach konnten Waffen verkauft werden, sofern drei Bedingungen erfüllt waren: 1.Die Waffen mußten bei Privatfirmen der USA gekauft werden. 2.Die Waffen mußten bar bezahlt werden. 3.Die Waffen mußten auf Schiffen des Käufers abtransportiert werden. Der erste Punkt wurde elegant dadurch umgangen, daß der US-Staat die Waffen an eine Privatfirma pro forma verkaufte, die sie dann frei weiter verkaufen konnte. (1)

Das Interesse der USA am ,,europäischen Krieg'' wüchs entscheidend an, als im Mai/Juni 1940 die Alliierten in Frankreich geschlagen wurden und
musterte, aber reaktivierbare Zerstörer im Tausch gegen die Überlassung von 8
würde, die Lieferungen aus den USA b a r zu bezahlen, wie es die ,,Cash
defensiv zu agieren und zuerst Deutschland als Feind Nr.1 entschei-

Das Interesse der USA am ,,europäischen Krieg'' wüchs entscheidend an, als im Mai/Juni 1940 die Alliierten in Frankreich geschlagen wurden und nunmehr Großbritanien selbst in schwerer Bedrängnis war. Am 10.6.1940 (auf dem Höhepunkt der ,,Schlacht um Frankreich'') gab Roosevelt das öffentliche Versprechen ab, die USA würden den Alliierten die materiellen Resourcen ihres Landes zur Verfügung stellen. Die britische Regierung erhoffte sich von dieser Zusage eine Kräftigung des französischen ‚Durchhaltewillens', und von einem verlängerten französischen Abwehrkampf wiederum eine beschleunigte direkte Hineinziehung der USA in den Krieg. (2) — Zur gleichen Zeit meldete Churchill erstmals das britische Interesse an, von den USA ,,30 oder 40'' ältere Zerstörer zu erhalten, um — wie er sagte — das kommende halbe Jahr zu überbrücken, bis der britische Bedarf an Kriegsschiffen aus eigener Produktion gedeckt werden könne. Die Verhandlungen schleppten sich mehrere Wochen dahin, bis Anfang August von den USA das Angebot kam, 50 ausgemusterte, aber reaktivierbare Zerstörer im Tausch gegen die Überlassung von 8 britischen Stützpunkten, vor allem in der Karibik (3) zu liefern. Am 2.9.40 war der Handel perfekt.

In der Zwischenzeit, Ende Juli, war zwischen Großbritannien und den USA ein Abkommen zustande gekommen, das Großbritannien bis April 1942 über 50% der gesamten US-Kriegsflugzeug-Produktion sicherte. In der zweiten Hälfte August 1940 fanden erstmals geheime britisch-amerikanische Stabsbesprechunegn statt. Gleichfalls im August 1940 wurde zwischen den USA und Kanada — das sich im Krieg gegen Deutschland befand — die Bildung eines gemeinsamen ‚Verteidigungskomitees' vereinbart

Anfang Dezember 1940 wies Churchill in einem Brief an Roosevelt dringend darauf hin, daß die Devisen- und Goldvorräte Großbritaniens praktisch erschöpft seien, sodaß das Land in Kürze nicht mehr in der Lage sein würde, die Lieferungen aus den USA b a r zu bezahlen, wie es die ,,Cash and Carry''-Bestimmung verlangte. Roosevelt reagierte mit der öffentlichen Erklärung, daß die USA ,,the great arsenal of Democracy'' sein müßten (4). Am 10.1.41 legte er dem Kongreß den Entwurf eines ,,Lend and Lease''-Gesetzes vor. Gegenstand: die kostenlose, ,,leihweise'' Überlassung von Waffen und anderen Kriegsmitteln an Länder, deren Verteidigung für die Sicherheit der USA lebenswichtig (,,vital'') sei. Am 11.3.41 wurde das Gesetz vom Kongreß angenommen. (5) Nach dem deutschen Überfall wurde das ,,Lend-Lease''-System seit Oktober 1941 auch auf die Sowjetunion angewendet; Hilfslieferungen hatten schon im August 1941 begonnen.

Inzwischen war seit Januar 1941 (seit März 1941 unter Hinzuziehung niederländischer Militärs) bei neuen britisch-amerikanischen Stabsbesprechungen ein strategischer Plan weiterentwickelt worden, der bei einem Krieg USA-Japan vorsah, im Pazifik vorläufig nur defensiv zu agieren und zuerst Deutschland als Feind Nr.1 entscheidend zu schlagen (,,Germany first''). Im März 1941 wurden erste Vorbereitungen für die Einrichtung von Stützpunkten der US-Luftwaffe in Großbritannien getroffen. Anfang April 1941 schlossen die USA ein Stützpunkt-Abkommen mit Grönland, und im Juli 1941 lösten US-Truppen die britischen Soldaten in Island ab, die dort seit Mai 1940 stationiert gewesen waren. (6) Parallel dazu wurde die amerikanische ,,Sicherheitszone'' im Atlantik schrittweise ausgedehnt.

Ein symbolischer Wendepunkt des gesamten Krieges war das Treffen zwischen Roosevelt und Churchill (9.-12.8.41), das mit der Bekanntmachung der ,,Atlantik-Charta'' endete. Punkt 1: Man strebe aus dem Krieg keinen Territorialgewinn an. Punkt 2: keine territorialen Veränderungen ohne Zustimmung der betroffenen Völ-

Fortsetzung nächste Seite



Hiroshima, 6.8.1945

Fortsetzung von vorheriger Seite

ker. Punkt 3: Recht aller Völker, ihre Regierungsform selbst zu wählen. Punkt 4: gleichberechtigter Zugang aller Völker zum Handel und zu den Resourcen der Welt (d.h. der imperialistischen Nationen zu den Ressourcen der 3. Welt, und natürlich nicht umgekehrt, was sachlich auch gar nicht möglich wäre). Punkt 5: umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen. Punkt 6: ,,*final destruction of Nazi tyranny*'', Frieden, gesicherte Grenzen für alle Nationen. Punkt 7: ,,*Such a peace should enable all men to traverse the high seas and oceans without hindrance*''. Punkt 8: Gewaltverzicht. Entwaffnung der aggressiven Nationen. Errichtung eines ständigen Systems der Allgemeinen Sicherheit. —



Japans pazifische „Front" im April 1942. Bis zur Kriegswende im Sommer 1942 besetzten die Japaner zusätzlich noch einige Aleuten-Inseln (zwischen Alaska und Sibirien) und die Insel Guadalcanal (nördlich von Australien)

Eine speziell eingebaute komplizierte Sicherung sollte verhindern, daß Punkt 3 der Charta als Verzicht Großbritanniens auf sein Kolonial-Imperium mißverstanden werden konnte. Die Atlantik-Charta wurde in den folgenden Monaten zur Grundlage für die Bildung der Vereinten Nationen; auch die Sowjetunion, die zur Konferenz im August 1941 nicht eingeladen worden war, erklärte nachträglich ihre prinzipielle Zustimmung zur Charta. Die erste gemeinsame Konferenz der späteren Kriegskoalition, also USA-Großbritanien-Sowjetunion, fand am 29.9.-1.10.41 statt. Es ging um Waffenhilfe für die Sowjetunion, wofür diese den Partnern strategische Rohstoffe liefern sollte.

Da die deutsche Führung zunächst einen Krieg mit den USA vermeiden wollte, solange der bevorstehende Überfall auf die Sowjetunion nicht zum Erfolg gebracht war, bekamen die deutschen Kräfte im Atlantik Befehl, bewaffneten Zusammenstößen mit US-Schiffen möglichst aus dem Wege zu gehen. Dennoch führte ein bewaffneter Zwischenfall zwischen einem deutschen U-Boot und dem US-Zerstörer ,,Greer'' am 4.9.41 dazu, daß Roosevelt am 11.9.41 bekanntgab, daß von nun an die amerikanischen Streitkräfte auf jedes deutsche Kriegsschiff ,,bei Sicht'' das Feuer eröffnen würden. Am 9.10.41 beantragte Roo-
schiff ,,bei Sicht'' das Feuer eröffnen würden. Am 9.10.41 beantragte Roo-
sevelt im Kongreß die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe, und am 17.11.41 beschloß der Kongreß entsprechend.

Am 8.12.41 schließlich traten die USA mit ihrer Kriegserklärung an Japan in den 2. Weltkrieg ein, nachdem die Japaner die US-Flotte in Pearl Harbour/Hawai überfallen hatten. Bis zu diesem Tag waren die Amerikaner formal neutral gewesen. Allerdings neutral in einer Weise, die Roosevelt am 9.10.41 im Kongreß so markiert hatte: Die Amerikaner seien in diesem Krieg niemals neutral in ihrem Denken gewesen. Daher hätten sie den gegen den Nazismus kämpfenden Nationen wertvolle Unterstützung gegeben, im Bewußtsein, daß es zu spät wäre, wenn man die USA erst an ihrer eigenen Küste hätte verteidigen wollen. (7)

Zur materiellen Umstellung der USA auf den Krieg hier nur einige Stichworte:

+ Am 30.6.39 war Roosevelt die Kriegsstudie ,,Rainbow'' vorgelegt worden.
+ Gleichfalls im Juni 1939 billigte der Kongreß ein Gesetz über die Reservebildung bei kriegswichtigen Roh- und Grundstoffen.
+ Am 16.5.40 beantragte Roosevelt im Kongreß, die Flugzeug-Industrie der USA solle in die Lage versetzt werden, jährlich 50.000 Kriegsflugzeuge aller Art zu produzieren. Am 17.6.40 brachte die Regierung im Kongreß ihren Antrag zum Bau einer ,,2-Ozean-Flotte'' ein. Am 3.7.40 wurde von Roosevelt ein Stufenplan gebilligt, der u.a. die Aufstockung der US-Streitkräfte auf schließlich 4 Millionen Mann vorsah. Ein Vergleich der Rüstungsausgaben des Monats Juni 1940 (= 150 Millionen Dollar) mit denen vom Juni 1941 (= 800 Millionen Dollar) zeigt die sprunghafte Entwicklung.
+ Am 19.7.40 wurde der ,,Two Ocean Navy Expansion Act'' unterzeichnet: ein großes Flotten-Bauprogramm für die nächsten 5-7 Jahre. (Vergrößerung des Schiffsbestands der Marine um 1.3 Millionen Tonnen).
+ Am 16.9.40 bestätigte der Kongreß ein neues Militärgesetz (Selective Training and Service Act), das praktisch einer Wehrpflicht gleichkam. Diese Maßnahme führte zu einer Erhöhung der US-Streitkräfte von 270.000 Mann im Juni 1940 auf rund 1.5 Millionen Mann im Juni 1941.
+ Von Juni 1940 bis April 1941 wurden über 1.600 Rüstungsbetriebe neugebaut oder erweitert. Hierfür wurden 2.8 Milliarden Dollar investiert, zu 90% aus staatlichen Mitteln.
2.8 Milliarden Dollar investiert, zu 90% aus staatlichen Mitteln.
+ Die Produktion von Waffen und anderem Kriegsmaterial der USA war im Jahr 1941 8,7 mal so groß wie 1939. Mitte 1941 arbeiteten in der Kriegsflugzeugproduktion der USA 7mal mehr Menschen als im Juni 1940.
+ Dieser Steigerung der Kriegsproduktion entsprach eine gesteigerte Produktion strategischer Resourcen. Beispielsweise Stahl 1941 75.1 Mio. t (1939: 47.8 Mio. t). Aluminium 280.000 t (148.000). Elektroenergie 208 Milliarden KWH (161 Milliarden KWH). Im Maschinenbau eine Verdoppelung 1939-1941. (8)

Als Fazit ist festzustellen, daß die USA, im Gegensatz zu einer Legendenbildung nach Pearl Harbour, durchaus nicht unvorbereitet in den 2. Weltkrieg hineingezogen wurden. Seit Auslösung des Krieges durch den deutschen Überfall auf Polen war es — wie schon im 1. Weltkrieg — das strategische Hauptziel der USA gewesen, auf keinen Fall eine militärische Niederlage Großbritanniens zuzulassen. Auf der anderen Seite erlaubten es aber die Gegensätze in den herrschenden Kreisen der USA nicht, a k t i v — und das hieß vor allem: mit eigenen Streitkräften — auf dem europäischen Kriegsschauplatz einzugreifen. Dafür wurden die Voraussetzungen erst durch den Überfall auf Pearl Harbour und die folgende deutsche Kriegserklärung geschaffen.

Japans Weg in den Krieg

Japan hatte sich im 1. Weltkrieg auf die Seite der Alliierten gestellt und mühelos die deutschen Insel-Kolonien im Pazifik einkassiert. Das Vorgehen Japans seit 1931, sich von Norden her immer größere Teile Chinas zu unterwerfen, brachte den Staat in Widerspruch zu den wirtschaftlichen Interessen und zum politischen Besitzstand der USA und Großbritanniens in China (9). Hinzu kam die Unterstützung der Sowjetunion sowohl für die chinesischen Kommunisten wie auch für die Nationalisten. Mit dem Antikominternpakt vom November 1936 war ein erster Schritt zu einem deutsch-japanischen Bündnis getan, auch wenn dieses zunächst ohne materielle Substanz blieb: die strategischen und taktischen Zielsetzungen des Deutschen Reichs und Japans waren nur schwer zur Deckung zu bringen. Im Sommer 1939 scheiterten Verhandlungen über einen Militärpakt daran, daß Deutschland ein Bündnis gegen Großbritannien wollte (10), Japan hingegen sich keinesfalls gegen Großbritannien festlegen wollte,
(10), Japan hingegen sich keinesfalls gegen Großbritannien festlegen wollte,
sondern an einem Pakt gegen die Sowjetunion interessiert war, mit der es sich gerade eben an der mongolischen Grenze auf einen militärischen Konflikt eingelassen hatte (11). Unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Japan schloß Deutschland am 23.8.39 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion ab, um nun auf d i e s e Weise den angestrebten Effekt zu erzielen, dem eigentlich der Pakt mit Japan hätte dienen sollen: Rückendeckung für den Angriff auf Polen. Eine starke Abkühlung der deutsch-japanischen Beziehungen war zunächst die Folge dieses Vertrages; doch blieben beide Staaten bei der Verfolgung ihrer expansionistischen Ziele letztlich eng aufeinander angewiesen. Am 27.9.40 kam schließlich doch noch ein Militärpakt mit Italien als drittem Partner zustande. (12) Kern des Paktes war der Artikel 3, der die Partner zu gegenseitigem Beistand verpflichtete, falls einer von ihnen von einem Staat angegriffen würde, **der noch nicht am Krieg beteiligt war.** Japan war also nicht verpflichtet, gegen Großbritannien militärisch aktiv zu werden. Andererseits besagte der Artikel 5, daß der Pakt nicht auf die Beziehungen zur Sowjetunion anzuwenden sei. Als einziger Hauptgegner, gegen den sich somit der Vertrag richten sollte, blieben die USA. Das gemeinsame Interesse Japans und Deutschlands war dabei, die USA von einem noch größeren und direkteren Engagement im Krieg durch die Drohung eines 2-Fronten-Krieges abzuschrecken. Japan versprach sich außerdem in völliger Verkennung der Lage von dem Bündnis auch eine deutsche Vermittlerrolle gegenüber der Sowjetunion. Japan, über die deutschen Angriffspläne nicht informiert, schloß schließlich noch im April 1941 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, gerade 2 Monate vor Beginn des deutschen Überfalls. Ein besonders bezeichnendes Beispiel für den mißtrauischen, unkooperativen Umgang der ‚Achsenmächte' miteinander.

Diese ungeklärte Situation zwischen den beiden Partnern vor dem 22.6.41 führte dazu, daß im Frühjahr 41 deutscherseits versucht wurde, Japan zu einem Kriegskurs gegen Großbritannien (mit dem Risiko einer Hineinziehung der USA) zu treiben, obwohl berechenbar war, daß Japan für einen Zwei-Fronten-Krieg nicht stark genug war: **Ein Konflikt Japans mit Großbritannien (und eventuell den USA) bedeutete automatisch, daß mit Japan als Bündnispartner gegen die Sowjetunion nicht mehr zu rechnen war. Gerade auf die Gewinnung Japans für einen Angriff auf die Sowjetunion wurde deut-**
die Gewinnung Japans für einen Angriff auf die Sowjetunion wurde deut-
scherseits aber n a c h dem 22.6.41 plötzlich größter Wert gelegt. Abgesehen davon, daß Japan (anders als Italien) ohnehin weit davon entfernt war, sich von seinem deutschen Partner Entscheidungen vorschreiben zu lassen, ergab sich aus dem eben skizzierten Zusammenhang ein starkes Schwanken der deutschen Strategie gegenüber Japan.

In der ‚Weisung' Nr. 24 vom 5.3.41 hatte die deutsche Führung formuliert: ,,*Die Rohstofflage der Mächte des Pakts verlangt, daß Japan diejenigen Gebiete an sich bringt, die es für die Fortsetzung des Krieges, besonders wenn die Vereinigten Staaten eingreifen, braucht.*'' Man müsse Japan ,,*so bald wie möglich zum aktiven Handeln im Fernen Osten bringen*''. Als konkretes Angriffsziel wurde Singapur genannt: der stärkste britische Stützpunkt östlich von Suez. (13) Hitler gab im Gespräch mit dem japanischen Außenminister Matsuoka am 4.4.41 sogar eine Art Blankoscheck ab: ,, ... **daß, wenn Japan in einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten verwickelt würde, Deutschland seinerseits sofort die Konsequenzen ziehen würde**''. (14)

Nach Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion lagen die Prioritäten völlig anders. So wies z.B. Außenminister Ribbentrop am 10.7.41 den deutschen Botschafter in Tokio (Ott) an, ,,*weiter auf den schnellstmöglichen Kriegseintritt Japans gegen Rußland hinzuwirken, denn je früher dieser Eintritt erfolgt, desto besser ist es. Natürliches Ziel muß weiter bleiben, daß Japan und wir uns vor Eintritt des Winters auf der Transsibirischen Bahn die Hand reichen.*'' Zwar erklärte Ribbentrop zugleich: ,,*Daß Japan im S ü d e n sich weitere Positionen in Indochina usw. sichern will, liegt selbstverständlich auch in unserem Interesse, wie überhaupt jede expansive Maßnahme Japans von uns grundsätzlich begrüßt wird.*'' (15) Daß dies nicht alles gleichzeitig zu haben war, lag allerdings auf der Hand. So mußte Ribbentrop am 23.8.41 dem japanischen Botschafter in Berlin zustimmen, ,,*daß es für Japan nicht zweckmäßig sei, die Aktionen im Norden und Süden gleichzeitig durchzuführen*''. Diesem Dilemma gab Ribbentrop nun aber die Wendung, daß Japan den Angriff auf Singapur und Niederländisch-Indien (Indonesien) auf das Frühjahr 1942 verschieben möge, um zunächst gemeinsam mit Deutschland die Sowjetunion zu ,,erledigen''. (16) Am 25.8.41 telegraphierte Ribbentrop im gleichen Sinn an den deutschen Botschafter in Tokio: die Sowjetunion habe bereits 200 von 260 Divisionen total verloren;
Tokio: die Sowjetunion habe bereits 200 von 260 Divisionen total verloren;
sie habe ,,*nicht einmal mehr nennenswerte Menschenreserven, gar nicht zu reden von dem völligen Mangel an Material*''. Auf der anderen Seite seien die USA ,,noch nicht fertig'' zum Krieg. ,,*Für Japan sollte es daher nur einen Entschluß geben, nämlich den russischen Gegner in Ostasien rasch zu erledigen und sich dadurch den Rücken im Norden freizumachen und d a n n seine großostasiatischen Ziele im Süden zu verwirklichen.*'' Ein japanischer Vorstoß nach Süden zum aktuellen Zeitpunkt sei nicht opportun. (17)

Die japanische Führung reagierte auf alle diese Mahnungen höflich-hinhaltend (man prüfe zur Zeit die Möglichkeiten ...), ohne zu dieser Zeit (nämlich vor einem militärischen Zusammenbruch der Sowjetunion) einen Angriff ernsthaft in Erwägung zu ziehen: man glaubte in Tokio nicht den deutschen Voraussagen, daß der Krieg gegen die Sowjetunion bis Jahresende abgeschlossen sein würde. In diesem Fall war aber die Sicherung strategischer Ressourcen (Indonesiens Erdöl, Malayas Kautschuk u.a.), also eine Expansion nach S ü d e n, Voraussetzung für alles weitere. (Auf diese Logik hatte im übrigen auch schon die deutsche ‚Weisung' Nr. 24 aufmerksam gemacht).

Bereits im September 1940 hatte Japan sich die Niederlage Frankreichs in Europa zunutze gemacht, um den Norden der französischen Kolonie Indochina (also Nordvietnam und Nordlaos) zu besetzen. Ende Juli 1941 bemächtigte sich Japan auch noch des Südteils. Die USA reagierten am 1.8.41 mit der Sperrung der japanischen Guthaben; Großbritannien und die Verwaltung von Niederländisch-Indien (Indonesien) schlossen sich diesem Schritt alsbald an. In der Praxis bedeutete das einen totalen Boykott gegen Japan, nachdem die USA schon 1940 eine Reihe von Teil-Boykotten (z.B. für Flugbenzin und Altmetall) verhängt hatten. Der härteste Aspekt war, daß Japan von der indonesischen Erdöl-Zufuhr abgeschnitten wurde, von der es damals fast vollständig abhing. Japan hatte dagegen nur zwei Optionen: entweder eine Verhandlungslösung mit den USA, falls sie zu einem akzeptablen politischen Preis zu haben sein würde; oder ein militärischer Zugriff auf die südostasiatischen Ressourcen, mit dem Risiko eines Krieges gegen die USA, **den die gesamte politische und militärische Führung Ja-**

Fortsetzung nächste Seite

Kräfte der USA, Großbritanniens, der Niederlande und Japans im Stillen Ozean Anfang Dezember 1941[94]

Truppen, Bewaffnung und Kampftechnik	USA*	Großbritannien**	Niederlande***	Insgesamt	Japan †††
Divisionen	9	11	2††	22	11
Landstreitkräfte in tausend Mann	über 170	über 170	etwa 30	über 370	bis 230
Schlachtschiffe	9	2†	–	11	10
Flugzeugträger	3	–	–	3	10
Schwere Kreuzer	13	1	–	14	18
Leichte Kreuzer	11	7	3	21*	20
Zerstörer	80	13	7	100	112
U-Boote	56	–	13	69	65
Landgestützte Flugzeuge	über 600	etwa 500	über 200	etwa 1300	über 1700
Trägerflugzeuge	220	–	–	220	575

Anmerkungen:
* Der Bestand der USA-Truppen schließt 4 philippinische Divisionen ein.
** Einschließlich Australiens.
*** Die Niederlande verfügten zusätzlich über irreguläre Sicherungstruppen (mehr als 40000 Mann).
† 1 Schlachtschiff und 1 Schlachtkreuzer.
†† Umgerechnet auf Divisionen.
††† An der chinesischen Front betrug die Stärke der Kuomintang-Truppen etwa 2,3 Millionen und die der Truppen des Besonderen Grenzgebiets (der KPCh) mehr als 650000 Mann. Die japanischen Truppen waren 600000 und die der Nankinger «Regierung» 550000 Mann stark. Direkt an der Frontlinie hatten die beteiligten Seiten etwa 1,4 Millionen Mann im Einsatz.
* Mit 1 leichten Kreuzer des Freien Frankreich besaßen die Alliierten 22 Schiffe dieser Klasse.

Tabelle aus: Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd. 4, S. 313, Moskau 1975

Fortsetzung von vorheriger Seite

pans für militärisch nicht gewinnbar hielt. Aus der Sicht der deutschen Führung waren b e i d e Optionen schlecht: Eine Verhandlungslösung in Ostasien hätte den USA den Rücken für ein noch stärkeres Engagement gegen Deutschland freigemacht. Andererseits, ein Krieg zwischen Japan und den USA würde Deutschland zur Kriegserklärung an die USA verpflichten, was man gerade zu d i e s e m Zeitpunkt gern noch vermieden hätte, um erst den Krieg gegen die Sowjetunion zu einem Abschluß zu bringen.

Auf zwei Konferenzen der politischen und militärischen Führung Japans am 1. und 5. November 1941 fiel die Vorentscheidung zum Krieg. Da man der Meinung war, einem Krieg mit den USA ohnehin kaum noch entgehen zu können, wollte man sich durch Überraschung und offensives Vorgehen so günstige Ausgangsbedingungen wie möglich verschaffen. Ein Datum, Ende November, wurde festgelegt, bis zu dem noch einmal eine für den japanischen Imperialismus akzeptable Verhandlungslösung mit den USA versucht werden sollte. Nach diesem Datum sollte der Krieg ausgelöst werden. Das geschah dann — nachdem die USA am 26.11. eine ablehnende Note geschickt hatten (18) - am 7.12.41 mit dem Luftüberfall auf die US-Flotte in Pearl Harbour (Hawai). Gleichzeitig griffen japanische Truppen die britische Kolonie Malaya und Thailand an. (19)

Die deutsche Führung hatte in den

(19)
Die deutsche Führung hatte in den

vorangegangenen Wochen Japan dazu ermuntert, die britischen und niederländischen Kolonien in Südostasien anzugreifen. (20) Solange Japan dabei die Philippinen (damals eine Kolonie der USA) auslasse, sei mit einer Kriegserklärung der USA nicht zu rechnen. (21) Deutete dies noch auf die deutsche Absicht hin, einen direkten Krieg mit den USA zu diesem Zeitpunkt zu vermeiden, so stellte Ribbentrop am 21.11.41 faktisch einen Blankoscheck für ein japanisches Vorgehen gegen die USA aus. (22) Am 2./3.12.41 machten die japanischen Botschafter in Berlin und Rom bei Ribbentrop bzw. Mussolini Mitteilung, daß ein Kriegsausbruch zwischen Japan und den USA (sowie Großbritannien) unmittelbar bevorstehe. Die japanische Regierung erwarte in diesem Fall unverzügliche Kriegserklärung ihrer Verbündeten an die USA. In beiden Fällen bekam Japan die geforderte Zusage. (23) Am 11.12.41, drei Tage nach den Kriegserklärungen der USA und Großbritanniens an Japan, gab Hitler im Reichstag die Kriegserklärung an die USA bekannt.

Der Krieg im Pazifik

Die Kräfteverhältnisse wurden in Japan deutlich realistischer beobachtet und bewertet als in Deutschland. Japan besaß zwar eine leichte Überlegenheit gegenüber den verbündeten Kräften der USA, Großbritanniens und der Niederlande in Südostasien/Pazifik, im Wesentlichen allerdings nur in der Zahl der Flugzeugträger und der insgesamt verfügbaren Flugzeuge (siehe Tabelle). Da ein Krieg mit den USA zweifellos nicht schnell entschieden werden konnte, würden letztlich die Produktionskapazitäten ausschlaggebend sein. Was dies anging, lagen alle Vorteile eindeutig auf Seiten der USA. In Zahlen war die japanische Armee 1942 nur ungefähr so groß wie die italienische (mit Ausnahme Flugzeuge und Flugzeugträger), und das Gros ihrer Bodenstreitkräfte war in China und an der sowjetischen Grenze gebunden. (24) Mit rund 2.6 Mio. Mann (alle Waffengattungen zusammen) war die gesamte japanische Armee 1942 kleiner als die deutsche Angriffsstreitmacht, die im Juni 1941 die Sowjetunion überfallen hatte (über 3 Millionen). Einer Expansion der Armeestärke waren durch die beschränkten Kapazitäten der japanischen Rüstungsindustrie relativ enge Grenzen gesetzt. Aus diesen Voraussetzungen ergab sich die japanische Kriegsstrategie: Innerhalb einer in drei Etappen geteilten Kampagne von 4-5 Monaten sollten ‚blitzkrieg'artig die Philippinen, Burma, Thailand, Indonesien, Malaya und eine Reihe von Inselgruppen im Pazifik erobert werden. Auf dieser Linie hätte man dann entweder zur strategischen Verteidigung übergehen können, um den USA einen langwierigen, vor allem an Menschenleben verlustreichen Erschöpfungskrieg aufzuzwingen, oder man hätte bei günstigem Kriegsverlauf weitere Ziele (Indien, Australien, Hawaii u.a.) angehen können.

Die japanische Führung verstand, daß die ,,Achse'' die USA nicht militärisch besiegen, sondern allenfalls durch Ausschaltung Großbritanniens kriegsunwillig machen konnte. Aus japanischer Sicht wäre es deshalb notwendig gewesen, das militärische Potential der

unwillig machen konnte. Aus japanischer Sicht wäre es deshalb notwendig gewesen, das militärische Potential der

,,Achse'' soweit wie möglich gegen Großbritannien und dessen koloniale Außenposten zu konzentrieren. Entscheidend wäre dabei eine deutsch-japanische ,,Zange'' gegen den Nahen und Mittleren Osten gewesen: über Nordafrika (plus eventuell Türkei) von der einen, über Indien und den Indischen Ozean von der anderen Seite. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion war aus dieser Sicht ein schwerer Fehler, und die japanische Regierung unternahm später einige Anstrengungen, um einen Separat-Frieden zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu vermitteln, ohne jedoch auf einer der beiden Seiten positive Resonanz zu finden.

Während sich die Staaten der ‚Anti-Hitler-Koalition' immer enger verbanden und eine gemeinsame Strategie entwickelten, gab es zwischen Deutschland und Japan kaum eine militärische Zusammenarbeit. Das lag zum einen daran, daß beide Staaten und die von ihnen eroberten Gebiete weit voneinander getrennt waren. Es lag aber auch an dem maßlosen nationalistischen Hochmut der deutschen Führung, der vor Verbündeten nicht Halt zu machen pflegte. So kam nicht viel mehr zustande als ein kurzes, allgemein gehaltenes *Militärabkommen* der drei ,,Achsen''-Hauptmächte im Januar 1942. Im Punkt I des Abkommens wurden ganz grob die Grenzen der ,,Operationszonen'' gegeneinander abgesteckt, irgendwo quer durch Asien und die östliche Sowjetunion. Punkt II enthielt in allgemeinsten, oberflächlichsten Sätzen die ,,Operationspläne'' der drei Mächte. Im Grunde wurde dort lediglich ausgesagt, daß sie in ihren ,,Operationszonen'' die gegnerischen Kräfte und Stützpunkte vernichten würden. Punkt III zählte ,,Hauptpunkte der militärischen Zusammenarbeit'' auf: in sechs Einzelpunkten war festgehalten, daß man sich über die Operationspläne unterrichten werde, daß man beim Sammeln und der Auswertung von Informationen kooperieren werde, und ähnliches mehr. Konkret war durch dieses Abkommen n i c h t s geregelt, und im Laufe der Kriegsjahre änderte sich das nur wenig.

Es war oben gesagt worden, daß der japanische Kriegsplan 4-5 Monate für die erste offensive Phase vorgesehen hatte. Tatsächlich aber erreichten die japanischen Streitkräfte die gesteckten Ziele, inclusive der britischen Stützpunkte Hongkong und Singapur sowie der pazifischen US-Stützpunkte Guam und Wake, der nördlichen Salomon-Inseln, der Marshall- und der Gilbert-Inseln, im Wesentlichen in nur 3 Monaten. (25) Diese Erfolge ermutigten die japanischen Militärs, sich neue, noch weitere Ziele zu stecken. Abgesehen von allzu offenbar unrealistischen Plänen in Richtung Indien/Ceylon wurden die Seegebiete nördlich und östlich von Australien das neue strategische Ziel. Die Absicht war, Australien von den Seeverbindungen nach USA abzuschneiden, um zu verhindern, daß Australien als Aufmarschgebiet und Hinterland einer amerikanischen Rückeroberung Indonesiens und der Philippinen dienen könnte. Zuvor wollten die Japaner noch zur Abrundung ihrer Linien im mittleren Pazifik die Midway-Inseln, nordöstlich von Hawaii, einnehmen. Daraus ergab sich Anfang Juni 1942 eine große Seeschlacht, die bereits den Wendepunkt des Krieges zuungunsten Japans be-

Anfang Juni 1942 eine große Seeschlacht, die bereits den Wendepunkt des Krieges zuungunsten Japans be-

zeichnete. (26) Japans militärische Expansion hatte im Wesentlichen ihre äußersten Grenzen erreicht und wurde von nun an, wenn auch nur langsam und meist unter zähem Widerstand, wieder zurückgedrängt. Zum Hauptschauplatz des Pazifik-Krieges wurde bis Mitte 1944 die Korallensee, ein Seegebiet mit einer Reihe großer Inseln, nördlich von Australien und östlich von Neuguinea, sowie Neuguinea selbst. Mit der Landung auf der Salomon-Insel Guadalcanal im August 1942 begann die strategische Gegenoffensive der USA, in Form des ,,Insel-Springens''. Entscheidend war für diese Form des Krieges die Organisierung des Nachschubs an Material und Menschen über riesige See-Strecken und somit der Kampf zwischen den Flotten Japans und der USA um die Sicherung der eigenen und die Unterbrechung der gegnerischen Transport-Linien. Wichtigstes Instrument war dabei der Flugzeugträger, der die traditionelle Funktion der Schiffsartillerie, aber mit vervielfachter Reichweite, übernahm. Große Seeschlachten im Pazifik fanden statt, ohne daß die Flotten überhaupt in Sichtweite gekommen waren, lediglich mit den Bombern und Jägern der Trägerschiffe. Seit dem Kampf bei den Midway-Inseln, der sie 4 große Flugzeugträger gekostet hatte (die USA verloren nur einen), hatten die Japaner ihre anfängliche zahlenmäßige Überlegenheit auf diesem Gebiet eingebüßt, und der Vorsprung der USA wurde rasch immer größer, bis sie gegen Kriegsende über mehr als 100 schwere und leichte Träger verfügten — gegen 5 japanische. Der Krieg im Pazifik wurde so für Japan immer verlustreicher und aussichtsloser. Die USA waren meistens in der Lage, zahlenmäßig überlegene Truppen sowie einen riesigen Vorsprung an Menge und Qualität des Materials auf die einzelnen Kampfplätze zu konzentrieren. Im August 1944 war die Rückeroberung der pazifischen Inseln im Wesentlichen abgeschlossen. Von mehreren möglichen Optionen entschloß sich die militärische Führung der USA nun für den Angriff auf die Philippinen. Am 20.10.44 begann die Landung von starken US-Truppen auf der Insel Leyte, nördlich von Mindanao. Die japanische Marine wollte einen (letzten) Versuch unternehmen, dem Krieg eine Wende zu geben, indem sie die US-Flotte vor Leyte zum Kampf stellte. Die Reste der japanischen Flotte wurden zu diesem Zweck auf den Weg geschickt — und wurden von den Flugzeugträgern und Kriegsschiffen der USA vernichtend zerschlagen. (27) Das war praktisch die endgültige Entscheidung des Seekriegs im Pazifik. Trotzdem dauerte es noch bis etwa März-Mai 1945, ehe die US-Truppen die Philippinen im Wesentlichen unter Kontrolle hatten; größere japanische Verbände standen hier noch bei Kriegsende. Unterdessen hatten sich die USA mit der Eroberung der Insel Iwo Jima (Februar 1945) näher an Japan selbst herangearbeitet; mit der Landung auf Okinawa (April 45, Abschluß der Kämpfe im Juni 45) war ein weiterer Schritt getan. Indessen verfügte Japan immer noch über eine Armee von rund 5,5 Millionen Mann, davon 2,3 Mio. in Japan, sodaß eine Invasion der japanischen Inseln noch eine langwierige und verlustreiche Aufgabe geworden wäre. Die Westmächte hatten daher schon auf der Konferenz in Teheran (November 1943) die Sowjetunion dafür gewonnen, nach der Kapitulation Deutschlands in den Krieg gegen Japan einzutreten. Diese Abmachung wurde in Jalta (Februar 1945) bekräftigt, und zwar sollte die Sowjetunion innerhalb von drei Monaten nach der deutschen Kapitulation Japan den Krieg erklären. Sie tat das auf den Tag genau am 8. August, und sowjetische Truppen rückten in die von Japan beherrschte Mandschurei ein. Dies, die absolute Aussichtslosigkeit des Krieges nach dem Ausscheiden Deutschlands und vor allem die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (6. und 8.8.45) veranlaßten Japan am 15.8.45 zur Kapitulation.

Anmerkungen

1) Der offizielle Titel dieses Beschlusses lautet: Joint Resolution to Preserve the Neutrality and the Peace of the United States and to Secure the Safety of its Citizen and their Interests. (Text in Documents on American Foreign Relations/DAFT, Bd. II, S. 656 - 669). Dem irreführenden Titel entspricht der Inhalt, der die praktischen Absichten nur beiläufig als Ausnahmeregelungen innerhalb einer an sich strikten Neutralität erwähnt.

2) Roosevelt erklärte am 10.6.40 in der Universität von Virginia (solche scheinbar unspektakulären Gelegenheiten wurden später auch während des ‚Kalten Krieges' genutzt, um Hochwichtiges an die Öffentlichkeit zu bringen): „...The whole of our sympathies lies with those nations that are giving their life blood in combat against these forces" (d.h. die ‚Achsen-Mächte'). „We will extend to the

blood in combat against these forces" (d.h. die ‚Achsen-Mächte'). „We will extend to the

opponents of force the material resources of this nation"; zugleich würden die USA aber auch gesteigerten und beschleunigten Gebrauch von diesen Ressourcen machen, um sich selbst zu rüsten „equal to the task of any emergency and every defence." (DAFR, Bd. II, S. 77ff.) Dem französischen Ministerpräsidenten Reynaud teilte Roosevelt am 13.6.40 direkt mit: „...This Government is doing everything in its power to make available to the Allied Governments the material they so urgently require, and our efforts to do still more are being redoubled. This is so because of our faith in and our support to the ideals for wich the Allies are fighting." (zit. bei Churchill, Bd. 2, S. 162) Churchill telegraphierte daraufhin am gleichen Tag an Reynaud: falls Frankreich jetzt weiterkämpfen würde, werde den USA gar nichts anderes übrig bleiben als „to take the only remaining step, namely, becoming a belligerent in form as she already constituted herself in fact". Frankreich dürfte nicht diese günstige Gelegenheit auslassen „of bringing about the word-wide oceanic and economic coalition which must be fatal to Nazi domination." (Churchill, Bd. 2. S. 164)

3) Es handelte sich um Stützpunkte auf Newfoundland sowie auf den Bermudas und den Bahamas, auf Jamaica, Antigua, St. Lucia, Trinidad und in British Guayana. Formal war es eine Verpachtung auf 99 Jahre. Churchill kommentierte dieses Geschäft später: „There was another reason, wider and more powerful than either our need for the destroyers or the American need for the bases. The transfer to Great Britain of fifty American warships was a decidely unneutral act by the United States. It would, according to all the standards of history, have justified the German Government in declaring war upon them." Freilich habe er, Churchill, damals gemeint, daß für „this simple solution of many difficulties", d.h. eine deutsche Kriegserklärung an die USA, „keine Hoffnung" war, weil die deutsche Strategie darin bestanden habe, die Gegner n a c h e i n a n d e r zu schlagen und nicht vor Abschluß des Krieges gegen Großbritannien in einen Krieg mit den USA hineingezogen zu werden. „Nevertheless the transfer of the destroyers ... was an event which brought the United States definitely nearer to us and to the war, and it was the first of an long succession of increasingly unneutral acts in the Atlantic which were of the utmost service to us." (Churchill, Bd. 2, S. 358) Daß die Verhandlungen über das Geschäft sich zunächst schwierig gestalteten, lag wesentlich an der amerikanischen Ausgangsforderung, Großbritannien müsse vorher eine verbindliche Erklärung abgeben, im Fall einer sich abzeichnenden Niederlage dafür zu sorgen, daß die britische Flotte nicht in deutsche Hände fallen würde. Die britische Regierung weigerte sich mit Erfolg, eine derart demoralisierende, propagandistisch fatale Erklärung in Erwägung zu ziehen.

4) Roosevelt am 3.12.40; zit. bei Churchill, Bd. 2, S. 507. Mit gleicher Tendenz Ansprache des Präsidenten am 29.12.40: die USA würden den Alliierten „every ounce and every ton of munitions and supplies that we can possibly spare" schicken. (DAFR, Bd. III, S. 17ff). Den Kriegseinsatz von US-Truppen schloß Roosevelt in dieser Rede aus. „Our nacional policy is not directed towards war. Its sole purpose is to keep war away from our country and from our people."

5) Dennoch wurden 1941 nur etwa 20% der US-Kriegslieferungen für Großbritannien nach dem „Lend-Lease"-System abgewickelt. Der größte Teil der bewilligten Gelder wurden in diesem Stadium zum Aufbau neuer Werke und Anlagen der Kriegsproduktion verwendet. (nach Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, Frankf. 1965, S. 399)

6) Grönland und Island waren dänischer Kolonialbesitz. Die Stationierung von britischen bzw. amerikanischen Truppen war eine Reaktion auf die Besetzung Dänemarks durch die Wehrmacht im April 1940.

7) „Through these years of war, we Americans have never been neutral in thougt... And

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

increasingly, we have become aware of the peril to ourselves, to our democratic traditions and institutions, to our country and to our hemisphere... We know that we could not defend ourselves in Long Island Sound or in San Francisco Bay. That would be to late. It is the American policy to defend ourselves wherever such defense becomes necessary under the complex conditions of modern warface." (DAFR, Bd. IV, S. 23ff.) Ein aktuelles Wort!

8) Als Quelle für die Angaben zur Kriegsvorbereitung der USA wurde das sehr brauchbare sowjetische Standardwerk „Geschichte des 2. Weltkrieges" (Bd. 3, Moskau 1974) benutzt. S. 232 - 237. Die Angaben sind dort quellenmäßig belegt.

9) Japan ließ im September 1931 von seiner Kolonie Korea aus Truppen in die Mandschurei einmarschieren. Im Februar 1932 wurde das besetzte Gebiet als pseudo-autonomer Staat Manchuko proklamiert. Vor hier aus rückte die japanische Armee schrittweise in die nordchinesischen Provinzen vor. — Im Juli 1937 setzte eine zweite Phase der japanischen China-Expansion ein, wobei es Japan u.a. gelang, die chinesische Küste unter Kontrolle zu bringen und somit China von der Seeseite her weitgehend abzuriegeln. Japans Absicht war, China in die Rolle eines Satelliten-Staates zu zwingen, der Zentrum eines japanischen Imperiums („Großostasiatische Wohlstands-Sphäre") werden sollte.

10) Die st.ategische Absicht der deutschen Führung war, durch einen Beistandspakt mit Japan Großbritannien mit dem Risiko eines Krieges an zwei Fronten zu konfrontieren; dieses Risiko sollte Großbritannien davon abhalten, sich der deutschen Expansion in Europa militärisch in den Weg zu stellen.

11) Bei Nomohan, an der mongolisch-sowjetischen Grenze, stießen im Juli/August 1939 japanische und sowjetische Truppen in Stärke von mehreren Divisionen aufeinander. Die japanischen Angreifer wurden eingeschlossen und verloren allein an Toten rund 18.000 Mann. Dieser Verlauf führte dazu, daß die japanische Führung von der Kampfkraft der Roten Armee künftig ein ganz anderes — tatsächlich realistischeres — Bild hatte als ihre deutschen Kollegen.

12) ADAP, Serie D, XI.1, Nr. 118

13) ADAP, Serie D, XII.1, S. 125

14) ADAP, Serie D, XII.1, Nr. 266

15) ADAP, Serie D, XIII.1, Nr. 89. Ribbentropp hatte schon kurz nach Beginn des Angriffs den japanischen Botschafter in Berlin, Oshima (der vermutlich der deutschen Regierung loyaler war als seiner eigenen), aufgefordert, in Tokio auf ein schnelles militärisches Eingreifen Japans gegen die Sowjetunion zu drängen. (Mitteilung Ribbentropps an den deutschen Botschafter in Tokio, 28.6.41). Am 1.7.41 telegraphierte Ribbentropp seinem Kollegen Matsuoka nach Tokio: Die Sowjetunion stehe vor dem Zusammenbruch. Japan müsse jetzt Wladiwostok angreifen und weit nach Westen vorstoßen. Das werde die Niederlage Großbritanniens beschleunigen und die USA von einer Intervention abhalten.

16) ADAP, Serie D, XIII.2, Anhang IV

17) ADAP, Serie D, XIII.1, Nr. 239

18) Die US-Note vom 26.11.41 enthielt 10 Punkte für eine Verhandlungslösung: 1. Abschluß eines multilateralen Nichtangriffspaktes zwischen den USA, Japan, Großbritannien, Sowjetunion, China, Niederländisch-Ostindien und Thailand. 2. Neutralisierung Indochinas. 3. Sofortiger Rückzug Japans aus Indochina und China. 6. Danach Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen USA-Japan. 7. Ebenfalls danach Aufhebung der Guthaben-Sperre. 9. Eine Formulierung, die einer Ungültigkeitserklärung des Paktes mit Deutschland und Italien durch Japan gleichkam. 10. Beide Staaten versuchen, andere Nationen auf die Linie dieses Abkommens zu bringen (d.h. konkret vor allem: die USA würden sich dann bei Großbritannien und Niederländisch-Ostindien für die Aufhebung des Boykotts einsetzen). (Text der Note in Documents on America Foreign Relations, IV, S. 519ff). — Demgegenüber sahen die Hauptpunkte der japanischen Verhandlungslinie so aus: 1. Garantie des Status quo in Südostasien und im Pazifik, mit Ausnahme Indochinas. 2. Rückzug Japans aus Indochina erst nach „Wiederherstellung des Friedens in China" (also nach dessen politischer Unterwerfung); militärischer Rückzug aus dem Süden Indochinas allerdings schon bei Vertragsabschluß. 3. und 4. Verpflichtungen betr. Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. 5. Verzicht der USA auf Unterstützung der chinesischen Regierung.

19) Ziel des japanischen Angriffs auf Pearl Harbour war die Ausschaltung der US-Pazifik-Flotte, um günstigere Voraussetzungen für den geplanten südostasiatisch-pazifischen ‚Blitzkrieg' zu schaffen. Der Überfall war monatelang vorbereitet worden. Zu seiner Ausführung wurde ein starker japanischer Flottenverband, gruppiert um sechs Flugzeugträger, am 26.11.41 (also noch vor Ablauf des gesetzten Zeitlimits für die Verhandlungen mit den USA) in Marsch gesetzt. Zerstört wurden bei dem Angriff fünf große Schlachtschiffe, drei Kreuzer und drei Zerstörer, sowie 190 Flugzeuge. Zahlreiche weitere Schiffe wurden beschädigt, einige davon schwer. Dieses Ergebnis war zwar geringer als optimal angestrebt, weil die USA wenige Tage vor dem Überfall ihre drei Flugzeugträger aus Pearl Harbour abgezogen hatten. Es bewirkte in der Praxis aber immerhin eine weitgehende Ausschaltung der US-Pazifik-Flotte bis zum Sommer 1942. Die japanischen Verluste bei dem Überfall waren minimal.

20) Damit war natürlich die Aussicht auf eine japanische Beteiligung am Krieg gegen die Sowjetunion erst einmal ad acta gelegt. Hitler hatte sich bereits Anfang September 1941 dagegen ausgesprochen, in dieser Frage weiteren Druck auf Japan auszuüben — mit der Begründung, das könne sonst als Schwächezeichen gedeutet werden. (ADAP, Serie D, XIII.1, Nr. 291)

21) So Ribbentropp am 9.11.41 an Botschafter Ott in Tokio. ADAP, Serie D, XIII.2, Nr. 458.

22) Ott hatte am 18.11.41 nach Berlin gemeldet: der japanische Generalstab rechne nicht mehr mit einer friedlichen Bereinigung der japanisch-amerikanischen Beziehungen. Japan wünsche sich daher eine gegenseitige Verpflichtung der ‚Achsenmächte', im Fall eines Krieges mit den USA keinen Separatfrieden abzuschließen. Ribbentropp telegraphierte daraufhin am 21.11.41 an Ott: dies sei „selbstverständlich" und könne gern auch schriftlich niedergelegt werden. (ADAP, Serie D, XIII.2, Nr. 480 und 487)

23) ADAP, Serie D, XIII.2, Nr. 537. Ribbentropp legte daraufhin am 5.12.41 einen Vertragsentwurf vor, der die japanischen Forderungen voll aufnahm. (ADAP, Serie D, XIII.2, Nr. 546) — Ott hatte inzwischen am 21.11.41 aus Tokio telegraphiert, was er gerüchteweise über die japanische Kriegsplanung erfahren hatte: Besetzung Thailands sowie von Teilen Burmas und Malayas; eventuell Angriff auf Singapur. Eroberung wichtiger Erdöl-Vorkommen in Indonesien. Eventuell auch Überraschungsangriff auf die Philippinen. Trotz japanischer Überlegenheit sei „durch-
Singapur. Eroberung wichtiger Erdöl-Vorkommen in Indonesien. Eventuell auch Überraschungsangriff auf die Philippinen. Trotz japanischer Überlegenheit sei „durch-
schlagender Erfolg nur zu erwarten bei voller Überraschung und scharfer Kräftezusammenfassung auf Hauptziele". (ADAP, Serie D, XIII.2, Nr. 486) Das Ziel Pearl Harbour hatte der japanische Generalstab anscheinend bis zuletzt erfolgreich gegenüber dem deutschen Bündnispartner abschirmen können. Aus dem Telegramm Otts ergibt sich dennoch, daß die deutsche Führung im Prinzip bestens über die japanische Strategie informiert war.

24) Personalbestand der Streitkräfte jeweils 2.6 Millionen. Geschütze und Granatwerfer: Italien 17.000, Japan 13.600. Kampfflugzeuge: Italien 1.900, Japan 4.500. Kriegsschiffe der Hauptklassen: Italien 213, Japan 226. U-Boote: Italien 90, Japan 60. (Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd. 5, Moskau 1975, S. 37). Mit diesen Kräften kämpfte Italien 1942 lediglich an einer relativ kurzen Front in Nordafrika, die japanische Armee hingegen auf zahlreichen Plätzen in einem Raum von mehreren 1.000 Kilometern Ausdehnung. Entgegen manchen legendären Vorstellungen verdankten sich die japanischen Anfangserfolge jedenfalls nicht einem zahlenmäßigen Übergewicht seiner Truppen. Die im Text abgedruckte Tabelle zeigt im Gegenteil, daß die Alliierten in dieser Phase mehr Soldaten auf den Kriegsplätzen hatten als Japan; darunter allerdings ein hoher Anteil von ‚einheimischen' Kolonialtruppen, deren Motivation so unzureichend war wie ihre Bewaffnung.

25) Mit der Kapitulation der niederländisch-indonesischen Truppen am 9.3.42 war die erste Kriegsphase abgeschlossen. Nach diesem Datum hielten sich lediglich noch US-Truppen in zwei befestigten Stellungen auf den Philippinen: auf der Halbinsel Bataan (bis 9.4.42) und auf der Insel Corregidor (7.5.42).

26) Japan verlor 4 große Flugzeugträger und 332 Flugzeuge (davon 280 auf den versenkten Trägern). Außerdem 1 Schlachtschiff, 1 schwerer Kreuzer und 2 Zerstörer. Verluste der USA: 1 Flugzeugträger, 150 Flugzeuge, 1 Zerstörer. „Durch die Schlacht beim Midway-atoll veränderte sich das Kräfteverhältnis bei den Flottenkräften weiter zugunsten der USA. Japan hatte nur noch 1 schweren und 4 leichte Flugzeugträger, während die USA im Pazifik über 3 schwere Flugzeugträger verfügten. 6 japanische Flugzeugträger befanden sich in Reparatur oder im Bau, wohingegen in den USA 13 Flugzeugträger und 15 Geleitträger auf Stapel lagen." (Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd. 5, Moskau 1975, S. 477 und 478).

27) Die Seekämpfe bei Leyte kosteten Japan 10.000 Tote, 4 Flugzeugträger, 500 Flugzeuge, 3 Schlachtschiffe, 10 Kreuzer und 11 Zerstörer. Verluste der USA: 3 leichte Träger, 2 Zerstörer.

Kt., Hamburg

Korrektur

Im Teil 6 dieser Serie (AK 255, S. 16, Spalte Mitte) ist bei der Beschreibung der Verteidigung Moskaus durch Auslassen mehrerer Zeilen der Sinn völlig unverständlich geworden. Vollständig muß diese Satzgruppe so aussehen:

„Nach sowjetischen Angaben hatte die Rote Armee an diesem Abschnitt 40,3 % aller Soldaten, 35 % aller Panzer, 44,1 % aller Geschütze und 32,7 % aller Flugzeuge, *die an der Westfront verfügbar waren, eingesetzt. (12) Nach gleichen Angaben hatte auf der anderen Seite die Wehrmacht 42,3 % aller Soldaten, 75 % aller Panzer, 45,1 % aller Geschütze und 31,2 % aller Flugzeuge,* die sie in der Sowjetunion hatte, für den Angriff auf Moskau konzentriert." (Kursiv die im AK 255 ausgelassenen Worte)

Ein weiterer sinnentstellender Fehler: unter dem Bild aus dem Film „Jud Süß" (S. 15) muß es nicht „Gestapo-Gerichte", sondern „Gestapo-Berichte" heißen. Dafür aber auf S. 16, 1. Spalte, ungefähr in der Mitte in dem langen Zitat: „Das ist keine Frage der Kriegsgerichte" statt „.... Kriegsgeschichte". Und in der Anmerkung 52 (S. 18): „Die sowjetischen Angaben zum absoluten Kräfteverhältnis" statt „.... Kriegsverhältnis". Auf S. 15, 2. Spalte, 1. Absatz „Griechenland war bis Ende April 1941 im Wesentlichen unterworfen". (Im AK wurde das Wort „Ende" vergessen.) Der Text enthält noch eine ganze Reihe weiterer kleiner Satzfehler, die hier nicht alle aufgezählt werden sollen. Grammatik-Fans wissen ohnehin, daß die Studien für den Rußland-Feldzug nicht in „der", sondern in „die" OKW-Weisung Nr. 21 einmündeten (S. 15, Ende der 3./Anfang der 4. Spalte).

Dollarkurs und Staatsverschuldung
Eine Anleihe auf den kommenden Krieg



Nachdem Reagan den neuen Haushaltsentwurf für 1986 vorgelegt hatte, setzte der Dollar zu einem neuen Höhenflug an. Mit einem Gesamtetat von ca. 3 Billionen und einem Militärbudget von 975 Milliarden Mark wurde eine neue Runde zur Ansaugung von ausländischem Kapital eingeläutet, die bisher ihresgleichen sucht. Da die US-Regierung vor allem ihre gigantischen Rüstungsanstrengungen nicht aus den Steuern der US-Bevölkerung bezahlen kann, wird bekanntlich dieses Geld mit Hilfe hoher Zinsen aus dem Ausland geholt. Nach unterschiedlichen Schätzungen flossen allein 1984 zwischen 80 und 100 Milliarden Dollar ausländischen Kapitals in die USA, um vor allem an der Aufrüstung mitzuverdienen. Mangels entsprechender Rendite in der EG fließt zunehmend auch Kapital in die USA, das, von Stoltenberg heftig bejammert, für den Aufschwung in der Wende fehlt. Auch eine massive Intervention mit einer Milliarde Dollar der japanischen und der europäischen Zentralbanken, konnten den Dollar nur für eine Woche stürzen lassen. Mittlerweile ist er auf dem gleichen Stand wie vorher. Doch graust es mittlerweile nicht nur führenden Ideologen der EG, sondern auch Banken- und Regierungskreisen in den USA vor den Folgen dieser Politik. Die Laufzeit der Kapitalanlagen in den USA werden immer kürzer gehalten (bei Schuldverschreibungen von 10 auf 2 Jahre), um bei einem plötzlichen Sturz des Dollar das angelegte Geld schnell zurückziehen und die Verluste so gering wie möglich halten zu können. Alle Finanzblätter schreiben einhellig von einem kommenden Fall des Dollar, doch niemand vermag sichere Prognosen abzugeben, was die Spekulation in den Dollar noch weiter anheizt. Es zeichnet sich aber ab, daß die Anstrengungen der USA, mithilfe ausländischen Kapitals für den Krieg der Sterne gegen die Sowjetunion zu rüsten, möglicherweise in einem Finanzdebakel enden werden, das die Weltwirtschaft wesentlich stärker erschüttern könnte, als die Krise von 1929.

Der Zustand der US-Wirtschaft ist in mehrfacher Hinsicht mehr als kritisch. Zwar haben sich die Profite in der Industrie aufgrund von Steuersenkungen, erleichterten Abschreibungsmöglichkeiten, brutalen Schrumpfungs- und Rationalisierungsprozessen unter Reagan effektiv verdoppelt, aber seit Mitte 84 sind auch diese Profitsteigerungen nicht mehr zu halten. Aufgrund des hohen Dollarkurses, der einen enormen Wettbewerbsnachteil
fitsteigerungen nicht mehr zu halten. Aufgrund des hohen Dollarkurses, der einen enormen Wettbewerbsnachteil
für US-amerikanische Firmen gegenüber der Konkurrenz aus der EG und Japan mit sich gebracht hat, sind viele US-Firmen pleite gegangen oder haben starke Einbußen an Marktanteilen hinnehmen müssen. Obwohl die protektionistischen Maßnahmen der Reagan-Administration schon mit denen in den zwanziger Jahren verglichen werden, konnte ein massives Firmensterben nicht verhindert werden. Gleichzeitig birgt der Exportboom besonders für die BRD eine Gefahr in sich, weil er allein auf dem überhöhten Dollarkurs basiert. Fällt der Dollar, wird dieser Exportboom schlagartig sein Ende finden.

In der US-Wirtschaft kriselt es nicht nur durch die öffentliche Verschuldung, sondern auch durch die Verschuldung der Industrie und der privaten Haushalte. Die Industrie ist aufgrund ihrer Rationalisierungs- und Automatisierungsanstrengungen sowie den Fusionierungen dreimal so hoch verschuldet wie die gesamte Dritte Welt. Auch wenn diese beiden Verschuldungsarten auf den ersten Blick nicht vergleichbar erscheinen, da es sich bei der Industrie um eine interne Verschuldung, bei der Dritten Welt um eine externe Verschuldung handelt, ist dieser Vergleich doch zulässig, da in beiden ein extrem hoher Anteil an ausländischen Geldern steckt. Während aber die USA die Länder der Dritten Welt über Zwangsmaßnahmen des Weltwährungsfonds zu radikalen Einschränkungen zwingen, schrauben sie die eigene Kreditaufnahme mithilfe hoher Zinsen ständig in die Höhe.

Die privaten Haushalte in den USA sind mittlerweile doppelt so hoch verschuldet wie die gesamte Dritte Welt. Dies ist der sichtbarste Ausdruck einer Verelendung in den USA, die seit den zwanziger Jahren nicht mehr dieses Ausmaß annahm. Eine Kommission der Harvard Universität gab kürzlich einen drastischen Einblick in die Lage der Bevölkerungsschichten, die innerhalb der USA für den Krieg der Sterne zahlen müssen. Im Land des Überflusses (mit einer Einwohnerzahl von 220 Millionen) hungern schätzungsweise 20 Millionen Menschen, und 500.000 Kinder sind unterernährt. 75 % der US-Städte mußten verstärkt Nahrungsmittelhilfe ausgeben. Unter der von der Regierung definierten Armutsgrenze lebten 1980 9 Millionen und mittlerweile 35 Millionen Menschen. Im Süden und Südwesten der USA tauchen wieder Mangelkrankheiten auf, wie sie in den letzten Wochen aus Afrika durch die Presse gingen, Kwashiorkor und Marasmus. Chicago vermeldete aufgrund der sinkenden hygienischen Verhältnisse in Verbindung mit Mangelernährung ein Ansteigen der längst vergessenen Tuberkulose.

Die, die noch Arbeit haben, mußten teilweise eine Halbierung ihres Lohnes hinnehmen. In den neuen Budgetplänen der Regierung wird für die Be-
teilweise eine Halbierung ihres Lohnes hinnehmen. In den neuen Budgetplänen der Regierung wird für die Be-
schäftigten des öffentlichen Dienstes eine Lohnkürzung von 5% vorgesehen, die Pensionsgrenze soll auf 65 Jahre hochgeschraubt werden.

Extrem ist auch die Situation in der US-Landwirtschaft, in der kleine und mittlere Farmer bis über die Ohren verschuldet sind, was zu einem Schrumpfungs- und Konzentrationsprozeß in der Industrie für landwirtschaftliche Geräte geführt hat.

Alles in allem stellt sich daher die Frage, wie die US-Regierung in Zukunft ihren Schuldendienst tätigen will, der für 1984 allein für die Finanzierung des Haushaltsdefizites 111 Milliarden Dollar beträgt. Den Ländern der Dritten Welt wird bekanntlich in solch einer Situation empfohlen, drastisch die Exporte zu erhöhen, die Währung zu diesem Zwecke abzuwerten und die Importe drastisch zu drosseln. Dies ist für die USA gar nicht möglich. Die US-Handelsbilanz, die die Exporte minus Importe beschreibt, hat sich von einem Plus von 0,5 Milliarden Dollar 1970 auf das Rekorddefizit von 123 Milliarden Dollar in 1984 hochgeschraubt. Zudem haben viele US-Firmen ihre Auslandsanlagen repatriiert, d.h. der Kapitalexport der USA ist praktisch zum Erliegen gekommen. So wird die USA erstmals seit 1918 wieder zu einem Nettoschuldnerland, das seine Zinsen entweder mit immer neuen Krediten, also ausländischem Kapital, decken kann, oder das Haushaltsdefizit drastisch abbaut, damit einen Dollarsturz einleitet, der den Schuldendienst verbilligt und die US-Industrie gegenüber dem Ausland wieder wettbewerbsfähiger machen würde.

Letzteres hieße aber, abgesehen von katastrophalen Folgen in allen imperialistischen Staaten, eine Einschränkung oder Aufgabe der Rüstung für den Dritten Weltkrieg. Der bisherige Kurs der Reagan-Regierung, besonders nach seiner Wiederwahl, lassen die letztere Möglichkeit als unwahrscheinlich erscheinen. Das jetzige Aufrüstungsprogramm der USA ist darauf angelegt, einen Krieg gegen die Sowjetunion führbar und gewinnbar zu machen. Zum anderen hat es mittlerweile einen nicht zu unterschätzenden Effekt für die scheinbare Belebung der US-Wirtschaft. Mit vier Millionen direkten Angestellten und 1,1 Millionen zivilen Angehörigen ist das Pentagon zum größten Arbeitgeber der USA avanciert. Mit der Ausgabe von einer Billion Dollar seit Reagans Amtsantritt hat das US-Militärministerium zahlreichen Industriezweigen wieder auf die Beine geholfen und den militärischen Anteil an der Produktion in vielen Branchen drastisch erhöht. Zum Vergleich: 1939 hatte der Pentagon unter Roosevelt einen Etat von knapp 500 Millionen Dollar (das ist ein halbes Promille des jetzigen Etats) und 185.000 Mann unter Waffen.

Bezeichnenderweise bezieht sich fast alle Kritik an den Aufrüstungsplänen der USA darauf, ob bestimmte Projekte einen Krieg führbar machen oder nicht. So wird an den MX-Raketen kritisiert, daß sie zu verwundbar seien
te einen Krieg führbar machen oder nicht. So wird an den MX-Raketen kritisiert, daß sie zu verwundbar seien
und sich deshalb die Ausgaben dafür nicht lohnen würden. Interessanterweise meldete sich Kissinger in der jetzt laufenden Debatte über die Kürzungen am Rüstungsetat mit der Stellungnahme zu Wort, daß auf alle Fälle der Etat in dieser Höhe verabschiedet werden müsse, aber erst danach geprüft werden solle, welche Waffensysteme wirklich effektiv seien. Seine Schlußfolgerung ist, daß erstens die Rüstungskontrollverhandlung keinerlei Grund für die Reduzierung des Etats sein dürften, und daß zweitens revolutionäre Entwicklungen in der Militärtechnik anstünden, die diese hohen Ausgaben nötig machen und vor allem dazu führen würden, daß die USA eine kohärente Militärstrategie entwickeln könnten, die nicht nur für sie, sondern auch für ihre Verbündeten den großen Krieg gewinnbar erscheinen lassen würden.

Daß sich die Schwierigkeiten des US-Imperialismus am besten militärisch lösen lassen, ist für ihn längst Tatsache, es kommt nur darauf an, die dafür erfolgversprechendste Strategie zu finden.

Um diese Strategie Wirklichkeit werden zu lassen, hat die Reagan-Administration die Dritte Welt weitgehend ruiniert, große Teile der eigenen Bevölkerung in Armut und Hunger getrieben. Sie riskiert offensichtlich dafür auch einen Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems. Beziehungsweise versucht sie, über die Werbung um die Beteiligung an der Vorbereitung für den Krieg der Sterne alle imperialistischen Verbündeten zu einer gemeinsamen Anstrengung zu bewegen, die auch diesen den Krieg führbar erscheinen lassen sollen. Wieweit dieses größte Rüstungs- und Kriegsvorbereitungsprogramm des Imperialismus wirtschaftlich durchhaltbar ist, steht selbst noch in den Sternen.

(Alle Angaben nach „Le Monde Diplomatique", Februar/März, 85; „Economist", Februar/März 85; „El pais", 24. Februar und 3. März 85)

Antiimperialismus-Kommission.

Alle Karten in den Händen der USA

— Zum Abkommen zwischen Hussein und Arafat —

Erneut hat sich das Kräfteverhältnis im Nahen Osten verschoben. Nach der israelischen Libanon-Invasion im Juni 1982 sah es zunächst so aus, als könnten die USA und Israel unter Ausschluß Syriens schnell zu weiteren Separatabkommen im Nahen Osten kommen: Zwischen Israel und dem Libanon sollte ein Friedensvertrag geschlossen werden; mit Hilfe Jordaniens sollte unter Ausschluß der PLO das Palästinenserproblem „geregelt" werden. Gegen diese Pläne entwickelte sich im Libanon und innerhalb der PLO breiter Widerstand, der von Syrien aus eigenen machtpolitischen Interessen unterstützt wurde. Im Libanon war dieser Widerstand immerhin so erfolgreich, daß das im März 1983 geschlossene israelisch-libanesische Abkommen gekündigt werden und die Verbündeten Israels, die Falangisten, Kompromisse eingehen mußten. Zunächst sah es so aus, als würde an Syrien bei einer Lösung kein Weg vorbeigehen. Dies erst recht, als es dem syrischen Regime gelang, durch Unterstützung der Opposition innerhalb der PLO die Position des PLO-Vorsitzenden Arafats zu schwächen. Dieser hatte sich spätestens nach der Evakuierung der palästinensischen Kämpfer aus dem belagerten Beirut entschlossen, mit Jordanien eine Lösung des Palästinenserproblems zu suchen. Das kürzlich bekaenntgegebene Abkommen zwischen König Hussein und Arafat signalisiert, daß sich der syrische Staatspräsident bei seinen Schachzügen verrechnet hat und im Grunde erneut in die Isolierung geraten ist.



Das Abkommen geht von den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz in Fes (November 1982) und von den Beschlüssen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage aus. Also auch von der von der PLO noch immer offiziell abgelehnten Resolution 242, die die palästinensische Frage nur als Flüchtlingsfrage behandelt. Die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates, des höchsten Beschlußorgans der PLO, werden nicht erwähnt. Gefordert werden: Vollständiger Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten; Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes im Rahmen einer Konföderation von Jordanien und Palästina; Lösung des Flüchtlingsproblems und der Palästinafrage in all ihren Aspekten; Verhandlungen unter dem Schirm einer internationalen Konferenz, an der die fünf ständigen Vertreter des UN-Sicherheitsrates und alle Konfliktparteien einschließlich der PLO teilnehmen, der einzigen legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, allerdings innerhalb einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation. (1)

Innerhalb der palästinensischen Organisationen stieß das Abkommen auf Ablehnung der Nationalen Allianz (Fatah-Opposition, PFLP-GC, Volkskampffront) und der Demokratischen Allianz (DPLF, PFLP, PLF, PKP). Sie kritisieren die Nichtbeachtung der Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates und der Aden-Vereinbarung(2) und werfen Arafat den Ausverkauf der palästinensischen Sache an Hussein vor. Die Gründung einer Oppositionellen „nationalen Front" wurde angekündigt. Auch innerhalb der Fatah-Führung regt sich Kritik. Insbesondere Abu Iyad und Faruk Kaddumi (3) bemängelten die auslegungsfähigen Formulierungen bezüglich der UN-Resolution 242, der Frage des palästinensischen Staates und der gemischten Delegation. Das Exekutiv-Komitee der PLO stimmte dem Abkommen zu, forderte aber in einem Brief an Hussein zwei Änderungen: Die Palästinenser sollten ihr Recht auf Selbstbestimmung nach dem vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten ausüben, und die PLO solle sich an Friedensverhandlungen im Rahmen einer gemeinsamen arabischen Delegation auf einer Basis der Gleichberechtigung beteiligen (4). Jordanien veröffentlichte allerdings das Abkommen (wohl entgegen den Absprachen, denn der offizielle Text wurde ja lange zurückgehalten), o h n e die Einwände des Exekutivkomitees zu berücksichtigen. Das wurde

lungen im Rahmen einer gemeinsamen arabischen Delegation auf einer Basis der Gleichberechtigung beteiligen (4). Jordanien veröffentlichte allerdings das Abkommen (wohl entgegen den Absprachen, denn der offizielle Text wurde ja lange zurückgehalten), o h n e die Einwände des Exekutivkomitees zu berücksichtigen. Das wurde

jetzt, angesichts der Unruhe, die Mubaraks Initiative ausgelöst hat, bedauert (siehe unten). Beabsichtigt war mit den vorgeschlagenen Änderungen, Sicherungen gegen eine Auslegung des Abkommens als Autonomie im Sinne des Camp-David-Abkommen einzubauen und eine einseitige Abhängigkeit von Jordanien abzuschwächen.

Syrien und die Sowjetunion lehnten das Abkommen ab. Die ersten, weil sie an der Lösung nicht beteiligt wurden; die zweiten, weil damit der größte Teil der PLO ins pro-westliche Lager übergegangen ist. Israel und die USA lehnten das Abkommen ebenfalls ab, vor allem wegen der geforderten internationalen Konferenz und der Beteiligung der PLO, während der ägyptische Präsident Mubarak darin positive Aspekte entdeckte.

Tatsächlich handelt es sich bei dem Abkommen von Amman um eine Mischung des auf der letzten arabischen Gipfelkonferenz beschlossenen Fes-Planes und der Reagan-Initiative, die beide unmittelbar nach der Evakuierung der palästinensischen Kämpfer aus Beirut auf den Tisch kamen. Aus dem fes-Plan ist die Forderung nach Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten entnommen; die Forderung nach einer Konföderation von Jordanien und Palästina sowie nach einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation schlagen eine Brücke zum Reagan-Plan, der den Palästinensern nur die in den Camp-David-Verträgen erwähnte Autonomie sichert, einen Siedlungsstopp in Aussicht stellt und nicht von der Rückgabe der besetzten Gebiete ausgeht. Mit dem Abkommen ist genau das eingetreten, was die Linken innerhalb der PLO immer befürchtet haben, und was sie dazu gebracht hat, auf dem 16. Palästinensischen Nationalrat im Februar 1983 die Reagan-Initiative konsequent abzulehnen. Arafat hat mit diesem Abkommen seine seit 1982 einegeschlagene Politik konsequent fortgesetzt (siehe unten).

Nur kurze Zeit nach der Bekanntgabe des Abkommens zwischen Hussein und Arafat meldete sich der ägyptische Präsident Mubarak mit „neuen" Friedensvorschlägen zu Wort, die in verschiedenen Gesprächen mit dem jordanischen König abgesprochen waren. Jordanien hatte schon im letzten Herbst die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederaufgenommen. Da Mubaraks Vorschläge, die nur im Zusammenhang mit dem Abkommen zwischen Hussein und Arafat gesehen werden können, die Zurückhaltung und zum Teil scharfe Kritik an dem Abkommen weiter verstärkt haben, haben sich sowohl Hussein als auch teilweise Mubarak selbst von diesen Vorschlägen distanziert. Nach dem Plan Mubaraks sollte der „Frieden" in drei Phasen erreicht werden: Nach Gesprächen der USA mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation (mit Hilfe Ägyptens) über Friedensvorstellungen für die besetzten Gebiete sollten Verhandlungen zwischen Israel, den USA, Jordanien (unter Einschluß der Palästinenser) und Ägypten folgen. Wenn Lösungen für die verschiedenen Streitpunkte gefunden wären, sollte eine internationale Konferenz unter Einschluß der Sowjetunion den Frieden ratifizieren. Arafat erklärte, er danke Präsident Mubarak für seine Initiative; sie sei jedoch in wichtigen Punkten unannehmbar (5).

Abu Iyad erklärte in Tunis: Der ägyptische Staatschef habe prinzipielle Konzessionen zugunsten der USA gemacht; sein Schritt bestätige *„eine Koordination zwischen Jordanien, Ägypten, USA und Israel auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes"*; er habe nicht einmal eine Andeutung über die Rechte des palästinensischen Volkes gemacht, über seine Rückkehr in die Heimat, sein Selbstbestimmungsrecht und die Schaffung eines unabhängigen Staates. Stattdessen gebe er *„alle Karten der amerikanischen Regierung und Israel, während die Sowjetunion, treuer Freund der Araber, ferngehalten"* werde. Einzige Möglichkeit sei eine internationale Konferenz. Mubarak müsse die auf den Palästinensischen Nationalratstagungen angenommenen Resolutionen unterstützen und dürfe nicht der Linie Sadats folgen. Die PLO müsse in den Verhandlungen eine eigene Delegation haben. Hinsichtlich des Rechts auf einen eigenen Staat gebe es keine Kompromisse.

So richtig diese Feststellungen sind, angesichts des internationalen Kräfteverhältnisses und des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten sind diese Forderungen in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen.

Die Stellungnahmen der USA und Israels zu den Vorschlägen Mubaraks zeigen das erneut: Als positives Element wird die Forderung nach direkten Verhandlungen hervorgehoben; begrüßt wird außerdem, daß die internationale Konferenz als Verhandlungsort vom Tisch ist. In Israel stößt der Vorschlag Mubaraks besonders beim Likud-Block auf heftige Kritik: er öffne Arafat die kleine Tür; falls ein Stück von Eretz Israel aufgegeben werde, werde man die Regierung der nationalen Einheit verlassen; mehr als Autonomie für die Palästinenser dürfe nicht herauskommen.

Die USA und Israel werden sich nur an Verhandlungen beteiligen, die ihren Wünschen entsprechend verlaufen. Insofern könnte im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Autonomie etc. bestenfalls ein Siedlungsstopp und eine Verbesserung der Lebenslage für die Palästinenser in den besetzten Gebieten herauskommen. **Ein eigener palästinensischer Staat würde von allen Regierungsparteien in Israel schon immer grundsätzlich abgelehnt, ebenso von den USA, wobei als weitestgehendes Zugeständnis ein ehemaliger Präsident Carter von einem „homeland"** für die Palästinenser sprach, was allerdings keinen souveränen Staat bedeuten sollte. Internationale Konferenzen wurden von den USA immer unterlaufen; die Genfer Konferenz 1973 platzte, weil Israel und die USA sich einig waren, weder die Sowjetunion noch die PLO in irgendeiner Form an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, und weil die Rückgabe der Golan-Höhen, der Westbank und des Gaza-Streifens niemals zur Debatte stand. Einzig die Rückgabe der Sinai-Halbinsel sollte verhandelt werden. Unmittelbar vor dem Jerusalem-Besuch Sadats 1977 wurde die einzige gemeinsame Nahosterklärung der USA und der UdSSR abgegeben. Beide Großmächte sprachen sich für die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz aus *„unter Beteiligung der Vertreter aller vom Konflikt betroffenen Seiten, darunter des palästinensischen Volkes"*. *„Die sowjetische und die amerikanische Seite sind der Meinung, daß im Rahmen einer umfassenden Regelung des Nahostproblems alle konkreten Fragen gelöst werden sollten, darunter auch derartige Schlüsselfragen wie der Abzug der israelischen Truppen von den während des Konflikts 1967 okkupierten Territorien, die Palästina-Frage einschließlich der Garantierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung der Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit."* (6)

Zu diesem Zeitpunkt hatte der damalige Außenminister Dayan schon Verhandlungen mit Ägypten aufgenommen, die für einen Separatfrieden die Rückgabe des Sinai versprachen. Die Gefahr einer internationalen Konferenz war damit beseitigt. Im Grunde wurde mit diesem Schritt nur eine bis dahin schon erfolgreiche Politik der USA fortgesetzt: Nach der verheerenden Niederlage der arabischen Armeen im Juni-Krieg 1967 — im wesentlichen von der Sowjetunion militärisch ausgerüstet, die beiden wichtigsten Konfrontationsstaaten Ägypten und Syrien galten als enge Verbündete der Sowjetunion — wendeten sich diese Staaten den USA zu. Die Sowjetunion war nicht in der Lage gewesen, sie gegen Aggressivität und Expansionsdrang Israels wirksam zu unterstützen; die arabischen Staaten mußten dafür teuer bezahlen. Nasser akzeptierte 1970 den Rogers-Plan, der zu einem Waffenstillstand im Abnützungskrieg zwischen Israel und Ägypten führte, und unterband militärische Aktionen der Palästinensischen Kämpfer vom ägyptischen Boden aus. Inbesondere nach dem Scheitern der Genfer Konferenz schlossen Syrien und Ägypten Truppenentflechtungsabkommen mit Israel unter der Schirmherrschaft der USA.

Nicht nur die USA und Israel haben sich immer gegen die Einrichtung eines palästinensischen Staates gewandt: Kein einziger arabischer Staat hat sich je, außer in Worten zu gewissen Zeiten, dafür eingesetzt. Im Krieg 1948, nach der Teilung Palästinas, marschierten die arabischen Armeen in Palästina ein und rückten bis zu bestimmten Waffenstillstandslinien vor. Israel erweiterte sein Staatsgebiet auf Kosten des im UN-Teilungsplanes vorgesehenen Staates Palästina; den Rest schluckten Jordanien (Westbank) und Ägypten (Gaza-Streifen). Nach der Niederlage im Krieg 1967 stimmten die arabischen Staaten der UN-Resolution 242 zu, die zwar den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten fordert, aber die Palästinenserfrage nur als Flüchtlingsfrage behandelt. Die auf Betreiben Nassers 1964 gegründete Palästinensische Befreiungsfront durfte zwar die Forderung nach Befreiung Palästinas erheben, nicht aber Anspruch auf den Gaza-Streifen und die Westbank.

Erst 1969 gelang es den verschiedenen palästinensischen Widerstandsgruppen, insbesondere Al-Fatah, die Mehrheit in der PLO zu erlangen und sie zu einer eigenständigen palästinensischen Organisation zu machen, die einen demokratischen säkulären Staat in ganz Palästina anstrebte und den bewaffneten Kampf als einziges Mittel zur Befreiung Palästinas ansah. Dieses Konzept war allerdings — im Sinne einer Volkskriegsstrategie — schon 1970/71 gescheitert. Der palästinensische bewaffnete Widerstand war besonders stark in Jordanien, er bedrohte das jordanische Regime und beanspruchte natürlich die Westbank. Im Bürgerkrieg 1970/71 wurden die palästinensischen Kämpfer von der jordanischen Armee aufgerieben. Auch von Syrien und Ägypten aus waren bewaffnete Aktionen gegen Israel nicht mehr möglich, obwohl sich gerade Syrien und Irak gegen den Rogers-Plan und für den Guerillakampf ausgesprochen hatten; schon aus Sorge vor israelischen Vergeltungsschlägen wurden sie unterbunden.

Nur wenige Jahre später versetzte die syrische Armee während des libanesischen Bürgerkrieges 1975/76 den bewaffneten Widerstandsorganisationen ganz empfindliche Schläge. Die israelische Invasionen 1978 und mehr noch 1982 schwächten den bewaffneten palästinensischen Widerstand weiter. Zwischen 1978 und 1982 erhielten die palästinensischen Organisationen im Libanon von Syrien noch einmal einen gewissen Spielraum, da Syrien sie angesichts der Angriffe der mit Israel verbündeten Falangisten auf die syrische Präsenz im Libanon für seine machtpolitischen Interessen benötigte. Zu erwähnen wäre noch, daß Syrien sowohl den Libanon als auch Palästina zum großsyrischen Reich zählt, und schon von daher niemals einen eigenständigen palästinensischen Staat anerkennen würde. Die Zerstreuung des größten Teils des palästinensischen Volkes auf viele arabische Länder, in denen sie weitgehend rechtlos leben müssen, verstärkt die Abhängigkeit von den arabischen Regimes und die Schwierigkeit des Kampfs um einen eigenen Staat erheblich.

Angesichts dieser schwierigen Situation ist es eine große Leistung, daß die PLO auf der politischen und diplomatischen Ebene doch erhebliche Anerkennung gewonnen hat, was ohne den bewaffneten Kampf und die bewaffnete Präsenz im Libanon nicht möglich gewesen wäre. Um die PLO in die seit 1970 (Rogers-Plan) und seit und seit 1973 (Oktoberkrieg) verstärkten Verhandlungen mit Israel unter Schirmherrschaft der USA einzubinden, beschlossen die arabischen Staaten auf der Gipfelkonferenz in Rabat 1974, das Recht des Palästinensischen Volkes

Fortsetzung nächste Seite

Arafat: Geheimverhandlungen zwischen Israel und Syrien

PARIS, 6. März (AP). Zwischen Syrien und Israel sollen nach den Worten des PLO-Vorsitzenden Arafat geheime Verhandlungen „unter amerikanischer Aufsicht mit vollem Wissen der Sowjetunion" stattfinden. Die in Paris erscheinende Wochenschrift „al Watan al Arabi" zitiert den Vorsitzenden der „Palästinensischen Befreiungsorganisation" mit den Worten, einige Treffen zwischen Syrern und Israelis hätten schon in Washington, Tanger, Genf und Kenia stattgefunden. Hauptziel der geheimen Gespräche sei die Sicherung der Nordgrenze Israels und die Verhinderung einer Rückkehr der PLO in den Libanon. Die Israelis würden ihre Truppen erst dann restlos abziehen, wenn diese Gespräche zum Erfolg geführt hätten.

aus „FAZ": 7.3.85

stattgefunden. Hauptziel der geheimen Gespräche sei die Sicherung der Nordgrenze Israels und die Verhinderung einer Rückkehr der PLO in den Libanon. Die Israelis würden ihre Truppen erst dann restlos abziehen, wenn diese Gespräche zum Erfolg geführt hätten.

aus „FAZ": 7.3.85

»Contra-Bonds«

Mord und Terror als Geldanlage

Die innenpolitische Diskussion in den USA wird neben den offenen Invasions-Ankündigungen durch die geforderte Freigabe der 14 Millionen US-Dollar an die Contras bestimmt. Bis 1984 hat die US-Regierung der Contra offiziell 80 Millionen US-Dollar zukommen lassen, weitere 28 Millionen wurden im Oktober letzten Jahres vorerst gestoppt. In der Zwischenzeit gingen Contravertreter in den USA mithilfe von Geschäftsleuten und US-Regierung andere Wege. Nach eigenen Angaben gelang es ihnen, seit dieser Zeit pro Monat ca. 1 Million US-Dollar von privaten Geschäftsleuten in den USA und von Regierungen in aller Welt zu erhalten. Dieses reichte aus, um die bisherigen Kampfaktivitäten und ein Söldnerheer von 15.000 Contras zu unterhalten. Im Februar erklärte Calero, der Chef der FDN, daß er 50 Millionen US-Dollar brauche, um seine Söldnertruppe auf 25.000 aufzustocken; dies im übrigen mit massiven finanziellen Anreizen bei der Anwerbung von Bauern in den Grenzregionen Nicaraguas.

Da die Entscheidung im Kongreß noch aussteht und eventuell zuungunsten einer offenen Finanzierung der Contra ausgeht, verfielen die Finanziers auf einen neuen Weg: Im Februar bereitete ein nicht namentlich bekannter US-Geschäftsmann die Ausgabe von zinstragenden Schuldverschreibungen, den „Contrabonds" vor — weniger vornehm Kriegsanleihen genannt. Die zuständige Börsenkommission hatte an diesen nichts auszusetzen, da sie privater Art seien, wodurch die Contras den potentiellen Investoren nicht offenlegen müssen, wie sie beabsichtigen, die Zinsen aufzubringen. Zudem brauchen sie ihre anderen Kapitalquellen nicht offenzulegen. Die Börsenkommission empfahl die Bonds sogar als erste reine Ideologie-Investition und bot sie vor allem für „den versierten Investoren" an. Contravertreter in den USA erklärten, daß sie ihre Idee der Ausgabe von Israel Bonds entliehen hätten, die in den USA durch die Chase Manhattan Bank vertrieben werden und durch die israelische Regierung gedeckt werden. Mit den Contrabonds wird es nicht viel anders sein. Denn die US-Regierung hat, unabhängig von der Entscheidung des Kongresses, dafür gesorgt, daß Anleger in Mord und Terror kein Risiko eingehen. Wenn die Contras keine Zinsen zahlen können oder die Schuldverschreibungen durch eine Niederlage der Contras wertlos werden, können die Investoren dieses als Kapitalverlust voll von der Steuer absetzen; eine Hintertür der US-Regierung, die Finanzierung der FDN in jedem Fall zu garantieren. In Börsenkreisen wird daher die Ausgabe der Contrabonds als Steuerersparnis für ausgefuchste Anleger und Überlistung des Kongresses angesehen.

Auf der anderen Seite muß sich die nicaraguanische Regierung gefallen lassen, daß bei allen zukünftigen Krediten und Umschuldungsverhandlungen von den Großbanken als Vorbedingung die Beteiligung der Vereinigten Opposition inclusive Contra auf den Tisch gelegt wird.

(Alle Angaben aus „Economist", 9, 15 Februar, 85.)



Neu-Kaledonien: Radikalisierung

Ende März findet der nächste Kongreß der FNLKS (kanakische sozialistische Befreiungsbewegung) statt. Dort wird über die ökonomische Destabilisierung Neu-kaledoniens beraten werden.

Für Anfang April, vom 5. bis zum 7.4., lädt Guadalupes größte Unabhängigkeitsorganisation, die UPLG (Volksunion für die Befreiung Guadelupes) zu einer internationalen Konferenz ein, „zum Selbstbestimmungsrecht aller von Frankreich kolonisierten Völker".

Ziel der Konferenz: *„Die Koordinierung und Verstärkung der Solidarität zwischen den Völkern der letzten französischen Kolonien und Sensibilisierung der internationalen Öffentlichkeit zum Problem der Entkolonisierung".*

„Die Kanaken und die von Frankreich beherrschten Völker in den DOM-TOM (Überseegebiete, Anm. AK) *haben den gleichen Feind. Wenn überall der Kampf verschärft wird, wird der Druck auf die französische Regierung um so größer sein"*, erklärte der Generalsekretär der UPLG, Makouke („Le Monde", 1.3.).

Mitte Februar organisierte die rechtsextremistische „Front Calédonien" (FC) ein sogenanntes Picknick am Strand von Thio. Thio, Hauptnickel-

Mitte Februar organisierte die rechtsextremistische „Front Calédonien" (FC) ein sogenanntes Picknick am Strand von Thio. Thio, Hauptnickel-abbau-Zentrum der Insel, wurde nach den Wahlen vom vergangenen 18. November wochenlang von der FNLKS kontrolliert. Frankreichs Regierungsgesandter Pisani verbot das rechte Unternehmen zunächst, um es endlich doch zu genehmigen. Die Gendarmerie tat ein übriges: sie warf mit Tränengas- und Offensivgranaten für die Rechtsextremisten den Weg nach Thio frei. Sieben Kanaken wurden schwer verletzt.

Die „FC" ist mit dem „Front National" (FN) zwar nicht organisationsidentisch; sie rief allerdings anläßlich der Europa-Parlamentswahlen zur Wahl der „FN" auf. Diese erhielt im Juni 15,72 % auf Neu-Kaledonien und in der Hauptstadt Noumea sogar 19, 54 %.

Die FNLKS brach zunächst alle Verhandlungen mit Pisani ab und kündigte eine weitere Etappe im Widerstand an, die Destabilisierung des Hauptwirtschaftszentrums der Insel, Noumea. Die Schwester des ermordeten FNLKS-Führers Eloi Machoro hatte anläßlich einer FNLKS-Konferenz Anfang Februar erklärt: *„Jean-Marie Tjibaou wird zum Verhandeln bezahlt. Wir Basismilitanten, wir denken, daß wir die Verhandlungen durch Aktionen vor Ort vorwärts treiben müssen. Unsere Arbeit besteht in Druckausübung vor Ort, auch wenn wir dabei Jean-Marie gegenüber ungehorsam sein müssen"* („LM", 12.2.85).

Tjibaou, der in der Presse öfters als „guter" FNLKSler ,d.h. „friedlich" porträtiert wird, dachte in einem Interview mit der algerischen Tageszeitung „El Moudjahid" (13.2.) laut nach: *„Um Noumea in Brand zu setzen, braucht man nicht viel Zeit. Noumea ist viel kleiner als Algier."*

In der Zwischenzeit verfügte die französische Metropolen-Regierung

braucht man nicht viel Zeit. Noumea ist viel kleiner als Algier."

In der Zwischenzeit verfügte die französische Metropolen-Regierung die Ausweisung vierer Führer der „FC" sowie des Präsidenten der kaledonischen Fallschirmjäger-Union. Diese zogen es vor, in Neu-Kaledonien in den Untergrund zu gehen. Dafür hatten sie den Segen der (Insel-)RPRC wie auch der Metropolen-RPR (Chirac). Die RPRC rief zu einer Solidaritätsdemonstration mit den fünf Ausgewiesenen auf, wobei die Zahlenangaben zwischen 15 und 30.000 schwanken. Während die FC *„Front Calédonien-Gendarmerie: Gemeinsamer Kampf"* rief, forderte die RPRC die Ablösung Pisanis. Die FNLKS hat jetzt den Boykott des neuen Schuljahrs angekündigt.

Frankreich-Kommission

Grußadressen und Ähnliches an:
FNLKS,
8, rue Gambetta
lère Vallée du Tir,
Nouméa Neu-Kaledonien

USTKE (Gewerkschaft der kanakischen Arbeiter und Ausgebeuteten)
BP 4372
Nouméa/Neu-Kaledonien

Fortsetzung von vorheriger Seite

auf Selbstbestimmung und Heimat und die Einrichtung eines unabhängigen Staatswesens unter Führung der PLO zu unterstützen. Hussein hatte zuvor seine Ansprüche auf die Westbank aufgegeben. In der Folge wurde die PLO international zunehmend anerkannt. Im November 1974 beteiligte sich Arafat an der UN-Debatte über Palästina; in der anschließend gefaßten Nahost-Resolution bestätigte die Generalversammlung *„noch einmal die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität ..."*. Im Zuge dieser Entwicklung hatte die PLO schon im Juni 1974 auf dem 12. Palästinensischen Nationalrat die Bereitschaft formuliert, einen unabhängigen palästinensischen Staat *„in jedem befreiten Teil Palästinas"* zu errichten, wobei dies ein erster Schritt auf dem Wege der Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina sein sollte. Diese Formulierungg war ein Zugeständnis an die linken und ablehnenden Kräfte innerhalb der PLO (zu diesem Zeitpunkt z.B. nicht die von Syrien abhängige As-Saika, sondern die pro-irakische ALF). Geheimverhandlungen der PLO-Führung mit den USA zu dieser Zeit führten zur Bildung der „Ablehnungsfront" innerhalb der PLO (PFLP, PFLP-GC, ALF, PPSF, PLF), die darin den Beweis sah, daß Verhandlungen zu einer Vorherrschaft des US-Einflusses in der Region führen würden. Der größere Teil der PLO sah allerdings angesichts der Vernichtung des palästinensischen bewaffneten Widerstands in Jordanien und angesichts der Tatsache, daß sich ein Teil der Frontstaaten zu Israel auf den Weg der Verhandlungen begeben hatten (Jordanien, Ägypten) und daß Syrien (und Irak) nur in Worten eine ablehnende Haltung einnahmen, keinen anderen Weg, als sich an der Suche nach einer Verhandlungslösung zu beteiligen.

Arafat hat seit seinem Auftritt vor der UNO 1974 (Palmenzweig und Maschinengewehr) auf verschiedenen Wegen genügend Signale gegeben, daß die PLO zu einer wechselseitigen Anerkennung mit Israel bereit sei und sich mit einem ‚Ministaat' zufrieden geben würde. Rückblickend betrachtet wäre damals die Zeit am günstigsten für die PLO gewesen, o f f e n e Angebote an Israel zu machen und ihren guten Willen zu demonstrieren. Es hätte die unnachgiebige Position und aggressive Politik Israels zumindest vor der Weltöffentlichkeit in Frage gestellt, und vielleicht auch innerhalb der israelischen Gesellschaft, indem dort die Entwicklung der israelischen Friedenskräfte begünstigt worden wäre. In allererster Linie hat die starre Haltung der USA, Israels und der arabischen Staaten eine solche Politik der PLO schwierig bis unmöglich gemacht und damit immer wieder den Beweis geliefert, daß das palästinensische Volk für eine Anerkennung Israels n i c h t s bekommen würde. Die Haltung der Kräfte innerhalb der PLO, die Verhandlungen ablehnten oder ihnen kritisch gegenüberstanden, wurde so immer wieder bestätigt. Es ist wohl ein besonderes Verdienst Arafats, daß über so lange Zeit und in so vielen schwierigen Situationen die Einheit der PLO relativ gewahrt werden konnte, und sicher war es nicht Rücksicht auf die oppositionellen Kräfte innerhalb der PLO, die ihn davon abhielt, bei der Durchsetzung der eigenen politischen Linie so weit zu gehen, daß eine Spaltung der PLO unumgänglich wurde: Die Einheit der PLO war immer auch die Garantie der relativen Unabhängigkeit vom arabischem Regime.

Wie sehr eine offen vorgetragene Kompromißhaltung seitens der PLO von Israel gefürchtet wurde und wird, zeigt die grundsätzliche Ablehnung des Abkommens Hussein-Arafat durch die israelische Regierung, die Arbeiterpartei eingeschlossen. Ebenso zeigte sich das vor der Libanon-Invasion 1982: Nach 15 tägigen israelischen Bombenangriffen auf Beirut und den Südlibanon wurde unter Vermittlung der USA und Saudi-Arabiens zwischen Israel und der PLO ein Waffenstillstand vereinbart, der fast ein Jahr von der PLO (und zwar von allen Organisationen) eingehalten und von Israel gebrochen wurde; als Vorwand diente das Attentat auf den israelischen Botschafter in London. Es bestehen keine Zweifel, daß die PLO in dieser Zeit ernsthafte Schritte in Richtung einer Anerkennung Israels vorbereitete. Während der israelischen Belagerung Beiruts erkannte Arafat — reichlich spektakulär — schriftlich gegenüber amerikanischen Abgeordneten a l l e UN-Resolutionen über Palästina an und signalisierte schon damals, welchen Weg er nach der Evakuierung Beiruts einzuschlagen gedachte. Noch vor der Tagung des Palästinensischen Nationalrats begann Arafat im Alleingang Verhandlungen mit Jordanien und nahm Kontakte mit Ägypten auf. Diese Schritte waren — nachdem die Einheit auf dem 16. Palästinensischen Nationalrat noch notdürftig bewahrt werden konnte — der wesentliche Grund für das offene Aufbrechen der palästinensischen Widersprüche. Es gibt eine Vielzahl von Anzeichen, daß nicht nur das syrische Regime aus eigenen machtpolitischen Interessen die Auseinandersetzungen schürte und zum bewaffneten Konflikt eskalieren ließ, um die Absetzung Arafats und die Unterordnung der PLO unter syrische Interessen zu erreichen. Arafat kam zumindest seine sonstige Geschicklichkeit abhanden, und nach seiner Evakuierung aus Tripolis hat er in Interviews erklärt, daß er mit dem Gang nach Tripolis (gegen den Rat der PLO-Führung) und seinem Ausharren dort offen zeigen wollte, wer seine Gegner sind. Es wäre auch nur logisch, daß Arafat aus der Einschätzung heraus, daß nun keine Zeit mehr zu verlieren sei, die Spaltung bewußt einkalkulierte (Nach der Aden-Vereinbarung, die einen Ausgleich mit den oppositionellen Gruppen versucht hatte, kam die Einberufung des Palästinensischen Nationalrates in Jordanien, ohne vorherige Einheit mit den oppositionellen Gruppen). Dafür spricht auch, daß Arafat sich nach der Belagerung in Tripolis direkt zu einem Besuch nach Ägypten begab — im Grunde eine Provokation, die nur wegen der syrischen Machenschaften zu seinem Sturz führte. Syrien hat auf verschiedenen Wegen versucht, innerhalb der arabischen Welt die Zustimmung für eine Absetzung Arafats zu erhalten, z.B. in Algier. Das ist nicht gelungen. Auch die Sowjetunion hat sich lange abwartend verhalten und hat die Demokratische Allianz von der Gründung einer eigenen PLO abgehalten. Aber zum Palästinensischen Nationalrat in Amman schickte sie weder Grußbotschaft noch Delegation. Seit dem Abkommen zwischen Arafat und Hussein ist der PLO-Vorsitzende für die Sowjetunion nur noch Führungsmitglied der Fatah. Darüberhinaus beklagt die Sowjetunion, daß die antiimperialistische Stoßrichtung der PLO verlorengehe (siehe nebenstehenden UZ-Artikel). Das bei hat die Sowjetunion doch immer in erster Linie auf die arabischen Regimes zur Wahrung ihres Einflusses und ihrer Interessen im Nahen Osten gesetzt und nur in diesem Rahmen auch die PLO unterstützt.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:
(1) Neue Zürcherzeitung, 27.2.85
(2) Die Aden-Vereinbarung ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Fatah und den oppositionellen Gruppierungen (ausgenommen Nationale Allianz), in der die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates noch einmal bekräftigt und die Einrichtung einer kollegialen Führung der PLO beschlossen wurde.
(3) Abu Iyad war lange Zeit die Nummer Zwei hinter Arafat. Das hat sich geändert, seit er gegen eine zu rüde Behandlung der Opposition auftritt. Faruk Kaddumi gilt als „Außenminister" der PLO.
(4) Le Monde, 6.3.85
(5) Neue Zürcher Zeitung, 6.3.85
(6) Deutsche Volkszeitung, 1.2.85

Zwangsumsiedlungen in Südafrika

Apartheid in Vollendung

Mehr als 3,5 Millionen Schwarze haben die Rassisten in Südafrika seit 1960 aus ihren Wohnorten vertrieben und in den sog. „homelands“ zwangsangesiedelt, ohne daß die Weltöffentlichkeit besondere Kenntnis davon genommen hätte (nicht eingerechnet sind in dieser Zahl die gewaltsamen Zentralisierungen von ehemals verstreut lebenden Familien in den ländlichen Gebieten und die zahlreichen Abschiebungen infolge von Paßentzug, die zusammengenommen mit Sicherheit eine Million überschreiten). In absehbarer Zeit sind weitere 2,5 Millionen Schwarze davon bedroht. Die Regierung behauptet, die Umsiedlungen gingen in der Mehrzahl „freiwillig“ und „in Einvernehmen“ mit den Betroffenen vonstatten. Der jüngste Aufstand in dem Kapstädter Slumgebiet Crossroads, bei dem mindestens 18 Menschen erschossen und ca. 250 verletzt wurden, zeigt hingegen, daß die Grenze dessen, was viele Schwarze in den von Räumung bedrohten Gebieten noch zu erleiden bereit sind, überschritten ist. Obwohl sie in einer ohnmächtigen Lage und nahezu unbewaffnet sind, wächst die Bereitschaft, sich den Umsiedlungsplänen bis zum Äußersten zu widersetzen. Will das Regime an diesen Plänen festhalten, scheinen weitere blutige Zusammenstöße unvermeidlich.



Säuberung der Großstädte

Die geplante Räumung von Crossroads gehört in ein Konzept, wonach die schwarze Bevölkerung vollständig aus den Städten entfernt und in entlegenen Lagern ghettoisiert werden soll. Crossroads ist — neben drei weiteren (Nyanga, Langa, Guguletu) — das größte Slumgebiet bei Kapstadt. 70.000 Menschen leben dort auf engstem Raum in Wellblechhütten und Holzkisten; die Wasserversorgung ist notdürftig improvisiert, Elektrizität, sanitäre Einrichtungen o.ä. gibt es nicht. Für die Rassisten ist dies *„ein Symbol der Provokation und der Erpressung der Regierung, das unbedingt beseitigt werden müsse“* (nach FAZ, 21.2.85). Für viele Schwarze hingegen ist es eine Existenzgrundlage, die — so makaber es klingen mag — gemessen an dem, was das Regime mit ihnen vorhat, eine „privilegierte“ Situation darstellt. Diejenigen, die dort „illegal“ leben, sind von Abschiebung in die „Homelands“ bedroht. Viele haben eine solche Deportation bereits einmal miterlebt oder kennen das weitaus größere Elend in den „Homelands“ von ihren Angehörigen.

Nach Studien der südafrikanischen Universität hat beispielsweise ein Arbeiter, der im „Homeland“ Lebowa leben müßte, ein um 170 % höheres Einkommen, wenn er 6 Monate „illegal“ in Johannesburg arbeitet und 6 Monate im Gefängnis verbringt; ein Arbeiter aus Boputhatswana hat immer noch 28,5 % mehr Einkommen, selbst wenn er nur 3 Monate „illegal“

gal“ in Johannesburg arbeitet und 6 Monate im Gefängnis verbringt; ein Arbeiter aus Boputhatswana hat immer noch 28,5 % mehr Einkommen, selbst wenn er nur 3 Monate „illegal“

arbeitet und 9 Monate in Haft ist.

„Wir werden nicht gehen, wir werden kämpfen, wir werden sterben. Wir gehen nicht mehr. Nun ist es genug. Ich gehe nicht nach Khayelitsha. Keiner will dahin.“ (alte Frau, bereits zweimal deportiert und von ihrer Familie getrennt, nach FR, 24.9.84)

Die 250.000 „legal“, d.h. mit Arbeits- und Aufenthaltsberechtigung in Kapstadt lebenden Schwarzen sollen in der neugebauten Siedlung Khayelitsha („neue Heimat“) zusammengefaßt werden. Khayelitsha ist ein Arbeitslager, nach Gesichtspunkten militärischer Kontrollierbarkeit gebaut: symmetrisch angeordnete Hütten, panzerbreite Wege, Umzäunung, bewachte Tore ... Gleich nebenan beginnt das militärische Sperrgebiet. Überdies liegt es 45 km von Kapstadt entfernt, d.h. drei Busstunden zum Arbeitsplatz. Die Buskosten können sich ohnehin nur die wenigsten leisten, ganz zu schweigen von den Mieten.

„Khayelitsha? ... Ich habe einen Freund dort. ... Man kann nur mit besonderer Erlaubnis herein, wenn man jemanden besuchen will. Ich habe keine Erlaubnis zum Betreten von Khayelitsha, ich kann also nicht gehen, um meinen Freund zu besuchen. Aber selbst wenn du eine Genehmigung hast, dann darfst du vielleicht 10 oder 15 Minuten mit deinem Freund sprechen. Dann sagen sie, daß du wieder gehn mußt.“ (Frau aus Nyanga, nach FR, 24.9.84)

Eine andere Methode, schwarze Vorstädte auszusiedeln, ist die sog. „Konsolidierung der Homelands“. Wo sie in der Nähe von „Homelands“ liegen, werden die Grenzen verändert und sie werden der „Homeland“-Verwaltung unterstellt. Mit dem Verlust der südafrikanischen Staatsbürgerschaft ist unter anderem automatisch der Verlust eines festen Arbeitsplatzes und gewerkschaftlicher Rechte verbunden. Wer in einem „Homeland“ lebt, muß sich in das Kontraktarbeitersystem einreihen, d.h. es gibt nur auf ein Jahr befristete Arbeitsverträge. Die meisten Gewerkschaften sind in den „Homelands“ verboten. Mensch kann also zuhause für eine Aktivität verhaftet werden, die am Arbeitsplatz erlaubt ist. 1981 wurden beispielsweise von 280 in Südafrika verhafteten Gewerkschaftern allein 205 in der Ciskei festgenommen.

Ausmerzung der „schwarzen Flecken“

Weitere bevorzugte Opfer von Umsiedlungen sind die Bewohner der sog. „black spots“ (schwarze Flecken). Dies sind Gebiete, in denen schwarze Gemeinden noch Landrechte besaßen, die sie zu Beginn des Jahrhunderts erworben hatten oder Land bebauen, das ihnen von Kirchen zur Verfügung gestellt wurde. 1976 wurden diese Gebie-

Dies sind Gebiete, in denen schwarze Gemeinden noch Landrechte besaßen, die sie zu Beginn des Jahrhunderts erworben hatten oder Land bebauen, das ihnen von Kirchen zur Verfügung gestellt wurde. 1976 wurden diese Gebie-

te per Gesetz zum „weißen Territorium“ zugehörig definiert und seitdem Schritt für Schritt geräumt. Allein in der Provinz Natal sind mindestens 200 Gemeinden davon bedroht; Hunderttausende sind im Widerstand. Zwar leben die Menschen in den „black spots“ nicht sonderlich gut, aber sie können sich wenigstens von ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen ernähren und konnten manchmal sogar Schulen und andere gemeinschaftliche Einrichtungen bauen.

„Die alten Leute von Mogopa hatten das Land gekauft. Es gehörte uns, die Bodenschätze und alles, was wir gebaut haben. ... Sie haben uns einfach verjagt. Und alles, was uns gehört hat, ist zerbrochen. Wir sind arm, die Schwarzen sind arm. Nun haben wir gar nichts mehr. Sie kamen und haben mein Haus niedergerissen. Aber ich konnte nichts tun. Ich habe kein Gewehr. Sie hatten eins.“ (eine deportierte alte Frau; nach FR, 24.9.84)

In der Regel verlaufen die Vertreibungen folgendermaßen: Zunächst werden die vorgesehenen Häuser markiert; die Menschen wissen, daß es bald so weit ist. Wenige gehen von sich aus, die meisten beschließen, zu bleiben. Dann gibt es „Verhandlungen“ mit Regierungsvertretern. In deren Verlauf geschieht es häufig, daß führende Vertreter der schwarzen Gemeinde umgebracht und von den Rassisten durch neue, „kooperationswillige“ ersetzt werden. Systematischer Terror folgt, um die Bevölkerung zu zermürben. In Mogopa beispielsweise wurden die Schulen und Kirchen zerstört, die Verkehrsverbindungen eingestellt, Rentenzahlungen eingestellt, Geschäftslizenzen entzogen ... Irgendwann siedelt der offizielle Führer mit dem Teil, der mittlerweile „einsichtig“ geworden ist, in das vorgesehene „Homeland“ um — von vielen Versprechungen begleitet. Die Zurückgebliebenen müssen jeden Tag mit dem Auftauchen von Polizei und Militär rechnen.

„Um etwa drei Uhr nachts wachte ich auf. Ich sah Licht, Lichtstreifen, die sich bewegten. Das ganze Dorf war umgeben ... Es war 10 Minuten später, da kamen sie ... Einer von ihnen schlug das Küchenfenster ein und stieg ins Haus ... Sie packten mich, fesselten mich an den Händen, warfen einige meiner Sachen auf einen Wagen; zuletzt zwangen sie mich, aufzusteigen. Ich wurde nach Pachsdraai gebracht.“ (86-jähriger Mann, FR, 24.9.84)

Häufig werden die Orte auch zu Zeiten überfallen, in denen nur ältere Frauen und Kinder zuhause sind, und diejenigen, die von der Arbeit kommen, finden einen militärisch besetzten Ort vor.

Überleben in den „homelands“?

Überleben in den „homelands“?

Vom Gesetz her haben diejenigen Familien, die ihr eigenes Land verlassen müssen, Anspruch auf einen gleichwertigen Ersatz in den „homelands“. Viele bekamen jedoch Schenkungsurkunden für Gebiete, in denen, wenn auch ohne Rechtstitel, schon längst andere Menschen lebten. So bleibt nur die Wahl, sich dieses Land ebenfalls gewaltsam zu nehmen oder aber gar nichts mehr zu haben.

„In diesen Zwangsumsiedlungsgebieten ist ein Kampf ausgebrochen, 30 Leute haben sie erschossen, da kann man nicht hingehn, man überlebt es einfach nicht. Nein, wir tun das nicht. Unter keinen Umständen.“ (alter Mann in Natal, von Deportation bedroht, FR, 24.9.84)

Oder aber es kommt vor, daß ein „Homeland“-Führer sich weigert, Ausgewiesene aufzunehmen. 1981 schickte die „Regierung“ der Transkei eine Gruppe von 2.500 Menschen wieder zurück; sie durften sich aber auch nicht wieder in der Vorstadt von Kapstadt niederlassen, wo sie herkamen und mußten sich buchstäblich im Busch verkriechen.

Das Schicksal der meisten ist das Umsiedlungslager in einer völlig unfruchtbaren Gegend. Es gibt dort buchstäblich nichts — außer der charakteristischen Reihe von Wellblechtoiletten. Für drei Monate werden Zelte zur Verfügung gestellt. Eine Wasserstelle ist ein Privileg; meistens muß abgestandenes, dreckiges Wasser zu horrenden Preisen gekauft werden. Viehhaltung ist fast nirgends möglich. In den Lagern, wo wenigstens Wasserzapfstellen, provisorische Schulen, Kliniken u.ä. eingerichtet wurden, stehen diese längst nicht allen zur Verfügung. Sweetveld ist so ein Ort, der für 6-7.000 Menschen geplant wurde — 50.000 leben tatsächlich dort.

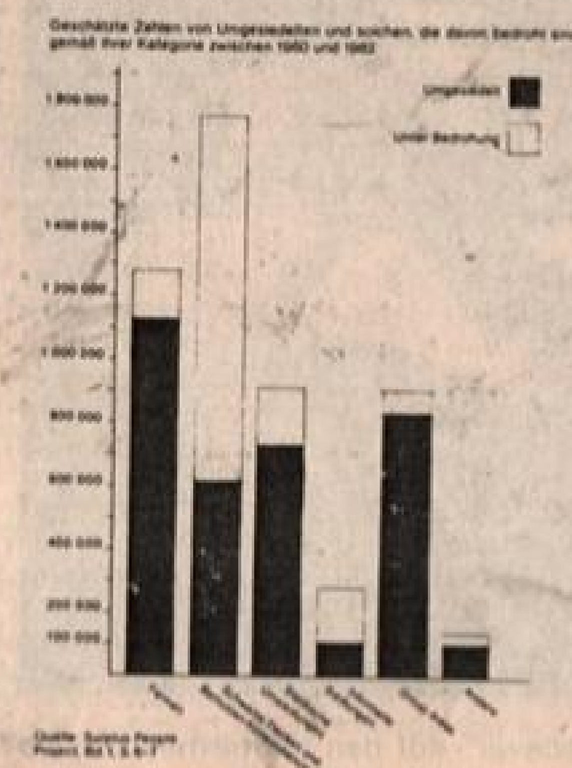
Wer Arbeit sucht, muß in weit entfernte Städte gehen; höchstens 15 % finden, meist auch nur vorübergehend, eine Beschäftigung. Etliche gehen zurück in die Großstädte, etliche überleben es nicht

„Wir hatten keine Wahl. Mit Gewehren im Rücken brachten sie uns an diesen traurigen Ort. Hier gibt es nicht genug zu essen. In diesem Moment, in dem ich hier sitze, bin ich hungrig. Alle sind gestorben. Mein Mann ist weggegangen und gestorben und meine Töchter auch. Sie haben mein Land weggenommen. Gott ist auch weggegangen, ja, ich glaube, er ist auch weggegangen.“ (alte Frau in der Ciskei, Bericht der Kirchen)

80.000 Menschen sterben jedes Jahr allein an Mangelkrankheiten — nach offiziellen Angaben. Kritische Studien schätzen die Zahl mindestens viermal so hoch. Aber sind sie erst einmal abgeschoben, ist es Sache der zu selbständigen Republik erklärten „Homelands“, das Elend zu verwalten.

schätzen die Zahl mindestens viermal so hoch. Aber sind sie erst einmal abgeschoben, ist es Sache der zu selbständigen Republik erklärten „Homelands“, das Elend zu verwalten.

Die Rassisten verweisen gerne darauf, daß es „ihren Schwarzen'. nicht schlechter ginge als der Bevölkerung in anderen afrikanischen Staaten auch. Aber Hunger, Elend, Massensterben sind in Südafrika keine Folge von Unterentwicklung, imperialistische Destabilisierung o.ä. Südafrika ist eines der reichsten Länder der Erde, nicht nur, was Gold, Diamanten und wichtige Rohstoffe angeht, sondern auch vom Stand seiner industriellen Entwicklung. Die Rassisten führen eine Art neokolonialer „Lösung“ innerhalb des Landes durch. *„Wenn man unsere Politik logisch zu Ende denkt, dann wird es, was die Schwarzen angeht, keinen südafrikanischen Schwarzen mit südafrikanischer Staatsbürgerschaft mehr geben.“* (Connie Mulder, ehemaliger Minister für Bantu-Verwaltung, FR, 24.9.84)



„Reformen“?

Stop der Zwangsumsiedlungen und Aufhebung der Zuzugskontrollen wird in letzter Zeit verstärkt auch aus den Reihen der Wirtschaftsverbände gefordert. Nach dem Motto: *„Man sollte niemandem das Recht verwehren, seine Arbeitskraft da zu verkaufen, wo sie gebraucht wird“* (Financial Mail, nach issa 8/84) halten insbesondere die Manager der großen Konzerne dieses starre Kontrollsystem für ökonomisch verfehlt und für politisch bedenklich. Die Industrie sei auf den Zustrom von Arbeitskräften aus den ländlichen Gebieten angewiesen. Dies trifft gegenwärtig trotz der Wirtschaftskrise auf perverse Weise tatsächlich zu. Seit den 30er Jahren hat es keine so massenhaften Lohnkämpfe mehr gegeben. Und um die anhaltende Streikbereitschaft zu brechen, ist es nicht ungewöhnlich, daß ganze Belegschaften ausgewechselt werden. (So entließ z.B. die Tochterfirma der Hamburger „Norddeutschen Affinerie“ 6.000 ihrer 6.500 Arbeiter, nachdem diese die Anhebung der Löhne auf das Existenzminimum und die Abschaffung der Züchtigungen mit der Nilpferdpeitsche gefordert hatten). Zudem gäben die Zwangsmaßnahmen immer neuen Anlaß zu politischer Unruhe. Eigenen Untersuchungen zufolge nähmen in den neuen Lagern Kriminalität und soziale Konflikte zu, während die gewachsenen Gemeinschaftsstrukturen Konfliktstoff besser kanalisieren könnten. Man setzt darauf, daß sich ein „natürlicher“ Differenzierungsprozeß — in eine kleine schwarze Mittelschicht und ein großes Arbeitskräftereservoir — viel günstiger von selbst entwickelt als unter der Bedingung der totalen Kontrolle.

Solche Forderungen sind jedoch gegenwärtig wenig realistisch. Um eine schwarze Mittelschicht aufzubauen, die einen wirkungsvollen Puffer gegen das Konfliktpotential bilden könnte, müßte wesentlich mehr angeboten werden. Bislang bildet gerade die vergleichsweise „privilegierte“ städtische Bevölkerung den bewußtesten Teil des Widerstands. Und wenn diejenigen Kräfte in der Industrie, die nach außen hin „reformwillig“ auftreten, andere Vorstellungen über die Bewahrung der Stabilität haben als die Botha-Regierung, so sind sie — auch die ausländischen Unternehmen! — gleichzeitig voll in den staatlichen Repressionsapparat eingebunden. Sie sind gesetzlich verpflichtet, bei Bedarf jederzeit militärische Güter zu produzieren und ständig Werkschutztruppen und Waffenlager bereitzuhalten. Dagegen ist kein Widerspruch bekannt. So ist die Kritik an der Regierungspolitik kaum mehr als ein Hinweis, die Eskalation nicht zu weit zu treiben.

P.W.Botha, selbst auf ein „reformerisches“ Image bedacht, hatte noch vor dem Aufstand in Crossroads einen Aufschub des Umsiedlungsprogramms angekündigt, und im Nachhinein wurde geleugnet, daß eine Räumung überhaupt in Angriff genommen werden

merisches“ Image bedacht, hatte noch vor dem Aufstand in Crossroads einen Aufschub des Umsiedlungsprogramms angekündigt, und im Nachhinein wurde geleugnet, daß eine Räumung überhaupt in Angriff genommen werden

sollte. Es ist aber sicher, daß die Mehrheit der weißen Bevölkerung einen harten Kurs gegenüber den Schwarzen will und keinerlei Konzessionen billigen wird, in denen auch nur der Schein erweckt werden könnte, das Prinzip der Apartheid könnte angetastet werden. So bleibt nicht viel Spielraum. Die Verhaftung der UDF-Führung (des größten noch legalen Oppositionsbündnisses) und die angekündigte Inszenierung eines Hochverratsprozesses zeigen, daß die Repression eher noch härter werden wird.

bt./HH

Quellen:
Tagespresse Februar 85; FR, 24.9.84
issa Nr. 7 + 8/1984
Studien: „Südafrika in den achtziger Jahren“; „Zwangsumsiedlungen in Südafrika“, hrsg. Ev. Missionswerk 1984
Gewerkschaftszeitung Südafrika, hrsg. Ev. Missionswerk, 1983
iz3w Nr. 123/1985

aus: „Blacklisted news — secret histories from Chicago '68 to 1984“, hrsg. 1983

Rüstungsexporte der BRD

„Wir bekennen uns zur Selbstbeschränkung im Waffenexport, zu einer Zurückhaltung, zur restriktiven Handhabung, lassen uns bei Einzelentscheidungen leiten vom vitalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Friedenssicherung, Freiheitssicherung, an unseren nationalen Interessen" (1); so Kriegsminister Wörner im Sommer 1983. In mindestens 72 Staaten der Erde betreibt die BRD inzwischen Interessenvertretung durch den Export von Rüstungsgütern, die Erteilung von Lizenzen und den Aufbau von Industrieanlagen für die Rüstungsproduktion. Zimperlich in der Auswahl der Empfängerländer sind die BRD-Verantwortlichen dabei nicht: 40% der Rüstungsexporte gehen an Staaten, die von den USA offiziell boykottiert werden. Da verwundert es kaum, daß die BRD unter den großen Rüstungsproduzenten im vergangenen Jahrzehnt die weitaus höchste Steigerungsrate hatte: je nach Zählung zwischen 400 und rund 900%.

Überhaupt die Zahlen: Wir sind damit in diesem Artikel sehr zurückhaltend umgegangen, weil offizielle Zahlen der Bundesregierung selten verfügbar und nie nachzuprüfen sind, weil das Stockholmer Institut für Friedensforschung SIPRI alleine Großwaffen in seine Statistik aufnimmt und die US-Arms Control and Disarmament Agency mit CIA- und anderen Geheimdienstzahlen operiert. Insofern steht das Aufzeigen einiger politischer Grundlinien im Vordergrund.

Türkei, Griechenland, Portugal

Seit vielen Jahren erhalten drei Staaten der NATO-Südflanke — die Türkei, Griechenland und Portugal — militärische Ausrüstungshilfe von der BRD. Am besten weg kam dabei die Türkei, die seit 1964 Kriegsmaterial im Wert von 1,19 Mrd. DM erhielt. In jüngerer Zeit befanden sich unter dem Material 77 Kampfpanzer Leopard I, vier Fregatten sowie Lizenzen für U-Boote und Landungsboote (2). Als neues Projekt schwebt türkischen Politikern der Bau eines „Billig-Leo-II" vor, doch wird dies von westdeutscher Seite ebenso strikt dementiert wie die Vermutung, den Leopard-II auf dem Umweg über die Türkei nach Saudi-Arabien exportieren zu können (3). In diesem Jahr soll die Türkei für 26 Mio. DM Altmaterial und für 104 Mio. DM Neumaterial erhalten.

Griechenland hat seit 1964 Rüstungshilfen von 732 Mio. DM erhalten, darunter im Jahr 1983 Panzer Leopard-I und die Panzerabwehrlenkwaffe Milan (4). Dieses Jahr soll Überschußmaterial für 14 Mio. DM und Neumaterial für 56 Mio. DM geliefert werden.

Hinter diesen Zahlen wirkt die bisherige Rüstungshilfe für Portugal eher gering— 199 Mio. DM für den Zeitraum 1978 - 1984. Die vorgesehene neue Beihilfe im Wert von 45 Mio. DM ist dann auch weniger bedeutend als die laufenden Auseinandersetzungen um die Lieferung dreier Fregatten MEKO 200 im Wert von je 500 Mio. DM. Ungeklärt ist bisher die Finanzierung, da Portugal lediglich 350 Mio. DM ausgeben will, und selbst nach einem US-Zuschuß von 350 Mio. Dollar müßte die Bundesregierung noch 500 Mio. DM für das Projekt lockermachen. Neben weiteren NATO-Staaten, die Unteraufträge erhalten sollen, üben vor allem die westdeutschen Firmen, die an den Arbeiten beteiligt wären, Druck auf die Bundesregierung aus (5).

„Dritte Welt"

Der Löwenanteil der BRD-Rüstungsexporte geht allerdings in die „3. Welt": rund 70%. Hauptempfänger von Rüstungsexporten außerhalb der NATO waren in den letzten Jahren Saudi-Arabien, Argentinien, Indonesien, Brasilien, Nigeria, Sudan. Argentinien hat allein 1980/81, als nach offiziellen Zahlen der Gesamtexport von Rüstungsgütern 2,18/3,14 Mrd. DM (Zahlen für 80 bzw. 81) betragen hat (6), laut Angaben der CDU für 2,5 Mrd. DM militärisches Material erhalten. Die von Argentinien erteilten Aufträge und die erfolgten Lieferungen umfassen fast alle Waffengattungen; darunter befinden sich

— sechs Fregatten MEKO-140 von Blohm & Voss im Wert von 1,8 Mrd. DM sowie von der gleichen Firma vier Zerstörer MEKO-360 im Wert von 2 Mrd. DM,
— die Zusammenarbeit von Dornier und „Fabricaciones Militar" in Cordoba zur Entwicklung eines neuen Militärflugzeugs,
— U-Boot-Lieferungen durch HDW und die Thyssen-Nordsee-Werke,
— die Lizenzbauten der von Thyssen-Henschel entwickelten Panzer TAM und VCTP, die von Argentinien aus weiterexportiert werden sollen, u.a. nach Malaysia, Pakistan und in die VR China.

Die Flugabwehrrakete Roland (Gemeinschaftsprodukt von MBB und Aérospatiale) wurde von Frankreich nach Argentinien geliefert. MBB ist darüberhinaus durch die Lieferung von Panzerabwehrraketen und den Bau eines Panzer- und Raketentestgeländes mit dem argentinischen Rüstungsmarkt verknüpft.

Mit allen Rüstungsgeschäften ist die Ausbildung des Bedienungs- und Wartungspersonals entweder bei den Hersteller- und Lieferfirmen oder bei der Bundeswehr verbunden. Zusätzlich sind westdeutsche Ausbilder in Argentinien tätig (7).

In die öffentliche Diskussion geriet der Waffenhandel mit der RSA (Republik Südafrika), als 1979 die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Firma Rheinmetall einleitete, die beschuldigt wird, 1978 auf dem Umweg über Paraguay eine Munitionsfüllanlage für 155 mm-Granaten des Typs FH-70 in Südafrika errichtet zu haben. Aussageverbote für Beamte des Außen- und Verteidigungsministeriums, eine angestrebte Änderung der Strafbestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und die Tatsache, daß bis heute ein Prozeß gegen Rheinmetall nicht eröffnet wurde, legen den Verdacht nahe, daß Rheinmetall damals mit Wissen der zuständigen Stellen aus der sozialliberalen Koalition handelte. Eine Farce ist das Ermittlungsverfahren auch deshalb, weil das seit November 1977 bestehende Waffenembargo des UN-Sicherheitsrates (mit der Stimme der BRD) beständig von BRD-Firmen mißachtet wird. Hier eine ganz unvollständige Auswahl:
— Spezialmotoren von MTU für südafrikansche Raketenschnellboote;
— Militärlastwagen von Magirus-Deutz und Unimogs mit militärischen Sonderbauten von Daimler-Benz;
— Milan-Panzerabwehrraketen über Frankreich;
— zwei Minensuchboote der Werft Abeking & Rasmussen
— sowie umfangreiche Zulieferungen für den Bau einer südafrikanischen Urananreicherungsanlage (8).

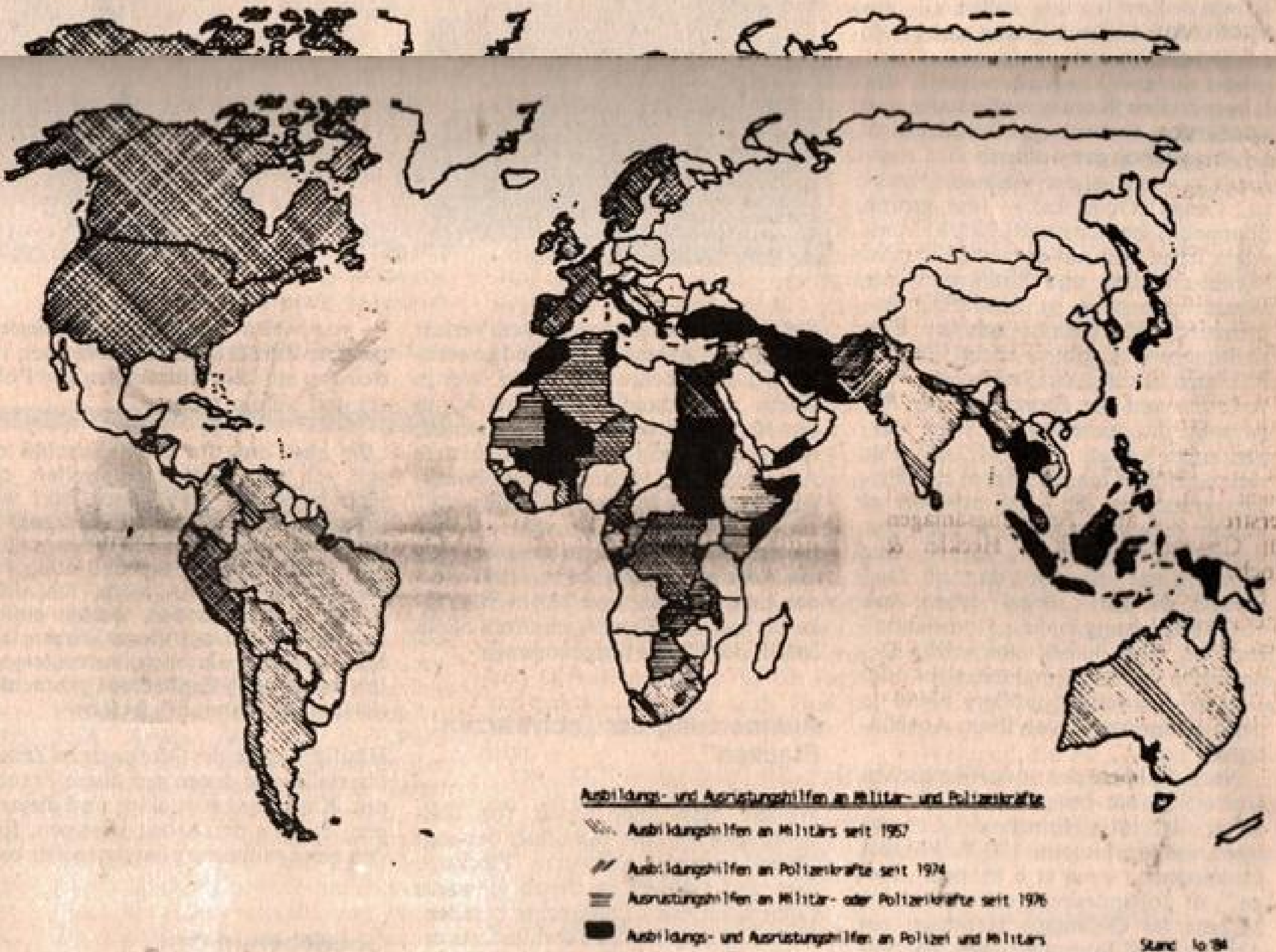
Weltpolitik betreibt die BRD vermittels der Exporte von Kriegsschiffen. Den Einstieg in das große Geschäft erleichterte die WEU (Westeuropäische Union), nach deren Bestimmungen von 1954 die BRD keine Überwasserkriegsschiffe mit mehr als 3.000 t Verdrängung herstellen durfte. Nachdem 1977 Nigeria bei Blohm & Voss eine Fregatte mit 3.600 t geordert hatte, hob die WEU kurz vor der Fertigstellung der Fregatte das alte Verbot auf. Die vier Großwerften HDW, Blohm & Voss, Bremer Vulkan und Thyssen Nordseewerke Emden sowie die kleineren Werften Lürssen und Abeking & Rasmussen sind mit U-Booten, Fregatten und Schnellbooten im Exportgeschäft aktiv. Der NATO-Partner Türkei und Argentinien, Nigeria, Malaysia und Indonesien sind die Hauptempfänger der Kriegsschiffe. Die vier letztgenannten Staaten erfüllen im geostrategischen Konzept der NATO klare Funktionen:
— Argentinien — abgesehen vom Malwinen-Krieg — als Wächter westlicher Handelswege im Südatlantik;
— Nigeria, ökonomisch interessant als Ölförderstaat, soll die Rolle des „Wächters in Zentalafrika" übernehmen
— und Malaysia und Indonesien kontrollieren mit der Straße von Malakka eine wichtige Verbindung zwischen Indischem Ozean und Pazifik (9).

Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe

Ein nicht zu unterschätzender Einfluß auf die militärpolitischen Strukturen eines Staates läßt sich mittels der Ausbildungshilfe ausüben. Diese Ausbildungshilfe wird ausländischen Streit- und Polizeikräften gewährt. Über vielen Details der Ausbildungshilfe liegt der Schleier der staatlichen Geheimhaltung:
— die Namen der neun afrikanischen Länder, in denen 46 Techniker der Bundeswehr tätig sind, werden ebenso verschwiegen wie
— exakte Informationen über den Einsatz westdeutscher Polizeiausbildung im Ausland oder
— die Ausbildung durch die GSG 9 (10).

Ein Schwerpunkt der militärischen und polizeilichen Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe ist der gesamte afrikanische Kontinent. Bereits in den 60er Jahren bildeten die afrikanischen Staaten ein Zentrum westdeutscher Lieferungen: Unter Federführung des Verteidigungsministeriums wurden in Nigeria, Tansania, Madagaskar und Sudan vollständige Wehrzweige aufgebaut. Die Ausrüstungshilfe war nicht mit direkten politischen Auflagen, aber einer Wohlverhaltensklausel gegenüber der BRD verknüpft. Die „enge Zusammenarbeit deutscher und afrikanischer Soldaten" sollte eine „Kameraderie" herbeiführen, die über die „politische Bedeutung der Armeen in den meisten afrikanischen Staaten" den Einfluß der BRD verstärken sollte (11). Die Zielsetzungen heutiger Afrika-Politik sind die Sicherung

Fortsetzung nächste Seite



Staaten, in denen der BRD-Imperialismus seit 1957 mit Waffen- und Ausbildungs hilfen an Militär und Polizei seinen Einfluß erhöht hat



Brasilianischer Exportschlager „Cascaval" auf den Militärmärkten der Dritten Welt — ausgerüstet mit Motoren von Daimler-Benz

Waffenexporte

Heckler&Koch liefert nach Belfast

Die nordirische Polizei Royal Ulster Constabulary (RUC) hat Anfang des Jahres begonnen, Schußwaffen der Oberndorfer Firma Heckler & Koch (H & K) an ihre Angehörigen auszuteilen. Eine unbekannte Anzahl der Maschinenpistole MP 5 und des Gewehres HK 33 soll die teils noch aus Weltkrieg-2-Beständen stammenden Waffen ablösen.

Die MP 5 gilt unter Waffenexperten als *„ideal für den Häuserkampf, bei Raum-zu-Raum-Kämpfen und um sich aus einem Hinterhalt mit vielen Gegnern freizuschießen."* Die knapp 3 kg schwere MP gehört seit 1968 zur Standardausrüstung der bundesdeutschen Polizei. Wahlweise können Stangenmagazine mit 30 Parabellum-Patronen (9 x 19 mm) oder Trommelmagazine mit maximal 70 Schuß eingesetzt werden. Besondere Qualität kommt einem Mechanismus zu, der einen Feuerstoß auf drei Schuß begrenzen kann und damit für eine hohe Treffsicherheit bis auf 100 Meter Entfernung sorgt. Ein Sondermodell von gerade 32 cm Länge kann verdeckt getragen werden, ein Schalldämpfer mindert Geschoß- und Mündungsknall erheblich.

Das Gewehr HK 33 verschießt 5,56 mm Munition und ist bei mehreren ausländischen Armeen in Gebrauch.

Nach Einschätzung politischer Beobachter von der „Grünen Insel" setzt die Einführung dieser Schußwaffen den Trend fort, die nordirischen Polizeieinheiten mit einem hochspezialisierten Arsenal auszustatten. Dazu zählen unter anderem US-amerikanische Magnum-Revolver, halbautomatische und Maschinenpistolen, Karabiner und die Gewehre für Plastikgeschosse.

In zunehmendem Umfang übernehmen Polizeikräfte gleichzeitig Aufgaben des britischen Militärs, dessen Spezialeinheiten bislang an vorderster Front der militärischen Unterdrückung des irischen Widerstandes standen. Allein im Dezember 1984 wurden vier IRA-Volunteers erschossen, ein fünfter ertrank auf der Flucht über einen Grenzfluß zur Republik Irland. Und im neuen Jahr kamen bereits drei weitere IRA-Untergrundkämpfer unter den Kugeln der Sicherheitskräfte zu Tode.

Ein Sprecher der nordirischen SDLP-Social Democratic Labour Party bezeichnete die Ausrüstung der RUC mit modernen Schußwaffen aus bundesdeutscher Produktion als „Blanko-Scheck für schießwütige" Polizeiangehörige. Für das laufende und die kommenden Jahre befürchtet er deshalb weitere Opfer der „shoot-to-kill-Kampagne", in deren Verlauf in den vergangenen Jahren zumeist Zivilisten oder unbewaffnete IRA-Mitglieder hinterrücks erschossen wurden.

Doch der hierzulande verbreitete Eindruck, die IRA sei seit einiger Zeit in der militärischen Defensive, täuscht: In mehreren spektakulären Aktionen wurden u.a. RUC-Angehörige und ein höherer Gefängniswärter aus Long Kesh niedergeschossen, und erst vor kurzem deckte eine IRA-Einheit die Kantine einer RUC-Station mit schwerem Granatwerferfeuer ein. Neun Polizisten kamen dabei ums Leben. In Erklärungen heißt es ein ums andere Mal, die IRA sei in der Lage, an jedem Ort und wann immer sie es für richtig halte, zuzuschlagen.

In Sachen Waffenbeschaffung hingegen mußte die Untergrundorganisation erst im letzten Frühherbst eine schwere Schlappe einstecken. Auf Hinweis des US-amerikanischen FBI wurde vor der Küste der Republik Irland der Fischtrawler „Marita Anna" aufgebracht. An Bord befand sich ein stattliches Arsenal für die Brigaden der IRA. Die vermutlich von Amerikanern irischer Abstammung zusammengestellte Sendung enthielt u.a. auch westdeutsche Präzisionsarbeit: die Heckler & Koch Produkte MP 5 und HK 33.

Quellen:
Irish Times, 10. Jan. 85
Irish News, 11. Jan. 85
anj Phoblacht/Republican News, 17. Jan. 85
Uebe, Taschenbuch der Polizeitechnik, Boorberg-Verlag, Stuttgart 1982



Deutsch-argentinischer Panzer TAM 1 (in Buenos Aires)

Fortsetzung von vorheriger Seite

„nicht oder nur schwer ersetzbarer Rohstoffe ... und expandierende(r) Märkte". Außerdem soll der Aufbau von Einflußsphären durch die SU verhindert werden (12). Bedeutende Nutznießer westdeutscher Lieferungen sind u.a. Ägypten (Kampfflugzeuge, Panzerabwehrraketen, Fabrikationsanlagen), Marokko (Kampfflugzeuge, Patrouillenboote, Radpanzer, Panzerabwehr) und Tunesien (Schnellboote, Panzerabwehr).

Export von Industrieanlagen und Gewinne aus Kooperationsprojekten

Weltweit führend ist die BRD beim Bau von Rüstungsfabriken in Staaten der „Dritten Welt". Oft finanziert durch Kredite der staatlichen Kreditanstalt für den Wiederaufbau und subventioniert mit Haushaltsmitteln von insgesamt 1 Mrd. DM hat die Firma Fritz Werner in 23 Staaten Fertigungsanlagen aufgestellt, darunter in Portugal, der Türkei, in Venezuela und Brasilien (13). Über den ganzen Erdball verstreut sind auch Fertigungsanlagen für Gewehre der Firma Heckler & Koch.

Die westeuropäische Rüstungskooperation rentiert sich für die Kapitalisten auch beim Export, erhalten die westdeutschen Konzerne doch bei Exporten der Partnerstaaten einen ihrem Anteil entsprechenden Gewinn. „*Diese Exporte scheinen zum 'Trumpf-As' der deutschen Waffenfabrikation zu werden, denn Bonn verzichtet hier in den meisten Fällen auf ein Mitspracherecht. Auf diese Weise werden die mit deutscher Beteiligung gebauten Panzerabwehr-Raketen 'Milan' und 'Hot' sowie der 'Alpha-Jet' problemlos aus Frankreich in alle Welt exportiert*" (14).



Hinrichtung persischer Kurden – wo immer auf der Welt geschossen wird, sind Waffen aus der Bundesrepublik dabei. Vor allem das Standardgewehr „G 3", eine Konstruktion von Heckler & Koch aus dem Schwarzwald

Doch auch andere Kooperationspartner wie England mit der Lieferung der Feldhaubitze FH-70 155 nach Saudi-Arabien oder Spanien mit dem Export von Hubschraubern BO-105 tragen zum Prfit der BRD-Industriellen bei. Allein bei den Großwaffenexporten in die Dritte Welt konnte die BRD-Rüstungsindustrie durch Kooperationsprojekte eine Umsatzsteigerung von durchschnittlich 15,2% jährlich im Zeitraum 1979 bis 1983 erreichen (15).

fo.

Anmerkungen

(1) Wehrtechnik 6/83
(2) SIPRI Yearbook 1984
(3) „Weser-Kurier", 27.11.84
(4) SIPRI Yearbook 1984
(5) „taz", 9.1.85
(6) 1980: Guha, Rüstung und Wehrexport, in: Brzoska u.a., Das Geschäft mit dem Tod; 1981: BT-Drucks. 10/2174
(7) Forum Europa 3/84
(8) Geissler (Hrsg.), Rüstungsexport der Bundesrepublik — unter besonderer Berücksichtigung des Beispiels Südafrika
(9) Forum Europa 3/84
(10) BT-Drucks. 10/2263
(11) Europa-Archiv 6/66
(12) BT-Drucks. 8/3463
(13) Geissler, Stellungnahme in Deutscher Bundestag, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anhörung „Entwicklung und Rüstung" (Stenographisches Protokoll)
(14) „Weser-Kurier", 15.9.84
(15) eig. Berechnungen nach SIPRI Yearbook 1984.

Empfängerländer von Waffen, Waffenteilen, Fertigungsunterlagen, Anlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern und von militärischer Ausbildungsbeihilfe

	Waffen	Waffenteile	Fertigungsunterlagen	Fabrikationsanlagen	Ausbildungshilfe (1)
NATO-Staaten					
1. Belgien/Luxemburg	x	x	x	x	
2. Dänemark	x	x		x	
3. Frankreich	x	x	x	x	
4. Griechenland	x	x	x	x	
5. England	x	x	x	x	
6. Italien	x	x	x	x	
7. Kanada	x	x	x	x	
8. Niederlande	x	x	x	x	
9. Norwegen	x	x	x	x	
10. Portugal	x	x		x	
11. Türkei	x	x	x	x	
12. USA	x	x	x	x	
Den NATO-Staaten gleichgestellte Länder					
13. Australien	x	x	x	x	
14. Irland (seit 1977)	x	x			
15. Japan	x	x		x	
16. Neuseeland	x				
17. Österreich	x	x		x	
18. Schweden	x	x		x	
19. Schweiz	x	x		x	2
20. Spanien (seit 1977)	x	x	x	x	
Afrika					
21. Ägypten				x	2
22. Äthiopien	x			x	
23. Algerien		x		x	1
24. Benin					4 (1983)
25. Burundi					6 (83)
26. Ghana	x	x			
27. Kamerun	x				1
28. Kenia	x	x			
29. Lesotho	x				
30. Libyen				x	
31. Malawi	x				2 (83)
32. Mali					7 (83)
33. Marokko	x				2 (85)
34. Mauritius	x				
35. Niger	x			x	4
36. Nigeria	x	x		x	
37. Obervolta					3
38. Ruanda					5
39. Sambia					2
40. Senegal					4 (83)
41. Sierra Leone					2
42. Simbabwe					2
43. Somalia					5
44. Südafrika (2)	x				
45. Sudan	x	x		x	4
46. Tansania	x				2 (85)
47. Togo					2
48. Tunesien		x			1
49. Uganda					2
50. Zaire (3)	x				3 (83)
Asien					
51. Bahrein	x				
52. Bangladesh	x	x		x	3 (83)
53. Birma	x	x		x	4 (85)
54. Brunei	x	x			
55. VR China	x				
56. Hongkong	x	x			
57. Indien	x	x		x	1 (85)
58. Indonesien	x	x		x	5 (83)
59. Irak		x		x	2 (83)
60. Iran	x	x	x	x	1 (85)
61. Israel	x	x		x	1
62. Japan					1
63. Jemen (Nord)					1 (85)
64. Jordanien					4 (85)
65. Kuwait	x				
66. Malaysia	x	x		x	3
67. Nepal	x			x	1 (85)
68. Oman		x			
69. Pakistan	x	x		x	7
70. Phillippinen	x			x	1
71. Saudi-Arabien		x		x	2 (85)
72. Singapur	x	x	x	x	1
73. Südkorea		x			5
74. Syrien				x	2 (83)
75. Taiwan		x			
76. Thailand	x	x		x	6
77. Vereinigte Arabische Emirate	x	x		x	
Europa					
78. Finnland	x	x			
79. Yugoslawien		x		x	1
Lateinamerika					
80. Argentinien	x	x	x	x	3 (85)
81. Bolivien	x	x			1
82. Brasilien	x	x		x	1
83. Chile	x				
84. Ecuador	x	x		x	3 (83)
85. El Salvador	x	x			
86. Guatemala	x	x			
87. Guayana	x				
88. Kolumbien	x	x		x	
89. Mexiko	x				1 (85)
90. Paraguay	x	x		x	
91. Peru	x	x		x	2 (85)
92. Trinidad	x				
93. Uruguay	x	x			
94. Venezuela	x	x		x	2 (83)

(1) Anzahl ausgebildeter Soldaten 1984 soweit nicht anders vermerkt
(2) „stern" 50/83; in: Nielebock, Rüstungsexport, 1984
(3) „epd-entwicklungspolitik" 2/84

Zusammenstellung nach:
(Spalte 1 - 4) „Spiegel", 2.4.79; SIPRI-Stellungnahme im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ausschußdrucksache 10/116; beides in: Nielebock, a.a.O.
(Spalte 5) Antwort der Bundesregierung auf Anfrage Schwenninger (Grüne), BT-Drucks. 10/2263

Italien und Spanien:

Aufstrebende Rüstungsproduzenten

Italien und Spanien sind neben Frankreich die Mittelmeerstaaten mit der größten Rüstungsindustrie und hohen Zuwachsraten beim Rüstungsexport.

Spaniens Militärhaushalt stieg von 1974 - 1983 im Jahresdurchschnitt um 4,1%, unter den Sozialisten um 4,3%. Davon profitierte die einheimische Rüstungsindustrie, der Gonzales weitere lukrative Kooperationsverträge durch den Verbleib in der NATO versprach. Zu den existierenden 56.000 Arbeitsplätzen sollen bis zum Jahr 2000 weitere 156.000 in der Rüstungsproduktion geschaffen werden. Tatsächlich ist die Bedeutung der spanischen Rüstungsindustrie als Kooperationspartner oder Lizenznehmer gewachsen, jedoch nicht neu. Die bestehende Produktion französischer Kampfpanzer oder BO-106 Hubschrauber von MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) soll um größere Projekte ergänzt werden:
— die Zusammenarbeit mit Frankreich, der BRD, England und Italien beim „Jäger 90";
— eine mögliche Lizenzproduktion des Leopard-II, von dem laut Planung 100 in Drittländer exportiert werden sollen;
— die Beteiligung an der technischen Entwicklung der deutsch-französischen Roland-Flugabwehrraketen, von denen Spanien 414 bestellt hat.

Besonders augenfällig ist das schnell wachsende Gewicht der Rüstungsexporte Spaniens. Offiziell wurden 1982 Ausfuhren im Werte von 2,1 Mrd. DM genehmigt. Der Anteil Spaniens an den Großwaffenexporten in die „3. Welt" ist von 0,1% (1980) auf 3,8% (1983) gestiegen. Besonderes Aufsehen erregte im vergangenen Jahr der Export von MBB-Hubschraubern in den IRAK, doch auch sonst ist der Rüstungsexport von fast allen Beschränkungen frei. Zu den Empfängern spanischer Waffenexporte gehören Ägypten, Chile, Marokko und ganz vorn auch Honduras — da erscheinen Gonzales' politische Solidaritätsbekundungen für Nicaragua schon in anderem Licht.

Einen großen Teil des Weges, den die spanische Rüstungsindustrie noch vor sich hat, ist die italienische bereits gegangen. Heute gehört Italien zu den sechs größten Rüstungsexporteuren der Erde. Mit Umsatzsteigerungen bis zu 30% im vergangenen Jahrzehnt gehört die Rüstungsindustrie zu den expansivsten Sektoren der verarbeitenden Industrie. Da wundert es wenig, daß Italiens Politiker keine Anstrengung unternehmen, die Exportpolitik irgendeiner öffentlichen Kontrolle auszusetzen; selbst das Parlament ist bis heute nicht über die Kriterien für die Bewilligung von Rüstungsexporten informiert. Dieser Umstand wurde in der Vergangenheit auch von westdeutschen Firmen genutzt, Rüstungsgüter über die Zwischenstation Italien zu vertreiben:
— eine Munitionsabfüllanlage von Rheinmetall nach Ägypten;
— eine abgewandelte Version des Leopard-I-Panzers nach Libyen und Äthiopien;
— Maschinengewehre von Rheinmetall nach Südafrika und
— Panzerabwehrwaffen von MBB nach Chile.

Für den Aufstieg der italienischen Rüstungsindustrie ist wesentlich die beschleunigte „italianization" (SIPRI Yearbook 1984) verantwortlich. Darunter ist zu verstehen, daß die Konzerne nach mehreren Versuchen ausländischer Lizenzgeber, namentlich der USA und der BRD, Rüstungsexporte zu reglementieren, in 70er Jahren dazu übergingen, von den meisten Waffensystemen rein italienische Varianten herzustellen. Diese oft technisch einfacheren und leichter bedienbaren Produkte fanden in der „3. Welt" eine rege Nachfrage.

Zugleich ist Italiens Industrie an verschiedenen hochtechnisierten Kooperationsprojekten beteiligt:
— im Verbund mit England und der BRD an der Produktion des Tornado und der Feldhaubitze FH-70;
— mit Frankreich, der BRD und England an den Arbeiten für das MARS-System (Artillerieraketenwerfer) und
— an den Planungen für den „Jäger 90".

KB/Gruppe Bremen

Strukturdaten der italienischen Rüstungsindustrie

	1982	1983	Wachstumsrate (in %)
Umsatz (in Mrd. DM)	10,5	12,3	17,7
Davon Export (in Mrd. DM)	6,3	7,3	15,3
Anteil des Exportes am Umsatz (in %)	60,5	59,3	
Beschäftigte	70.600	70.100	

Quelle: Eigene Berechnungen nach „Neue Zürcher Zeitung", 29.8.84

Schlachtfeld »Neue Technologie«

Hinkt die westdeutsche Industrie hinterher?

Sorgen um seine Zukunft macht sich das westdeutsche Monopolkapital. Es geht dabei um seine empfindlichste Stelle: die internationale Konkurrenzfähigkeit vor allem gegenüber seinen stärksten Rivalen USA und Japan.

Vertreter des Kapitals und auch der Bundesregierung konstatieren eine „technologische Lücke", einen als gefährlich bezeichneten Rückstand hinsichtlich der Modernisierung der Industrieanlagen sowie der Fertigung neuer Waren auf hohem technologischen Niveau.

Ein Buch des Leitartiklers des amerikanischen Wirtschaftsmagazins „Business Week", Bruce Nussbaum, wurde zum aufschreckenden Bestseller: Die westeuropäische Industrie, so Nussbaum, verdanke ihre derzeitige Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt noch den alten Technologien aus dem letzten Jahrhundert. Sollte dem westdeutschen Kapital die Modernisierung seiner Industrieanlagen sowie die Herstellung neuer „high tech"-Waren im Vergleich zu den Konkurrenten aus Japan und den USA — die bereits über einen großen Vorsprung verfügen würden — nicht gelingen, so wäre Westeuropa zur Rolle einer zweitrangigen ökonomischen Macht verdammt. Einen Ausweg sieht Nussbaum nur darin, daß Westeuropa seine nationalen Egoismen überwinde und einen großen, einheitlichen „gemeinsamen Markt" herstelle (1).

Die Deutsche Bundesbank kam in einer — allseits herangezogenen — Untersuchung über die „technologische Lücke" zu dem Ergebnis, daß die BRD beim Export von Automatischen Datenverarbeitungsanlagen (ADV), der Nachrichtentechnik, Elektronenröhren, Meßinstrumenten und medizinischen Geräten im Jahre 1983 auf einen Weltmarktanteil von 17% zurückgefallen sei (2).

Dieser Darstellung widersprach nicht nur der Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Schlecht, der darauf verwies, daß die Bundesbank nicht die gesamte Warenpalette zur Stützung ihrer These herangezogen hätte (2), sondern auch Dr. Fassing, Mitarbeiter bei der „Kreditanstalt für Wiederaufbau", der diese „technologische Lücke" n i c h t als entscheidende Behinderung westdeutscher „Wettbewerbsfähigkeit" ansieht: *„Insbesondere bei mikroelektronischen Schaltteilen sind die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren heute nicht mehr im technologischen Bereich zu suchen, sondern bei den Produktionskosten, also preislichen Wettbewerbsfaktoren. Damit ist die viel beschworene Elektroniklücke der Bundesrepublik weniger als Ausdruck mangelnder technologischer Konkurrenzfähigkeit zu werten, vielmehr kann die Produktion von Mikroelektronikbauteilen heute als Standardtechnik gelten...In dem Maße, wie bestimmte Produkte technisch ausgereift sind, gewinnt der Aspekt der kostengünstigen Produktion als Wettbewerbsfaktor an Gewicht"*(3).

Wer hat nun recht?

1984: ein wahrer Exportboom!

1984: ein wahrer Exportboom!

Wer zu Beginn dieses Jahres die Bilanzen über die Exporte der BRD Anno 1984 liest, kommt zunächst zu einem ganz anderen Schluß. Der Kohlsche „Aufschwung" der BRD-Wirtschaft sei hauptsächliche vom Exportboom getragen. Der Außenhandelsüberschuß der BRD erreichte mit 54 Mrd. DM in der Tat eine einmalige Höhe. Er war mit den höchsten Ausfuhren seit Bestehen der BRD verbunden und resultierte nicht etwa aus dem Rückgang der Einfuhren. Die Gründe dieses Exportbooms sind zum einen konjunkturell bedingt; die wirtschaftlichen Erholungsphasen, insbesondere in den USA, führten zu einer verstärkten Nachfrage nach Investitionsgütern, der traditionellen Domäne des westdeutschen Kapitals. Hinzu kommt der Faktor Preisstabilität, der zu einer guten Konkurrenzfähigkeit beitrug sowie der hohe Dollarkurs, der westdeutsche Waren gerade in den USA stark verbilligte. Die Exporte der BRD in die USA stiegen sage und schreibe um 45%, die USA rückten von Platz 6 auf Platz 2 der Rangliste der wichtigsten Ausfuhrländer vor (siehe Tabelle). Doch hier mögen die Verfechter der These, die BRD-Industrie weise eine „technologische Lücke" auf, antworten, dies sei nur konjunkturell bedingt. Auf diesen Einwand läßt sich empirisch antworten.

Zunächst sei generell angemerkt, daß sich die internationale Konkurrenzfähigkeit eines Landes aus der Arbeitsproduktivität ergibt, also aus der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die für die Herstellung von Waren aufgewendet werden muß. Gradmesser dafür sind die Lohnkosten bzw. die Lohnstückkosten. Die Lohnstückkosten geben an, wie hoch der Produktions-Output je geleisteter Arbeitsstunde liegt. Die sogenannten Lohnstückkosten können also als ungefährer Gradmesser zur Untersuchung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit herangezogen werden, wenn auch die bürgerliche Statistik hier nur sehr verzerrte Angaben macht. Dies liegt daran, daß beim Faktor Produktions-Output die Inflationsraten mit berücksichtigt werden, bei den Lohnkosten jedoch nicht.

Ein weiterer Faktor, der zur Verzerrung der realen Höhe der Lohnstückkosten beiträgt, sind die Wechselkursschwankungen. Bei diesen notwendigen Einschränkungen — die Daten sind also mit einer gewissen Vorsicht zu genießen — kommt die „Zeit", die sich auf eine Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (IWF) beruft, zum Ergebnis, daß die BRD-Industrie weitaus geringere Lohnstückkosten aufzubringen hat als Japan und die USA (siehe Tabelle).

ruft, zum Ergebnis, daß die BRD-Industrie weitaus geringere Lohnstückkosten aufzubringen hat als Japan und die USA (siehe Tabelle).

Da der Profit der „Stachel" kapitalistischer Produktion ist und bleibt, spielen die Lohnkosten für die Kapitalisten eine wichtige Rolle. Und die neuesten Daten von 1984 ergeben, daß das BRD-Kapital die Profite enorm steigern konnte. Die „Umverteilung von unter nach oben" fand tatsächlich statt, denn der Anteil der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit (146,4 Mrd. DM) stieg von 19% (1981) auf 22,4%. Mit 62 Mrd. DM lag der Jahresabsschluß der Gewinne nach Abzug der Steuern um 30% höher als 1982 (4).

Im Inland ist die Steigerung der Profite hauptsächlich durch Einsparungen erzielt worden. Die Löhne lagen um 2% unter den Umsatzerlösen und auch die Rohstoffe und Vorprodukte lagen preislich um 1,5% niedriger.

Bei der Beurteilung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals spielt die variable Seite des Kapitals, die Lohnkosten, e i n e Rolle, wenngleich nicht die alles entscheidende. Aufgrund der hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals spielt der Grad der Modernisierung der Industrieanlagen, oder anders ausgedrückt, die Einführung und Anwendung neuer Technologien in den Produktionsprozeß zur Steigerung der Produktivität eine immer größere Rolle. Das Beispiel Textilindustrie verdeutlicht das: ein hoher Grad der Automation der Produktion hat bereits vereinzelt dazu geführt, daß das Kapital seine Produktion in Niedriglohnländern aufgegeben und wieder in das industrielle „Zentrum" zurückgeführt hat. Der internationale Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der modernen Technologien hat somit zwei Seiten: zum einen dienen sie zur Steigerung der Profite (mittels Senkung der Produktionskosten) und zum zweiten entscheidet der technologische Wettlauf über künftige Profite auf den Weltmärkten. Insofern hat die Diskussion innerhalb des Kapitals über diese Problematik einen hohen Stellenwert.

Land	Arbeitskosten je Stunde einschließl. der Lohnnebenkosten in DM	Entwicklung der Lohnstückkosten unter Berücksichtigung der Wechselkursveränderungen (1980 = 100)			
		1980	1981	1982	1. Halbj. 1983
Bundesrepublik Deutschland	27,42	100	89,3	89,8	90,4
Frankreich	20,16	100	93,2	89,7	87,6
Großbritannien	17,13	100	105,8	101,4	92,2
Italien	21,01	100	97,6	99,4	102,1
Schweiz	29,43	100	96,4	99,7	101,9
USA	31,31	100	114,8	128,7	134,5
Japan	19,75	100	113,1	104,2	110,9

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft, Internationaler Währungsfonds (Die Zeit, 3.8.84)

Vize-Weltmeister BRD

Rund ein Drittel des Bruttosozialprodukts realisiert das BRD-Kapital auf den Exportmärkten. Es ist damit weitaus abhängiger von seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit als etwa die USA (Anteil: 8%). Es verwundert daher nicht, daß die BRD auf dem 2. Platz hinter den USA und vor Japan bei Betrachtung der Weltmarktanteile liegt. 1977/78 konnte die BRD sogar mit den USA gleichziehen bzw. diese überholen:

mit den USA gleichziehen bzw. diese überholen:

Anteile am Weltexport in Prozent (5):

	BRD	USA	Japan
1970	11,0	13,7	6,2
1971	11,2	12,5	6,9
1972	11,2	11,9	6,9
1973	11,8	12,3	6,4
1974	10,6	11,6	6,6
1975	10,3	12,2	6,4
1976	10,3	11,5	6,8
1977	10,5	10,5	7,2
1978	10,9	10,8	7,5
1979	10,5	10,6	6,3
1980	9,6	10,7	6,5
1981	8,9	11,5	7,7
1982	9,5	11,5	7,5
1983	9,8	11,4	7,8

Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Angaben auf Dollarbasis erfolgen, das heißt durch Wechselkursschwankungen verzerrt sind. 1973 z.B. stieg der Kurs der DM gegenüber dem Dollar um rund 20%, 1981 fiel der Wechselkurs der DM gegenüber dem starken Dollar um etwa 19%.

Untersucht man die Exportstruktur der BRD, kommt man zu weiteren bemerkenswerten Ergebnisen. 85% der Exporte entfallen auf Investitionsgüter, vor allem aus den Bereichen Chemie, Maschinenbau, Automobilindustrie und Elektroindustrie. Nach Werner Olle (5) exportiert die BRD doppelt so viele Industriegüter wie sie einführt, der Handelsbilanzüberschuß liegt hier sogar bei runden 150 Mrd. DM. Außerdem konnte das BRD-Kapital, so Olle, den Anteil der Auslandsproduktion gegenüber den Exporten — wobei beide deutlich gestiegen sind — erhöhen, ein Indiz dafür, daß die BRD-Konzerne auf den Auslandsmärkten starke Bastionen aufgebaut haben.

Es verwundert daher nicht, daß die BRD im Maschinenbau und bei Werkzeugmaschinen traditionell weit v o r den USA und Japan liegt.

Diese empirischen Daten sagen aber nichts darüber aus, inwieweit das BRD-Kapital unter einer „Technologie-Lücke" leidet. Entscheidend dafür sind Qualität und Quantität des Warenangebots auf den Weltmärkten sowie die preisliche Konkurrenzfähigkeit. In der schon erwähnten Untersuchung von Werner Olle kommt dieser dabei zusammengefaßt zu folgenden Ergebnissen:

— Die USA und die BRD verfügen auf dem Investitionsgütersektor über ein relativ breites Warensortiment, während die *„Konzentration auf vergleichsweise wenige Produktmärkte die japanischen Exporte ungleich anfälliger (macht) als dies z.B. bei der Bundesrepublik der Fall ist, deren Exportposition sich auf eine wesentlich breitere Produktpalette gründet"* (5).

— Bei der Untersuchung von 50% der ausgeführten Waren im Industriegüterbereich kann sich das BRD-Kapital auf 22 Produktgruppen stützen, die USA auf 19 und Japan nur auf 13 — ein weiterer Beleg für den o.a. Exportvorteil der BRD.

— *„In den 5 Produktgruppen mit dem höchsten Weltexportvolumen ist die BRD in 4, die USA in 3, Japan in 2 Positionen vertreten"*(5).

— Die USA und die BRD sind gegenüber der Konkurrenz aus den Schwellenländern weit weniger anfällig als Japan. Die Ausfuhren aus den Schwellenländern konkurrieren mit 11% der amerikanischen, 13% der westdeutschen, aber mit 24% der japanischen Exporte (5).

BRD im technologischen Rückstand?

Das „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft" (DDR) kommt bei seiner Untersuchung der „Konkurrenzpositionen im Außenhandel mit technologieintensiven Waren" (6) zu Ergebnissen, die tatsächlich — bei aller vorhandenen Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals! — eine „technologische Lücke" konstatieren. Bei Heranziehung von 26 „technologieintensiven" Warengruppen kommt das IPW zunmächst zu der Aussage, daß Japan im Jahre 1981 Industriegüter dieser Qualität im Wert von 59,6 Mrd. Dollar exportierte, gefolgt von den USA mit 56,0 Mrd. und der BRD mit 44,6 Mrd. Dollar. Der Anteil dieser 26 Waren am Gesamtexport betrug in Japan 40,1%, in den USA 34,4% und in der BRD nur 28,8%. Bei Klassifizierung der Warengruppen ergibt sich, daß die USA bei ADV-Geräten, Flugzeugen, im elektronischen Anlagenbau, der Herstellung von Halbleitern (Mikrochips) so-

ADV-Geräten, Flugzeugen, im elektronischen Anlagenbau, der Herstellung von Halbleitern (Mikrochips) so-

wie einigen medizinischen Geräten weltweit expandierten und führend sind, während Japan bei elektronischen Geräten der Konsumgüterbranche (Videos), bei LKW, PKW und in Sektoren des Maschinenbaus eine Spitzenstellung einnimmt. Die BRD hat ihre Stärken in den Sektoren Maschinenbau, PKW, optische, chemische Industrie und medizinische Geräte. Insbesondere bei den sogenannten „Schlüsseltechnologien" liegt die BRD weit hinter ihren Konkurrenten zurück. Bei den schon eingangs erwähnten Waren im „high technology"-Bereich (ADV, Nachrichten- und Meßtechnik, medizinische Geräte, Nachrichtentechnik und elektronische Bausteine) besitzen die USA einen Weltmarktanteil von 37%, Japan 25% und die BRD nur 17%. Hinkt die BRD also doch hinterher? Dies läßt sich generell n i c h t bestätigen, wenn die einzelnen Branchen näher betrachtet werden.

Einen bedeutenden R ü c k s t a n d weist die BRD in zwei Bereichen auf, nämlich bei den integrierten Schaltkreisen („Mikrochips") und der Automatischen Datenverarbeitung (ADV). In diesen beiden Sektoren muß die BRD-Industrie über 70% der Waren importieren und weist nur einen heimischen Anteil von 25% auf (7). Amerikanische und japanische Konzerne besitzen in der Halbleiterproduktion einen Weltmarktanteil von 83% (8); 7 US-Konzerne besitzen einen Weltmarktanteil von 68,4%, 4 japanische Konzerne einen Anteil von 24,5% und erst dann folgt der niederländische Philips-Konzern mit nur 6,1% — Siemens und Nixdorf sind unter ferner liefen (6).

Allerdings: die westdeutsche Hoechst-Tochter Wacker-Chemitronic ist der weltgrößte Hersteller des „Rohstoffs" für die berüchtigten „Chips": des hochreinen Siliciums (9).

Im Bereich der ADV besitzen die USA mit dem IBM-Konzern praktisch eine Monopolstellung; rund 60% aller Großrechenanlagen stammen von diesem Giganten, gefolgt von weiteren US-Konzernen. Nicht nur die BRD, selbst Japan kann da kaum Paroli bieten. Allerdings verfügt Japan als zweites Land neben den USA über eine eigene bedeutende Computerindustrie und hat dort IBM inzwischen verdrängt (6).

Daß die BRD-Industrie in diesen beiden Sektoren der modernen „Schlüsseltechnologien" praktisch keine Rolle spielt, liegt allerdings nicht an der Schlafmützigkeit westdeutscher Kapitalisten. Vielmehr haben sich da einige BRD-Industrielle vergalloppiert, wie Prof. Rudolf Scheid, Präsident des Zentralverbandes der Elektronischen Industrie offen eingestand: im Bereich der Mikroelektronik hofften die BRD-Kapitalisten, *„einige der Entwicklungsstadien überspringen und die Zwischenergebnisse per Technologie-Import übernehmen zu können. Im Nachhinein sind Zweifel berechtigt, ob diese Haltung richtig war; denn vor allem die Japaner haben gezeigt, wie viele der neuen Ergebnisse unmittelbar marktrelevant werden können...Wie sich schnell gezeigt hat, ist die Vorstellung, man könne bei Prozessen des technischen Fortschritts warten, bis sich auf einer höheren Entwicklungsstufe Chancen für eine Spezialisierung ergeben, nur so lange berechtigt, wie es sich dabei nicht um eine Basistechnologie handelt"* (6).

So ist das also! Ins Reine gesprochen verfolgten die westdeutschen Konzerne die Strategie, Investitionskosten zu sparen, denn die Umlaufgeschwindigkeit des fixen Kapitals (Maschinen, Ausrüstungen usw.) erhöhte sich aufgrund der ständig beschleunigten Modernisierungen im Bereich der Mikroelektronik derart, daß es dem westdeutschen Kapital zweckmäßiger erschien, die Sache im Auge zu behalten, Technologien lieber zu importieren, um dann unter Anwendung dieser Importe neue, konkurrenzfähige Waren im Bereich der neuen Technologien auf den Weltmarkt zu werfen. Diese BRD-Position läßt sich mit dem „lachenden Dritten" vergleichen, der mit ansieht, wie Japan und die USA (und innerhalb dieser Länder selbst) die scharfe Konkurrenz um Weltmarktanteile ausfechten, die ja dazu geführt hat, daß bei Halbleitern ein wahrer Preissturz eingetreten ist, um dann relativ billig zu importieren. Der technologische Rückstand war also durchaus g e w o l l t, die Entwicklung wurde keineswegs „verschlafen"! Allerdings ist diese Strategie der BRD-Konzerne g e s c h e i t e r t und es wird noch geschildert werden, daß das westdeutsche Kapital inzwischen eine andere Strategie verfolgt.

Die Aussage über den technologischen Rückstand muß jedoch stark modifiziert werden. Im Werkzeugmaschinenbau wie bei den Druckmaschinen besitzt die BRD-Industrie Welt-

modifiziert werden. Im Werkzeugmaschinenbau wie bei den Druckmaschinen besitzt die BRD-Industrie Welt-

marktaneile von 31% bzw. 40% (10). Im Bereich der **Industrieroboter** ist die westdeutsche Industrie führend, da sie in der Lage ist, „schlüsselfertige Lösungen" anstelle der Standardausrüstungen anzubieten. In einem „Wirtschaftswoche"-Report über die „Fabrik der Zukunft" werden die Produktionsanlagen bei VW und die „Tornado"-Produktion bei MBB als „beispielhaft" in der Welt angeführt (11). Die BRD-Industrie ist also sehr wohl in der Lage, sich das technologische know-how zu importieren und in neue, höchst konkurrenzfähige Investitionsgüter umzusetzen!

Auch im Bereich des **Maschinenbaus**, einer Domäne des BRD-Kapitals, hat die westdeutsche Industrie im Bereich der **Prozeßsteuerung** einen deutlichen Vorsprung vor den USA und Japan. Vor allem die Konzerne der westdeutschen Montan- und Stahlindustrie haben durch gravierende Umstrukturierungsmaßnahmen die Spitze erklommen. Daß bei der großangelegten Rationalisierung einige zehntausend Arbeitsplätze „freigesetzt" wurden, ist weithin bekannt. Nicht so bekannt sein dürfte, daß

— der Mannesmann—Konzern 12% seines 15 Mrd.DM-Umsatzes mit elektronischen Investitionsgütern bestreitet und sich in den Hard- und Software-Bereich der Kienzle-Gruppe sowie der Firma Hartmann & Braun einkaufte;

— die Mannesmann-Demag an die amerikanischen Stahltrusts Bethlehem Steel komplette Stranggußanlagen plus Zentralcomputer inclusive Meß- und Regeltechnik einschließlich der Software lieferte und damit weltweit an der „technologischen Spitze" liegt;

— die Demag beim Bertelsmann-Konzern das größte und modernste Hochregallager der Welt installierte;

— Mannesmann in der Kunststoffproduktion modernste, computergesteuerte Spritzgußmaschinen liefert;

— die Firma Polysius einen Weltmarktanteil von 25% bei automatisierten Zementanlagen besitzt;

— Krupp-Atlas in der Schiffbautechnik weltweit vorn liegt und u.a.

- auch nach Japan exportiert;
- Thyssen und dessen Tochter Hüller Hille GmbH elektronikgesteuerte und diagnosefähige Maschinen an die Automobilindustrien liefert (12).

Von der angeblichen „technologischen Lücke" ist ebenso wenig zu verspüren, wenn zwei weitere exportorientierte Branchen des BRD-Kapitals herangezogen werden. In der Automobilindustrie konnte die BRD ihre Weltmarktanteile halten und sogar — vor allem in den USA — ausbauen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Automationsgrad in der westdeutschen Automobilindustrie enorm hoch und nur mit japanischen Produktionsstätten vergleichbar ist, während die amerikanische Autoindustrie — ähnlich wie im Stahlsektor — veraltet ist.

Auch die westdeutsche Chemie-Industrie hat stark expandiert, was Profite und Produktion betrifft. Die Profite der drei IG-Farben—Nachfolger (Hoechst, Bayer, BASF) sind enorm gestiegen (Gewinn vor Steuern 1984: 8,5 Mrd. DM gegenüber 5,8 Mrd. DM 1983). Bereits 1983 stieg die Exportquote (das Verhältnis der im Aus- und im Inland gemachten Umsätze) auf über 50% und wuchs im letzten Jahr noch weiter an (Bayer: 79%, BASF: 58%, Hoechst: 75%). In Sparten wie Organica, Pharmazeutika (Weltmarktanteil: 40%), Körperpflege, Pflanzenschutz, Bautenschutz und Klebestoffen nimmt die westdeutsche Chemie eine Spitzenstellung ein. Die drei IG-Farben—Nachfolger und die Westberliner Schering AG befinden sich alle unter den zwölf führenden Konzernen im Bereich des Pflanzenschutzes. Insbesondere die drei Chemie-Riesen wollen 1985 allein 6,5 Mrd. DM investieren, insbesondere auch im Ausland. Dabei spielen nicht nur Rationalisierungs-, sondern auch Erweiterungsinvestitionen eine große Rolle, d.h. neue Fabrikationsanlagen werden gebaut. Die künftige konzerninterne Arbeitsteilung unter den Drei sieht so aus, daß sich BASF und Bayer auf die Verbesserung ihrer traditionellen Waren konzentrieren, während der Hoechst-Konzern in die Bio- und Gentechnologie einsteigt — eine Technologie, der für die Zukunft bekanntlich ebenfalls eine Schlüsselfunktion vorausgesagt wird (13). So errichtet der Hoechst-Konzern eine Fertigungsanlage für die Insulinproduktion auf gentechnologischer Grundlage und betreibt intensive Forschung im Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung der Bio-Technologie, etwa bei der Insektenbekämpfung und der bioenergetischen Umwandlung des Luftstickstoffs durch entsprechende Bakterien (13).

Wenn also die Frage beantwortet werden soll, ob die Industrie der BRD einen technologischen Rückstand aufweist, so trifft dies nur sehr bedingt zu:

Wenn also die Frage beantwortet werden soll, ob die Industrie der BRD einen technologischen Rückstand aufweist, so trifft dies nur sehr bedingt zu:

nämlich für die genannten Bereiche der integrierten Schaltkreise und der Großcomputer. Daß sich diese „technologische Lücke" nicht auf dem Weltmarkt in einer Verschlechterung der Konkurrenzposition des westdeutschen Kapitals niedergeschlagen hat, liegt nicht nur am günstigen hohen Dollarkurs, der die BRD-Waren verbilligt; die „neuen Technologien" haben noch längst nicht alle Waren auf dem kapitalistischen Weltmarkt durchdrungen und nehmen — gemessen nach der Umsatzgröße — nur einen Anteil von 10 — 15% ein. Es ist außerdem gezeigt worden, daß maßgebende exportorientierte Sektoren der westdeutschen Wirtschaft (Automibilindustrie, Maschinenbau und Chemie) durchaus erfolgreich in der Lage waren, rechtzeitig umzustrukturieren und ihre Weltmarktanteile zu halten bzw. noch auszubauen.

Im Grunde genommen kommen auch alle westdeutschen Kapitalisten und deren Sprachrohre zu einem sehr ähnlichen Ergebnis. Unter der Überschrift: „Wo liegen unsere Stärken?" schreibt der Leitartikler der „FAZ", Jürgen Eick, daß *„die deutsche Industrie seit eh und je auf dem Gebiet der Investitionsgüterindustrie besonders leistungsfähig war. Hier sind es die Breite der Sortimente und die Flexibilität der Hersteller,...die uns zugute kommen...Lothar Späth meinte unlängst, die Produkte der Deutschen kämen ihm so vor wie aus dem 'Fachgeschäft' zwischen den 'Warenhäusern' Japans und Amerikas...In der wirtschaftlich-technischen Praxis, in den gewachsenen, empirisch erarbeiteten Sonderqualitäten liegt heute die Hauptquelle unseres Wohlstands"* (14).

Und der VEBA-Vorsitzende Rudolf von Bennigsen-Foerder sagte in einem Interview mit dem „Spiegel": *„Wir sind technisch nicht so schlecht, wie manchmal getan wird. In der chemischen Industrie, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie und Elektroindustrie sind wir nach wie vor Weltspitze...Es ist unbestreitbar, daß unser Technologievorsprung schmilzt"*(15).

Weitere Studien der Kapitalisten zitieren noch andere Belege für diese Aussagen; die BRD liege in der Computerdichte auf Platz 4, Japan erst auf Platz 9, die Forschung und Entwicklung in der BRD habe eine bessere Basis als die japanische usw.

Auch eine westdeutsch-französisch-britische Studie über die Anwendung der neuen Technologien kommt zu dem interessanten Ergebnis, daß in 51% aller Industrieanlagen der BRD die Mikroelektronik eine Rolle spielt (Großbritannien: 47%, Frankreich: 38%). Dies habe in der BRD zum Verlust von 30.000 Arbeitsplätzen geführt (16). Diese Ergebnisse sind einigermaßen erstaunlich, wenn man bedenkt, unter welch unterschiedlichen Voraussetzungen dieser technologische Konkurrenzkampf ausgetragen wird:

- Die Anteile an staatlichen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen sind, gemessen am Bruttosozialprodukt, in den USA, Japan und der BRD zwar in etwa gleich (zwischen 2,4 und 3,2%), aber die USA pumpen nahezu das Dreifache ihrer staatlichen Ausgaben (77,4 Mrd. Dollar) in diesen Bereich.
- In den USA ist die Zusammenarbeit zwischen Instituten und Universitäten einerseits und der Industrie andererseits viel weiter fortgeschritten als in der BRD. Außerdem gehen wichtige Impulse der Forschung und Anwendung neuer Technologien von der staatlichen Nachfrage aus, besonders vom Pentagon und der US-Weltraumbehörde NASA.
- Die japanische Industrie war in den siebziger Jahren auf Aufholjagd und bestrebt, das fehlende technologische know-how zu importieren, um es dann jedoch umso rascher in konkurrenzfähige Waren umzusetzen. Außerdem verfügt der japanische Imperialismus mit dem MITI (Ministerium für internationalen Handel und Industrie) über ein staatliches Instrument, das im wesentlichen die Forschung und Produktion neuer Waren mit den Großkonzernen koordiniert und entsprechende staatliche Finanzspritzen verabreicht.
- Demgegenüber sind die staatlichen Programme in der BRD aufgesplittert und konzentrieren sich im wesentlichen auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (Post), die Wehrforschung (z.B. Tornado und die neue elektronische Generation konventioneller Waffen) und in der Weltraumforschung (6).

Ohne Zweifel besitzen die USA im Bereich der Mikroelektronik und der ADV einen großen Vorsprung vor ihren Konkurrenten und versuchen, die-

Weltraumforschung (6).

Ohne Zweifel besitzen die USA im Bereich der Mikroelektronik und der ADV einen großen Vorsprung vor ihren Konkurrenten und versuchen, die-

sen zu halten bzw. auszubauen. Die neue Direktive Präsident Reagans, derzufolge die Ausfuhren von integrierten Schaltkreisen und Großrechenanlagen u.a. der Zustimmung des Pentagon bedürfen (angeblich, um die bösen Russen nicht an die neuen Technologien herankommen zu lassen), weisen in die Richtung, durch zunehmende protektionistische Maßnahmen diesen Vorsprung abzusichern.

Siemens auf Aufholjagd

Die westdeutsche Industrie hat dazugelernt und ist bestrebt, verlorenen Boden wieder gut zu machen. Unter Führung des westdeutschen Konzerns Siemens sollen demnächst Mikrochips der nächsten und übernächsten Generationen produziert werden, um sich damit wieder an die Spitze zu hieven. Die Kapitalisten machen sich dabei den Umstand zunutze, daß die Entwicklung integrierter Schaltkreise noch längst nicht abgeschlossen ist. Dies betrifft insbesondere die Speicherkapazität eines „Chips", die auf kleinstem Raum noch steigerungsfähig ist. Siemens nun überspringt die bisherigen Generationen. Ende letzten Jahres wurde in Österreich das Werk „Villach-2" eingeweiht, in dem ab 1986 die sog. 256-K-RAM-Chips produziert werden sollen (allgemein üblich sind derzeit Chips mit 16 und 64 K-RAM; 16 K = 16.000 bits - Informationseinheiten -, die ein Chip speichern kann). Villach-2 ist damit das modernste Halbleiterwerk der Welt, was den Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Kaske, zu der Bemerkung veranlaßte, damit sei *„der technologische Abstand gegenüber den USA auf dem Gebiet der Mikroelektronik, der einmal zwischen Europa und den USA bestanden hat, vorüber ... Der Abstand zu Japan betrage 1 Jahr, zu den USA nur wenige Monate"* (17). In der Produktion der bipolaren Schnellstlogik, (extrem schnell „denkende" Bausteine) sei Siemens gar führend in der Welt.

Und der Technologie-Wettstreit geht noch weiter. Siemens, Valvo, Telefunken Electronic, Ewosil Electronic, die Fraunhofer-Gesellschaft und das Bundesforschungsministerium sind an einem „Submicron"-Verbund beteiligt, um die Produktion von 1- und 4-Megabit-Chips für 1987 und 1989 vorzubereiten. Die Produktionsstätte dafür ist bereits gebaut und befindet sich in Regensburg. Mit von der Partie ist auch der niederländische Philips-Konzern, der bisher Westeuropas Nr. 1 bei der Chip-Produktion ist (18). Das Bundesforschungsministerium will bis 1988 3 Mrd. DM in dieses Projekt hineinpumpen (19).

Führend in der Welt ist Siemens auf einem weiteren Gebiet: der Konzern brachte das universelle Büro-Kommunikationssystem „Hicom" auf den Markt, einen voll integrierten und automatisierten Büroarbeitsplatz, von dem aus gleichzeitig ein Telefongespräch geführt, Daten und Texte angefordert und übermittelt werden können. Ein Arbeitsplatzkiller erster Klasse (20). Das BRD-Kapital will sich nicht mehr nur auf die Anwendung und Umsetzung importierter Technologien beschränken, sondern bei der Basistechnologie selbst stärker in den internationalen Konkurrenzkampf eingreifen. Wer das bewerkstelligen soll, ist eindeutig: Siemens.

Ob die Aufholjagd gelingt, bleibt abzuwarten, denn die Konkurrenz schläft bekanntlich nicht. Noch jedenfalls liegt die BRD in der Weltproduktion bei integrierten Schaltkreisen mit einem Anteil von 4,4% weit hinter den USA (69,4%) und Japan (24,7%) zurück (6).

ESPRIT: Das westdeutsche Kapital braucht einen westeuropäischen Markt

Die großen westeuropäischen Konzerne wie Siemens (BRD), Philips (Niederlande), Olivetti (Italien), STC (Großbritannien) und CIT-Alcatel (Frankreich), die alle stark im Bereich der neuen „Schlüsseltechnologien" tätig sind, haben erkannt, was die Stunde geschlagen hat. Nach Schätzungen des amerikanischen Konzerns Westinghouse winkt ein profitabler Markt von 3 Billionen Dollar beim „Wandel zur Informationsgesellschaft", also der Durchdringung der Investitionsgüter wie auch der Konsumgüter mit den neuen Technologien. Um dabei absahnen zu können, stehen den westeuropäischen Konzernen zwei Hindernisse im Weg: das eine ist IBM und andere US-und japanische Konzerne, das zweite die nationale Enge des Binnenmarktes. Nach einer Faustregel muß die Entwicklung neuer Technologien später etwa das Zehnfache an Umsatz bringen, um profitabel zu sein. Dazu sind die nationalen Märkte etwa der BRD zu klein. Die übermächtige US-Konkurrenz sowie der zersplitterte westeuropäische Binnenmarkt zwingen die westeuropäischen Konzerne zu engerer Zusammenarbeit. Walter Heimann (Siemens) äußerte, daß *„Europas Technologieunternehmen nur überleben können, wenn sie internationale Maßstäbe erreichen. Und die werden durch IBM gesetzt"* (21). Und der Strategiedirektor von Olivetti, Piol, schätzt IBM als *„gewaltigen Faktor der Einigung der Europäer"* ein. Aus diesem Dilemma gibt es nach Ansicht der westeuropäischen Konzernchefs nur einen Ausweg: *„Allenfalls der Markt von 12 EG-Staaten und den Efta-Ländern könnte die Basis für die kritische Masse völlig neuer Produkte schaffen"*, die nach Meinung Benedettis *„auf allen Weltmärkten vertreten erst eine Kettenreaktion des Wachstums auslöst"* (21). Nach Ansicht der EG-Kommission müssen in den nächsten zehn Jahren 330 Mrd. DM investiert werden, *„denn mit nie gekannter Kapazität und Schnelligkeit werden Produzenten und Nutzer in einen weltumspannenden Wettlauf gezwungen"*, den keiner mehr allein bestehen könne (22).

Die westeuropäischen Konzerne streben also lieber heute als morgen einen gemeinsamen westeuropäischen Markt an, der 320 Millionen Menschen umfaßt und die strategische Ausgangsbasis für ihre Expansion auf dem Weltmarkt bilden soll. Diesem Ziel steht jedoch die nationale Konkurrenz entgegen, so daß die Konzerne u.a. eine Standardisierung der Normen und gemeinsame, arbeitsteilige Forschung fordern. Außerdem arbeiten einige westeuropäische Konzerne mit der US-Industrie eng zusammen bzw. sind an US-Unternehmen beteiligt, um von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen zu profitieren:

- Der Philips-Konzern ist mit dem US-Konzern AT & T eng verbunden und beide errichten digitale Fernmeldesysteme in den Niederlanden und Kolumbien.
- Die Vernetzung von Philips reicht noch weiter. Mit der US-Firma Control Data wird ein Datenspeicherungssystem entwickelt, mit dem US-Chemie-Konzern DuPont auf dem Gebiet der Video-Bänder zusammengearbeitet und mit Japans Sony-Konzern die Compact-Disc produziert. Außerdem ist Philips bei der französischen CIT-Alcatel dabei, um einen Fuß im französischen Markt zu haben.
- Und Olivetti ist seit 1983 Mehrheitseigner von AT & T und nutzt die finanziellen und technischen Ressourcen des US-Konzerns.

Diese Beteiligungen an US-Konzernen haben vor allem den Sinn, sich das notwendige technologische know-how zu sichern und in der Rolle des Juniorpartners mit von den neuen Technologien zu profitieren.

Im letzten Jahr jedoch taten sich zwölf westeuropäische Konzerne zusammen und beschlossen mit der EG das sogenannte ESPRIT-Programm (European Strategic Programme for Research and Development in Information Technology). In einer fünfjährigen Phase sollen Konzerne wie Siemens, Philips, Olivetti, Thomson usw. auf den Gebieten der Mikroelektronik, Software und Bürokommunikation zusammen forschen. Aus der EG-Kasse erhalten diese Konzerne dafür runde 3 Mrd. DM. Das ist zwar nicht viel Geld, gemessen allein an den nationalen Forschungsetats oder etwa gemessen an den Investitionen der USA, aber ein Anfang ist gemacht. Nigel Horne, Chef der britischen STC, hält das ESPRIT-Programm deshalb für wichtig, weil es die Einigung der Europäer auf gemeinsame Normen vorantreibt. *„Eine solche Verständigung könnte das Bild in Europa dramatisch ändern und wäre die einzige Möglichkeit, die Weltbeherrschung durch IBM zu verhindern"* (21).

Olivetti-Stratege Piol malt dennoch ein düsteres Bild: Der wachsende IBM-Einfluß *„und ein härterer Wettbewerb werden ein Blutbad anrichten"*, in den kommenden fünf Jahren sei eine Krise zu erwarten, bei der nur wenige westeuropäische Konzerne überleben werden, die wiederum — unter dem Druck der US-Konkurrenz — zu engerer Zusammenarbeit verdammt sein werden (21).

Daß das BRD-Kapital, vertreten vor allem durch Siemens, voll mit von der Partie ist, liegt auf der Hand. Der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der modernen Technologien, der derzeit hauptsächlich zwischen den USA und Japan ausgetragen wird, erhält seine weitere Dynamik durch das Auftreten westeuropäischer Konzerne. Während die USA versuchen, ihren Vorsprung auf diesem Gebiet abzusichern, wollen Siemens, Philips & Co. in Zukunft selbst stärker absahnen. Ein entsprechender Schritt war die Entscheidung des westdeutschen, des französischen und des britischen Postministers, ein westeuropäisches digitalisiertes Telefonnetz unter Ausschluß der US-Konkurrenz zu entwickeln. Und auch bei der Verkabelung dieser Republik sicherte sich Siemens den Zuschlag und nicht der US-Konkurrent namens AT&T.

Die Schärfe des Konkurrenzkampfes auf dem Gebiet der modernen Technologien ergibt sich aus dem Umstand, daß enorm hohe Investitionskosten aufzubringen sind und aufgrund der rasanten technologischen Innovationen die Umlaufgeschwindigkeit des fixen Kapitals zunimmt. Wer bei diesem Wettlauf die Nase vorn hat, kann einen Extraprofit einstreichen, wer nicht, geht leer aus.

Außerdem wittern die Kapitalisten bei den modernen Technologien ihre Profite von Morgen, denn kein Sektor der kapitalistischen Produktion weist derart hohe Wachstumsraten auf.

Die 20 größten Kunden
Exporte fob

nach Einfuhrwerten von 1984	Jan.-Sept. 1983 Mio DM	%	Jan.-Sept. 1984 Mio DM	%
1. Frankreich	41.463	13,1	44.514	12,6
2. Verein. Staaten	22.258	7,1	32.709	9,3
3. Niederlande	27.765	8,8	30.477	8,6
4. Großbritann.	25.961	8,2	29.331	8,3
5. Italien	23.348	7,4	27.283	7,7
6. Belg./Luxembg.	23.686	7,5	25.039	7,1
7. Schweiz	16.501	5,2	19.058	5,4
8. Österreich	15.969	5,1	17.761	5,0
9. Schweden	7.583	2,5	9.229	2,6
10. Sowjetunion	8.518	2,7	8.128	2,3
11. Dänemark	6.179	2,0	7.295	2,1
12. Spanien	5.526	1,8	5.928	1,7
13. Südafrika	3.551	1,1	5.055	1,4
14. Japan	3.943	1,3	4.951	1,4
15. Iran	5.529	1,8	4.905	1,4
16. Saudi-Arabien	5.884	1,9	4.871	1,4
17. Jugoslawien	3.494	1,1	3.757	1,1
18. Norwegen	3.785	1,2	3.888	1,1
19. Griechenland	3.363	1,1	3.638	1,0
20. Finnland	2.981	0,9	3.332	0,9
20 größte Kunden	**257.287**	**81,7**	**291.149**	**82,4**

(FAZ, 12.12.84)

Anmerkungen:

(1) Bruce Nussbaum, Das Ende unserer Zukunft, Kindler Verlag
(2) Nach „Wirtschaftswoche" (WW) 24-84
(3) WW 35-84
(4) FAZ, 17.10.84 und FR, 20.11.84. Es sei hier angemerkt, daß die Profite noch weitaus höher lagen. Das BRD-Steuersystem veranlaßt die Konzerne dazu, ihren Gewinn in den Bilanzen vor allem in der Sparte „Rückstellungen" (Pensionsrückstellungen usw.) unterzubringen. In puncto Rückstellungen in den Bilanzen liegen die BRD-Konzerne in der Welt an der Spitze!
(5) Werner Olle, Exportentwicklung, Ausland-
in der Sparte „Rückstellungen" (Pensionsrückstellungen usw.) unterzubringen. In puncto Rückstellungen in den Bilanzen liegen die BRD-Konzerne in der Welt an der Spitze!
(5) Werner Olle, Exportentwicklung, Ausland-
sproduktion und internationale Wettbewerbsfähigkeit, in: WSI-Mitteilungen 4/1984
(6)Rudi Gündel, Imperialistischer Konkurrenzkampf um die monopolistische Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: IPW-Berichte 11/1984
(7) WW 44-84
(8) WW 45-84
(9) WW 19-84
(10) Otto Schiele, Präsident des Verbandes deutscher Maschinen- und Anlagebau, in: WW 41-84
(11) WW 42-84
(12) WW 39-84
(13) WW 34-84. Im biotechnologischen Bereich ist die Forschungsphase dominierend, die profitable industrielle Umsetzung steckt noch in den Anfängen. 1984 wurden erst 1 Mrd. Dollar in der Welt mit biotechnologischen Waren umgesetzt. Nach einer US-Kongreßstudie liegen die USA, Japan und die BRD in etwa gleich, was die Forschung und Entwicklung betrifft. Bürgerliche Ökonomen sehen hier ein weiteres Feld profitablen Wachstums voraus.
(14) FAZ, 17.12.84
(15) Der Spiegel, 1/85
(16) FAZ, 6.2.85
(17) FAZ, 16.11.84
(18) Der Spiegel, 44/84. Daß Philips und Siemens sich erstmals in diesem Bereich zusammengetan haben, gehört in die Konzernstrategie um a) den US-Konzernen Paroli bieten zu können und b) die westeuropäische Einigung voranzutreiben.
(19) Ohnehin ist Siemens der mit Abstand größte Nutznießer staatlicher Förderung. Von den 19 Mrd. DM, die in den letzten fünf Jahren vergeben wurden, erhielt Siemens 4,8 Mrd. DM, gefolgt von BBC (1,8 Mrd.) und MBB (1,5 Mrd.). Nicht enthalten sind darin die Gelder, die Siemens bei der Verkabelung der Republik erhält.
(20) FR, 13.12.84
(21) Serie in der „Wirtschaftswoche" (Nr. 49 und 50/84) über „Europäische Industriepolitik"
(22) Tatsächlich stellen sich für die westeuropäischen Konzerne folgende Probleme: normalerweise haben Industrieanlagen und Maschinen eine Umlaufgeschwindigkeit von ca. 10-12 Jahren. Die ja selbst in ständiger Innovation befindlichen Basistechnologien erhöhen diese Umlaufgeschwindigkeit, was u.a. an Statistiken über hohe Abschreibungen ersichtlich ist. Die schnellere Modernisierung der Industrieanlagen erfordert enorm hohe Investitionen. Wenn diese sich rentieren sollen, ist ein ebenso hoher Output notwendig, der nur auf dem Weltmarkt realisiert werden kann.

D./Westberlin

Buchbesprechung

Dunkelmänner der Macht

Politische Geheimzirkel und organisiertes Verbrechen

„International organisierte Machtkartelle (...) sind keine Erfindungen irgendwelcher Verschwörungstheoretiker. Sie sind vorhanden und ihr Einfluß nimmt ständig zu." (1) Jürgen Roth und Berndt Ender enthüllen in ihrem Buch „Dunkelmänner der Macht", wie diese Kartelle sich zur Durchsetzung ihrer Machtansprüche politischer Geheimzirkel, rechtsradikaler Banden wie organisierter Kriminalität bedienen.

Die Kampagne gegen den KGB

Das im April 1984 erschienene Buch fand in der Öffentlichkeit bisher vor allem im Zusammenhang mit Enthüllungen über die Machenschaften des mächtigen katholischen Geheimordens Opus Dei Beachtung. (2) Die Autoren gehen jedoch weitaus umfassender auf die Verfilzungen der herrschenden Eliten mit rechtsradikalen Kräften und der organisierten Kriminalität ein. Ausgangspunkt ihrer Recherchen war das Attentat auf den derzeit amtierenden Papst, Karol Wojtyla alias Johannes Paul II.

Am 13.5.1981 schoß der türkische Faschist Mehmet Ali Agca, der auch vielfältige Kontakte zu den „Grauen Wölfen" in der BRD hatte, in Rom auf den Stellvertreter Gottes. Obwohl alle Fakten auf einen rechtsradikalen Hintergrund der Tat deuteten, wurde behauptet, der sowjetische KGB sei Agcas Auftraggeber. (3) Einer der ersten, der diese Version öffentlich ausgab, war Serdar Celebi, in der BRD lange Zeit gehegter und gepflegter Bundesvorsitzender der Türk-Föderation und seit November 1982 als mutmaßlicher Komplize des Attentäters in Haft. (4) Beteiligt an dieser Legendenbildung war schon damals Michael Ledeen, Reporter des in Mailand herausgegebenen Magazins „Il Giornale Nuovo" und (nach Angaben von „Covert Action") „Medienagent" des CIA.

Zum Durchbruch kam die KGB-Story im September 1982, mit einem Artikel im US-amerikanischen Magazin „Readers Digest", dessen Autorin, die in Rom lebende Amerikanerin Claire Sterling, laut „Covert Action" ebenfalls CIA-(Medien-)Agentin ist. Inzwischen hatten zwei hochrangige italienische Geheimdienstler im „Supergefängnis" Ascoli Piceno dafür gesorgt, daß der im Schnellverfahren verurteilte Ali Agca zum Kronzeugen für die Anschuldigungen gegen Bulgarien und den allmächtigen KGB wurde. Beweise dafür gab es keine, Ungereimtheiten und Widersprüche dafür umso mehr. (3) Trotzdem wurde Sterlings Story im gesamten Freien Westen, in fast allen Medien, verbreitet.

Roth/Ender benennen die Hauptak-

mehr. (3) Trotzdem wurde Sterlings Story im gesamten Freien Westen, in fast allen Medien, verbreitet.

Roth/Ender benennen die Hauptak-

teure, ihre Hintermänner und die Hintergründe dieser Propaganda-Kampagne, mit der — am stärksten in Italien — die Gemüter erregt und Hysterie erzeugt wurde. Als Hauptpropagandisten der Geschichten, mit denen die (türkischen) Faschisten reingewaschen, deren Verbindungen zu den Herrschenden im Westen vertuscht, die Sowjetunion diffamiert, der Kalte Krieg angeheizt und die NATO-„Nach"rüstung ideologisch abgesichert werden sollte, traten — neben Claire Sterling und Michael Ledeen — u.a. in Erscheinung:

— Robert Moss, Mitarbeiter des Londoner Instituts für Konfliktforschung, Mitglied des Cercle Violet und (laut Fred Landis) *„der wichtigste Desinformationsagent der Chile-Operation zu Zeiten Allendes"* (S.53) (5).

— Paul Henze, ehemaliger Funktionär des US-„Verteidigungs"ministeriums sowie diverser US-Botschaften, Mitglied etlicher internationaler Institute und Publizist.

— Harald Vocke, Freund der türkischen Faschisten-Partei MHP, ehemaliger FAZ-Mitarbeiter und jetziger Chefkommentator der CSU-nahen „Deutschen Tagespost" sowie Verlagsleiter des Naumann-Verlags in Würzburg.

Roth/Ender stellen fest: *„Hinter der Verbreitung falscher Informationen und Nachrichten stehen keine Einzelpersonen, sondern in der Regel Teile von Nachrichtendiensten, die wiederum ihren Auftrag von konservativen und reaktionären politischen Kräften erhalten."* (S. 43)

Wer bezahlte Ali Agca wirklich?

Ein bundesdeutscher Verfassungsschützer enthüllte, daß die NATO der Öffentlichkeit das Ergebnis einer im Herbst 1981 vom NATO-Rat in Auftrag gegebenen VS-Analyse terroristischer Aktivitäten vorenthielt. Der VS nämlich hatte keinerlei Beweise finden können für die Beteiligung des KGB an dem Papstattentat. Die NATO verschwieg dies nach Ansicht des besagten VSlers, weil das Londoner Internationale Institut für strategische Studien (IISS) empfahl, *„zunächst alle verfügbaren Mittel gegen Europas Raketengegner einzusetzen".* (6) Was jedoch die tatsächlichen Hintergründe des außerordentlich verwirrenden Papstattentats betrifft, können jedoch auch Roth/Ender nicht mehr als spekulieren.

Sie verweisen auf die Verbindungen der Grauen Wölfe zu Neonazis und zitieren aus einer Ausgabe des neonazistischen Pamphlets „Österreichischer Beobachter", in der Ali Agca als Held gefeiert und gegen den aus Polen stammenden Papst gegeifert wurde, u.a. weil dieser *„die von Polen geraubten deutschen Ostgebiete"* als *„für immer polnisch"* ansähe und *„die jüdische Lügenhetze gegen Deutschland und den Nationalsozialismus"* unterstütze (S. 32 ff). Sie nennen auch die Verbindungen der Grauen Wöfe zur türkischen und italienischen Mafia sowie zur italienischen Freimaurerloge P2 und behaupten, *„daß es wegen illegaler Geldtransaktionen der Vatikanbank erhebliche Kopnflikte zwischen den Logenbrüdern der P2 (...) und der Organisation Opus Dei"* gegeben habe (S. 39). Mit dem darauf folgenden Satz: *„Dieser Orden Opus Dei wurde kurz nach dem Attentat kirchenpolitisch der mächtigste Bündnispartner des Papstes im Vatikan"* suggerieren die Autoren, die P2 könnte hinter dem Anschlag auf Wojtyla stecken. (7)

Auf die P2 als Auftraggeber Agcas könnte auch das zeitliche Zusammenfallen des Attentats mit dem Auffliegen der P2-Loge hindeuten: Am 17.3.1981 wurde die Villa des P2-Großmeisters Licio Gelli durchsucht und die Liste mit den Namen von 962 P2-Mitgliedern gefunden. Zum ersten Mal publiziert wurde diese Liste jedoch erst etwa zwei Monate später (vgl. „Vrij Nederland", 20.5.1981). Eine Woche davor, am 13.5.1981, waren die Schüsse auf den Papst abgefeuert wor-

erst etwa zwei Monate später (vgl. „Vrij Nederland", 20.5.1981). Eine Woche davor, am 13.5.1981, waren die Schüsse auf den Papst abgefeuert wor-

den.

Roth/Ender schreiben, daß der P2-Skandal in der Öffentlichkeit durch die Berichterstattung über das Papstattentat und die KGB-/Bulgarien-Connection in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Politiker, die tief in die P2-Affäre verstrickt waren, seien *„auch prompt diejenigen* (gewesen) , *die am lautesten die KGB-Theorie in politische Propaganda umsetzten"* (S. 41). Allerdings gibt es - wie bei allen anderen Versionen - auch bei der Version, die P2 stecke hinter dem Papstattentat, einige Ungereimtheiten. Möglicherweise machte die P2 sich das Attentat nur im Nachhinein zunutze.

Drogenhandel und Geheimdienste

Vom Papstattentat und der Propaganda-Kampagne gegen den KGB, die nur etwa 30 Seiten des Buches von Roth/Ender ausmachen, kommen die Autoren auf die Hetzkampagnen gegen die Friedensbewegung, auf die Zusammenarbeit von Journalisten mit Geheimdiensten im allgemeineren Sinne und auf die Tatsache, daß große Teile der Medien Geheimzirkeln wie z.B. dem Opus Dei gehören.

Das (mit 100 Seiten) mit Abstand längste Kapitel des Buches trägt die Überschrift: „Organisierte Kriminalität: Drogen, Waffen und Nachrichtendienste — Die politische Protektion der schmutzigen Geschäfte". Ausführlich eingegangen wird auf den von der italienischen und türkischen Mafia organisierten Drogen- und Waffenschmuggel; auf die Verbindungen dieser Mafia zur internationalen rechtsradikalen Szene; auf die Integration der gigantischen Mafiageschäfte, die jährlich Reinprofite von Hunderten Millionen Dollars einbringen, in die Wirtschaft; und auf die Protektion der Mafia durch Geheimdienste, Polizei und Politiker — keineswegs nur in Italien und der Türkei selbst, in südamerikanischen Ländern, den USA und Bulgarien (ein wichtiges Drogen-Transitland, aber nicht die Kommandozentrale der internationalen Mafia, wie so oft behauptet wird), sondern auch in der BRD, Frankreich, der Schweiz usw.

Die an vielen Beispielen aufgezeigten Verwicklungen von Geheimdiensten wie CIA oder BND und Polizei-Instanzen wie DEA oder BKA in den internationalen Drogenhandel hängt nicht etwa (nur) damit zusammen, daß man über die Zusammenarbeit mit „V-Leuten" innerhalb der Szene Gangsterbossen das Handwerk legen will. Auch das Streben nach persönlicher Bereicherung reicht zur Erklärung nicht aus. Oftmals stecken viel weitergehende und politische Ziele dahinter. So finanzieren die vom CIA unterstützten „Rebellen" in Afghanistan, ebenso wie die türkischen Faschisten, ihre Aktivitäten zum Großteil über den Drogenhandel. Im Austausch für die Lieferung von Drogen aus dem Nahen Osten nach Westeuropa und Nordamerika werden oft in umgekehrte Richtung Waffen geschmuggelt. Und in den schwarzen Ghettos der USA setzte das FBI gezielt Drogen ein, um der Black-Panther-Bewegung ihre Kraft zu rauben.

Polit-Mafia — Keine italienische Spezialität!

Als Beispiele „internationaler Machtkartelle" — dunkler Zentren der Verfilzung von Spitzenvertretern aus Wirtschaft, Staat und Kirche mit rechtsradikalen Kräften und organisiertem Verbrechen —werden die P2, Opus Dei und der Cercle Violet dargestellt.

Der Cercle Violet ist nach dem Pariser Rechtsanwalt Jean Violet benannt, der als Motor dieser kriminellen Vereinigung angesehen wird. Aufgebaut wurde der Cercle jedoch von dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Antoine Pinay, der gleichzeitig auch Mitglied von Opus Dei war. Dem Cercle zugerechnet werden u.a.

— die CSU-Politiker Franz Josef Strauß, Otto von Habsburg, Hans Graf Huyn;

— der führende italienische Christdemokrat mit engen Verbindungen zur P2 Giulio Andreotti;

— Henry Kissinger;

— der derzeitige Bürgermeister von Paris und (wahrscheinlich) zukünftige französische Präsident Jacques Chirac;

— der ehemalige französische Geheimdienstchef Comte Alexandre de Marenches;

— ex CIA-Chef William Colby;

— der Chef der „Neuen Zürcher Zeitung" Fred Luchinger;

— der protugiesische Putschistengeneral Antonio de Spinola.

Über die „World Anti-Communist League" (z.B.) hat der Cercle Verbindungen zu Neofaschisten und Drogen-Gangstern. Dargestellt werden ebenfalls die Beziehungen führender US-Politiker wie Ronald Reagan, Richard Nixon, Richard Allen und Raymond Donovan sowie des amtierenden CIA-Direktors William Casey zu US-Mafia-Bossen. (8)

Auch David Yallop gibt in seinem (im letzten AK besprochenen) Buch über den mysteriösen Tod des vorigen Papstes (9) zahlreiche Informationen über die internationalen politischen Verbindungen der P2 und der italienischen Mafia. Er scheint jedoch der Auffassung zu sein, daß die Polit-Mafia ein italienisches Spezifikum sei.

Roth/Ender hingegen warnen vor einer solchen Sichtweise: *„Wer heute noch glaubt, die Mafia sei auf Italien beschränkt, wer glaubt, sie arbeite mit abgesägten Schrotflinten (Luparas), der irrt"* (S. 159). Bei der Polit-Mafia gehe es keineswegs bloß *„um die Ränder des politischen Geschehens"* (S.251), sondern um die Untergrabung der parlamentarischen Demokratie, denn „die Entscheidungen der künftigen Politik (werden) nicht innerhalb des dafür vorgesehenen Rahmens diskutiert (...), sondern in kleinen, exklusiven Zirkeln der Herrschenden, deren Verbindungen zu Politgangstern offenkundig sind" (S.252). An anderer Stelle (S.65) zitieren Roth/Ender zustimmend Salvador Allende, der 1972 vor der UNO-Generalversammlung sagte, *„die gesamte politische Struktur der Welt"* sei von unkontrollierbaren, weltweiten Organisationen unterminiert.

Auffallend ist allerdings, daß die „Dunkelmänner der Macht", die Roth/Ender bei ihren Recherchen ausfindig gemacht haben, fast ausschließlich dem äußerst rechten bis rechten Spektrum der Herrschenden angehören (auf die BRD bezogen: vor allem dem CSU-, in geringerem Maße dem CDU- und dem FDP-Spektrum). Nun kann zwar davon ausgegangen werden, daß kriminelle Machenschaften im rechten Spektrum tatsächlich mehr zu Hause sind als im „linken". Trotzdem ist die Frage angebracht, ob das fast vollständige Fehlen sozialdemokratischer Dunkelmänner und Machenschaften in ihrem Buch nicht eher dem politischen Standort der Autoren entspricht als der Wirklichkeit ...

Roth/Ender scheinen von einer Art „Zwei Fraktionen"-Theorie von „weniger aggressiven, vernünftigen" Kapitalisten einerseits, „besonders aggressiven, unvernünftigen" Kapitalisten andererseits auszugehen: Ihrer Ansicht nach werden die politischen Geheimzirkel *„häufig (...) von bedeutenden Kapitalgruppen gemanagt und finanziert"* (S. 66). Dabei wird ein Unterschied gemacht zwischen *„nationalem Kapital"* sowie dazugehörenden Geheimzirkeln und *„internationalem Kapital"* samt dazugehörenden Machtkartellen. Letztere würden auf eine *„Liberalisierung des Welthandels"* drängen, bereit sein *„geschäftliche Kontakte mit dem Osten aufzunehmen"*, *„gebärden sich meist demokratischer"* und werden (deshalb?) von Roth/Ender nicht weiter unter die Lupe genommen. Das „nationale Kapital" — *„nichtsdestotrotz international organisiert"* — und seine Geheimzirkel hätten expansive (außenpolitische) Ziele sowie autoritäre, antidemokratische Staatsauffassungen und genießen das fast ausschließliche Interesse der beiden Autoren. (S. 66) Diese Kräfte werden von Roth/Ender für das Ende der „Entspannung" verantwortlich gemacht und für „die Wende" in der BRD. Der Zusammenhang zwischen „Entspannung" und (Kaltem) Krieg wird dabei ebenso übersehen wie die Tatsache, daß die sozialliberale Regierungspolitik die Voraussetzungen der „Wende" geschaffen und sie so gerade ermöglicht hat. Trotz dieser einseitigen Herangehensweise und diverser Ungenauigkeiten sei der AK-Leserschaft das Buch empfohlen.

Hu., Niederlande-Kommission

Anmerkungen

Anmerkungen

1) Im folgenden wird in Klammern die jeweilige Seitenzahl angegeben.
2) Die Aachener Initiative „Schützt die demokratischen Rechte" hat eine 84-seitige Broschüre (A-4-Format) mit dem Titel „Opus Dei — Die ‚heilige Mafia' " herausgegeben. Preis: DM 5,-. Bezugsadresse: Gerd Clostermann, Paßstraße 7-9, 51 Aachen. S.a. „taz" vom 19.9.1984 und 18.12.1984, „FR" vom 26.9.1984. Auch das Buch von David Yallop — siehe Anm. 9 — enthält (vor allem S. 366ff) Informationen über Opus Dei.
3) Vgl. „Mord im Orient-Expreß - — Vom Papst-Attentat zur Nachrüstung", AK 229, S. 4ff.
4) Vgl. „Agcas faschistische Komplizen — in der BRD gehegt und gepflegt", AK 229, S. 6f.
5) Der entsprechende Artikel von Fred Landis ist nachgedruckt in „CIA in Mittelamerika", G. Neuberger/M. Opperskalski (Hrsg.), Lamuv-Verlag, 1983.
6) Zitiert nach Roth/Ender, a.a.O., S. 37.
7) Leider wird dies nicht weiter ausgeführt. Auch David Yallop deutet (siehe Anm. 9) — im Zusammenhang seiner Berichterstattung über den Zusammenbruch der Banco Ambrosiano und den unaufgeklärten Tod deren Direktors, Roberto Calvi — das Bestehen eines Konflikts zwischen Opus Dei und der P2 an. Wenn allerdings die (logisch erscheinende) Darstellung Yallops richtig ist, daß der Vatikanbank-Präsident Paul Marcinkus in diesem Konflikt gerade einer der Hauptgegner des Opus Dei war („Im Namen Gottes? ...", S. 446), dann spricht die auch von Roth/Ender erwähnte Tatsache, daß Marcinkus am 28.9.1981 (also — ebenfalls — nach dem Attentat auf Wojtyla) von Wojtyla zum Pro-Präsidenten der Pontifikalkommission für den Vatikanstaat befördert und damit zum „drittmächtigste(n) Mann im Vatikan" (Roth/Ender, a.a.O., S. 120) gemacht wurde, gegen die Interpretation von Roth/Ender, daß der Papst sich zumindest nach dem Attentat auf die Seite von Opus Dei geschlagen habe.
8) Vgl. „Reagans Mannschaft: CIA, Mafia und (extreme) Rechte", AK 206, S. 38ff.
9) „Im Namen Gottes? — Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes Johannes Paul I. — Tatsachen und Hintergründe", Droemer Knaur, München, 1984

Jürgen Roth, Berndt Ender: Dunkelmänner der Macht — Politische Geheimzirkel und organisiertes Verbrechen, Bornheim-Merten (= Lamuv-Verlag) 1984. 265 S. DM 19.80. ISBN: 3 - 88977 - 007 (!) - X

Was ist los mit der Faschisierung?

Kritische Überprüfung der These von der »Schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft«

1971, vier Jahre nach Eintritt der SPD in die „Große Koalition" mit der CDU/CSU, zwei Jahre nach Übernahme der Regierungsmacht durch eine SPD/FDP-Koalition, trat der KB mit der „These" der drohenden „*schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft*" und der daraus folgenden Parole „*Kampf der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft*" in die strategische Auseinandersetzung der Nach-APO-Zeit ein. Es ging um die Frage „Was kommt auf uns zu?" und „Welche Strategie soll die Linke einschlagen?"

Teil 1: Vorstellung und Ursprung der These

Nebenstehender Artikel baut auf den in letzter Zeit im AK erschienenen Artikelserien „Zwischen den Weltkriegen" (AK 246, 247, 248, 249, 250, 255) und „Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung" (AK 246, 247, 250) auf.

Es empfiehlt sich, diese Artikel zur Lektüre hinzuzuziehen. Sie enthalten sehr viel empirisches und historisches Material, das im Rahmen dieses Artikels von mir nicht (noch einmal) en détail aufbereitet wird.

Die Entstehung dieses Artikels steht außerdem im Zusammenhang mit der seit mehr als zwei Jahren im KB stattfindenden Schulung (Imperialismus-, Krisen- und Staatstheorie), insbesondere zum aktuell laufenden Kurs des Schulungszyklus zur „Staatsfrage". Der Artikel ist trotzdem keineswegs „KB-Meinung" oder auch nur vereinheitlichter Stand der Schulungskommission, sondern ein individueller Beitrag von mir.



APO Westberlin

Der KB vertrat die Auffassung, das BRD-Kapital befinde sich angesichts seiner eigenen und der sich weltweit unaufhaltsam verschärfenden Krise des Imperialismus in der Offensive für die präventive Einführung eines neuen Faschismus in der BRD. Kernpunkt dieser Einschätzung war die Erwartung eines bevorstehenden großen Aufschwungs revolutionärer Klassenkämpfe auf der Grundlage einer sich durch die Krise zukünftig entwickelnden Massenverelendung. Gegen diese Offensive propagierte der KB die antifaschistisch-antikapitalistische Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung einer neu aufzubauenden kommunistischen Partei. Es gelte, auf der Grundlage der Organisierung einer Abwehrfront alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, das Bewußtsein und die Organisationskraft der Arbeiterklasse so zu entwickeln, daß sie die zukünftigen Kämpfe bestehen könne.

Der KB war keineswegs die einzige Gruppierung der sog. Neuen Linken Europas wie auch der BRD, die mit einer solchen oder verwandten Einschätzungen auftrat, wohl aber vermutlich diejenige, die auf dieser Grundlage die konsequenteste und in Maßen auch eine erfolgreiche Politik entwickelt hat. Trotz ihrer mit anderen Linken der Zeit durchaus übereinstimmenden Erwartung einer schnellen Zuspitzung der „kommenden Kämpfe" — wie der KB-Terminus hieß — war die Einschätzung doch Ausdruck einer relativen Skepsis gegenüber den Chancen der revolutionären Kräfte, den befürchteten Amoklauf des Imperialismus, damals konkret der sich um F.J. Strauß formierenden Rechten der BRD, zu stoppen oder gar auf leichtem Wege zum Sozialismus zu kommen. Die aus der Einschätzung resultierenden Handlungsanleitungen unterschieden sich in der Praxis deutlich von Illusionsmachern aller Art — dem Rrrrrrevolutionarismus der ML-Linken à la „KPD", KPD/ML, KBW u.a. auf der einen, der Abwiegelei und Grundgesetzhuberei der linken Sozialdemokraten und der DKP auf der anderen Seite.

Nachdem aber inzwischen die prognostizierte „Faschisierung" seit ihrer erstmaligen Beschreibung 1970 schon über 15 Jahre anhält, nachdem auch die „Wende" zwar eine Fortsetzung des allgemeinen reaktionären Kurses der SPD/FDP-Koalition, aber bisher nicht die außen- wie innenpolitischen
über 15 Jahre anhält, nachdem auch die „Wende" zwar eine Fortsetzung des allgemeinen reaktionären Kurses der SPD/FDP-Koalition, aber bisher nicht die außen- wie innenpolitischen
Zuspitzungen brachte, die jahrelang vorher erwartet und befürchtet wurden, und nachdem die zeitweilig zu einer theorieähnlichen Doktrin aufgelaufene „These" bereits manche stille Amputation hinnehmen mußte, ohne daß sie bisher jemals öffentlich korrigiert oder meinetwegen auch „weiterentwickelt" worden wäre, halte ich ihre kritische Überprüfung an der 15jährigen Entwicklung und dem heute erreichten Stand für dringend geboten, wenn nicht überfällig.

Das gilt insbesondere, da jetzt allenthalben, vor allem in der jetzt wieder oppositionellen SPD, schnelle Vergleiche zu Weimar in Mode kommen, während zugleich begründete strategische Perspektiven einer linken Politik Mangelware geworden sind, sofern mensch nicht gewillt ist, die bloße Existenz der GRÜNEN schon für eine solche Perspektive zu halten. Das gilt selbstverständlich vor allem für den KB, für den die „Faschisierungsthese" schließlich wesentlicher Bestandteil des Grundkonsens bei seiner Entstehung und der Entwicklung seiner Politik war.

Um es vorweg zu sagen: ich werde im Zuge der Überprüfung zu der These kommen, daß die von uns prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat und auch z.Zt. nicht stattfindet —wenn wir von dem Begriff der „Faschisierung" ausgehen, wie er von uns bei der Vorstellung der Thesen verstanden wurde, nämlich nicht nur als allgemeine „Tendenz" des Imperialismus zur Reaktion, sondern als „akute" Offensive zur „unmittelbaren" Einrichtung faschistischer Herrschaftsverhältnisse, d.h. der terroristischen Niederhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Stattdessen herrscht heute ein Zustand des relativen Klassenfriedens, den die CDU/CSU-Regierung z.Zt. — bei aller reaktionären Politik — mit entsprechenden Konfliktvermeidungsstrategien aufrechtzuerhalten versucht. Wie, wann und unter welchen konkreten Umständen sich dieses ändern wird, ist Z.Zt. nicht absehbar — nicht absehbar für das Kapital und nicht absehbar für die Arbeiterklasse und die Linke. Es

wird Sache aktueller Analysen sein, dies hart an der konkreten Entwicklung entlang so weit wie möglich herauszuarbeiten.
wird Sache aktueller Analysen sein, dies hart an der konkreten Entwicklung entlang so weit wie möglich herauszuarbeiten.

Diese Analysen der vor uns liegenden Entwicklungsperspektiven will und kann ich mit diesem Artikel nicht ersetzen. Im Gegenteil, geht es mir darum, in der Kritik der „Faschisierungsthese" die Fragen herauszuarbeiten, auf die solche Analysen m.E. konzentriert werden müssen. Dafür werde ich Punkt für Punkt die „essentials" der These überprüfen. Dies geschieht in zwei Schritten: dieser 1. Teil des Artikels dient der Vorstellung der Thesen, bzw. der Erinnerung an sie. Teil 2 im nächsten AK wird die Darstellung ihrer Veränderung im Laufe der Entwicklung und die Überprüfung an der heutigen Realität enthalten.

Also dann — rein ins Vergnügen. F.

Entstehung nicht am grünen Tisch

Grund 1: die Formierung der Rechten

Selbstverständlich ist die These von der „schrittweisen Faschisierung" nicht am grünen Tisch entstanden. Ihr aktueller historischer Hintergrund war das Wüten der Kräfte des „Kalten Krieges", die durch den Regierungswechsel 1969 von CDU/CSU auf SPD/FDP aus der Regierungsmacht gedrängt worden waren. Sie konnten oder wollten die mit dem Taktikwechsel von CDU/CSU auf SPD/FDP verbundene relative außen- wie innenpolitische Öffnung, mit der die weitsichtigeren Kräfte des Kapitals auf die weltweite Erschütterung des imperialistischen Systems, insbesondere auf die erste große Krise des BRD-Imperialismus und der damit verbundenen politischen Unruhen reagierten, nicht akzeptieren. Diese Kräfte mobilisierten daher auf allen Kanälen für ein „roll back" zu Formen und Inhalten der Politik der Adenauer-Ära, als die BRD noch der antikommunistische Stoßkeil eines weltweit geführten „Kalten Krieges" war.

Schon die Bildung der „Großen Koalition", dieser erste zaghafte Versuch

der Herrschenden, einerseits den notwendigen außenpolitischen Umschwung einzuleiten und andererseits, nach innen die sich abzeichnende Ent-
der Herrschenden, einerseits den notwendigen außenpolitischen Umschwung einzuleiten und andererseits, nach innen die sich abzeichnende Ent-
stehung einer außerparlamentarischen Bewegung aufzufangen, hatte zu einem enormen Anschwellen einer „nationalen Rechten", insbesondere zu geradezu schwindelerregenden Wahlerfolgen der NPD geführt. 1967 konnte sie in sechs Landtage einziehen. In Baden-Württemberg erhielt sie 9,8 % der Stimmen. Ende 1968 war sie mit 60 Abgeordneten in Länderparlamenten vertreten. 1969 scheiterte sie bei der Bundestagswahl nur knapp an der 5%-Hürde.

Die NPD hatte ihre Wahlerfolge vor allem ihrer Kritik an der CDU/CSU zu verdanken, der sie wegen des Zusammengehens mit der SPD in der großen Koalition „Verrat" vorwarf. Nachdem die CDU/CSU 1969 aus der Regierung verdrängt worden war, setzte sie sich selbst an die Spitze dieser rechten Sammlungsbewegung. Der Einleitung einer „Neuen Ostpolitik" durch die SPD/FDP-Regierung unter der Parole „Wandel durch Handel" in der Aussenpolitik, sowie der angekündigten Durchführung einer Liberalisierung nach innen unter der Parole „Mehr Demokratie wagen" schwappte auf diese Weise eine Welle „nationalen

So sah es in der Agitation aus



Widerstands" gegen den „Ausverkauf Deutschlands" und die Demagogie für ein innenpolitisches „Aufräumen bis zum Rest des Jahrhunderts" entgegen
Widerstands" gegen den „Ausverkauf Deutschlands" und die Demagogie für ein innenpolitisches „Aufräumen bis zum Rest des Jahrhunderts" entgegen
— wie es 1974 in der berüchtigten Rede von F.J. Strauß in Sonthofen noch nachklang. Als Rechtsaußen der CDU/CSU, Protagonist des offenen Revanchismus und Großmachtchauvinismus der BRD und militanter Verfechter des Antikommunismus brachte F.J. Strauß sich seit Regierungsantritt der SPD selbst öffentlich „als Führer des Rechtskartells in Empfehlung".

Die Kampagne lief erfolgreich an: in verschiedenen Landtagswahlen konnte die CDU/CSU ab 1970 — z. T. auf Kosten, z. T. durch offene Unterstützung der NPD — erheblichen Stimmenzuwachs verbuchen, in Bayern und in Waden-Württemberg kam sie z.B. auf über 50% der Stimmen. (1)

Auch außerparlamentarisch formierten sich die Rechten: im Oktober 1970 wurde die „Aktion Widerstand" als Aktionseinheit von mehr als zwanzig neofaschistischen Gruppierungen gegen die „Neue Ostpolitik" der Brandt-Regierung gegründet. Ihr für Dezember angesetzter Sternmarsch auf Bonn wurde mit bloß 1.000 Teilnehmern zwar ein Mißerfolg; reichlich Erfolge aber gab es dort, wo „Nationale Rechte", rechte Sub-Kultur und CDU/CSU gemeinsam auftraten. So am 18.1.71, als sich in mehreren westdeutschen Städten die Rechte von CDU/CSU bis „Aktion Widerstand" einhellig unter der Parole „Hundert Jahre deutsches Reich" versammelte. Bei einer entsprechenden Versammlung in Hannover z.B. wurde vom Festredner zum Sturz der Brandt-Regierung aufgerufen.

Grund 2: Rechtskurs der SPD

Die andere Seite war eine SPD/FDP-Regierung, die den Rechten nicht nur nichts entgegenzusetzen schien, sondern die ihrerseits nur zwei Jahre nach ihrem Regierungsantritt bereits begonnen hatte, ihre ohnehin halbherzigen Reformversprechen und -ansätze zu vergessen, einzuschränken und mehr noch: demokratische Freiheiten schrittweise abzubauen.

Bereits den Eintritt in die „Große Koalition" hatte die SPD mit der Zustimmung zu den Notstandsgesetzen erkauft. Zwar wurde 1968, noch während der „Großen Koalition", die DKP zugelassen ebenso wie die Bildung von ML-Zirkeln geduldet, aber das KPD-Verbot aufrechterhalten. Zwar wurden 1969 die „Demonstrationstäter" von 67/68 amnestiert, zugleich aber mit der Regierungserklärung von 1969 ein „Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung", d.h. ein umfangreiches polizeiliches und militärisches Aufrüstungsprogramm verkündet und Schritt für Schritt durchgeführt. Die Kampagne gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe" als „Staatsfeind Nr. 1" ab Ende 1970 produzierte ein Klima der konkreten Repression gegen die radikale Linke, das durch die Hetze der rechten Sammlungsbewegung und speziell die CDU/CSU unerträglich gesteigert wurde. Fortschrittliche Inellektuelle bis hin zu Mitgliedern der SPD wurden zu Helfern und Helferinnen der RAF erklärt. Das Wort „Sympathisant" bekam damals den Inhalt, den es heute noch hat.

Ein paar Stichworte zu den besonderen Leistungen der SPD in jener Zeit mögen genügen:
— Politik der „konzertierten Aktion"
Ein paar Stichworte zu den besonderen Leistungen der SPD in jener Zeit mögen genügen:
— Politik der „konzertierten Aktion"
und der „Lohnleitlinien", Polizeieinsatz gegen Streikende in der „Chemietarifrunde" '71;

— weitere Einengung der Möglichkeiten zur politischen Betätigung im Betrieb durch Reform des Betriebsverfassungsgesetzes: Einführung von „Friedenspflicht" und „Schweigepflicht" für die Betriebsräte;

— Einführung des „Radikalenerlasses" durch die Innenminister der Länder und Beginn der „Säuberungen" in den Gewerkschaften, die 1973 zu den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" gegenüber kommunistischen Gruppen, mit Ausnahme der DKP, führten;

— Aufrüstung der Polizei: Umrüstung des BGS zur Bürgerkriegstruppe, Zentralisierung und Ausbau des BKA, Einrichtung der GSG 9 und anderer geheimpolizeilicher Sondertruppen, Verabschiedung neuer Gesetze, die BKA, VS und BGS neue Kompetenzen zusprachen u.a.m.

Ab Mai '72 steigerte sich die staatliche RAF-Jagd, auf deren Konto bis dahin schon drei öffentliche Erschießungen gingen, nach einer Serie von Anschlägen der RAF zu einer allgemeinen Kriminalisierung der Linken und der „Sympathisantenszene". Die CDU heizte das Klima durch Forderungen nach dem Verbot kommunistischer Organisationen noch weiter auf. Die Situation führte zu akuten und massiven Illegalisierungserwartungen innerhalb der Linken, keineswegs nur im KB. Diese Erwartungen schlugen sich neben politischen Protesten u.a. auch in hektischen Konspirationsübungen und Versuchen, sich politisch, organisatorisch und persönlich auf die befürchtete Illegalität vorzubereiten, nieder.

Noch durch die von persönlichen Gefühlen üblicherweise gereinigten „Erklärungen" und „Aufrufe" jener Zeit hindurch ist dieses Klima spürbar: So schrieb der KB nach den Fahndungsaktionen des Sommers '72, von denen auch KB-Wohnungen in Hamburg und anderen Städten betroffen waren: „*Nachdem der sog. 'Harte Kern' der 'Baader-Meinhof-Gruppe' in den letzten Wochen verhaftet wurde*

Fortsetzung nächste Seite

Diskussion



Politischer Mord an Petra Schelm

Am vergangenen Donnerstag wurde in der Reineckestraße in Hamburg-Bahrenfeld Petra Schelm von der Polizei erschossen.

... bisher größten Polizeiaktion nach

Polizei macht Jagd auf Flugblatt und Verteiler

Aufdeckung des politischen Mordes an Petra Schelm soll verhindert werden

Am vergangenen Donnerstag wurde in der Reineckestraße in Hamburg - Bahrenfeld Petra Schelm während einer Großaktion von der Polizei erschossen.

Ein Flugblatt, das aus diesem Anlaß für Freitag, den 23. Juli, zu einer Demonstration aufrufen sollte, wurde am Dienstag - Morgen beschagnahmt, die Verteiler festgenommen.



Das präsentierte Opfer: A. Baader bei seiner Verhaftung — angeschossen und nackt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

... bläst der Staat jetzt zur 'Austrocknung des linken Sumpfes' ... Die propagandistische Vorbereitung zur Illegalisierung kommunistischer Gruppen ist zu einem großen Teil gelaufen. Es beginnen die 'konkreten Maßnahmen' ... Die kommenden Monate werden uns zwingen, ein besseres politisches und organisatorisches Rüstzeug anzulegen ..." (2) Schon unter dem Eindruck von Petra Schelms Tod hatte der KB darauf hingewiesen, „*daß die Kapitalistenklasse uns ... nicht mehr viel Zeit lassen wird.*" (3)

Konfrontation: Das „Mißtrauensvotum"

Höhepunkt des Konfrontationsklimas in der BRD und zugleich unmittelbarer

Konfrontation: Das „Mißtrauensvotum"

Höhepunkt des Konfrontationsklimas in der BRD und zugleich unmittelbarer Geburtshelfer der Thesen wurde dann das sog. konstruktive Mißtrauensvotum vom April '72, mit dem die CDU/CSU den Kanzler Brandt stürzen und durch ihren Kandidaten R. Barzel ersetzen wollte. Barzel scheiterte daran, daß die erhofften Überläufer aus der FDP nicht zu gewinnen waren. Ihm fehlten zwei Stimmen für die notwendige Mehrheit. Am nächsten Tag erlitt die SPD bei den Haushaltsberatungen allerdings ihre erste parlamentarische Niederlage: es gab ein Stimmenpatt von 147:147. Damit wurde deutlich, daß weder die SPD/FDP-Regierung noch die CDU/CSU-Opposition über eine regierungsfähige Mehrheit im Bundestag verfügten. Es stellte sich zwingend die Alternative: Neuwahl oder Rückkehr zu einer „Großen Koalition" wie 1966 - 69.

In der Situation dieses Patts befaßte sich der Bundestag kurz nach dem „Mißtrauensvotum" mit der Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Verträge. Die CDU/CSU ermöglichte durch Stimmenthaltung die Ratifizierung nur auf der Grundlage, daß vorher in einer All-Parteien-Resolution der Inhalt der Verträge faktisch entwertet wurde, indem festgestellt wurde, daß die BRD die Verträge nur „im eigenen Namen" geschlossen habe. Durch die Verträge werde eine endgültige Regelung der Grenzfragen durch einen Friedensvertrag nicht vorweggenommen. (17)

Nichtsdestoweniger steigerte sich die Propaganda der Rechten nun zu schrillen Tönen: Im Juni wurde zur Mobilisierung gegen die „Ostpolitik" Brandts eigens noch eine „Deutsche Union" gegründet, ein Sammelbecken am rechten Rand der CDU/CSU, mit dem sich auch die Braunzone zwischen CDU/CSU und „Nationaler Rechter"/NPD, sowie dem rechtradikalen Untergrund identifizieren konnte. Auf dem CDU-„Mittelstandstag" im September '72 bezeichnete Ex-Kanzler und Alt-Nazi Kiesinger den Sturz der Brandt-Regierung als wichtigste Aufgabe. F.J. Strauß ließ in der BILD ein Interview unter der Überschrift „Willy Brandts Politik führt zum Umsturz" verbreiten. Fünf Tage später wurde Brandt auf der Straße von einem rechtsradikalen Studenten aus München geohrfeigt.

Es charakterisiert die Situation, wie sie sich dem KB darstellte, daß er im „Arbeiterkampf" das „konstruktive Mißtrauensvotum" als „*versuchte Machtergreifung*" bezeichnete und kommentierte: „*Heute zeichnet sich bereits deutlich ab, daß eine solche Etappe* (des Krisenmanagements durch

Mißtrauensvotum" als „versuchte Machtergreifung" bezeichnete und kommentierte: „Heute zeichnet sich bereits deutlich ab, daß eine solche Etappe (des Krisenmanagements durch

die SPD — F.) *wieder einmal ihrem Ende entgegengeht. Das Großkapital hat einige Jahre lang die SPD als Regierungspartei eingesetzt, um die Politik der Faschisierung und der 'Neuen Ostpolitik' besser getarnt durchzusetzen. Nunmehr aber geht es darum, eine schärfere Gangart einzuschlagen, die Rückkehr der CDU/CSU in die Regierung und eine noch direktere Regierungsführung durch das Großkapital selbst vorzubereiten.*" (4)

Die Wurzeln der These

Die „Faschisierungsthese" entstand in diesem gesellschaftlichen Klima als Produkt der Auseinandersetzung der Nach-APO-Linken um die Einschätzung der Chancen des rechten Formierungs- und „roll back"-Versuchs sowie der Frage, was dagegen zu tun sei.

Die Wurzeln der These reichen allerdings weit in die Entstehungsgeschichte der APO zurück, und zwar zu den Brennpunkten der Revolte in Frankreich, Mai '68 und dem „heißen Herbst" in Italien '69. (Nicht zu verwechseln mit dem westdeutschen Ereignis gleichen Namens, aber ganz anderen Inhalts!)

„gauche proletarienne"

In Frankreich hatten Vertreter der „gauche proletarienne" nach den Mai-Unruhen vom "legalen Faschismus" der gaullistischen Regierung gesprochen. Der von Andre Glucksmann formulierte Satz: „*Der Faschismus von heute bedeutet nicht mehr die Einnahme des Innenministeriums durch rechtsextremistische Gruppen, sondern die Einnahme Frankreichs durch das Innenministerium*" machte die Runde in der linken Literatur. (5)

„lotta continua"

In Italien war es u.a. „lotta continua", die nach dem „Heißen Herbst" in ähnlicher Weise davon ausging, daß vor dem Hintergrund der Krise des italienischen Kapitals, „*die ganze Politik der Unternehmer (...) darauf aus (sei), eine Front gegen die Arbeiter zu errichten, die von den Faschisten bis zu den produktiven Mittelschichten geht.*" Ihr Bestreben sei nicht mehr auf „*Reformpolitik gerichtet, sondern auf den direkten und frontalen Angriff gegen die Arbeiterklasse ...*" (6)

Kommunistischer Arbeiterbund/ML (KAB/ML)

In der BRD tauchten solche Diskussionen um die Frage des Faschismus etwas verhaltener als Warnung vor einem möglichen neuen Faschismus, einer bevorstehenden Faschisierung, auf, wenn auch durchaus mit ähnlichen Begründungszusammenhängen. Die erste mir bekannte derartige Äußerung zur Frage eines drohenden neuen Faschismus in der BRD stammt vom Kommunistischen Arbeiterbund/ML (KAB/ML), einer Abspaltung vom „Roten Morgen", noch bevor dieser zum Zentralorgan der ersten ML-„Partei", der KPD/ML und heutigen „KPD" wurde. In seiner Zeitschrift „rebell" vom Nov./Dez. 1969 konstatierte der KAB/ML eine „*qualitativ neue Phase*" des BRD-Imperialismus, charakterisierte ihn als „*besonders aggressiv*" und schrieb dann: „*Jetzt halten die Herrschenden den Zeitpunkt für gekommen, die bürgerliche 'Gleichheit vor dem Gesetz' auch ganz offiziell unter den Tisch fallen zu lassen. Minister Strauß forderte, die außerparlamentarische Opposition außerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesetzlichkeit zu erledigen ... Das aber ist schon nicht mehr bürgerliche Demokratie ..., sondern bereits Faschismus.*" Jetzt sei „*das Bündnis des Staatsapparats mit der NPD bereits Tatsache.*" „Liberalisierung" nach innen und „Neue Ostpolitik" stünden nur scheinbar im Gegensatz zu dieser Tatsache. „*Wer nicht der Metaphysik verfallen ist und an 'Wunder' glaubt, wird leicht einsehen, daß Revanchismus und 'Neue Ostpolitik', verschärfter Rechtskurs und Duldung der D*K*P Ausdruck ein und derselben, nämlich der imperialistischen Politik sind.*"

Schließlich wird prognostiziert, daß „*'der Sturmangriff' des Gegners nach unserer Einschätzung beängstigend nahe bevorsteht.*" Die Situation sei schlecht, die Formierung der revolutionären Kräfte habe viel zu spät begonnen — und müsse nun verstärkt durch Herausbildung von ML-Kadern und ihre überregionale Organisierung mit dem Ziel der Schaffung einer revolutionären Avantgarde, gipfelnd in der Gründung einer neuen kommunistischen Partei, betrieben werden. (7)

Arbeiterbasisgruppen (ABG) München

Gründung einer neuen kommunistischen Partei, betrieben werden. (7)

Arbeiterbasisgruppen (ABG) München

Im Dezember 1970 meldeten sich die Arbeiterbasisgruppen (ABG)/München, eine aus einem studentischen Unterstützungszirkel für die Septemberstreiks '69 entstandene Gruppe, in ihrer „Kommunistischen Arbeiterzeitung" zum selben Thema zu Wort. Mit Blick auf die Aufmärsche der „Aktion Widerstand" u.ä. und der Wahlerfolge der CSU 1970 in Bayern warnten sie vor einer „*Braunen Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands*". Hinter Strauß als Führer dieser Sammlungsbewegung stehe das Kapital und seine langfristigen Interessen. Und dann grundsätzlich: „*Diese Demokratie ist zugleich immer die Diktatur der Kapitalistenklasse, und die Gefahr des Faschismus besteht — vor allem immer dann, wenn das Kapital sich selbst in die Krise gewirtschaftet hat. Wenn sich heute die Faschisten wiederum sammeln, ein Kreis von Großkapitalisten Strauß aufzubauen beginnt, dann ist dies ein Anfang. Ihn erkennen, heißt: jetzt alles tun, um die Arbeiterklasse zu stärken, die als einzige Klasse ein unmittelbares Interesse an der Errichtung der Demokratie der Werktätigen, dem Sozialismus, hat und die am entschiedensten für die Erhaltung und Erweiterung der Rechte innerhalb der bürgerlichen Demokratie kämpfen wird.*" (8)



Kommunistischer Arbeiterbund (KAB)

Im Januar '71, parallel zu den überbordenden „Reichsgründungsfeiern" der Rechten, trat der Kommunistische Arbeiterbund (KAB), einer der Vorläufer des KB, in seiner „Kommunistischen Arbeiterzeitung" (KAB-AZ) mit einem ersten etwas differenzierteren Versuch hervor: Unter der Titelzeile „*Kampf dem Faschismus — vor neuen Kraftproben zwischen Arbeit und Kapital*" schrieb die KAB-AZ im ersten Satz ihrer zweiten Ausgabe: „*Unübersehbar formiert sich eine rechtsradikale Front, deren Kern die CSU des Franz Josef Strauß ist. Diese Front fordert den Sturz der SPD/FDP-Regierung. Diese Front lehnt die Verträge mit der Sowjetunion und der VR Polen ab und beharrt auf Veränderung der Grenzen in Europa. Diese Front behauptet, sie wolle 'das Vaterland retten' ... Kämen die Rechtsradikalen um Strauß an die Macht, so würde das für uns heißen: Diktatur nach innen, Kriegspolitik nach außen ... Hinter den Rechtsradikalen steht die Kapitalistenklasse ... Die Kapitalisten sehen in Strauß ihren neuen Hitler.*"

Gegen diese Entwicklung sei eine „*Aktionseinheit dringend erforderlich*". Diese Aktionseinheit müsse einerseits die „*Verteidigung demokratisch-bürgerlicher Freiheiten ... und wirtschaftlicher und sozialer Interessen*" der Arbeiter zum Inhalt haben. Andererseits müsse aber klar sein, daß „*auch der antifaschistische Kampf unter den Gesichtspunkt der Überwindung des kapitalistischen Systems gestellt werden*" müsse, weil bürgerliche Demokratie generell immer zugleich auch Diktatur sei und die Kapitalisten immer wieder in Bürgerkrieg und Terror ihre Zuflucht suchen würden, wenn sie ihre Macht und ihren Besitz gefährdet sähen.

Diese Einschätzung wurde, ebenso wie schon die des KAB/ML im „Rebell", in Abgrenzung nach links und rechts vorgestellt:

— gegenüber der DKP, die so tue, als ob die „Neue Ostpolitik" eine Garantie für den Frieden sei. Tatsächlich sei diese Politik nur eine „neue Form imperialistischer Politik" mit den alten Zielen. Indem die DKP bei ihren Mobilisierungskampagnen für die Ratifizierung der „Moskauer und Warschauer Verträge" den Eindruck erwecke, damit könne der Frieden gesichert und Entspannung eingeleitet werden, verniedliche sie die faschistische Gefahr;

— gegenüber den vom KAB so getauften „Superlinken", die mit ihrer These vom „Hauptfeind SPD" die Theorie des „Sozialfaschismus" wieder aufwärmten. An ihre Adresse gerichtet,

— gegenüber den vom KAB so getauften „Superlinken", die mit ihrer These vom „Hauptfeind SPD" die Theorie des „Sozialfaschismus" wieder aufwärmten. An ihre Adresse gerichtet,

hieß es: „*Der Arbeiterklasse kann es auch nicht egal sein, wenn jetzt die SPD/FDP-Regierung durch eine Regierung der Rechtsradikalen abgelöst würde.*" (9)

Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ)

Einen Monat später fand sich dieselbe Einschätzung aus demselben unmittelbaren Anlaß der „Reichsgründungsfeier" der Rechten in der Nr. 1 der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums (SALZ), der zweiten Vorläuferorganisation des KB in Hamburg, in etwas einfacherer Sprache wieder. Unter der Frage „*Warum jetzt Faschisten?*" hieß es dort u.a.: „*Das Kapital hat ein Interesse daran, daß die Faschisten die Macht im Staat übernehmen. Dies war bisher nicht so ... Erst in der Krise 66/67 zeigte der Kapitalismus sein wahres Gesicht ... Aber die Septemberstreiks ließen Monopolherren aufhorchen... So fürchtet das Kapital die nächste Krise — wie sie im Kapitalismus unvermeidlich ist — umso mehr. Und diese kündigt sich auch bereits an... Unter diesen Bedingungen glauben immer größere Teile des Kapitals, daß die sozialdemokratische Politik ihre Macht nicht mehr genügend sichern kann. Wie in den Jahren vor 1933 sammeln sie nun ihre faschistischen Horden, bereiten sie die faschistische Machtergreifung vor.*"

Dagegen müsse die „*Aktionseinheit aller gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichteten Kräfte*" hergestellt werden. „*Diese Aktionseinheit kann jedoch nur urch den entschlossensten Teil, die Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, hergestellt werden.*" Als Kampfparolen wurden ausgegeben: „*Stärkung der Gewerkschaften Schaffung der kommunistischen Partei — das ist der Kampf gegen die Faschisten.*" (10)

Es ließen sich noch eine Vielzahl von aus heutiger Sicht z.T. skurrilen Konkretisierungen dieser Grundeinschätzungen aus Zeitungen, Flugblättern, Betriebszeitungen u.ä. der KB-Vorläufer KAB und SALZ, wie darüber hinaus auch der ABG oder anderer auf diese Einschätzungen neu einschwenkender örtlicher Gruppen der sich herausbildenden „Marxistisch-leninistischen Bewegung" vorführen. Das Nachstöbern in weiteren genüßlichen Details dieser aufregenden Zeit überlasse ich aber sowohl euren, liebe Leserinnen und Leser, als auch meinen stillen Stunden.

„Mai-Forderungen" '71:

Die beiden Ausgaben der KAB-AZ vom April und Mai '71 verdienen aber noch eine besondere Erwähnung:

Die KAB-AZ Nr.5 vom April '71 unter der Parole „*Dies sind unsere Mai-Forderungen*", weil sie unter der Forderung „*Kampf dem Faschismus*" erstmalig demonstrativ deutlich machte, was — neben den empirischen Beweisführungen — die theoretischen Bezugspunkte für die entstehende „Faschisierungsthese" waren, nämlich Lenin, Dimitrov (mit Bezug auf Stalin) und Lin Biao. Sie betonte zwar, daß die „*rechtsradikalen Terror-Verbände ... natürlich noch nicht ‚der Faschismus'*" seien, sondern daß sich die Kapitalisten erst „*auf eine erhebliche Verschärfung der Klassenkämpfe und Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen*" vorbereiten. Sie bemühte sich aber unter Berufung auf oben genannte Autoren, die o b j e k t i v e n Grundlagen für den erwarteten Faschisierungsprozeß herauszustellen, bei dem die Bourgeoisie nicht aufgrund böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig von einer Methode des Regierens zur anderen übergehe, „*sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage.*"

Zusammenfassend ist von „*faschistischer Formierung*" und „*Offensive*" der Kapitalistenklasse in diesem Sinne die Rede, die in allen Lebensbereichen sichtbar werde. Dagegen müsse der Kampf auch in allen Lebensbereichen aufgenommen werden.

Die KAB-AZ Nr.6 vom Mai '71 unter der Überschrift „*Über welche Differenzen muß diskutiert werden*", weil sie die Anstrengungen verdeutlicht, die von Seiten der Vorläufer des KB, in diesem Fall des KAB, für das Zustandekommen der für notwendig gehaltenen „antifaschistischen Aktionseinheit" unternommen wurde, und weil sie eine der prägnantesten Zusammenfassungen der antifaschistischen Aktionslinie ist, an der entlang sich nach Veröffentlichung der Thesen der KB entwickelte.

Dort hieß es:

„*Die kommende Krise erhöht die Gefahr faschistischer ‚Lösungsversuche' durch die Kapitalistenklasse. Auf diese Gefahr müssen sich die Kommunisten*

Dort hieß es:
„Die kommende Krise erhöht die Gefahr faschistischer ‚Lösungsversuche' durch die Kapitalistenklasse. Auf diese Gefahr müssen sich die Kommunisten

rechtzeitig einstellen und in ihrer Massenarbeit hinweisen. Die Meinung ist f a l s c h und sehr g e f ä h r l i c h (Hervorh. im Original) *‚daß die Kommunisten warten sollen, bis der Faschismus ‚die Hauptseite bildet', d.h. zur vorherrschenden Tendenz der Kapitalistenklasse wird.*

Die SPD/FDP-Regierung leistet durch ihre ganze Politik der faschistischen Gefahr Vorschub. Falsch ist jedoch die These vom ‚Hauptstoß gegen die SPD' mit der Begründung, daß die ‚SPD/FDP-Regierung die Aufgabe der Faschisierung viel besser übernimmt' als etwa die CDU/CSU.

Gegen alle faschistischen Provokationen und terroristischen Umtriebe der Rechtsradikalen müssen die Kommunisten einen breiten Widerstand organisieren. Die Ansicht, daß die Kommunisten durch antifaschistische Aktionen ‚die Faschisten unnötig aufwerten und ihnen unnötig Publizität verschaffen würden', sind Ausdruck eines gefährlichen Kapitulantentums unter pseudo-‚linkem' Mäntelchen.

Der Kampf gegen die faschistische Gefahr sollte mit den aktuellen Klassenkämpfen auf politischem und ökonomischem Gebiet eng verbunden werden. Ein beschränkter abstrakter ‚Antifaschismus' ohne eindeutig antikapitalistische Stoßrichtung würde zu rechtsopportunistischen Fehlern führen und den Zielen dieses Kampfes zuwiderlaufen."

Differenzen, „AE"-Versuche, „Partei"gründungsfieber ...

Die weitere Herausbildung der „Faschisierungsthese" zwischen Mitte '71 und ihrer Vorlage Mitte '72 fand aller-

Fortsetzung nächste Seite

Diskussion

Kommunistische Arbeiter Zeitung

Kurzarbeit, mehr Arbeitslose — Kommt eine Krise auf uns

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

So rüsten sich die Rechten

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND Nr. 2

KAMPF DEM FASCHISMUS!

Den Imperialismus und seine Lakaien bekämpfen

S.A.L.Z. SCHULUNGS-MATERIAL

ZUR FASCHISMUSFRAGE:

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND Nr. 13

ZUR KOMMUNISTISCHEN PROGRAMMATIK

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND Nr. 14

Propaganda-Offensive der Kapitalisten

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

Der „Osthandel"

Politische Waffe des BRD-Imperialismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

dings entgegen den Hoffnungen der KB-Vorläufer KAB und SALZ nicht im Zuge der Herausbildung und Stärkung der allseitigen antifaschistisch-antikapitalistischen Aktionseinheit und dies gar noch unter zunehmender Führung einer neue entstehenden kommunistischen Partei statt, sondern im Gegenteil in der weiteren Ausdifferenzierung der verschiedenen Nach-APO-Strömungen und vor allem auch in politischen und organisatorischen Abgrenzungen der neu entstehenden kommunistischen Zirkelblöcke gegeneinander.

Die Hauptlinien der Zeit insgesamt waren:

— die Linie der DKP, deren Politik ganz auf Treue zum Grundgesetz und Förderung der ,,Entspannungspolitik'' durch breite Kampagnen für die ,,Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau'' ausgerichtet war. Die DKP konnte große Teile ehemaliger APO-Radikaler im Zuge einer erstaunlichen Verjüngungskur in sich aufnehmen und auf diese Weise als radikale Kräfte unschädlich machen, soweit sie sich nicht im Glauben an die Reformwilligkeit und -kraft der SPD ohnehin schon zum ,,langen Marsch durch die Institutionen'' aufgemacht hatten. Gerade in den Entstehungsjahren der ,,kommunistischen Bewegung'', insbesonderes des KB, war die DKP immer wieder Addressat von Bündnisangeboten, die sie entweder unbeantwortet ließ oder gegen die sie sogar spalterisch mobilisierte. (11).

— in Polarisierung dazu die namentlich durch die ,,Baader-Meinhof-Gruppe''/RAF propagierte Linie der ,,Stadtguerilla''. In direkter Fortsetzung der französischen Thesen von A. Glucksmann und anderen hielt sie die Existenz eines Faschismus in den ,,Metropolen'' für gegeben und die SPD für die geschickteste Sachwalterin dieses Faschismus. Folgerichtig propagierte sie den ,,*bewaffneten Kampf in Europa*'' hier und heute. Praktisch hieß das: politischer Terrorismus. An der Haltung gegenüber der RAF taten sich unüberbrückbare Gräben auf, z.B. auch — trotz ähnlicher Einschätzungen in der Frage des drohenden Faschismus — zwischen den ABGs, die die RAF als ,,*Feinde der Arbeiterklasse*'' öffentlich zur Aufgabe aufforderten (12), und dem KB, der zwar das Faschismusverständnis der RAF als zu platt und die von ihr betriebene Politik als politisches Abenteurertum kritisierte, aber trotzdem ausdrücklich erklärte, daß ,,*die Genossen diesseits der Barrikade*'' stünden (13).

— Die Gruppen der neu entstehenden ,,kommunistischen Bewegung'' versuchten zwar u.a. in der ,,*Aktionseinheit zur Metalltarifrunde*'' 1971 eine gemeinsame Abwehrfront aufzubauen. Aber der Versuch scheiterte u.a. an unterschiedlichen Vorstellungen zur Bedeutung des Lohnkampfs und den Methoden, ihn zu führen.

In dem anschließend, zusammen mit der Gründungserklärung des KB veröffentlichten Bericht über die Gründe des Scheiterns schrieb der KB: ,,*Die Diskussion auf der 1. Hamburger Konferenz hatte klar gezeigt, daß sehr weitgehende politisch-theoretische Differenzen bestanden, vor allem in der Frage der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf und in der Frage der Verbindung von sozialistischem und demokratisch-antifaschistischem Kampf. In der Frage der zukünftigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Imperialismus sowie der Einschätzung der Kämpfe der Arbeiterklase bestand durchaus keine Einigkeit.*'' (14).

Im Einzelnen waren die Differenzen zu dieser Zeit noch nicht genau ausmachbar, zumal die Auseinandersetzungen innerhalb der AE nicht konsequent entlang politischer Widersprüche in Einschätzungsfragen u.ä. verliefen, sondern sich z.T. auch quer zu Übereinstimmungen in politisch-strategischen Fragen schlicht an der organisatorischen Eigendynamik des zu der Zeit massiv einsetzenden Parteigründungswettlaufs der Zirkel brachen. (15)

Nach der gescheiterten ,,Metall-AE'' allerdings kristallisierten sich auch die politischen Differenzen innerhalb der Zirkel und die Zirkelgruppierungen selbst klarer heraus. Mit der Gründung des KB zogen die Hamburger Gruppen KAB und SALZ und einige norddeutschen Gruppen ihrerseits die Konsequenz aus dieser Entwicklung. Die von dem neugegründeten KB dann im Frühjahr '72 vorgelegten Thesen zur ,,schrittweisen Faschisierung'' wurden von da ab zum ideologischen Kristallisationspukt, zur Handlungsanleitung und damit auch zum organisierenden Element des wachsenden KB.

Empirische Schützenhilfe

„Klassenkämpfe in Europa"

Parallel zur Veröffentlichung der ,,Thesen'' im ARBEITEKAMPF verbreitete der KB in seiner neu erscheinenden theoretischen Zeitung ,,Unser Weg'' unter der Überschrift ,,*Zur kommunistischen Programmatik*'' empirisches Material über den ,,*Stand der Klassenkämpfe in Europa*''.

Gegenstand der Untersuchung waren die Klassenkämpfe, vor allem die Arbeiterkämpfe in der BRD seit ihrem Bestehen, die Kämpfe des ,,französischen Mai '68'', die globale imperialistische Krise als eine ,,*Phase der allgemeinen Auflösung der imperialistischen Machtkonstellationen nach dem 2. Weltkrieg, deren Wesensmerkmal die imperialistische Vormachtstellung der USA war.*'' Aus dieser Broschüre sei an dieser Stelle nur ein einziger Absatz zitiert, der aber am klarsten die Grundhaltung erkennen läßt, die der KB bei Entstehung der Thesen einnahm:

,,*Die Frage der faschistischen Gefahr entscheidet sich für uns an der Einschätzung der kommenden Klassenkämpfe. Unter der Voraussetzung, daß diese Klassenkämpfe keinen qualitativen Sprung erleben (ein solcher Sprung war u.E. der französische Mai 1968!) und die Kontrolle der sozialdemokratischen und revisionistischen Parteizentralen über die Arbeiterklasse relativ stabil bleibt, scheint die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie einigermaßen wahrscheinlich.*

Wenn wir dagegen von der faschistischen Gefahr reden, so deshalb, weil wir von einer raschen Verschärfung der Widersprüche ausgehen, die in durchaus absehbarer Zeit umfangreiche Klassenkämpfe auslösen werden.'' Am Beispiel der italienischen Entwicklung könne man sehen, ,,*daß diese Lage der Dinge zur Explosion treibt*''.

In scharfer Konfrontation zu anderen Linken, DKP wie auch ML-Gruppen, kennzeichnete ,,Unser Weg'' das konkrete Kräfteverhältnis vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Krise allerdings unter den Schlagworten: ,,*Die Bourgeoisie in der Offensive — Arbeiterbewegung in der Defensive*''. Die Arbeiterklasse sehe sich einer ,,*allseitigen **Offensive** der Kapitalisten gegenüber, zu deren Abwehr sie unter den **jetzigen Bedingungen** schwerlich in der Lage sein wird. **Dies gilt es realistisch einzuschätzen.** Es dient der Arbeiterklasse überhaupt nicht, daß zur Zeit zahlreiche Organisationen und Gruppen kräftig einen auf Optimismus machen.*'' (Hervorhebungen im Original) (16).

Die Frage ,,Defensive-Offensive'' wurde im Weiteren zu einem der Zentralpunkte der Auseinandersetzung innerhalb der Linken, insbesondere zwischen KB und KBW.

„Osthandel"

Ebenfalls zur empirischen Abstützung der ,,Thesen'' erschien im März '72 als Sondernummer von ,,Unser Weg'' die Broschüre: ,,*Der ‚Osthandel' — politische Waffe des BRD-Imperialismus — Revisionismuskritik 4*''. Die Broschüre analysierte die von der Brandt-Regierung mit Regierungsantritt '69 auf die Tagesordnung gesetzte Einführung einer ,,Neuen Ostpolitik'' als Fortsetzung des ,,Kalten Kriegs'' mit anderen Mitteln. Vor allem in polemischer Abgrenzung gegen die DKP, die die ,,Neue Ostpolitik'' einseitig als Entspannung und die Vertragsverhandlungen in Moskau und Warschau ebenso einseitig als Beitrag zum Frieden usw. propagierte, versuchte die Broschüre den Nachweis zu erbringen, daß die ,,Neue Ostpolitik'' nur alter Wein in neuen Schläuchen sei.

Zwar arbeitete die Broschüre durchaus heraus, daß die ,,Neue Ostpolitik'' der Sozialdemokraten mehr auf die Methode der ,,Auflockerung'' als die der offenen Gewalt (wie Strauß und Co.) setze. Aber dennoch unterscheide sich die sozialdemokratische Variante von der Straußschen Konzeption ,,*nicht einmal wesentlich, bzw. gleicht ihr in vielen Punkten sogar aufs Haar*''. Brandt sei nur der ,,*schlauere Vertreter des Imperialismus als die Rechtsradikalen*''.

Zu den Zielen der Imperialisten heißt es: ,,*In der Art des Hitler-Faschismus halten die Imperialisten daran fest, sie hätten eine ‚moralische Aufgabe', die ‚osteuropäischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang' zu ‚befreien' (Strauß, S. 53), d.h. dort den Kapitalismus wiederherzustellen und diese Länder dem Einflußbereich des westdeutschen Imperialismus zu unterwerfen.*'' Es zeige sich ,,*schon jetzt mit der Verschärfung der faschistischen Gefahr in Westdeutschland deutlich, daß die Kapitalisten Vorbereitungen treffen, zu anderen, gewaltsamen Methoden der Politik gegenüber den sozialistischen Staaten überzugehen, sobald sie stark genug dazu sind*''. (17)

„EWG-Großmachtpläne" — „besondere Aggressivität des BRD-Imperialismus"

Erst im Dezember '72, aber in dem selben empirischen Begründungszusammenhang, erschien im ,,Arbeiterkampf'' eine bis weit in das Jahr '83 hineinreichende fünfteilige Artikelfolge unter dem Titel: ,,*EWG-Großmachtpläne der europäischen Imperialisten*''(18). Sie kennzeichnete die EG als ,,*Hebel der europäischen Imperialisten*'', die nach dem 2. Weltkrieg in der Welt entstandenen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu ändern, wobei ihnen allen die Erkenntnis gemeinsam sei, daß sie diese Änderungen allein jeweils nicht herbeiführen könnten. Ihr Expansionsstreben bedeute, ,,*sich nach innen den Rücken freizuhalten und der Bevölkerung die Lasten dieser Expansion aufbürden*''. Für die arbeitende Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, bedeute die fortschreitende Integration der westeuropäischen Länder die Angleichung ihres Lebensstandards und ihrer politischen Rechte und Möglichkeiten auf das schlechteste Niveau.

Der BRD-Imperialismus wurde als der ,,gefährlichste und aggressivste'' bezeichnet: ,,*Die Ausgangsbasis des BRD-Imperialismus war eine ganz andere*'' (als die der anderen europ. Länder — F.). ,,*Als Besiegter im 2. Weltkrieg und nach dem Verlust der Gebiete östlich der heutigen BRD und dem Verlust sämtlichen Auslandskapitals mußte er wieder von vorne anfangen. Dies wurde ihm jedoch durch ein großes Reservoir an Arbeitskräften (aus den ‚verlorenen Gebieten') und durch den Marshall-Plan ebenso erleichtert, wie durch seine Sonderrolle als vorderster Stützpunkt der NATO im ‚Kalten Krieg'. Er erwies sich wieder einmal als der aggressivste, gefährlichste und inzwischen stärkste Imperialismus Westeuropas. Um seine Machtposition Schritt für Schritt zu verbessern, unterstützte er einerseits die Pläne der USA und schloß andererseits die ‚deutsch-französische Freundschaft'. Ebenso wie als vorderster ‚Kalter Krieger' ist der westdeutsche Imperialismus an vorderster Front der ‚Neuen Ostpolitik'. Die Friedensideologie eines ‚Neuen Deutschland', die die westdeutschen Imperialisten heute aufbauen, ändert nichts an ihrem besonders aggressiven Charakter. Innerhalb der EWG strebt der BRD-Imperialismus zur Durchsetzung seiner Ziele Führungspositionen an. Er verficht die Politik der immer größeren Erweiterung, die Assoziierung besonders vieler Länder und Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der EWG unter dem Mantel der ‚Demokratisierung der EWG', um so sein größeres ökonomisches Potential in die Waagschale werfen zu können.*'' Die ,,besondere Aggressivität'' des westdeutschen Imperialismus wurde aber nicht nur aus seiner aktuellen, sondern auch aus seiner historischen Entwicklung erklärt.

Da dies eine der wenigen Stellen ist, in denen ein Erklärungsansatz für die ,,besondere Aggressivität'' des BRD-Imperialismus unternommen wird, die sich nichtsdestoweniger als fester Bestandteil der ,,Faschisierungsthese'' festgesetzt hat, sei hier zitiert, was dazu an Stichworten fällt: ,,*Die Idee der ‚Vereinten Staaten von Europa' ist ursprünglich eine Idee des imperialistischen Deutschland gewesen ... Der Grund, daß diese Idee gerade in Deutschland geboren wurde, lag darin, daß der deutsche Imperialismus seine Expansion vor allem gegen seine Nachbarn richtete und die Herrschaft über Europa anstrebte. Um sich maßgeblich an der Verteilung der Kolonien zu beteiligen, dafür war der deutsche Imperialismus zu spät gekommen. Seine Nachbarn im Osten und Südosten, aber auch Frankreich waren ökonomisch und militärisch weit schwächer als er selbst. Eine solche Expansionspolitik entsprach einerseits seiner gesamten Lage und andererseits auch der preußischen Tradition, die Probleme vorzugsweise militärisch zu lösen pflegte, unter anderem auch das Problem der nationalen Einigung.*''

Die politischen Perspektiven, die sich aus der EG-Integration für die Klassenkämpfe in Europa ergeben würden, faßte der KB in dieser Artikelserie wie folgt zusammen: ,,*Für das Großmachtstreben der Imperialisten mit Hilfe der EWG steht die ‚Bewährungsprobe' noch bevor. Die Folgen dieser Entwicklung — verstärktes Massenelend, verstärkte politische Reaktion seitens der Kapitalistenklasse, größere Gefahr eines Faschismus und bewaffneter Auseinandersetzungen — sind heute noch nicht im Bewußtsein größerer Teile der Arbeiterklasse ... Die Kapitalisten erwarten scharfe Klassenauseinandersetzungen, auf die sie sich schon heute systematisch vorbereiten. Das erfordert die verstärkte Vorbereitung auf Seiten der Arbeiterklasse.*''

Theoretische Ableitung, Schulung und Co.

Zur theoretischen Abstützung wurde G. Dimitrov: **,,Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus''** geschult. Dafür hatte eine der Vorläuferorganisationen des KB, das Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ), bereits Anfang '71 Nachdrucke des Textes als ,,Aufbauschulung'' veröffentlicht. Im vorwort dieses Nachdrucks hieß es u.a.: ,,*In der BRD ist z.Z. sehr deutlich der Formierungsprozeß der Faschisten zu erkennen: der Traditionsverband der Waffen-SS, der Witikobund, die NPD, die Nationalliberale Aktion und die CSU marschieren zur faschistischen Kampffront auf.*''

An dieser Schrift Dimitrovs, die er auf dem VII. Weltkongreß der kommunistischen Internationale im August 1935 vorlegte, um die ,,*Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus*'' zu begründen, entwickelte sich die Theorie des KB vom Faschismus in den Begriffen der III. Internationalen.

Danach galt: der Imperialismus auf der Grundlage der Leninschen Imperialismus-Analyse als ,,sterbender Kapitalismus'', der Faschismus als ,,Fäulnisprodukt''. Hierzu wurde zur aktuellen Unterstützung die Einschätzung Lin Biaos hinzugezogen, der in seiner Schrift **,,Es lebe der Sieg im Volkskrieg''** zur Entwicklung des Imperialismus seit 1945 u.a. erklärt hatte: ,,*... Das ganze kapitalistische imperialistische System ist drastisch geschwächt worden und macht einen Prozeß der immer stärker werdenden Erschütterungen und des beschleunigten Zerfalls durch.*'' (19). Die unmittelbare Anschauung für diese Erwartung lieferte die weltweite Krise und die dadurch verursachte Erschütterung des gesamten imperialistischen Systems seit Mitte der 60er Jahre, insbesondere die Agonie des durch den Vietnamkrieg geschwächten US-Imperialismus und daraus resultierende Kräfteverschiebungen. Praktisch fanden die Erwartungen ihre Begründung in erfolgreichen Offensiven der Befreiungsbewegungen der ,,3. Welt''. Diese Erwartungen werden charakterisiert durch das Aufsteigen Che Guevarras und Ho Chi Mins zu Idolen einer ganzen politischen Generation, so auch des frühen KB.

— Faschismus war danach der Versuch, ,,*dem Anwachsen der Kräfte der Revolution ... zuvorzukommen*''. Für Dimitrov war das vor allem auf die damalige UdSSR als ,,*Bollwerk des Weltproletariats*'' und die von ihr getragene III. Internationale bezogen. Für die Masse der damaligen Linken, u.a. auch den frühen KB und seine Vorläufer, war die UdSSR wegen ihrer revisionistischen Entwicklung durch die VR China, speziell nach der Kulturrevolution von 1966-1969, und die Befreiungsbewegungen der ,,3. Welt'' als neue revolutionäre Hoffnungsträger ersetzt worden.

— Der Sieg des Faschismus wurde demnach zum einen als ,,*Schwäche des Proletariats*'' verstanden, ,,*das durch die sozialistische Spaltungspolitik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie desorganisiert und paralysiert wurde*''. Zugleich wurde er aber auch so verstanden, daß er ,,*die Schwäche der Bourgeoisie selbst zum Ausdruck bringt, die vor der Herstellung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse Angst hat, vor der Revolution Angst hat und nicht mehr imstande ist, ihre Diktatur über die Massen mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus aufrechtzuerhalten*''. Dimitrov hatte sich mit dieser Aussage auf ein nahezu gleichlautendes Zitat von Stalin gestützt.

— ,,*Faschismus an der Macht*'' wurde mit Dimitrov als die ,,*offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals*'' verstanden. Hierbei grenzte sich der KB allerdings schon in seinen Entstehungszeiten von der revisionistischen Interpretation Dimitrovs durch die DKP und Verwandte ab, die hieraus zwei unterschiedliche ,,Fraktionen'', des Kapitals konstruierten, nämlich eine angeblich ,,vernünftige'' und eine ,,aggressive''.

Faschisierung:

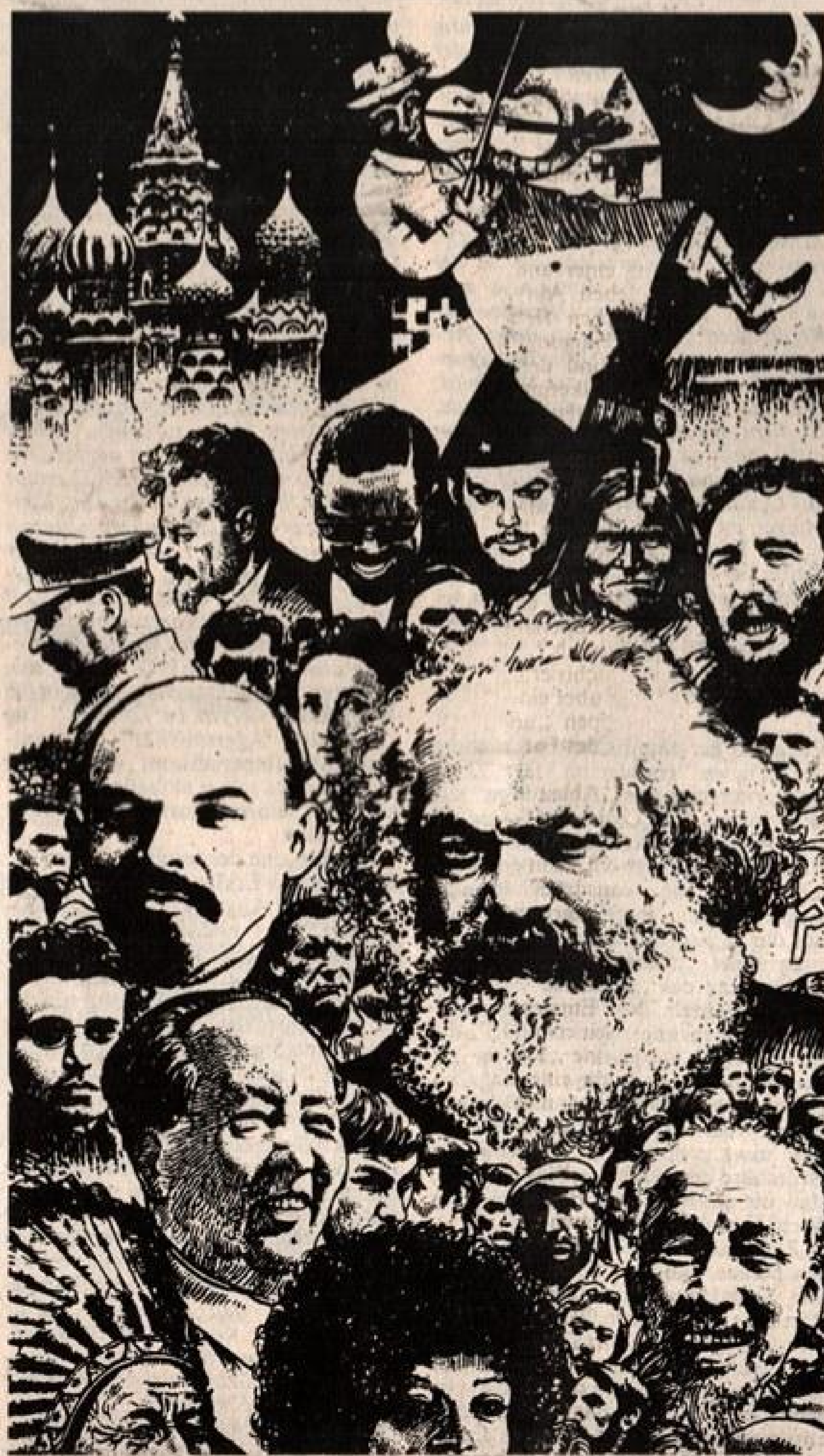
Wichtig ist insbesondere, wie auf der Grundlage der Dimitrovschen Faschismus-Analyse der Prozeß der Faschisierung, d.h. des Herankommens an den Faschismus, verstanden wurde. Dazu hieß es bei Dimitrov: Man dürfe sich den Machtantritt des Faschismus ,,*nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten*''. In Wirklichkeit gelange der Faschismus gewöhnlich ,,*im gegenseitigen Kampf*'' an die Macht, innenpolitisch wie außenpolitisch, im Kampf zwischen faschistischen Kräften und bürgerlichen Parteien, sogar im Kampf innerhalb des faschistischen Lagers selbst. ,,*Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern.*'' Der Faschismus komme an die Macht als ,,*Partei des Angriffs gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats, gegen die in Gärung befindlichen Volksmassen ...*''. Kurz und gut: die Faschisierung bezeichnet danach einen besonderen Prozeß der unmittelbaren Vorbereitung eines faschistischen Machtantritts.

Der Machtantritt selbst schließlich sei ,,*keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie — der bürgerlichen Demokratie — durch eine andere Form — durch die offene terroristische Diktatur*''.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Schrittweise Faschisierung" — ein Begriff wird geprägt



Systematisch zusammengefaßt und als Thesen vorgetragen wurde die Einschätzung des KB von der *„Gefahr einer schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft"* erstmalig in drei aufeinanderfolgenden Artikeln des „Arbeiterkampf" im März/April/Mai '72. Es scheint mir wichtig festzuhalten, daß die Artikel ausdrücklich als *„Diskussionsbeitrag"* zur Systematisierung und Intensivierung der in der Linken und speziell auch im soeben gegründeten KB bis dahin noch recht chaotisch sich entwickelnden Debatte um die Frage des Faschismus vorgestellt wurden. Insofern stellten sie keinen Theorieanspruch, nicht einmal den, „Thesen" zu sein. Andererseits nahmen sie für sich aber — vor allem in Verbindung mit „Unser Weg", Nr.13, versteht sich — doch in Anspruch, programmatische und strategische Fragen linker Politik, vor allem der des KB, für die Zukunft „klären" zu wollen. In der Einleitung hieß es:

„Selbstkritisch müssen wir sagen, daß im Vergleich zur Wichtigkeit des Problems unsere bisherigen Untersuchungsarbeiten zum Faschismus immer noch unzureichend sind. Das bisher an Untersuchungsarbeit Geleistete hat außerdem zu wenig Aufnahme in unsere Agitation und Propaganda gefunden. Da in der Organisation noch nicht planmäßig und umfassend Klarheit über das Problem des Faschismus geschaffen wurde, treten in der Agitation (Flugblätter, Branchenzeitungen) vereinzelt mißverständliche oder auch fehlerhafte Äußerungen auf.

Es scheint uns notwendig, daß die kommunistischen Organisationen das Problem des Faschismus verstärkt diskutieren." (20).

Als Aufhänger für diese Klärung benutzte der Artikel stellvertretend für andere Positionen eine Veröffentlichung der Gruppe „Neues Rotes Forum" (NRF) (21), einer Vorläuferorganisation des KBW, die damals gegen die Warnungen vor der Gefahr eines drohenden neuen Faschismus aufgetreten war. Die Hauptaussagen des KBW zum Thema wurden im AK wie folgt referiert:

„— Die Bourgeoisie greift nur dann zum Faschismus, wenn sie dazu gezwungen wird, während sie sonst lieber parlamentarisch-demokratisch regiert.

„— Die Bourgeoisie greift nur dann zum Faschismus, wenn sie dazu gezwungen wird, während sie sonst lieber parlamentarisch-demokratisch regiert.

— Das Entstehen einer faschistischen Massenbewegung erfolgt unabhängig vom Willen der Bourgeoisie und ist das Ergebnis der politischen Fehler der Arbeiterklasse.

— Das Kleinbürgertum ist potentiell revolutionäre und wird erst durch das Versagen der Arbeiterklasse dem Faschismus in die Arme getrieben."

Die Thesen wurden als Polemik gegen diese Positionen entwickelt. Das legt nahe, die dort gemachten Aussagen von heute aus auch unter dem Gesichtspunkt des Abgrenzungszwangs zu verstehen.

Aktuelle Definition

Kommen wir zunächst zum Grundbeweis des KB für seine Einschätzung, nämlich warum *„das Vorgehen der Kapitalisten heute und in der Zukunft eine neue Stufe gegenüber der Kommunistenverfolgung der 50er Jahre"* sei, *„so daß wir die Bezeichnung ‚Faschisierung' dafür verwenden"*.

Dazu hieß es am Ende der Artikelserie zusammenfassend:

„Die Kommunistenverfolgung der 50er Jahre hatte bestimmte innere und äußere Voraussetzungen, nämlich die relativ leichte Isolierbarkeit der Kommunisten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, gewisser Rückschläge in den sozialistischen Staaten (...) und einen beständig erscheinenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Heute dagegen verschärfen sich die wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus im Weltmaßstab, der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Mächten. Die langfristige wirtschaftliche und politische Perspektive des Kapitalismus ist viel schlechter als sie noch Ende der 50er Jahre scheinen mochte. Der französische Mai '68 — und teilweise auch der ‚heiße Herbst' in Italien 1969 — haben bewiesen, daß es trotz der klassenverräterischen Politik der Gewerkschaftsführungen und der Spitzen der ‚Arbeiterparteien' zu spontanen Ausbrüchen des Klassenkampfes kommen kann, die mit großer Schnelligkeit massenhaften Charakter gewinnen können. Das sind Klassenkämpfe, wie der Imperialismus Westeuropas sie seit den 30er Jahren nicht mehr erlebt hat, und die zum Teil sogar über diese historischen Erfahrungen schon hinausgegangen sind. Durch das Verbot der einen oder anderen ‚ML'-Partei (die in der Arbeiterbewegung ohnehin kaum eine Rolle spielen) vermag die Kapitalistenklasse die Entwicklung zunehmender Bewußtheit in

gung ohnehin kaum eine Rolle spielen) vermag die Kapitalistenklasse die Entwicklung zunehmender Bewußtheit in

der Arbeiterklasse nicht aufzuhalten. Was ihr notwendig erscheint und was sie anstrebt, ist eine Zurückdrängung der Arbeiterbewegung insgesamt durch eine Kombination von gezieltem Terror und Durchsetzung einer bürgerlichen Ideologie in Teilen der Arbeiterklasse."

Der Einwand des NRF, daß eine aktuelle Zuspitzung von Klassenkämpfen, die dem Kapital eine Faschisierung notwendig erscheinen lassen könnte, nicht gegeben und für die nächste Zeit nicht absehbar sei, bot Gelegenheit zur Zuspitzung der Definition. Nach einer Bestätigung, daß man ebenfalls die Arbeiterklasse in der Defensive sehe, hieß es:

„Das spricht aber nach unserer Einschätzung nicht gegen die Gefahr faschistischer Lösungsversuche der Kapitalistenklasse. Die Besonderheit der Politik der Kapitalistenklasse besteht ja heute gerade darin, daß sie Maßnahmen durchführt, die in keinem realen Verhältnis zum aktuellen Stand der Klassenkämpfe stehen und die eindeutig vorbeugenden Charakter haben. Erinnert sei nur an die Notstandsgesetze und an den polizeitechnischen Zirkus um die ‚Baader-Meinhof-Gruppe'. Die Kapitalisten haben mit den ‚Notstands'gesetzen nicht gewartet, bis sie solche Gesetze tatsächlich brauchen. Sie haben mit der Verstärkung des Polizeiapparats und dem Ausbau des ‚Bundesgrenzschutzes' zur Bürgerkriegsarmee nicht gewartet, bis die tatsächlichen Klassenkämpfe solche Maßnahmen im Interesse des Kapitals erfordert hätten. Insgesamt wird klar, daß die Kapitalisten mit ihren Maßnahmen keineswegs bis zur ‚letzten Minute' warten, sondern daß sie ihre Vorbereitungen zu einer Zeit zu treffen versuchen, wo ihnen die gesellschaftliche Situation einen ausreichenden Spielraum läßt."

Die Begründung für diese Einschätzung beginnt mit einem knappen Szenario der BRD-Entwicklung bis zum aktuellen Stand. Ausgangspunkt: *„(Aber) der Bruch mit dem Faschismus war niemals vollständig. Große Teile der Nazi-Diktatur wurden in den Staatsapparat der ‚demokratischen' Bundesrepublik übernommen."* Seit 1945 habe die Kapitalistenklasse die Arbeiter „Schritt für Schritt" zurückgedrängt. *„Im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 wurden den Arbeitern viele Rechte genommen, die sie sich nach 1945 in den Betrieben erkämpft hatten. Mitte der 50er Jahre wurde gegen den Willen der werktätigen Massen*

nach 1945 in den Betrieben erkämpft hatten. Mitte der 50er Jahre wurde gegen den Willen der werktätigen Massen

die Remilitarisierung, der Aufbau der Bundeswehr durchgesetzt. 1956 wurde — genau wie in der Nazi-Zeit — die KPD erneut verboten. Mit den Notstandsgesetzen von 1968 hat sich der Kapitalistenstaat weitgehende Vollmachten für den Fall einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Situation geschaffen. Gegenwärtig wird die massive Ausweitung von Bundeswehr und Polizei und die Umstellung des ‚Bundesgrenzschutz' zur reinen Bürgerkriegsarmee betrieben. Das Berufsverbot für sozialistische Lehrer bedroht diese in ihrer sozialen Existenz und zielt auf die Einschüchterung aller demokratischen Lehrer ab. Das Verbot kommunistischer Organisationen wird vorbereitet. Besteht die Gefahr eines neuen Faschismus? Das ist eine Frage von besonderer Wichtigkeit, denn sie entscheidet über unsere Strategie und Taktik in den kommenden Kämpfen."

Prinzipielles:

Für die Beantwortung dieser Frage gaben die Thesen unter Rückgriff auf Lenins Definition des Imperialismus als ‚gesteigerten Drang zur Reaktion nach innen und zur Aggression nach außen' eine grundlegende Faschismusdefinition: *„Der extremste Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion ist der Faschismus. Aber nicht einmal der Faschismus verzichtet gänzlich auf die Methode scheinbarer Zugeständnisse und Täuschung der Massen."*

Zur Frage, wann und unter welchen Umständen die Bourgeoisie zum Faschismus greife, hieß es in Abgrenzung zum NRF:

„Daß die Bourgeoisie in bestimmten Situationen die Unterdrückung verschärft und gar zur faschistischen Herrschaftsform greift, kann nicht damit erklärt werden, daß sie dazu ‚gezwungen' ist. Vielmehr ist es so, daß die Bourgeoisie unter Umständen den Faschismus einfach für wirksamer und geeigneter hält als die parlamentarisch-demokratische Form des Regierens. Unter Umständen wohlgemerkt, und keineswegs immer. Welche Formen des Regierens die Bourgeoisie bevorzugt, hängt von der Gesamtsituation ab."

Und dann noch pointierter anhand einer Skizze des italienischen und deutschen historischen Faschismus: *„Der Faschismus erscheint in beiden Fällen als eine präventive, vorbeugende Maßnahme, ohne daß die Bourgeoisie in einer akuten Zwangslage wäre, die sie ohne Faschismus nicht mehr bewältigen könnte."*

„Die Ausbeuter haben Angst"

Die konkrete Begründung für das Bestehen einer drohenden faschistischen Gefahr wurde unter der Überschrift *„Die Ausbeuter haben Angst"* entwickelt:

Die Krise 66/67 habe eine „Wende in der BRD-Politik" eingeleitet, die mit ihrer Politik des Kalten Krieges rundherum in die Isolation gekommen sei. Mit der Krise 66/67 habe der BRD-Imperialismus seine erste schwere ökonomische Krise seit 1945 durchgemacht, in der der Mythos vom Wirtschaftswunder zusammengebrochen sei. Diese Krise habe noch relativ leicht überwunden werden können. *„Was sich aber hinter der Krise von 1966/67 abzeichnete, war eine allseitige Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten im Kampf um die Absatzmärkte und von daher weit schwerere Krisen als diejenige von 1966/67. Somit zeichnete sich aber auch deutlich das Ende jener Periode ab, wo es den Kapitalisten gelungen war, die Klassenkämpfe durch eine relativ gute, zumindest erträgliche Lage der Arbeiterklasse zu dämpfen."*

Für die Zukunft wurde vom KB eine *„zunehmende Angst der Kapitalisten"*, gesehen, nämlich eine Angst, daß die Kritik am Kapitalismus in der Arbeiterklasse um sich greifen und an Stärke gewinnen könnte. Das Kapital wolle daher zum „Gegenangriff" übergehen. Zum Beleg wurde die Diskussion der Kapitalisten untereinander angeführt. Vor allen anderen stützte sich die Beweisführung auf Äußerungen des damaligen BDA-Präsidenten Otto A. Friedrichs. Er hatte das **„politische Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der soliden Reform"** gefordert. Für den KB war nach diesen Äußerungen darauf zu schließen, *„daß eine Formierung der Kapitalistenklasse betrieben wird, deren Ziele über die bisherigen traditionellen, vorstellbaren Maßstäbe der Bundesrepublik (Kommunistenverfolgungen in den 50er Jahren) hinausgehen sollen."* Gewollt werde ein *„Gegenprogramm' gegen den Sozialismus"*. Mit der SPD sei das nicht zu erreichen:

„Die ‚Sozialpartnerschaftsideologie' paßte in eine Zeit des kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufstiegs, die den Ar-

reichen:
„Die ‚Sozialpartnerschaftsideologie' paßte in eine Zeit des kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufstiegs, die den Ar-

beitern eine ständige Verbesserung ihrer sozialen Lage vorspiegelte. Mit Blick auf eine kommende Verschärfung der Widersprüche scheint aber dem Großkapital eine neue Ideologie notwendig ... Die Politik der ‚soliden Reformen' von Seiten der Kapitalisten setzt den Kampf gegen alle Gruppierungen voraus, die auch nur entfernt eine Gefahr für das Großkapital darstellen könnten, indem sie für wirkliche Reformen eintreten ... Es ist wichtig zu erkennen, daß das Großkapital seine Politik der ‚soliden Reform' nicht durch die SPD machen lassen will und kann, sondern ohne und gegen die SPD. Was die SPD-Führer angeht, so bemühen sie sich zwar recht und schlecht, die Faschisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben, aber sie machen es den Herren nicht gut genug. Andererseits ist auch die CDU noch nicht vollständig die Partei, die sich die Kapitalisten wünschen ... Nur die CSU des Franz Josef Strauß erhält immer wieder volles Lob ...". Und was es bedeutet, wenn Strauß „solide Reformen" durchsetze, das sei doch klar:

— *„Vorherrschaft der Korruption"*,

— *„Gleichschaltung der Massenmedien"*,

— *„Brutale Unterdrückung nicht nur der Kommunisten ... sondern Unterdrückung auch der gewerkschaftlichen Bewegung"*,

— *„noch stärkere Einmischung kirchlicher und anderer reaktionärer Institutionen in das Privatleben der Werktätigen"*,

— *„Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges"*,

— *„militärische Abenteuer"*.

Kennzeichnend für die damalige Einschätzung des KB sind die „klärenden" Worte, die in diesem Zusammenhang zur Chrakteristik der CDU/CSU vorgebracht wurden:

„Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: die CDU/CSU ist keine faschistische Partei und die mögliche Rückkehr der CDU/CSU an die Regierung würde noch nicht den Faschismus bedeuten. Die CDU/CSU hat jedoch eine klare faschistische Tendenz und könnte sich unter Umständen zu einer neuen faschistischen Partei entwickeln. Eine Rückkehr der CDU/CSU an die Regierung würde auf jeden Fall zu einer beschleunigten und verschärften Faschisierung von Staat und Gesellschaft führen."

„Formwandel" des Faschismus

Damit grenzte sich der KB einerseits gegen ein plattes Faschismus-Verständnis ab, nachdem es keine Übergänge zwischen parlamentarischer Demokratie und Faschismus gebe, selbst wenn die parlamentarische Demokratie durch die CDU/CSU repräsentiert würde. Andererseits richtete sich diese Charakterisierung der CDU/CSU gegen die NRF-These, es sei keine faschistische Massenbewegung erkennbar, auf die seitens des Kapitals zurückgegriffen werden könne, und solange dies so sei, könne von einer faschistischen Gefahr nicht geredet werden.

Die zu beobachtende „Formierung" der Kapitalistenklasse um ein „offensives Gegenprogramm" sowie der sichtbare „tendenziell faschistische" Charakter und Mobilisierungsstand der CDU/CSU sprachen nach Ansicht des KB dagegen. Das Kapital werde nicht durch die Massenbewegung „gezwungen", zum Faschismus zu greifen, sondern sei seinerseits darauf aus, diese faschistische Massenbewegung bewußt und vorsorglich zu schaffen.

Darüberhinaus sei es keineswegs ausgemacht, daß sich die für den historischen Faschismus charakteristischen Merkmale, wie der starke Nationalismus oder das Vorhandensein einer faschistischen Massenbewegung, heute wiederholen müßten. In diesem Zusammenhang formulierten die Thesen als generelle Position des KB zur Frage der „Wiederholbarkeit" und des „Formwandels" des Faschismus:

„Viele Gründe sprechen dafür, daß es einene Faschismus in der ‚klassischen', sozusagen lupenreinen und höchsten intellektuellen Form gar nicht wieder geben kann. Man braucht z.B. nur daran zu denken, welche Rolle die Situation nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg und später die kapitalistische ‚Weltwirtschaftskrise' (1929 - Mitte der 30er Jahre) für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung aus dem Kleinbürgertum heraus gespielt haben, um die Unwahrscheinlichkeit einer exakten Wiederholung einzusehen. Ebenso ist ein eng nationalistischer Faschismus heute nicht mehr wahrscheinlich.

Hieraus folgt unserer Meinung nach nicht, daß es überhaupt keinen Faschismus mehr geben wird, sondern vielmehr, daß der Faschismus neue Formen annehmen könnte, die von denen des ‚klassischen' Faschismus in einigen Punkten abweichen, aber gleich sind im wesentlichen Punkt: totale und

Formen annehmen könnte, die von denen des ‚klassischen' Faschismus in einigen Punkten abweichen, aber gleich sind im wesentlichen Punkt: totale und

grausamste Terrorherrschaft der Kapitalistenklasse, Zerschlagung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung."

Scharf wandte sich der KB in diesem Zusammenhang auch gegen die These des NRF, „die entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung (und damit in der Logik des NRF auch für den Faschismus — F.) (sei) die verfehlte Bündnispolitik der Organisationen der Arbeiterklasse", sofern sie es versäume, das „potentiell revolutionäre" Kleinbürgertum für sich zu gewinnen. Tatsächlich sei das Kleinbürgertum aus seiner historischen und sozialen Stellung als zwischen Kapital und Arbeiterschaft vom Untergang bedrohte Klasse naturgemäß opportunistisch und tendenziell eher konservativ als revolutionär. Das habe die Geschichte ausreichend bewiesen. U.a. habe sich bekanntlich gerade der „Antikapitalismus" des Kleinbürgertums für die Faschisten leicht „umfunktionieren" lassen. Im übrigen gebe das NRF keinen einzigen konkreten Hinweis, wie denn eine solche Bündnispolitik aussehen sollte.

Schließlich sei noch ein letzter Satz aus den Thesen zitiert, an den wir uns gerade heute bei Überprüfung des damals Gesagten erinnern sollten:

„Verhängnisvoll wäre es allerdings, die Gefahr eines neuen Faschismus zu übertreiben oder den Begriff des Faschismus willkürlich auf alle möglichen reaktionären Maßnahmen und Herrschaftsformen anzuwenden. Andererseits wäre es falsch, mit dem Kampf gegen die faschistische Gefahr warten zu wollen, bis man exakt nachweisen kann, wann, wie und warum die Bourgeoisie zum Faschismus übergehen wird, d.h. bis die Gefahr so akut ist, daß es schwer sein wird, sie dann überhaupt noch zu bekämpfen."

Stimme für die SPD — ja oder nein?

Auf der Grundlage seiner Thesen rief der KB in dem durch das „konstruktive Mißtrauensvotum" der CDU/CSU provozierten Wahlkampf für die Neuwahl im November '72 bei gleichzeitig vorgebrachter scharfer Kritik zur Stimmabgabe für die SPD auf. Der KB ging davon aus, daß nach der Wahl so oder so eine Verschärfung der von ihm erwarteten Faschisierung stattfinden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

würde, gleich ob das Votum zugunsten einer neuen CDU/CSU- oder der Fortsetzung der SPD/FDP-Regierung ausfiele.

In der „*Stellungnahme des Kommunistischen Bundes zu den Bundestagswahlen*" hieß es u.a.:

„*Die Kapitalisten werden ein Votum für die CDU/CSU nicht nur als Bestätigung werten, daß nun Tempo und Intensität des Prozesses der Faschisierung gesteigert werden können. Die durch einen Sieg der CDU/CSU erfolgende Stimmungsverschiebung in der Arbeiterklasse würde das auch noch begün... ...*" Andererseits würden „*gerade bei einem Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition (...) die Kapitalisten alles daransetzen, ihre Anstrengungen außerordentlich zu verstärken, um die Dinge möglichst schnell auf den Punkt zu treiben, wo die CDU/CSU die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen kann, wo die Kapitalisten die Faschisierung ohne nennenswerte Verzögerung vorantreiben können.*

Es wäre deshalb eine gefährliche Illusion zu glauben, daß in Wahlsieg der SPD mehr als nur geringfügig günstigere Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse schaffen kann. Die SPD wird weder willens noch in der Lage sein, den Prozeß der Faschisierung bedeutend zu verlangsamen oder gar zu stoppen. Im Gegenteil ...

Diesen Charakter der SPD vor der Arbeiterklasse zu enthüllen ..., das wird eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten in der vor uns liegenden Zeit sein. Für den Fall eines Wahlsieges der SPD/FDP werden wir dazu gute Bedingungen vorfinden. Denn in der Regierung muß die SPD aktiv die Geschäfte der Kapitalisten betreiben." (22)

Jetzt wurden die Differenzen zwischen den politischen Gruppen praktisch. Der KB blieb mit seinem Aufruf im Wesentlichen allein. Die Mehrzahl der ML-Gruppen, vornehmlich der noch kurz vor dem KB gegründete KBW und die KPD/ML riefen mit der Begründung, ob CDU/CSU-Regierung oder SPD/FDP-Regierung, das sei „Jacke wie Hose", zum Wahlboykott auf. Die DKP kandidierte selbst — wie ja inzwischen als Grundlinie von ihnen bekannt.

Es versteht sich von selbst, daß diese Konstellation zu heftigsten Polemiken zwischen den Gruppen führte.

Nach der Wahl: KB sieht sich bestätigt

Nach der Wahl: KB sieht sich bestätigt

Der Wahlausgang bestätigte einerseits die Prognosen des KB. Der überwältigende Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition diente der SPD als Ausgangspunkt und Grundlage für eine Rechtswendung ihrer Politik: Herstellung des von den Kapitalisten geforderten „Stabilitätspakts", Disziplinierung ihres linken Anhangs, speziell der Jusos, Demobilisierung der durch den Wahlkampf entstandenen radikaldemokratischen Bewegung in den Wählermassen, die sie z.T. selbst vorher mit einem Hauch klassenkämpferischer Demagogie zu begeisterten „Willy! Willy!"-Versammlungen mobilisiert hatte. Ganz zu schweigen von dem Allparteien-Agreement in der Frage der „Ostverträge", das faktisch die Einigkeit der Parteien demonstrierte, sich über die „anstehenden großen Aufgaben" zu verständigen (23 sowie 4).

Andererseits hatten die CDU/CSU-geführten Kräfte durch die Wahlschlappe der CDU/CSU einen erheblichen Dämpfer bekommen. Die NPD fiel zudem auf 0,6%. Die Front zur „Rettung des Vaterlandes" zerfiel zunächst in ihre Einzelbestandteile. Der erste „roll back"-Versuch unter einer „tendenziell" rechtsradikalen Ausrichtung war am Mehrheitswillen der Bevölkerung gescheitert.

Sehr viel später, nämlich 1984 nannte der KB diese Entwicklung einen „*Höhepunkt und Wendepunkt der SPD-Regierungspolitik*". (24) Seitdem habe die „*SPD nicht mehr mit positiven Reform-Programmen geworben, sondern sich nur noch als kleineres Übel im Vergleich zur CDU/CSU angeboten*".

So richtig dies ist, übersah es doch, daß es auch eine Wende für die bis dahin gültige CDU/CSU-Linie einleitete, gegen die die CDU/CSU zwar noch ein paarmal anzurennen versuchte, aber ohne Erfolg. 1976 scheiterte der nächste Rückkehr-Versuch, der unter der Parole „Freiheit oder Sozialismus" unternommen wurde. 1980 scheiterte der Anlauf von F.J. Strauß, zum Bundeskanzler gewählt zu werden.

Erst die total abgewirtschaftete SPD erlaubte einer inzwischen von ihren damaligen Positionen und Parolen in der Öffentlichkeit abgerückten CDU/CSU als „Partei der Mitte" zum Jahreswechsel 1982/83 die erneute Regierungsübernahme — und dies auch erst nach massiven Manipulationen von oben. Auf die Bedeutung dieser Entwicklung soll im zweiten Teil des Artikels genauer eingegangen werden.

Und nun endgültig: Differenzen festgeklopft

Der Wahlausgang bestärkte einerseits den KB in der Verfolgung seiner antifaschistischen Linie. Andererseits vertiefte er die Differenzen zwischen KB und anderen ML-Gruppen um die Einschätzung der zu erwartenden weiteren Entwicklung und der einzuschlagenden Politik. Ich will das hier nicht allzu weit ausbreiten. Ich will nur daran erinnern, daß sich die Debatte über die Zuspitzung an den schon vor der Wahl diskutierten Punkten hinaus nun auf die Frage der Dauer und des Ablaufs der zu erwartenden Klassenkämpfe konzentrierte. Es kennzeichnet die damalige Position des KB, daß er unter dem Stichwort „*Langfristigkeit*" betonte, der Faschisierungsprozeß könne „*durchaus etliche Jahre dauern.*" — wohlgemerkt: es heißt nicht etwa ‚etliche Jahrzehnte'! (25)

Vor allem gingen sich wieder einmal KB und KBW in die Haare. Der KB polemisierte gegen die neusten Erkenntnisse des KBW, wonach sich die Bourgeoisie gegenwärtig „ideologisch in der Defensive" befände und gleichzeitig verkündete: „Die Massen wollen nach links."

Unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung seines Verständnisses von der grundsätzlichen Schwäche des Imperialismus in der sich weiter verschärfenden globalen Krise bekräftigte der KB demgegenüber seine früheren Einschätzungen von der „allseitigen Offensive des Kapitals." Dabei gehe es keineswegs nur um allgemeine, langfristige, grundsätzlich vom Imperialismus ausgehende Gefahren, sondern um einen „*akuten Angriff*" auf die Lebensgrundlagen des Volkes. „*Es geht nicht schlechthin um die a l l g e m e i n e Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion, sondern um einen ganz k o n k r e t e n, scharfen Angriff, der sich von der Vorgehensweise der Bourgeoisie z.B. während der 60er Jahre (vor allem deren zweite Hälfte) abhebt.*" (Gesperrt im Original) (26)

Heute müsse deshalb nicht der Angriff, sondern die Verteidigung organisiert werden.

„*Jeden spontanen und isolierten Verteidigungskampf als untrügliches Anzeichen für den kurz bevorstehenden Generalangriff der werktätigen Massen zu mißdeuten — das ist die*

Verteidigungskampf als untrügliches Anzeichen für den kurz bevorstehenden Generalangriff der werktätigen Massen zu mißdeuten — das ist die

Mentalität von Leuten, denen anscheinend das bloße Wort ‚Defensive' eine Gänsehaut verursacht.

Freilich müssen die Kommunisten sich bemühen, aus den Verteidigungskämpfen heraus die Bedingungen für die strategische Gegenoffensive zu schaffen. Gerade deshalb ist heute die zentrale Aufgabe der Aufbau einer Abwehrfront." (27)

Mit diesen, der Wahl 72 nachklappenden Auseinandersetzungen muß die Phase der Entstehung und Begründung der „Faschisierungsthese", einschließlich ihres ersten praktischen Probelaufs während des Wahlkampfs, als abgeschlossen betrachtet werden.

Die „essentials" der „Thesen"

Zusammenfassend, systematisiert und auf den Kern gebracht waren zu diesem Zeitpunkt folgendes die Grundbestandteile der „These":

— Die Erwartung einer schnellen Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus bis hin zu seinem nicht allzufernen Zusammenbruch;

— die Erwartung einer Offensive des BRD-Imperialismus im Zuge dieser globalen Krisenentwicklung für eine Neuordnung der Welt zu seinen Gunsten, insbesondere eine aggressive Politik gegenüber den Ländern des „realen Sozialismus";

— die Erwartung einer raschen Verelendung der Arbeitermassen im Zuge der „Abwälzung der Krise auf die arbeitende Bevölkerung" und daraus folgende zügige Verschärfung der Klassenkonfrontationen und Masseunruhen, Stichwort: „Kommende Kämpfe".

— Die Erwartung einer Formierung der Kapitalistenklasse für die Entwicklung eines bewußt und planmäßig umzusetzenden Vorbeugungsprogramms, sein Inhalt: die Zurückdrängung der Arbeiterbewegung und Erstickung revolutionärer Perspektiven im Keim durch eine Kombination von integrativen Maßnahmen und gezieltem Terror. Dabei überwog die Erwartung des Terrors;

— die Erwartung einer präventiven Aufrüstung des Staatsapparats und seiner repressiven Organe wie Polizei, Geheimdienst, Militär u.a. Im Zusammenhang damit Einschränkung demokratischer Freiheiten in dem Bemühen, die Bevölkerung an die Repression als Alltag zu gewöhnen;

— die Erwartung einer reaktionären bis faschistischen Formierung der Rechten und Ideologisierung der Bevölkerung über die sozialdemokratischen Krisenlösungsversuche hinaus für das „offensive Gegenprogramm gegen den Sozialismus";

— die Propagierung einer antifaschistisch-antikapitalistischen Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte als Abwehrfront zur Verteidigung des sozialen Lebensniveaus und der politischen Rechte der Bevölkerung unter Führung einer neu aufzubauenden kommunistischen Partei;

— die Ableitung der empirischen Einschätzungen aus der Definition des Faschismus als „extremster Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion" in der Form der „offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistiscen Elemente des Finanzkapitals", und aus der Definition der „Faschisierung" als „akuter Angriff", der über eine Reihe von Vorbereitungsetappen „unmittelbar" den Machtantritt des Faschismus fördert.

Zur theoretischen „Ableitung" gehört ebenfalls die These von der „besonderen Aggressivität des BRD-Imperialismus", obwohl sie in der KB-Presse nirgendwo ausdrücklich als These oder gar Theorie begründet wurde.

Ähnliches gilt im Grunde für die gesamte „Faschisierungsthese". Überblickt mensch die Entstehungsgeschichte der „These" seit etwa 1970, so wird deutlich, daß es eine „These" im strengen Sinne oder gar eine Theorie zur „Faschisierung" gar nicht gibt. Was es gibt, ist ein mehr als zweijähriger Untersuchungs- und Diskussionsprozeß um die Frage: „Was kommt auf uns zu, der seinen Höhepunkt in der vorläufigen Zusammenfassung in der „Arbeiterkampf"-Serie vom Frühjahr 72 und den nach der Wahl 72 nachgeschobenen Polemiken zur Frage der Defensive und der Offensive hat.

So gesehen waren die „Thesen" einerseits nicht mehr als ein Diskussions a n s a t z, in dem sich die politischen Bedingungen und Unklarheiten ihrer Entstehungsgeschichte durchaus noch unmittelbar wiederspiegeln. Insbesondere waren die „Thesen" Ausdruck des ziemlich starken Widerspruchs zwischen der Erwartung, genauer eigentlich Hoffnung auf einen absehbaren Aufschwung der revolutionären Klassenkämpfe, wie sie die größten Teile der damaligen Linken teilte, auf der ei-

lich Hoffnung auf einen absehbaren Aufschwung der revolutionären Klassenkämpfe, wie sie die größten Teile der damaligen Linken teilte, auf der ei-

nen und einer wenig optimistischen Beurteilung der konkreten Kräftekonstellation, Kampfbereitschaft, wie auch Kampffähigkeit des Proletariats und seiner Verbündeten auf der anderen Seite. Als Produkt dieses Widerspruchs ergab sich die Einschätzung, daß sich angesichts der für die Bourgeoisie zu erwartenden Schwierigkeiten eher die in der Geschichte des BRD-Imperialismus „bewährten" Kräfte des reaktionären „roll back" und einer klassenkämpferischen Konfrontationslinie von oben durchsetzen würden.

Damit wiederum unterschied sich der KB erheblich von allen anderen ML-Gruppen, die das Proletariat nach 1972 z.T. schon im Sturm sahen wie auch von der DKP, die von einer SPD-Regierung eigentlich nur das Beste erwartete ...

Im Gegensatz zu den großartigen „offensiven" Programmentwürfen der diversen ML-Parteien wie auch der DKP stellte der KB seine „Thesen" ja auch in ihrem ganzen Entwicklungsprozeß immer als Aufforderung zur Diskussion vor, die die Entwicklung eines zukünftigen Programms einer neu zu schaffenden kommunistischen Partei, die ihre Führungsqualitäten in den kommenden Abwehrkämpfen überhaupt erst herausbilden und erweisen müßte (28). Auch wenn dies z.T. in denselben markigen ML-Begriffen, politischen Grundvorstellungen und in derselben politischen Kultur geschah wie bei den feindlichen Geschwistern der ML-Szene, ergab sich daraus eine relative Offenheit bei gleichzeitiger, wenn auch sehr skeptischer Entschlossenheit und Fähigkeit zur Konzentration aller Kräfte auf den Aufbau der für notwendig gehaltenen Abwehrfront.

Die Entwicklung einer Kontinuität auf dieser Grundlage erklärte der KB ausdrücklich zu seiner Politik. Vorausschauend hieß es im November 72 im „Arbeiterkampf".

„*Es besteht freilich die Gefahr, daß aus einer richtigen Einschätzung der S c h w ä c h e* (Unterstr. im Original) *der kommunistischen Bewegung nur Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit erwächst, ...! weil es ja doch keinen Zweck mehr hat'. Dieser Gefahr unterliegen auch jene, die sich heute einem falschen Optimismus hingeben, der der Wirklichkeit zwangsläufig nicht standhalten wird; die Reaktion wird im weiteren Verlauf Enttäuschung und Apathie sein. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß eine solche Enttäuschung von anfangs Super‚linken' sogar in Haß gegen die ‚versagende' Arbeiterklasse umschlagen kann, daß dann die Faschisten aus dem Lager der enttäuschten super‚linken' Kleinbürger Zulauf erhalten könnten.*

Kommunisten stellen die Wirklichkeit nicht dar, um sich dann gottergeben und achselzuckend in das ‚Unvermeidliche' zu fügen, sondern um die Wirklichkeit zu v e r ä n d e r n. (Unterstr. s.o.) *So muß aus der Einsicht in das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen den Klassen eine noch größere Entschlossenheit und Festigkeit im revolutionären Kampf erfolgen.*" (29)

Tatsächlich allerdings erstarrte der Untersuchungs- und Diskussionsprozeß zur Frage einer drohenden Faschisierung mit der Veröffentlichung der Artikelserie zur „schrittweisen Faschisierung" im Frühjahr 1972 aufgrund ihres tendenziell programmatischen Anspruchs dann doch nicht nur zur „These", sondern geradezu zur zitierten, kopierten, geschulten und in der Praxis „angewandten" Doktrin, die die theoretische Weiterentwicklung tendenziell einfror.

Im nächsten AK werde ich die weitere Fixierung dieser Doktrin zur „beschleunigten Faschisierung" bis hin zu ihrer Verwandlung in eine allgemeine Rechtsentwicklung darstellen und sodann an die Überprüfung der einzelnen „essentials" gehen, — in der Hoffnung auf eine heiße Debatte um die damals offengebliebenen und inzwischen noch offeneren Fragen.

F.

Anmerkungen:

(1) Probleme des Klassenkampfs, Heft 56, S. 37, September '84;

(2) siehe AK 20, „Polizeiwillkür gegen Kommunisten". Weiter dazu: AK 23, „Warm anziehen". Dieser Artikel war der öffentliche Teil einer politischen Kampagne, deren interner Teil unter dem Stichwort „Kleine Einheiten schaffen" aus einer Reihe konkreter Maßnahmen bestand, die von der Auflösung der aus APO-Tagen bekannten Großwohnungen bis hin zu vorsorglichen Eheschließungen und sogar einer Reihe von SPD-Eintritten reichten. Der Natur der Sache nach erkündigt mensch sich bei Bedarf nach mehr Details sinnvollerweise bei einer/m der örtlichen Fossilien, wie denn das damals war ...;

(3) KAB-AZ, Nr. 9, „Petra Schelm — Opfer einer Notstandsübung";

(4) AK 19, „Krise in Bonn";

(5) dazu genauer: „Foucault, Geismar, Glucksmann u.a. — Neuer Faschismus, Neue Demokratie — Über die Legalität des

ner Notstandsübung";

(4) AK 19, „Krise in Bonn";

(5) dazu genauer: „Foucault, Geismar, Glucksmann u.a. — Neuer Faschismus, Neue Demokratie — Über die Legalität des

Faschismus im Rechtsstaat", Rotbuch 43, WBln '72;

(6) dazu genauer: „Lotta continua — Nehmen wir uns die Stadt", Trikont, Schriften zum Klassenkampf, Nr. 29, München 1972 — ja, das waren noch Zeiten, als Trikont noch solche Schriften herausgab ... ! Erwähnenswert in diesem Zusammenhang die Enthüllungskampagne, die von „lotta continua" unter dem Stichwort „strage di stato" (Strategie der Spannung) anläßlich des faschistischen Massakers auf der Piazza Fontana in Mailand am 12.12.69 organisiert wurde. „Zu Recht", schreiben sie im oben angegebenen Buch, hätten sie in dem Massaker „als erste den Anfang des faschistischen Terrors erkannt, der sich notwendigerweise ausbreiten und verstärken würde". Der KB brachte 1972 unter dem Titel „Von Pinelli zu Feltrinelli" eigens eine Broschüre heraus, in dem die „Strategie der Spannung" des italienischen Staates mit Blick auf die hiesigen Verhältnisse analysiert wurde;

(7) Der erste „Rote Morgen" erschien 1967. Aus dem „Roten Morgen" gingen KAB/ML und KPD/ML hervor. Die KPD/ML wurde zum Jahreswechsel 1968/9 als erster Versuch einer KPD-Neugründung unter ML-Vorzeichen gegründet. Sie trat von da ab beharrlich mit dem Anspruch auf, d i e Partei des Proletariats zu sein.

(8) ABG, später „Arbeiterbung zum Wiederaufbau der KPD". Die Gruppe ist bis heute in Sachen Antifaschismus besonders aktiv. Im Anti-Strauß-Wahlkampf 1980 organisierte sie den bundesweiten Umzug „Brecht statt Strauß". Seit dem Attentat auf das Oktoberfest 1980 sind sie besonders aktiv um Ermittlungen zur Aufklärung dieses Attentats und um Hilfe für die Opfer bemüht. Eine direkte Kooperation auf Organisationsebene kam zwischen ABG und KB trotzdem nie zustande, ebensowenig wie eine fruchtbare Auseinandersetzung. Stattdessen gingen die ABGs nach dem Scheitern der Metall-„AE" aus heiterem Himmel dazu über, den KAB in wildester Weise als „trotzkistische Clique" etc.pp. anzugreifen, um einen Keil zwischen das SALZ (mit dem die ABG bis dahin recht gut und federführend zusammengearbeitet hatten) und den KAB zu treiben, und so auch die Bildung und Konsolidierung des KB zu torpedieren. Der Antifaschismus der ABGs zeichnete sich durch eine gewisse arbeitertümelnde Verkürzung aus, die sich u.a. in der äußerst frühzeitigen Distanzierung von der RAF als „Feinden der Arbeiterklasse" schon bei deren ersten Auftauchen zeigte. Siehe dazu auch: KAZ, Nr. 20;

(9) KAB-AZ, Nr. 2;

(10) Das SALZ bemühte sich in seinem Selbstverständnis als „Arbeiter und Lehrlingszentrum" gemäß, um eine arbeiterorientierte Ausrichtung seiner Propaganda. Im Bemühen, komplizierte Zusammenhänge in einfachen Worten darzustellen, geriet manches etwas derber, was bei dem mit dem SALZ seit Anfang '71 politisch zusammenwirkenden KAB etwas diffenrenzierter klang;

(11) Dies gilt vor allem für KAB und SALZ, später KB, in Hamburg. Die Bündnisangebote korrespondierten mit einer gleichzeitigen Bemühung, die eigene Linie in Kritik an der revisionistischen Politik der DKP zu entwickeln. Im Mittelpunkt stand die Haltung der DKP zum „Osthandel". Gegenstand der Kritik waren aber auch die sog. 44 Thesen des DKP-Parteivorstands, in denen u.a. ein Verbot der Zusammenarbeit mit Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten ausdrücklich festgeschrieben wurde. Siehe dazu auch: KAB-AZ, Nr. 10, Revisionismuskritik 2, „Die Thesen des DKP-Parteivorstands".

(12) „Kommunistische Arbeiterzeitung" (KAZ) der ABG, Nr. 20;

(13) siehe dazu AK 15, „Baader Meinhof Jagd"; Ak 19, „Wem nützen die Bomben bei Springer?"; AK 20, „Bilanz der RAF"; außerdem die Broschüre „Wem nützen die Bomben bei Springer?", sowie KAB-AZ, Nr. 9, „Petra Schelm — Opfer einer Notstandsübung";

(14) KAB-AZ, Nr. 11/12, Nov./Dez. '71, „Kommunistischer Bund gegründet". Darin Berichte zum Verlauf und zum Scheitern der „Metall-AE", sowie die gemeinsame Erklärung von KAB und SALZ zur Gründung des KB und dessen neues Statut.

(15) An der „Metall-AE" nahmen über 20 Gruppen aus verschiedenen Städten teil. Schon während der „AE" zeichneten sich Blockbildungen ab. Nach der „AE" entstand zunächst der KBW. Die Gründung des KB war — in der Form, wie es dann geschah — eher ein Akt der Nothilfe, um nicht in der Gründungsdynamik des KBW oder anderer unterzugehen. Siehe dazu die Vorstellungen des KB zum Parteiaufbau in „UW", Nr. 14, die eher ein langsameres Wachsen in Form eines Sammlungsprozesses im Auge gehabt hatten als schnelle „Parteigründungen" von der Art der späteren „KPD" oder auch der Blockbildung des KBW;

(16) „Unser Weg", Nr. 13, „Zur Kommunistischen Programmatik", Teil I. Dazu gehört „Zur Kommunistischen Programmatik", Teil II in „Unser Weg", Nr. 14. Titel: „Propagandaoffensive des Kapitals", außerdem werden dort die Positionen des KB zum „Parteiaufbau" vorgestellt. Weitere Teile dieser Serie waren geplant, sind aber nicht mehr erschienen. Stattdessen Stellungnahmen zu einzelnen Fragekomplexen im AK und im „UW";

(17) Das Problem alter und „neuer Ostpolitik" wird u.a. auch Gegenstand einer Schulung sein, die gegenwärtig mit Blick auf die 40-jährige Widerkehr der Befreiung vom Faschismus im KB stattfindet.

(18) siehe AK 24, 25, 28, 32, 41; Für evtl. analytische Ansätze zur Beurteilung der Entwicklung des BRD-Imperialismus in den letzten 15 Jahren dürfte das genauere Studium dieser Artikel unerläßlich sein;

(19) siehe dazu ausdrücklich KAB-AZ, Nr. 5; ich hebe dies ausdrücklich hervor, weil der KB glücklicherweise nie zu den zitatenhubernden Nachbetern historischer Vorbilder oder auch aktueller theoretischer Stichwortgeber gezählt hat und es daher nicht einfach ist, die theoretischen Väter, ggfls. auch Mütter schwarz auf weiß dingfest zu machen. Tatsache ist aber, daß gerade auch Publikationen der VR-China derzeit für die Theoriebildung des KB eine erhebliche Rolle spielten.

(20) Alle folgenden Zitate dieses Abschnitts, soweit nicht anders angegeben, aus AK 16, 17, 18;

(21) Peter Lagarde in NRF, 6/71;

(22) AK 23;

(23) AK 24, „Fußtritt für die SPD-Linke";

(24) AK 244, „Die SPD ist am Ende";

(25) „Unser Weg", Nr. 19. Die Broschüre geht ein auf den frühen Artikel von P. Lagarde, NRF 6/71, auf Christine Bucher, 6/72, auf J. Schmierers „Thesen zur Faschismusfrage"

(23) AK 24, „Fußtritt für die SPD-Linke";

(24) AK 244, „Die SPD ist am Ende";

(25) „Unser Weg", Nr. 19. Die Broschüre geht ein auf den frühen Artikel von P. Lagarde, NRF 6/71, auf Christine Bucher, 6/72, auf J. Schmierers „Thesen zur Faschismusfrage"

in NRF, 3/72. Unter den Stichworten „ ‚Wille' und ‚Zwang' " wird die Auseinandersetzung hauptsächlich um die Frage geführt, ob die Bourgeoisie „planmäßig", „bewußt" und „willentlich" zum Faschismus greife, wie der KB vertrat, oder ob sie durch die ökonomische Entwicklung bzw. die damit verbundene Entstehung einer faschistischen Massenbewegung dazu „gezwungen" werde, wie der KBW es sah. In diesem Zusammenhang ging es auch um die Frage des Ursprungs einer faschistischen Massenbewegung: entsteht sie unabhängig vom Willen der Bourgeoisie oder nicht? — Mit dieser Broschüre wurden Positionen zwischen KB und KBW in der Faschismusfrage theoretisch soweit derzeit möglich endgültig festgeklopft.

(26) AK 31, 32, „Taktisches Wirrwarr";

(27) s.o.;

(28) Der Streit um die Programmfrage gehörte wohl eher zu den kurioseren unter den damaligen Kontroversen. Zu einer richtigen ML-„Partei", selbst zu einer Zirkelgruppe, die etwas auf sich hielt, wie z.B. der KBW, gehörte selbstverständlich auch ein richtiges Programm, in dem die revolutionäre „Offensive" in strategische und taktische Etappen aufgeteilt wurde. Der KB mußte sich den bösen Vorwurf gefallen lassen, nicht über einen solchen Fahrplan zur Revolution, sondern lediglich über empristisch zusammengewürfelte Programmansätze zu verfügen. Wir haben das derzeit tapfer als Ausdruck des offenen Entwicklungsprozesses der Entstehung einer kommunistischen Partei in den konkreten Kämpfen verteidigt, ohne zu realisieren, daß in dieser Konstellation unsere Diskussionsansätze z.B. in der Frage der „Faschisierung" faktisch zum Programmersatz wurden, auch wenn es nicht so gewollt war.

(29) AK 23, „Warm anziehen"

Als Grundliteratur zum Anwärmen schlage ich vor:

AK 16, 17, 18, „Gegen die Schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft", Nachgedruckt in: „Kampf dem Faschismus", Reents Verlag, 1972;

„Unser Weg", Nr. 13, „Zum Stand der Klassenkämpfe in Westeuropa"; „Unser Weg", Revisionismuskritik 4, „Der ‚Osthandel' — politische Waffe des BRD-Imperialismus", vor allem S. 1-9 und Schluß;

AK 23, „Warm anziehen";

AK 31, 32, „Taktisches Wirrwarr";

„Unser Weg", Nr. 19, „Zur Faschismusdiskussion".

Zur Abrundung, um sich ein Bild von der Zeit zu machen, empfehle ich einen Blick in den Band mit AK-Nachdrucken:
„Kampf dem Faschismus", Reents Verlag, 1972.
Das gibt einen guten Einblick in die Zeit 70/71 (es gibt den Band auch als erweiterte Auflage von 1976. Der hat aber den Nachteil, den Blickwinkel von 1972 nicht so gut erkennen zu lassen.)

Die Zukunft der GRÜNEN

Zwischen Reform und Reformation

Dem Buch von Ebermann und Trampert mit dem programmatischen Titel „Die Zukunft der Grünen" wurden reichlich Vorschußlorbeeren mit auf den Weg gegeben. Die „konkret" verglich es noch vor Erscheinen in einer Anzeige mit dem Manifest der Kommunistischen Partei von 1848. Der „Stern" sieht in dem Buch „Sprengstoff", eine „*Kampfansage an die Gegner in der eigenen Partei*". Der „Pflasterstrand" macht Negativwerbung und meint, nicht den Realopportunisten fehlten „*Konzepte und Entwürfe. Denn davon (...) findet man in eurem Buch weniger als auf einer halben Seite der hessischen Tolerierungsabkommen zur Abfallbeseitigung*" (Nr. 202, S. 28).

Ebermann und Trampert selbst erheben schon mit dem Cover-Text nicht allein den Anspruch, Tiefschürfendes zur grünen Strategie zu entwickeln, sondern auch den, dies in „*Kritik an ehemaligen Sichtweisen zu begründen*". Das macht gerade für uns die Sache interessant, denn schließlich gehörten beide Autoren jahrelang zum KB. Sie gehörten ferner nach der Abspaltung der Gruppe Z vom KB einer Gruppierung an, die eine marxistische Blockbildung in der Grünen Partei organisieren wollte, und die maßgeblich am Zustandekommen der Zeitschrift „Moderne Zeiten" beteiligt war.

Damals versprach die Präambel der MoZ, eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus zu führen und vor allem die Leninsche Partei- und Staatstheorie einer grundlegenden Kritik zu unterwerfen. Diese Auseinandersetzung ist jedoch in der MoZ nie geführt worden, sondern es wurde eben jener Arbeitsweise gehuldigt, die Trampert und Ebermann nun als „*Unsitte*" bezeichnen: Neue Ansichten ohne Kritik, ohne Aufarbeitung der verworfenen. Auch dies ist ein Grund dafür, daß dem neuen Buch ein großes Interesse zuteil wird.

Wir werden in diesem Artikel das Buch von Trampert und Ebermann gerade unter diesem Gesichtspunkt vorstellen, das Schwergewicht also darauf legen, was die Autoren an die Stelle ihrer „*'alten' sozialistischen Auffassungen*" (Covertext) setzen.

Das Buch „Die Zukunft der Grünen" zerfällt in zwei große Komplexe. Den ersten Komplex bildet der Versuch, „*nacheinander das Ausmaß der sich anbahnenden ökologischen Katastrophe, die Krise des Weltwirtschaftssystems und seine Auswirkungen auf die Dritte Welt, die Demütigung und Verstümmelung des Menschen in Arbeitsalltag und Freizeit ... und das Anwachsen von Armut und Elend hierzulande (zu) untersuchen*". Den zweiten

Verstümmelung des Menschen in Arbeitsalltag und Freizeit ... und das Anwachsen von Armut und Elend hierzulande (zu) untersuchen". Den zweiten

Komplex bildet das „*realistische Konzept für eine radikale Partei*", wobei neu definiert werden müsse, „*an welchen Momenten unserer früheren marxistischen Sichtweisen wir festhalten müssen und wo Neubestimmung nötig ist*" (S. 7). Zu diesem Teil gehört dann auch die Entwicklung einer radikalgrünen Strategie.

Wer so bescheidene Ansprüche stellt, mit einem Buche alle Fragen der Welt, von der ökologischen Bedrohung über die ökonomische Krise bis hin zur theoretischen Aufarbeitung des Marxismus als Sichtweise analysieren zu wollen, muß es sich gefallen lassen, an diesem Anspruch gemessen zu werden. Mit einem Wort: Es geht ihnen um nichts Geringeres als die umfassende Programmatik einer neuen Richtung, die als „Öko-Sozialismus" auftritt.

Wir wollen an dieser Stelle keine eingehende Diskussion der ökologischen Globalsituation und der Weltwirtschaftskrise aufnehmen. Zum einen würde dies den Umfang eines AK-Artikels bei weitem sprengen, zum anderen ist die Realanalyse des Buches „Die Zukunft der Grünen" von ihrer Bedeutung her der politischen Seite eindeutig nachgeordnet. Zwar macht dieser Teil des Buches gute zwei Drittel des Umfangs aus, er besteht jedoch vorwiegend aus zusammengetragenem Material.

Das Interesse, das dem Buch „Die Zukunft der Grünen" entgegengebracht wird, begründet sich weniger in der Hoffnung, neue Belege für die ökologische Situation zu finden, sondern in der Erwartung, ein brauchbares Konzept für eine links-grüne Politik zu erhalten. Der politische Teil des Buches zerfällt wiederum in zwei Teile: erstens die Zielvorstellung eines „Öko-Sozialismus" und zweitens strategische Überlegung für eine grüne Politik jenseits des Parlamentarismus.

Dieser Artikel wird einer solchen Einteilung folgen und in drei Teilen die Ansichten von Ebermann und Trampert darstellen und kritisieren: Teil 1: Der Öko-Sozialismus als Utopie; Teil 2: der Öko-Sozialismus als Strategie; Teil 3: Die Marx-Kritik von Ebermann und Trampert.

Teil 1: Der Öko-Sozialismus als Utopie

Ebermann und Trampert (ET aus der grünen Dimension) haben das „*Projekt eines ökologischen Sozialismus*" in 12 Thesen zusammengefaßt, die wir hier vollständig und ungekürzt wiedergeben.

Industriegesellschaft oder Kapitalismus?

In den ersten drei Thesen aus der „Zukunft der Grünen" kommt ein Grundwiderspruch der gesamten Argumentation des Öko-Sozialismus zum Ausdruck. Dieser Widerspruch liegt darin, daß bei der Argumentation von Ebermann und Trampert nicht klar wird, was die Entwicklung der Gesellschaft bestimmt. So sprechen sie von einer „*qualitativen neuen Entwicklungsstufe*" des Kapitalismus die sich auszeichne durch eine drastische Zuspitzung der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen des Menschen. Diese Situation führen sie zurück auf den Kapitalismus und reduzieren zugleich ihre Kritik an dem Realen Sozialismus auf die Aussage, daß dieser die „*Krise der äußeren Natur*" nicht löse. Dabei müssen zunächst einmal zwei Dinge auseinandergehalten werden: 1. die ökologi-

die Aussage, daß dieser die „Krise der äußeren Natur" nicht löse. Dabei müssen zunächst einmal zwei Dinge auseinandergehalten werden: 1. die ökologi-

sche Situation als eine sachliche Frage, und 2. die theoretische Frage nach ihrem Zusammenhang mit dem Kapitalismus.

In einem Punkt kann es keine Differenz zu der „Zukunft der Grünen" geben: Die Linke und insbesondere die marxistische Linke muß die ökologische Situation politisch ernstnehmen und sie einarbeiten in ihre Theorie, sie kann die ökologische Frage nicht als eine unter vielen betrachten und sie kann sie nicht nur als einen „Nebenwiderspruch" oder ähnliches betrachten, der sich durch Abschaffung des Kapitalismus von allein lösen würde oder dergleichen. Ebermann und Trampert ist weiterhin zuzustimmen, daß die Abschaffung des Privateigentums allein noch keine Lösung der ökologischen Probleme garantiert, was die Situation in den RGW-Staaten tatsächlich beweist. Die Abschaffung des Privateigentums ist allerdings eine absolute Voraussetzung einer grundsätzlichen Veränderung. Zustimmen muß man den beiden Autoren weiterhin, daß die ökologische Situation heute eines der wichtigsten Felder der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist, daß die ökologische Frage ein Feld ist, auf dem relevante Teile der Gesellschaft den bürgerlichen Konsens infragestellen.

Wo ich allerdings Ebermann und Trampert nicht zustimme, ist die Argumentation, die die politische Entwicklung der Gesellschaft auf die „Krise der äußeren Natur" **reduziert.** Bei den beiden entsteht der Eindruck, als habe eine drastische Verschärfung der ökologischen Situation stattgefunen und **allein darum** sei die Ökologie-Bewegung entstanden. Dies aber ist in doppelter Weise falsch. Denn erstens ist der Konflikt zwischen Menschheit und Natur eine äußere Rahmenbedingung der Gesellschaft, die keineswegs erklärt, welche Konsequenzen welcher Teil der Gesellschaft aus dem Konflikt zieht. Die ökologische Situation ist eine objektive Rahmenbedingung für alle gesellschaftlichen Kräfte, Kapitalisten wie Lohnarbeiter, Linke wie Rechte usw. usf. Das heißt, die ökologische Situation allein erklärt noch nicht, wie sich die gegensätzlichen politischen Strömungen um diesen Konflikt gruppieren.

Und zweitens war die ökologische Situation Ende der 60er Jahre vielleicht nicht ganz so arg wie heute, aber doch sicher schlimm genug, als daß auch vor 15 Jahren eine ökologische Bewegung allemal ihre Berechtigung gehabt hätte. Zur Erklärung des Entstehens der Ökologie-Bewegung und der unterschiedlichen Positionen in der Ökologie-Frage reicht also ein Hinweisen auf die ökologische Situation nicht aus, sondern diese Erklärung muß die politischen Kämpfe und Entwicklungen analysieren, aus denen die Ökologie-Bewegung entstanden ist.

Es geht hier **nicht** darum, die Ökologie-Frage zu relativieren oder für unwichtig zu erklären, sondern ausschließlich darum, daß die politischen Kämpfe sich nicht **unmittelbar** und **allein** aus der ökologischen Situation ableiten lassen. Die gesellschaftliche Entwicklung wird von **inner**gesellschaftlichen Widersprüchen bestimmt und nicht vom Widerspruch zwischen Menschheit und Natur, auch wenn dieser durchaus **Anlaß** politischer Kämpfe sein kann.

Es sind zwei völlig verschiedene Behauptungen, ob man aussagt, daß sich die ökologische Situation qualitativ verändert habe, oder ob man behauptet, daß sich deshalb die Gesellschaft qualitativ verändert habe, und zwar in einer Weise, daß nun die innergesellschaftlichen Widersprüche dem Widerspruch zur äußeren Natur unter- oder nachgeordnet wären.

Denn wenn man letztere These ver-

spruch zur äußeren Natur unter- oder nachgeordnet wären.

Denn wenn man letztere These ver-

tritt — und Ebermann/Trampert tendieren zumindest in diese Richtung — dann geht einem das theoretische Instrument für die politische Analyse verloren, weil man die politische Entwicklung der Gesellschaft nicht mehr erklären kann — obwohl diese letztlich über die Lösung der ökologischen Krise entscheidet.

Das Wertvolle an der Marxschen Therorie ist nicht zuletzt, daß sie anders als der utopische Sozialismus nicht einfach Modelle in die Welt setzt, sondern die Entwicklung der Gesellschaft aus den **inner**gesellschaftlichen Widersprüchen zu analysieren versucht. Wie Marx es ausdrückte, läge das Neue darin, „*daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen*" (MEW Bd. 1, S. 344). Für Marx war der Kommunismus kein utopisches Ideal, nach dem sich die Welt zu richten hätte, sondern „*die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt*" (MEW Bd. 3, S. 35).

Ebermann und Trampert haben unbedingt recht, daß sich auch und gerade die marxistische Linke den neuen Fragen stellen muß und sich nicht auf alten Schriften ausruhen kann. Sie haben auch recht, daß wir alte Positionen kritisch prüfen müssen. Wenn dabei aber das Richtige gleich mitrevidiert wird und eine politische Analyse unterlassen wird, ist das fatal. Schließlich kann man die ökologische Katastrophe nicht dadurch abwenden, daß man sie beschwört, sondern nur, indem man tiefgreifende politische Veränderungen durchsetzt.

Darum muß auch Uwe Klußmann widersprochen werden, wenn er in der „Zukunft der Grünen" eine „*materialistische Analyse der ökologischen und ökonomischen Entwicklung*" (AK 253, S. 17) und in dieser das „*Hauptverdienst des Buches*" sieht.

Ebermann und Trampert haben weniger eine Analyse als vielmehr eine Beschreibung der Situation vorgelegt. Bis zu einer Analyse aber, die die verschiedenen Probleme in einer Theorie vereinigt, ist es bislang nicht gekommen, und es wäre einigermaßen verheerend, sich einzubilden, diese Arbeit sei bereits geleistet. Was Uwe übersehen hat, ist der Zusammenhang zwischen der ökologischen Situation und der politischen Entwicklung, wie er sich in der „Zukunft der Grünen" darstellt. Denn die beiden Autoren begreifen die Ökologie-Bewegung als einen einfachen, unmittelaren Reflex auf die heranziehende ökologische Katastrophe und befreien sich dadurch von einer Untersuchung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, aus denen die Grüne Partei entstand. Dies ist der springende Punkt. Ebermann und Trampert vertreten erstens eine gradlinige, lineare Zuspitzung der ökologischen Katastrophe, und zweitens einen Automatismus zwischen dieser Zuspitzung und der Herausbildung der Ökologie-Bewegung. Wenn überhaupt ist dies ein ganz mechanischer Materialismus, denn die politischen Widersprüche haben bei solcher Sichtweise kein Eigenleben mehr, sondern sind nur noch automatische Folgen der ökologischen Entwicklung. Mit einer derartigen Sichtweise aber verbaut man sich den Weg zu einer politischen Analyse.

Der Zusammenhang von Kapitalismus und Umweltzerstörung

Die ökologische Situation ist für die beiden Autoren Ausdruck des Kapitalismus, dessen Überwindung sie als Voraussetzung einer Lösung der ökologischen Katastrophe begreifen. Das gesamte System basiere auf „*der Anhäufung des Kapitals als Selbstzweck*" (S. 65). Die Konkurrenz der Einzelkapitale zwinge jeden Kapitalisten, ohne jede Rücksicht auf die Ökologie zu produzieren oder aber bankrott zu gehen. Die „*Zerstörung der fortdauernden Lebensquellen der Menschen*" werde unter der Herrschaft der „*kapitalistischen Industrieproduktion*", worunter die Autoren auch den Realen Sozialismus verstehen (S. 64), „*immer einhergehen mit der Schaffung von Armut, Krankheit und psychischer Verelendung der Massen, die ihren Unterhalt aus der Lohnarbeit beziehen, sowie mit kriegerischen Raubzügen*" (S. 67).

Eine der Hauptlinien der Argumentation in der „Zukunft der Grünen" wirkt ganz klassisch, ganz traditionssozialisfisch. Aber dieser Schein trügt. Richtig ist nur, daß sich Ebermann und Trampert bei der Analyse der modernen Ökonomie nicht von den marxschen Begriffen lösen können. Richtig ist aber auch, daß sich Ebermann und Trampert eine Alternative nur auf der Ebene der Bedürfnisse vorstellen können und dabei Widersprüche aufbauen, die sie nicht lösen können. Einerseits heißt es, „*offensichtlich*" habe die Umweltzerstörung mit den „*inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus*" zu tun. Dieser Zusammenhang wird dann andererseits aber im Konkreten nicht aus der Produktionsweise selbst hergeleitet, sondern aus den Bedürfnissen, die der Kapitalismus entfacht (siehe These 9). Die Alternative wird in einem „*anderen Komsumtionsmodell*", in einem „*bewußten Verzicht und Abschied von liebgewonnenen Gewohnheiten*" (These 4,5,6) gesehen.

Dieses Bild wird in dem Buch nicht auf den Punkt gebracht. Die Konsequenz sieht so aus: Der Kapitalismus hat einerseits innere Gesetze, die zu einer fortwährenden Ausdehnung der Produktion zwingen, andererseits bringt er Bedürfnisse hervor, die nach dieser Ausdehnung schreien. Die **logische** Konsequenz aus einer solchen Betrachtung wäre die Aufhebung der inneren Gesetze des Kapitalismus, eine andere Produktionsweise. Über deren Gestaltung verlieren Ebermann und Trampert kein Wort, der Prozeß ihrer Transformation wird nicht problematisiert.

Der zentrale Widerspruch dieser Argumentation liegt darin, daß diese expansive Bedürfnisse determinierende Produktionsweise nun einmal existiert. Wenn also die vorherrschenden Bedürfnisse Resultate der vorherrschenden Produktionsweise sind, dann ist der „*bewußte Verzicht*" als gesellschaftliches Prinzip entweder unmöglich oder aber die Widerlegung der These, daß der Kapitalismus die Grundlage der real existierenden Bedürfnisse sei.

Die Autoren zielen auf eine „*Gesellschaft 'ökologischer Vernunft' ab, ohne despotisch-diktatorische Maßnahmen des Staates*" (These 10). Also keinen Öko-Stalinismus, bitte. Das Kernproblem wird elegant verschwiegen. Man grenzt sich ab von einem „despotisch-diktatorischen" Staat, was ungemein beruhigend ist. Und fühlt sich jeder Verpflichtung enthoben, etwas darüber auszusagen, was denn der Staat überhaupt für eine Rolle spielen soll, ob man den Staat übernehmen will oder nicht, ob man an dem existenten Staat vorbei überhaupt ein anderes Komsumtionsmodell verwirklichen kann usw. usf. Der Kapitalismus erzeugt ja nicht nur expansive Bedürfnisse, sondern auch Staatsapparate samt „*kriegerischen Raubzügen*" (s.o.).

Der Öko-Sozialismus reduziert sich vollständig auf das Öko-. Es gibt innerhalb der Argumentation von Ebermann und Trampert einen **verschwiegenen Bezug**, der in den Thesen sehr deutlich wird, ein lautstarkes Schwei-

Fortsetzung nächste Seite



Planspiele

Fortsetzung von vorheriger Seite





gen. Der traditionelle Sozialismus (d.h. nichts anderes als Überwindung des Kapitalismus) wird ergänzt um ein ökologisches Programm. Das ist sicherlich richtig und notwendig. Eine Illusion aber ist es zu glauben, daß sich die Probleme sozialistischer Strategie und die Fragen, die sich aus der bisherigen sozialistischen Praxis ergeben, dadurch beheben ließen, daß man, statt die alten Fragen zu beantworten, einfach neue Fragen aufwirft. Der verschwiegene Bezug in der „Zukunft der Grünen" ist die Vergangenheit der Roten, ist die Krise der Sozialisten. Ebermann und Trampert verschweigen die Hauptfragen, die sie beantworten wollen und drücken sich um das zentrale Problem herum: **Wie** der Kapitalismus zu überwinden ist und mit welchen Problemen nach aller bisherigen Erfahrung eine Gesellschaft es zu tun bekommt, die ihn zu überwinden versucht.

Ebermann und Trampert erklären zwar, daß der Reale Sozialismus *„keine Lösung der Krise der äußeren Natur erbringt"*, setzen sich aber mit den historischen Erfahrungen nicht näher auseinander. Wenn sie zudem behaupten, daß das soziale Elend *„nur über eine gesellschaftliche Verfügung und Gestaltung auch der industriellen Produktion aufgehoben werden"* könne (S. 193), wird die Lücke um so offensichtlicher. Gesellschaftliche Verfügung muß in jedem Falle über gesellschaftliche Organe verfügen, ob man diese nun als Staat begreift oder nicht. Es muß also zwangsläufig entweder der alte Apparat übernommen oder aber ein neuer aufgebaut werden. Das Problem des Staates stellt sich so oder so als zentrales jeder Überwindung des Kapitalismus. Zu dieser Frage aber schweigt der Öko-Sozialismus.

Die Verlagerung der zentralen Fragen jeder anti-kapitalistischen Politik auf die Frage, was aufgrund heutiger Erfahrungen nach der Überwindung des Kapitalismus noch zusätzlich zu tun ist, bringt eine merkwürdige Parallele zu dem traditionellen Ökonomismus hervor. Für den alten Ökonomismus stellte sich die Welt so dar, daß der Kapitalismus unaufhörlich expandiere, dabei immer mehr in die Krise gerate und so die Menschen von seiner Überflüssigkeit ganz spontan überzeugt würden. Man nahm an, daß erstens der Kapitalismus ökonomisch unmöglich würde und zweitens parallel als ideologischer Reflex die Menschenmasse sozialistisch würde, so daß der Sozialismus als unmittelbare Konsequenz der Ökonomie entstünde.

Ebermann und Trampert verlagern dieses gradlinige Geschichtsbild auf die Ökologie. Für sie erzeugt der Kapitalismus einseitig **immer** mehr, **immer** stärkere Umweltzerstörung. Es wird behauptet, daß der Kapitalismus zu einer **grundsätzlichen** Lösung unfähig wäre, was auch zutrifft, aber in keiner Weise

mus einseitig **immer** mehr, **immer** stärkere Umweltzerstörung. Es wird behauptet, daß der Kapitalismus zu einer **grundsätzlichen** Lösung unfähig wäre, was auch zutrifft, aber in keiner Weise

problematisiert, ob und welche Gegentendenzen es innerhalb des Kapitalismus gibt. Dieses lineare, undialektische Denken ist genau dasselbe, mit dem früher die Traditionssozialisten den ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus prophezeiten, weil dieser die ökonomischen Widersprüche nicht grundsätzlich lösen könne. Heute weiß jeder, daß der Kapitalismus nicht von einer Krise in die nächste taumelt, daß er nicht gradlinig mehr Verelendung, mehr Krise erzeugt, bis er schließlich zusammenbricht.

Ebenso in der ganzen Frage des Umweltschutzes. Wer meint, der Kapitalismus sei zu jedem Umweltschutz unfähig, unterschätzt diesen kolossal. Nicht allein, daß die bürgerlichen Parteien aus Integrationsinteressen heraus eine Umweltpolitik entwickeln, entscheidender noch ist der Umstand, daß die westdeutsche Umweltschutztechnik zu einem Börsenschlager geworden ist, am Umweltschutz also schon auf ganz schnöde kapitalistische Art verdient wird, und zwar kräftig, weil die bundesdeutsche Industrie auf diesem Gebiet bereits einen hohen technischen Standard erreicht hat. Es ist ein oberflächlicher Trugschluß anzunehmen, daß sich die ökologische Krise gradlinig verschärfen würde, nur weil der Kapitalismus diese nicht grundsätzlich lösen könne. Bislang haben sich noch alle linken Zusammenbruchstheorien als falsch erwiesen. Die Zusammenbruchstheorie ist deshalb politisch gefährlich, weil diese einen „revolutionären Attentismus" hervorbringt, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert ausgezeichnet hat. Wie Kautsky es einmal ausdrückte, man müsse nicht die Revolution organisieren, sondern sich für diese organisieren. Man müsse den Zusammenbruch des Kapitalismus abwarten und dann bereit sein. Und bis dahin...? Revolutionäres Gerede und reformistische Praxis. So sah das bei der SPD aus. Aber alle Parallelen zu lebenden Personen wären reiner Zufall...

Teil 2: Der Öko-Sozialismus als Strategie

„Der politisch-programmatische Konsens der Grünen", so Ebermann und Trampert, *„ist unvereinbar mit den Zielen aller herrschenden Parteien, und unsere Ziele sind unter den heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auch mit der allerklügsten parlamentarischen Taktik nicht erreichbar, auch nicht in der Tendenz"* (S. 273).

Die Ablehnung des Parlamentarismus ist bei Ebermann und Trampert durchaus prinzipiell begründet, so daß Uwe Klußmanns Andeutung, dies könne sich kurzfristig ändern, nicht überzeugend ist: Die Grüne Partei habe zu *„lernen, daß Parlamentsarbeit zwar wichtig ist, gesellschaftliche Umwälzungen aber durch kluge Parlamentsarbeit und richtige parlamentarische Beschlußfassung nun wirklich nicht zu bewerkstelligen ist"* (S. 241). Die Abgrenzung von jeder realpolitischen Option wird durchaus glaubwürdig formuliert. Die Frage ist aber, was propagieren Ebermann und Trampert als Alternative, wie begreifen sie die strategischen Aufgaben und wie definieren sie das Verhältnis der Grünen zu den anderen gesellschaftlich relevanten Kräften. Für diese Fragen ist das Problem, aus welchen gesellschaftlichen Quellen sich die Grünen speisen, mit Sicherheit nicht unerheblich.

„Mit den neuen sozialen Bewegungen und den Grünen ist ... eine neue, den Krisen unserer Zeit angemessene Bewegung mit einer neuen Utopie" entstanden (S. 258). Inhaltlich wird zur Entstehung der Grünen wenig mehr gesagt, als daß Mitte der 70er Jahre die „neuen sozialen Bewegungen" (damit bezeichnet man heute alles Oppositionelle, das man nicht genau bestimmen kann oder will) *„ein bisher vernachlässigtes Element in das Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung"* gebracht hätten (S. 116). Worin dieses **eine** (gemeinsame, zentrale) Element nun liegt, bleibt unklar. Ebermann und Trampert fassen von der *„konkreten Art und Weise der Produktion"* über das *„Geschlechterverhältnis"* und die *„ökologisch motivierte allgemeine Kritik der Technik"* bis hin zur Wiederansiedlung Holsteiner Störche (S. 69) alles unter dieses eine unbe

über das *„Geschlechterverhältnis"* und die *„ökologisch motivierte allgemeine Kritik der Technik"* bis hin zur Wiederansiedlung Holsteiner Störche (S. 69) alles unter dieses eine unbe

kannte Element. Wenn sie auch die Vorstellung einer grünen Gewerkschaftspolitik verfolgen, prognostizieren sie doch zugleich, so wörtlich, ein *„Gewerkschaftssterben"* (nach dem Wald nun auch der DGB!?!) aufgrund der Produktionsentwicklung. Und auf den Spuren von André Gorz meinen nun auch Ebermann und Trampert, daß die produktionstechnische Entwicklung das Proletariat beseitigen werde, oder aber daß es in die Bedeutungslosigkeit verdrängt würde. *„Dann wären"*, so steht es wörtlich in der „Zukunft der Grünen", *„die neuen sozialen Bewegungen zum historischen einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes geworden"* (S. 152).

Für Ebermann und Trampert sind die Grünen bereits die Antwort auf *„den tiefgreifendsten Werteverfall in der Zivilisationsgeschichte"* (S. 189). Die Triebkräfte der Opposition entstammen für Ebermann und Trampert nicht aus sozialen oder politischen **Kämpfen**, sondern aus *„radikalen Bedürfnissen"*, die eine Antwort auf die Krisen der Zeit darstellen (vergl. These 9). Über deren Quellen heißt es: *„Alle qualitativen Bedürfnisse, die nicht quantifizierbar, also nicht mit Geld käuflich sind, werden unterbunden und aus dem gesellschaftlichen Bedürfnissystem verdrängt"* (S. 221).

Was unbelesenen Zeitgenossen vielleicht als originell erscheinen könnte, ist fauler Zauber. Die Theorie der „radikalen Bedürfnisse" ist ein eklektisches Konglomerat aus Bahros Theorie des *„überschüssigen Bewußtseins"*, die er schon in der „Alternative" 1977 entwickelt hat, einzelnen Begriffen aus den sogenannten Frühschriften von Marx und der auf diesen aufbauenden Literatur. Zu dieser Debatte gibt es unzählige Beiträge; die Probleme dieser Schriften und ihres Zusammenhangs mit dem sogenannten „reifen Marxismus" sind intensivst diskutiert worden. Aber Ebermann und Trampert schreiben aus diesen Quellen ab, ohne sich auch nur in Andeutungen auf die damit verbundenen Probleme zu beziehen. Sie behandeln Theorie wie einen Steinbruch, aus dem man beliebige Brocken wegschleppen kann. Fast möchte man einen ökologischen Umgang mit Theorie fordern, statt dieses verantwortungslosen Raubbaus. Aber das ist halt kein „radikales", sondern bloß ein wissenschaftliches Bedürfnis.

Die Grünen werden von Ebermann und Trampert in letzter Konsequenz nicht politisch eingeordnet, sie werden nicht klassenmäßig eingeordnet, sondern kulturell. Unvermittelt und ohne jeden systematischen Bezug zu dem Theorem der „radikalen Bedürfnisse" werfen Ebermann und Trampert dann doch die Frage auf, ob *„diese ökologische Linkspartei hauptsächlich als Faktor im kapitalistischen System fungieren oder zu einer Kraft zu seiner Überwindung wird"*, und erklären dies als offene Frage. Wie es überhaupt möglich sein sollte, daß der Repräsentant der „radikalen Bedürfnisse", die doch unvereinbar mit dem System sein sollen, nun als „Faktor" des Systems agieren könnte, bleibt innerhalb der Argumentation der beiden Autoren völlig unverständlich. Ebenso offen ist, was Ebermann und Trampert darunter verstehen, daß *„die Grünen eine langfristige 'gesicherte' Existenz, jedenfalls als machtpolitisch (?!) expandierende Kraft haben"* (S. 244).

Wir wollen die Zitatenschlacht nicht ins Uferlose ausweiten, aber die Widersprüchlichkeit der links-grünen Argumentationen muß man schon recht genau verfolgen.

Ebermann und Trampert entwickeln keine Alternative zum Parlamentarismus. Sie lehnen diesen ab, aber ihre

nau verfolgen.

Ebermann und Trampert entwickeln keine Alternative zum Parlamentarismus. Sie lehnen diesen ab, aber ihre

Alternative erschöpft sich in *„standfester Opposition, schonungsloser Enthüllung und optimaler Mobilisierung"* (S. 268). Die Grünen sollen *„Partner eines neuen radikalen Aufschwungs"* sein (S. 259), aber wessen Partner sie sein sollen, wird nicht erwähnt. Die Hilflosigkeit ihres Ansatzes offenbart sich in dem Staatsverständnis schon fast brutal.

Revolution am Staat vorbei

Bereits in den Thesen über die ökologisch-sozialistische Gesellschaft klammerten Eberman und Trampert das Problem des Staates einfach aus, sie haben ihn wegabstrahiert. Eine Zukunft ohne Staat ist aber noch allemal realistischer als eine Gegenwart ohne Staat, wie sie sich in den strategischen Gedanken bei Ebermann und Trampert darbietet. Der ganze Absatz zum Staat lautet knapp:

Hinter den bürgerlichen Äußerungen zum Thema Grüne Partei stecke *„die Angst, Grüne könnten sich gemeinsam mit sozialen Bewegungen (...) gleich einem politischen Flächenbrand ausbreiten. Für diesen außerstaatlichen Weg treten wir ein (...), es gibt keine wirklich emanzipatorische Politik, die sich über den Staat verwirklichen kann. Die grundsätzliche Alternative lautet: Ist unser Zweck die Erringung der Staatsmacht, dann sind wir für eine politische Gestaltung 'von oben'. (...) Oder kämpfen wir für die Überwindung der bürgerlichen Staatsapparate mit dem Ziel, die über staatlichen Zwang organisierte Herrschaft schrittweise gänzlich zu beseitigen. Halten die Grünen an diesem Weg fest, ... dann ist ihr Ziel nicht die Staatsmacht, sondern sie kämpfen für Entfaltungsmöglichkeiten der Massenbewegungen"* (S. 270).

Es klingt sehr sympathisch. Überwindung des bürgerlichen Staates. Aber es ist mindestens so unausgegoren wie sympathisch. Das Grundproblem wird von Ebermann und Trampert einfach verschwiegen, wie man die bürgerlichen Staatsapparate beseitigen soll, wenn man nicht zuvor die Staatsmacht erringt. Denn Staatsmacht ist nichts anderes als die politische Macht, die eine politische Bewegung in die Lage versetzt, den Staatsapparat verän-

nichts anderes als die politische Macht, die eine politische Bewegung in die Lage versetzt, den Staatsapparat verän-

dern zu können. Wenn man zudem meint, der Prozeß des Abbaus der Staatsapparate müsse „schrittweise" erfolgen — und das ist realistisch! — dann stellt sich doch zwingend die Frage, unter welcher vorübergehenden politischen Form dieser Abbau des Staates vonstatten gehen kann. Diese Form ist aber kaum der bürgerliche Staatsapparat.

Die Frage, wie sie die beiden Autoren aufwerfen, heißt: Erringung der Staats**macht** o d e r Abbau der Staats**apparate**. Aber so ist die Frage nicht gestellt. Wenn man nicht die Staats**macht** erobert, bleibt sie logischerweise dort, wo sie ist: bei der Bourgeoisie. Unter solchen Bedingungen aber die Staatsapparate abbauen zu wollen, ist ein Kuriosum sondergleichen. Wer sowohl den Parlamentarismus als auch die Erringung der Staatsmacht als Strategie ablehnt, könnte eigentlich nur noch behaupten, daß der Staatsapparat aufgrund wie auch immer gearteter sozio-ökonomischer Veränderung von allein, automatisch verschwinden wird. Zu solchem Unfug mögen sich aber Ebermann und Trampert nicht versteigen. Die politische Logik ihrer Argumentation würde ein sehr traditionssozialistisches Programm hervorbringen: Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, Ersetzung durch einen „Nicht-Staat" (Engels), der bereits die historische Form des „absterbenden Staates" sein muß (Lenin).

Die Beiden gehen diesen Weg nicht, können sich aber ebensowenig zum Parlamentarismus durchringen. Und landen in der völligen Unbestimmtheit. Von Ebermann und Trampert wird nicht nur verschwiegen, welches konkrete politische Verhältnis nun die links-grüne Bewegung zum existierenden Staat einnehmen soll, sondern ebensowenig problematisiert, welche Mittel diesem Staat gegen Bewegungen zur Verfügung stehen, die ihn abzuschaffen gedenken. Der Staat ist in ihrer Argumentation kein politisches Subjekt, sondern eine politisch neutrale Instanz; er ist zwar eine Falle (Parlamentarismus), aber keine Gefahr, wenn man sich dessen bewußt ist. Am Staat vorbei, lautet ihre Parole. So, als sei der Staat ein beliebiger gesellschaftlicher Ort, den man umgehen könne, und nicht ein die ganze Gesellschaft durchdringendes Gewaltverhältnis.

licher Ort, den man umgehen könne, und nicht ein die ganze Gesellschaft durchdringendes Gewaltverhältnis.

Fortsetzung nächste Seite



Ökologische Krise und gesellschaftliche Umwälzung Zwölf Thesen

1. Die Menschheit zerstört gegenwärtig ihre natürlichen Lebensgrundlagen.

2. Die Zerstörung hat offensichtlich mit den inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu tun (Zwang zu Wachstum, Akkumulation, rücksichtslos aus Gründen von Profit, Konkurrenz). Dieser muß überwunden werden.

3. Der real existierende Sozialismus beweist, daß eine bestimmte Überwindung des Kapitalismus, die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, keine Lösung der Krise der äußeren Natur erbringt.

4. Die notwendige Rettung menschlicher Lebensbedingungen in der äußeren Natur erfordert einschneidende Veränderungen in der Produktion und damit in den Konsumgewohnheiten der Mehrheit der Menschen in den industriellen Metropolen.

5. Die Emanzipation der Völker der Dritten Welt — deren spezifische Form von ihnen selbst gewählt werden muß, ihre gesicherte Versorgung mit Nahrung, Kleidung, Wohnung sowie menschenwürdiges Leben — trifft ebenfalls nicht nur das internationale Kapital, sondern erfordert in den Industriemetropolen (jedenfalls aktuell) ein anderes Konsumtionsmodell.

6. Die Umweltzerstörung und die Lage der Dritten Welt fordern von jeder zukünftigen Gesellschaft Momente des bewußten Verzichts und Abschied von liebgewordenen Gewohnheiten, um andernorts menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, um aufgehäuften Schaden (Mülldeponien) abzutragen und um Unwägbarkeiten/Zerstörungen, die im Produktionsprozeß anfallen, zu verhindern.

7. Dieser Verzicht ist kein allgemeiner. Eine egalitäre Gesellschaft, die den Reichtum der wenigen abschafft und gerecht verteilt, die die Produktion sinnloser Güter (Kriegsmaschinerie) ebenso abschafft/reduziert wie die zu diesem System gehörenden »Dienstleistungen« (Versicherungswesen) und repressiven Funktionen (Staatsapparat) und die nicht auf die Herstellung von Gebrauchswerten verzichtet, weil die Profitrate nicht stimmt, die nicht Gebrauchswerte vernichtet, weil sie nicht profitabel am Markt untergebracht werden können, wird vieles auch materiell mehr als ausgleichen/beseitigen können, was dieses kapitalistische System an Armut, sozialer Unsicherheit und Überbeanspruchung der Arbeitskraft hervorbringt.

8. Rücksichtsvoller, die Zukunft antizipierender Umgang mit der Natur und dem eigenen Körper/Psyche kann nur erfolgen, wenn die drohende nackte materielle Not nicht alles andere erschlägt. Das setzt industrielle Produktion und Eingriffe in die Natur voraus.

9. Wichtig ist jedoch: Die heutigen Bedürfnisse gehören zum heutigen Gesellschaftssystem (und seines Vorläufers). Sie sind kritisierbar und veränderbar. Radikale Bedürfnisse, die etwas anderes sind als eine Kopie der Lebens- und Konsumbedingungen der herrschenden Klasse, die u. a. auf menschliche Kreativität, Gesellschaftlichkeit, Naturgenuß etc. zielen, bilden heute schon wichtige Motive der Rebellion gegen dieses System.

10. Das Bedürfnissystem wird stark (nicht ausschließlich) geprägt von der Stellung des Menschen im Produktionsprozeß. Nur wenn hier der Zerstörung der menschlichen Gesundheit und seiner Kreativität Einhalt geboten werden kann, wenn hier so weit wie möglich schöpferisches kreatives Arbeiten zurückerobert wird, ist eine schrittweise Wiederaneignung wahrhaft menschlicher Bedürfnisse möglich. Nur dieser Weg ermöglicht einer Gesellschaft »ökologische Vernunft«, ohne despotisch-diktatorische Maßnahmen des Staates gegen die Menschen.

11. Aus dieser Sicht ergibt sich die Ablehnung der »Produktivität« als letzter Instanz der Bestimmung gesellschaftlicher Produktion. Die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß (und die Auswirkungen auf die äußere Natur des Menschen) werden zentral. Dies ist heute um so mehr möglich, als die Fähigkeit der Menschheit, in produktiver Auseinandersetzung mit der Natur ihre Lebensbasis zu reproduzieren, enorm gewachsen ist. Damit ist auch die objektive Freiheit gewachsen, den Zusammenhang von Arbeit und Leben neu zu bestimmen, ohne nur Mangel verteilen zu müssen.

12. Ebensowenig wie die Produktivität ist die »freie Zeit« — also die Verkürzung des Arbeitstages — das alleinige oder bestimmende Maß des gesellschaftlichen Reichtums.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Uwe Klußmann hat ganz sicher unrecht, wenn er den Autoren anlastet, bei dem französischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas ,,abgekupfert'' zu haben. Man muß es förmlich bedauern, daß die Autoren dies nicht getan haben, denn Poulantzas war sich über den Charakter des bürgerlichen Staates durchaus im klaren.

Es ist nicht unser Vorwurf an Ebermann und Trampert, daß sie das Kernproblem jeder anti-kapitalistischen Politik nicht lösen. Dieses Problem ist offen und es gibt in der heutigen Situation keine stringente strategische Vorstellung, wie es zu lösen ist. Was Ebermann und Trampert aber unbedingt anzulasten ist, ist der Umstand, daß sie das Problem nicht ansprechen, daß sie das Problem einfach wegphantasieren. So richtig die Kritik an der dogmatischen Übernahme der Revolutionstheorie der 3. Internationale durch die hiesige ML-Bewegung auch sein mag, so falsch ist der politische Betrug, der in dem Verschweigen des Kernproblems jeder revolutionären Konzeption liegt: das Problem, **wie** dieser Staatsapparat ausgeschaltet oder wenigstens paralysiert werden kann. Wer so tut, als könne an diesem konkreten Staat vorbei eine gesellschaftliche Umwälzung vonstatten gehen, ist entweder grenzenlos naiv oder aber ein politischer Betrüger. Naiv sind Ebermann und Trampert sicher nicht.

Auf den Spuren Rudolf Bahros

Die gesamte strategische Vorstellung, wie sie in der ,,Zukunft der Grünen'' entwickelt wird, ist von Rudolf Bahro schon vor Jahren dargelegt worden. Die Grundgedanken gehen zurück auf die ,,Alternative'', die in dem Gegensatz von ,,kompensatorischen'' und ,,emanzipatorischen Bedürfnissen'' die Hauptquelle einer anstehenden ,,Kulturrevolution'' darlegte. Was Ebermann und Trampert heute ,,radikale Bedürfnisse'' nennen, nannte damals Bahro ,,überschüssiges Bewußtsein'' und bezeichnete damit die nicht von dem System eingebundenen Bedürfnisse und Fähigkeiten der nach kreativer Selbstverwirklichung strebenden Menschen.

In der Rede auf dem Karlsruher Parteitag 1980 führte Bahro dann aus: ,,*Daher ist die ökologische Krise unlös-*

In der Rede auf dem Karlsruher Parteitag 1980 führte Bahro dann aus: ,,*Daher ist die ökologische Krise unlösbar ohne Fortschritte der menschlichen Emanzipation, ohne Erhebung über kompensatorische Konsum-, Prestige- und Machtbedürfnisse...*''. Es gelte eine ,,*Umkehrbewegung, die einen solchen Grad an Zuasmmenarbeit und Übereinstimmung erlangt, wie er früher nur mit religiösem Anspruch erreichbar war*'', zu organisieren (nachgedruckt in ,,Droht der gemeinsame Untergang?'', Hamburg 1980).

Für Bahro war die westdeutsche Ökologiebewegung die politisch-kulturelle Form, die am ehesten mit seinen Überlegungen aus der ,,Alternative'' übereinstimmte. Bahro ist aber bislang auch der einzige, der die politischen Konsequenzen einer solchen Konzeption mit aller nötigen Strenge zuende gedacht hat. Der gemeinsame Antrag von Trampert und Bahro auf dem letzten Parteitag der Grünen 1984 war sicher mehr als nur ein taktisches Zweckbündnis. Die Rede Bahros, die die Gemüter so erhitzte, füllt die Lücke in dem Buch ,,Die Zukunft der Grünen''. Auch Bahro lehnt jeden Parlamentarismus entschieden ab. Er beschreibt die nötige Umwälzung als eine ,,*Reformation*'', eine ,,*Kulturrevolution*'', eine ,,*Milenniumsbewegung*''. Allen diesen Bildern ist eines gemeinsam: Sie beziehen sich auf einen grundlegenden Paradigmenwechsel, ihr Vorbild sind nicht die Aufklärung samt französischer Revolution, sondern die Reformation samt den Kirchenkriegen. ,,*So müssen wir versuchen, dem System die Menschen wegzunehmen ... bis die Große Maschine ihre Macht verloren hat, weil ihr keine menschliche Energie mehr zufließt*''.

Anders als Ebermann und Trampert sieht Bahro dabei durchweg die Chance, daß die Sache anders verläuft als geträumt: ,,*Wehe, wenn der deutsche Vulkan das nächste Mal zum Ausbruch kommt. (...) Inzwischen ist das Krisenpotential ... umfassender und wühlt noch tiefer auf als nach 1918 auf 1933 hin. (...) Trifft der Durchbruch des seelisch Verdrängten mit der absehbaren Situation zusammen, wo es sich für die meisten mehr ums Überleben als ums gute Leben handelt, so wird es genau den Durchgang geben, den der vergangenheitsfixierte feige Antifaschismus am meisten fürchtet, den ökologischen Bürgerkrieg und danach die Diktatur*''.

Für Bahro gibt es da nur einen Ausweg: ,,*Der Wettlauf mit der selbsterzeugten Apokalypse kann nur gewonnen werden, wenn dies eine größere G l a u b e n s z e i t wird, als Europa jemals sah*'' (alle Zitate aus AK 253, Dokumentation der Rede).

Bahro vergleicht die heutige Situation weder mit der französischen Revolution noch mit der Situation vor 1914 oder vor dem 2. Weltkrieg. Ohne es auszusprechen vergleicht er die Situation mit dem Ende des 16. Jahrhunderts. Die Reformation blieb nicht dabei stehen, im 16. Jahrhundert Thesen an eine Tür zu nageln, sondern stürzte Europa in eine Serie von Kriegen, die die Vorherrschaft der katholischen Macht Spanien erschütterten und im Dreißigjährigen Krieg ihren vorläufigen Abschluß fanden. Es folgte der Absolutismus. Sicher, Bahro will keinen Krieg und keine Diktatur, er hofft, diese durch die Millenniumsbewegung zu verhindern, aber er sieht eben auch diese Möglichkeit und spricht sie offen aus. Das ist vielleicht sogar das wichtigste an der ganzen Rede: Bahro räumt ausdrücklich ein, daß es ein Durchgangsstadium als ökologische Diktatur geben könnte.

Trotz allem religiösem Firlefanz ist Bahro hundertmal konsequenter, insoweit, als er aus der ökologischen Katastrophe folgert, daß diese auf jeden Fall irgendeine Lösung finden wird. Sei es als friedliche Transformation, sei es als ,,ökologischer Bürgerkrieg''. Konsequent ist dies, wenn man davon ausgeht, daß der ökologische Kollaps in absehbarer Zeit bevorstehe.

Die neue ,,Reformation'', die ,,Millenniumsbewegung'' ist die logische Konsequenz aus einer kulturrevolutionären Strategie, wie sie Ebermann und Trampert um den Begriff der ,,radikalen Bedürfnisse'' entwickeln. Bahro bringt die Sache auf den Punkt, die ,,Zukunft der Grünen'' vernebelt sie.

Nicht, daß mir etwa Bahros Konzeption sympathischer wäre als die Inkonsequenzen der Trabsportfreunde. Aber Bahro hat auf seiner Seite wenigstens die Konsequenz und formuliert die Sache als einziger bis zum bitteren Ende, ohne Rücksichten. Was Ebermann und Trampert noch suchen, hat Bahro längst gefunden: eine Idee, die alle ,,*Politik in dem herkömmlichen Sinne*'' hinter sich läßt. Herkömmliche Politik, der wir uns noch immer verschuldet fühlen, betrachtet den Staat als ihren letzten Einsatz, ihr Ziel ist die Staatsmacht als Ausgangspunkt der revolutionären Umgestaltung. Bahros Begriff der Reformation läßt so schnöde Dinge einfach hinter sich.

Ebermann und Trampert ziehen da nicht mit, weil sie ganz traditionell im Kapitalismus die Grundlage des herrschenden Glaubens und der herrschenden Bedürfnisse erblicken. Sie bezahlen ihre Halbheiten dann aber mit dem Preis, keine Antworten geben zu können, ihr Konzept nicht zuende denken zu können. Auf diese Weise mag wohl ein Zweckbündnis gegen die ,,Realos'' möglich sein, kann man aber aus Bahros Windschatten nicht heraustreten. Ob das auf die Dauer Sinn macht, möchte ich doch bezweifeln.

Die Beiden sind sicherlich viel zu sehr Pragmatiker, als daß sie sich ihren politischen Einfluß durch allzuviel Konsequenz zerstören würden. Mag auch sein, daß sie zum Staat manches zu sagen hätten, das sie wohlweislich nicht sagen. Eine Partei wie die Grünen braucht sicher beides, radikale Propheten und pragmatische Politiker. Mag auch sein, daß die beiden Bahro am liebsten in der Luft zerreißen würden, dies aber aus taktischen Gründen unterlassen, um nicht gleichzeitig gegen die ,,Realos'' und den Bahro-Flügel kämpfen zu müssen. Das mag alles sein. Aber Ebermann und Trampert haben keine taktische Plattform vorgelegt, sondern den Anspruch einer umfassenden Analyse, die **an die Stelle** ihrer alten sozialistischen Ansichten treten soll. Und an diesem Anspruch muß man sie auch messen.

Auf der einen Seite die Reform, für all die Realisten bei den Grünen, auf der anderen Seite die Reformation, für alle mit systemoppositionellen Gewissen. Ebermann und Trampert werden in der Praxis sicher auf der Seite der Pragmatiker zu finden sein (d.h. nicht unbedingt bei den Koalitionsträumern!), ihr utopisches Konzept öffnet dafür der Reformation die Tore. Bahro ante portas! — der Ruf scheint sie nicht zu schrecken. Und wer da wen als nützlichen Deppen nutzt, ist noch nicht ausgemacht.

Teil 3: Die Marx-Kritik in der „Zukunft der Grünen"

1. Der unhaltbare Optimismus

Wer gehofft hat, eine relativ systematische Darlegung dessen zu finden, was Ebermann und Trampert an alten Positionen revidieren wollen, sieht sich bös getäuscht. Es gibt streng genommen nur eine einzige Frage, an der die Autoren sich definitiv mit Marx auseinandersetzen, und dies ist die Frage der ,,Anwendung'' der Maschinerie.

Eine Auseinandersetzung mit den **Grundlagen** der Marxschen Theorie erfolgt in dem Buch an keiner Stelle. Im Gegenteil: Ebermann und Trampert benutzen fortlaufend Marxsche Begriffe und Theoreme und haben sichtlich Mühe, sich von diesem überzeugend abzugrenzen. Sie teilen die Marxsche Behauptung, daß die Mehrwertproduktion als Selbstbewegung des Kapitals die Grundlage des Systems sei (S. 65). Sie teilen die Marxsche Behauptung, nur die Vergesellschaftung der Produktion berge eine grundlegende Alternative in sich (S. 193). Sie sehen die konkreten Bedürfnisse als Resultate der Klassenlage (S. 223).

Wovon sie sich jedoch zunächst absetzen, das ist der ,,*ungerechtfertigte Optimismus*''. Was sie darunter verstehen, erläutern die beiden Autoren in Abgrenzung zu Engels, den sie zitieren: ,,*Und in der Tat lernen wir mit jedem Tag ihre Gesetze* (die der Natur, Anm. d. Verf.) *richtiger verstehen und die näheren und entfernteren Nachwirkungen unserer Eingriffe in den herkömmlichen Gang der Natur erkennen. (...) Je mehr dies aber geschieht, desto mehr werden die Menschen wieder als Eins mit der Natur...*''.

In dieser Aussage sehen Ebermann und Trampert einen ,,*unhaltbar gewordenen Optimismus*'', weil die Produktion (mittlerweile) einen ,,*eskalierten Vorsprung ... gegenüber den Erkenntnissen ihrer Folgewirkungen gebracht*'' habe (S. 197).

Es gäbe ,,*keinen Grund zur optimistischen Annahme, im Gegensatz zur Zeit Engels' sei heute die Menschheit imstande, die Auswirkungen ihrer eigenen Produktion zu überblicken. Politisch illusionär wird der ... Gedankengang, wenn er die Existenz einfacher ,technischer' Lösungsmögichkeiten der ökologischen Krise suggeriert, die nach einer Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zuverlässig ins Werk zu setzen wären*'' (S. 198).

Um dieses Problem kreist ein Großteil der Gedanken in dem Buch ,,Die Zukunft der Grünen''. Was verbirgt sich hinter einer Kritik an dem Optimismus? Die Autoren lehnen eine Stilllegung der Industriegesellschaft ab (vergl. Abschnitt zum Öko-Sozialismus). Sie streben selbst eine andere Produktion an, die sich u.a. an der Politischen Ökologie zu orientieren habe. Dieser komme nun folgende Aufgabe zu: ,,*Politische Ökologie müßte sich erstens einmischen in die Frage, welche Formen und Methoden menschlicher Naturumwandlung ... auf lange Sicht gesicherte Reproduktion ermöglichen*'' (S. 207).

Damit löst sich die ganze Kritik an dem ,,unhaltbar gewordenen Optimismus'' in Luft auf, denn damit wird der Politischen Ökologie genau die Funk-

Damit löst sich die ganze Kritik an dem ,,unhaltbar gewordenen Optimismus'' in Luft auf, denn damit wird der Politischen Ökologie genau die Funktion zugewiesen, die Engels der Naturerkenntnis zusprach: sich erweiternde Erkenntnis über die ökologischen Folgen der Produktion und ihre Anwendung.

Ebenso verhält es sich mit den technischen Lösungsmöglichkeiten. Natürlich ist die Umgestaltung der vorhandenen Produktionsweise kein vorrangig technisches Problem. Nichtsdestotrotz ist eine ökologiefreundlichere Produktion ohne technische Lösungen ein Ding der Unmöglichkeit. Es sei denn, man wolle überhaupt bestreiten, daß es eine umweltfreundlichere Produktionsweise geben könne, aber dann müßte man entweder die Industrie oder die Ökologie-Bewegung verschrotten. Beides wollen Trampert und Ebermann nicht. Dieser Punkt der als Selbstkritik dargelegten Engels-Kritik entpuppt sich als Sturm im Wasserglas. Der rationelle Kern der Argumentation in dieser Frage ist der, daß eine gesellschaftliche Umwälzung noch nicht automatisch und sofort alle ökologischen Probleme lösen kann und daß weiterhin eine totale Erkenntnis aller Folgen der menschlichen Produktion prinzipiell unmöglich ist. Insoweit haben Trampert und Ebermann dann auch recht, daß Aspekte der ökologischen Problematik ,,*jenseits der Produktionsverhältnisse, des gegebenen Gesellschaftssystems*'' liegen (S. 199). Nur hat das nie jemand bestritten und weiterhin sagt es überhaupt nichts darüber aus, wie man aus der heutigen ökologischen Scheiße herauskommt.

Selbstredend wird sich jedes wie auch immer geartete Industriesystem auf dieser Erde mit dieser in einem Austauschverhältnis befinden, das selbige verändert und tendenziell bedroht. Schon insoweit ist man auf Engels' Optimismus zwingend angewiesen, wenn man nicht zurück in die Steinzeit möchte. Und nebenbei: Worauf basieren denn alle Argumentationen der Ökologie-Bewegung, wenn nicht auf erweiterter Erkenntnis der ökologischen Folgen der Produktion? Worauf basieren denn alle ihre Forderungen? Diese Forderungen sind doch allesamt geradezu Ausdruck dieses Engels'schen Optimismus, die wachsende Erkenntnis auch praktisch umzusetzen.

Fortsetzung nächste Seite



Eindrücke von einem grünen »Politderby«

Thomas Ebermanns und Rainer Tramperts Buch mit dem ebenso verkaufsfördernden wie irreführenden Titel ,,Die Zukunft der Grünen'' ist nun auch dem Frankfurter Realo-Zentralorgan ,,Pflasterstrand'' drei volle Seiten Rezension wert gewesen. Autor der in der Ausgabe vom 26.1. erschienenen Besprechung ist Thomas Heymann, der sich selbst als ,,exorthodox'' vorstellt; was wohl als Hinweis zu verstehen ist, daß er i seiner wildbewegten Jugend mal einer K-Grup angehörte, bevor er zu Vernunft und grüner ,,Realpolitik'' kam. Die Auseinandersetzung mit den ,,*Meisterdenkern von der Alster*'' soll die ,,*Misere des fundamentalistischen Trabergespanns Trampert-Ebermann*'' aufzeigen und wird als Beitrag zum ,,*Politderby Frankfurt/Hamburg*'' angekündigt (alle Zitate aus der Überschrift und sonstigem Fettgedruckten).

Zwei Hauptursachen für die verhängnisvollen gesellschaftlichen Entwicklungstrends sieht Heymann in dem Trampert-Ebermann-Buch angegeben: die Kapitallogik und die Konsumgewohnheiten — beides Erklärungen, die innerhalb der Grünen gar nicht umstritten sind, wie der Rezensent richtig schreibt. ,,*Sollten die Autoren wirklich geglaubt haben, die innerparteiliche Kontroverse auf diese Frage konzentrieren zu können, dann haben sie eine geradezu kindliche Vorstellung von ihren innerparteilichen Gegnern.*'' Tatsächlich haben Ebermann und Trampert mit ihrer Betonung der Bedürfniskritik nur nachvollzogen, was seit Jahren zum grünen Selbstverständnis gehört. Neu ist allenfalls die Großspurigkeit, mit der die Hamburger ,,Meisterdenker'' Banalitäten wie etwa der Agitation gegen Überstunden — zwecks Anschaffung eines ,,mindestens zwei Nummern zu großen Autos'' (S. 226) — ,,befreiende Dimension'' (ebd.) zuschreiben.

Heymann, der daran grundsätzlich gar nichts auszusetzen hat, erwartet den ,,*Umbruch der Bedürfnisse*'' allerdings nicht von den Grünen und ihrer missionierenden Tätigkeit, sondern von ,,*historischen Lernprozessen im Medium der Kultur*''. Hier sieht er einen wesentlichen Unterschied zwischen Fundamentalismus-Ökosozialismus und grüner ,,Realpolitik'': ,,*Den realpolitischen Ansatz innerhalb der Partei zu dieser Frage kann man wie folgt skizzieren: absolute Respektierung der Autonomie solcher kultureller Prozesse; Nutzung des Parlaments zu ihrem Schutz, praktisch also: Minderheitenschutz; sowie zu seiner materiellen Flankierung durch die Finanzierung von Experimentierfeldern mit möglichst geringen Auflagen; Stärkung der Ränder der Gesellschaft, indem ihrer Verelendung entgegengearbeitet wird und ein Feld aufgestoßen wird, das Selbstverwirklichung jenseits des überkommenen Arbeitsethos ermöglicht.*'' Aufgabe grüner Parlamentsarbeit sei die ,,*Sicherung der Übergangsphase durch die angesprochenen und ähnliche staatliche Maßnahmen, die mit anderen Parteien ausgehandelt werden müssen (weil ihre Realisierung wichtiger ist)*''.

Daß sich hinter dieser mit bombastischen Formulierungen verzierten ,,Theorie'' staatsloyale und demoralisierende Praxis verbirgt, hat das ,,rotgrüne Experiment'' in Hessen gezeigt. Den Thomas Heymann ficht das nicht an. In Sachen ,,Utopie'' und ,,strategische Option'' — darauf kommt's schließlich an — fühlt er sich seinen Hamburger Kontrahenten weit überlegen. Er wirft einerseits Trampert und Ebe.mann vor, bei ihrem ,,*Aufguß der Kritik der künstlichen Bedürfnisse*'' Wesentliches vergessen zu haben: ,,*Von den tatsächlich bereits vorhandenen Ansätzen 'postmaterialistischer' Bedürfnisse — nach anderen Beziehungsformen, Geschlechterrollen, anderen Wohnformen, Filmen, Theater, Musik, Essen — haben die Autoren jedoch im Gegensatz zur bürgerlichen Sozialforschung noch nichts mitbekommen.*'' Das ist schlicht gelogen (oder überlesen). Zwar schrecken Trampert und Ebermann (noch?) vor dem Begriff ,,Postmaterialismus'' zurück; die von ihnen ins Feld geführten ,,*Qualitäten, die man nicht kaufen kann*'' — ,,*in einer sauberen Elbe baden*'', ,,*eine blumenreiche Wiese*'', ,,*eine erotisch spannungsreiche Liebesbeziehung*'' (S. 221) — bezeichnen aber genau die ,,postmaterialistischen'' Bedürfnisse, die in Ergänzung (oder Ablösung?) der langweiligen ,,traditionssozialistischen'' Arbeitszeit- und Lohnforderungen wesentliche ,,*Motive der Rebellion gegen dieses System*'' (S. 195) sein sollen. Ob sich hier eine echte ,,Gemeinsamkeit mit Bahro'', die Heymann bei den Ökosozialisten schon jetzt als gegeben ansieht — ,,der protestantisch-asketische Grundzug'' — tatsächlich einstellt, dürfte davon abhängen, wie weit diese ihre Konsumkritik in Zukunft noch treiben wollen. Annäherungen sind in der Tat zu verzeichnen. Vor allem darauf dürfte sich das Lob bezogen haben, das Bahro seinen taktischen Bündnispartnern auf dem Hamburger Parteitag zollte: ,,Ihr seid grün geworden.''

In jedem Fall recht hatHeymann mit dem Vorwurf, daß das Buch keinerlei Vorstellungen über den einzuschlagenden politischen Weg — ,,die Zukunft der Grünen'' — enthält. Daß er diese richtige Kritik in größenwahnsinnige Formulierungen verpackt, scheint zum Geschäft zu gehören: ,,*Nur eines wollen wir von den Nordlichtern nach diesem Buch nicht mehr hören: den oberlehrerhaften Fingerzeig, uns mangele es an Konzepten und Entwürfen für die Zukunft. Denn davon, liebe Kampfgenossen, findet man in Eurem ganzen Buch weniger als auf einer halben Seite der hessischen Tolerierungsabkommen zur Abfallbeseitigung.*''

Das grüne ,,Politderby'' nimmt mitunter schon skurrile Züge an. Auch Außenseiter dürften in diesem Rennen nicht unterschätzt werden, meint Thomas Heymann, insbesondere nicht Rudolf Bahro« ,,*Den Hamburgern, so meine These, geht eine solche Utopie* (wie die von Bahro, Anm. AK) *ab. Sie tun aber so, als ob sie zu ihrer Realisierung angetreten wären. (...) Und deshalb sind sie auf das Bündnis mit Positionen wie der von Bahro angewiesen — was umgekehrt nur bedingt gilt. Wenn dieser Ausgangspunkt (...) richtig ist, dann waren die Abschiedsposaunen für Bahro zu früh, die man allerorten nach dem Parteitag vernahm.*''

Js./Hamburg

Westdeutsche Linke

Hägar der Schreckliche und die Krise des Marxismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wenn man schon den Optimismus von Marx und Engels kritisieren will, dann doch den, anzunehmen, daß der Sozialismus fast automatisch kommen werde, daß die Millionenmasse ein schmales Häuflein Kapitalisten zu überwältigen habe usw. Ebermann und Trampert haben einen falschen Teil dieses Optimismus' herausgegriffen, einen Teil, an dem eine fruchtbare Abgrenzung gar nicht möglich ist. Die entscheidende Frage an einen sozialistischen Optimismus ist nicht, ob dieses oder jenes nach der Überwindung des Kapitalismus „*einfach*" möglich ist, sondern ob und wie diese Überwindung möglich ist. Eine, wenn nicht die, entscheidende Ursache für die Krise des Marxismus liegt darin, daß es verdammt schwer geworden ist, in der Arbeiterklasse ein historisches Subjekt zu sehen. Einerseits gingen die Hoffnungen baden, daß es recht schnell, innerhalb weniger Jahre zur Herausbildung eines relevanten revolutionären Potentials in der Arbeiterklasse kommen würde, andererseits wurden die existenziellen Bedrohungen viel schärfer wahrgenommen (Kriegsgefahr, ökonomische und ökologische Krise). Der Optimismus selbst kam dabei in die Krise und wich einem Pessimismus der latenten Verzweiflung. Die Argumentationen lauten heute weniger 'Wir brauchen den Sozialismus, um besser und freier leben zu können', als vielmehr 'Es droht die totale Vernichtung, wenn nicht Grundlegendes verändert wird'.

Der Optimismus, wie er von dem organisierten Sozialismus ausging, daß der Sozialismus das zwingende und vorbestimmte Ziel der Geschichte sei und man dieser bei der Erfüllung ihrer Bestimmung nur noch nachzuhelfen habe, findet heute wenig Glauben und weicht einer realistischeren Einschätzung, daß der Ausgang des großen Ringens durchaus offen ist.

Optimisten sind Ebermann und Trampert selbst in dieser Situation ebenso wie die Marxisten seit ihrer Entstehung. Denn auch sie gehen davon aus, daß nach dieser Gesellschaft etwas Besseres möglich ist und daß dieses Bessere politisch durchzusetzen ist. Das ist nicht mehr selbstverständlich. In der „taz" kann man heute Artikel einer „*anthropofugalen*" Philosophie lesen, einer menschenflüchtenden Philosophie, die allen Ernstes meint: „*Da wir die Apokalypse nicht abwenden können, müssen wir lernen, sie als sinnvolles Ende zu interpretieren*" (Ulrich Horstmann in der „taz" vom 4.2.85). Damit ist der radikalste Gegenpol gegen den Optimismus formuliert.

Ebermann und Trampert dagegen bleiben Optimisten, sie gehen von einer besseren Gesellschaft nach dem Kapitalismus aus und selbstredend auch davon, daß man die Erkenntnisse wird besser als heutzutage anwenden können, denn sonst macht die Überwindung des Kapitalismus keinen Sinn. In punkto Optimismus stehen die beiden dem klassischen Sozialismus nicht nach, eher im Gegenteil.

2. Die „Anwendung" der Maschinerie

Das angeblich unkritische Verhältnis Marxens und der Marxisten zur Technik und zur industriellen Produktion ist ein zentraler Kritikpunkt jeder ökologistischen Abgrenzung vom Marxismus. Ebermann und Trampert leiten ihre Ausführungen zu diesem Thema mit den Sätzen ein, die Rationalisierungswellen seien „*von den Organisationen der Arbeiterbewegung grundsätzlich positiv bewertet worden*". Zum Teil habe sich die positive Stellungnahme ergeben „*aus der Überlegung, welche Möglichkeit sich aus solchen Entwicklungen für die Zeit nach der Überwindung des Kapitalismus eröffnen*" (S. 229).

Nun kann nicht bestritten werden, daß der „*sozialistische Industrialismus*" (S. 136) einen Großteil der Arbeiterbewegung beherrscht hat und beherrscht. Insbesondere der Ökonomismus, der sich im 19. Jahrhundert in der 2. Internationale herausbildete, sah in der Industrieexpansion eine Entwicklung, die automatisch zum Sozialimus führen würde, weil sich der Kapitalismus selbst ökonomisch unmöglich machen würde. Was allerdings zu bestreiten ist, ist die geschichtslose Behauptung von Ebermann und Trampert, die in den Marxschen Schriften die Hauptursache für den „*sozialistischen Industrialismus*" sehen. Es gibt mittlerweile genug wissenschaftliche Untersuchungen der Entwicklung der Arbeiterbewegung, die recht eindeutig beweisen, daß die Marxsche Theorie nicht geschlossen von der Arbeiterbewegung übernommen wurde, daß es zahlreiche intellektuelle Einflüsse auf diese gegeben hat und daß die Weltanschauung der 2. Internationale, obwohl sie sich selbst als „Marxismus" begriff, keineswegs identisch war mit der Marxschen Theorie. Das soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Wichtig ist es aber festzuhalten, daß die Marxsche Theorie und das Denken der verschiedenen marxistischen Arbeiterorganisationen getrennt analysiert werden müssen.

Trampert und Ebermann nehmen diese Trennung nicht vor, sondern sie suchen bei Marx Sätze, an denen der Industrialismus anknüpfen konnte. Sie zitieren Marx, daß die „*Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ... die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals*" sei, weil der Kapitalismus damit „*unbewußt die materiellen Bedingungen einer höheren Produktionsform*" entwickele (Kapital, Bd. 3, S. 269). Zu beachten ist dabei unbedingt, daß für Marx die Produktivkräfte nicht allein in den Produktionsinstrumenten bestehen, sondern daß die Produzenten für ihn die wichtigste Produktivkraft darstellen. Die beiden Autoren übersehen dies völlig und behaupten, daß bereits in obiger Aussage von Marx eine „*positive Bezugnahme auf die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte*" angelegt sei, und: „*Damit (!) ist also weitgehend schon der Gedanke einer Übernahme der Technik durch die Arbeiterklasse an der Macht vorausgedacht*" (S. 229/230).

Nun ist erstens in dem Marx-Zitat von Technik gar nicht die Rede und zweitens nimmt Marx positiv auf die kapitalistische Entwicklung nur Bezug, **insoweit** diese eine bessere Gesellschaft vorbereite.

Nach dem obigen Zitat bringen nun Ebermann und Trampert ein weiteres Zitat aus dem „Kapital", in dem sich Marx gegen die Unsitte ausspricht, das Übel in der „Maschinerie an sich" zu suchen statt in ihrer „kapitalistischen Anwendung" (Bd. 1, S. 465). Die beiden Autoren stimmen nun Marx insoweit zu, daß die Entwicklung der Maschinerie an sich nicht zu verdammen ist „*Denn alle unsere Überlegungen zu konkreter Utopie und zu neuen positiven Zielen sind nur für eine Gesellschaft denkbar, die nicht in überlangen Arbeitstagen ihre ganze Kraft auf bloß materielle Lebenssicherung verausgaben muß. Das aber wäre ohne Maschinerie und ohne Industrie notwendig der Fall*" (S. 230). Was sie nun Marx vorwerfen, ist folgendes: „*Zugleich meinen wir jedoch, daß Marx korrigiert werden muß ..., wenn er eine schematische Trennung von Maschinerie als Produktivkraft und Fabrik als Produktionsverhältnis vornimmt*" (S. 230).

Wenn man nur das Zitat aus dem „Kapital" kennt, das die Autoren anführen, wenn man das „Kapital" nicht wirklich gelesen hat, sondern die Zitate schon bei anderen Marx-Kritikern abgeschrieben hat, macht der Vorwurf vielleicht Sinn. Er ist auch nicht neu. Otto Ullrich hat mit Zitaten von Marxisten auf derselben Ebene bereits gegen die „Anwendungs"these polemisiert (vgl. Ullrich: „Ökologie — Marxismus — Industrialisierung", in: „Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz", Kassel 1980).

Stimmt die Behauptung, daß die Produktivkräfte für Marx einfach historisch gewordene Mittel sind, die als invariante Elemente des historischen Prozesses beliebig angewandt werden können? Oder anders ausgedrückt: Sind die Produktivkräfte für Marx gleichgültig gegenüber den Produktionsverhältnissen?

Im „Kapital" schreibt Marx wenige Seiten vor dem Ebermann/Trampert-Zitat: „*In der Manufaktur ist die Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses rein subjektiv, Kombination von Teilarbeitern; im Maschinensystem besitzt die große Industrie einen ganz objektiven Produktionsorganismus, den der Arbeiter als fertige materielle Produktionsbedingung vorfindet*" (Bd. 1, S. 407).

Die Maschinerie bestimmt also für Marx „ganz objektiv" und unausweichlich eine konkrete Arbeitsorganisation. Arbeitsmittel und Arbeitsprozeß trennt Marx also nicht.

An anderer Stelle heißt es bei Marx: „*In der Maschinerie tritt die vergegenständlichte Arbeit der lebendigen Arbeit im Arbeitsprozeß selbst als die sie beherrschende Macht gegenüber, die das Kapital als Aneignung der lebendigen Arbeit seiner Form nach ist*" (Grundrisse, S. 585). Die konkrete Maschinerie ist demnach für Marx nichts anderes als die materielle Vergegenständlichung des Klassenverhältnisses in den Produktionsmitteln. Nichts wäre absurder, als Marx eine schematische Trennung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vorzuwerfen.

Im Gegenteil. Die Marxsche Theorie war die erste und ist bis heute die einzige, die überhaupt die Klassenverhältnisse theoretisch analysierte. Und sie ist bis heute die einzige Theorie, in deren Begriffen die wechselseitige Durchdringung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen überhaupt gedacht werden kann. Warum kommt kein einziger kapitalismus-kritischer Ansatz ohne Anleihen bei Marx aus? Warum scheitert jede ökologistische Marx-Kritik bzw. warum bleiben diese immer bei vereinzelten Kritiken an einzelnen Aussagen?

Der Versuch von Trampert und Ebermann, eine Abgrenung von Marx auf der Ebene der Gesellschaftsanalyse zu vollziehen, ist in seiner ganzen Widersprüchlichkeit und Inkonsequenz symptomatisch. Der Grundfehler liegt schon dort, wo man eine Theorie nur als Ansammlung von Einzelaussagen begreift und davon einen Teil nimmt, den anderen verwirft, ohne sich über das theoretische Gesamtkonzept, über die inhaltlichen Bezüge der Begriffe zueinander usw. irgendwelche Gedanken zu machen. Diese Unsitte hat die Linke wirklich über alle politischen Richtungsänderungen hinübergerettet. Das ist ein unkritischer und unwissenschaftlicher Umgang mit Theorie, weil diese nicht untersucht wird nach ihrem Gegenstand, ihren Grundfragen und ihren Grundbegriffen, sondern man stolpert durch die Theorie wie durch einen Supermarkt.

Der rationelle Kern der Kritik an dem „Anwendungs"gerede von Marx ist eigentlich nur der, daß der „sozialistische Industrialismus" daraus eine ganz vulgäre Übernahme-Theorie gemacht hat. Man kritisiert eigentlich nur, daß Marx damals aus der Sicht der heutigen Debatten mißverständlich sich ausdrückte. Ist das eine sinnvolle Kritik? Reicht das für eine grundsätzliche Abgrenzung? Kaum.

Maschinerie **an sich**, das heißt für Marx: unabhängig von ihrer konkreten Form, unabhängig von ihrer kapitalistischen Anwendung, Maschinerie überhaupt, allgemein. Und da haben Ebermann und Trampert gar keine Probleme, da sie ebenso eine andere Maschinerie, eine andere Industrie anstreben, eine nicht-kapitalistische Anwendung! Wozu also all der Unfug, Marx habe mit diesen Sätzen dem sozialdemokratischen Industrialismus den Weg bereitet? Wozu die Anleihen bei Habermas und Marcuse? (Die, nebenbei, eine Seite weiter gleich wieder ad acta gelegt werden.)

An den Punkten, an denen Ebermann und Trampert ihre theoretische Abgrenzung zu Marx zu begründen versuchen, sind sie gescheitert. Die theoretische Differenz zu der Marxschen Theorie liegt nicht dort, wo Ebermann und Trampert sie vermuten.

Die eigentliche Differenz liegt darin, daß Ebermann und Trampert der Marxschen Theorie ihren Charakter als Geschichtswissenschaft nehmen und die Marxsche Theorie reinweg auf den ökonomischen Bereich begrenzen. Alle Fragen, die unmittelbar mit der kapitalistischen Produktionsweise zu tun haben, bearbeiten sie mit den Begriffen der Marxschen Theorie. Für Marx allerdings war das Kapital nicht allein eine Seite des Produktionsprozesses, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das alle Sphären der Gesellschaft durchdringt und ihre Entwicklung „in letzter Instanz" bestimmt. Für Marx war das Kapitalverhältnis zugleich ein Verhältnis, das sich den Menschen nicht in seiner wirklichen Gestalt zeigt, sondern das sich selbst verschleiert: „*Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt...*" („Kapital", Bd. 1, S. 86). Daher trete laut Marx eine trügerische Wahrnehmung ein: „*Ihre eigene gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren*" (ebenda, S. 89).

Dies ist in gewisser Hinsicht der springende Punkt. Denn die Ökologie-Bewegung mit ihrer Kritik der Technik an sich, der Industriegesellschaft an sich, unterliegt gerade dieser Verwechslung, nur die Bewegung der Sachen wahrzunehmen und nicht das in ihnen vergegenständlichte gesellschaftliche Verhältnis. Ebermann und Trampert versuchen gar nicht erst eine Problematisierung, inwieweit der Ökologismus einer Erscheinungsebene verhaftet bleibt, die den wirklichen Charakter der Verhältnisse verschleiert. Gerade diese für Marx zentrale Fragestellung, wie sich das herrschende Bewußtsein aus den konkreten Verhältnissen erklären läßt, ignorieren sie und verkürzen die Marxsche Theorie auf eine korrigierte Nationalökonomie.

Uwe Klußmann hat wiederum unrecht, wenn er von „materialistischer Analyse" redet. Eine materialistische Analyse kann nicht dort aufhören, wo sie überhaupt zu beginnen hätte: bei der theoretisch stringenten Erklärung des Bewußtseins aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst heraus. Ebermann und Trampert untersuchen weder, welche Ursachen dem Übergang eines Großteils der Linken zu einem ökologistischen Denken zugrunde liegen, noch problematisieren sie dieses Denken selbst. So erscheint dann die Politische Ökologie als etwas jenseits der politischen Bewegungen Existierendes, als eine selbstüberzeugende Wahrheit, die unabhängig von der Geschichte existiert — als Idee im alten philosophischen Sinne, als selbst nicht begründetes Dogma.

Ökologie, ob politisch oder nicht, kann selbstredend auch in einem kapitalistischen Sinne benutzt werden. Auch der Kapitalismus versucht, vermittelt über Gesetze, den ökologischen Schaden einzudämmen. Daß ihm dies nicht grundsätzlich gelingen kann, wird irrelevant, wenn man meint, daß ohnehin keine grundsätzliche Lösung möglich sei, sondern allein eine Minimierung des Schadens durch Verzicht.

Ebermann und Trampert meinen aber etwas ganz anderes. Sie wollen der Politischen Ökologie eine normative Funktion zuweisen in dem Sinne, daß diese die ökologisch optimale Gesellschaft zu bestimmen habe und von daher regulative Eingriffe in die Produktion vornehme. Der Maßstab, mit dem die Politische Ökologie nun aber an die Dinge herangehen soll, besteht aus abstrakten Werten wie „der Natur" (an sich), „der Menschlichkeit" (an sich) usw.

Während Marx versuchte, die emanzipatorischen Ziele mit den gesellschaftlichen Interessen zu vermitteln und von bloßen Utopien wegzukommen, gehen Ebermann und Trampert umgekehrt den Weg von der Wissenschaft zur Utopie, deren grundlegende Werte im alten Sinne philosophisch postuliert werden, ohne aus einer Analyse der **inner**gesellschaftlichen Widersprüche zu resultieren. Die Utopie der „Zukunft der Grünen" resultiert allein aus dem Widerspruch zwischen der Gesellschaft und der „äußeren Natur" und kann deshalb nicht zu einer wissenschaftlichen Vermittlung von Utopie und gesellschaftlichen Widersprüchen gelangen.

Dies ist der Grund, warum die „Zukunft der Grünen" letztlich auf einer Ebene moralischer Appelle landet: Verzicht, Abschied, Vernunft. Von daher ist es eben auch kein Zufall, daß Ebermann und Trampert auf die Frühschriften von Marx zurückgreifen, auf Schriften also, die entstanden, bevor Marx jenen Bruch mit der alten Philosophie vollzog, der die Marxsche Theorie erst ermöglichte. Der Rückgriff auf die Frühschriften ist in den letzten Jahrzehnten wiederholt benutzt worden, um Marx mit Marx zu bekämpfen (vgl. Louis Althusser, „Über den jungen Marx", in: ders., „Ideologie und ideologische Staatsapparate", Berlin (W), 1977).

Selbstredend spricht nichts dagegen, über den eventuellen Nutzen der Marxschen Frühschriften zu diskutieren. Aber was nicht fruchtbar ist, das ist ein bloßer Wechsel der Schriften, aus denen man unkritisch abschreibt. Heute aus dem „Bürgerkrieg in Frankreich", morgen aus den Frühschriften — ganz, wie man die Sätze gerade auslegen möchte. Das hat mit theoretischer Arbeit nicht das geringste zu tun. Das hat mit kritischer Aufarbeitung eigener Positionen nicht das geringste zu tun. Sondern das ist das alte Umgehen mit Theorie, die man bloß zur Bestätigung von Annahmen braucht, die man lange vorher schon hatte.

„Die Zukunft der Grünen" zeigt weniger ein „realistisches Konzept für eine radikale Partei" auf, als vielmehr unfreiwillig die Unstimmigkeiten, die einem realistischen Konzept im Wege stehen.

J./Hamburg

Ende einer K-Gruppe

Am 16.2.85 besiegelte eine KBW-Mitgliederversammlung nun auch formal den Abtritt des Kommunistischen Bundes Westdeutschland aus dem politischen Leben. Schnell, allzu schnell sind die Ergebnisse der ca. hundert-köpfigen Versammlung in Frankfurt, ein Viertel davon Gäste, berichtet. Politische, weltanschauliche oder humoristische Höhepunkte gab es an diesem Nachmittag keine. Eintönig, lustlos, bürokratisch wurden die Tagesordnungspunkte abgehakt. Das offizielle Programm schloß mit den Worten der Versammlungsleitung: „Es gibt auch Musik hier. Es kann jeder machen, was er will. Tschüß!" Liebhaber früherer KBW-Rituale mit reichlich rotem Tuch und kehligen Männerstimmen kamen nicht auf ihre Kosten. Und mit Blick auf die Historie gehörte das Ereignis zu denjenigen, die man vergessen hat, noch bevor sie zuende sind. Dennoch wird es einige Traditionalismus-Fans und/oder Antiquitäten-Sammler geben, welche aus nicht nachvollziehbaren Gründen nach Einzelheiten dieser Versammlung dürsten — Beobachtungen wie sie eben vom AK und nur vom AK gemacht werden. Denn die anderen haben von „FAZ" bis „taz" gar nicht erst versucht, den Vorgang zu sezieren.

F o r m a l gesehen hat sich der KBW gar nicht „aufgelöst". Vielmehr hat er sich als Verein umgegründet, einen neuen Namen und eine neue Satzung gegeben. Hätte sich der KBW nämlich formal-rechtlich aufgelöst, um seine Vermögenswerte einem völlig neu gegründeten Gebilde zu übermachen, dann wären Schenkungs-, Vermögens- und sonstige Steuern fällig gewesen. In diesem Konflikt zwischen Gemeinnützigkeit und Kontinuität, wie es dezent beschrieben wurde, entschied man sich dann doch lieber für Kontinuität, d.h. gegen das Finanzamt. Der Rechtsnachfolger des KBWs wird somit vorläufig darauf verzichten, Gemeinnützigkeit für sich zu beantragen. Er wird, so wurde es gesagt, ein bißchen Zeit verstreichen lassen und dann das Problem neu aufwerfen. Den Ex-Genossinnen und Genossen kann niemand verwehren, sich solche nützlichen Gedanken zu machen. Wer angedenk des Leninschen Bahnsteigkarten-Vorwurfs gegen deutsche Revolutionäre auf ein wenig Selbstironie der Akteure gehofft hatte schen Bahnsteigkarten-Vorwurfs gegen deutsche Revolutionäre auf ein wenig Selbstironie der Akteure gehofft hatte, sah sich aber enttäuscht. Als Qualitätsmerkmal ist „e.V." (seriös, erfahren, geschäftstüchtig) heute so gut wie früher „ML" (kampfstark, offensiv, geschlossen).

Der neue Name lautet „Assoziation" und wurde laut Schmierer gewählt, um möglichst wenig programmatische Festlegungen zu treffen. Etwas deutlicher ausgedrückt: Der sich anspruchsvoll dünkende Sozialist darf an Marx denken, während das breite Feld grüner Minderbemittelter nicht durch einen linken Titel abgeschreckt werden soll. Und so lautet die zeitgemäße Aufgabenbestimmung: „*Zweck des Vereins ist die wissenschaftliche und empirische Erforschung von Produktions- und Lebensformen, die innerstaatlich und zwischen den Völkern ein selbstbestimmtes und freies Arbeiten frei von jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen ermöglichen und darauf abzielen, den Umgang mit der Natur so zu gestalten, daß die Förderung, Schonung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen jegliche Produktion der Menschen mitbestimmen.*" Von den Autoren dieser Zeilen wurde Wert darauf gelegt, nicht jede Formulierung auf die Goldwaage zu legen, da es sich keinesfalls um einen Programm-Ersatz handeln solle. Phrasen kann man in der Tat schlecht wiegen. Bemerkenswert ist allerdings die Trennung zwischen wissenschaftlicher und empirischer Forschung, welche der Verein irgendwie fördern will. Für den KBW war „Wissenschaft" oder „Theorie" letzlich nicht an empirische Forschung, also an Beweise durch Tatsachen gebunden. Hier wahrt Assoziation also ein Stückchen Tradition.

Der Verein wird über das eigenen Angaben zufolge 8,9 Mio. DM umfassende Darlehen wachen, welches der KBW im Laufe von zwölf Jahren erwirtschaftet und in die Kühl KG, den Unternehmensverband an der Frankfurter Mainzer Landstr. 147, gesteckt hat. Die dort Beschäftigten bilden ihrerseits einen Belegschaftsverein, um Selbstverwaltung zu praktizieren. Beide Vereine bestücken den Vorstand des jeweils anderen mit einem Beirat, der bei wichtigen (Finanz-)Entscheidungen Mitbestimungsrechte geltend machen kann. Alles scheint auf den ersten Blick autonom, selbstverwaltet, basisdemokratisch und easy zu sein. Alten Leninisten fällt es jedoch nicht schwer, die Vermutung zu realisieren, daß Schmierer sehr wohl und in erster Linie darauf bedacht war, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Ihm kam es natürlich darauf an, die Zeitung „Kommune" (für sich) zu „sichern", und in dieser Hinsicht scheint die bürokratisch doppelverzahnte Vereinskonstruktion geradezu ideale Vorteile zu bieten. „Kommune" braucht jährlich runde 100 000 DM Zuschuß. Die müssen vom Unternehmensverband ML 147 erwirtschaftet werden. Sollte eine Mehrheit der dort Beschäftigten in freier Selbstverwaltung einmal keinen Bock mehr darauf haben, werden sie schnell feststellen, wo ihr Spielraum endet: Assoziation verlängert den Darlehensvertrag nämlich nur unter der Bedingung, daß „*die Kühl KG oder der Sendler Verlag mit den Herausgebern von KOMMUNE und UMBRUCH Verlagsverträge abgeschlossen haben, die eine Finanzierung beider Zeitschriften auf mindestens fünf Jahre sicherstellen.*" Wo das Geld ist, ist die Macht, möchte man meinen. Irrtum! Assoziation hat nämlich selber nicht den geringsten Einfluß auf „Kommune", etwa auf die Besetzung der entsprechenden Stellen. „Kommune" wird von 15 Personen herausgegeben, die keinem außer sich selbst verantwortlich sind, aber auf fünf Jahre hinaus (von anderen) finanziell sichergestellt werden. Eine beachtlich Konstruktion und ein beachtliches Privileg. Schmierer ist es gelungen, sich für mindestens ein halbes Jahrzehnt sowohl Geldsorgen als auch jeden fremden Einfluß auf seine Zeitung vom Leib zu halten, selbst denjenigen seiner letzten Getreuen von Assoziation. Soviel gegenseitiges Mißtrauen ist irgendwie gar nicht schön ...

Um erheblich geringere Geldsummen ging es bei der Diskussion um die Einrichtung eines Rechtshilfe-Fonds durch Assoziation. Dafür gab es hier die einzige Kontroverse des Nachmittags. 15 000 DM waren für einen Grundstock vorgeschlagen, jährlich 5000 DM sollten aus den Zinsen des Darlehens hinzukommen — freilich nur, falls die wirtschaftliche Lage der Kühl-Unternehmungen das Eintreiben dieses Betrages möglich mache. Niemand der Anwesenden sah sich zu einem Überblick in der Lage, in welchem dieses Betrages möglich mache. Niemand der Anwesenden sah sich zu einem Überblick in der Lage, in welchem Umfang Verfahren aus der KBW-Zeit noch nicht abgewickelt sind. Einige Anwesenden waren diese Beträge jedoch einfach zu schäbig. Schließlich stünden in Hamburg und Westberlin noch Häuser zum Verkauf an, und dann sei man ja flüssig.

Der Erlös aus diesen Immobilien ist freilich schon für Investitionen verplant, und anders als bei der großzügigen Förderung der „Kommune" wurde beredt davor gewarnt, die Kühl-Firmen zu stark zu belasten. Da war schon mal von der Gefahr eines „*Strangulierens*" die Rede und wörtlich: „*Willst du die Kuh schlachten, die die Zinsen erwirtschaften soll, mit denen der Rechtshilfe-Fonds gespeist werden soll?*" Wo hat man das schon mal gehört? Fast hat es den Anschein, als sei privates Unternehmertum eine Stütze bei der angestrebten selbstverwalteten und herrschaftsfreien Produktionsweise.

Wo unternehmerisches Denken und Wirken gedeiht, da findet sich, wie Heiner Geißler gewiß bestätigen kann, immer auch eine Bastion für diese unsere Familie. Es war Joscha-Papa persönlich, der ein lebend Zeugnis davon gab. Thema: die westdeutsche Linke als Familienkiste oder Streit macht die Versöhnung erst richtig schön. Wir sind also e i n e Bewegung heute wie damals, 1968 bis 70 mit einer explosiven Phase, gefolgt von einem traurigen Jahrzehnt der Spaltung in einen reformistischen (Eintritt in die SPD) und einen revolutionär-militanten Flügel (K-Gruppen, RAF, Spontis; Einteilung nach Schmierer). Gemessen an ihren selbstgesteckten Zielen seien die Spaltprodukte beide gescheitert. Das Bewußtsein davon ermögliche den Sammlungsprozeß, welcher heute wieder stattfinde: rund um die Grünen. So sind wir also in der günstigen Lage, daß die „Bewegung" anders als in den siebziger Jahren als Ganze „diskussionsfähig" sei. Dieser Umstand erfordere geradezu eine Zeitschrift wie die „Kommune".

Diese Gebetsmühle ist so klapprig, daß einem selbst das Politbüro der KPdSU vergleichsweise als Jungbrunnen erscheint. Die Vergangenheit war so schlecht nicht (und wenn sie's war, dann für alle gleichermaßen). Die Gegenwart ist gut, die Zukunft ist glänzend, und was mir gerade eingefallen ist, zu tun, erweist sich — oh Wunder — als goldrichtig. Es sind nicht die neuen Einsichten, die den KBW zur Selbstauflösung veranlaßten. Es sind vielmehr genau die alten Einsichten, die es angebracht erscheinen lassen, das Unternehmen umzubenennen und zu renovieren.

Festzuhalten bleibt das starke, nein übermächtige Bedürfnis, dazuzugehören zur Familie (der Grünen), nicht mehr draußen zu stehen, nicht mehr Underdog zu sein, der linke Depp, über den alles lacht. Nehmen wir zum besseren Verständnis einen Vergleich, der deswegen so schön ist, weil er die unvergleich Verglichenen gleichermaßen beleidigt. Nehmen wir Erich Honecker, wie er am Morgen nach der Wiedereröffnung der Dresdner Semper-Oper Helmut Schmidt empfängt und schauen wir uns Honis Gesicht beim mediengerechten Händedruck an. Das war doch was, sagt Honis Mienenspiel, gestern abend, nicht wahr? Ein Stück deutscher Nationalkultur, und ihr hättet es nicht besser machen können. Wie wir das hergerichtet haben, diesen alten Prunkbau, besser ist das in Frankfurt nicht gelaufen und in Zürich auch nicht. Meint Honi und er sehnt sich nach einem Ja-Wort von Helmut. Denn wir Deutschen sind familiär und wir wollen, daß eine gute Arbeit auch gute A n e r k e n n u n g findet. Eben das ist das Problem des KBWs, menschlich gesehen, und wenn das so ist, verdammt noch mal, warum verweigert er mit Haken und Ösen und allen sonstigen plumpen Polittricks der DDR, was ihr gebührt?! Solange das so ist, können sich Schmierer und sein Anhängsel die heißersehnte schulterklopfende Flaschenbier-Solidarität bei allen anderen abholen, von „Pflasterstrand" bis „taz", nur nicht beim KB.

Wer heute, wenn auch unbewußt, die Familie als Paradigma für eigene Vergangenheitsbewältigung wählt, muß sich fragen lassen, ob die so gewonnenen Erkenntnisse nicht ebenso von Heuchelei und Verlogenheit triefen, wie es familiäre Versöhnungszeremonien gemeinhin auszeichnet. Kein Wort über die spezifische „Abgrenzung" des KBW von APO und 68er Revolte, zu der man sich heute nicht schwülstig genug bekennen kann. Kein Wort über die revolutionären Energien, die der Apparat in der Mainzer Landstr. 147 (ML 147) so gründlich zu Wort über die revolutionären Energien, die der Apparat in der Mainzer Landstr. 147 (ML 147) so gründlich zu zerstören verstand. Kein Wort über die Herkunft des Vermögens, welches man heute so kompetent zu verwalten versteht. Kein Wort über den möglicherweise tiefsitzenden Eindruck, den das desolate Unternehmen von 1973 bis 1985 bei Arbeitern (wenn man die auch mal anführen darf) hinterlassen hat. Kein Wort über das, was vom KBW allemal bleibt: Die optimale Diskreditierung der kommunistischen Gehversuche links vom Revisionismus. Nur weil über all das geschwiegen wird, ist es möglich, daß die Konkurs-Verursacher auch die Konkurs-Verwalter (und die Konkurs-Profiteure) sind. Trotz dieses faden Beigeschmacks: Es bleibt ein Konkurs. Einer, der überfällig war. Einer, von dem Mao gesagt hätte, daß er leicht wie eine Schwanenfeder wiegt.

de.

Das grüne Band der Sympathie oder das Geheimnis der ursprünglichen Akkumulation

„*Zu einem in der Alternativszene konkurrenzlosen Kapitalstock, dessen sich in der ‚ersten Wirtschaft' kein Betrieb zu schämen bräuchte...*" (FAZ, 18.2.85) haben es Schmierer und drei Dutzend Ex-KBW'ler am 16.2. gebracht. Die heutigen Nutznießer der seinerzeitigen KBW-Infrastuktur bekennen sich zu ihrer Erbschaft auf recht eigenartige Weise: Daß ihr neuer Reichtum die Frucht der Anstrengung anderer ist, geben sie einerseits zu, andererseits leiden sie vermittels der dreisten Behauptung, „Verwalter" früherer KBW-Ziele zu sein, keinesfalls an Gewissensbissen. Im Gegenteil: Sie verstehen die Lösung ihrer Einkommensprobleme als Lohn für's lange Durchhalten nach dem Motto: Wer am längsten sitzen bleibt, sitzt heute am besten. Daß sich Opportunismus lohnt, ist ja nun nichts neues in dieser Gesellschaft, aber der Übergang der per Erbe zu „*Belegschaftsmitgliedern*" (incl. „Kommune"-Redaktion) gewordenen Jungunternehmer eines „*selbstverwalteten Betriebes*" zur gekonnten Unternehmerideologie überrascht doch etwas. „Auf eigene Rechnung" wolle man für „die Kunden" arbeiten, wird da stolz in einer Vorlage für die letzte Versammlung angekündigt. Da trifft es sich betriebswirtschaftlich gesehen aber gut, daß man dieses Unternehmensziel mit einem bereits voll „ausgestatteten" Betrieb angehen kann (Rollenoffset, Bogenoffset, Computersatz u.s.w.). Mit flotten Sprüchen wird über die seltsame ursprüngliche Akkumulation des Kapitals hinweggegangen: „*Keine Subventionen von Parteien und Staat*" werde man annehmen und „*dem Kunden von der Idee bis zum fertigen Produkt*" trozdem alles liefern. Die neuen „Rollen" als Unternehmer, Grundeigentümer und Verwalter fallen leicht, weil man sanft gefallen ist. Sogar Ausländern bietet man Mietraum an, heißt es, um gleichzeitig zu betonen: „*Finanziert wird das Haus ausschließlich durch Mieteinnahmen*". Wer hätte das gedacht? Das Haus belastet die anderen Konzernteile nicht. „*Gut diversifiziert*" heißt das in der BWL. Und man ren Konzernteile nicht. „Gut diversifiziert" heißt das in der BWL. Und man bleibt am Markt: Ein Mehrzweckraum für „*handwerkliche Arbeiten und folkloristische Übungen*" und ein Szene-Café sind in der Planung, kreditfinanziert. Das „*grüne Band der Symphatie*" verbindet zunehmend die Szene der Bankenmetropole am Main.

22.00 III nach Neun. Gäste: Der Landesvorsitzende der niedersächsischen SPD, Gerhard Schröder, Ex-KBW-Chef Gerhart Schmierer, die Filmemacherin Nina Gladitz, die Gründerin des „Heimholungswerk Jesu Christi" Gabriele Wit-

Wer ARD sagt muß auch BRD sagen. Schmierer tritt im TV auf.

Das Ereignis fand zwar nicht im ARD statt, sondern ging über drei Regionalprogramme, aber die anvisierte Zielgruppe war umso besser im Visier: Zwischen Alma Holländer mit ihrem zählenden Hund und Gabriele Wittek, Gründerin des „Heimholungswerkes Jesu Christi" wurde am 22. Februar in der Sendung „Drei nach Neun" (NDR, RB, SFB) auch „Ex-KBW-Chef Gerhardt Schmierer" vorgeführt. Ankündigung: „*Eine Polit-Sekte weniger?*" Interviewer: Günther Nennig, der „*Hirsch von Hainburg*" (Spiegel 4/85) und erfolgreichstes Chamäleon der österreichischen Szene.

Nach dem Motto „*Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche*" nahm sich Nennig den um einen guten Eindruck vor dem bürgerlichen Publikum bemühten Schmierer vor. Nennigs Hauptinteresse lag darin, einen Verlierer vorzuführen, und vor der Hinterlist gescheiterter Linker beim Unterwandern der Grünen zu warnen. Beides gelang ihm vollkommen: Schmierer war tatsächlich bemüht, seine politischen Absichten gegenüber den Grünen vor dem Publikum zu verbergen und gab daher das Bild eines ziemlich verwirrten und herumstotternden Würstchens ab, das sich lediglich bei der „Gewaltfrage" verteidigte und zwar mit dem Hinweis, man habe sie in Gegenwehr angewendet, „*um ein bißchen mehr Freiheit zu haben*".

Im Mittelpunkt von Schmierer's Antworten stand ein Versuch, sich **vor allem** als „alter 68er" vorzustellen, die Heidelberger Zeit („Joscha") in den Vordergrund und die KBW-Zeit („H.G.") in den Hintergrund zu schieben. Motto: Wir sind alle alte 68er und treffen uns nach verschieden Umwegen wieder bei den Grünen. Einzelheiten über die Zeit der Umwege sind dann nicht weiter beachtenswert. Orginalzitat: „*....wir sind immer Teil dieser Bewegung gewesen, die 68 angefangen hat, und als solcher Teil verstehe ich mich immer noch...*" oder: Wir sammeln „*heute wieder die Kräfte, die sich in den 70er Jahren gespalten hatten... In den 70er Jahren waren wir ziemlich gespalten, 68 waren wir ne einheitliche Bewegung ... und die Frage war immer, und ist sie auch heute noch, wie können wir ne Politik radikaler Änderung des ... gesamten Industrialismus in Gang bringen... Das Problem ist heute nicht so furchtbar anders wie in den 70er oder in den 60er Jahren*". Allein, Schmierer's Kunst, mit waghalsi- den 70er oder in den 60er Jahren". Allein, Schmierer's Kunst, mit waghalsi- gen Konstruktionen alles nachträglich „stimmig" zu machen, überzeugte wohl seine in Nord und Süd vor dem TV sitzenden Getreuen, nicht jedoch Nennig und das übrige Publikum. Deren Sorge war aber unbegründeter als sie ahnen mochten: „*Na, was wollen sie? Sagen Sie's. Sie sind jetzt irgendwie so grün versuchen sich dort heranzumachen!*" (Nennig) „*Ich gebe ne Zeitschrift raus, in der ziemlich viele Grüne schreiben, und bin dort Redakteur und schreib' ab und zu selber auch.*" (Schmierer) „*Hoffentlich drängen sie die Grünen nicht ganz ins linke Eck!*" (Nennig) „*Drängen schon, aber doch nicht nach links*", wollte Schmierer gerade sagen — aber da schwenkte die Kamera schon zur Diskussionsrunde „Selbstjustiz der Bürger — Ja oder Nein?"

K.W., Hamburg

„Eine hilflose Maßnahme gegen den Aufbau der Zentrale des KBW in Frankfurt



Heute Nacht gegen 1.30 haben 80 bis 100 Polizisten versucht, die Bauarbeiten an der Zentrale des KBW zu behindern. 26 wurden ‚vorläufig festgenommen' und bis 7.30 Uhr in Haft festgesetzt. ‚In Vorbeugehaft genommen, um weitere Arbeiten zu verhindern', erklärte der Einsatzleiter. Arbeiten, an denen kein Kapitalist fett wird, sondern die die Arbeiter für ihre eigenen Ziele machen, das ist für die Kapitalisten schrecklich. Daß die Arbeiter aus den Mitteln ihres Lohnes ein Haus kaufen, um den Kampf gegen die Bourgeoisie besser führen zu können — das trifft die Kapitalisten schwer. Noch mehr trifft es sie, daß die Arbeiterklasse in der Lage ist, unter eigener Leitung ihre produktiven Fähigkeiten zu entfalten und das Haus in kürzester Zeit auszubauen. Jetzt kommt es zu solchen lächerlichen Behinderungsversuchen. Aus dem ganzen Sack von Rechtsbrüchen, die die Zuhälter vom 4. Revier sich dabei geleistet haben, müssen sie von der Justiz erst noch herausgepaukt werden. Außerdem hat alles nichts genutzt. Die Bauarbeiten schreiten voran und der Zeitpunkt, wo dieses Haus seinen Nutzeffekt für den Kampf der Arbeiter entwickeln kann rückt näher." Dies der Text der Wandzeitung. Anlaß für die Bourgeoisie am Donnerstag erneut gleich eine Hundertschaft von Polizeischergen bis auf die Zähne bewaffnet loszuschicken, um die Wandzeitung zu erbeuten. Die Wandzeitung ist weg. Was bringts für die Bourgeoisie? Nichts! Sie braucht nur zu denken an die hundert, tausend Berichte und Diskussionen in Fabriken, Büros, Schulen und Universität. Und vor allem an das, was bei diesen Diskussionen herauskommt. Darüber wird die Bourgeoisie nicht froh. Darum werden die Bauarbeiten an der Zentrale weiter zügig voranschreiten. So oder so, den Ärger hat die Bourgeoisie. Das soll auch so bleiben.

Trotzki und Stalin: Das Paar des Jahres?

Fortsetzung von Seite 1

Wenn mensch als Außenstehender so zurückblickt, scheint alles mit dem 5. Parteitag der KPD/ML alias KPD im Dezember 1983 begonnen zu haben. Zwar, schon vorher hatten ein paar erstaunliche ideologische Lockerungsübungen stattgefunden: vom einstigen Übervater Mao hatte „die Partei" sich schon Ende der 70er Jahre getrennt, und damit natürlich auch von allerlei sektiererischen Schlacken, die der notorische Kleinbürger Mao der KPD/ML in ihren Jugendjahren aufgezwungen hatte. Aber erst auf dem 5. Parteitag, nach immerhin 15jähriger Existenz, trennte sich die KPD alias KPD/ML auch von ihrem Gründer, Leitfossil und Vorsitzenden Ernst Aust plus Ehefrau Waltraud. Beide bekamen, „*immer wieder von anhaltendem Beifall unterbrochen*", einen demonstrativ ehrenvollen Abschied, mit stehenden Ovationen und „*tiefempfundenem Dank*". (RM, 9.12.83) Waltraud Aust meldet sich seither von Zeit zu Zeit im „Roten Morgen" mit ver-

denem Dank". (RM, 9.12.83) Waltraud Aust meldet sich seither von Zeit zu Zeit im „Roten Morgen" mit ver-

bitterten Leserbriefen zu Wort, in denen sie den alten Zeiten nachtrauert, als Albanien noch Albanien war und als die KPD/ML sich noch nicht für die Freigabe der Sodomie stark machte. Mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden, Horst-Dieter Koch („*langjähriges Mitglied des Politbüros der Partei*"), waren offensichtlich auch die letzten Hemmungen gefallen: Als im Februar 1984 eine Nationale Konferenz der GIM stattfand, nahm „*erstmals*" ein Vertreter der KPD als Gast teil. Die GIM freute sich „*besonders*": „*Für uns bedeutet dies einen Schlußstrich unter die Vergangenheit, die vor allem durch sektiererische, teils gewalttätige Angriffe dieser Strömung gegenüber dem ‚Trotzkismus' geprägt war.*" (wt, zit. nach RM, 23.3.84). Nur beiläufig und ohne inhaltlich etwas zur Sache zu sagen, wurde bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß zuvor bereits „*zwei Gespräche auf Leitungsebene*" zwischen GIM und KPD stattgefunden hatten und daß die Gespräche fortgesetzt werden sollten (RM, 23.3.84).

Was weiter geschah, läßt sich für Außenstehende nur stückweise rekonstruieren: sicher ist jedenfalls: Mit Datum 2.10.84 traf beim Politbüro der KPD ein Briefchen vom Politbüro der GIM ein. Zur Einstimmung lobte die GIM die „*sehr positiven Erfahrungen*" in der Zusammenarbeit mit der KPD; zwischen beiden Organisationen bestehe **„ein sehr großes Maß an gemeinsamem Verständnis über die Aufgaben revolutionärer Sozialisten unter den gegebenen klassenpolitischen Verhältnissen in der BRD"**. Danach kam man direkt zur Sache: Das ZK der GIM habe **„auf seiner Sitzung vom 15./16. September das Politische Büro beauftragt, mit der nationalen Leitung der KPD die Diskussion über**

vom 15./16. September das Politische Büro beauftragt, mit der nationalen Leitung der KPD die Diskussion über

eine Reihe von politischen und programmatischen Fragen zu suchen, mit dem Ziel, auf eine V e r e i n i g u n g beider Organisationen hinzuarbeiten." Zusammen mit diesem Briefchen bekam das Politbüro der KPD den Wortlaut der entsprechenden ZK-Resolution, verbunden mit dem Wunsch, über „*unser Diskussionsanliegen*" möglichst noch im Oktober (1984), spätestens aber im November von Politbüro zu Politbüro zu verhandeln. Die ZK-Resolution der GIM zieht eine Bilanz der bisherigen Kooperation GIM-KPD und entwickelt daraus Handlungsvorschläge: „*Der Entwicklungsprozeß innerhalb der KPD (früher KPD/ML) in den letzten Jahren ... eröffnet objektiv die Möglichkeit einer Vereinigung von GIM und KPD und die Schaffung einer neuen Organisation.*" Grundlage einer solchen Vereinigung müsse die Übereinstimmung beider Organisationen hinsichtlich der a k t u e l l e n Aufgaben (in erster Linie 35-Stunden-Woche) sein, bei vorläufiger Zurückstellung ideologischer und historischer Differenzen. Also Minimalkonsens. Bliebe nur noch ein Problem: die Zugehörigkeit der GIM zum trotzkistischen Dachverband „4. Internationale". Das könne man, wie gleich richtig vermutet wurde, der KPD denn wohl doch noch nicht zumuten. Also, so das ZK der GIM, sei eine „*Übergangsregelung*" ratsam: die aus der Vereinigung von GIM und KPD entstehende neue Organisation soll vorerst als Ganzes nicht der „4. Internationale" angehören. Wohl aber würde die bisherige GIM in dem neuen Verein eine eigene „Tendenz" (= Fraktion) bilden und als solche weiter in der „4. Internationale" mitarbeiten. Das sei von anderen „Sektionen" (= nationalen Organisa-

als solche weiter in der „4. Internationale" mitarbeiten. Das sei von anderen „Sektionen" (= nationalen Organisa-

tionen) der „4. Internationale" bei ähnlichen Vereinigungen schon praktiziert worden. Irgendwann, zu einem nicht definierten „*späteren Zeitpunkt*", wird dann „*ein entsprechender Kongreß anberaumt*", um zu beschließen, wie es weitergeht.

Daß dieses „*Modell einer Übergangsregelung*" auf das Einsacken der KPD durch die „4. Internationale" hinauslaufen würde (und soll), oder daß man sich andernfalls nach ein paar Jahren eben wieder trennen müßte, liegt auf der Hand: Für die GIM steht ihre Zugehörigkeit zur „4. Internationale" und ihre trotzkistische Ideologie nicht zur Diskussion. Daran kann sich die KPD anpassen, oder es wird zu unversöhnlichen Gegensätzen kommen. Daß die 35-Stunden-Woche keine ausreichende Plattform für den Zusammenschluß zweier sozialistischer Organisationen ist, müßte sogar einem Anfänger in Sachen Politik einleuchten. Irgendwann wird mensch auch die über diesen Mini-Konsens hinausgehenden Fragen klären müssen — und wie soll das wohl aussehen, wenn einer von zwei Partnern durch seine internationale Zuordnung derart starr festbetoniert ist wie die GIM?

Über den Vorschlag der GIM unterhielten sich die Politbüros beider Organisationen erstmals am 10.11.84. Scheinbar war nun auch die KPD auf Vereinigungskurs: „*Das Zentralkomitee der Partei hat das Politbüro beauftragt, mit der Führung der GIM Gespräche aufzunehmen über den Vorschlag des Zentralkomitees der GIM, eine Vereinigung von KPD und GIM anzustreben.*" (Interner Rundbrief der KPD) Sachlich ist dem internen Bericht des KPD-Politbüros aber zu entnehmen, daß man das ungestüme Liebeswerben der GIM erst einmal abgeblockt hat: Anschluß der KPD an die „4. Internationale" keinesfalls, zumal die KPD sich bis zum nächsten Kursschwank immer noch als Bestandteil der pro-albanischen ML-Internationale sieht. Ebenso keinesfalls Anschluß der KPD an die trotzkistische Ideologie, denn **„wir müssen erkennen, daß a l l e diese besonderen Strömungen des Marxismus zu einer Verengung und Dogmatisierung des Marxismus geführt haben, die es gerade aufzubrechen gilt."** (Internes Rundschreiben der KPD) So kam konkret nicht viel mehr heraus als die Vereinbarung eines neuen Gesprächstermins im Februar 1985. Diese Gipfelkonferenz müßte, falls unser Kalender richtig geht, inzwischen stattgefunden

termins im Februar 1985. Diese Gipfelkonferenz müßte, falls unser Kalender richtig geht, inzwischen stattgefunden

haben. Vielleicht haben KPD und/oder GIM nach diesem AK-Artikel, mit dem ihre Geheimdiplomatie sowieso torpediert worden ist, Lust, das Publikum selbst über den Fortgang ihrer Vereinigungsverhandlungen aufzuklären.

Abgesehen von allerlei unübersehbaren Indizien einer engen Kooperation KPD-GIM (so liegen jetzt im Hamburger KPD-Buchladen beide Zentralorgane einträchtig nebeneinander aus; auch wird von einer Zusammenlegung der beiden Jugendorganisationen gemunkelt), abgesehen also von allerlei praktischer Zusammenarbeit, scheint das wichtigste greifbare Ergebnis bisher in der Zusage der GIM zu bestehen, sie werde sich „*an dem nächsten Treffen der ZK-Vollversammlungen des ‚Beilagenkreises' beteiligen*" (interner Rundbrief der KPD).

Das muß vermutlich erklärt werden: Bevor sich die KPD mit der GIM näher kam, schien es eine zielgerichtete Annäherung zwischen der KPD und der linken KBW-Abspaltung BWK zu geben. Auf einer gemeinsamen Vollversammlung beider ZKs, die im Januar 1984 stattfand, einigte man sich auf die „*Herausgabe einer regelmäßigen Beilage zu den bestehenden Publikationen Roter Morgen und Politische*

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER  MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Unverkennbar: Hier ist ein Kopf zuviel. Aber welcher? Einsendungen sind zu richten an das ZK der KPD, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Alle richtigen Antworten werden prämiert mit einer Autogramm-Postkarte des Ex-Vorsitzenden Ernst Aust.

Ein „Kommunist"

Ich bin ein Kommunist.
Nur weiß es keiner.
Warum denn auch?
Zum Sozialismus kommt
die Masse doch allein.
Daß ich mich selbst
dazu noch offenbare,
das muß nicht sein.

Ich bin ein Kommunist.
Und was für einer.
Bin auch in der
entsprechenden Partei:
die nicht nach Führung strebt.
Das will doch keiner.
Das Wicht'ge ist:
man ist dabei.

Ich weiß am besten,
was die Massen wollen.
Und sag ich „Volksfront",
hat das so zu sein.
Weil man da nicht
sogleich ein Kommunist ist,
tritt jeder ein.

In der Gewerkschaft
weiß ich gut zu wirken.
Da mach ich Klassenkampf,

In der Gewerkschaft
weiß ich gut zu wirken.
Da mach ich Klassenkampf,

und zwar verdeckt.
Nicht offen,
denn da rauszufliegen,
hat keinen Zweck.

Ich sammle Unterschriften
für den Frieden.
Und reihe mich
in Menschenschlangen ein.
Zwar weiß ich,
daß der Pazifismus
nicht den Krieg verhindert,
doch sag ich's nicht.
Man könnte sonst
beleidigt sein.

Ich bin auch für die Einheit
aller Sozialisten:
ob GIM, Anarchos, BWK —
ich bin bereit.
Prinzipienlos?
Das sagen nur Sektierer.
Nur mit den Revis
hat's noch Zeit.

Auch krieg ich ein Programm,
ein nagelneues.
Was nicht verengt
und so dogmatisch ist.
Nichts von Karl Marx
und Leninismus.
Das jeder mag —
auch ein Trotzkist.

Ich bin ein Kommunist.
Das glaubt mir keiner,
weil mit den Massen
ich verbunden bin.
Doch ihnen was
von Revolution zu sagen,
hat keinen Sinn.

Doch kommt der Tag
der Barrikaden,
die Masse stürmt
den Bundestag.
Dann gebe ich
mich zu erkennen
und sage: gut gemacht.
Dann werden sie begreifen
— ist doch klar,
daß ich schon immer
ihre Vorhut war.

W.A.

Waltraut Aust, unbestrittene Leserbrief-Königin des „Roten Morgen", kommt ihren Widersachern gelegentlich auch von der poetischen Seite. (aus RM, 8.2.85)

ROTER MORGEN

Sonderverkaufsaktion

ENVER HOXHA
Erinnerungen

ENVER HOXHA
EUROKOMMUNISMUS IST ANTIKOMMUNISMUS

ENVER HOXHA
Begegnungen mit STALIN

ENVER HOXHA

Ausverkauf.
Enver demnächst im Dutzend billiger.

Die trojanioschen Pferde des KB:
Wo laufen sie denn?

Das „Kölner Bürgerblatt" ist ein Stützpunkt der CSU im CDU-dominierten Feindesland. Unter der Überschrift „Im Hintergrund Hammer und Sichel" hat sich dort in der Nr. 1/85 ein Klaus M. Thomas ausgetobt. Einige Kostproben:

„Wer die Freiheit antastet, hat das Recht verwirkt, sich auf sie berufen zu können. Wer diesen Grundsatz wohlverstandener Demokratie beherzigt, muß fordern, daß der freiheitliche Rechtsstaat seine Machtmittel einsetzt, um jede Form der Unterwanderung unseres Staates mit noch so scheinheiligen Argumenten zu unterbinden ... Mit Recht ist daher von verantwortungsbewußten Politikern aus traditionell sozialdemokratischen, ebenso wie aus christlich-demokratischen und -sozialen Kreisen die Frage aufgeworfen worden, das Bundesverfassungsgericht die Frage nach der Gefährdung der inneren Sicherheit unseres Staates durch die GRÜNEN prüfen zu lassen ... Jene sich heute ‚Grün' gebenden kommunistischen und anarchistischen Teile linksradikaler Antidemokraten, mehr oder weniger direkt oder indirekt von osteuropäischen kommunistischen Parteien und Ideologen gesteuerten nickelbebrillten Politemanzen und vollbärtigen Rübezahlpolitfiguren und jene scheinintellektuellen Gallionsfiguren, die demokratische Politikfähigkeit vortäuschend nur die wahren Ziele gegenüber einer unaufgeklärten Masse verdecken sollen ... Der Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums weist eindeutig aus, daß die GRÜNEN nichts anderes als eine kommunistische Tarnorganisation sind, wo eine Handvoll Macher eine Masse politischer Unmündigkeit oder Unaufgeklärtheit für antidemokratische Ziele mißbrauchen und Kommunisten über den Weg demokratischer Wahlen in die Parlamente eingedrungen sind. Namen wir Reents, Trampert, Ebermann, Bartkowiak, Rüdel, Schwalba-Hoth, Treber, Kretschmann, Hoss, Schneider, die GRÜNE Rebecca Schmidt und viele andere stehen für die staatsfeindlichen Ziele der GRÜNEN. Sie alle gehören oder gehörten zur Gruppe Z des KOMMUNISTISCHEN BUNDES, deren erklärtes Ziel es ist, durch Unterwanderung der GRÜNEN-Bewegung diese zum marxistisch-leninistischen Kampfinstrument unzufunktionieren ...".

Na schön, wir sind wirklich wahnsinnig clever und geschickt, und wir haben wirklich überall unsere subversiven Finger drin. Aber wenigstens die Rebecca Schmidt (Spezialgebiet: das Elend der deutschen Teilung und der Kampf für ein europäisches Europa vom Atlantik bis zur Wolga) hätte man uns nicht anhängen sollen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Trotzki und Stalin: Das Paar des Jahres?

Berichte'' (letzteres ist die Zeitschrift des BWK). Diese Beilage sollte die Funktion einer gemeinsamen Theorie-Zeitschrift und eines Debatten-Organs haben. Zur Beteiligung an dem Unternehmen waren auch weitere ,,*revolutionäre*'' Organisationen, inclusive KB, herzlichst aufgefordert. (RM, 27.1.84) Von dieser Einladung machen mehrere Fraktionen der anarchistischen FAU sowie ein ML-Theorie-Zirkel Gebrauch. Es erschienen seither mehrere Ausgaben der Beilage zu Schwerpunktthemen wie Antifaschismus / ,,Volksfront'' (eine ursprünglich als Wahlverein der KPD gegründete ‚Massenorganisation', in der mittlerweile auch BWK und Anarchisten mitarbeiten) und ,,Revisionismus''.

Auch dem außenstehenden Beobachter konnte nicht verborgen bleiben, daß sich das Verhältnis KPD-BWK, das sich anfänglich recht verheißungsvoll dargestellt hatte, bald verschlechterte, und zwar im wesentlichen an der ,,Revisionismusfrage'', d.h. der Bewertung der Sowjetunion und verwandter Staaten. Die KPD stellt — in Auswertung der jüngsten gemeinsamen Leitungsvollversammlung der Beilagen-Organisationen Anfang Februar 1985 — die Widersprüche so dar: ,,*Die politischen Konsequenzen dieser BWK-Auffassung laufen unserer Ansicht nach auf eine Annäherung an den modernen Revisionismus hinaus. Die Verhältnisse in den revisionistischen Ländern werden als notwendige Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus begriffen, die revisionistischen Systeme stellen gegenüber dem alten Kapitalismus ein historisch fortschrittlicheres Gesellschaftssystem dar. Zwar spricht der BWK von einem System der Ausbeutung, aber kapitalistische Ausbeutung meint er damit offenkundig nicht. Nicht einmal zu der uneingeschränkten Feststellung, daß etwa die DDR kein sozialistisches Land ist, konnten die Genossinnen und Genossen des BWK bewegt werden.*

Im Weltmaßstab vertritt der BWK die Ansicht, daß die Sowjetunion ein Bündnispartner der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegungen ist.'' (RM, 8.2.85)

Gerade eben wird dem BWK von der KPD noch eine kleine Gnadenfrist eingeräumt, ,,*damit im BWK selbst ein Prozeß des nochmaligen kritischen Überdenkens einsetzt*''. Falls der BWK nicht wunschgemäß überdenkt, droht der endgültige Bruch, **,,denn die derzeitigen Auffassungen des BWK bewegen sich nicht mehr im Rahmen dessen, was unsere Partei als programmatische Grundlage für die Einheit der revolutionären Sozialisten betrachtet.''** (RM, 8.2.85) Richtig, da steht die GIM der KPD, die sich von ihren ,,vaterländischen'' Eskapaden der 70er Jahre im Grunde niemals bewußt distanziert und gelöst hat, doch sehr viel näher. Sollte es sich bewahrheiten, daß die GIM nun in den Beilagen-Kreis eintritt, so würde dort die ohnehin isolierte Position des BWK noch aussichtsloser. Fragt sich, welche konzeptionelle Antwort dem BWK auf das absehbare Scheitern des von ihm initiierten Sammlungsversuchs um die Beilage einfallen wird.



Aber zurück zum Ausgangspunkt, der Anbahnung der Elefanten-Hochzeit GIM-KPD: Kann daraus wirklich etwas werden? Unverkennbar ist, daß die KPD im Laufe des letzten Jahres sich selbst einen kräftigen ,,undogmatischen'' Schub verpaßt hat, bei dem sämtliche heiligen Kühe angstvoll die Ohren anlegen. Wohin das Schiffchen treiben wird, nachdem der Lotse von Bord gelobt wurde, kann vermutlich niemand voraussagen. Alles scheint offen, nichts mehr gesichert. Da eine ö f f e n t l i c h e Debatte um Streitfragen und praktische Schritte (siehe Vereinigungsgespräche mit der GIM) nicht stattfindet, können mögliche Sprünge in der weiteren Entwicklung der KPD umso größer und überraschender ausfallen. Noch allerdings wartet der Klassiker-Kopf Stalins im Titelzug des ,,Roten Morgen'' darauf, dem Kopf Mao Tse-tungs folgend der ewigen Verdammnis anheimzufallen: ein Ereignis, bei dem nur noch der Zeitpunkt fraglich ist. Und seltsamerweise hält die KPD auch immer noch an ihrer Vergötzung Albaniens und Enver Hodschas fest, obwohl nach den neuesten Nachrichten noch weniger als vorher ernsthaft bezweifelt werden kann, daß dieser Mann kein Sozialist, sondern ein Paranoiker mit wenig politischem Verstand ist. (Kürzlich wurde in Albanien offiziell gemeldet, daß Ministerpräsident Shehu 1981 nicht, wie damals behauptet wurde, ,,in einem Zustand nervöser Depressionen'' Selbstmord begangen habe. Vielmehr sei er ,,liquidiert'' worden, da er 40 Jahre lang als Agent der Amerikaner, Russen und Jugoslawen gearbeitet habe. Und dies ist kein Einzelfall, sondern der übliche Gang aller Fraktionskämpfe in der albanischen Führung). Diese Vergötzung Albaniens geht immer noch soweit, daß der ,,Rote Morgen'' sich nicht traute, einen Kommentar zur Reise von Strauß ins Land der Skipetaren zu schreiben, ,,*weil uns die genauen Beweggründe, warum die albanischen Genossen Strauß empfangen haben, nicht bekannt sind*'' (RM, 14.9.84). Immerhin sind auf der anderen Seite die Verhältnisse aber schon so angespannt, daß Ex-First Lady Waltraud Aust schadenfroh triumphieren kann: ,,*Wen wundert es da, wenn die KPD — im Gegensatz zu anderen marxistisch-leninistischen Parteien — zu den Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Befreiung Albaniens nicht mehr eingeladen wurde.*'' (RM, 11.1.85) — So viel ist sicher: Albanien wird für die KPD bald kein ,,Leuchtfeuer'' mehr sein, es fragt sich nur noch, wann und wie. Dem außenstehenden Beobachter drängt sich der Eindruck auf, daß die KPD-Spitze um den neuen Vorsitzenden Koch viel-
henden Beobachter drängt sich der Eindruck auf, daß die KPD-Spitze um den neuen Vorsitzenden Koch viel-
leicht doch schon ungefähr weiß, worauf sie hinauswill, aber ihren Kurs nur stückchenweise bekanntmacht und durchführt, um ,,die Partei'' so geschlossen wie möglich zusammenzuhalten und spektakuläre Ausbrüche fraktioneller Minderheiten nach Möglichkeit zu verhindern. Und in der Tat beschränken sich ,,die Dogmatiker'' bisher auf inhaltsarmes Gemopper und Phrasendreschen auf der ihnen ausdrücklich eingeräumten Spielwiese, der Leserbrief-Seite im ,,Roten Morgen''.

Daß die KPD (wie andere Organisationen inclusive KB auch) schwere Mitgliederverluste hatte und daß sie weitere Verluste beim ,,Festklopfen'' irgendeiner neuen Linie oder gar beim Zusammengehen mit der GIM haben würde, ist eindeutig. Es scheint aber so, daß sich die ,,marxistisch-leninistischen'' Dissidenten dann unter Krakeel und Fäusteschütteln spurlos verkrümeln würden, daß einige proletarische Mitglieder sich eine neue Heimat suchen würden (vorzugsweise im nurgewerkschaftlichen Bereich, manche/r vielleicht sogar bei der DKP oder MLPD), und daß ein interessanter Rest übrig bleiben könnte, der autonom zwar keine Perspektive mehr hat, aber für einen Vereinigungsversuch mit der GIM immer noch gut wäre. Es könnte als Fusionspartner eigentlich auch irgendeine andere linke Organisation sein, sofern es sie gäbe und sofern ihre antisowjetische Einstellung über jeden Zweifel erhaben wäre. Da in dieser Hinsicht das Feld mittlerweile ziemlich leergefegt ist, hat die GIM gute Aussichten, das Rennen um die KPD-Reste zu machen, sofern es diese Reste nicht vorziehen, sich in alle Winde zu verlaufen, weil sie den gerade überwundenen ML-Dogmatismus nicht gleich gegen den zudem mit starkem sozialdemokratischem Stallgeruch behafteten Dogmatismus der GIM eintauschen wollen. Tschüß KPD/ML, wir hatten eine nette Zeit miteinander!

Kt.

Inhalt

Britischer Bergarbeiterstreik:
Was für ein Kampf! Was für eine Niederlage! ....S. 22